

*Udo Salamon*

# **Idar-Oberstein**

Geschichte der Stadt  
von der Antike bis ins 21. Jahrhundert

©2019 *Udo Salamon Hamburg*

*Für Silke*

Titel-Abbildungen aus: „Das malerische und romantische Nahetal, nach der Natur gezeichnet von Conrad Wiessner“: 1965 neu herausgegeben vom Verein für Heimatkunde im Landkreis Birkenfeld. Oben: Idar, Lithographie;  
unten: Oberstein, Lithographie

## Inhalt

V orwort .....	5
E inleitung.....	7
Idar bis zur ersten schriftlichen E rwähnung (Jungsteinzeit – 1321).....	9
Im Imperium Romanum.....	10
Christianisierung und Entstehung des Frankenreichs.....	14
Obersteins mittelalterliche A nfnge bis zur A llenregierung der Linie Daun-Oberstein (1075 – 1435) 16	
Die Reichsministerialen aus Daun (Eifel).....	19
Die Herrschaft Oberstein bis zum Übergang an Leiningen (1435 – 1682).....	21
Reformation und Dreißigjähriger Krieg (um 1538 – 1682).....	24
V om Ende der Dauner Herrschaft bis zum V orabend der Französischen Revolution (1682 – 1794). 33	
Politisch-rechtliche, wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen (16 – 18. Jahrhundert).....	36
War Oberstein eine Stadt?.....	36
Die politische V erfassung und die öffentliche Ordnung.....	38
Die Frühzeit der Schmuck steinfabrik.....	41
Die Zeit der Französischen Revolution und der territorialen N euordnung (1792 – 1814/ 17).....	45
Der Erste Koalitionskrieg 1792 - 1797.....	46
N eue Lebensbedingungen im französischen Staat 1798 – 1814.....	48
Das Ende des Reiches, der Wiener Kongress und die Bildung des Fürstentums Birk enfeld 1806 – 1817.....	52
Im oldenburgischen Fürstentum Birk enfeld (1817 – 1918).....	55
A utoritäre Modernisierung.....	57
Revolution und Enttäuschung (1848 – 1852).....	60
Wachstum und Reformen (1855 – 1914).....	64
Die Schmuck stein-, Bijouterie- und Uhrk ettenindustrie im 19. Jahrhundert und die soziale Frage (1817 – 1918).....	70
Die A nfnge der A rbeiterbewegung in Oberstein und Idar.....	73
Sportvereine (1 – 1848 - 1914).....	74
Erster Weltkrieg und N oemberrevolution (1914 – 1918/ 19).....	77
In der Weimarer Republik (1919 – 1933).....	84
Französische Besatzung und separatistische Bestrebungen (1919 – 1930).....	84
Sportvereine (2 – 1918 - 1939).....	92
Stadtentwicklung in den Zwanzigerjahren (1919 – 1933).....	92
Weltwirtschaftskrise und die Folgen (1929 – 1933).....	95
Unter der NS-Dik tatur (1933 – 1945).....	101
Oberstein und Idar werden Idar-Oberstein (1933 – 1935).....	103
Kirche im NS-Staat (1933 – 1945).....	107
Kriegsvorbereitungen (1934 – 1939).....	110
V on der Gleichberechtigung bis zur V erfolgung – die Juden in Idar-Oberstein (1602 – 1945).....	115
Zweiter Weltkrieg (1939 – 1945).....	123
V on der alliierten Besatzung zur Bundesrepublik Deutschland (1945 – 1949) .....	129
Hunger und N aubeginn in der französischen Besatzungszone .....	132
Politische Säuberung.....	140
Wirtschaftswunder-Jahre (1949 – 1969/ 74).....	148
Überwindung der Kriegsfolgen.....	150

<i>Im Kalten Krieg</i> .....	152
<i>Städtisches Wachstum</i> .....	155
<i>Sportvereine (3 – 1946 ff)</i> .....	158
<i>Verwaltungsreform (1966 – 1974)</i> .....	159
<i>Krisen und Veränderungen (1973 – 1990)</i> .....	162
<i>Die Nahüberbauung (1962 – 1986)</i> .....	166
<i>„Das neue Idar-Oberstein“ (1)</i> .....	168
<i>Im vereinigten Deutschland (seit 1990)</i> .....	172
<i>Nach dem Kalten Krieg</i> .....	172
<i>Migration und demografischer Wandel</i> .....	175
<i>„Das neue Idar-Oberstein“ (2)</i> .....	176
<i>Das Gewerbe zieht naheabwärts</i> .....	181
<i>Kommunalpolitische Entwicklungen</i> .....	182
<i>Der wirtschaftliche Wandel geht weiter</i> .....	186
<i>Zum Schluss</i> .....	190
<i>Anhang</i> .....	191
<i>Abkürzungsverzeichnis</i> .....	191
<i>Literaturverzeichnis</i> .....	192
<i>Personenregister</i> .....	201



## Vorwort

An einem schönen Sommerabend Anfang Juli 1957 kam ich als 13-Jähriger, zusammen mit Mutter und Schwester aus Lübeck angereist, mit dem Frankfurter Zug in Idar-Oberstein an. Mein Vater – vor einigen Wochen an die Artillerieschule versetzt – erwartete uns schon und führte uns zu dem vor dem Bahnhof wartenden Herrn Wobito, der uns begrüßte und alle vier nebst Gepäck in sein Auto verfrachtete. Ich war ziemlich aufgeregt – die Fahrt durch das Nahetal, dessen felsige Hänge vor Idar-Oberstein immer enger zusammenrückten, der Blick vom Bahnsteig auf die beiden Burgen mit der Felsenkirche, die Häuserreihen, die sich hinterm Fluss bergan zogen: etwas Ähnliches hatte ich in den elf Jahren, in denen ich in Norddeutschland gewohnt hatte, noch nicht gesehen. Und die Aufregung steigerte sich noch, als Herr Wobito, der Chef des Schlosshotels, an der Post rechts abbog und die Schlossstraße hinauffuhr: Wir wurden tief in die Sitzpolster gepresst,  $\infty$  steil ging es bergauf!

Und dann stand ich auf der Terrasse vor dem Schlosshotel und guckte auf Oberstein – das Gewirr der Dächer, das glitzernde Band des Flusses, die Giebel und Türmchen der Gründerzeithäuser im Tal, die Bahnlinie, wo gerade ein Zug (noch mit Dampflok!) nach links im Tunnel verschwand, die dunklen Wald-ränder oben am jenseitigen Hang schlugen mich geradezu in Bann. In den nächsten zwei Wochen stellte ich mich fast jeden Abend spät an dieselbe Stelle und schaute zu, wie die Straßenbeleuchtung angeschaltet wurde: Schlangen aus Lichtpunkten schossen an den Straßen entlang die Hänge empor. – Wir erkundeten Stadt und Umgebung, ich kletterte durch die Ruinensäle und die tiefen Gewölbe des Neuen Schlosses (die Jugendherberge war schon aus-, der Burgenverein noch nicht eingezogen) und ich wusste, hier würde es mir gefallen. Denn wir verbrachten zwei Wochen der Sommerferien hier „zum Schnuppern“, weil wir, sobald das Neubaugebiet am Barbararing fertig gestellt wäre (Anfang Dezember desselben Jahres war es soweit), nach Idar-Oberstein umziehen sollten, und ich würde „auf die Göttenbach“ (wie man das richtig ausspricht, lernte ich auch noch) gehen.

Von meinem 14. bis zu meinem 19. Lebensjahr habe ich in Idar-Oberstein gewohnt, bin dort zur Schule gegangen, habe einige Lehrer erlebt, die mich prägten und mir zum Vorbild wurden. Ich bestaunte und bewunderte die Edelsteinausstellung in der Gewerbehalle und bin daraufhin zusammen mit ein paar Freunden – ausgestattet mit Taschenlampen, Hämmern und Wäscheleinen – in die damals nur notdürftig mit ein paar Brettern verschlossenen Stollen am Steinkaulenberg eingedrungen und tatsächlich mit einer Handvoll Amethyst- und Rosenquarzsplitter zurückgekommen, habe zu Fuß und mit dem Fahrrad – das Geld dafür hatte ich mir durch einen Sommerferien-Job bei Fissler verdient – Stadt und Umgebung erkundet. (Fahrrad fahren in dieser bergigen Landschaft? Einige meiner Mitschüler hielten mich – *damals* – für ein bisschen verrückt.) Ich habe mit meiner Pfadfindergruppe Wochenenden in Heiligenbösch verbracht und die Kirschweiler Festung erforscht, den ersten Liebeskummer gehabt und Freundschaften geschlossen, die z. T. noch heute lebendig sind.

Und ich war seither immer mal wieder – als Soldat für zwei Lehrgänge in der Klotzberg-Kaserne, für ein kurzes Wochenende zum Klassentreffen oder für einen längeren Wanderurlaub mit Frau und Tochter, zu Fuß oder mit dem Fahrrad – in der Stadt und ihrer Umgebung. Da ich später u. a. Geschichte studiert und 34 Jahre lang dieses Fach an einem Hamburger Gymnasium unterrichtet habe, sind mir auch gelegentlich Aufsätze zur verwickelten Territorialgeschichte des Raumes zwischen Frankreich und Deutschland, zur Industrialisierung und anderen Themen, die auch die Gegend um Idar-Oberstein berührten, in die Hände gefallen. Und da es eine zusammenfassende, von der Steinzeit bis ins 21. Jahrhundert reichende Geschichte der Stadt nicht gab, keimte in mir allmählich der Gedanke, es doch mal zu versuchen. D. h.: dieses Buch beruht nur zu einem sehr kleinen Teil auf eigenen Quellenstudien, es fußt vielmehr insgesamt auf dem reichen Schatz heimatwissenschaftlicher Arbeiten, den viele Heimat- und Regionalhistoriker in den letzten anderthalb Jahrhunderten zusammengetragen haben und dessen ich mich dankbar bedient habe.

Den Ausschlag, dann *wirklich* mit der Arbeit anzufangen, gaben schließlich die beiden Bücher von Manfred Rauscher und Axel Redmer, deren erstes ich entdeckte, als ich zum Klassentreffen anlässlich des 50-jährigen Abitur-Jubiläums in Idar-Oberstein war. Die Bücher stellen die Geschichte der Stadt im bewegten 20. Jahrhundert so anschaulich und in so großer thematischer Breite dar, dass ihre Lektüre und die Betrachtung der zeitgenössischen Fotografien fast zwangsläufig die Neugier auf die Zeit *vor* 1900 weckten.

Ob der Versuch einer übersichtlichen Zusammenfassung geglückt ist, ob es mir gelungen ist, die Eigenart der Orte Oberstein, Idar und einiger Nachbardörfer zu zeigen und in den historischen Entstehungszusammenhang zu stellen und damit die Neugier zu befriedigen, mögen die geneigten Leserinnen und Leser entscheiden.

Ohne fachkundige Hilfe und Unterstützung hätte ich dieses Buch nicht schreiben können. Ich danke dem mir namentlich gar nicht bekannten Mitarbeiter des Birkenfelder Museums für das Ausgraben des wirklich allerletzten Exemplars von Baldes' Geschichtlicher Heimatkunde, ich danke Herrn Rauscher vom Idar-Obersteiner Stadtarchiv für das Besorgen von vielen Archivalien und noch mehr für die Hinweise auf Material, von dem ich noch gar nicht wusste; ich danke Frau Pfarrerin Röske von der Evangelischen Gemeinde Idar für die Übersendung der Broschüre zum 900-jährigen Kirchenjubiläum und die Segenswünsche, ich danke Frau Susanne Becker vom Ordnungsamt der Stadt Idar-Oberstein für Informationen zum Beirat für Migration und Integration, ich danke den Mitarbeitern der Obersteiner Baugenossenschaft für die Übersendung der Schrift zum 100-jährigen Jubiläum, ich danke meinem Göttenbach-Klassenkameraden Eckart Baltin für Unterstützung bei der Recherche, ich danke den Mitarbeiterinnen des Landeshauptarchivs in Koblenz für die gründliche Beratung, und ich danke den Mitarbeiterinnen der rheinland-pfälzischen Zentralbibliothek für das Heranschaffen von Dutzenden und Aberdutzenden großer grauer Kartons mit den Ausgaben der Nahe-Zeitung des letzten Vierteljahrhunderts.

Mein größter Dank aber gilt meiner Frau, die Kapitel für Kapitel als erste gelesen, mir mit liebevollem Zuspruch über kritische Phasen hinweggeholfen und mich in mehr als 50 Jahren überall, auch in den Straßen und auf den Treppen von Idar-Oberstein, begleitet hat. Ihr ist dieses Buch gewidmet.

## Einleitung

Idar-Oberstein liegt in der naturräumlichen Einheit des „Oberen Naheberglandes“, in der auch die Städte Birkenfeld und Herrstein liegen. „Die Höhe des Landstriches beträgt durchschnittlich 500 m, wobei jedoch an einzelnen Stellen die 600-m-Grenze minimal überschritten wird. Die Haupttäler sind 150 – 200 m tief eingekerbt, sind eng und steil und geben nur einem sehr schmalen Talgrund Raum. Tiefgründige, lehmige Böden, die sich in einem langen schmalen Streifen in der Achse Birkenfeld - Herrstein erstrecken und in der kleinen Bergener Hochfläche (bei Kirn) ihren Abschluß finden, ließen in dieser Gegend eine frühzeitige Besiedlung seit der ersten mittelalterlichen Rodungsperiode zu. Die Qualität des Bodens, mit einem stellenweise hohen Tongehalt, ist nicht sehr groß. Das Gebiet um Oberstein ist markiert durch aufragende Berge, die von schmalen Kerbtälern durchbrochen werden, und bietet kaum den nötigen Boden zur landwirtschaftlichen Nutzung. Die Talsohle ist hierfür zu schmal, und die Entfernung zu den relativ ertragreichen Böden ist beträchtlich. Das Klima des Oberen Naheberglands ist relativ kühl und regenreich (Temperatur im Januarmittel – 0,5 bis – 2°, im Julimittel 16° - 17°). Der Niederschlag ist ziemlich hoch, erreicht seinen höchsten Stand im Herbst und beträgt im Jahresmittel 750 mm (Idar-Oberstein 700 – 750 mm, Birkenfeld 750 – 800 mm, Herrstein 800 mm). Während der Frühlingsseinzug zum Teil bis zu 15 Tagen später erfolgt als im warmen Nahemündungsgebiet, tritt das meist raue Herbstwetter früher als in den östlichen Weinbaugebieten ein, was eine bedeutende Verkürzung der Vegetationsperiode verursacht. Die Landwirtschaft bringt teilweise nur karge Ergebnisse. Die für dieses Gebiet charakteristischen Edelsteinschleifereien, die sich auf dort vorhandene Achatfunde stützten und denen durch die natürliche Wasserkraft eine ausgiebige Energiequelle zuwuchs, machten Idar-Oberstein weltbekannt.“<sup>1</sup>

Die Nahe verläuft von ihrer Quelle beim saarländischen Selbach bis zur Mündung in den Rhein bei Bingen im Wesentlichen in ost-nordöstlicher Richtung. Ihr 112 km langer Lauf ist gekennzeichnet durch einen ständigen Wechsel der Flusslandschaft – verursacht durch unterschiedlich stark erodierende, härtere oder weichere Gesteinsformationen<sup>2</sup> – von Talweitungen und Abschnitten, in denen die felsigen Ufer eng zusammentreten. An einer solchen Engstelle mit schroffen Felswänden ist der Kern des *Markfleckens* Oberstein entstanden. Der Idarbach entspringt im Idarwald, fließt zunächst nach Nordosten, um dann nach Südosten abzuknicken und am Ende seines 21 km langen Laufes in die Nahe zu münden. Die letzten ca. acht Kilometer durchfließt er das Stadtgebiet mit Tiefenstein, Idar und schließlich Oberstein. In Idar weitet sich das Tal zu „einem flachen, von Höhen umgebenen Talkessel“,<sup>3</sup> in dem das *Dorf* Idar sich ausbreiten konnte. Das ursprünglich L-förmige Siedlungsband Tiefenstein – Idar – Oberstein hat sich seit Mitte des 20. Jahrhunderts aus der Enge der beiden Täler befreit und ist auf die umgebenden Hochflächen hinaufgewachsen.

„Idar und Oberstein haben keine eigentliche *Stadtgeschichte*, sondern nur eine Geschichte ihrer *Industrie*. Ihre politische Geschichte aber fällt zusammen mit der Geschichte der kleinen, geschichtsarmen Reichsherrschaft Oberstein. ... die mehr Geschichte erduldet als selbst gemacht hat.“<sup>4</sup> Die Stadt Idar-Oberstein, wie sie sich heute darbietet, ist in kommunalpolitischer Hinsicht das Ergebnis von drei Verwaltungsakten: 1865 erhob die oldenburgische Landesregierung die Orte Idar und Oberstein, die im Laufe der Entwicklung der Edelstein- und Schmuckindustrie immer städtischeren Charakter angenommen hatten, zu Städten, diese beiden wiederum wurden 1933 zu *einer* Stadt (mit den Stadtteilen Oberstein, Idar, Tiefenstein und Algenrodt) zusammengefügt; 1969/70 schließlich kamen im Zuge der rheinland-pfälzischen Verwaltungsreform neun Dörfer<sup>5</sup> der Umgebung dazu.

Bis ins ausgehende 18. Jahrhundert haben die beiden Orte eine recht unterschiedliche Entwicklung erlebt. Aber wenn auch schließlich die „Industrie als stadtbildendes Element“<sup>6</sup> gewirkt und die heutige Be-

---

<sup>1</sup> FELD 1972, S. 16 f

<sup>2</sup> DUCKWITZ 1971, S. 13

<sup>3</sup> DENKMALTOPOGRAPHIE, S. 290

<sup>4</sup> BECKER 1978, S. 6. Hervorhebung von mir, U.S.

<sup>5</sup> Enzweiler, Georg-Weierbach, Göttschied, Hammerstein, Kirchenbollenbach, Mittelbollenbach, Nahbollenbach, Regulshausen, Weierbach

<sup>6</sup> So der Titel der geschichtlichen Einleitung von Kurt Becker zu einem Bildband „Idar-Oberstein“, Frankfurt a. M. 1978, S. 6 ff. BECKER 1978

deutung Idar-Obersteins hervorgebracht hat – die historischen Wurzeln der Stadt, oder genauer: der beiden namengebenden Hauptorte, reichen viel weiter zurück; im Falle von Oberstein bis ins hohe Mittelalter, im Falle von Idar sogar bis in die vor-römische Zeit. Wobei wir natürlich hinzufügen müssen: Das sind die Wurzeln, von denen wir *wissen* – denn in Wirklichkeit lebten und arbeiteten hier schon länger Menschen, von denen keine Nachrichten auf uns gekommen sind, das Fehlen von Nachrichten „bedeutet gewiß keine Ruhelage ... Der Existenzkampf, die Sorge für die Nahrung und die Abwehr von Feinden, barg eine Vielzahl von tödlichen Risiken,“<sup>7</sup> die uns unbekannt bleiben werden.

Bei der Betrachtung der Anfänge beider Statteile ergibt sich ein Paradox: Die zunächst eher dörfliche Siedlung an den beiden Ufern des Idarbachs, von der wir aus *archäologischen* Quellen wissen, tritt erst im Jahre 1320 mit der Erwähnung in einer Urkunde als *schriftlich* und namentlich erkennbare historische Größe vor unsere Augen;<sup>8</sup> Oberstein dagegen wird, wenn auch eher indirekt, schon 1075, fast zweieinhalb Jahrhunderte früher in der schriftlichen Überlieferung erkennbar, obwohl wir annehmen müssen, dass das enge und stets hochwassergefährdete Tal unter den beiden Burgen<sup>9</sup> viel später als die Talweitung am Idarbach besiedelt worden ist. Das Paradox löst sich auf, wenn wir bedenken, dass „Geschichte“ (in beiden Wortbedeutungen: das, was geschehen ist; das, was die Wissenschaft darüber herausgefunden und aufgeschrieben hat) lange die Geschichte der Herrschenden gewesen ist: und der Burgort Oberstein war eben Sitz der *Herrschaft*.

Darum beginnt die Darstellung mit der Vor- und Frühgeschichte anhand der in und um Idar fassbaren Zeugnisse; die im engeren Sinn politisch-territoriale Geschichtserzählung rückt dagegen Oberstein, und damit, bei der Quellenlage fast zwangsläufig, die Betrachtung der Herrschaft, in den Mittelpunkt, wobei deutlich werden wird, dass auch eine kleine, in der „großen“ Politik nicht besonders *aktive* Herrschaft, sehr wohl in eben diese Politik *verwickelt* werden kann, dass aber unabhängig davon die Einwohner dieser Herrschaft mit Fleiß und Erfindungsgabe etwas Eigenes – das Schmuckgewerbe – aufbauen können.

Mit dem Ende des Alten Reiches werden die Geschehnisse der kleinen Orte an Nahe und Idarbach immer stärker mit der allgemeinen, „großen“ Geschichte verflochten, die Erzählung folgt vom Beginn des 19. Jahrhunderts an deren Verlauf und zeigt die Folgen der allgemeinen Entwicklung für die Stadt, ihre Einwohner und für die Wirtschaft, mit der sie ihr tägliches Brot erwerben. Die Zäsuren der allgemeinen politischen Geschichte werden auch zu Zäsuren der Stadtgeschichte. Dass trotz dieser Integration in den größeren Zusammenhang das unverwechselbar Eigene von Idar-Oberstein deutlich wird, hoffe ich.

In dem Buch kommen zahlreiche Firmen vor – es liegt mir daran zu betonen, dass mit der Nennung eines Firmennamens keine werbende oder sonstwie wertende Absicht verbunden ist: Ich habe einzelne Unternehmen erwähnt, wenn sie bzw. ihr und ihrer Mitarbeiter Ergehen mir für eine bestimmte Entwicklung typisch und aussagekräftig, mithin in der einen oder anderen Weise *historisch* von Interesse zu sein schienen. – Und schließlich: wenn in diesem Buch „heute“, „zur Zeit“, „jetzt“ oder etwas Ähnliches steht, ist damit die Zeit vom Frühjahr 2017 bis zum Sommer 2018 gemeint.

---

<sup>7</sup> DOTZAUER 2001, S. 19

<sup>8</sup> Eine Urkunde von 825, in der ein Herefrid dem Kloster Tholey u. a. die „Hidera marcha“ schenkt, wird heute allgemein als Fälschung betrachtet. Einzelheiten s. u.

<sup>9</sup> Im Jahre 1075 natürlich erst nur das so genannte „Alte Schloss“, die Burg Bosselstein.

## *Idar bis zur ersten schriftlichen Erwähnung (Jungsteinzeit – 1321)*

„Idar ist einer der wenigen Orte des Fürstentums Birkenfeld, deren Geschichte sich durch Bodenfunde bis in die früheste Zeit menschlicher Besiedlung zurückverfolgen läßt.“<sup>1</sup> Diese Feststellung des Birkenfelder Heimatforschers Heinrich Baldes trifft zu – sie darf aber nicht so verstanden werden, als ließe sich die Siedlungsgeschichte Idars *lückenlos* nachweisen. Spätestens seit dem Neolithikum (Jungsteinzeit, etwa 4000 – 2000 v. C.) war die Gegend von Idar besiedelt, was auch an dem „vorgermanischen“,<sup>2</sup> vermutlich keltischen, Namen ablesbar ist. Die Menschen wurden in der Jungsteinzeit „seßhaft, weil sie Ackerbau und Viehzucht trieben, und ihre Spuren lassen sich auch im Landkreis Birkenfeld nachweisen, allerdings nur durch Einzelfunde, z. B. feingeschliffene Steinbeile“<sup>3</sup> wie eben in Idar.<sup>4</sup> Aus der Bronzezeit (1800 – 800 v. C.) stammen ein in Idar gefundenes bronzenes Rasiermesser<sup>5</sup> und ein bei Algenrodt gefundener Armring.<sup>6</sup> Insgesamt gibt es nur wenige bronzezeitliche Funde, was sich damit erklären lässt, dass das kostbare Material, wenn ein Gegenstand beschädigt worden war, wieder verwertet wurde.

In der späten Bronzezeit kam eine neue Begräbnissitte auf: Die Toten wurden verbrannt, ihre Asche in Urnen auf Friedhöfen – ‚Urnenfeldern‘ – beigesetzt. Diese Urnenfelderkultur hatte sich von Südosteuropa her ausgebreitet, und im Bereich der Rheinischen Urnenfelderkultur kristallisierte sich eine Gruppe heraus, die man als „Urkelten“ bezeichnen kann. Allerdings: „Die Kelten waren nie ein Reich und hatten nie einen Staat. Es gab wohl größere Stämme und monarchisch regierte Stammesverbände (von denen wir nicht einmal wissen, ob sie sich als ‚Kelten‘ fühlten), aber der Mangel an politischem Bewusstsein verhinderte die Bildung einer größeren, zentral gelenkten territorialen Einheit. Nur ein einziges Mal im Kampf gegen die römische Eroberung wird eine Art Nationalbewusstsein erkennbar...“<sup>7</sup>

Innerhalb dieser sehr großen Gruppe der urkeltischen Urnenfelderleute entwickelte sich seit etwa 600 v. C. (späte Hallstattzeit) in unserer Gegend eine Sonderform, „die nach ihrem Verbreitungsgebiet als Hunsrück-Eifel-Kultur<sup>8</sup> bezeichnet wird. Ihr Träger war der keltische Volksstamm der Treverer“<sup>9</sup>, die wieder zur Körperbestattung unter Grabhügeln zurückkehrten und sich selbst für Germanen hielten: „Die Treverer ... sind hinsichtlich ihrer Begierde nach germanischer Abstammung obendrein ehrsüchtig, als ob sie durch diesen Ruhm des Blutes von der Ähnlichkeit mit den Galliern und deren Trägheit geschieden würden,“<sup>10</sup> wie der römische Schriftsteller Tacitus berichtet. Da die „Civitas Treverorum“, wie die Römer den Einflussbereich dieses Stammes genannt haben, sich von der Maas bis zum Rhein erstreckte, die Nahregion, Rheinhessen und die nördliche Pfalz umfasste, sind Kontakte zu den rechtsrheinischen germanischen Völkerschaften sehr wahrscheinlich.

Wir haben aus Idar keine Funde, die schlüssig beweisen würden, dass bis zum Auftauchen der Römer die Hänge über dem damals noch sumpfigen Bachtal *durchgehend* besiedelt gewesen sind. Das ist nicht verwunderlich – die aus Holz errichteten Gebäude standen da, wo auch spätere „Idarer“ ihre Häuser gebaut haben. Wenn man eine Vorstellung von einer keltischen Siedlung gewinnen möchte, lohnt ein Blick auf die rekonstruierte „Altburg“ bei Bundenbach,<sup>11</sup> die zwar eher den Charakter einer Wehranlage hat als

<sup>1</sup> BALDES 1923, S. 501

<sup>2</sup> DOTZAUER 2001, S. 53. – Die Namensbedeutung ist unklar; der Versuch von Brill (BRILL 1935, S. 30 ff), den Namen mit einer angeblich in der Völkerwanderungszeit von den Franken eingeführten „Hundertschaftsverfassung“ („wirtschaftliche und soziale Urform germanischen Lebens“) zu erklären, erscheint abwegig. Die rechtsgeschichtliche Hundertschafts-Lehre „gilt... seit einigen Jahrzehnten als überholt.“ (LMA V, Artikel „Hundert, Hundertschaft“, Sp. 214 f)

<sup>3</sup> KLAR 1978, S. 1

<sup>4</sup> Werkzeuge aus dieser Kulturstufe fanden sich an wenigstens sieben weiteren Orten im Umkreis von knapp 20 km Luftlinie um Idar, hauptsächlich in südwestlicher Richtung. KILIAN 1961 S. 8

<sup>5</sup> KILIAN 1961, S. 10

<sup>6</sup> ebenda, S. 14

<sup>7</sup> RIECKHOFF 2001, S. 15

<sup>8</sup> Vgl. HAFFNER 1976. Die Merkmale dieser Kultur wurden im Wesentlichen beobachtet bei der Untersuchung von – früher so genannten – ‚Fürstengräbern‘, von denen allerdings in der unmittelbaren Umgebung von Idar-Oberstein keine erforscht worden sind. Heute nimmt man eher an, dass der „fürstliche“ Reichtum, von dem die Grabbeigaben zeugen, im Handel mit Salz und Metallen erworben worden ist.

<sup>9</sup> KLAR 1978, S. 2 f

<sup>10</sup> Tacitus, Germania 28 (4), zit. n. GOETZ / WELWEI 1995 Bd. I, S. 151

<sup>11</sup> Beschreibung von Hans Nortmann in RIECKHOFF 2001, S. 311 - 315

den eines Dorfes, aber einen realistischen Eindruck der Bautechnik vermitteln kann. Da „Alt-Idar“ an der Fernverbindung Saar – Rhein lag, der so genannten Salzstraße<sup>12</sup> Sötern – Birkenfeld – Idar – Bergen – Waldböckelheimer Wald usw., die sich hier mit der Verbindung über die Wildenburg in den Hunsrück kreuzte,<sup>13</sup> kann man immerhin vermuten, dass neben landwirtschaftlichen Bauten auch dem Handel dienende Gebäude (Lager, Läden) vorhanden waren.

Einen großen Teil unserer Kenntnisse über die Lebensweise der Treverer – und damit auch der „Alt-Idarer“ – verdanken wir Caesars Bericht über den Gallischen Krieg. Der Feldherr unterschied vier Typen treverischer Siedlungen: die größeren *oppida* („Städte“), die mit größeren Einwohnerzahlen Handwerk und Handel dienten und u. U. auch Herrschaftsfunktionen hatten, die kleineren *castella* („Burgen“), befestigte Wohnsitze einer oder mehrerer Adelsfamilien und ihrer Hintersassen, *via* („Dörfer“), eher unbefestigte, landwirtschaftlich geprägte Orte, und *aedificia* („Gebäude“), Weiler und Einzelhöfe auf dem platten Lande. Idar wäre also ein *Vicus* gewesen; ein *Aedificium* z. B. der Gutshof oder die ländliche Villa, deren Badeanlage unter der Kirche von Heiligenbösch entdeckt worden ist;<sup>14</sup> ein *Castellum* war die schon erwähnte Altburg; ein *Oppidum* der (unzutreffend so genannte) „Hunnenring“ bei Otzenhausen. Bei diesen Begriffen muss man bedenken: Caesar schrieb für sein heimisches Publikum, und er benutzte Begriffe aus der politischen Vorstellungswelt der Römer – eine „Stadt“ im mediterranen Sinne war das *Oppidum* Otzenhausen gewiss nicht, aber „in verkehrsgünstiger Lage bot die Anlage der umliegenden Bevölkerung Schutz in Zeiten der Gefahr, zugleich ist sie als Ort der Verwaltung, der Gerichtsbarkeit und des Handels vorstellbar“<sup>15</sup> Um eine Fläche von über 10 ha durch einen Steinwall von 40 m Breite und (heute noch!) 10 m Höhe mit ungeheuren Gesteinsmengen zu befestigen, bedurfte es einer zentralen, quasi-staatlichen Macht, die die Arbeit zu organisieren in der Lage war. Wir wissen nicht, können es aber als wahrscheinlich annehmen, dass auch die „Alt-Idarer“ in irgendeiner Weise von dieser Zentralmacht betroffen waren, zumal vom *Oppidum* Otzenhausen ausgehend eine regelrechte Kette von Befestigungen: „das Vorkastel bei Börfink, der Ringskopf zwischen Allenbach und Kirschweiler, der Silberich bei Kirschweiler und die Wildenburg bei Kempfeld“<sup>16</sup> bis in die Gegend von Idar reichte.

### *Im Imperium Romanum*

Der Bau bzw. die Verstärkung und Vergrößerung dieser Anlagen hängt mit der äußeren Bedrohung der Civitas Treverorum zusammen. „Im letzten vorchristlichen Jahrhundert wurde die Freiheit der Treverer ernsthaft bedroht. Von Osten her durch germanische Scharen bedrängt, baten sie im Jahre 58 v. Chr. Caesar, der gerade auf dem Wege war, Gallien zu unterwerfen, um Hilfe. Caesar gelang es, den Suebenkönig Ariovist zu schlagen ... indessen kam dieser Sieg Caesars die Treverer teuer genug zu stehen. Sie verloren ihre Freiheit an die Römer.“<sup>17</sup> Was diese weltgeschichtlichen Ereignisse – das Ausgreifen Roms weit über den Mittelmeer- und Alpenraum – für den Alltag der Bewohner von Idar bedeuteten, können wir nur mutmaßen. Die Gesellschaft, auf die Caesar im Jahre 58 v. Chr. gestoßen ist, war jedenfalls von großer sozialer Ungleichheit geprägt: „In ganz Gallien gibt es nur zwei Gruppen von Menschen, die etwas gelten und Achtung genießen. Denn das Volk wird fast wie Sklaven behandelt ... Die meisten begeben sich infolge von Schulden, hohen Abgaben oder wegen rechtswidrigen Verhaltens der Mächtigen in die Sklaverei ... Die andere Gruppe ist die der Ritter ... Je einflussreicher einer von ihnen durch seine Abstammung und seinen Reichtum ist, um so mehr bewaffnete Sklaven (Ambakten) und Gefolgsleute (Klienten) hat er um sich. Das ist das einzige Kriterium für Rang und Macht, das sie kennen.“ (Caesar, *Bellum Gallicum* 6,13,1; 15,2).<sup>18</sup> Die politisch führenden Personen werden in oder bei einem der *Oppida* wie Otzenhausen gewohnt haben; große Landbesitzer bauten sich befestigte Plätze wie die Altburg. Es spricht viel dafür, dass die Mehrheit der „Alt-Idarer“ zu den abhängigen Bauern gezählt hat, wenn Caesar („fast wie Sklaven behandelt“) vielleicht auch etwas zu sehr schwarz-weiß malt. Und natürlich wirkte sich die römische Herrschaft auch sozial unterschiedliche aus: „Nach der Eroberung des Landes durch C. Julius

---

<sup>12</sup> DOTZAUER 2001, S. 27

<sup>13</sup> KLAR 1978, S. 6

<sup>14</sup> CÜPPERS 1990, S. 439

<sup>15</sup> Walter Reinhard in RIECKHOFF 2001, S. 435

<sup>16</sup> KILIAN 1961, S. 22

<sup>17</sup> ebenda, S. 23

<sup>18</sup> zit. n. RIECKHOFF 2001, S. 215

Caesar wurde das Land von römischen Zivilisationsgütern überschwemmt. Den keltischen Eliten kam diese Eroberung, durch die sie mehr gewannen als verloren, meist nicht ungelegen. ... Freilich brachte die fremde Besatzung auch neue Unfreiheiten mit sich – drückende Steuern und harte Zwangsrekrutierungen – und erzeugte Widerstand.“<sup>19</sup>

Der letzte große Trevereraufstand<sup>20</sup> wurde durch die römischen innenpolitischen Wirren des „Vierkaiserjahres“<sup>21</sup> 69/70 n. C. ausgelöst: In der instabilen Lage mit Kämpfen an vielen Grenzen des Imperiums schlossen sich die Treverer den aufständischen rechtsrheinischen Batavern an und „riefen ein Imperium Galliarum aus. Nach ersten Anfangserfolgen (...) befand sich auf dem Kulminationspunkt der Erhebung von den nieder- und mittelrheinischen Plätzen nur noch Mainz in römischer Hand. Doch als sich die flavische Herrschaft konsolidiert hatte, brach das Ganze wie ein Kartenhaus zusammen.“<sup>22</sup>

Es dauerte ein paar Jahrzehnte, bis die römische Herrschaft in unserer Gegend ihre endgültige Form gefunden hatte. Der Rhein blieb noch eine Weile eine unruhige Grenze – die Einzelheiten der rechtsrheinischen Unternehmungen der Römer, um Ruhe zu schaffen, sind für uns nicht wichtig, wohl aber das Ergebnis: Der von den Treverern bewohnte Raum wurde unter der Regierung Kaiser Domitians<sup>23</sup> in die drei Provinzen *Germania Superior* (Obergermanien, Hauptort Mainz), *Germania Inferior* (Niedergermanien, Köln) und *Gallia Belgica* (Trier) gegliedert, wobei das Gebiet um Idar am äußersten westlichen Rand der Provinz Obergermanien lag – das Tal des Siesbachs<sup>24</sup> bildete die Grenze zur *Gallia Belgica*.

Das auf die Ermordung Domitians folgende Jahrhundert brachte unserer Gegend inneren und äußeren Frieden. „Die Regierungszeiten der Kaiser Trajan (98-117), Hadrian (117-138) und Antoninus Pius (138-161) boten dem Land zwischen Rhein und Mosel günstige wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten. Gesichert durch die Grenzlinie des Limes und die Legionsstandorte Mainz mit der 22. Legion und Straßburg mit der 8. Legion konnte sich das zivile Leben ungestört entfalten. Während dieser Zeit bildete sich in Stadt und Land ein Siedlungsbild heraus, das bis in die zweite Hälfte des 3. Jahrhunderts Bestand hatte. Die einfachen Holzbauten der Frühzeit wurden durch Steinbauten oder massivere Fachwerkbauten ersetzt.“<sup>25</sup> Behauene, baufertige Steine, arbeitsintensiv zu gewinnen, stellen begehrtes Material dar, das beim Abriss eines Gebäudes möglichst wiederverwendet wurde. So ist zu erklären, dass von den im *Vias* Idar zu vermutenden Bauten heute nichts mehr zu sehen ist, obwohl ihre Spuren zuweilen noch zutage treten: „Denn ein zuverlässiger Gewährsmann berichtet, daß bei dem Abbruche der alten Häuser und Häuschen ... bachabwärts bis zur unteren Brücke [*über den Idarbach, U. S.*] auf dem Bachstaden in der Tiefe unter den Kellersohlen mit Mörtel überzogene, also schon einmal vermauerte, Sandsteinquader, darunter solche mit Inschriften, Säulen, Feuerherde, feine und gewöhnliche Tongefäße gefunden worden seien. Leider wurde im Drange der Bautätigkeit versäumt, diese Spuren und Anhaltspunkte weiter zu verfolgen.“<sup>26</sup>

Dass der *Vias* Idar kein völlig unbedeutendes Dorf gewesen sein kann, beweisen zwei Funde, die gesichert werden konnten und im Birkenfelder Museum aufbewahrt werden:<sup>27</sup> ein in der evangelischen Kirche vermauert gewesener Sechs-Götter-Stein und ein – mit 172 mal 60 cm immer noch beeindruckendes – Bruchstück vom Grabmal des M. Aventinius Honoratus und seiner Frau Victorina. Nach der Form der Buchstaben der Inschrift wird es auf die Wende vom 2. zum 3. nachchristlichen Jahrhundert datiert.<sup>28</sup>

<sup>19</sup> ebenda, S. 269

<sup>20</sup> Zum Verlauf im Einzelnen: RIEMER 2006 S. 90 - 94

<sup>21</sup> Nach dem Selbstmord Neros (68) und dem Ende der iulisch-claudischen Dynastie riefen verschiedene Truppenteile „ihre“ Kaiser aus – Galba (ermordet), Otho (Selbstmord), Vitellius (bei der Einnahme Roms durch die Truppen Vespasians getötet). Mit dem Sieg Vespasians (Titus Flavius Vespasianus) und der Stabilisierung der Lage begann die Zeit der flavischen Dynastie.

<sup>22</sup> CHRIST 1988, S. 255

<sup>23</sup> BERNHARD 1990, S. 99: „Der Name ‚Germania‘ für die weitgehend von keltischer Bevölkerung besiedelten Gebiete war ein geschicktes Propagandamittel Domitians.“ (Titus Flavius Domitianus, Kaiser 81 – 96 [ermordet])

<sup>24</sup> „Bis in unsere Zeit ist der Bach eine Grenzscheide geblieben. Er war auch die Grenze zwischen der germanischen Vangionen... und den keltischen Mediomatrikern, schied seit 843 (Vertrag zu Verdun) das Reich Lothars von dem Ludwigs des Deutschen, in alter Zeit die Herzogtümer Lothringen und Rheinfranken, den Nahegau vom Moselgau, die Diözesen Mainz und Trier, das sponheimische Amt Birkenfeld und den Idarbann, im vorigen Jahrhundert die Ämter Birkenfeld und Oberstein, noch heute scheidet er die Pfarreien Niederbrombach und Idar.“ BRILL 1935, S. 24. – Die Angaben über die keltisch-germanischen Stammesgrenzen werden heute bestritten.

<sup>25</sup> BERNHARD 1990, S. 115

<sup>26</sup> BALDES 1923, S. 501

<sup>27</sup> KATALOG, S. 85 f, Abb. 44 - 46

<sup>28</sup> BALDES 1923, S. 501

Qualität und Größe des Grabmals sprechen für einen gewissen Wohlstand der Familie – womit der aber erworben wurde, welche Aufgaben Aventinius hatte, ob er Offizier, Verwaltungsbeamter oder großer Grundbesitzer war, werden wir nie erfahren. Immerhin sind Aventinius und Victorina die beiden ersten Idarer, die wir namentlich kennen – und leider für sehr lange Zeit auch wieder die letzten. Denn für die nächsten Jahrhunderte haben wir weder über Idar und seine Bewohner noch über Oberstein und die seinen irgendwelche Nachrichten.

Wir können aber annehmen, dass die Entwicklung in den neuen Provinzen des „römischen Deutschland“ überall ähnlich verlaufen ist. Die treverische Gesellschaftsordnung wurde relativ rasch durch die streng hierarchisch gegliederte römische Sozialstruktur verdrängt. „An der Spitze standen die *Cives Romani*, die römischen Bürger. Doch auch diese waren nicht gleich. Es gab ... den vornehmeren Senatorenstand ... und den Ritterstand ... Ritter und Senatoren gaben in der Regel in den Grenzprovinzen nur kurze Gastrollen als hohe Offiziere und Beamte, dann kehrten sie nach Italien zurück. So waren die römischen Bürger in den Provinzen an Rhein und Donau zunächst überwiegend als Soldaten oder Kaufleute vertreten. Erst als im Laufe der Zeit immer mehr Einheimische das römische Bürgerrecht erlangten, nahm auch die Anzahl der Grundbesitzer und Handwerker zu, die sich stolz als *Cives Romani* bezeichnen konnten. ... Die Römer betrachteten die freigebohrenen Einwohner eines unterworfenen Gebietes [*zunächst*] als unfreie Untertanen. ... Erst Kaiser Caracalla erhob 212 durch die sogenannte *Constitutio Antoniana* alle persönlich freien Reichsbewohner auch zu römischen Bürgern,<sup>29</sup> so dass wir uns einen großen Teil der Einwohner des Ortes am Idarbach im dritten Jahrhundert tatsächlich als römische Bürger zu denken haben, unter denen es - wie im ganzen Imperium - noch Freigelassene (*liberti*, freigelassene Sklaven in der ersten Generation) und Sklaven (*servi*) gab. Der Alltag ‚romanisierte‘ sich, „wir müssen annehmen, dass [*die Einwohner von Idar*] bald sogar ihre angestammte Sprache aufgaben und das Latein übernahmen.“<sup>30</sup>

Im zweiten Drittel des dritten Jahrhunderts geriet das Römische Reich in eine Krise, die nachhaltig die Lebensverhältnisse der Bevölkerung verändern sollte. Der äußere Druck auf die Grenzen des Reiches nahm zu. „Die endgültige Katastrophe wurde eingeleitet, als 260 der Limes auf breiter Front überrannt wurde und die Germanen nun ungehindert in das Innere Galliens vorstoßen konnten. Die Lande am Rhein wurden insbesondere durch die wiederholten Züge der Alamannen getroffen.“<sup>31</sup> Ob es Germanenvorstöße bis an den Oberlauf der Nahe gegeben hat, wissen wir nicht. Ein Schatz von 422 Kupfermünzen aus dem 3. und 4. Jahrhundert, der bei Oberstein<sup>32</sup> gefunden wurde, spricht dafür - der Eigentümer hat in unsicheren Zeiten seinen Besitz vor den Horden der Plünderer in der Erde verborgen – und er ist, vermutlich durch Vertreibung oder gar den Tod, daran gehindert worden, den Schatz wieder zu heben.

Mit einer „ungeheuren Energieleistung“<sup>33</sup> gelang es Diocletian (Kaiser 284 – 305) und seinen Nachfolgern, die Gefahr noch einmal für fast 200 Jahre abzuwehren. Der Preis für die Menschen – in Rom und in Idar – war hoch: „Die Reformen beruhten auf Normierung und Kontrolle aller Lebensbereiche bei gleichzeitiger Stärkung der Zentralgewalt und der Bürokratie.“<sup>34</sup> Der Staatsapparat und das Militär verschlangen – modern ausgedrückt – einen immer größeren Teil des Sozialproduktes. Das *Prinzipat*, wie es Augustus begründet hatte, wandelte sich zum *Dominat*, wo dem *Dominus et Deus* (Herr und Gott), dem göttliche Verehrung fordernden Kaiser die graue Masse der verarmten *subiecti*, der Untertanen, gegenüberstand. Die Bevölkerungszahl sank, die Menschen flohen vor dem brutalen Druck des Staates – Steuern, Aushebungen, Zwangsarbeit – in die Wälder. Ob auch der *vicus* am Hang des Idarbachs verödete wie viele andere Orte, wissen wir nicht. Dagegen, dass die Siedlungskontinuität *gänzlich* abgerissen wäre, spricht jedenfalls der Name ‚Idar‘ – vermutlich keltischen Ursprungs, vom *Idarwald* über den *Idarbach* auf den Ort übertragen, blieb er über den Untergang des Römischen Reiches und die Wirren der politischen Neuordnung durch die germanischen Eroberer erhalten, d. h., es muss Menschen gegeben haben, die den Namen

---

<sup>29</sup> FISCHER 1999, S. 50

<sup>30</sup> ebenda, S. 102

<sup>31</sup> DOTZAUER 2001, S. 41

<sup>32</sup> KATALOG S. 84

<sup>33</sup> HEUSS 1987, S. 443

<sup>34</sup> FISCHER 1999, S. 139



kannten und weiterbenutzten.<sup>35</sup> Der Name ist aber nur ein starkes Indiz für die Siedlungskontinuität, kein Beweis.

Es ist für unseren Zusammenhang weder nötig, sämtliche Limesdurchbrüche, Überschreitungen der Rheingrenze, Plünderungszüge der verschiedensten Stämme, die durch die *Germania Prima* (wie die verkleinerte Provinz *Germania superior* nun hieß) bis nach Spanien und Nordafrika vordrangen, noch die Streitigkeiten und immer wieder aufflackernden Thronkämpfe unter den Nachfolgern Diokletians und Konstantins aufzuzählen. Am Ende brach das weströmische Reich zusammen. „Die neuen Herren im ehemals römischen Gallien waren nun Westgoten, Burgunder, Franken und Alamannen, die aus ihrem eingeschränkten Status als mehr oder minder romtreue Bundesgenossen (*foederati*) eigene Königreiche nach germanischem Recht gebildet hatten. Anders als das oströmisch/byzantinische Reich hatte Westrom die ganzen Folgen der Völkerwanderung zu tragen gehabt. Durch die Westbewegung der Hunnen waren vor allem die ostgermanischen Völker unter Druck geraten und hatten sich schließlich auf weströmischem Boden niedergelassen. Das frühe Mittelalter hatte begonnen.“<sup>36</sup>

Aber die römische Kultur war damit nicht vernichtet – auch nach dem Jahre 476<sup>37</sup> wirkten römische Sitten und Gebräuche, wirkten Errungenschaften in der Landwirtschaft, der Alltagstechnik, der Wohnkultur, des Speisezettels usw. fort. Schon vor diesem Datum waren in den rheinnahen Provinzen Germanen sesshaft geworden – sei es auf der Basis von Verträgen als ‚Ersatz‘ für die schwindende galloromanische Bevölkerung, sei es durch Einsickern in verödete Landstriche. Germanen stellten Hilfstruppen für den Grenzschutz, ihre Anführer machten Karriere als römische Offiziere; hohe Beamte germanischer Herkunft heirateten Töchter aus gallo-römischem senatorischem Adel. Und außerdem gab es eine Institution, die geradezu eine Brücke vom Altertum ins Mittelalter schlug und (bis heute) schlägt und vieles vom römischen Erbe bewahrte; die Rede ist natürlich von der Römischen Kirche. Dass sie Formen des Römischen Reiches fortsetzt, ist gerade im Rheinland höchst augenfällig: Die drei ältesten und würdigsten Erzbistümer des späteren Deutschen Reiches sind Trier, Mainz und Köln, just die Hauptstädte der römischen Provinzen *Belgica prima*, *Germania prima* und *secunda*, und der Siesbach trennte nun nicht mehr die *Belgica prima* von der *Germania prima*, sondern das Erzbistum Trier vom Erzbistum Mainz.

Dass es in römischer Zeit in den germanischen Provinzen christliche Gemeinden gegeben hat, geht aus einem theologischen Text des Bischofs Irenäus von Lyon (177/178 – um 200) hervor: „Im 10. Kapitel von Buch I. [seiner *Abhandlung ‚Adversus Haereses‘*, ‚Gegen die Häretiker‘ U. S.] schreibt er: ‚Die in Germanien gegründeten Kirchen glauben und überliefern nichts anderes als die in Spanien oder bei den Kelten, die im Orient oder in Ägypten, die in Libyen oder in der Mitte der Welt.‘ Dieses Zeugnis des Bischofs von Lyon beweist, daß bereits in der zweiten Hälfte des 2. Jahrhunderts das Christentum bis an den mittleren und unteren Rhein vorgedrungen war, denn hier lagen die von Irenäus erwähnten römischen Provinzen ‚Germania superior‘ und ‚Germania inferior.‘ ... Die ersten Glaubensboten im Mosel-Rhein-Gebiet sind weniger unter den Soldaten als unter den Händlern aus dem östlichen Mittelmeerraum und den gallischen Handwerkern zu suchen. Diese Christen kamen und lebten so unauffällig, daß sie der Nachwelt kaum literarische oder archäologische Spuren hinterließen.“<sup>38</sup>

Einerseits können wir nicht *sicher* sein, dass in dieser ganz frühen Zeit in Idar auch schon eine christliche Gemeinde bestanden habe; dafür war der *vicius* vielleicht doch zu ländlich geprägt (nicht umsonst erhält das lateinische Wort *paganus* ‚ländlich‘ im Mittelalter die zusätzliche Bedeutung ‚heidnisch‘). Andererseits kreuzten sich in Idar zwei wichtige Straßen, und manche Heimatforscher<sup>39</sup> halten auch eine militärische Funktion des Ortes für möglich, – „im Hinterland lassen sich sichere Spuren des Christentums ... im

---

<sup>35</sup> Von vielen Orten mit germanischen Namen (z. B. den fränkischen ‚-heim‘-Orten) im Nahe- und Glan-Raum wissen wir aus archäologischen Quellen, dass sie schon zu Caesars Zeit besiedelt waren; ihr alter Name geriet aber (durch Verödung?) in Vergessenheit und wurde durch einen von den Eroberern stammenden ersetzt. Vgl. das Beispiel Meisenheim in SALOMON 2015, S. 31 ff

<sup>36</sup> BERNHARD 1990, S. 161

<sup>37</sup> Weil man ja eine griffige Zahl braucht, haben wir uns angewöhnt, das Datum der Absetzung des letzten römischen Schattenkaisers Romulus Augustulus als Datum des Untergangs des Weströmischen Reiches und des Endes der Antike überhaupt zu nehmen. Aber das ist eine Vergrößerung, denn die Menschen mit ihren Gewohnheiten, ihren Fertigkeiten, ihrem Wissen, ihrem Glauben, ihrer Sprache blieben ja vor und nach diesem Datum dieselben.

<sup>38</sup> JÜRGENSMEIER 1988, S. 11 f

<sup>39</sup> So etwa. Baldes 1923, S. 27: „Eine größere vicusartige Niederlassung, sei es militärischen bürgerlichen oder gemischten Charakters...“

Zusammenhang mit gewerblich-militärischen Anlagen beobachten.“<sup>40</sup> Sicher ist aber, dass die Kirche von Idar eine der ältesten in der ganzen Gegend ist. Die evangelische Gemeinde hat 2014 das 900-jährige Jubiläum gefeiert: „Beim Umbau der Stadtkirche 1894 fand man einen Sandsteinblock mit der Jahreszahl 1114, der heute [= 2014] Anlass gibt, dass das Presbyterium der Ev. Kirchengemeinde Idar und der Arbeitskreis 900 Jahre Stadtkirche Idar ... in diesem Jahr alle zu den Feierlichkeiten 900 Jahre Stadtkirche Idar einlädt.“<sup>41</sup> Tatsächlich spricht aber vieles dafür, dass die Wurzeln der Pfarrei noch tiefer als 900 Jahre reichen: Zum einen der schon erwähnte Sechs-Götter-Stein, der in der Kirche vermauert war und damit auf ein sehr frühes Baudatum verweist, zum anderen die außergewöhnliche Größe des (ursprünglichen) Pfarrbezirks: Da neu gebaute Kirchen oder Kapellen zunächst von einer bereits bestehenden Pfarrkirche aus seelsorgerisch betreut wurden, lässt sich aus der Zahl der Filial-Kirchen auf das Alter der Pfarrkirche schließen. „Es ist ... auffällig, daß gerade die Siedlungen mit den keltischen Ortsnamen die Muttersiedlungen der großen Pfarrbezirke ... geworden sind.“<sup>42</sup> Tatsächlich haben – und zwar unabhängig von der lehensrechtlichen Grenze, die der Idarbach zwischen „Idarbann“<sup>43</sup> (rechts des Bachlaufs bis zum Siesbach) und „Idartal“ (links des Bachlaufs bis zum Vollmersbach) darstellte – bis zu 13 Dörfer<sup>44</sup> zur Idarer Pfarrkirche gehört: möglicherweise reichte der Pfarrbezirk sogar bis Sensweiler und Kempfeld.<sup>45</sup>

### *Christianisierung und Entstehung des Frankenreichs*

Dass die Christen in der Provinz *Germania prima* katholisch waren, geht aus dem zitierten Brief des Bischofs Irenäus von Lyon hervor (s. o.) Darum war es für die weitere Entwicklung „von größter Bedeutung, daß die Franken im 5. Jahrhundert das Christentum in der katholischen Form annahmen und nicht, wie die anderen germanischen Stämme in der Form des Arianismus.“<sup>46</sup> Die Züge der einzelnen germanischen Stämme – Alemannen, Burgunder – können wir übergehen. Sie haben natürlich auch die obere Nahe betroffen, aber wir wissen nicht, in welcher Weise. Die Franken, die 465 Mainz, 459 Köln und 475 Trier endgültig einnahmen, schlugen<sup>47</sup> unter König Chlodwig 496 oder 497 die Alemannen, womit der Weg zur Schaffung eines fränkischen Großreichs frei war. Chlodwig ließ sich Weihnachten 498 oder 499 von Bischof Remigius taufen;<sup>48</sup> mit und nach ihm nahm die fränkische Führungsschicht ebenfalls das katholische Christentum an. Das war ein Geschäft auf Gegenseitigkeit. Die Kirche verlieh der neuen Herrschaft Legitimität, die neuen Herren schützten und förderten die Kirche, die christliche gallo-römische Bevölkerung konnte die Herrschaft gleicher Konfession anerkennen. Ohne diese Verbindung – sie Allianz zu nennen, wäre im 5. und 6. Jahrhundert noch zu früh – hätte das Verfassungssystem des Heiligen Römischen Reiches nicht entstehen können. Von dessen Wirkungen auf Oberstein soll im nächsten Kapitel die Rede sein. Von Idar hören wir dagegen in den nächsten 800 Jahren nichts.

Eine Urkunde aus dem Jahre 825, die so genannte *donatio Herefridi*, in der dieser Herefrid und seine Gemahlin Megeneswid dem Kloster Tholey zahlreiche Dörfer vermachen, darunter auch die „*Hidera marda*“; wird heute allgemein als Fälschung des Salm-Kyrburgischen Archivars Georg Friedrich Schott angesehen.<sup>49</sup> Erst 1321 hören wir wirklich von Idar – am 1. März empfing Philipp von Daun-Oberstein von Graf Johann I. von Nassau-Saarbrücken „...den besagten Hof in Idar mit allen zugehörigen Güter, näm-

<sup>40</sup> BOPPERT 1990, S. 256

<sup>41</sup> [www.obere-nahe.de/aktuelles/news/detailansicht/article/900-jahre-stadtkirche](http://www.obere-nahe.de/aktuelles/news/detailansicht/article/900-jahre-stadtkirche)

<sup>42</sup> SEIBRICH 1977, S. 200

<sup>43</sup> Bann = Gerichtsbezirk

<sup>44</sup> Enzweiler, Algenrodt, Mackenroth, Siesbach, Hettenroth, Kirschweiler, Tiefenbach, Hettstein, Herborn, Vollmersbach, Oberstein, Regulshausen, Breungenborn

<sup>45</sup> SEIBRICH 1977, S. 241 f und Kartenbeilage

<sup>46</sup> JÜRGENSMEIER 1988, S. 20. - Nach dem alexandrinischen Presbyter Arius. Die Arianer hielten Christus für Gott (nur) *wesensähnlich* (ἰσομορφος); die orthodoxen Katholiken dagegen halten Gottvater und Gottes Sohn für *wesensgleich* (ὁμοουσιος).

<sup>47</sup> Vermutlich bei Zulpich, Kreis Euskirchen, nördlich der Eifel

<sup>48</sup> Chlodwig soll während der Schlacht gelobt haben, sich im Falle des Sieges taufen zu lassen. Geschichten von der Verbindung von Schlachtenglück und Bekenntnis (die bekannteste: Kaiser Konstantin und die Schlacht an der Milvischen Brücke) werden ein wenig zu oft erzählt, um *ganz* glaubwürdig zu sein.

<sup>49</sup> Der Aufsatz von WIBEL 1904 behandelt nur die gefälschten Königsurkunden aus der Werkstatt Schotts, er legt aber die dann erhärtete Vermutung der Fälschung auch von Privaturkunden nahe. Vgl. die ausführliche Erörterung bei BALDES 1923, S. 203 ff. FABRICIUS 1905, S. 175 geht noch von der Echtheit der Urkunde aus; SEIBRICH 1977, S. 187 und ihm folgend DOTZAUER 2001, S. 69 versehen den Hinweis auf die die Urkunde mit (?). Text der Urkunde MRR I, 473

lich Idar, Heddenrodt, Hettstein, Mackenrodt, Algenrodt ... mit hoher und niederer Gerichtsbarkeit...“<sup>50</sup> d. h. den „Idarbann“,<sup>51</sup> als Lehen. Genaugenommen als Afterlehen, denn Johann hatte seinerseits bestätigt, das Gebiet als Lehen vom Erzstift Trier erhalten zu haben.<sup>52</sup> 1338, siebzehn Jahre später erhielt Philipps Sohn Kuno das „Idartal“ genannte Gebiet von den Grafen von Sponheim als Lehen.<sup>53</sup> Da Kuno schon 1330 die Dörfer Nieder-, Nah- und Mittelbollenbach von der Kurpfalz gekauft hatte,<sup>54</sup> war also Mitte des 14. Jahrhunderts erstmals das heutige Stadtgebiet (und weitere Territorien) in einer Hand vereinigt – wenngleich unter ganz unterschiedlichen Rechtstiteln. Um das Zustandekommen dieses buntscheckigen Gebildes aus Rechten und Abhängigkeiten und die sich daraus ergebenden Probleme und Möglichkeiten zu begreifen,<sup>55</sup> müssen wir einen Blick werfen auf die Anfänge der Herrschaft Oberstein und auf die Eigentümlichkeiten des „Staates“, dessen Strukturen, nach dem Ende der Völkerwanderungszeit entstanden, bis zur Französischen Revolution den Rahmen für das Leben auch der Einwohner von Oberstein, Idar und den Dörfern ringsum bildeten.

---

<sup>50</sup> Text auszugsweise bei BALDES 1923, S. 180 f; [Übersetzung U.S.]

<sup>51</sup> Die oben erläuterte terminologische Unterscheidung zwischen ‚Idarbann‘ und ‚-tal‘ ist heute üblich und eindeutig definiert – wird in den spätmittelalterlichen Urkunden aber leider nicht immer mit der für den Geschichts- und Heimatforscher wünschenswerten Eindeutigkeit verwendet.

<sup>52</sup> BALDES 1923, S. 181

<sup>53</sup> CONRAD 1961, S. 59

<sup>54</sup> LUEG 1921, S. 19

<sup>55</sup> Die gestückelte Zusammensetzung mittelalterlicher Herrschaftsgebiete ist „kompliziert und sträubt sich mitunter dem heute noch Begreifbaren...“ WILD 1982, S. 10

## *Obersteins mittelalterliche Anfänge bis zur Alleinregierung der Linie Daun-Oberstein (1075 – 1435)*

„In dem romantischen Nahethale treten uns bei Oberstein die Ruinen zweier Burgen entgegen, die wegen ihrer reizenden Lage auf steilen, waldumkränzten Felsen, des lieblich wechselnden Untergrundes, der im Felsen gemeißelten Kirche weit und breit bekannt sind und viele Fremde herbeiziehen, um mit Wohlgefallen sich der schönen Ansicht zu erfreuen. – Wann die erste Burg erbaut, ist bis jetzt noch nicht bekannt geworden;“<sup>1</sup> – und sehr viel klüger sind wir fast 150 Jahre später auch nicht, wenn wir uns die Entstehung der Herrschaft Oberstein auch nicht mehr ganz so idyllisch vorstellen wie Christoph Friedrich Upmann, dass nämlich „ein freier wohlhabender Franke mit seiner Gemahlin ein liebliches Plätzchen an der Nahe aussuchte, in die reizende Gegend von Oberstein gelangte und ungefähr vor 800 Jahren sich dort auf steilem Felsen ein Schloß<sup>2</sup> erbaute.“<sup>3</sup>

Tatsächlich stammt die erste urkundliche Nachricht, die sich einigermaßen sicher auf Oberstein<sup>4</sup> beziehen lässt, aus dem Jahre 1075, als ein „Everhardus de Steyna“<sup>5</sup> als sechster von zwölf weltlichen Zeugen (nach elf Klerikern) eine Schenkung des Erzbischofs Udo von Trier an Hugo von Hachenfels bezeugt<sup>6</sup>. „Vom Stein“ (de lapide, de Petra) nannten sich im Mittelalter viele Burgherren; wegen des Namens Eberhard, der in der Familie in fast jeder Generation wiederkehrt, und wegen der Verbindung zum Erzbistum Trier gilt es aber als sicher, dass *dieser* Eberhard der erste namentlich bekannte Herr von „unserem“ Oberstein ist. Aus welcher Familie die Herren von (Ober-)Stein stammen, wie sie in den Besitz ihrer Herrschaft gekommen sind, wann genau sie mit dem Bau ihrer Burg (des so genannten ‚Alten Schlosses‘ oder Burg Bosselstein) begonnen haben, wissen wir nicht. Aus der Reihenfolge der Zeugen in der Urkunde von 1075, die selbstverständlich nicht zufällig, sondern am Rang der Genannten orientiert war, ergibt sich jedoch, dass ‚Everhardus‘ ein freier Reichsritter war.<sup>7</sup> Sein „grundherrliche[r] Bezirk [wurde] von dem Göttenbach, dem Idarbach, der Nahe und dem Ringelbach begrenzt“, und darin waren die Herren vom Stein „mit allen Hoheitsrechten ausgestattet“<sup>8</sup>. Die Burg der Brüder Eberhard und Werner vom Stein wird erst 1197 erwähnt.<sup>9</sup>

Zu einer Burg gehörten, damit sie ihre Aufgabe erfüllen konnte, „Burgmannen“ als Besatzung – und diese und ihre Angehörigen mussten ernährt, gekleidet, bewaffnet werden: eine Siedlung von Menschen zur Erfüllung dieser Aufgaben müssen wir uns am Fuße des Burgfelsens schon früh vorstellen.<sup>10</sup> Die unfreie bäuerliche Bevölkerung hatte mit dem Ertrag ihrer Arbeit die Burgmannen und ihren Herrn zu versorgen – der Blick des Romantikers verklärt die harte Wirklichkeit: Der Erbauer der Burg „...konnte ... nicht leicht ein schöneres Plätzchen sich wählen; denn da mußte das reine Gemüth sich erfreuen an dem friedlich-ländlichen Leben der Dorfbewohner da unten am Fuße des Felsens.“<sup>11</sup> Da eine Burg als militärische Anlage zum Wohnen eher unbequem war, darf man vermuten, dass in ruhigen Zeiten auch die Familie „de Steyna“ in einer Art Gutshof im Tal gelebt hat. Erwähnt wird die Talsiedlung *villa sub iacente lapide*, aus der dann der Flecken Oberstein hervorgegangen ist, tatsächlich aber erst 1277 in einer Urkunde<sup>12</sup> über die Schlichtung eines Streites zwischen den Ortsherren (s. u.). Es stellt sich trotzdem die Frage, „welcher

<sup>1</sup> UPMANN 1872, S. 1

<sup>2</sup> Upmann folgt dem Idar-Obersteiner Sprachgebrauch, der vom Alten und Neuen *Schloss* redet. Tatsächlich trägt zumindest das „Alte Schloss“ eindeutig den Charakter einer *Burg* einer zum Wohnen wenig einladenden militärischen Befestigungsanlage.

<sup>3</sup> ebenda

<sup>4</sup> Der Name *Oberstein* kam erst nach dem Bau der zweiten Burg in Gebrauch, er wird aber jetzt auch für frühere Vertreter der Familie verwendet.

<sup>5</sup> „Die ältere Geschichte der Herren ‚vom Stein‘ ist etwas dunkel, weil es im Nahegau drei Burgen mit Geschlechtersitz gab, die alle ursprünglich den Namen ‚Stein‘ führten und erst später als Oberstein, Rheingrafenstein und Stein-Kallenfels unterschieden wurden.“ FABRICIUS 1905, S. 165

<sup>6</sup> MRUB I S. 433, Nr. 375

<sup>7</sup> BALDES 1923, S. 163

<sup>8</sup> CONRAD 1961, S. 59

<sup>9</sup> Der Erzbischof von Trier bekommt „ab Everhardo de Petra et fratre suo Wernhero idem castrum“ zu Lehen aufgetragen. MRUB II, S. 333, Nr. 298

<sup>10</sup> DOTZAUER 2001, S. 370

<sup>11</sup> UPMANN 1872, S. 1

<sup>12</sup> MRUB V, Nr. 751, S. 503 f

der beiden Bestandteile, das *castrum* oder die *villa* der Stammsitz der Obersteiner Familie ist. Rein äußerlich genommen, nur mit Rücksicht auf die Zeit der Erwähnung in den Urkunden, wäre es das *castrum*, die Burg zum Stein.“ Wahrscheinlicher ist aber wohl die „Annahme, daß trotz der späteren Erwähnung der ländliche Hof, die *villa* unter dem Stein, doch die Priorität besitzt, daß also die Herren vom Stein hier begütert waren, ehe wir noch etwas von der Burg zum Stein hören.“<sup>13</sup>

Wiederum als Zeugen in Trierer Urkunden tauchen Herren von Oberstein auch im folgenden 12. Jahrhundert auf: 1138<sup>14</sup> (Eberardus de Petra) und 1158<sup>15</sup> (Eberhardus de Steyne) die möglicherweise Enkel oder Urenkel des ersten uns bekannten Eberhard vom Stein waren.<sup>16</sup> Um die Rolle dieser Herren von Oberstein im Geflecht der territorialen Interessen, insbesondere ihr Verhältnis zum Trierer Erzstift, verstehen zu können, müssen wir einen Blick auf die politischen Rahmenbedingungen werfen. Das nach dem Sieg des fränkischen Königs über die Alemannen<sup>17</sup> entstandene fränkische Großreich unter Führung der Merowinger und der Karolinger war über Zwischenstufen in ein Westreich (das spätere Frankreich) und ein Ostreich (das spätere Heilige Römische Reich Deutscher Nation) zerfallen; mit dem Vertrag von Bonn 921 war die Trennung schließlich besiegelt

Die fränkischen Herrscher und ihre Nachfolger hatten die römische Staatlichkeit mit Bürokratie, Schriftlichkeit und Geldwirtschaft durch das Lehnswesen ersetzt, eine Art „Personenverbandstaat“, in dem die gegenseitige Treue von „Herr“, *dominus*, und „Mann“, *vassus* (Vasall), das Herrschaftssystem zusammenhielt. „Lehen“ waren dabei prinzipiell *alle* Güter und Rechte, die ein Einkommen abwarfen, das der Lehnsmann als „Gehalt“ für Dienst und Treue erhielt, in der Praxis handelte es sich dabei anfangs fast ausschließlich um „Land mit Leuten“, also abhängigen Bauern, später auch um Zolleinnahmen, Gerichtsgebühren u. ä. In der Theorie endete dieses gegenseitige Verhältnis mit dem Tode von „Herr“ oder „Mann“, das Lehen „fiel heim“ – in der Praxis hatte sich aber bis Anfang des 11. Jahrhunderts die Erbllichkeit „eingeschlichen“, die schließlich bestätigt wurde: Der erste salische Kaiser, Konrad II., erließ 1037 im Mai bei der Belagerung von Mailand ein Lehnsgesetz, das die Rechte der Vasallen erheblich stärkte.

Auch das Gebiet der oberen Nahe war von den Verwaltungsneuordnungen Karls des Großen durch die Schaffung der Gaugrafschaften erfasst worden. Der Begriff ist umstritten, weil er suggeriert, dass eine Kongruenz bestehe zwischen der *landschaftlichen* Einheit des Gaus und der *politischen* der Grafschaft. Gerade in unserer Gegend könnte das aber anfangs tatsächlich der Fall gewesen sein, da die römische Verwaltung schon einen gewissen Rahmen vorgeprägt hatte und der Nahegau zumindest in seiner Ost-West-Ausdehnung der *Germania prima* entsprach. Die ersten Grafen im Nahegau<sup>18</sup> noch in karolingischer Zeit, über die wir schriftliche Quellen haben, waren Mitglieder des Adelsgeschlechtes, das spätestens, als es zur Königs- und Kaiserwürde aufgestiegen war, als Salier, vorher aber auch als Konradiner bezeichnet wird. In dem Maße, wie die Salier sich in der Reichspolitik betätigten, mussten sie Aufgaben im Nahegau Vertretern, Untergrafen gewissermaßen, überlassen. Diese Untergrafen kennen wir als die Emichonen (nach dem in der Familie hauptsächlich vorkommenden Männernamen).

„Nach dem Aussterben des salischen Geschlechts<sup>19</sup> ... wurden die Söhne Emichs I. von Schmidburg<sup>20</sup> vollkommen unabhängig und nahmen ihre bisherige Amtsmacht als Privateigentum in Anspruch. Dies äußerte sich in erster Linie dadurch, daß sie den väterlichen Besitz um 1127 teilten. Der ältere Bruder Emich II., der sich bald von Schmidburg, bald von Kirberg und auch von Baymeburg (Altenbamburg im Alsenzthal) nannte, wurde der Stammvater der späteren Wildgrafen und der Raugrafen, während der jüngere Bruder Gerlach sich nach der außerhalb des Nahegaves und von seinen übrigen Besitzungen getrennt

<sup>13</sup> HAUBERT 1912, S. 18 f

<sup>14</sup> BALDES 1923 S. 163; DOTZAUER 2001 S. 369, MRUB II S.691

<sup>15</sup> BALDES, DOTZAUER ebenda; MRUB II S. 714

<sup>16</sup> Bei recht vielen in den Quellen auftauchenden Personen kennen wir zwar das (ungefähre) Sterbejahr, fast nie aber das Geburtsjahr – d. h., dass wir, da erste Söhne zumeist den Namen des Vaters bekamen, oft nicht genau wissen, welcher Generation der in der Urkunde auftauchende Träger des Namens angehört. „Alle Stammtafeln, die aufgestellt wurden, sind im Nachhinein entstanden und je nach Wissensstand und Gutdünken ihrer Urheber ... zusammengebastelt worden. Mehr oder weniger weichen sie alle voneinander ab.“ WILD 1991, S. 8

<sup>17</sup> S. o. S. 12

<sup>18</sup> vgl. Karte 2 in KLAR 1978

<sup>19</sup> mit dem Tode Heinrichs V., (König 1106, Kaiser 1111), † 1125

<sup>20</sup> Burg, heute Ruine, über dem Tal des Hahnenbachs (nördlicher Nebenfluss der Nahe) im Hunsrück

liegenden Burg Veldenz<sup>21</sup> ... benannte.“<sup>22</sup> Zu diesen beiden Nachfahren der Nahegaugrafen traten in der Naheregion die Grafen von Sponheim, die „geradezu aus dem Nichts aufzutauchen“<sup>23</sup> schienen und als das „interessanteste Adelsgeschlecht ... zuweilen sogar reichspolitische Bedeutung erlangten.“<sup>24</sup> – Zwischen diesen drei Territorialgewalten, alle größer und politisch einflussreicher als die Herren vom Stein, hat sich die Herrschaft Oberstein fast 700 Jahre behauptet. Die Grafen von Veldenz wurden vom noch größeren Herzogtum Pfalz-Zweibrücken beerbt und blieben Nachbarn im Süden. Die Sponheimer teilten ihr Gebiet in die vordere Grafschaft Sponheim-Kreuznach und die hintere Grafschaft Sponheim-Starkenburg, von denen letztere Obersteins westlich und nordöstlich benachbart blieb, auch als sie auf dem Erbwege an Baden gelangt war. Die Wild- und Raugrafschaft grenzte im Nordwesten und Südosten an die kleine Herrschaft Oberstein.<sup>25</sup>

Die oben beschriebene eigenmächtige Umwandlung von verliehenen Amtsgütern in Privatbesitz („Alodifizierung“) im Verein mit den verbreiteten Erbteilungen förderte die politische Zersplitterung und beeinträchtigte die Durchsetzungsmöglichkeiten der königlichen Zentralgewalt. Aus diesem Grunde entstand unter den sächsischen Königen das so genannte ‚ottonische Reichskirchensystem‘, wodurch den Erzbischöfen und Bischöfen, die als Zölibatäre keine erbberechtigten Nachkommen hatten, weltliche Regierungsfunktionen und reiche Schenkungen aus Königsgut übertragen wurden. Indem der König auf die Einsetzung der geistlichen Fürsten Einfluss nahm, konnte er dafür sorgen, dass die Königsgewalt im ganzen Reich über verlässliche Stützpunkte verfügte.<sup>26</sup> Das mächtigste geistliche Territorium links des Rheins war das Erzstift Trier. Es ist also leicht zu begreifen, warum die von mehreren Grafschaften umringten Herren von Oberstein die Nähe der Erzbischöfe (und seit 1338<sup>27</sup> auch Kurfürsten) von Trier suchten. Darum auch trugen die Brüder Eberhard und Werner vom Stein 1197 ihre Burg Stein dem Erzbischof Johann I. zu Lehen auf – d. h., der „Erzbischof erwarb von Eberhard von Stein und seinem Bruder Werner die Burg, die sie ihrerseits auch der Trierer Kirche übertrugen und von ihr als Lehen empfangen mit den Verpflichtungen des Lehnsides“<sup>28</sup> – infolgedessen schuldete das Trierer Erzstift den Brüdern nun „Schutz und Schirm“ – praktisch also Unterstützung bei eventuellen Streitigkeiten; die Brüder schuldeten im Gegenzug dem Erzbischof „Rat und Hilfe“ – praktisch also die Überlassung ihrer Burg<sup>29</sup> im Konfliktfall. Man kann annehmen, dass „der Erzbischof von Trier ... wohl nicht ohne weiteres zugegeben haben [wird], daß ein gewöhnlicher Freier sich in unmittelbarer Nähe der trierischen Grenzen eine Burg leistete; er wird also wohl nur unter der Bedingung, daß ihm die Veste zu Lehen aufgetragen würde, seine Einwilligung gegeben haben. (...) Möglich wäre auch, daß sich die Herren vom Stein von vornherein mit der Absicht trugen, die zu erbauende Burg einem Mächtigeren zu Lehen aufzutragen, um sich so dessen Schutz zu sichern.“<sup>30</sup> Allerdings muss man hinzufügen: Konflikte zwischen den Obersteiner Vasallen einerseits, dem Trierer Lehnsherren und den Herren der Nachbarschaft andererseits waren damit für

---

<sup>21</sup> Burg, heute Ruine, in einem Seitental der Mosel bei Mülheim

<sup>22</sup> PÖHLMANN 1921, S. 4

<sup>23</sup> DOTZAUER 2001, S. 149

<sup>24</sup> ebenda, S. 148

<sup>25</sup> Genauer und im Detail: „Die ehemalige zu dem oberrheinischen Kreise gehörige reichsunmittelbare Herrschaft Oberstein lag auf dem Hunsrück dies- und jenseits der Nahe zwischen den hintersponheimischen Ämtern Birkenfeld, Allenbach und Herrstein, dem rheingräflichen Amte Wildenburg, dem vordersponheimischen Amt Naumburg, dem rheingräflichen Oberamt Kirn und dem zweibrückischen Oberamt Lichtenberg.“ HAUBERT 1912, S. 1

<sup>26</sup> Der Streit zwischen Papsttum und Königtum um das Recht der Investitur, der Einsetzung der Bischöfe, endete 1122 mit dem Wormser Konkordat, das die „deutschen Hochkirchen [darunter auch das Erzstift Trier; U.S.] zu weltlichen Fürstentümern mit geistlichen Fürsten“ gemacht hat. FRIED 2008, S. 217. Der Einfluss der königlichen Gewalt war dadurch beschränkt, aber keineswegs aufgehoben.

<sup>27</sup> „Kurverein von Rhens“: Festlegung, dass allein die sieben Kurfürsten (die Erzbischöfe von Mainz, Trier und Köln, der Pfalzgraf bei Rhein, der Herzog von Sachsen, der Markgraf von Brandenburg und der [1338 nicht anwesende] König von Böhmen) mit einfacher Mehrheit den deutschen König wählen und dass dieser keiner Bestätigung oder Anerkennung durch den Papst bedürfe.

<sup>28</sup> MRUB II, Nr. 298, S. 333: „Hic idem archiepiscopus comparavit ab Euerhardo de petra et fratre suo idem casrtum, quod et ipsi eccelsie Treuerensi tradiderutnet ab eo in bneficio receperunt sub debito ligii hominii.“

<sup>29</sup> Der Lehensauftrag betraf *einstweilen* nur die Burg, nicht das übrige Herrschaftsterritorium, später konnte Kurtrier auch auf den Rest der Herrschaft oberlehensherrliche Ansprüche erheben.

<sup>30</sup> HAUBERT 1912, S. 19 f

die Zukunft keineswegs ausgeschlossen<sup>31</sup>; nur haben sie für die unmittelbare Ortsgeschichte von Idar und Oberstein keine prägende Rolle gespielt, auch nicht die gelegentlichen Einmischungen in Fehden zwischen der Grafschaft Sponheim und Kurtrier.<sup>32</sup>

### *Die Reichsministerialen aus Daun (Eifel)*

Von diesen beiden Brüdern Eberhard und Werner geht die Teilung der Familie in die ältere, von Eberhard herrührende, und die jüngere, von den Bossel vom Stein abstammende Linie aus. Mit Eberhard III.<sup>33</sup> starben Mitte des 13. Jahrhunderts die Eberharde im Mannesstamme aus; Eberhards Tochter Jutta (*Guda*) wurde um 1235 mit dem Reichsministerialen Wirich von Daun vermählt. Aus dieser Ehe stammt *der* Wirich, der 1277 mit seinen Vettern Wilhelm Bossel und Werner vom Stein eine Einigung über die Nutzung der Güter in der *villa sub iacente lapide* erzielte. Im Wesentlichen ging es um den Wunsch des Dauners, in den Mitbesitz der Herrschaft eingeführt zu werden. „Dort Fuß zu fassen, schien ihm wahrscheinlich deshalb wichtig, weil diese kleine Herrschaft damals noch frei verfügbares Allod war, d. h. Eigenbesitz der Herren von Stein, während alles andere, was er besaß (...) nur Lehnsgut war.“<sup>34</sup>

Wirich wird mit dem gleichen Herrschaftsrecht (*advocacia*) in der *villa* eingesetzt. „Wenn in dem Dorf Abgaben eingezogen werden, soll das nur durch gemeinsamen Beschluss (*communi consilio*) geschehen.“ Dass der Ort vorherrschend dörflichen Charakter hat, lassen die ausführlichen Bestimmungen über Hafer, Streu und Vieh erkennen, die zu liefern sind, wenn die Herren sich im Ort aufhalten; dass auch obrigkeitliche Funktionen dort ausgeübt werden, verdeutlicht die Bestimmung „wenn von den gemeinen Leuten ein (Gesetzes-)Verstoß (*lesio*) begangen wird, so werden sie (die Unterzeichner der Vereinbarung) diesen verfolgen und das Recht wiederherstellen (*facient iusticie complementum*)“<sup>35</sup> Nebenbei hören wir von den ersten drei uns namentlich bekannten, nicht-herrschaftlichen Bewohnern der *villa* Peter, Hedewin und Dietrich. (*Theoderich*).

Wann genau das „Neue Schloss“ (das den Namen Schloss eher verdient als der alte Bosselstein) gebaut worden ist, steht nicht fest – jedenfalls erscheint „die zweite Burg, ‚daz nuwe hus, daz da gebuwet ist uf dem vorge berge über der burg zum steyne‘ ...erstmal 1330.“<sup>36</sup> Auf dieses „über der Burg zum Stein“ geht höchstwahrscheinlich<sup>37</sup> der Name Oberstein zurück, den 1323 erstmals Wirich II. (IV.) in seinem Titel „Herr zu Oberstein“ (*dominus de Lapide dictus Oversteine*)<sup>38</sup> verwendete, „die Bezeichnung läßt darauf schließen, daß er die inzwischen oberhalb der alten Burg erbaute Feste als Wohnsitz bezogen hatte.“<sup>39</sup> In einer Lehensurkunde Emichs von Oberstein für Erzbischof Boemund II. von Trier (nach 1355) wird dann erstmals der Ort unter der Burg als Städtchen erwähnt: Emich bestätigt, „daz daz vorge. Husz zum Obersteyne, mit dem berge zumale, und dem Loch darunter und der dail all umb den berg und daz stedechin in dem daile von dem stifte zu Triere und nyman anders vor alders zu rechte leen gerurt hant und noch rurent.“<sup>40</sup> Es hat eine Diskussion über die Bedeutung des Wortes ‚Loch‘ gegeben: die Felshöhlung, in der die Felsenkirche steht oder der tiefe Talgrund unter dem Felsen?, die heute wohl zugunsten letzterer entschieden ist.<sup>41</sup>

Zur Zeit des Burgenbaus war die Siedlung unter dem Felsen noch nicht mit der Mauer befestigt, die auf dem bekannten Merian-Stich von 1654 Talort und Burg verbindet, aber wahrscheinlich schon durch ein

<sup>31</sup> Freimut Heiderich nennt in seinem Aufsatz „Landesgeschichtliche Entwicklungen und Burgenbau an der oberen Nahe (13. und 14. Jahrhundert)“ die Obersteiner „unberechenbare Störfaktoren“. HEIDERICH 2013, S. 47

<sup>32</sup> Vgl. hierzu HEIDERICH 2013, S. 23 ff

<sup>33</sup> Nach der Zählung bei BECKER 1978; LUEG 1921 führt ihn auf seiner Stammtafel als Eberhard VI.

<sup>34</sup> WILD 1991, S. 13

<sup>35</sup> MRUB V Nr. 751, S. 503 f – [Übersetzung U.S.]

<sup>36</sup> HAUBERT 1912, S. 23; DOTZAUER 2001, S. 370

<sup>37</sup> Es gab auch die Vermutung, „weil das Schloß an der oberen Nahe lag, oder auch zur Unterscheidung von den anderen, an der unteren Nahe gelegenen Burgen.“ UPMANN 1872, S. 1

<sup>38</sup> HAUBERT 1912, S.8

<sup>39</sup> Wirich II. in der Zählung nur der Herren von Daun-Oberstein, „Vater und Großvater, die sich nie von Oberstein nannten und dort auch nicht ansässig waren, werden dabei nicht gezählt.“ WILD 1991, S. 15. CONRAD 1961, S. 60 benutzt die andere Zählung, Zitat aus CONRAD 1961

<sup>40</sup> FABRICIUS 1905, S. 166 f

<sup>41</sup> Vgl. LUEG 1921, S. 10: „Es ist ein Irrtum, wenn andere unter ‚Loch‘ die Felshöhlung verstehen, in welcher jetzt die Felsenkirche steht. Zu dieser Annahme hat wohl das Wort verleitet.“

Gebück (eine dichte, verflochtene [Dornen-]Hecke) geschützt, „das für 1414 belegt und durch einen Flurnamen<sup>42</sup> überliefert ist. Mauer und Graben entstanden danach bis zum 16. Jh., also deutlich nach dem Bau der beiden Burgen.“<sup>43</sup> Eine Stadt im vollem rechtlichen Sinn ist auch das befestigte *stedechin* im Alten Reich nie geworden, unbeschadet der Tatsache, dass in einem Sammelprivileg, in dem Kaiser Karl IV. aus dem Hause Luxemburg seinen Großonkel Balduin, Erzbischof von Trier, ermächtigte, mehr als fünfzig Orten<sup>44</sup> alle „Rechte, Ehren und ehrbaren Gewohnheiten“ zu verleihen, deren sich das „opidum Frankendorf“<sup>45</sup> erfreue, auch „Boszelstein“ auftaucht, immerhin schon an siebter Stelle. *Nur* die Burg, die seit 1197 trierisches Lehen war, nicht die Siedlung im Tal – denn die war zu der Zeit *noch* obersteinsches Allod. Aber „immer deutlicher tritt die Absicht Triers zutage, den gesamten Allodialbesitz der Obersteiner in Lehnsabhängigkeit zu bringen. Schrittweise, unter Benutzung der pekuniären Notlage der Herren vom Stein, geht es dabei vor, von der Burg zu den Allodien im Tale und dann zu denen in der nächsten Umgebung.“<sup>46</sup> Schon „in einem Vergleiche von 1251, wodurch Streitigkeiten zwischen dem Erzstift (*Trier*) und Oberstein beigelegt werden, ist die Rede von ‚Allodien‘, die Eberhard vom Stein und sein Sohn vom Erzstift zu Lehen nehmen sollen, wie sie die Burg Stein davon zu Lehen tragen.“<sup>47</sup>

Das Abkommen von 1277 hatte die Differenzen zwischen den Familienzweigen nicht beigelegt. „Im Verlauf der sicherlich unnachgiebig und unversöhnlich ausgetragenen Erbstreitigkeiten wurde Wirich (II.) ‚im Bett erschlagen‘ (1328). Dieser Mord ... enthält glaubwürdig den historischen Kern der Legende vor der Erbauung der Felsenkirche ... als Sühne für einen Brudermord.“<sup>48</sup>

Dass Wirichs Sohn Philipp II. und sein Enkel Kuno von Johann von Saarbrücken mit dem Idarbann (1321), von der Grafschaft Sponheim mit dem Idartal (1338) belehnt wurden, dass Kuno außerdem schon 1330 die Dörfer Nieder-, Nah- und Mittelbollenbach von der Kurpfalz kaufte, haben wir schon gesehen (s. o. S. 14 f) „Nach und nach erlangte die Dauner Linie die Vorherrschaft. Der Familienzweig der Bossel leistete auf alle Rechte und Anteile an der Herrschaft Verzicht und erlosch um 1378, die Eberharde verkauften ihre Anteile 1435 an Wirich VI. [IV.]“<sup>49</sup> Damit war die Familie von Daun-Oberstein nun allein im Besitz der verschiedenen, lehnsrechtlich abgestuften Herrschaftsrechte.

Die Anschauung, dass Land mit Leuten privater Besitz sei, führte bei vielen Territorien durch Verkauf, Verpfändung und besonders durch Erbteilung zur völligen Gebietszersplitterung. „Das Verdienst der Grafen von Daun ist es, ...den Besitz vor weiterer Zersplitterung bewahrt und wieder in einer Hand vereinigt...zu haben. ... Dann erfolgte...in (*der*) Periode vom Beginn des 14. bis Ende des 15. Jahrhunderts die Zusammenfassung der verschiedenartigen Teile des Obersteiner Besitzes zu einem einheitlichen Herrschaftsgebiete; für das älteste in unmittelbarer Nähe der Burg liegende geschlossenen Gebiet tritt um die Mitte des 14. Jahrhunderts die Bezeichnung ‚Schloß und Herrlichkeit‘ auf.“<sup>50</sup>

Außerhalb dieses Kernbereiches von „Schloß und Herrlichkeit“ und der Gegend der oberen Nahe sammelten die Obersteiner und besonders dann die Daun-Obersteiner kleinere Lehensrechte – Vogteien, Aufgaben als Amtmänner usw. – die weit verstreut (bis zur Mosel) lagen, ohne dass jemals die Chance bestanden hätte, sie zu einem Herrschaftsgebiet zu arrondieren und die daher für die Geschichte der Stadt Idar-Oberstein ganz außer Betracht bleiben können.

---

<sup>42</sup> Straßennamen „Im Gebück“ am Hang unter der Felsenkirche

<sup>43</sup> DENKMALTOPOGRAPHIE, S. 300

<sup>44</sup> „civitatem, opida, villas, valles, castra et fortificia sua“ [*Fehler im Original*] LÜDICKE 1907, S. 350

<sup>45</sup> ebenda, S. 351

<sup>46</sup> HAUBERT 1912, S. 21

<sup>47</sup> ebenda

<sup>48</sup> BECKER 1978, S. 7. Allerdings muss man dazu sagen, dass die erste Erwähnung dieses Mordes sich in einer Geschichtsdarstellung (Johann Maximilian Humbracht [1653 oder 1654 – 1714] „Die höchste Zierde Deutschlands und Vortrefflichkeit des deutschen Adels“) aus dem Jahre 1707 findet. WILD 1991, S. 13

<sup>49</sup> CONRAD 1961, S. 60 (Nach der verbreiteteren Zählung aber Wirich IV.)

<sup>50</sup> HAUBERT 1912, S. 27 „Einheitliches Herrschaftsgebiet“ bezieht sich hier nur auf die territoriale Geschlossenheit, nicht auf eine rechtliche Einheit – wie wir schon gesehen haben, waren die Obersteinschen Gebiete von Trier, Sponheim, Lothringen und Saarbrücken – um nur die wichtigsten zu nennen – lehnsabhängig.



## Die Herrschaft Oberstein bis zum Übergang an Leiningen (1435 – 1682)

Die Rechtsgrundlagen, auf denen die Herrschaft der Daun-Obersteiner beruhte, waren vielfältig abgestuft; nur wenige Teile der Herrschaft waren ihr Allod, das meiste war in unterschiedlicher Form von unterschiedlichen Herren lehensabhängig. Um ihre Reichsstandschaft<sup>1</sup> zur Geltung zu bringen, mussten sie versuchen, in ihrem Gebiet zur vollen Landesherrschaft<sup>2</sup> zu gelangen. Die Tatsache, dass jedenfalls der oben umrissene Kernbereich „Burg und Herrlichkeit“ Oberstein seinen Umfang und die Herrschaft ihre Reichsunmittelbarkeit bis *fast*<sup>3</sup> zum Ende des alten Reiches bewahren konnte, zeigt den Erfolg dieser Bemühungen, deren einzelne Schritte wir nicht zu verfolgen brauchen.

Die Herren von Oberstein verfügten über eine „Kuriatstimme“, d. h., sie mussten sich in ihrer ‚Kurie‘ (Beratungsgremium auf dem Reichstag) mit anderen oberrheinischen Grafen und Herren einigen, und alle zusammen gaben dann *éine* gemeinsame Stimme ab. Dass die Herren von Oberstein sich auch in der Reichspolitik von Fall zu Fall betätigt haben, darf man annehmen, auch wenn wir Einzelheiten nicht kennen.<sup>4</sup> Von ihrem Auftreten in der regionalen Politik sind wir besser unterrichtet,<sup>5</sup> wobei aber Auswirkungen auf das *stedechin* nicht deutlich zu erkennen sind. Die relativ geringen Machtmöglichkeiten der Herrschaft gehen aus der „allzeit neuesten Matrikel“ (Worms, 1521) hervor, dem Anschlag für die Römermonate<sup>6</sup> in „Manschaften zu Roß und zu Fuß und für den Unterhalt des Reichsregiments und Reichskammergerichts in Geld: ... Graven und Herren: ... Her Philips von Oberstein und Falckenstein: Roß: 1; Fuß: 4; Gulden: 14“ Um das Gewicht Obersteins einschätzen zu können, hier zum Vergleich die Zahlen für den großen Nachbarn Trier: „Churfürsten: ... Trier: Roß 60; Fuß: 277; Gulden: 600.“<sup>7,8</sup>

Die obrigkeitlichen Rechte (bzw. die Untertanenverpflichtungen) bildeten ein „buntes Durcheinander“; so hatten die Herren von Oberstein etwa im Idarbann Rechte auf bzw. gegenüber „allen Insitzern, armen Leuten und Zugehörden, Beeden, Zinsen, Steuern, Korn- und Habergülten, Gänse, Hühner, Hahnen, Bußen, Frevel, Jägerei, Fischerei, mit dem Gericht, hoch und nieder, aller Herrlichkeit.“<sup>9</sup> Dabei ist es schwer, „zwischen den verschiedenen Arten (*grundherrlichen oder landesherrlichen Rechten*) eine Grenze zu zie-

<sup>1</sup> „**Reichsstände.** Unter R.n sind die in drei Kollegien (1. Kurfürsten, 2. geistl. und weltl. Fürsten, Prälaten, Grafen und Herren, 3. Städte) zusammengeschlossenen unmittelbaren Glieder des Reiches zu verstehen, die ihren Anspruch, das Reich gegenüber dem Herrscher zu repräsentieren, durchzusetzen vermochten und die daher berechtigt waren, auf Reichstagen ein Mitsprache- und Stimmrecht in Form der ihnen jeweils zugestandenen Viril- oder Kuriatstimmen auszuüben.“ LMA VII, Sp. 639

<sup>2</sup> Im Heiligen Römischen Reich war dieser Begriff nicht üblich, er ist erst im Nachhinein von der Geschichtswissenschaft als einheitliches Phänomen konstruiert worden. Ältere Darstellungen der Obersteiner Geschichte (u. a. HAUBERT 1912, BALDES 1923) sahen eine lineare Entwicklung von der Grundherrschaft über die niedere und höhere Gerichtsbarkeit bis zur vollendeten Landesherrschaft, die es so *planmäßig und kontinuierlich* wohl nicht gegeben hat. Vgl. Artikel „Landesherrschaft und -hoheit“ in LMA V, Sp. 1653 ff

<sup>3</sup> Mit dem Tode des letzten Daun-Obersteiners Wilhelm Wirich 1682 gingen die Obersteiner Rechte an die Erben Leiningen-Heidesheim über; die auf Oberstein bezogene Reichsstandschaft erlosch damit im selben Jahr. (OESTREICH 1983, S. 145, Nr. 60/61)

<sup>4</sup> Klaus Eberhard Wild bemerkt dazu: „Immer wieder, wenn ich mich mit den Daun-Obersteinern ... befasse, stelle ich mir die Frage, welche Rolle sie wohl in der Reichspolitik gespielt haben mögen. Müssen wir uns doch im Klaren sein, daß auch die kleinen Grafen und Herren nicht gleichgültig dem gegenüberstanden, was in der großen Politik vorging und Partei ergriffen; schließlich waren sie es, die die Köpfe hinhalten mußten, wenn es zu den Auseinandersetzungen der Großen kam. Und gerade in der ... Zeit, als die Dauner in Oberstein Einzug hielten und die zweite Burg erbauten ... war in Deutschland allerhand los. Habsburger, Nassauer, Wittelsbacher und Luxemburger, deren Familien damals die Könige stellten, rangen um die höchste Würde, die ... zu vergeben war. Auf welcher Seite zum Beispiel standen die Dauner 1298, als Adolf von Nassau bei Göllheim in der Pfalz Leben und Krone verlor? [...] Waren die Dauner auch 1322 unter den viertausend Grafen, Herren und Rittern in der Schlacht bei Mühldorf, wo der Wittelsbacher Ludwig der Bayer den Sieg davontrug? Ist Philipp von Daun ... in der Schlacht gefallen?“ WILD 1991, S. 14

<sup>5</sup> Vgl. etwa BALDES 1923, S. 129 f; HEIDERICH 2013, S. 47 f

<sup>6</sup> Eine Art Steuertarif, Bemessungsgrundlage für die allgemeine Reichssteuer. Ursprünglich hatten die Territorien je nach ihrer Leistungsfähigkeit berittene und Fußsoldaten aufzustellen; nach dem Ende der Romzüge wurde die dem Sold entsprechende Summe Geldes bezahlt.

<sup>7</sup> HOFMANN 1976, S. 47 und 41

<sup>8</sup> Von den 496 im Jahre 1521 zahlungspflichtigen Reichsständen mussten nur 13 weniger, 8 gleichviel wie die Herren von Oberstein beisteuern.

<sup>9</sup> Zit. n. HAUBERT 1912, S. 28

hen oder sie im einzelnen nach ihrer rechtlichen Grundlage zu scheiden;“<sup>10</sup> eine knappe Aufzählung soll daher genügen.<sup>11</sup>

Zunächst sind da die Abgaben zu nennen, die in direkter oder indirekter Weise sich von der Tätigkeit der Bauern herleiten – Bodenzinsen, Pachten, der Gartenzins, der Schafweide-Zins, die Bede (eine Gemeindesteuer, die auf die Einwohner umgelegt wurde), der Zehnte. Letzterer, ursprünglich zum Unterhalt der Kirchen bestimmt, war im Laufe der Zeit in die Hand des Landesherrn gelangt; nur z. T. ging wenigstens ein Drittel davon an den Gemeindepfarrer. Schließlich wäre noch das Laudemium zu nennen, eine Steuer auf das Vermögen, die bei jedem Besitzwechsel (Erbchaft, Tausch, Kauf) zu zahlen war.

Die Einwohner der Herrschaft waren leibeigen, allerdings nicht im Sinne der bäuerlichen Hörigkeit, die man heute meist mit dem Wort verbindet, sondern im Sinne einer Beschränkung der Freizügigkeit. Wer sich in der Herrschaft niederließ, wurde dadurch in seiner Gemeinde leibeigen: Wenn er sie wieder verlassen wollte, hatte er die Manumission („aus-der-Hand-Gabe“) zu zahlen, eine Abgabe von 5 – 7 % des Vermögens. Wer in der Herrschaft wohnen und arbeiten wollte, musste für die Genehmigung des Landesherrn eine Gebühr entrichten und zudem ein Vermögen von mindestens 300 fl (Gulden) nachweisen.

Auch Frondienste waren zu leisten: Wer über Pferd und Wagen verfügte, leistete Zugdienst, die anderen Handdienste. Da die Eigenwirtschaft der Herrschaft immer mehr abnahm, waren diese Dienste, die auch nicht *ganz* unentgeltlich geleistet werden mussten (die Fröner wurden mit Brot und Bier verköstigt), wenig belastend, „bei den von den Obersteinschen Untertanen geforderten Fronen handelt es sich im Vergleich zu ostelbischen Verhältnissen um sehr mäßige Lasten.“<sup>12</sup> Wirklich belastend waren jedoch die Fuhrfronen, deren sich die Herrschaft bediente, um Naturalabgaben in die Amtsscheunen und -keller, am Ende sogar bis ins Schloss zu Heidesheim transportieren zu lassen.

Zur Herausbildung der Territorialhoheit gehört der allmähliche Übergang der ursprünglichen Königsrechte, der Regalien, in die Hände der Landesherrn: Die Herren von Oberstein übten die niedere und die hohe Gerichtsbarkeit aus (bzw. ließen sie durch ihre Amtsmänner ausüben), sie verfügten (neben dem schon früh wahrgenommenen Befestigungs- und Burgenbau-Recht, s. o. S. 18 f) über den Mühlenbann, den Forstbann (einschließlich Jagd- und Fischereirecht), das Marktrecht (mit der Möglichkeit, Standgeld zu kassieren); das Zollrecht kam bei dem geringen Umfang der Herrschaft kaum in Betracht; erhoben wurde ein Wegegeld, das an die Gemeinden für den Unterhalt der Straßen weitergeleitet wurde. Das Recht der Gewerbe-Aufsicht hat die Herrschaft nur einmal, beim Erlass der Zunftordnung der Achatschleifer (s. u.) ausgeübt. Jedenfalls war die Landesherrschaft am Ende so gefestigt, dass den Herren von Oberstein „ihre Reichsunmittelbarkeit im Westfälischen Frieden ausdrücklich zugesichert wurde; sie sollen bleiben *in ea libertate et possessione Immediatis erga Imperium Romanum, qua hactenus gvisi sunt*“.<sup>13</sup>

Einen latenten Dauerkonflikt bildete spätestens seit dem ersten Drittel des 15. Jahrhunderts das Verhältnis zum Herzogtum Lothringen. Lothringen – genauer: der Teil *Ober*-Lothringen des alten Mittelreiches Lotharingen – war seit der (Wieder-)Vereinigung mit dem Herzogtum Bar<sup>14</sup> 1431 durch Herzog René von Anjou und dem Sieg über Karl den Kühnen von Burgund 1477 eine einflussreiche Macht an der oder besser: *beiderseits* der Westgrenze des Heiligen Römischen Reiches. Die Herzöge von Lothringen besaßen vom Kaiser und vom französischen König lehenrührige Gebiete, und sie hatten eine, verglichen mit den Kleinterritorien des Reichs, ausgesprochen moderne Verwaltung.<sup>15</sup>

Schon Wirichs IV. Vater Philipp II. war offenbar lothringischer<sup>16</sup> Vasall: Aus dem Jahre 1431, als René in Kriegsgefangenschaft geraten war, ist ein Brief Elisabeths, der Gattin René's, an Philipp überliefert, in dem sie bittet, „dieweil ihr Herr von den Burgundern gefangen, doch so bald wie möglich nach Nantzie<sup>17</sup> zu kommen und so viel Leut als er könne mitzubringen, um Statt und Schloß mit Rath und That schützen helfen.“<sup>18</sup> Ob Philipp der Bitte nachgekommen ist, wissen wir nicht – jedenfalls scheint die Ausdehnung

<sup>10</sup> HAUBERT 1912, S. 50

<sup>11</sup> Ich folge hier im wesentlichen HAUBERT 1912, S. 50 ff, und BALDES 1923, S. 171 ff

<sup>12</sup> HAUBERT 1912, S. 63

<sup>13</sup> ‚in derjenigen Freiheit und in demjenigen Besitz der Reichsunmittelbarkeit, deren sie sich bisher erfreut haben‘. [Übersetzung U.S.] HAUBERT 1912, S. 48

<sup>14</sup> In Ostfrankreich, (heute Departements Moselle und Meuse), Hauptort Bar-le-Duc

<sup>15</sup> Vgl. HERRMANN LOTHRINGEN, S. 201 ff

<sup>16</sup> ...oder eher Vasall des Stiftes Verdun, auf dessen Territorium Lothringen Anspruch erhob.

<sup>17</sup> Nancy

<sup>18</sup> UPMANN 1872, S. 10. Von einem Kriegszug der Obersteiner nach Nancy ist nichts überliefert -

der Herrschaft Oberstein rechts der Nahe in die Winterhauch sowie der Erwerb und Lehensauftrag an Lothringen des Dorfes Breungenborn<sup>19</sup> damit in zeitlichem und ursächlichem Zusammenhang zu stehen.<sup>20</sup>

Philipps Sohn Wirich IV., der erste Dauner, der die Regierung nicht mehr mit den Bosselsteinern (s. o. S. 19) teilen musste, war auch der Bauherr der berühmten Felsenkirche.<sup>21</sup> Er war verheiratet mit einer Tochter des Grafen von Leiningen, verheiratete seinen noch unmündigen Sohn Melchior (reg. 1501 – 1517) mit Margarethe von Virneburg und erwarb von den Grafen von Virneburg die bedeutende, allerdings hoch verschuldete Grafschaft Falkenstein am Donnersberg. Durch diese Vergrößerung des Besitzes der Herren von Daun-Oberstein verlagerte sich der politische Schwerpunkt fort von Nahe und Idarbach. „Mit dieser Neuerwerbung 1456 war das Schicksal der Herrschaft Oberstein besiegelt. Sie verlor damit ihre Selbständigkeit und war seitdem nur ein Anhängsel der mächtigen Grafschaft Falkenstein. Noch in demselben Jahre 1456 schrieb und nannte sich Wirich v. Daun: Graf und Herr zu Falkenstein, Herr zu Oberstein.“<sup>22</sup>

Diese Erwerbung verschärfte und perpetuierte den Konflikt der Daun-Obersteiner mit dem Herzogtum Lothringen. Denn Falkenstein war ein heimgefallenes Reichslehen, das der Kaiser zwei Jahre nach dem Erwerb durch Wirich an das Herzogtum Lothringen weiter verlieh, Wirich wurde also zum Afterlehensträger. Er glaubte, „aufgrund der im Reiche üblichen Praxis ..., auch mit [s<sub>ein</sub>en] lothringischen Lehen frei schalten und walten zu können, z. B. Reichssteuern einzuziehen oder die Konfession der Untertanen zu ändern. In dem verständlichen Bestreben die eigene Herrschaft auszudehnen, trachtete [er] danach, möglichst allen [s<sub>ein</sub>en] Besitzungen die Anerkennung der Reichsunmittelbarkeit zu verschaffen, während die Herzöge von Lothringen ihrerseits jeglichen von ihnen zu Lehen gehenden Adelsbesitz als landständisch<sup>23</sup> ansahen. Dementsprechend luden sie einige reichsständische Grafen (...) regelmäßig zu den lothringischen Ständetagen.“<sup>24</sup> Inwieweit die reichsunmittelbaren Grafen und Herren „den Ladungen nachkamen, sich vertreten ließen oder überhaupt nicht auf den Sitzungen der lothringischen Landstände erschienen, bedürfte noch näherer Aufklärung.“<sup>25</sup>

Eine ähnliche Konfliktlage wie wegen Falkenstein bestand in Bezug auf die 1330 von Kurpfalz käuflich erworbenen Dörfer am Bollenbach<sup>26</sup> sowie auf einige Dörfer südlich von Birkenfeld: „Die von Lothringen ebenfalls lehenrührigen obersteinischen Besitzungen bei Hoppstädten, Bleiderdingen-Weiersbach und Freisen, die die Lothringer seit 1590 der Herrschaft Oberstein zu entreißen versuchten, wurden 1680 von der Metzter Reunionskammer (s. u.) beansprucht. Oberstein hatte sich klagend an den Kaiser gewandt, der den Herzog von Lothringen zum Schadenersatz verpflichtete, ein Schritt, der nicht einmal das verschriebene Papier lohnte.“<sup>27</sup>

Als Melchiors Sohn (wieder mit dem Namen Wirich [V.], regierte 1517 – 1548) durch die Ehe mit einer Gräfin von Sayn auch noch die Herrschaften Hohenlimburg (Westfalen) und Broich (heute zu Mühlheim/Ruhr) erheiratete (1505), bot „die kleine Herrschaft an der Nahe vollends (...) das atypische Bild eines Territorialstaates jener Zeit, da (*der Herrschaft Oberstein*) alles das fehlte, was das Wesen des westdeutschen Territorialstaates im Ancien Régime ausmacht: das residierende Herrscherhaus, die Residenz, der Hofstaat. Die naheländischen Besitzungen wurden von ferngesessenen Herrschern regiert und hatten meist eine sehr unbestimmte Verwaltung. Die Landesherrn überließen ihre naheländischen Besitzungen

---

<sup>19</sup> heute Wüstung auf dem Truppenübungsplatz Baumholder

<sup>20</sup> Vgl. HAUBERT 1912 S. 9; CONRAD 1961 S. 60 f

<sup>21</sup> Zur Gründungssage, zur komplizierten Baugeschichte und zu dem (vermutlichen) Vorgängerbau s. LOCH 1929, S. 37 – 43 und BRANDT 1984, S. 19 - 25

<sup>22</sup> HAUBERT 1912, S. 9 f

<sup>23</sup> D. h., dass die Daun-Obersteiner zu den Versammlungen der lothringischen Stände (der Geistlichkeit, des Adels und der Städte) *geladen* wurden, gegenüber ihrer Reichsständerschaft also in Bezug auf ihre von Lothringen rührenden Lehen als mediatisiert betrachtet wurden. Wie oft sie den Ladungen Folge geleistet habe, ist nicht bekannt.

<sup>24</sup> HERRMANN LOTHRINGEN, S. 199; Liste der reichsständischen Grafen und Herren, die zu lothringischen Ständeversammlungen geladen wurden, ebenda, S. 213

<sup>25</sup> ebenda, S. 214.

<sup>26</sup> UPMANN 1872, S. 19

<sup>27</sup> DOTZAUER 2001, S. 372 UPMANN 1872, S. 21 (und ihm folgend LUEG 1921) erzählt, auch Oberstein selbst sei einmal betroffen worden: „Lothringen wurde, als es nun 1604 mit bewaffneter Hand in Oberstein einfiel, zurückgeschlagen; auch rückte Oberstein mit 100 Schützen, in rothen Röcken, auf Mittelbollenbach los, vertrieb die Lothringer und schleppte die Gefangenen, darunter auch den feindlich gesinnten Förster...nach Oberstein.“

sich selbst.“<sup>28</sup> – jedenfalls solange die Steuern und Abgaben regelmäßig einliefen. Nur flossen sie in Oberstein, anders als in einer Residenzstadt, nicht wenigstens zum Teil an die örtlichen Handwerker und Kaufleute zurück. Repräsentant der Herrschaft an der Nahe war der – vom Herrn eingesetzte – Amtmann, dessen Aufgabe darin bestand, „die landesherrlichen Interessen in der Herrschaft selbst und in den dazugehörigen Orten außerhalb dieser wahrzunehmen, ferner jegliche Beeinträchtigung der landesherrlichen Rechte zu verhindern. Zu diesem Zweck (*waren*) vor allem Rechtsprechung und Verwaltung im weitesten Sinne in seiner Hand vereinigt.“<sup>29</sup>

Dass ein Landesherr militärische oder administrative Dienste außerhalb seines kleinen (und möglicherweise stark verschuldeten) Landes bei einem größeren Fürsten nahm, war in der frühen Neuzeit nichts Außergewöhnliches;<sup>30</sup> Wirich V. war „vornehmlich in Diensten seiner Broicher Landesherrn<sup>31</sup>, des deutschen Kaisers Karl V., dessen Bruder Ferdinand und des Kurfürsten von Sachsen tätig. Daneben war er zeitweise Statthalter von Ravensberg, Heerführer im Türkenkrieg und als oberster Feldhauptmann zahlreicher weltlicher und geistlicher Fürsten 1535 Sieger über die Wiedertäufer in Münster.“<sup>32</sup>

### *Reformation und Dreißigjähriger Krieg (um 1538 – 1682)*

Die Regierungszeit Wirichs V. fällt schon in die Reformationszeit, in eine Periode tiefgreifender Umbrüche, deren Wirkungen, ausgehend von den Universitäten, den Zusammenkünften der Reichstage und den Auseinandersetzungen zwischen den Häusern Valois und Habsburg,<sup>33</sup> auch die kleine Herrschaft an der Nahe erreicht haben. Denn „kaum ein anderes Ereignis hat den Verlauf unserer europäischen Geschichte so tiefgreifend und so dauerhaft beeinflusst wie die von der Mitte Deutschlands ausgehende Reformation, kaum ein anderes Ereignis bis dahin hat die Menschen – die einfachen Menschen, die *schönbar* an den Dingen der ‚großen‘ Politik gar keinen Anteil nahmen – so sehr in seinen Bann gezogen und zum eigenen Eingreifen bewegt. Die Reformation wurzelt mit ihrer religiösen Fragestellung – wie kann der Mensch Gottes Gnade finden? – noch ganz im Mittelalter; ihr Ergebnis aber – die Ausdifferenzierung der Sphären von Kirche und Staat, Religion und Politik, der Individualisierungsschub, der von der Notwendigkeit ausgelöst wurde, eine Glaubensentscheidung nach dem *eigenen* Gewissen zu treffen, die Entstehung von so etwas wie ‚Öffentlichkeit‘ – ist der unwiderrufliche Anbruch der Moderne.“<sup>34</sup>

Für viele Orte Deutschlands können wir auf den Tag genau den Übergang zur Reformation feststellen;<sup>35</sup> für andere dagegen ist ein punktueller Beginn, gar eine „Einführung“ durch einen schriftlich fixierten Hoheitsakt<sup>36</sup> als Initiative nicht feststellbar – die Herrschaft Oberstein gehört zu letzteren. So listete H. Peter Brandt in seinem Vortrag<sup>37</sup> von 1978 insgesamt acht (!) Datierungen, oder besser Datierungsversuche, auf – gestreut von 1538 bis 1613.

„Wir haben ... nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür, wie die Lehre Luthers in das obere Nahegebiet gelangte und wie sich speziell die einzelnen Bürger dazu stellten. Andererseits ist bekannt, daß sich der neue Glaube sehr schnell in Deutschland verbreitete und zunächst bei über 90% der Bevölkerung auf große Zustimmung stieß. Man kann mit Fug und Recht von einer evangelischen Bewegung sprechen. Ob

<sup>28</sup> BECKER 1978, S.8

<sup>29</sup> HAUBERT 1912, S. 70

<sup>30</sup> Das bekannteste Beispiel ist vielleicht „der alte Dessauer“, Leopold I. von Anhalt-Dessau (1676 -1747), der die brandenburgisch-preußische Armee unter den Königen Friedrich-Wilhelm I. und Friedrich II. aufbaute und führte.

<sup>31</sup> des Herzogs von Jülich-Kleve-Berg

<sup>32</sup> BRANDT 1978, S. 14

<sup>33</sup> ...mit den vier Kriegen zwischen dem Habsburger Kaiser Karl V. und dem französischen König Franz I., (1521 – 26; 1526 – 29; 1536 – 38; 1542 – 44), die zwar die Herrschaft Oberstein nicht direkt berührten, aber alle deutschen Reichsstände zur Stellungnahme forderte – die Parteiungen folgten den Machtinteressen, keineswegs den Konfessionsgrenzen.

<sup>34</sup> SALOMON 2015, S. 90

<sup>35</sup> So steht z. B. fest, dass im pfalz-zweibrückischen Meisenheim schon zu Pfingsten 1526 das Abendmahl zum ersten Mal in evangelischer Weise „unter beiderlei Gestalt“, also mit der Austeilung von Brot *und* Wein an die Kommunikanten, gefeiert wurde (SALOMON 2015, S. 94 f); der Rat der Stadt Hamburg beraumte, als die Streitigkeiten zwischen den Vertretern des „alten“ und des „neuen“ Glaubens zu eskalieren drohten, eine öffentliche „Disputation“ für den 28. April 1528 an, bei der die Bibel die alleinige Richtschnur sein sollte. „Am Sieg der Lutherischen war nicht zu deuteln. Fünf der hartnäckigsten altgläubigen Geistlichen wurden ausgewiesen.“ Postel, Rainer: Reformation und Gegenreformation 1517 – 1648. In: Hans-Dieter Loose (Hg.): Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner Bd. 1, Hamburg 1982, S. 213

<sup>36</sup> Der wurde mit der Gründung von evangelischen Landeskirchen dann als Bestätigung vollendeter Tatsachen vollzogen.

<sup>37</sup> BRANDT 1978, S. 6

und wie weit diese von Pfarrern, Amtleuten oder gar Landesherrn selbst in ihrer Meinung bestärkt oder behindert wurden, ist für die Herrschaft Oberstein nicht mehr nachzuprüfen.<sup>38</sup> Vielleicht trifft auch die Annahme zu, dass die Nähe der Eberburg, auf der bedeutende Reformatoren in den 1520er Jahren Gäste<sup>39</sup> Franz von Sickingens waren, bewirkt hat, „daß sich im Nahetal reformatorische Strömungen schon sehr früh nachweisen lassen. In den an die Herrschaft Oberstein angrenzenden zweibrückischen Gegenden beginnt die Einführung der Reformation etwa 1525,“ wie es Alfred Loch in der Festschrift 1929 zur Wiederweihe der Felsenkirche feststellt.<sup>40</sup>

Es war spätestens nach Luthers Weigerung auf dem Reichstag zu Worms 1521, seine Auffassungen zu widerrufen, klar, dass die Reformation *auch* eine eminent politische Angelegenheit war. Nicht nur die Stellung der geistlichen Fürsten im Verfassungsgefüge des Reiches und das Selbstverständnis Karls V. als „Universalherrscher“,<sup>41</sup> zu dessen Aufgaben es gehöre, die *eine* römische Kirche zu beschützen, sondern auch das eifersüchtige Bestreben der Landesherrn, sich nicht in die inneren Angelegenheiten (zu denen sie auch das *ius reformandi* rechneten) ihrer Territorien hineinreden zu lassen, heizte den Konflikt an. Allerdings: Wenn Kurfürst Friedrich der Weise von Sachsen es wagen konnte, die Durchführung des Wormser Edikts<sup>42</sup> mit der Ächtung Luthers zu verweigern, war es für den kleinen Herren von Oberstein – selbst wenn er auch noch Graf von Falkenstein war und Herr von Broich und Bürgel – sicherer, erst einmal keine irreversiblen Entscheidungen zu treffen, d. h. weder die neue Lehre „einzuführen“, noch die „evangelische Bewegung“ in den Gemeinden zu unterdrücken.

Als reichsständischer Graf und Herr besuchte Wirich natürlich die „denkwürdigen Reichstage jener Zeit“<sup>43</sup> – Worms 1521, wo Luther den Widerruf verweigerte, Speyer 1526, wo die Reichsstände beschloßen, bis zur Entscheidung eines Konzils „also zu leben, zu regieren und zu halten, wie ein jeder solches gegen Gott und kaiserliche Majestät hoffet und vertrauert zu verantworten“,<sup>44</sup> Speyer 1529, wo die evangelischen Stände ihre „Protestation“ gegen die Aufhebung des Beschlusses von 1526 erhoben, Augsburg 1530, wo die „Confessio Augusta“ als verbindliche Zusammenfassung der lutherischen Lehre vorgelegt wurde. Dass Wirich das Münsteraner „Täuferreich“ im Auftrage der Reichsfürsten 1535 militärisch niedergeworfen hat, kann man nicht als Parteinahme für die Altgläubigen werten – es wird berichtet, dass sein Verhältnis zu Franz von Waldeck, dem Fürstbischof von Münster, „äußerst kühl“ gewesen sei<sup>45</sup> und dass „die ... Eitelkeit des Bischofs sein Verhältnis zu Wirich auch weiterhin (*d. h. nach der Einnahme von Münster*) vergiftet hatte.“<sup>46</sup> Im Ganzen nahm Wirich der Glaubenserneuerung gegenüber „eine beobachtende Stellung ein. Im Großen und Ganzen scheint er die natürliche Entwicklung der ganzen Angelegenheit haben abwarten wollen, ohne irgendwie, kraft seiner Stellung als Landesherr, einzugreifen.“<sup>47</sup>

In der ältesten erhaltenen Niederschrift der Obersteiner Gerichtsordnung von 1538 (s. u.) sind auch Bestimmungen über die Sonntagsruhe enthalten, in der mit einer Geldstrafe bedroht wird, wer ins Wirtshaus oder zum Kartenspiel geht „... ,an Sonntagen, so man die Evangelia und Gottes Wort verkündt‘ ... Das sind Sprachwendungen, die kaum der katholischen Kirche, wohl aber schon der frühen protestantischen Kirche eigen waren.“<sup>48</sup> Außerdem wird in derselben Gerichtsordnung „festgesetzt, daß ein abgegangener Kirchengeschworener auf die Weise ersetzt werden soll, daß der Landesherr aus zwei oder drei ihm Vorzuschlagenden den ihm geeignet erscheinenden auswählt, und dann ist ferner vorgeschrieben, daß die Kirchenrechnung im Beisein der herrschaftlichen Beamten abgehört werden soll. In beiden Bestimmungen ist von einer Mitwirkung kirchlicher Stellen nicht mehr die Rede, so daß auch hieraus hervorzu-

---

<sup>38</sup> ebenda, S. 26

<sup>39</sup> u. a. Martin Bucer, Johannes Oekolampad, Johannes Schwebel) sowie der Humanist Ulrich von Hutten. BÖCHER 2007, S. 13

<sup>40</sup> LOCH 1929, S. 46 f

<sup>41</sup> Vgl. KOHLER 1999, S. 94 f

<sup>42</sup> Das Edikt verhängte die Reichsacht über Luther und verbot Druck und Lektüre seiner Schriften, konnte aber die Ausbreitung der Reformation nicht verhindern.

<sup>43</sup> BRANDT 1978, S. 14

<sup>44</sup> zit. n. REINHARD 2001, S. 314

<sup>45</sup> BRANDT 1978, S. 14

<sup>46</sup> REDLICH 1939, S. 53

<sup>47</sup> LOCH 1929, S. 47

<sup>48</sup> ebenda, S. 48. – In der Diskussion über H. Peter Brandts Vortrag wurde eingewandt, dass zu der Zeit in Mainz (zu dessen Diözese die Pfarreien Idar und Oberstein noch gehörten) „einige Theologen... auch auf katholischer Seite die Predigtstätigkeit – auch die biblische Predigt – intensivierten“; dass also diese Formulierung kein endgültiger Beweis für eine vollzogene Reformation sei. BRANDT 1978, S. 25

gehen scheint, daß die Landesherrschaft die Ausübung der Kirchenhoheit schon in die eigene Hand genommen, d. h., daß sich der Abfall von dem katholischen Glauben vollzogen hatte.“<sup>49</sup>

Während Wirichs „beobachtender“ Haltung verschärften sich die Gegensätze im Reich. Nach der Wahl von Karls V. jüngerem Bruder Ferdinand zum Römischen König erhöhte Karl den Druck zur Durchsetzung des Wormser Ediktes – die Reaktion auf protestantischer Seite war die „Verfassung zur eilenden rettung und gegenwehr“, besser bekannt als „Schmalkaldischer Bund“.<sup>50</sup> Weder Wirich noch ein anderer Vertreter der Familie Daun-Oberstein-Falkenstein-Broich ist dem Schmalkaldischen Bund beigetreten.

Wirichs Sohn Philipp (V.), der von 1547 bis 1554 die Herrschaft Oberstein innehatte (die Einzelbestimmungen des Testaments über die Verteilung der Daunschen Gebiete an die Söhne brauchen uns hier nicht zu interessieren), war Domherr in Köln gewesen, hatte mit den Versuchen des Erzbischofs Hermann von Wied, im Erzstift die Reformation einzuführen,<sup>51</sup> sympathisiert und sein geistliches Amt niedergelegt, um mit der ehemaligen Nonne Caspara von Holtey zusammenzuleben. Er war überzeugter Lutheraner, „einzuführen“ brauchte er die Reformation in seiner Herrschaft allerdings nicht mehr. Trotzdem trat er zunächst vorsichtig gegenüber der katholischen Kirche auf – seine im ‚Konkubinat‘ gezeugten Kinder (Wirich und Margarethe) galten nach damaliger Rechtsauffassung als illegitim und damit nicht erbberechtigt. Erst 1552, nach einem päpstlichen Dispens, konnte Philipp seine langjährige Lebensgefährtin heiraten. „Die Kinder des Paares... waren bereits so groß, daß sie den Schleier ihrer Mutter tragen konnten.“<sup>52</sup>

Wir brauchen nicht im Einzelnen zu verfolgen, wie die Gegensätze sich bis zum Ausbruch des Schmalkaldischen Krieges zuspitzten. Die Kaiserlichen siegten bei Mühlberg an der Elbe (24. April 1547). Der Kaiser konnte daher im folgenden Jahr auf dem „geharnischten Reichstag“ zu Augsburg energisch auftreten. Den protestantischen Ständen wurde im Reichstagsabschied vom 30. Juni „Der römisch-kaiserlichen Majestät Erklärung, wie es der Religion halben im Heiligen Reich bis zum Austrag des gemeinen Concilii gehalten werden soll“, das so genannte „Interim“,<sup>53</sup> auferlegt. Karl V. war sicher der Meinung, er sei den Protestanten damit weit entgegengekommen, obwohl weder die katholische Seite (der alles zu weit ging) noch die evangelische damit zufrieden waren. „Philipp von Daun-Oberstein nahm aber dieses Interim an, da damit wenigstens eine gewisse Absicherung des bisher praktizierten Glaubens in seinen Ländern möglich war.“<sup>54</sup>

„1554 verzichtete [*Philipp*] zugunsten seines ebenfalls aus dem geistlichen Stand ausgeschiedenen, aber katholisch gebliebenen Bruders Sebastian auf die Herrschaft Oberstein, so daß diese wieder einen katholischen Landesherrn bekam. Sebastian (1554 – 1570) ... ließ das evangelische Bekenntnis seiner Untertanen unangetastet,“<sup>55</sup> obwohl er nach dem Augsburger Religionsfrieden von 1555 sehr wohl das Recht zum Eingriff gehabt hätte, denn in Augsburg gab die kaiserliche Zentralgewalt den Anspruch auf Glaubenseinheit auf und überließ den Landesherrn die Bestimmung der Konfession ihrer Untertanen, *aller* ihrer Untertanen. Mit der einst postulierten „Freiheit eines Christenmenschen“<sup>56</sup> hatte das allerdings nur mehr wenig zu tun. Ob Sebastians Verzicht religiöser Toleranz entsprang oder eher die Anerkennung ‚des normativen Zwanges des Faktischen‘ bedeutete, läßt sich allenfalls vermuten. Untertanen, die den Konfessionswechsel nicht mitmachen wollten, durften auswandern – ob Sebastian wirtschaftliche Nachteile „durch die Auswanderung seiner wertvollsten Facharbeiter – der Achatschleifer – befürchtete, muß Spekulation bleiben.“<sup>57</sup>

---

<sup>49</sup> LOCH 1929, S. 48

<sup>50</sup> Vertragstext in HOFMANN 1976, S. 79 ff

<sup>51</sup> Dieser Versuch scheiterte 1546 (REINHARD 2001, S. 339) ebenso wie das gleiche Vorhaben Erzbischof Gebhards Truchsess von Waldburg 1583 (LANZINNER 2001, S.67 f): zu empfindlich wäre das komplizierte konfessionell-dynastische Gleichgewicht gestört worden.

<sup>52</sup> BRANDT 1978, S. 18

<sup>53</sup> Darin wurde den Evangelischen *vorläufig* die Priesterehe und der „Laienkelch“, also die Austeilung auch von Wein an die Gläubigen beim Abendmahl, zugestanden, alle weitergehenden Reformen im Gottesdienst, aber auch beim Kirchenbesitz, jedoch untersagt.

<sup>54</sup> BRANDT 1978, S. 17

<sup>55</sup> WILD 1965, S.

<sup>56</sup> „Von der Freiheit eines Christenmenschen“, 1520, eine von Luthers wichtigsten reformatorischen Schriften

<sup>57</sup> BRANDT 1978, S.20

Sebastian starb vermutlich 1570, sein Sohn Philipp Franz (1570 – 1616/1624,<sup>58</sup> zunächst unter Vormundschaft) beließ die konfessionellen Verhältnisse, wie er sie übernommen hatte. Philipp Franz hat unter allen Obersteiner Herren der Neuzeit<sup>59</sup> von den Heimathistorikern die beste Beurteilung erfahren, weil er sich offenbar um die wirtschaftliche Entwicklung seiner Herrschaft kümmerte. Er hat „sich in mancher Beziehung um (*die Herrschaft Oberstein*) verdient gemacht und sich durch eine Reihe von Anordnungen den Dank der Untertanen erworben (...) So schuf er 1609 eine zweckmäßige Zunftordnung für die Achat-schleifer, überließ seinen Untertanen für den erlittenen lothringischen Schaden das von durchziehenden Waren und Vieh zu entrichtende Weggeld, ebenso das von verkauften Waren im Flecken erhobene Standgeld.“<sup>60</sup> (Zur Zunftordnung der Achat-Schleifer s. u.)

Einen Rekatholisierungsversuch mit vorübergehender militärischer Besetzung unternahm, und zwar eher aus politischen als aus religiösen Gründen,<sup>61</sup> Lothringen 1616, gegen Ende der Regierungszeit von Philipp Franz. (Zu den oberlehensherrlichen Ansprüchen Lothringens s. o. S. 22 f) Einen weiteren, erfolgreicherem (wenn auch nur vorübergehend) Versuch machten die Söhne Philipp Franz', „die im 30jährigen Krieg beide im kaiserlichen Dienst standen und nacheinander gefallen sind (Lothar 1633 als Oberst, Franz Christoph 1636 als Generalmajor)“.<sup>62</sup> 1629 vertrieben sie den lutherischen Pfarrer Johannes Schwab und „berief(en) Jesuiten aus Trier zur Bekehrung der Bevölkerung. ... Für die Jahre 1629 – 1641 lassen sich die Namen von fünf katholischen Geistlichen (drei Jesuiten und zwei Weltpriestern) für Oberstein ermitteln. Sie predigten in der Felsenkirche und betreuten auch während der Pestepidemie – vermutlich 1635 – die Kranken, wobei einer sich infizierte und starb.“<sup>63</sup> Den Erfolg der gegenreformatorischen Mission war indes nicht durchschlagend – 1639 berichtete ein katholischer Pfarrer aus Oberstein an Trier, dass sich „vornehmlich im Flecken Oberstein die Leute an auswärtige unkatholische Orte begäben und daselbst ihre Kinder taufen ließen, auch daselbst die Sakramente empfangen.“<sup>64</sup>

Nach dem Tode von Lothar und Franz Christoph war 1636 der letzte männliche Spross des Hauses Daun-Oberstein der in den niederrheinischen Besitzungen residierende Wilhelm Wirich († 1682), ein überzeugter Lutheraner (s. u.). Dieser abermalige Konfessionswechsel der Landesherrschaft spielte sich vor dem Hintergrund des 30-jährigen Krieges, oder besser: dieser „Akkumulation von Kriegen, genannt der ‚Dreißigjährige Krieg‘“<sup>65</sup> ab.

Doch bevor wir uns mit dem Verlauf dieses Krieges im Naheraum und mit den Folgen für „Schloss und Herrlichkeit“ befassen, müssen wir feststellen, dass der Hexenwahn der frühen Neuzeit auch in der Herrschaft Oberstein seine Opfer gefordert hat. „Um 1560/70 (began) die Verfolgungswelle ..., die zwischen 1585 und 1635 die größte Intensität in der Geschichte Europas überhaupt erreichte (wohl 30.000 – 40.000 Hingerichtete 1560 - 1650). Warum nahmen die Verfolgungen gerade im Reich und gerade 1560-85 so explosionsartig zu? ... Der Vorgang und die Erklärungen sind komplex. ... Offensichtliche Bedeutung kommt den Agrarkrisen zu; aber im ganzen lässt sich das Geschehen nur als Interaktion der Fürsten und ihrer Berater, der Rechtsgelehrten und Richter auf der einen Seite, ferner der Untertanen auf der anderen Seite begreifen. Hexenprozesse wurden angezettelt durch Gerücht und Besagung. Die Verfolgung begann im engen dörflichen und städtischen Sozialraum, der sich durch Hexen und ihren Schandzauber bedroht glaubte und nach den Schuldigen an Mißwuchs, Hunger und Seuchen suchte. ... Die

---

<sup>58</sup> Es gibt in der Oberstein-Literatur Unklarheiten bei der Genealogie der Herren und Grafen von Daun-Oberstein, Falkenstein usw., die ganz zu durchschauen mir nicht gelungen ist. Das Todesjahr von Philipp Franz wird einerseits (**Grote**, Hermann: Stammtafeln. Leipzig 1877; HAUBERT 1912) mit 1616 angegeben; LUEG 1921, dessen Stammtafel im Allgemeinen recht eigenwillig ausfällt, lässt ihn bereits 1613 sterben und fügt dann einen zweiten Philipp Franz von 1613 – 1624 hinzu, den sonst keiner kennt, um mit dessen Todesjahr die von WILD 1965 und BRANDT 1984 / BRANDT 1999 genannte Zahl 1624 zu erreichen. Diese Zahl befand sich auch auf der bei der Renovierung der Felsenkirche 1929 zerstörten Grabplatte vor dem Altar der Kirche – dürfte schließlich wohl stimmen

<sup>59</sup> Von den Regierenden des Mittelalters ist für ein fundiertes Urteil insgesamt zu wenig Zusammenhängendes überliefert.

<sup>60</sup> HAUBERT 1912, S. 11 f

<sup>61</sup> Lothringen folgerte aus seiner Lehnshoheit über *Falkenstein* die Lehnshoheit über *alle* Gebiete der Daun-Obersteiner, besetzte die Herrschaft Oberstein und verhinderte, wo es möglich war, evangelischen Gottesdienst und den Schulunterricht. (LOCH 1929, S. 51)

<sup>62</sup> WILD 1965, S. 15

<sup>63</sup> BRANDT 1984, S. 34

<sup>64</sup> zit. n. ebenda

<sup>65</sup> SCHORMANN 2001, S. 232

Verfolgung hatte Entlastungsfunktion, weil sie Schuldzuschreibung und Erklärung für Heimsuchungen lieferte.“<sup>66</sup>

Die durch die Reformation und die Auflösung ehemaliger Glaubensgewissheiten hervorgerufene Verunsicherung mag das ihre zur Verbreitung des Aberglaubens an Schadenszauber beigetragen haben. Dafür spricht, dass in Ländern mit weitgehend homogenen Konfessionsverhältnissen (Skandinavien und England einerseits, Spanien und Süditalien andererseits) fast keine Hexenprozesse stattgefunden haben.<sup>67</sup>

„Der erste überlieferte Hexenprozeß in der Herrschaft Oberstein fand 1570 unter der Regierung des Grafen Sebastian von Daun-Oberstein statt und betraf eine Frau aus Idar namens Wentz.“<sup>68</sup> Allerdings sind die eigentlichen Prozessakten verschollen, nur aus einem 30 Jahre später entstandenen Streit um den Nachlass der Hingerichteten hören wir davon. Einzelheiten erfahren wir dagegen über den Prozess gegen Else Koch aus Hettenrodt. Sie setzte unwillentlich das Verfahren gegen sich selbst in Gang, weil sie Klage gegen Perches Cleschen und seine Schwiegertochter Agnes erhob. „Die beiden hätten sie beschuldigt, den vierzehn Tage zuvor gestorbenen Ehemann der Agnes, Niclas, mit Hexereimitteln getötet zu haben, und diese Behauptung vor dem Schöffen Gossen Merten wiederholt. Else Koch bat das Gericht, einen Widerruf zu verfügen und die Verleumder entsprechend zu bestrafen.“<sup>69</sup> Bei der Anhörung durch zwei Gerichtsschöffen erklärten die Angehörigen des Verstorbenen und zwei weitere Zeugen, dieser selbst habe zwei Tage vor seinem Tode Else Koch für seine Krankheit verantwortliche gemacht – schuld sei ein Erbsengericht, das er vor einem Jahr in Else Kochs Haus zu sich genommen habe. Von Else Koch werde auch gesagt, dass sie die vor acht Jahren hingerichteten „bösen Frauen“ gekannt und zu ihnen gehört habe.

Die Glaubwürdigkeit dieser Aussagen litt aber darunter, dass ein weiterer Zeuge mitteilte, der Verstorbene habe ein halbes Jahr vorher einen anderen Mann beschuldigt, ihn verhext und ihm die Krankheit zugefügt zu haben. Der Amtmann konnte sich weder entschließen, dem Antrag Else Kochs auf Widerruf stattzugeben, noch dazu, nun ein förmliches Verfahren gegen sie einzuleiten. Deshalb drohte er erst einmal eine Strafe von zehn Gulden an, falls eine der beiden Parteien den Streit öffentlich fortsetzen sollte, und leitete den Vorgang an die Kanzlei in Oberstein weiter. „Dort muß es zu einem Verfahren gegen Else Koch und ihrer Verurteilung gekommen sein. ... Einige Wochen später meldet das Gerichtsbuch, daß Else Koch nicht mehr lebt. Wer die acht Jahre zuvor (1577) hingerichteten ‚bösen Weiber‘ waren, ist unbekannt“<sup>70</sup> – und ebenso, ob es noch weitere Opfer gegeben hat, denn die überlieferten Prozessakten sind unvollständig.

Man kann recht deutlich die typischen Elemente des Hexenwahns erkennen: Einigen Menschen ist ein Unglück (Tod eines Verwandten) zugestoßen; jemand *muß* daran schuld sein – Verdacht, Beschuldigung einer ohnehin in schlechtem Ruf stehenden Person – Eröffnung des Verfahrens, die Obrigkeit stellt „Sicherheit und Ordnung“ wieder her. Mit der Rezeption der *Cautio criminalis*, der 1631 erschienenen Kampfschrift des Jesuitenpaters und Theologieprofessors Friedrich Spee von Langenfeld gegen die Hexenprozesse begann ein Umdenken; mit dem Vordringen Schwedens im Dreißigjährigen Krieg scheinen die Hexenprozesse nach einem letzten Höhepunkt<sup>71</sup> allmählich aufgehört zu haben; in den von ihnen eingenommenen Gebieten haben die Schweden Hexenprozesse sofort schlichtweg verboten.<sup>72</sup>

Der Augsburger Religionsfriede von 1555 hatte die konfessionellen Gegensätze nicht wirklich gemildert, die Konfessionsparteien begannen sich in Sonderbünden gegeneinander zu bewaffnen,<sup>73</sup> es bedurfte jetzt nur noch eines Funkens, um den Kriegsbrand zu entfachen, und dieser Funke wurde in Böhmen geschlagen. Der Krieg begann als regional begrenzter Verfassungskonflikt zwischen dem katholischen Habsburger Ferdinand, seit 1617 König von Böhmen (und seit 28. August 1619 auch deutschem Kaiser),

---

<sup>66</sup> LANZINNER 2001, S. 168 f

<sup>67</sup> SCHORMANN 2001, S. 243

<sup>68</sup> BAUMGARTEN 1987, S. 263

<sup>69</sup> ebenda, S. 265

<sup>70</sup> ebenda, S. 267

<sup>71</sup> Die 1620er und 1630er Jahre waren stark durch Missernten infolge von Kriegereignissen und ungünstiger Witterungsbedingungen (1626 „Jahrtausendwinter“, 1628 „Jahr ohne Sonne“) sowie durch Pestfälle in der Folge von Truppendurchzügen geprägt, was die Leiden und Verunsicherung der Menschen steigerte, die sich dann im Hexenwahn ein „psychologisches Ventil“ suchten. Vg. HEY 2013, bes. S. 71

<sup>72</sup> SCHORMANN 1981, S. 54

<sup>73</sup> Protestantische Union 1608, Katholische Liga 1609. Gründungstexte beider Sonderbünde in HOFMANN 1976, S. 149 ff (Union) und 153 ff (Liga)



einerseits, den nach Autonomie strebenden evangelischen Ständen Böhmens andererseits, die gegen Ferdinand den reformierten Pfälzer Kurfürsten Friedrich V.<sup>74</sup> zum ihrem König wählten. Aber die komplizierte Gemengelage der konfessionell-dynastischen Konflikte in ganz Europa in Verbindung mit dem System bestehender Verträge und Allianzen führte dazu, dass dieser begrenzte Konflikt sehr schnell unbeherrschbar wurde und einen Folgekrieg nach dem anderen hervorrief. Die Herrschaft Oberstein war offiziell keine kriegführende Partei<sup>75</sup> – was aber bei der ungeheuren Dynamik, mit der die angestauten Konflikte sich Bahn brachen, nicht viel bedeutete.

Dass die Habsburger den Verlust Böhmens nicht hinnehmen würden, war völlig klar, und klar war auch, dass der Kaiser die Umkehr der konfessionellen Verhältnisse im Kurkolleg nicht dulden konnte.<sup>76</sup> Nach der Schlacht am Weißen Berge (bei Prag, 3. November 1620) war Friedrich nur mehr der „Winterkönig“, wurde geächtet, verlor sein Land und floh zu seinen kalvinistischen Glaubensbrüdern in Holland. Die protestantische Union löste sich ein Jahr später auf. Friedrich V. verlor drei Jahre darauf auch noch die Kurwürde, die sein bayerisch-katholischer Vetter Herzog Maximilian, politisches Haupt der Liga, zusammen mit der Oberpfalz erhielt.

Die aufständischen Niederlande hatten 1609 einen zwölfjährigen Waffenstillstand mit Spanien geschlossen. Keine Seite hatte an einer Verlängerung Interesse, ab 1621 musste also mit der Fortsetzung des Krieges gerechnet werden. Für Spanien war es daher wichtig, über eine sichere Verbindung von seinen oberitalienischen Besitzungen und der Freigrafenschaft Burgund zum vermutlichen Kriegsschauplatz im Norden zu verfügen. Im (nach dem spanischen Unterhändler genannten) Oñate-Vertrag<sup>77</sup> hatten die deutschen Habsburger den spanischen Verwandten als Gegenleistung für die Unterstützung von Erzherzog Ferdinands Kaiserkandidatur Rechte und Besitzungen im Elsass und in der Ortenau überlassen – um eine durchgehende „Heerstraße“ nach den spanischen Niederlanden zu gewinnen, brauchte Spanien nur noch die Pfalz zu besetzen, was Truppen des Generals Ambrosio Spinola, aus den spanischen Niederlanden kommend und über Koblenz gegen die Armee der Union nach Süden und Westen vordringend, ab August 1620 vollzogen.<sup>78</sup> Die Besetzung der Kurpfalz war durch die Reichsacht gegen Friedrich V. rechtlich gedeckt. Die Spanier machten dabei zwischen der *Kurpfalz* einerseits, Pfalz-Zweibrücken, Pfalz-Simmern und dem sponheimischen Erbe mit Pfalz-Birkenfeld<sup>79</sup> andererseits allerdings keinen Unterschied. Die „befestigten Orte...“ wurden von den Truppen Spinolas schon 1620 mehr oder minder kampflos eingenommen. Die örtlichen Landesherrn konnten einer so gewaltigen Armee nichts entgegensetzen. Die Truppen der protestantischen Union haben (*vor ihrer Auflöfung 1621, U. S.*) nur hier und da einen eher ergebnislosen Widerstand geleistet. In einigen Orten ließen die Spanier daraufhin Garnisonen zurück. Mehrfach wurden die befestigten Orte als Winterquartiere mit größeren Kontingenten belegt.<sup>80</sup> Auch die wild- und rheingräflichen Gebiete und die Herrschaft Oberstein wurden dabei eingenommen – was nun wirklich „reichsrechtlich nicht gedeckt“<sup>81</sup> war.

Eine schriftliche Nachricht über die Eroberung Obersteins gibt es nicht, aber General Spinola machte offenbar schon eine erfolgreiche PR-Arbeit für seinen Ruhm: „Abbildung der furnembsten Städt Schlösser und flecken im Teutschland so sich seine EX. MARQ. SPINOLA ergeben ANNO 1620 und 21“ ist ein in Augsburg erschienener Kupferstich betitelt, der, unter mehr als 60 weiteren, ein Medaillon mit einer – für so einen Propaganda-Schnellschuss überraschend naturgetreuen - Ansicht von Oberstein zeigt.<sup>82</sup>

Wenn das ummauerte Oberstein auch einem ganzen Heer nicht widerstehen konnte – die Mauern boten dennoch einen gewissen Schutz, wenn, was im Laufe des Krieges immer häufiger vorkam, Soldaten

<sup>74</sup> Friedrich war zudem Haupt der protestantischen Union, die zu diesem Zeitpunkt aber nicht mehr sehr geschlossen auftrat.

<sup>75</sup> Obwohl die Bevölkerung mit Sicherheit unter Einquartierungen, Plünderungen und Hunger zu leiden hatte, erwähnen die Arbeiten von UPMANN 1872 und LUEG 1921 den Dreißigjährigen Krieg gar nicht, HAUBERT 1912 geht nur kurz auf den Westfälischen Frieden ein.

<sup>76</sup> Bei den Kurfürsten standen sich vier katholische (Trier, Mainz, Köln, Böhmen) und drei evangelische (Brandenburg, Sachsen, Kurpfalz) gegenüber – mit dem reformierten Friedrich als König von Böhmen hätte es drei zu vier gestanden.

<sup>77</sup> Wortlaut in: LORENZ 1991, S. 186 ff

<sup>78</sup> PFALZATLAS Karten 107 und 108. Text: Bd. III, S. 1398 ff, hier: S. 1401

<sup>79</sup> Nach dem Aussterben der Sponheimer Grafen war das Erbe zwischen Pfalz und Baden geteilt worden; beide Seiten verwalteten zu dieser Zeit die ererbten Territorien gemeinsam (Kondominium), was bei der konfessionellen Verschiedenheit (Baden katholisch, Pfalz-Birkenfeld evangelisch) schwierig war.

<sup>80</sup> HEY 2013, S. 150 f

<sup>81</sup> ebenda, S.41

<sup>82</sup> wiedergegeben ebenda, S. 22

(welcher Partei auch immer) auf der Suche nach Nahrung und Beute über das Land zogen. Die Landbevölkerung flüchtete dann in die befestigten Plätze bzw. „festen Häuser“ in der Umgebung – u. a. Herrstein, Birkenfeld, Baumholder, Allenbach, die Wildenburg – , was einen Schutz für das nackte Leben bieten konnte; aber dem Hunger und – bei der Überfüllung der festen Plätze – den Infektionskrankheiten entging niemand.

Die spanische Besatzungszeit dauerte 12 Jahre, die man – gemessen an den Schrecken der späteren 1630er Jahre – als relativ ruhig bezeichnen kann. 1626 stahlen Lothringer Truppen die Glocken der Felsenkirche, und Lothringen erhob, wieder einmal, lehnsrechtliche Ansprüche auf Oberstein.<sup>83</sup> Die Schlachten des dänisch-niedersächsischen<sup>84</sup> Krieges und der Beginn des schwedischen Krieges<sup>85</sup> fanden weit im Norden statt. Erst nach der Schlacht bei Breitenfeld 1631 (Sieg der Schweden unter Gustav Adolf über die Kaiserlichen unter Tilly) stand den Schweden der Weg zum Rhein offen – in Mainz richteten sie ihr Hauptquartier ein. Im Laufe des Jahres 1632 vertrieben die schwedischen Truppen unter Bernhard von Weimar und Christian I. von Pfalz-Birkenfeld<sup>86</sup> die Spanier aus der Pfalz. Für die Bevölkerung hieß das nur: Sie tauschte eine Besatzungsmacht gegen eine andere aus, die genauso rücksichtslos verfuhr.

Spätestens jetzt, schon vor der offiziellen Kriegserklärung an den Kaiser (1635), war auch Frankreich durch eine Allianz mit Schweden am Krieg beteiligt. „Seit Spanien, Italien, Burgund, Elsaß und die Niederlande mit Luxemburg in Händen Habsburgs waren, war Frankreich eingekreist. Schon im Interesse seiner Verteidigung mußte es bestrebt sein, bei passender Gelegenheit den habsburgischen Ring zu sprengen. Der Mann, dem dies gelang, Kardinal Richelieu, verband mit den Aufgaben der französischen Defensive das Streben nach Expansion im Osten,“<sup>87</sup> weshalb ihm vorläufig an einer Fortsetzung des Krieges gelegen sein musste. Als nach der vernichtenden Niederlage der Schweden bei Nördlingen (6. September 1634) viele verbündete protestantische Reichsstände sich abwandten, legten im Prager Frieden die deutschen Kriegsparteien ihren Konflikt bei und verpflichteten sich „zum Kampf gegen alle Friedensbrecher, also gegen die ‚fremden Kronen‘ Frankreich und Schweden, die aus dem Reich vertrieben werden sollten.“<sup>88</sup> Jetzt musste Frankreich auch offiziell in den Krieg eintreten – im September erfolgte die förmliche Kriegserklärung an das Reich. Das ganze linke Rheinufer, von der Pfalz bis an die Mosel, wurde Kriegsschauplatz. Schon im Juli 1635 stieß ein schwedisch-französisch-deutsches Heer durch die Pfalz bis Mainz vor, wurden aber schon im September wieder zurückgedrängt. Am Ende hatten „die Operationen des Jahres 1635 keine klare Entscheidung gebracht. Sowohl Gallas (*kaiserliche Truppen*) als auch Bernhard von Weimar (*schwedische Truppen*) und La Valette (*französische Truppen*)<sup>89</sup> hatten große Verluste erlitten, ohne daß es zu einem einzigen größeren Treffen gekommen war. Der zweimalige Rückzug Bernhards im Juni und September und die jeweilige Verfolgung durch die Kaiserlichen hatten die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes zwischen Rhein und Saar vernichtet. (...) Innerhalb weniger Wochen waren die letzten Lebensmittelreserven aus dem Lande herausgepreßt, so daß die Heere in andere Landschaften abrücken mußten, wollten sie nicht selbst ein Opfer des Hungers werden.“<sup>90</sup>

Bis Anfang der 1640er Jahre gab es immer wieder Truppendurchzüge. Für die Bevölkerung war es dabei gleichgültig, ob sie von Söldnern in kaiserlichen oder französischen, evangelischen oder katholischen Diensten ausgeplündert wurden. 1642 tauchten wieder lothringische Reiter in Oberstein auf, und in den

---

<sup>83</sup> HEY 2013, S. 56

<sup>84</sup> König Christian IV. von Dänemark war als Herzog von Holstein Mitglied des Niedersächsischen Kreises. Als die protestantische Seite mit Schweden wegen Unterstützung verhandelte, machte Dänemark ein günstigeres Angebot, weil Christian Schweden nach dessen Erfolgen gegen Polen und Russland als Bedrohung ansah. Außerdem ging es ihm um das nach dem Augsburger Religionsfrieden 1555 in protestantischen Besitz gelangte Reichskirchengut (Fürstbistümer Bremen, Verden, Osnabrück), das bei weiteren Erfolgen der Liga hätte restituiert werden können. – Nach der Niederlage gegen den kaiserlichen Feldherren Tilly bei Lutter am Barenberge musste er sich vor Tilly und Wallenstein nach Jütland zurückziehen. Im Frieden von Lübeck (1629) verzichtete er auf weitere Einmischung und durfte seinen Besitz behalten.

<sup>85</sup> Im Juli 1630 landete Gustav II. Adolf von Schweden auf Usedom, um seine Vorherrschaft im Ostseeraum auch an der südlichen Gegenküste abzusichern, aber auch, um den evangelischen Glaubensgenossen zur Hilfe zu kommen.

<sup>86</sup> Gustav Adolf selbst wandte sich nach Süddeutschland. Er fiel im November 1632 bei Lützen.

<sup>87</sup> HERRMANN KRIEG, S. 230 f

<sup>88</sup> SCHORMANN 2001, S. 258

<sup>89</sup> Die Benennung „deutsche“, „schwedische“, „französische“ Truppen sagt nur aus, in wessen Auftrag die bunt zusammengewürfelten Söldnerhaufen kämpften. HEY 2013, S. 146 zählt 22 verschiedene Nationalitäten (im heutigen Sinne des Wortes) auf, die in den Heeren des 30-jährigen Krieges kämpften.

<sup>90</sup> HERRMANN KRIEG, S. 249

Jahren 1646 und 1647 (?) lagen Truppen des französischen Marschalls Turenne hier im Quartier; man muss aber annehmen, dass das häufiger der Fall war, als uns überliefert ist.

Unterdessen liefen die komplizierten Verhandlungen zur Vorbereitung der Friedenskonferenz. Im Jahre 1648 schließlich wurde in Münster der Friedensvertrag mit Schweden, in Osnabrück der mit Frankreich geschlossen. Das umfangreiche Regelwerk hat für die nächsten anderthalb Jahrhunderte die deutsche Verfassung gebildet. Hier soll nur auf diejenigen Punkte hingewiesen werden, die für das fernere Schicksal Obersteins und seiner Bewohner Bedeutung erlangt haben:

Die Einführung des „Normaljahres“ 1624 der konfessionellen Zuordnung der Herrschaft befreite die Bevölkerung von dem Zwang (wie es der Augsburger Religionsfrieden von 1555 bestimmt hatte), ihre Konfession fernerhin nach der Herrschaft zu richten, – d. h., dass die folgenden raschen Wechsel von Landesherrn mit unterschiedlichen Konfessionen die Bevölkerung nicht mehr zu beunruhigen brauchten. – Die Territorien des Reiches wurden außenpolitisch weitgehend souverän (mit der Einschränkung, dass sie keine Bündnisse „gegen Kaiser und Reich“ schließen durften) – was für Länder wie Brandenburg-Preußen, Kurpfalz oder Bayern ganz neue Perspektiven eröffnete, bedeutete allerdings für ein Kleinterritorium wie die Herrschaft Oberstein eher Gefahr als Handlungsfreiheit.

Der eigentliche Gewinner aber war Frankreich. Es hatte die habsburgische Umklammerung gelockert, fast abgeschüttelt, der spanische und der deutsche Zweig der Dynastie gingen fortan eigene Wege. Der Besitz von Metz, Toul und Verdun wurde Frankreich bestätigt – nicht nur der *Städte*, sondern auch der *Hochstifte*, von denen auch die Daun-Falkenstein-Obersteiner einige Gebiete als Afterlehen besaßen, was die französische Besetzung des Territoriums in der Reunionszeit zur Folge haben sollte. Schließlich ermöglichte der Westfälische Friede auch Verhandlungen zwischen Frankreich und den spanischen Habsburgern: Der Pyrenäenfriede von 1659 machte Frankreich den Rücken frei für Vorstöße gegen die Niederlande und gegen die Westgrenze des Reichs.

*Nicht* geschlossen wurde in Münster Frieden zwischen dem Reich und Lothringen. Der *echte* Konflikt bestand zwar in erster Linie zwischen dem Herzogtum und *Frankreich*, hatte seine kriegerischen Auswirkungen aber noch vier weitere Jahre auf dem Hunsrück im Raum der oberen Nahe. Herzog Karl IV. von Lothringen hatte sich seit 1631 mit eigenen Truppen auf der Seite des Kaisers (und damit indirekt *gegen* Frankreich) engagiert. Zudem hatte er die Erhebung<sup>91</sup> Gastons von Orléans, des Bruders König Ludwigs XIII., unterstützt, nach deren Niederschlagung Lothringen besetzt und der Herzog vertrieben worden war. Ein Teil der Reichsstände plädierte auf dem Friedenskongress für die Wiederherstellung des Herzogtums, aber „eine persönliche Vertretung Herzog Karls (*auf dem Friedenskongress*) scheiterte daran, daß die französischen Gesandten ihm beharrlich die Pässe verweigerten. (...) Ohne alle Aussicht auf Besserung seiner Lage, warf er sich in ein abenteuerliches Freibeuterleben ... Mit aller Welt unzufrieden, grollend auf die Österreicher und Spanier, die gleich den Franzosen seine Feinde seien und seine Interessen preisgaben, trieb er lange Zeit am Rhein das Geschäft eines Wegelagerers in großem Stil.“<sup>92</sup>

Diese „Wegelagererei“ durch verschiedene lothringische Verbände wurde schließlich so unerträglich, dass „am 25. März 1651 ... Zweibrücken, die Rheingrafen und Oberstein gegen die Lothringer ein ‚Schutz- und Trutzbündnis‘ (schlossen). Die gemeinsamen Truppen unter Rheingraf Johann Ludwig (dieser hatte bereits mit den Schweden gekämpft) schlugen in einem Gefecht zwischen Wildenburg und Herrstein die Räuberscharen noch im gleichen Jahr und ein Jahr später an derselben Stelle noch einmal“<sup>93</sup> – diesmal mit durchschlagendem Erfolg. Die Wildenburg wurde dabei erheblich in Mitleidenschaft gezogen.

Im Krieg waren die Obersteiner Landesherrn Franz Christian und Lothar 1633 und 1636 als Offiziere der Kaiserlichen gefallen (s. o. S. 27). Nachfolger wurde Wilhelm Wirich als einziger männlicher Erbe der Daun-Falkensteinschen Besitzungen. Er erledigte einen der Hauptstreitanlässe, indem er 1667 den Zankapfel Falkenstein an Lothringen verkaufte. Als überzeugter Lutheraner stellte er den evangelischen Gottesdienst in der Herrschaft wieder her. Seinen Lebensmittelpunkt sah er in Broich, die Verwaltung der

---

<sup>91</sup> Es ging dabei um den Versuch des französischen Hochadels, gegen die Politik des Kardinals Richelieu seinen Einfluss auf die französische Politik zu bewahren. Mit Richelieus harter Unterdrückung der Erhebung „war der Adel in Frankreich entscheidend besiegt. Und Richelieu verkündete ... den übermenschlichen Charakter des monarchischen Prinzips.“ SIEBURG 1973, S. 66

<sup>92</sup> HERRMANN KRIEG, S. 254 und 256. - Erst als Frankreich endlich seinen Streit mit Spanien beigelegt hatte (s. o. - Pyrenäenfriede 1659), schloss es auch Frieden mit Karl IV.: Gegen erhebliche Zugeständnisse an das Königreich bekam er sein Herzogtum zurück (Friede von Vincennes 1661).-

<sup>93</sup> MOHR 1983, S. 34

Herrschaft Oberstein überließ er seinen Amtleuten bzw. eine Zeit lang auch seinen Schweigersöhnen Georg Wilhelm von Leiningen-Dagsburg (von 1669 bis zu dessen Tod 1672) und dann Emich Christian aus der gleichen Familie.<sup>94</sup> „Mit Wilhelm Wirich erlosch ... 1682 der Mannesstamm der Grafen von Falkenstein aus dem Geschlechte Daun,“<sup>95</sup> in seine Regierungszeit fällt - 1680, kurz vor seinem Tode, - der Beginn der Besetzung Obersteins durch französischen Truppen und Verwaltungsbeamte (s. folgendes Kapitel).

---

<sup>94</sup> REDLICH 1939, S. 285 f

<sup>95</sup> HAUBERT 1912, S. 13

## *Vom Ende der Dauner Herrschaft bis zum V crabend der Französischen Revolution (1682–1794)*

Der Enkel Wilhelm Wirichs (aus der Ehe seiner Tochter mit Georg Wilhelm von Leiningen-Dagsburg-Heidesheim), Johannes Karl August, verbrachte einen Teil seiner Jugend in Oberstein, residierte aber dann auf Schloss Broich. Während seiner ganzen Regierungszeit († 1698) war die Herrschaft Oberstein französisch besetzt.

Der leitende Minister Frankreichs (seit 1643), Kardinal Mazarin, war 1661 gestorben, und nach seinem Tode übernahm der junge, ehrgeizige Ludwig XIV., « le roi soleil », selber die Regierung Frankreichs. Damit begann eine aggressive, expansive Außenpolitik, ein neuer „Dreißigjähriger Krieg“ (1667 – 97),<sup>1</sup> der eine Generation lang unmittelbare Wirkungen auf die Gebiete an Frankreichs Ostgrenze und damit auch das Naheland hatte. Die ältere deutsche, am Nationalstaat orientierte und im engeren Sinne politisch-diplomatische Geschichtsschreibung, die im von Bismarck geschaffenen Kaiserreich Ziel und Vollendung der deutschen Geschichte sah, hat die französische Politik in der Zeit Ludwigs XIV., seine „Raubkriege“, als diesem Ziele entgegengerichtet zumeist scharf verurteilt. Demgegenüber betrachtet die neuere Historiografie die Politik Ludwigs XIV. eher als „eine mit den Mitteln der Offensive betriebene Defensive“<sup>2</sup> gegen die wirkliche oder bloß gefürchtete habsburgische Umklammerung.

Als 1679 der Friede von Nimwegen den holländischen Krieg mit einem zumindest diplomatischen Erfolg Ludwigs XIV. abschloss, hatte er die Hände frei für die Politik nach Osten, die mit den Reunionen die Herrschaft Oberstein unmittelbar betreffen sollte. „Aufhänger“ für die Reunionspolitik waren die im Westfälischen Frieden Frankreich endgültig zugesprochenen ehemaligen Reichsstädte Metz, Toul und Verdun, aus denen Frankreich die ‚Provinz der drei Bistümer‘ (*province des trois évêchés*) bildete,<sup>3</sup> zu der nach französischer Auffassung auch alle jemals von einem der Bischöfe direkt *oder indirekt* lehensrührigen Gebiete zählen sollten. Die Ansprüche wurden von den betroffenen deutschen Landesherren und vom Kaiser natürlich bestritten. „Zur Verwirklichung der Reunionen wählte Frankreich nicht das Mittel der militärischen Besetzung, sondern das förmliche Gerichtsverfahren vor eigens dazu gebildeten Gerichten oder Kammern. ... Der Kammer in Metz wurde die Aufgabe gestellt, in letzter Instanz über alle Klagen zu entscheiden, die von den Bischöfen von Metz, Toul und Verdun vorgebracht werden bezüglich der Rechte, Gebiete und Herrschaften, die zum weltlichen Besitz dieser Kirchen gehören. ... Am 17. Oktober (1680) erging dann, um das Verfahren zu beschleunigen, ein Erlaß, der allen Lehensträgern aufgab, innerhalb von zwei Monaten um Lehenserneuerung nachzusuchen, Huldigung zu leisten und ihre Lehensverzeichnisse einzureichen. Die Kammer überprüfte die Lehensverzeichnisse, ... und sprach anhand der vorgelegten, teilweise auch von ihr selbst beigebrachten Belege die Reunion des Gebietes aus. Dem Spruch folgte die Besitzergreifung, die mit der Eidesleistung der Bevölkerung und mit der Anbringung eines Lilienwappens an den öffentlichen Gebäuden ihren Ausdruck fand. Eine militärische Besetzung war durchaus nicht überall damit verbunden.“ Das geschah in so kleinen Einzelschritten, „Dorf für Dorf, daß die juristisch-militärische Annexion unterhalb der Schwelle eines heißen Krieges blieb.“<sup>4</sup> Wilhelm Wirich verweigerte die verlangte Lehenshuldigung, ebenso sein (anfängs noch unter Vormundschaft stehender) Nachfolger Johannes Karl August.

Die französische Regierung fasste die reunierten Territorien unseres Bereiches in der Saarprovinz, *Province de la Sarre*, zusammen, die neue Verwaltung begann die Gebiete sofort nach französischem Modell umzugestalten und förderte gegenreformatorisches Bestrebungen – mit „bescheidene(m) Erfolg“; es kam 1684 zur Gründung einer kleinen katholischen Gemeinde,<sup>5</sup> die auch eine kleine Kirche erhielt, einen „einfachen Fachwerkbau mit Apsis und Dachreiter, (*die*) bis zum Abriß 1856 neben dem Rathaus auf dem

<sup>1</sup> Der „Devolutionskrieg“ 1667/68 gegen die spanischen Niederlande berührte Oberstein kaum, stärker schon die Besetzung Lothringens 1670, durch die Ludwigs Macht sehr nahe rückte. Der Holländische Krieg 1672-78 beeinträchtigte eher die niederrheinischen Besitzungen Wilhelm Wirichs. – Während des Pfälzer Erbfolgekrieges (auch Orléanscher Krieg) 1688 – 97 gehörte die Herrschaft Oberstein nach Auffassung Ludwigs XIV. zur französischen « Province de la Sarre » und wurde infolgedessen verschont von den Zerstörungen, die große Teile der Pfalz verwüsteten.

<sup>2</sup> SIEBURG 1973, S. 82

<sup>3</sup> HERRMANN FRANKREICH, S. 441

<sup>4</sup> ebenda S. 446 f

<sup>5</sup> BRANDT 1978, S. 28

Marktplatz (*stand*).“<sup>6</sup> Das Neue Schloss wurde Verwaltungssitz und „entsprechend dem Vorschlag Vaubans<sup>7</sup> ausgebaut und in die Festungslinie Montroyal – Kaiserslautern integriert.“<sup>8</sup> Die Herrschaft der französischen Beamten und Soldaten endete nach dem Frieden von Rijswijk<sup>9</sup> (1697), und bevor sie Oberstein verließen, zerstörten sie noch die von Vauban veranlassten fortifikatorischen Verstärkungen des Neuen Schlosses, ließen das Schloss selber aber unangetastet.

Der zweite und letzte Herr von Oberstein aus dem Hause Leiningen, Christian Karl Reinhardt, (regierte seit 1699, bis 1718 unter Vormundschaft, † 1766) hat in der Obersteiner Historiografie den schlechtesten Ruf – seine Zeit war „das dunkelste Blatt der Geschichte Obersteins,“<sup>10</sup> er war „ein Tyrann“<sup>11</sup> und „wegen der willkürlichen Einführung neuer Steuern bei seinen Untertanen in Oberstein ... nicht beliebt;“<sup>12</sup> „die glänzende Hofhaltung in Heidesheim (*wurde*) aus der Herrschaft Oberstein finanziert,“<sup>13</sup> kurzum: er war „verschwendungssüchtig.“<sup>14</sup> In der Schaffung neuer Einkommensquellen war er erfindungsreich - Heiratsgeld, Gewerbepacht, Stempelgeld, Dienstpflicht als Soldaten für junge Männer, als Mägde in Heidesheim für junge Frauen, Fuhr-Fronen von Oberstein nach Heidesheim ... die Liste<sup>15</sup> ließe sich verlängern. Immerhin: als sich „hinsichtlich des Schornsteinfegens und dessen Verpachtung... eine Frau nicht fügen wollte und dem abgeschickten Amtsboten sich widersetzte, war dieser so höflich, ihr eine Rippe entzweizuschlagen. Dies konnte die übrigen Evastöchter bewegen, etwas zu beginnen, wozu Männer selten den Muth haben Sie zogen die Sturmglocke und vernakten einen Aufbruch.“<sup>16</sup> Gegen die vom Amtmann verhängte Strafe von 500 Gulden zog die Gemeinde vor das Wetzlarer Reichskammergericht. Dessen berüchtigt lange Verfahrensdauer führte allerdings dazu, dass mit dem Einmarsch der französischen Revolutionstruppen 1793 der Prozess im Wortsinn gegenstandslos wurde.

Christian Karl Reinhard starb ohne männlichen Erben, und was Wilhelm Wirich noch hatte vermeiden können, indem er rechtzeitig die Anerkennung seiner Tochter (bzw. seines Schwiegersohnes) als erbberechtigt durchsetzte, geschah nun: Die Oberlehensherren der verschiedenen Teile der Herrschaft Oberstein erklärten ihre Lehen als erledigt:<sup>17</sup> Kurtrier zog den alten Besitz der Herren vom Stein – Schloss und Herrlichkeit, die Winterhauch, das Idartal – ein; die Grafen von Nassau als Erben der Saarbrücker einerseits, die Herzöge von Pfalz-Zweibrücken und die Markgrafen von Baden als gemeinsame Erben der hinteren Grafschaft Sponheim andererseits erhoben Anspruch auf den Idarbann.<sup>18</sup> Das von beiden Parteien – nach einem eher komischen Beinahe-Krieg<sup>19</sup> - angerufene Reichskammergericht riet zum Vergleich – Baden kaufte schließlich 1771 den Idarbann. „Für über ein Vierteljahrhundert war der Idarbach nun Staatsgrenze zwischen badischem und kurtrierisch-obersteinischem Hoheitsgebiet und der Ort Idar in zwei Teile gerissen, woraus sich mancherlei Scherereien ergaben.“<sup>20</sup>

Der Nachkomme einer jüngeren Tochter Wilhelm Wirichs, Graf Philipp Ferdinand von Limburg-Styrum, erhob Erbansprüche auf den von Trier eingezogenen alten Kern der Herrschaft Oberstein und „setzte sich nach dem Tode des Christian Karl Reinhard sofort in den Besitz der erledigten Herrschaft,

---

<sup>6</sup> DENKMALTOPOGRAPHIE, S. 290

<sup>7</sup> Sebastien le Prestre de Vauban (1633 – 1707), französischer Ingenieuroffizier, Festungsbaumeister und Marschall

<sup>8</sup> DOTZAUER 2001, S. 372

<sup>9</sup> Frankreich behielt Straßburg und die Elsässer Reunionen, musste aber die übrigen Gebiete – so auch die Herrschaft Oberstein – räumen. Die Rijswijker Klausel – dass in Abweichung von der Normaljahr-Regelung der Konfessionszugehörigkeit im Westfälischen Frieden die Ergebnisse der von Ludwig XIV. betriebenen Rekatholisierung festgeschrieben wurden – hat, anders als in manchen Teilen der Pfalz, in der Herrschaft Oberstein anscheinend keine Konflikte hervorgerufen

<sup>10</sup> LUEG 1921, S. 26

<sup>11</sup> CONRAD 1961, S. 63

<sup>12</sup> WILD 1965, S. 16

<sup>13</sup> DOTZAUER 2001, S. 372

<sup>14</sup> BRANDT 1984, S. 48

<sup>15</sup> nach LUEG 1921, fortlaufend

<sup>16</sup> LEYSER 1835, S. 110

<sup>17</sup> Es war in der Neuzeit das Bestreben der größeren Territorien, ihre Gebiete zu „arrondieren“, also zu möglichst geschlossenen Verwaltungseinheiten zu gelangen. Zu diesem Zweck wurden Lehen eingezogen, wann immer es möglich war. Gab es jedoch einen Erbberechtigten, bestand nach wie vor „Leihzwang“. Es musste also das Bestreben der Großterritorien sein, Erbansprüche möglichst zu bestreiten.

<sup>18</sup> Zum höchst komplizierten Gefüge der Jahrhunderte zurückreichenden Rechtsansprüche siehe WILD 2013, S. 135 ff

<sup>19</sup> Die Einzelheiten der zweitägigen Auseinandersetzungen zwischen nassauischem Oberförster und pfalz-zweibrückisch-badischem Gerichtsschöffen schildert WILD 1965, S. 20 sehr anschaulich.

<sup>20</sup> ebenda

ohne jedoch die eigentliche Regierungsgewalt auszuüben, diese behielt Trier.<sup>21</sup> Man einigte sich dann auf eine Teilung der Einkünfte (ein Drittel Trier, zwei Drittel Limburg-Styrum), und in der winzigen Herrschaft walteten zwei Amtmänner nebeneinander; Trier allein übte die Gerichtsbarkeit aus. Parallel dazu lief ein Prozess, der „1793 dahin entschieden wurde, daß die Linie Limburg-Styrum die richtige Erbin sei.“<sup>22</sup> – Aber „unter dem Druck seiner Schulden mußte Philipp Ferdinand 1794 auf die Herrschaft Oberstein verzichten. ... Damit hat die Herrschaft Oberstein nach über 700jährigem Bestand endgültig aufgehört zu bestehen.“<sup>23</sup>

Ob sich der neue Landesherr des Idarbannes, Markgraf Karl Friedrich von Baden, und der Obersteiner Prätendent Philipp Ferdinand als Nachbarn je getroffen haben, ist unbekannt. In einer solchen Begegnung wäre die ganze Spannweite des Herrscher-Ethos am Ende des *ancien régime* augenscheinlich geworden: Auf der einen Seite Karl Friedrich, der Vertreter des Aufgeklärten Absolutismus, der Landwirtschaft, Handwerk, Handel und Verkehr förderte, die ländlichen Winterschulen auf ganzjährigen Betrieb umbaute, Manufakturen einrichtete und seinen ‚Landeskindern‘ die Freizügigkeit gewährte;<sup>24</sup> auf der anderen Seite der hochverschuldete Abenteurer Philipp Ferdinand, der seine Funktion nur zu Finanzierung seines „liederlichen Lebenswandel(s)“<sup>25</sup> benutzte, mit einer zwielichtigen Abenteurerin<sup>26</sup> liiert war und vermutlich als Betrüger in Paris endete. Das feudalabsolutistische System, in dem Wohl und Wehe vieler Menschen von den intellektuellen und moralischen Qualitäten *ains einzdnen* Menschen abhing, war erkennbar<sup>27</sup> an sein Ende gelangt.

Bloß war das für die Menschen in Oberstein, Idar und ringsum nicht mehr sehr wesentlich. Sie werden die Ereignisse in Frankreich – vom Bastille-Sturm bis zur Kriegserklärung der Nationalversammlung an den „König von Ungarn und Böhmen“<sup>28</sup> – erfahren haben. Die Erklärung der Menschenrechte vom 26. August 1789 lag schon sehr früh in mehreren deutschen Übersetzungen vor,<sup>29</sup> und der ein oder andere ‚Idar-Obersteiner‘ wird sie gelesen und darüber mit Nachbarn und Freunden gesprochen haben. 1794 besetzten französische Revolutionstruppen Oberstein und beendeten das Feudalzeitalter.

Bevor wir aber die einschneidenden Veränderungen – in Verwaltung, Rechtsprechung, Herrschaftsausübung und territorialer Zugehörigkeit – betrachten, die Oberstein, Idar und die Orte der Umgebung in den folgenden Jahrzehnten durchmachten, wollen wir einen Blick werfen auf die politisch-rechtliche, wirtschaftliche und soziale Gestalt, die das Gemeinwesen an Idarbach und Nahe bis zu diesem Zeitpunkt angenommen hatte.

---

<sup>21</sup> LUEG 1921, S. 31

<sup>22</sup> ebenda. Eine Prozessdauer von über 20 Jahren in staats- und lehnsrechtlichen Erbstreitigkeiten war Ende des 18. Jahrhunderts nicht ungewöhnlich.

<sup>23</sup> WILD 1965, S. 21

<sup>24</sup> WILD 2013, S. 137 f

<sup>25</sup> LUEG 1921, S. 32

<sup>26</sup> „Fürstin“ Elisabeth Alexejewna Tarakanowa, auch „Betty von Oberstein“, angebliche Enkelin Zar Peters des Großen, die Ansprüche auf den russischen Thron erhob und der Philipp Ferdinand einen Heiratantrag machte, den sie allerdings zurückwies. WILD 1965, S. 22 und [de.wikipedia.org/wiki/Fürstin\\_Tarakanowa](https://de.wikipedia.org/wiki/Fürstin_Tarakanowa) 9. 2. 2016

<sup>27</sup> Die kritischen Schriften etwa Montesquiens waren auch in Deutschland bekannt.

<sup>28</sup> ... und wohlweislich *nicht* an den Kaiser – denn dann wären alle Reichsstände in den Krieg gegen das revolutionäre Frankreich einbezogen worden.

<sup>29</sup> STRUCK – GANTET 2008, S. 56.

## *Politisch-rechtliche, wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen (16 – 18. Jahrhundert)*

Dass Oberstein nicht einfach nur ein Haufen bäuerlicher Häuser unter einem Burgfelsen war, haben wir schon bei der Einigung zwischen Wirich von Daun, Wilhelm Bossel und Werner vom Stein 1277 gesehen: Die Unterzeichner übten in der Talsiedlung, wenn sie auch noch landwirtschaftlich geprägt war, auch die Rechtsprechung aus: „...wenn von den gemeinen Leuten ein Gesetzes-Verstoß begangen wird, so werden sie diesen verfolgen und das Recht wiederherstellen,“ (s. o. S. 17) und daraus darf man folgern, dass von hier aus allgemein Herrschaft ausgeübt wurde, der Ort also eine gewisse Zentralitätsfunktion<sup>1</sup> besaß.

### *War Oberstein eine Stadt?*

Vorausgeschickt werden muss: Für Idar stellt sich diese Frage bis ins 19. Jahrhundert gar nicht, es „behält seinen dörflichen Charakter. Zwischen der Kirche und dem heutigen Alexanderplatz standen 1679 vierzehn Häuser, in denen 40 Einwohner lebten. Zu den wenigen bedeutenden Gebäuden gehörte das sog. Badische Amtshaus unterhalb der Kirche.“<sup>2</sup> Auch aus der Idarer Gemeindeordnung,<sup>3</sup> neu gefasst im Jahre 1720, wird deutlich, dass die Landwirtschaft den Alltag bestimmte: Von den 26 Artikeln der Ordnung befassen sich 18 mit landwirtschaftlichen Fragen – z. B. Kleinviehhaltung, die Schweineherde, Viehhüten und Viehtreiben, Mist- und Notwege usw. Die 5 Artikel über die Regelung von Botengängen für die Gemeinde und für das Verlesen der Gemeindeordnung und deren herrschaftliche Sanktionierung könnte man mit den beiden feuerpolizeilichen Vorschriften als „allgemeine Verwaltung“ zusammenfassen; zwei Strafanordnungen gegen falsche Anschuldigungen und die Verwendung von Schimpfwörtern sollen den dörflichen Frieden sichern.

Wenn man die obige Frage in Bezug auf den Ort Oberstein formal-verfassungsrechtlich auffasst, muss man sie verneinen. Das Sammelprivileg Erzbischof Balduins (s. o. S. 20) war eine generelle Ermächtigung für zahlreiche Lehnsleute Triers, irgendwann später einmal die genannten Orte mit *ausdrücklichen* städtischen Privilegien auszustatten, und das ist mit Oberstein nicht geschehen. Aber das Vorhandensein eines Privilegs ist nicht das einzige Kriterium zur Beantwortung dieser Frage. Rudolf Feld hat in seiner Dissertation von 1972 insgesamt 27 Orte zwischen Nahe, Rhein, Mosel und Saar untersucht, miteinander verglichen, daraus einen Katalog<sup>4</sup> (s. folgende Seite) von 13 Merkmalen bzw. Merkmalsgruppen gewonnen, die in ihrer Summe einen Ort städtischen Charakters kennzeichnen, und festgestellt, ob und ggf. seit wann sie für Oberstein zutreffen – nicht alle müssen gegeben sein, aber doch mehrere. Wenig aussagekräftig sind dabei die überlieferten Einwohnerzahlen – das liegt erstens am „nicht immer glückliche(n) Verhältnis mittelalterlicher Menschen zu genauen Zahlenangaben.“ Zweitens macht erst der Blick auf die Nachbarschaft die relative Bedeutung der Ortsgröße in einem bestimmten Zeitraum deutlich. Feld stellt für 26 Städte des Nahe-Hunsrück-Raumes die ungefähren Einwohnerzahlen um die Wende des 16./17. Jahrhunderts zusammen. Spitzenreiter ist dabei Kreuznach mit 4000 Ew., Schlusslicht Frauenberg mit 45. Oberstein liegt mit ca. 150 Ew. (gemeinsam mit Laubach, Offenbach am Glan und Winterburg) in der zweitletzten Gruppe der „kleinen Kleinstädte“ vor den „Zwergstädten“<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Artikel „Zentralität“ in LMA IX, Sp. 541 ff: „Ein Ort ist zentral, wenn er Dienstleistungen anbietet, die von seinen Einwohnern und von denen in Siedlungen des Umkreises in Anspruch genommen werden. Er besitzt damit einen Bedeutungsüberschuß. Die Reichweite des Zentralen Ortes und damit die Größe seines Bereichsgebietes sind abhängig von seiner Ausstattung. [...] Beim Kleinzentrum beschränkt sich der Einzugsbereich auf das Umland oder den Nahbereich [...] Im Mittelalter wurden wirtschaftliche Faktoren [...] durch herrschaftliche und kirchliche überlagert. Die Dienstleistungen umfaßten insbesondere politisch-administrative mit juristischen, ferner kultisch-kirchliche und wirtschaftliche Funktionen. Siedlungen des früheren Mittelalters [...] haben einige oder alle der folgenden Institutionen mit zentraler Funktion besessen: Bischofs- und Archidiakonatsitz, herrschaftliche Beamte, geistliche und weltliche Gerichtsbarkeit, Stifte und Klöster mit Verwaltung ihres im Um- und Hinterland und darüber hinaus oft weit gestreuten Grundbesitzes, Schulen, Markt mit Fern- und Nahhandel, Handwerker und karitative Einrichtungen. Wenn eine Herrenburg und eine Befestigung hinzutraten, konnte sich daraus eine Kontroll- und Schutzfunktion für die Umgebung entwickeln.“ – Man sieht, dass Oberstein einige Institutionen mit Zentralitätsfunktion für das nähere Umland besessen hat, alle kirchlich-religiösen und großräumig-wirtschaftlichen dagegen nicht.

<sup>2</sup> DENKMALTOPOGRAPHIE, S. 294

<sup>3</sup> StAIO, Abt. 9, Bestand II

<sup>4</sup> FELD 1972, S. 323

<sup>5</sup> ebenda, S. 162 (Zitat), S. 163 Anm. 5 (Größenvergleich). – Die Kategorie ‚kleine Kleinstadt‘ usw. stammt von FELD, a. a. O.



<b>OBERSTEN</b>	<b>13. Jahrhundert</b>	<b>14. Jahrhundert</b>	<b>15. Jahrhundert</b>
Befestigung		<b>1327</b> <i>castnum</i>	<b>1414</b> Gebück <b>15./16. Jh.</b> Mauer
Markt			
Gericht Schulheiß Schöffen Weistum			
Rat, Geschworene Rathaus			
Bürgermeister			
Siegel			
Funktion des Ortes			<b>1466</b> Amtssitz >-----
Verfassung			
Öffentliche Einrichtungen und Gebäude			
Einwohner	<b>1221</b> 18 Ew.		
Zünfte			
Bezeichnung		<b>1323</b> <i>vallum</i> <b>1330</b> ‚Stedechine‘ <b>1356</b> Tal <b>1357</b> ‚Stedechine‘	<b>1427</b> Tal <b>1484</b> Tal
Stadtrecht Privilegien Rechtsstellung d. Einwohner		<b>1346</b> Stadtrechtsverleihung im Trierer Sammelprivileg	Die Einwohner werden Bürger genannt ->-----
Besitzer	Herren von Ober- stein >-----	-----	-----
<b>OBERSTEN</b>	<b>16. Jahrhundert</b>	<b>17. Jahrhundert</b>	
Befestigung	<b>1538</b> Mauer, Graben	<b>1645</b> Mauer, Tore, Türme <b>1664</b> Graben, Mauer, Pforten	
Markt	ca. <b>1600</b> Wochenmarkt		
Gericht Schulheiß Schöffen Weistum	<b>1531</b> Gerichtsbuch <b>1538</b> Weistum <b>1581</b> Schultheiß und drei Schöffen	ca. <b>1600</b> Schultheiß, Schöffen <b>1664</b> Weistum, Gerichtsbuch	
Rat, Geschworene Rathaus		<b>1668</b> Rathaus	
Bürgermeister		ca. <b>1600</b> Bürgermeister <b>1679</b> Bürgermeister	
Siegel	<b>1538</b> Gerichtssiegel	<b>1618</b> u. <b>1664</b> Gerichtssiegel	
Funktion des Ortes	-----	-----à	
Verfassung		<b>1664</b> Gemeindeordnung	
Öffentliche Einrichtungen und Gebäude	<b>1586</b> Schule-----	-----à	
Einwohner	<b>1547</b> 47 Bürger	<b>1679</b> 25 Bürger	
Zünfte		<b>1609</b> Zunftordnung f. Schleifer <b>1677</b> ZO f. Fassbinder <b>1666</b> ZO f. Lohgerber u. Schuhmacher	
Bezeichnung	<b>1547</b> Tal <b>1549</b> Tal	ca. <b>1600</b> Flecken <b>1654</b> Tal <b>1664</b> Tal	
Stadtrecht Privilegien Rechtsstellung d. Einwohner	-----	-----à	
Besitzer	-----	-----à	

Auch die Ortsbezeichnung in Urkunden ist wechselnd und darum nicht *allein* aussagekräftig. So heißt Oberstein im 14. Jahrhundert zwar zweimal ‚Stedichine‘, viel häufiger aber Tal (bzw. lat. *vallum*). Hier ergab Felds vergleichende Untersuchung: „Der Begriff Tal bedeutet zunächst die Talsiedlung unterhalb einer Burg. ... Dem rein topographischen Aspekt des Begriffes treten noch andere Inhalte zur Seite. Die Benennung tritt vor allem in den Orten auf, die durch eine stadtherrliche Freiungsurkunde privilegiert wurden. (*Es folgen fünf Namen*) Für die ... Talsiedlung(en) ... Oberstein (*und fünf weitere Namen*) ist die Quellenlage in bezug auf eine landesherrliche Freijung ungünstiger. Eine solche ist für alle diese Orte nicht überliefert. Dennoch ist zu betonen, daß in den Talsiedlungen privilegierte Orte zu sehen sind, die meist ein Ortsgericht, das Marktrecht, Befestigungen, persönliche Freiheit der Einwohner und mitunter das Siegelrecht hatten. Sie sind als stadtherrliche Gebilde zu betrachten.“<sup>6</sup> Und tatsächlich können wir feststellen, dass Oberstein zu Beginn der Frühen Neuzeit über fast alle „städtischen“ Merkmale verfügte:

Über die Befestigung Oberstein unterrichtet uns der Merian-Stich von 1654, und auch von der Ausübung gerichtlicher Tätigkeit wissen wir bereits;<sup>7</sup> Obersteiner Gerichtsbücher liegen von 1505 an vor (mit Lücken z. B. während des Dreißigjährigen Krieges) fortgeführt bis 1796<sup>8</sup>); das Gericht führte seit dem 16. Jahrhundert ein Siegel von 28 mm Durchmesser mit der Umschrift: ‚DES FLECKENS OBERSTEIN GERICHTSSIGEL‘. Das Bild enthält schon im Wesentlichen das heutige Stadtwappen: „...links eine Wolfsangel, rechts der Buchstabe O, oben eine Eichel, unten ein Baum.“<sup>9</sup> Einen Platz mit *Wochenmarkt* hatte Oberstein spätestens im 17. Jahrhundert, für einen *Fernhandelsmarkt* mit großem Einzugsbereich waren die Verkehrsverbindungen dagegen nicht gut genug.<sup>10</sup> – Schließlich gehören auch öffentliche Gebäude zu einer Stadt – ein Rathaus innerhalb der Befestigung ist 1668 erwähnt;<sup>11</sup> 1756 wurde ein neues *außerhalb* der Mauern im „Vorflecken“ auf dem heutigen Marktplatz erbaut (1889 abgerissen).<sup>12</sup>

### *Die politische Verfassung und die öffentliche Ordnung*

Eine „Stadtverfassung“ im Sinne heutiger Kommunalverfassungen – mit rationalen Regeln für die Partizipation der Bürger, die Entscheidungsfindung, die Kompetenzverteilung und den Rechtsweg – hat Oberstein ebenso wenig gehabt wie die meisten Städte vor dem Ende des Alten Reiches. Das Desinteresse der Landesherrschaft im 17. und 18. Jahrhundert führte ohnehin zu einer ziemlich „unbestimmten Verwaltung“ (s. o. S. 23) Trotzdem lassen sich einige Aussagen über die „Verfassungswirklichkeit“ im Flecken und der Herrschaft Oberstein treffen.

Die älteste erhaltene Zusammenstellung von Regelungen ist das Weistum<sup>13</sup> von 1538 aus der Regierungszeit Wirichs V., der allerdings zumeist außerhalb der kleinen Herrschaft an der Nahe beschäftigt war (s. o. S. 24). Es enthält in insgesamt 71 Abschnitten Regelungen des Gerichtswesens, der Pflichten der Einwohner gegenüber der Herrschaft und untereinander sowie ihrer Partizipationsmöglichkeiten und eine bunte Reihe von Regelungen der öffentlichen Ordnung und des Alltagslebens.

Die Formulierung der einzelnen Bestimmungen gibt Hinweise auf die Entstehungsweise des Textes: Fast alle Abschnitte beginnen mit der Formel „wir“ – wobei das ‚wir‘ an einigen Stelle als „Scheffen,

<sup>6</sup> ebenda, S. 142

<sup>7</sup> Ein verfasstes Gericht mit festem Personal taucht urkundlich 1531 auf, ist aber „ohne Zweifel älter“ FELD 1972, S. 92

<sup>8</sup> Vgl. HEIDRICH 1922 (ohne Seitenzählung)

<sup>9</sup> ebenda, S. 155. Es ist anzunehmen, dass das ‚O‘ im Siegelbild entweder in Wirklichkeit die Rose aus dem *heutigen* Wappen ist – oder dass, weniger wahrscheinlich, aus dem Buchstaben (für Oberstein?) die Rose entstanden ist.

<sup>10</sup> Das schließt jedoch nicht aus, dass Obersteiner ihrerseits ihre Produkte auf Märkten außerhalb verkauften – für die Achat-schleifer sind die Modalitäten des Besuchs der Frankfurter Messe ausdrücklich geregelt (s. u.).

<sup>11</sup> FELD 1972, S. 323

<sup>12</sup> DENKMALTOPOGRAPHIE, S. 294

<sup>13</sup> STAIO W 1. Ich danke Herrn Stadtarchivar Rauscher für die Überlassung der von ihm angefertigten Transkription. – Unter ‚Weistum‘ versteht man eine (schriftlich fixierte) Rechtsquelle, deren Entstehung auf die (mündliche) ‚Weisung‘ rechtskundiger Männer einer Gerichtsgemeinschaft zurückzuführen ist. LMA VIII, Sp. 2141 f: „Weisung ist die gemeinschaftsbezogene weisende Feststellung von wechselweise wirkenden Rechten und Pflichten der Herrschaft und der Genossenschaft ... gültig für einen bestimmten, räumlich abgegrenzten Bezirk. ... Ihr Regelungsgegenstand (betrifft) ... insbesondere das Spannungsfeld grundherrlicher / bäuerlich-genossenschaftlicher Rechtsbeziehungen. Im Vordergrund stehen Bestimmungen zu Abgaben und Frondiensten. Nutzungsrechte an Wald, Wasser und Weide sowie Vorschriften bezüglich Zuständigkeit, Besetzung, Verfahren und Teilnahmepflicht am grundherrlichen Hofgericht. ... Darüber hinaus enthalten die Weistümer eine Vielzahl disparater Einzelregelungen.“ An der wenig systematischen Gliederung der Einzelbestimmungen wird die Herkunft aus mündlicher Überlieferung erkennbar.

Ambtmann und Schultheis“ erläutert wird – „wir weisen mit recht bei dem eyd...“, häufig auch mit Bezug auf die „gnedige obrigkeit“, deren Zustimmung erst die für Recht erkannte Bestimmung in Kraft setzt.

Die größte Gruppe (33) stellen – wie es der Funktion eine „Weistums“ entspricht - die gerichtlichen Bestimmungen dar. Gleich zweimal (§§<sup>14</sup> 2 und 71) wird die Gerichtshoheit der Herren von Oberstein festgestellt und die Geltung des Weistums eingeschränkt (§ 70). § 1 beschreibt den Gerichtsbezirk, (identisch mit dem allodialen Kern der Herrschaft Oberstein.<sup>15</sup>) Unsere heutige Trennung von Verwaltung und Justiz kannte das 16. Jahrhundert nicht – Amtmann und Schultheiß fungieren auch als Richter, ergänzt durch die Schöffen und den Gerichtsschreiber. Ebenso wenig unterscheidet das Weistum zwischen „Prozessordnung“, „Straf-“ und „Zivilsachen“. Wir können aber versuchen, die Reihe der Bestimmungen unter diesen Gesichtspunkten zu ordnen und zu erläutern.

Zur „Prozessordnung“ zählten dann die Bestimmungen über die regelmäßigen Gerichtstermine („Dingtag“ an Fest der hl. Walburga [25. Februar], § 3), Präsenzpflcht der Untertanen (§§ 4, 19) und die Pflicht, alle „Missetaten“ anzuzeigen (§ 5); zu außerordentlichen Terminen muss ordentlich geladen werden (§ 28, 29); der Richter soll dafür sorgen, dass zügig verhandelt (§ 26) und von den Parteien nicht geschimpft wird (§ 25). Die §§ 30 – 37 enthalten sehr allgemeine Bestimmungen über Prozessführung, Verteidigung und Gerichtsgebühren. §§ 27, 39 und 40 lassen grundsätzlich Appellationen an die Herrschaft zu, ohne die Voraussetzungen näher zu klären. Mit Bestimmungen über die Aufbewahrung des Gerichtsbuches, des Siegels, die Schreiberkosten und die Vereidigung des Gerichtsschreibers (§§ 15 – 18) schließt dieser Bereich ab.

Ein Strafgesetzbuch im modernen Sinne<sup>16</sup> enthält das Weistum nicht. Ausdrücklich genannt werden nur Körperverletzungen (§§ 7, 9), Beleidigungen bzw. üble Nachrede (§§ 10<sup>17</sup>, 42, 44), Diebstahl und Sachbeschädigung (§§ 12, 13). Zwar ist in sehr allgemeiner Form auch von der Möglichkeit der Todesstrafe die Rede (§§ 52, 53), was todeswürdige Verbrechen sein könnten, wird nicht erklärt. Auf jeden Fall stehen hierbei der Herrschaft Untersuchung und Aburteilung zu (§ 8). § 51 fordert, dass das Gericht, für die, modern gesprochen, ‚Verhältnismäßigkeit‘ aller Strafen sorgen solle.

Als „zivilrechtlich“ lassen sich Bestimmungen über Schulden (§ 24) und Bürgschaften (§§ 25, 41) interpretieren.

Die zweite große Gruppe von Bestimmungen regelt im weitesten Sinne die Ordnung des Alltags: die Versorgung mit Brenn- und Bauholz (§ 11), Brandschutz und Brandbekämpfung (§§ 21, 66 – 68), Bauvorschriften (§§ 14, 65), Schutz vor Seuchen, verursacht durch Tierkadaver (§ 69), die Pflichten der Wächter (§ 20) und der Steinsetzer (§§ 55, 56). Dazu gehören auch Bestimmungen, die das sittliche Verhalten der Obersteinerinnen und Obersteiner heben sollten: Verbot des Fluchens und der Gotteslästerung (§ 59), des Glücksspiels zu bestimmten Zeiten und Beschränkung des Einsatzes (§ 61), Verbot des übermäßigen Aufwandes bei Taufen und Hochzeiten (§§ 62, 63). Schließlich sollen Vogt und Schultheiß darauf achten, dass sich während des Sonntagsgottesdienstes niemand „zum wein oder spiel setzt“. (§ 60)

Schließlich gibt es ein paar Rechte für die Gemeinde: Sie erhält die „Frevel“, also Geldstrafen zum Unterhalt der Wege und Brücken (§§ 6, 22), wenn „scheffenn, kirchengeschworenenn...oder Steynsetzer...abgeth vonn doth“, so soll der Gerichtsvogt im Namen der Gemeinde drei Personen vorschlagen, aus denen die Herrschaft den Nachfolger auswählt. – Viele der Regelungen des hier ausführlich dargestellten ältesten Weistums finden sich in gleicher oder ähnlicher Weise in allen Obersteiner Ordnungen bis zum Ende des Alten Reiches.

Die Gemeindeordnung von 1597<sup>18</sup> „Obersteiner Gemeynden Ordenungen, ufericht durch eyn ehrbar Gericht, Actum 6. Tag Octobris Anno 1597“, erlassen von Philipp Franz, von dem auch die Schleifer-Zunftordnung (s. u.) stammt, enthält allerdings weniger, als der Titel erwarten lässt: Offenbar waren die

<sup>14</sup> Um der besseren Übersichtlichkeit willen folge ich der Nummerierung der Abschnitte bei FELD 1972, S. 124 f. Im Original gibt es keine Nummerierung, neue Absätze beginnen meist mit den Worten „Weiter weisen wir...“ „Item, wir weisen...“ o. ä.

<sup>15</sup> In neuhochdeutscher Übertragung bei UPMANN 1872, S. 3

<sup>16</sup> ...also nach dem Modell: „Wer diesen oder jenen Schaden anrichtet, wird mit ... bestraft“...

<sup>17</sup> § 10 ist seltsamerweise nur auf das weibliche Geschlecht bezogen „so sich weiber schellten und nit schlagenn“ haben sie 32 Weißpfennig zu zahlen; „...geth es aber aus den worten zu streichen“, dann soll die Herrschaft die Strafe angemessen festlegen. Haben sich in Oberstein Männer nie beschimpft? Oder war das für die einfach angemessener?

<sup>18</sup> REITENBACH 1968

Obersteiner etwas säumig, was die Erfüllung der von der Herrschaft auferlegten Dienstpflichten anging – jedenfalls mahnen die Bestimmungen, beim Läuten der Gemeindeglocke zu erscheinen, weil sonst „durch den Bürgermeister und Büttel ... 5 Schilling unnachsichtig gehoben werden.“ (§ 1), sich nicht mit Ausreden vor der Gemeindeglocke zu drücken (§ 2; Strafandrohung: 5 Schilling); die „Herrendiener“ seien leider kein Vorbild, und sie sollen auf jeden Fall „ihre Weiber oder ihr Gesind bei der Gemeinde erscheinen“ lassen (§ 3). Einige Obersteiner nahmen es wohl auch mit den Eigentumsrechten der Nachbarn oder der Obrigkeit nicht so genau – wer an „strafbaren Orten“ oder „auf der Obrigkeit Güter... angetroffen wird“, soll 5 Schilling Strafe zahlen (§§ 4 und 5). Die beiden letzten Absätze kommen in ähnlicher Form in so gut wie allen Stadt- und Gemeindeordnungen des europäischen Mittelalters vor: Bürgermeister und Schöffen sollen vierteljährlich das „Weißbrot wiegen und taxieren“ – modern könnte man von einer Verbraucherschutz-Bestimmung reden (§ 6). Und schließlich (§ 7) die Bestimmung, die überall immer und immer wieder eingeschränkt werden muss (die ewigen Wiederholungen sind Ausdruck ihrer Erfolglosigkeit): Die Bürger sollen für die Sauberkeit der Straßen<sup>19</sup> sorgen, und zwar immer am Samstag, „es soll niemandem am Sonntagmorgen das Gassenkehren erlaubt sein.“<sup>20</sup>

Für die Einhaltung des Sonntags als Tag der religiösen Besinnung und im Übrigen für „Erhaltung (von) Zucht und Ehrbarkeit“ sorgten Herrschaft und Kirche gemeinsam, wie z. B. aus den „Visitationen“<sup>21</sup> punkten der Herrschaft Oberstein<sup>22</sup> von 1695 hervorgeht. „Zeitliche Beambte, pfarherr, Seniores oder Censores“ sollen für Gottesdienstbesuch und Feiertagsruhe sorgen (§ 1 u. 2), wozu auch das Verbot des Weinausschanks „under wehrender Predigt“ beitragen soll (§ 10). Dem Pfarrer wird eine Mitsprache bei der Wahl von Taufpaten aufgetragen (§ 4). Die Ermahnungen zur ehelichen (§ 6) und nachbarlichen (§11) Friedfertigkeit finden sich in ähnlicher Form in zahlreichen Gemeindeordnungen, auch die Mahnung zur „Moderation“ bei der Bewirtung von Hochzeits- und Taufgästen (§ 8) kennen wir schon. Angehängt an diese Regeln sind zehn Punkte als eine Art „Ausführungsbestimmungen“ nebst Strafkatalog. Dass auch am Ende des 17. Jahrhunderts der Hexenwahn noch nachwirkte, macht Punkt 5 deutlich: „Der abergläubischen Segen, Beschwörungen Zauberey undt dergleichen brauchen, dar durch der Nahmen Gottes gelästert wirdt, soll eben mäßig zu gehöriger straff angezogen werden.“

Im gleichen Text hören wir auch von der Obersteiner Schule. Der Schulbesuch ließ offenbar zu wünschen übrig; die Jugend solle „von Männiglichen fleisig hin geschickt, undt von Kindt auf zur Gottesforcht befördert“ werden; Eltern die „Versaumnuß“ verschulden, sollen bestraft werden (§ 3).

Die erste Erwähnung eines Lehrers stammt von 1587,<sup>23</sup> bis ins 19. Jahrhundert hinein wurde dies Amt in Personalunion vom Küster ausgeübt.<sup>24</sup> Besonders angesehen war das Amt offenbar nicht, Punkt 1 der erwähnten „Ausführungsbestimmungen“ fordert, dass „...Schulmeister nicht beleidigt, sondern trevlich bezahlt werden“ sollen. -

Als nach dem Dreißigjährigen Krieg alle Residenzfunktionen an den Niederrhein, später nach Heidesheim verlagert worden waren, verblieb in Oberstein lediglich eine „Lokalverwaltung“,<sup>25</sup> an deren Spitze der Amtmann stand. In seiner Person liefen die exekutive, die judikative und in einem gewissen Maße die legislative Gewalt zusammen, die er stellvertretend für den Landesherrn ausübte.

Er war Richter in erster Instanz bei kleineren Vergehen bis zu einer Strafe von 3 fl. Schwerere und ‚peinliche‘ Sachen entschied, nach Voruntersuchung durch den Amtmann und die Gerichtsschöffen, die Regierungskanzlei. Wichtiger als die richterliche war die Verwaltungstätigkeit des Amtmannes. Die Fülle seiner Aufgaben war umfassend, am besten lässt sie sich mit einem Begriff aus der Zeit des Spätabolutismus beschreiben: er hatte für „gute Polizey“ zu sorgen. Der Begriff „Policey“ umfasste im 18. Jahrhundert nicht nur die Sicherheits- und Kriminalpolizei, sondern die gesamte ordnende Exekutivitätigkeit.

<sup>19</sup> Man muss sich klar machen, dass Oberstein eine Ackerbürgerstadt war, in der es zugeht wie in allen anderen Städten auch: Vieh wurde durch die Straßen getrieben, neben den Häusern gab es Dunggruben, und nicht selten sorgten freilaufende Schweine für eine Art von Müllabfuhr. Es gibt in vielen Stadtordnungen drastische Schilderungen der Straßenzustände.

<sup>20</sup> Alle wörtlichen Zitate aus REITENBACH 1968. Anton Reitenbach hat den Text von 1597 um der besseren Lesbarkeit willen ins Neuhochdeutsche übertragen.

<sup>21</sup> In den meisten protestantisch gewordenen Territorien wurden „Zensoren“ eingesetzt, die – zusammen mit den Pfarrern und diesen zuarbeitend – „Visitationen“ durchführen sollten, um „die Gemeindeglieder in ihrem kirchlichen und sittlichen Wandel zu beaufsichtigen, Verfehlungen zu rügen und auch zu strafen.“ BALDES/WESSMER 1911, S. 63

<sup>22</sup> Abgedruckt in LUEG 1921, S. 88 ff

<sup>23</sup> LUEG 1921, S. 98. – Nach HEIDRICH 1922: 1588

<sup>24</sup> ebenda, S. 58 f

<sup>25</sup> HAUBERT 1912, S. 75

In den Begriffen „Baupolizei“, „Gesundheitspolizei“ u. ä. ist diese Betrachtungsweise heute noch aufbewahrt.

Das nächstwichtigste Amt bekleidete der Amtsschultheiß, der seit dem 17. Jahrhundert meist eine juristische Ausbildung<sup>26</sup> hatte und auch als Gerichts- und Amtsschreiber fungierte. Seine Hauptaufgabe bildete die Überwachung der Gemeindeordnungen. Auch die Aufgaben, die in größeren Territorien der Rentmeister erfüllte - Einziehung und Verwaltung der dem Grundherren zu leistenden Geld- und Naturalabgaben – scheint er ausgeführt zu haben. Schreiber, Büttel und Jäger vervollständigten die obrigkeitliche Gewalt.

Dieser gegenüber standen die Organe der gemeindlichen Selbstverwaltung. Das Wort darf nicht so verstanden werden, als hätte die Gemeinde tatsächlich über selbständige Macht und wirkliche Mitwirkungsrechte verfügt. Das wird besonders an der Person des Bürgermeisters deutlich: *eingesetzt* wird er, auf Vorschlag der Gemeinde, vom Landesherrn, *zusammenarbeiten* auf der Grundlage der obrigkeitlich verfügten Gemeindeordnung muss er mit den (Dorf- oder Flecken-) Gemeinleuten. Eine ähnliche Zwitterstellung nehmen die Schöffen ein – sie waren Beisitzer am Gericht, hatten aber auch den Bürgermeister bei der Wahrung der Gemeindeordnung zu unterstützen. War eine Schöffenstelle zu besetzen, schlug die Gemeinde drei Kandidaten vor, von denen der Landesherr einen ernannte.

### *Die Frühzeit der Schmucksteinfabrik<sup>27</sup>*

Mit der Feststellung, dass Oberstein eine ganze Anzahl von Mittelpunktsfunktionen auch für das Umland ausgeübt hat, ist allerdings noch nichts über die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten des Ortes gesagt. Diese hingen kaum „von dem Zufall einer fürstlichen Stadtrechtsverleihung ab, vielmehr steckten in Handel und Verkehr die Kräfte eines wirtschaftlichen Aufschwungs. Sie hatten Arbeitsteilung zur Voraussetzung.“<sup>28</sup> Für die Entfaltung dieser Arbeitsteilung<sup>29</sup> zwischen Stadt und Land bestanden allerdings unter den Bedingungen des Mittelalters und der Frühen Neuzeit in unserer Gegend keine günstigen Bedingungen. „Das Gebiet um Oberstein ist markiert durch aufragende Berge, die von schmalen Kerbtälern durchbrochen werden, und bietet kaum den nötigen Boden zur landwirtschaftlichen Nutzung.... Das Klima des Oberen Naheberglands ist relativ kühl und regenreich. ... Während der Frühlingseinzug zum Teil bis zu 15 Tagen später erfolgt als im warmen Nahemündungsgebiet, tritt das meist raue Herbstwetter früher als in den östlichen Weinbaugebieten ein, was eine bedeutende Verkürzung der Vegetationsperiode verursacht. Die Landwirtschaft bringt teilweise nur karge Ergebnisse;“<sup>30</sup> selbst „das Reifen des Hafers, der lange ... allein als Brotfrucht heimisch war,“<sup>31</sup> stand oft infrage.

Zu den klimatischen Nachteilen traten die Folgen der Realteilung des bäuerlichen Besitzes – viele Betriebe waren von ihrer Größe her kaum oder gar nicht in der Lage, über die Selbstversorgung hinaus Überschüsse auf den Markt zu bringen, damit Geld für den Kauf städtisch-gewerblicher Erzeugnisse einzunehmen und für das städtische Gewerbe anregend zu wirken. „Zwischen Stadt und Dorf bestand keine echte Wechselbeziehung. Das dörfliche Umland konnte von den Stadorten nicht mit allen Dingen versorgt werden, die es brauchte, und die Stadt konnte nicht von dem geringen Überfluß leben und wachsen, den die armen Dörfer abzugeben hatten.“<sup>32</sup>

Der Ausbruch aus diesem Kreislauf der Stagnation konnte nur gelingen, wenn es ein Gut gab, für das eine überregionale Nachfrage bestand, dessen Herstellung Menschen Erwerbsmöglichkeiten gab und das

---

<sup>26</sup> ebenda, S. 84

<sup>27</sup> Im Sprachgebrauch des 18. und 19. Jahrhunderts bezeichnet das Wort Fabrik weniger den *einzelnen* Betrieb als den *ganzen* Handwerks- oder Gewerbebezweig. – Die Unterscheidung zwischen Edelsteinen und Schmuck- bzw. (veraltet) Halbedelsteinen ist unscharf. Aus der Sicht des Juweliers sind nur Diamant, Rubin, Saphir und Smaragd Edelsteine; in Idar-Oberstein unterscheidet man entsprechend der Schleifbarkeit: Auf Sandsteinschleifrädern schleiffähig sind Steine bis Härte 7; sie werden Schmucksteine genannt, alle härteren Steine werden als Edelsteine bezeichnet. (Gemäß der Skala nach dem Mineralogen Friedrich Mohs: von 1 – Talk über Achat – 5 und Quarz – 7 bis Diamant – 10). WILD 1959, S. 7 f, Anm. 1 und 3

<sup>28</sup> BECKER 1961, S. 84

<sup>29</sup> Vereinfacht ausgedrückt: Das Dorf produziert genügend Nahrungsmittel, um die städtischen Handwerker zu ernähren, die ihrerseits die Güter (Kleidung, Werkzeug, Küchengerät, Möbel usw.) herstellen, die das Leben der Dorfbewohner komfortabler gestalten, was im Falle des Gelingens zu einem Wachstumskreislauf führt.

<sup>30</sup> FELD 1972, S. 16 f

<sup>31</sup> BECKER 1961, S. 81

<sup>32</sup> ebenda 1961, S. 84

trotz der schlechten Verbindungen einfach zu transportieren war.<sup>33</sup> Dieses Gut waren die Schmucksteine – zuerst als unbearbeiteter „Rohstoff“, dann als geschliffenes und poliertes Fertigprodukt.

Obwohl es natürlich dem Handwerk (oder der Kunst) der Steinschleiferei einen zusätzlichen Glanz verleihen würde, wenn sie sich auf die Entstehung in der Römerzeit berufen könnte – die entsprechende Vermutung ist eindeutig widerlegt.<sup>34</sup> Der Anfang des Idar-Obersteiner Schmucksteingewerbes liegt höchstwahrscheinlich im späten Mittelalter. Die erste Nachricht bezieht sich dabei gar nicht auf die Verarbeitung, sondern auf die Gewinnung der Steine. Vermutlich im Zusammenhang mit den Lehensstreitigkeiten (s. o. S. 23) um die Dörfer Hoppstädten, Bleiderdingen-Weiersbach und Freisen zwischen der Herrschaft Oberstein und Lothringen ließ Philipp Franz von Daun-Oberstein einen „Kurzen Bericht über die Herrschaft Oberstein“<sup>35</sup> zusammenstellen, in dem erwähnt wird, „daß anno 1497 die Heren von oberstein verboten, das niemant bey Leib und Lebensstraff kein Edelgestein undt Bergwerkh, es seye an Cazedeinern<sup>36</sup> oder anderen steinen zu Fraysen graben, er entrichte dan der Herrschafft oberstein den 3ten Centner, wie dan solcher auch in alten Rechnungen zu sehen, das es jederzeit verrechnet worden.“ Im selben Bericht ist auch die Rede von einem Steinbergwerk am Weißelberg bei Oberkirchen, von dem schon 1454 Rechnungen vorlagen.<sup>37</sup>

Durch einen Bericht aus dem 18. Jahrhundert über den Betrieb am Galgen- oder Steinkaulenberg bei Algenrodt erfahren wir, dass die Steingräber als Saison- oder Nebenerwerbsarbeiter tätig waren: „Es werden ungefähr drei bis vier Gesellschaften von solchen Steingräbern sein, die zusammen zwölf Personen ausmachen können, und welche im Winter in diesem Galgenberge arbeiten. Im Sommer beschäftigen sie sich mit Feldarbeit. Diese Steingräber tragen des Abends die Achate, welche sie gefunden und losgemacht haben, in ihre Häuser und verkaufen sie an die Achatschleifer.“<sup>38</sup>

Die Tatsache, dass die Herrschaft ein volles Drittel der Ausbeute als Abgabe verlangte, lässt den Schluss zu, dass sie mit den Steinen Handel trieb,<sup>39</sup> und tatsächlich erfahren wir aus Freiburg im Breisgau, wo schon 1327 „slifhyslein“ erwähnt werden, dass 1476 die dortigen „borer und ballierer“ (Bohrer und Schleifer) Achat und Jaspis aus dem „Hoch- und Idartal des Westrich“ bezogen.<sup>40</sup> „Daß Rohsteine aus der Nahegegend nach Freiburg gebracht wurden, dafür besitzen wir noch einen zweiten Beleg in... der Kosmographie des Baseler ... Humanisten Sebastian Münster, die 1544 zuerst erschienen ist ... „Zu vnseren zeiten ist zu Freyburg eine grosse Handtierung mit Catzedonien Steinen / darauß man Pater noster / Trinckgeschirr / Messerhefft unnd viel andere ding macht. Diese Stein werden in Lothringen gegraben / aber zu Freyburg geballiert.“ ... Die bereits erwähnten Achatfundstellen Freisen und Oberkirchen sowie der zwischen diesen Dörfern liegende Weißelberg aber waren zusammen mit dem ganzen Gebiet zwischen der oberen Nahe und dem Ostertal Lehen der Herzöge von Lothringen im Besitze der Herren von Oberstein.“<sup>41</sup>

Die „slifhyslein“ in Freiburg arbeiteten mit vertikal schnell rotierenden Sandsteinrädern; die Drehbewegung des Wasserrades wurde mit hoher Übersetzung auf die Antriebswelle der Schleifsteine übertragen. Man kann „annehmen, daß Obersteinische Untertanen bei dem Graben, Handel und Transport der Steine mit fremden Achatgräbern und Schleifern in Berührung kamen. Hatten sie dann ... das Zurichten und Schleifen von Achaten kennengelernt oder hatten sich fremde Schleifer bei fortwährenden Handelsbeziehungen in der Nähe der Fundstellen angesiedelt, wie wir es von Zweibrücken wissen, wo sich 1469 drei

---

<sup>33</sup> Genauer: Ein Gut, bei dem zwischen dem Wert der Ware selbst und den im Wesentlichen vom Gewicht abhängigen Transportkosten eine günstige Relation bestand.

<sup>34</sup> Entstehung und Widerlegung der Legende schildert WILD 1959, S. 9 ff. – Auch in die Nibelungenzeit wurde der Ursprung schon verlegt, weil „einige der gewaltigen Recken, wie der finstere Hagen und der kühne Hunold... jeden falls Achate zu schleifen wußten.“ RÖGGERATH 1876, S. 11

<sup>35</sup> Original heute verschollen, zitiert in LEYSER 1853, S. 134 f

<sup>36</sup> Gemeint: Chalzedone – Gruppe von Quarz-Mineralien, zu der u. a. Achat, Jaspis und Karneol gehören.

<sup>37</sup> LEYSER 1853, S. 135

<sup>38</sup> Cosimo Alessandro Collini: Journal d'un voyage qui contient differentes observations mineralogiques, 1777, zit. n. BRILL 1935, S. 97

<sup>39</sup> Dass die Herrschaft ihren „3ten Centner“ selber verarbeitete, wie Leyser annahm, ist höchst unwahrscheinlich, weil jegliche schriftliche Nachricht davon fehlt. WILD 1963, S. 9

<sup>40</sup> WILD 1963, S. 7

<sup>41</sup> BECKER 1961, S. 173

aus dem Breisgau stammende Schleifer eine Schleifmühle errichtet hatten, so ist damit der verbindende Zusammenhang (*zwischen Freiburg und der Herrschaft Oberstein*) gegeben.“<sup>42</sup>

Der erste Hinweis auf eine Achatschleife in der Herrschaft Oberstein selbst findet sich für das Jahr 1531 im Gerichtsbuch der Herrschaft, und sehr viel früher wird sie auch nicht erbaut worden sein.<sup>43</sup> In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts nahm die „Schmucksteinfabrik“ einen allmählichen Aufschwung mit der Folge einer ebenfalls allmählichen Veränderung der Gewerbestruktur, die bisher geprägt war von für den lokalen Bedarf arbeitenden Handwerkern<sup>44</sup> mit einem gewissen Übergewicht<sup>45</sup> der Tuchmacher und Gerber, die heimische landwirtschaftliche Rohstoffe verarbeiteten.

Durch die – möglicherweise etwas ungeordnete – Zunahme der Zahl der Achatschleifer sah sich die Herrschaft im Jahre 1609 veranlasst, für diesen Beruf eine Zunftordnung<sup>46</sup> zu erlassen. Diese unterscheidet sich in manchen Zügen von *mittelalterlichen* Zunftordnungen. So fehlen die religiösen Bezüge und insbesondere die sozialen Regelungen – von der Fürsorge für Witwen und Waisen von Zunftgenossen, Hilfen im Krankheitsfall usw., worin manche mittelalterlichen Zünfte Vorbildliches leisteten, findet sich in der Obersteiner Ordnung kein Wort. Dafür ist die obrigkeitliche Kontrolle stärker ausgeprägt – schon in der Präambel wird bestimmt: Sollte ein Zunftgenosse sich nicht an die Ordnung halten, so soll er *bei der herrschaftlichen Kanzlei* angezeigt werden. Wenn ein Zunftgenosse seiner Zunft misstraut, kann er sich an die Herrschaft wenden (§ 16), die im übrigen von allen verhängten Bußgeldern und Strafen die Hälfte kassiert.

Jedes Jahr „auf Sanct Pauly bekehrung“ (25. Januar) wählt der Zunfttag seinen Vorstand, bestehend aus drei Personen – dem Zunftmeister und zwei Beigeordneten. Der Zunftmeister tritt nach einem Jahr ab, ein Beigeordneter rückt an seine Stelle, ein neuer Beigeordneter wird hinzugewählt. Der Zunftmeister legt nach seinem Amtsjahr Rechenschaft ab (§§ 1, 2). Die Zunft führt ein Register aller Meister; wer vorgeladen wird, hat zu erscheinen – außer bei Krankheit oder „Herren Geschäfte“ (§ 3). Die §§ 4 – 8 enthalten eine Ausbildungsordnung mit (ähnlich wie bei den meisten älteren Zunftordnungen) protektionistischer Zielsetzung: Nur Meistersöhne sollen als Lehrlinge aufgenommen werden; der Ausbilder soll nach den zwei Lehrjahren ein Zeugnis ausstellen, unehelich Geborene werden nicht zugelassen. Die §§ 9 – 11 und 20 vermitteln dem heutigen Leser den Eindruck, dass die Obersteiner Schleifer ein streitlustiges Völkchen gewesen sein müssen – für Fluchen, Schwören, Verleumdung, Beleidigung, Einmischung in den Betrieb, Abwerben der Kundschaft, physische Bedrohung und Körperverletzung werden Geldstrafen angedroht. Wer sie nicht rechtzeitig bezahlt, kann aus der Zunft gewiesen werden und wird von der Herrschaft belangt (§ 19). Die §§ 14 und 15 stellen eine Art Prozessordnung dar: Streiten zwei Zunftgenossen, müssen beide eine Kautions stellen; der Unterlegene zahlt dann die Gebühr für beide. Auch Konkurrenz-Einschränkung gibt es in vielen Zunftordnungen: § 12 bestimmt, dass niemand *vor den anderen* Zunftgenossen die Frankfurter Messe besuchen darf. (Im übrigen ist das der erste Hinweis, dass Schmuckstein aus Oberstein in Frankfurt verkauft wurden.) - Die Achatbohrer erhielten 1718, die Goldschmiede 1745 Zunftordnungen mit gleicher Zielsetzung.

In späteren Nachträgen wurde Schleifern verboten, auszuwandern oder „Ausländer“ (also Untertanen anderer Territorialherren) in ihrer Kunst zu unterrichten; modern ausgedrückt: die „Marktführerschaft“ des Obersteiner Schmucksteingewerbes sollte aufrechterhalten werden, denn es gab Abwerbungsversuche u. a. 1741 aus Pfalz-Zweibrücken.<sup>47</sup> Die Zahl der Schleifen nahm von etwa 15 Ende des 17. Jahrhunderts auf 25 im Jahre 1766 zu, und es folgten so viele Neuanlagen, „daß der kleine Idarbach wohl das am stärksten gewerblich genutzte Gewässer Deutschlands wurde.“<sup>48</sup>

---

<sup>42</sup> ebenda, S. 174

<sup>43</sup> WILD 1959, S. 26

<sup>44</sup> Dieses städtische, für den lokalen Markt arbeitende Gewerbe gab es auch noch in erstaunlicher Vielfalt, als der Schwerpunkt der Obersteiner und Idarer Wirtschaft bereits auf der „Schmucksteinfabrik“ lag. Ein „Zunft-Manuale“ von 1769 zählt auf die Zünfte der „Bauhandwerker, Gerber, Bäcker, Schuhmacher, Bierbrauer, Schneider, Leineweber, Bildweber, Wollenweber.“ (BRILL 1935, S. 133) -

<sup>45</sup> DUCKWITZ 1971, S. 19

<sup>46</sup> Die Ordnung ist mehrfach abgedruckt worden: LEYSER 1853, S. 150 ff; UPMANN 1872, S. S. 57 (Zusammenfassung mit späteren Ergänzungen); LUEG 1921, S. 108 ff; WILD 1959, S. 37 ff

<sup>47</sup> UPMANN 1872, S. 59, BECKER 1961, S. 176

<sup>48</sup> BECKER 1961, S. 169

Die seit 1700 in Oberstein ansässigen Goldschmiede nahmen einen Teil der Steinproduktion ab und verarbeiteten sie zu Schmuckstücken aller Art weiter. „Da diese Goldschmiede ausschließlich Fertigfabrikate erzeugten und sich selbst stärker für den Absatz einsetzten als die Schleifer, übernahmen sie bald den Handel auch mit solchen Schleiferzeugnissen,<sup>49</sup> die keiner weiteren Verarbeitung...bedurften. ...So ist aus den Reihen der Goldschmiede im Laufe des 18. Jahrhunderts der Handelsmann hervorgegangen, der ... aus seiner Kenntnis der Absatzmöglichkeiten ... Art und Umfang der Produktion in den Schleifereien und Goldschmiedewerkstätten bestimmte. ... Neben ihnen gab es aber auch nach wie vor Achatschleifer, die den Vertrieb ihrer Erzeugnisse selbst besorgten und mit dem Kasten auf dem Rücken als sogenannte Gängler in Europa herumzogen. Einer von ihnen kam 1766 bis nach Archangel(*sk*), ein anderer nach Smyrna, ein anderer reiste um dieselbe Zeit mit Achatwaren nach Amerika, und etwas später kam ein anderer bis nach Ägypten, von wo er gelben und roten Jaspis...zur Verarbeitung mitbrachte.“<sup>50</sup>

Schmuck als modisches Accessoire ist den Wandlungen des Geschmacks unterworfen, und solch ein modischer Wandel<sup>51</sup> vermutlich verursachte gegen Ende des 18. Jahrhunderts die erste Krise im Handel mit Schmucksteinen. Der Absatz stockte, die Schleifer verloren ihre Beschäftigung. Die Goldschmiede jedoch fanden einen Ausweg, indem sie auf die Herstellung von lackierten Papierdosen umstiegen. Sie verzierten die Deckel mit „Silbereinlagen in Blüten- oder Kranzform, später auch mit Medaillons aus Achat;“<sup>52</sup> für eine Weile war dies die vorherrschende Produktion. Die Nachfrage nach den Dosen war zeitweise so groß, „daß später eine Papiermühle am Idarbach die Rohstoffe dazu herstellen mußte.“<sup>53</sup> – „In den 80er Jahren des 18. Jahrhunderts kamen Achatwaren dann wieder zusehends in Mode und die Flaute im Schleiferhandwerk konnte bald als überwunden angesehen werden.“<sup>54</sup>

Mit der oben erwähnten Herausbildung einer Schicht von Nur-Kaufleuten, die bei den Handwerkern im Nahebergland kauften und über Messen und weitgespannte Handelsbeziehungen verkauften, entstand um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert eine bis dahin nicht gegebene Abhängigkeit der örtlichen Handwerker „infolge der Notwendigkeit, mitgebrachte Muster und Aufträge zu Preisen auszuführen, die die Handelsleute bestimmten, indem sie nur unter diesen Bedingungen die Waren abnahmen. (...) Damals zeigten sich schon im Industriegebiet an der oberen Nahe Ansätze jener Organisationsform ... die als Verlagssystem<sup>55</sup> bezeichnet wird.“<sup>56</sup>

Damit diese kapitalistische Organisation sich völlig etablieren konnte, bedurfte es der Aufhebung der Zünfte und der Einführung der Gewerbefreiheit – Maßnahmen der Französischen Revolution, die nach der Besetzung des linken Rheinufer auch in der Herrschaft Oberstein (die jetzt natürlich nicht mehr so hieß) durchgesetzt wurden.

<sup>49</sup> UPMANN 1872, S. 51 zählt auf (für die Mitte des 19. Jahrhunderts), was alles aus den geschliffenen Steinen hergestellt wurde: „Juwelenschaalen, Arbeitskästchen, Stricknadelhalter, Häkelnadeln, Haarpfeile, Armbänder, Ohrringe, Broschen, Fingerringe, auf die verschiedenste Art gefaßt... und ungefaßt; ächte Perlen und Perlen von mancherlei Steinen, einzeln und in Schnüren, Koralle, Crucifixe, Stampillen (*Stößel für Mörser; U. S.*) Pettschaften, Uhrketten, Federhalter, Federträger, Schreibzeug, Degengriffe, Rosenkränze, Vasen, Cigarrenspitzen, Klicker, Feuersteine, Streichfeuerzeugdosen, Knöpfe für Röcke, Vorhemden und Manschetten, Rockhalter, Tuchnadeln, Tabaksdosen,... Stock- und Regenschirmgriffe... Tiere in künstlerischer Vollkommenheit, Messer- und Gabelgriffe, Tassen, kleine Teller, Leuchter... Schachspiele, Mosaiktischplatten, Kanonen, Reibschalen, Glättsteine &c. &c.“

<sup>50</sup> WILD 1963, S. 11

<sup>51</sup> DUCKWITZ 1971, S. 21

<sup>52</sup> BECKER 1961, S. 184

<sup>53</sup> ebenda

<sup>54</sup> DUCKWITZ 1971, S. 21

<sup>55</sup> Als Verlagssystem wird eine Art der dezentralen Produktion bezeichnet, in der eine größere Zahl (schein)selbständiger Handwerker in Heimarbeit Güter erzeugt, die vom kapitalkräftigen „Verleger“ abgesetzt werden. Die eigentlichen Produzenten werden dabei von der Planung des Verlegers weitgehend abhängig, was Art, Qualität und Menge der Produkte und damit auch ihr Einkommen betrifft.

<sup>56</sup> BECKER 1961, S. 183



## *Die Zeit der Französischen Revolution und der territorialen Neuordnung (1792 – 1814 / 17)*

„Als im Jahre 1789 die von Ludwig XVI. von Frankreich berufenen Reichsstände sich als verfassunggebende Nationalversammlung erklärten, dachte zunächst niemand, daß damit eine neue Zeit beginne, niemand im linksrheinischen Deutschland, daß sein Schicksal bald von den neuen Männern Frankreichs bestimmt werden würde.“<sup>1</sup> Aber natürlich nahmen die Menschen in allen Gebieten unweit der französischen Grenze – und weit darüber hinaus<sup>2</sup> – aufmerksam wahr, was sich nach der Konstituierung der Verfassunggebenden Nationalversammlung ereignete: der Bastille-Sturm, die Verabschiedung der „Erklärung der Menschen- und Bürgerechte“ (26. August 1789), die schon unmittelbar nach dem Erscheinen mehrfach in deutscher Übersetzung gedruckt wurde und schnelle und weite Verbreitung fand,<sup>3</sup> sowie die Abschaffung des Adels (19. Juni 1790). Eine Folge war, dass französische Adlige mit „hochbeladenen Reisewagen... auf allen Straßen dem Rheine zu (*zogen*). ... das sittenlose und hochmütige Treiben dieser ‚Nichtstuer und Zierpuppen‘ erregte Abscheu und Haß. Überall, wo sie sich aufhielten, rechtfertigten sie durch ihr Betragen die Erbitterung des Volkes gegen seine Unterdrücker und gaben so ... dem rheinischen Volk ein Zeugnis für die Berechtigung einer staatlichen und gesellschaftlichen Neuordnung.“ Die Landesherren dagegen sahen das anders: „Der Kurfürst von Trier duldet gegen die Forderung seiner Landstände ... in seiner Residenz Koblenz ‚den Hof des auswärtigen Frankreichs‘ mit einer eigenen französischen Regierung, deren Ziel die siegreiche Rückkehr und Wiederherstellung des absoluten Königtums war.“<sup>4</sup>

Einer der ersten revolutionären Beschlüsse der Nationalversammlung betraf direkt auch die Landesherren Baden und Leiningen, die „Souveränitätslande“<sup>5</sup> im Elsass besaßen: die Abschaffung der Feudalität (11. August 1789): „... Jede grundherrliche Rechtsprechung wird entschädigungslos abgeschafft. ... Alle Zehnten ... oder Grundzinsabgaben, in deren Genuss weltliche oder geistliche Körperschaften kommen, werden abgeschafft.“<sup>6</sup> Das bedeutete materielle Einbußen für die betroffenen Landesherren, und natürlich sprach sich auch die Nachricht über die Abschaffung der Feudallasten herum und fand Beifall bei den Bauern und Bürgern der Herrschaft Oberstein, jedenfalls soweit sie nicht in die landesherrschaftliche Verwaltung eingebunden waren.

Am 20. Juni 1791 scheiterte der Versuch König Ludwigs XVI., mit seiner Familie ins Ausland zu fliehen, er wurde unter Zwang nach Paris zurückgebracht und stand seither unter argwöhnischer Beobachtung. Am 27. August 1791, genau eine Woche vor Verabschiedung der Verfassung, die die absolute Macht des französischen Königs beendete, trafen sich im sächsischen Schloss Pillnitz an der Elbe Kaiser Leopold II. und der preußische König Friedrich Wilhelm II. mit dem Grafen Artois und dem Prinzen Condé, den Brüdern des französischen Königs und Anführern der französischen adligen Emigranten in Koblenz und Worms. Am Ende ihrer Beratungen kündigten sie an: „... die wirksamsten Mittel anzuwenden, um den König in den Stand zu setzen, in größter Freiheit die Grundlagen eines monarchischen Regiments zu festigen ... In der Voraussetzung werden sie ihren Truppen die geeigneten Befehle erteilen, um sie in den Stand zu versetzen einzuschreiten.“<sup>7</sup>

Die Kriegsdrohung war deutlich. Als die Formierung einer Emigrantenarmee in Koblenz in Zusammenarbeit mit der preußischen und österreichischen Militärführung Fortschritte machte, forderte „die *Assemblée législative*“<sup>8</sup> Österreich am 25. März 1792 ultimativ auf „... gegen die Emigranten vorzugehen“.<sup>9</sup> Am 20. April, nach Ablauf des Ultimatums, folgte die Kriegserklärung:

---

<sup>1</sup> BALDES 1923, S. 290

<sup>2</sup> So feierte etwa der Hamburger Kaufmann Georg Heinrich Sieveking vor den Toren der Stadt am 14. Juli 1790 ein aufsehenerregendes „Freiheitsfest“ zur Erinnerung an den Bastille-Sturm mit über 80 Gästen.

<sup>3</sup> STRUCK – GANTET 2008, S. 56.

<sup>4</sup> HONIG 1973, S. 37 f

<sup>5</sup> Das waren Gebiete, die unter der Souveränität des französischen Staates standen und die deutsche Fürsten von der Krone Frankreich zu Lehen trugen.

<sup>6</sup> Zit. n. GRAB 1973, S. 33 ff

<sup>7</sup> GRAB 1973, S. 59 f

<sup>8</sup> Die „Gesetzgebende Versammlung“ war nach der Verabschiedung der Verfassung und Auflösung der Konstituante im Oktober 1791 neu gewählt worden.

<sup>9</sup> STRUCK – GANTET 2008, S. 68

„Die Nationalversammlung erklärt, ... dass der Krieg, den sie gezwungen ist zu führen, kein Krieg ist von Nation gegen Nation, sondern die gerechte Verteidigung eines freien Volkes gegen den ungerechten Angriff eines Königs; ...dass (die Franzosen) nichts unterlassen werden, um die Geißel des Krieges zu lindern, das Eigentum zu schonen und zu erhalten und alle unvermeidlichen Leiden des Krieges einzig auf die fallen zu lassen, die sich gegen ihre Freiheit verschwören werden; ...“<sup>10</sup>

Man erkennt deutlich, dass hier nicht wie im 17. und 18. Jahrhundert der Krieg eines Souveräns gegen einen anderen begann, sondern dass der so genannte Erste Koalitionskrieg (1792 – 1797) eine Auseinandersetzung war zwischen Ideen und Prinzipien, in der der Kampf um die Köpfe (und Herzen) fast genauso wichtig war wie der Kampf der Waffen. Die Antwort des Oberbefehlshabers der Verbündeten fiel im Übrigen, mit umgekehrtem Vorzeichen, ebenso propagandistisch aus:

„Ihre Majestäten der Kaiser von Österreich und der König von Preußen haben mir den Oberbefehl über ihre an der Grenze Frankreichs vereinigten Heere übertragen...“

Diejenigen, welche sich die Regierung in Frankreich angemäht haben, sind... nachdem sie im Innern die gute Ordnung und die rechtmäßige Regierung ... umgestürzt und nachdem sie gegen die geheiligte Person des Königs und seiner erlauchten Familie Gewalttätigkeiten begangen haben... endlich so weit gegangen, daß sie Sr. Majestät dem Kaiser einen ungerechten Krieg erklärten ... Ihre Majestäten erklären ferner auf Ihr kaiserliches und königliches Ehrenwort, daß, ... wenn die mindeste Beleidigung dem Könige, der Königin und der ganzen königlichen Familie zugefügt wird,... sie eine beispiellose und für alle Zeiten denkwürdige Rache nehmen und die Stadt Paris einer militärischen Exekution und einem gänzlichen Ruine preisgeben, die Verbrecher selbst aber dem verdienten Tode überliefern werden. ...

Gegeben im Hauptquartier Koblenz am 25. Juli 1792.

KARL WILHELM FERDINAND, Herzog von Braunschweig-Lüneburg.<sup>11</sup>

Ob die Verbündeten nicht gewusst haben, dass sie mit diesen Drohungen das Schicksal Ludwigs XVI. besiegelten? Zwei Wochen nach dem Manifest des Herzogs von Braunschweig wurde der König unter Hausarrest gestellt, weitere sechs Wochen später war Frankreich Republik. –

### *Der Erste Koalitionskrieg 1792 - 1797*

Formell war der Erste Koalitionskrieg ein Krieg zwischen Frankreich einerseits, Österreich und Preußen (zu denen erst im Jahr darauf u. a. das Reich, Großbritannien, Spanien und die Niederlande hinzutreten) andererseits. Die Nationalversammlung hatte, indem sie die Kriegserklärung ausdrücklich nicht an den *Kaiser*, sondern den König von Ungarn und Böhmen richtete, den Reichsständen die Möglichkeit gegeben, sich herauszuhalten und für neutral zu erklären.

Es ist für unseren Zusammenhang nicht nötig, den Kriegsverlauf auf allen Schauplätzen zu betrachten. In der „Kanonade von Valmy“ (20. September 1792) stoppte die Revolutionsarmee den Vormarsch der Preußen und Österreicher. Militärisch betrachtet, war das kleine Gefecht in der Champagne nur eine Episode; psychologisch war es von ungeheurer Wirkung. Dass es den schlecht ausgerüsteten, z. T. sogar barfüßigen Soldaten der improvisierten Revolutionsarmee nach den Verlusten der Städte Longwy und Verdun gelang, die professionell gedrillten Truppen der absolutistischen Herrscher aufzuhalten, bewegte den Herzog von Braunschweig zum Rückzug<sup>12</sup> und veranlasste den herzoglich-weimarischen Minister Goethe, der als Beobachter mitgezogen war, zu seinem berühmten Diktum.<sup>13</sup> Am Tage darauf trat in Paris der neu gewählte Konvent zusammen, schaffte die Monarchie ab und erklärte Frankreich zur « République une et indivisible ».

Als die Verbündeten sich nach Valmy aus Frankreich zurückzogen, nutzte der in der französischen Festung Landau stationierte General Custine den Überraschungseffekt und stieß am Rhein entlang nordwärts vor, eroberte Speyer, Worms und am 20. Oktober auch die Festung Mainz. Der Verlauf der kurzen Kampagne machte deutlich, dass die französischen Truppen auch einen ideologischen Kampfauftrag hatten: ihr Vorrücken diente dazu, revolutionäres Gedankengut zu verbreiten und durch Mut sowie gute Disziplin dessen Überlegenheit zu demonstrieren. Der Krieg erhielt einen missionarischen Charakter, und nicht

<sup>10</sup> zit. n. GRAB 1973, S. 101 f

<sup>11</sup> Zit. n. ebenda, S. 108 f

<sup>12</sup> Weitere Gründe waren das sehr nasskalte Wetter und eine Durchfallepidemie bei den verbündeten Truppen.

<sup>13</sup> „Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen.“ (J. W. Goethe, Kampagne in Frankreich)

zufällig nannte man die Freiwilligen in der französischen Armee « apôtres de la liberté ». <sup>14</sup> Während dieses Feldzuges, wohl am 30. 9. bei der Besetzung Speyers, entstand auch die berühmte Parole: „Friede den Hütten, Krieg den Palästen!“ Die Gegend an der oberen Nahe wurde erstmals im November von Truppendurchzügen berührt, als ein Teil der französischen Moselarmee unter Kellermann über Hermeskeil zur Mosel vorstieß. <sup>15</sup>

Am 22. März 1793 beschloss der Regensburger Reichstag den Beitritt des Heiligen Römischen Reiches zur Koalition, was die meisten Reichsstände allerdings nicht zu größeren militärischen Anstrengungen veranlasste. Gegen die französische Moselarmee vorrückende preußische Truppen zogen zwei Tage darauf durch Oberstein. Unmittelbar von kriegerischen Ereignissen wurde unsere Gegend weiter nicht berührt – mittelbar durch zeitweise Einquartierungen und dauernde Requisitionen dagegen sehr.

Der Winter 1793/94 ist in das Geschichtsbild der linksrheinischen Bevölkerung als der „Plünderungswinter“ eingegangen, und in der Tat haben die Angehörigen der vom Konvent eingesetzten „Ausleerungskommission“, die die Vermögen und hinterlassenen Wertsachen geflüchteter Repräsentanten des *ancien régime* beschlagnahmen sollte, schlimme Übergriffe trotz erkennbarer Bemühungen <sup>16</sup> nicht verhindern können. Der Krieg drohte wegen des Mangels an Nahrung und Ausrüstung für die Revolutionstruppen verloren zu gehen, und die ausgehungerten Soldaten nahmen sich, was sie kriegen konnten.

Der Konvent in Paris führte das Volksaufgebot, die « levée en masse », ein; der brutalen Diktatur des Wohlfahrtsausschusses unter Maximilien Robespierre gelang es schließlich, die innere und äußere Krise der Republik zu überwinden und der Armee ausreichend Kleidung und Bewaffnung zur Verfügung zu stellen. Als am 26. Juni 1794 die Revolutionstruppen bei Fleurus in Belgien einen entscheidenden Sieg über die Österreicher errungen hatten, war die Schreckenherrschaft nicht mehr nötig: Einen Monat darauf (28.7.) wurden Robespierre und seine politischen Freunde gestürzt und am Tage darauf hingerichtet. <sup>17</sup>

Schon die Zeitgenossen der Jahre 1792 – 95 hatten mit Verwunderung bemerkt, wie unentschlossen und unglaublich langsam die verbündeten Truppen gegen die französische Revolutionsarmee vorgingen. Österreich und Preußen, obwohl auf dem westlichen Kriegsschauplatz verbündet, waren in der „polnischen Frage“ erbitterte Konkurrenten. Hatten bei der ersten polnischen Teilung 1772 die mächtigen Nachbarn Russland, Preußen und Österreich noch gemeinsame Sache gemacht, so „ward jetzt die zweite Teilung Polens [durch Preußen, U.S.] mit Rußland allein unter völliger Verheimlichung vor Österreich verabredet, worin unter allen Umständen eine schwere Brückierung des Bundesgenossen lag. Im Januar 1793 rückten preußische und russische Truppen in Polen ein ... Die Stimmung Österreichs bei diesen Vorgängen läßt sich leicht erraten.“ <sup>18</sup>

Als die Polen 1794 einen Aufstand gegen die russische Fremdherrschaft unternahmen, arbeitete nun Österreich mit Russland bei dessen Unterdrückung zusammen; Preußen verlegte, um nicht zu kurz zu kommen, Truppen vom Westen nach Polen, was natürlich das Vorgehen gegen Frankreich schwächte. Doch durch die rasche österreichisch-russische Kooperation „wurde die preußische Rechnung, nun bei der bevorstehenden Teilung ein entscheidendes Wort mitreden zu können, durchkreuzt. Die dritte polnische Teilung <sup>19</sup> wurde in allem wesentlichen zwischen Rußland und Österreich allein verabredet und bedeutete so eine Brückierung Preußens, wie die zweite eine Brückierung Österreichs dargestellt hatte.“ <sup>20</sup>

---

<sup>14</sup> Der Begriff „Freiheitsapostel“ wurde auch von den Gegnern der Revolution auf der deutschen Seite gebraucht – hier natürlich in ironisch-abwertender Absicht.

<sup>15</sup> HONIG 1973, S. 41

<sup>16</sup> Am 9. Januar 1794 wurde folgende Anordnung erlassen: „Proclamation. – Den Bewohnern... von der Pfalz und anderen Ländern, welche von den Truppen der Republik besetzt sind. – Die von den Repräsentanten des französischen Volkes für die Ausleerung aller von den Feinden verlassener Gegenstände ernannten Comissäre haben in Betracht gezogen, daß die Ehre des Namens der französischen Nation darunter leide, wenn ein oder der andere übelgesinnte Soldat, der es nicht verdient, Republikaner zu seyn, fortfahren sollte, sich solchen Ausschweifungen zu überlassen, ... und verordnen: ... Art. II. Da die verlassenen Wohnungen unter dem Schutze der französischen Republik stehen, so wird jeder Soldat ... der etwas von den darin befindlichen Effekten ... entwenden sollte, mit dem Tode gestraft. Art. III. Die Wohnung des ruhigen Bürgers soll geschützt seyn, und jeder Soldat, der sich dahin eindringt, um Lebensmittel durch Drohungen zu erpressen, soll ... militärisch gestraft werden. ...“ Zit. n. REMLING 1856, S 439, Anm. 553

<sup>17</sup> SOBOUL 1938, S. 371 ff

<sup>18</sup> WAHL 1912, S. 42

<sup>19</sup> nach der es keinen polnischen Staat mehr gab

<sup>20</sup> WAHL 1912, S. 58 f

Diese Brückierung war der Grund für das Zerbrechen der Koalition – Preußen nahm Verhandlungen mit Frankreich auf, die im Frieden von Basel (5. April 1795) ihren Abschluss fanden: Preußen verzichtete auf das linke Rheinufer, die französische Republik sicherte die Neutralität Norddeutschlands zu, was Preußen Handlungsfreiheit in Polen gab und ihm ein Jahrzehnt Frieden bescherte. Für Österreich wurde der Krieg gegen die Revolutionsarmeen jetzt natürlich schwerer. Die Franzosen überquerten den Rhein, die Feldzüge der Jahre 1795/96 fanden im rechtsrheinischen Süddeutschland statt – und in Norditalien, das bis dahin eher ein Nebenkriegsschauplatz gewesen war. Hier trat zum ersten Mal der General Napoleon Bonaparte in das Licht der europäischen Öffentlichkeit: Mit ein paar glänzenden Siegen zwang er Österreich zum Frieden von Campo Formio (17. Oktober 1797), in dem auch das Haus Habsburg auf das linke Rheinufer (und Belgien) verzichten musste. Im Frieden von Lunéville (9. 2. 1801) am Ende des Zweiten Koalitionskriegs, der unser Gebiet nicht berührte, wurde die Abtretung schließlich auch völkerrechtlich verbindlich.

Die Neuordnung der politischen, administrativen und sozialen Verhältnisse in und um Oberstein und Idar war von den Franzosen zwar schon während der Kriegsjahre mehrfach versucht worden. Die Verwirklichung krankte aber auch in den beiden letzten Kriegsjahren, als es in unserer Gegend zwar noch Requisitionen, aber keine Kampfhandlungen mehr gab, an der Uneinigkeit zwischen der französischen Zivil- und Militärverwaltung.<sup>21</sup> „In dieser Zeit der aufgelösten Ordnung trieben obendrein Räuberbanden ihr Unwesen, und Schinderhannes, der in einer Tuchmanufaktur in Birkenfeld seinen ersten großen Einbruchsdiebstahl begangen hatte, erlangte eine traurige Berühmtheit, bis er 1803 in Mainz hingerichtet wurde.“<sup>22</sup>

### *Neue Lebensbedingungen im französischen Staat 1798 – 1814*

Sofort nach der Ratifikation des Friedens von Campo Formio nahm das Direktorium<sup>23</sup> die Eingliederung der linksrheinischen Gebiete in die Französische Republik in Angriff. Mit der Durchführung beauftragt wurde der Richter am Pariser Kassationsgerichtshof, Franz Josef Rudler, ein Elsässer, der beide Sprachen gleich gut beherrschte.

Schon im Januar 1798 legte Rudler sein – dann im Wesentlichen genau so realisiertes – Konzept vor. In Frankreich waren die (seit der Durchsetzung des Absolutismus für Herrschaft, Verwaltung und Justiz ohnehin bedeutungslos gewordenen) Grafschaften, Herzogtümer usw. aufgelöst und durch Departements ersetzt worden, die möglichst „natürliche“ Umgrenzungen (Flüsse, Gebirgskämme usw.) haben und nach geografischen Gegebenheiten benannt werden sollten. Für die neuen linksrheinischen Gebiete wurden vier Departements geschaffen: Roer<sup>24</sup> mit der Hauptstadt Aachen, Rhein und Mosel (Koblenz), Saar (Trier), Donnersberg (Mainz). Das « Département de la Sarre »<sup>25</sup> wiederum bestand aus den vier Arrondissements Prüm, Trier, Saarbrücken und Birkenfeld, und letzteres umfasste die neun Kantone<sup>26</sup> Meisenheim, Grumbach, Kusel, Baumholder, Birkenfeld, Wadern, Hermeskeil, Rhaunen und Herrstein mit den Mairien (Bürgermeistereien) Herrstein, Fischbach, Hottenbach und Oberstein. Das Gebiet der Mairie Oberstein schließlich umfasste auch Idar, Vollmersbach, Hettstein, Hattenrodt, Mackenrodt, Algenrodt und Enzweiler und unterschied sich damit in Richtung Westen und Norden nicht allzu sehr vom heutigen Stadtgebiet. – Das Arrondissement Birkenfeld vereinigte also ehemals wild- und rheingräfliche, kurtrierische, badische und pfalz-zweibrückische Gebiete sowie die einstige Reichsherrschaft Oberstein – eine Neuordnung der Landkarte, die das Alte Reich aus sich heraus niemals hätte erreichen können. „So trat an die Stelle der mittelalterlichen Feudalverfassung fast über Nacht ein modernes, auf die Freiheit der Bürger bedachtes Staatswesen. Zum ersten Mal in seiner langen Geschichte gehörte dieses Land zu einem

---

<sup>21</sup> Den Wechsel der Konzeptionen, die Konkurrenz verschiedener Persönlichkeiten, die z. T. auf die Kämpfe in der französischen Innenpolitik zurückzuführen waren, zeigt in Bezug auf das badische Amt Birkenfeld HONIG 1973.

<sup>22</sup> KLAR 1978, S. 61

<sup>23</sup> Regierung der Französischen Republik seit dem Sturz der Jakobinerdiktatur 1794 bis zum Staatsstreich Bonapartes und der Errichtung des Konsulats mit Bonaparte als Erstem Konsul 1799.

<sup>24</sup> Das aus der Eifel kommende Flüsschen Rur – nicht zu verwechseln mit der rechtsrheinische Ruhr.

<sup>25</sup> Mit 219 049 Einwohnern war es das zweikleinste der linksrheinischen Departements (Rur 531 496; Donnersberg 343 316; Rhein-Mosel 203 290.) Zahlen nach MOLITOR 1980, S. 11, Anm. 14

<sup>26</sup> Die Kantone büßten nach der Einführung des Präfektursystems im Februar 1800 (in den rheinischen Departements im Mai 1800) ihre administrative Funktion ein und wurden reine Gerichtsbezirke.

großen, zentral regierten Staat. War es ein Wunder, daß viele der sog. Intellektuellen sich für diese neue Ordnung einsetzten?“<sup>27</sup>

Burgen und Schlösser, Symbole der Feudalherrschaft, und weiterer „Besitz der ehemaligen Herrschaften an Gebäuden und Ländereien [wurde] als Nationaleigentum versteigert.“<sup>28</sup> Auch die Obersteiner Burgen kamen unter den Hammer. Burg Bosselstein ging um 1802 an einen Käufer, der nur Interesse am dazugehörigen Land hatte; „das alte Schloß wuchs in der Folgezeit mit Gebüsch zu.“<sup>29</sup> 1841, in der Zeit der Burgenromantik ging die Ruine in den Besitz des Großherzogs von Oldenburg, des nunmehrigen Landesherrn, über.<sup>30</sup> Das Neue Schloss „wurde an mehrere Familien verkauft, die sich aber nie zu einer so notwendigen, gemeinsamen Reparatur einigen konnten, so daß der Verfall auch dieser Burg unaufhaltsam vorwärts schritt, bis sie im Jahre 1855 in der Nacht vom 6. auf den 7. Januar durch eine Feuersbrunst zerstört wurde.“<sup>31</sup> Die völlig verarmten ehemaligen Bewohner boten die Ruine der großherzoglichen Regierung zum Kauf an; der Landtag bewilligte das Geld.<sup>32</sup>

In Frankreich begann mit dem Staatsstreich des Generals Napoleon Bonaparte vom 18. Brumaire VIII (9. November 1799) die Ära Napoleons, wobei es für die Bewohner der Departements am Rhein keinen Unterschied machte, ob sie unter einem Ersten Konsul (seit dem 13. Dezember 1799) oder einem Kaiser (seit dem 2. Dezember 1804) lebten.<sup>33</sup> Seit dem 26. Mai 1800 galt das Präfektursystem. „Dieses zeichnete sich durch einen straffen Zentralismus aus, der jederzeit Eingriffe übergeordneter Behörden in die Kompetenzen der unter ihnen stehenden Verwaltungsstufen ermöglichte. ... Eine Schlüsselstellung im neuen System hatte der Präfekt (préfet) .... Er unterstand direkt dem Ersten Konsul bzw. Kaiser und dessen Regierung und war von seinem Vertrauen abhängig. In seiner Funktion hatte er weitreichende Kompetenzen und einen großen Gestaltungsspielraum.“<sup>34</sup> Nach der Umwandlung der Kantone in reine Gerichtsbezirke unterstand der Maire von Oberstein direkt dem Unterpräfekten (Sous-Préfet) in Birkenfeld, dieser dem Präfekten in Trier.

Die 15 Jahre der napoleonischen Regierung waren eine Periode umfassender Modernisierung, auch in der ehemaligen Herrschaft Oberstein. Die Einführung einer neuen Gerichtsorganisation mit der Trennung von Rechtsprechung und Verwaltung, mit einem klaren Instanzenzug anstelle der unübersichtlichen und oft willkürlichen Rechtsprechung durch Verwaltungsbeamte und mit klaren und einheitlichen Gesetzen war eine der wichtigsten und am längsten wirksamen Modernisierungen aus der Zeit der Zugehörigkeit zu Frankreich.<sup>35</sup> Der Strafprozess war mündlich und öffentlich, Zivilverfahren kostenfrei (allerdings machten die Kosten für das Stempelpapier, das man für jedes Schriftstück benötigte, das in den Prozess eingeführt werden sollte, die Verfahren doch wieder sehr teuer).

Eine weitere fortwirkende Modernisierung war die Einführung der Gewerbefreiheit. Sie sollte für die Entwicklung der Schmuckwarenindustrie im 19. Jahrhundert große Bedeutung erlangen. Schon die Konstituante<sup>36</sup> hatte das « Décret relatif aux assemblées d'ouvriers et artisans de même état et profession »<sup>37</sup> erlassen. Darin hieß es: „Art. 4. Wenn Bürger, welche die nämliche Kunst, das nämliche Handwerk oder Gewerbe treiben, gegen die Grundsätze der Freiheit und der Constitution Berathschlagungen abfaßten, oder unter sich Verträge errichteten, die dahin abzielten, die Beihülfe ihres Kunstfleißes oder ihrer Arbeiten gemeinschaftlich zu versagen, oder sie nicht anders, als gegen einen bestimmten Preis zu gestatten, so sollen Berathschlagungen und Verträge ... als constitutionswidrig ... angesehen werden und von keiner

---

<sup>27</sup> KLAR 1978, S. 61 f

<sup>28</sup> ebenda

<sup>29</sup> REITENBACH 1968, S. 71

<sup>30</sup> ebenda, S. 73

<sup>31</sup> LUEG 1921, S. 13

<sup>32</sup> REITENBACH 1968, S. 74

<sup>33</sup> Das System blieb das gleiche: eine auf der militärischen Macht des Kaisers beruhende, aber durch zivile Beamte, die die Anweisungen des Imperators auszuführen hatten, ausgeübte autoritäre, zentralistische, hierarchisch gegliederte Regierungsform.

<sup>34</sup> KRÜGER 1995, S. 90

<sup>35</sup> Das französische Recht – neben dem Code pénal (Strafgesetzbuch) und dem Code d'instruction criminelle (Strafprozessordnung) noch der Code civil (Bürgerliches Gesetzbuch), Code de procédure civile (Zivilprozessordnung) und der Code de commerce (Handelsgesetzbuch) – galt auch nach dem Ende des napoleonischen Kaiserreiches in den meisten linksrheinischen Gebieten Deutschlands weiter bis über die Gründung des wilhelminischen Kaiserreiches 1871 hinaus. Allerdings *nicht* im späteren Fürstentum Birkenfeld (s. u.)

<sup>36</sup> die verfassunggebende Nationalversammlung (1789 – 1791)

<sup>37</sup> „Verordnung bezüglich der Vereinigungen von Arbeitern und Handwerkern desselben Standes und Berufes“

Wirkung seyn. ... 7. Diejenigen, die sich Drohungen und Gewalt gegen die Handwerker erlauben würden, welche die durch die constitutionellen Gesetze bewilligte Freiheit in Ansehung der Arbeit und des Kunstfleißes benutzen wollen, sollen peinlich belangt und nach der Strenge der Gesetze, als Störer der öffentlichen Ruhe verfolgt werden.“<sup>38</sup>

Die Kirchen in dem ehemals territorial zersplitterten Gebiet erhielten eine einheitliche Organisation. Die „Organischen Artikel“ von 1802 erkannten, ausgehend von der Religionsfreiheit, die drei christlichen Konfessionen als gleichberechtigt an und sicherten – ohne sich in irgendeiner Weise in Bekenntnisfragen einzumischen – die staatliche Kontrolle durch „die Ernennung der höchsten Kirchenbeamten der lutherischen Kirchen, die Ernennung sämtlicher Pfarrer beider Bekenntnisse auf Vorschlag der Kirchen sowie das Vetorecht bei der Absetzung eines Pfarrers.“<sup>39</sup> Die wichtigsten Einrichtungen wurden dabei die so genannten Konsistorialkirchen, „mit je einem Lokalkonsistorium an der Spitze, die... an die Stelle der einzelnen Orts- (oder Pfarr-) Gemeinde“<sup>40</sup> traten. Die Konsistorialkirchen sollten etwa 6.000 Seelen umfassen, was allerdings nicht sehr strikt durchgeführt wurde. Im Saar-Departement wurden 8 Konsistorialkirchen mit insgesamt 60 Gemeinden und den Hauptorten in Birkenfeld, Kusel, Idar (mit 13 Pfarreien,<sup>41</sup> darunter Oberstein), Meisenheim, Ottweiler, St. Johann, Saarbrücken, Wirschweiler eingerichtet. „Die Lokalkonsistorien wurden gebildet aus den Pfarrern des Konsistorialbezirks sowie mindestens 6 und höchstens 12 höchstbesteuerten Bürgern als Notabeln.“<sup>42</sup> Die nächsthöhere Organisationsebene waren die Inspektionen, gebildet aus fünf Lokalkonsistorien, die je einen Pfarrer und einen Notabeln entsandten. Die Tagungen der Inspektionen unterlagen staatlicher Aufsicht. „Vor ihrem Beginn waren die zu behandelnden Gegenstände dem Kultusminister mitzuteilen. (Sie) konnten sich nur in Gegenwart des Präfekten oder Unterpräfekten versammeln und durften nicht länger als sechs Tage dauern. Alle Beschlüsse ... unterlagen dem staatlichen Placet.“<sup>43</sup> Im Gegenzug für die staatliche Aufsicht erhielten die Konsistorien die Zusage staatlicher Besoldung für die Pfarrer.<sup>44</sup> Das als oberste Behörde gedachte Generalkonsistorium in Mainz wurde zwar eingerichtet, hatte aber bis zum Ende der napoleonischen Ära seine Arbeit noch nicht aufgenommen.<sup>45</sup>

Für die Neuorganisation eines gegliederten säkularen Schulsystems existierten ebenfalls Pläne, die aber in der Zeit bis zum Beginn des Russlandfeldzuges kaum ansatzweise verwirklicht werden konnten. Die Verantwortung für das Schulwesen wurde an die politischen Gemeinden übertragen; aber „wenn man die Geistlichen aus der Verantwortung für die Schulaufsicht entließ, so war das nur möglich, wenn man sie durch fachlich geeignete Männer ersetzen konnte.“<sup>46</sup> An denen aber fehlte es, insbesondere an ausgebildeten Lehrern, die auch französisch sprachen,<sup>47</sup> ebenso, wie es den Gemeinden an Geld – und zuweilen auch am guten Willen – fehlte, Schulen zu unterhalten.<sup>48</sup>

Auch das Steuersystem wurde von Grund auf geändert. „An die Stelle der alten, mannigfaltigen und uneinheitlichen Feudalabgaben<sup>49</sup> traten seit 1798 die bisher schon in Frankreich geltenden Steuern, mit denen erstmals das Prinzip der steuerrechtlichen Gleichheit eingeführt wurde. Zu den *direkten Steuern* zählte in erster Linie die *Grundsteuer*, dann die *Personal-, Mobiliar- und Aufwandsteuer* sowie die *Tür- und Fenstersteuer*. Die Grundsteuer wurde nach dem Reinertrag der Grundstücke berechnet, der von dem Eigentümer angegeben und von einer Kommission geprüft wurde.“<sup>50</sup> Zu den direkten Steuern kamen die Gebühren (z. B. für Stempelpapier oder die offizielle Einregistrierung von Schriftstücken) sowie „Abgaben auf Ge-

---

<sup>38</sup> zit. n. SALOMON 2015, S. 207

<sup>39</sup> DUDA 1971, S. 31

<sup>40</sup> a. a. O. S. 54

<sup>41</sup> CONRAD 1961, S. 68

<sup>42</sup> DUDA 1971, S. 59. – Die „Notabeln“ entsprachen in ihrer Aufgabestellung den früheren Kirchenältesten

<sup>43</sup> a. a. O., S. 92

<sup>44</sup> a. a. O., S. 63

<sup>45</sup> a. a. O., S. 96. – Für die nördlichen Teile der rheinischen Departements war ein weiteres Generalkonsistorium in Köln vorgesehen.

<sup>46</sup> BACH 1972, S. 52

<sup>47</sup> Vgl. KRÜGER 1995, S. 197 ff

<sup>48</sup> BACH 1972, S. 53

<sup>49</sup> ...die gerade unter den letzten Herren Obersteins extrem gesteigert worden waren – s. o. S. 32)

<sup>50</sup> KRÜGER 1995, S. 160. – Hervorhebungen im Original

tränke, Tabak, Spielkarten, Gold- und Silberwaren...;“<sup>51</sup> die auch möglichen Gebühren für Fluss- und Kanalschiffer und Bootsfähren dürften dagegen in der Mairie Oberstein kaum angefallen sein.

Die ältere Geschichtsschreibung, die die Zeit der Zugehörigkeit zu Frankreich zumeist als „Besatzungszeit“ negativ bewertet,<sup>52</sup> klagte oft über die angeblich immense steuerliche Belastung der Bürger. Die Berechtigung dieser Klage ist schwer zu beurteilen, denn „im Gegensatz zu heute wurden die direkten Steuern nicht für jeden Bürger in ganz Frankreich in einheitlichen Sätzen festgelegt, sondern nur die Gesamtsumme, die sie im jeweiligen Jahr erbringen sollten. Die Summe wurde auf die einzelnen Verwaltungseinheiten, vom Departement über das Arrondissement bis zur Mairie aufgeteilt, so daß diese für die Aufbringung ihres Anteils selbst verantwortlich waren und deshalb auf ihre Untereinheiten bzw. die Bürger Druck ausüben mußten, ihre Verpflichtungen zu erfüllen.“<sup>53</sup> Zudem war besonders die Grundsteuer von Jahr zu Jahr verschieden, denn sie „bestand aus zwei Teilen, dem Hauptteil und den Centimes additionels, Steuerzuschlägen, die nötig waren, um die Gemeindeausgaben zu decken....(diese) setzte der Conseil général du Département jedes Jahr neu fest.“<sup>54</sup>

Die kommunale Tätigkeit wurde sehr engmaschig kontrolliert. Ein Teil der Korrespondenz zwischen dem Maire Jakob Caesar von Oberstein und seinem Vorgesetzten, dem Unterpräfekten Jean-Baptiste Hirn in Birkenfeld,<sup>55</sup> hat sich erhalten und ermöglicht einen Blick auf den Alltag – der manchmal gar nicht viel anders war als vor der Revolution: „Der Sous-Préfet Hirn sah es als notwendig an, daß der Maire einmal im Monat die Communes seiner Mairie bereiste. Der Maire sollte folgendes nachprüfen: ob man den öffentlichen Verwaltungsregeln gefolgt war, ob die Straßen sauber gehalten, die Kamine regelmäßig alle drei Monate gefegt und die hygienischen Verhältnisse der Gemeinde überwacht worden waren, ob der Schutz vor Brandherden und Unfällen gewährleistet wurde, ob man Wege und Bepflanzungen gepflegt und geachtet hatte, ob die öffentlichen Gebäude in gutem Zustand waren, ob es Mißstände zu tadeln und Verbesserungen einzuführen gab.“<sup>56</sup>

Für das französische Kaiserreich, das rechts des Rheins mit militärischen Mitteln die politische Landkarte neu zeichnete (s. u.), war wichtig, links des Rheins über gute Aufmarsch- und Nachschubverbindungen zu verfügen. Unter dem Direktorium wurde in Frankreich selbst und „auch im gesamten linksrheinischen Raum nichts für den Straßenbau getan. Erst unter der Regierung von Napoleon Bonaparte nahm der Straßenbau einen gewaltigen Aufschwung.“<sup>57</sup> Zwar führte durch des Arrondissement Birkenfeld keine „route impérial“, aber immerhin sechs „routes départementales“, von denen die Straße Birkenfeld – Kirn die Mairie Oberstein durchzog. Dass die kaiserliche Aufmerksamkeit für das Straßenwesen auch ‚unten‘ ankam, zeigt ein Briefwechsel von 1808: „Am 7. April wies Hirn Caesar auf den günstigen Zeitpunkt für Anpflanzungen<sup>58</sup> hin. Deshalb sollte dieser die Bepflanzung der Straße von Birkenfeld nach Kirn in Angriff nehmen.“ Caesar antwortete mit einem Schreiben, „in welchem er auf umständliche Weise erklärte, daß die neuen Anpflanzungen an den Straßenrändern nicht wachsen könnten. Er begründete dies damit, dass viele Einwohner aus Armut Ziegen statt Kühe zu halten gezwungen seien. Überall, wo die Ziegen durchzögen, könne kein Straßenbaum wachsen. Der Unterpräfekt hatte leider weder Verständnis für den Hunger der Ziegen noch für die Armut ihrer Besitzer, er bestand darauf, dass letztere den durch erstere verursachten Schäden zu ersetzen hätten.“<sup>59</sup>

Die französische Wehrpflicht galt seit Juli 1802 auch in den rheinischen Departements. Dabei wurde von der Armeeführung Jahr für Jahr die Zahl der zur Ergänzung der Armee benötigten jungen Männer auf die Departements entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil umgelegt und vom Präfekten in gleicher Weise auf die Arrondissements und schließlich die Mairien verteilt, die die Jahrganglisten aufzustellen

---

<sup>51</sup> LOCH 1995, S. 63

<sup>52</sup> d. h. während des 19. Jahrhunderts, besonders nach dem Krieg 1870 / 71, und in z. T. extremer Steigerung nach dem Ersten Weltkrieg in Reaktion auf den Versailler Vertrag. Eine Kostprobe: Der Vormarsch der Truppen Blüchers 1814 „verschleuderte die Fremden in kürzester Frist aus unserer Heimat, die soviel Gut und Blut für die Welschen hatte opfern müssen.“ BALDES / WESSMER 1911, S. 67

<sup>53</sup> KRÜGER 1995, S. 160

<sup>54</sup> LOCH 1995, S. 61.

<sup>55</sup> ausgewertet im Hinblick auf die allgemeine Verwaltung und die kommunalen Aufgaben von LOCH 1995, im Hinblick auf die besonderen Umstände nach der Niederlage Napoleons in Russland 1812 von BRILL 1930

<sup>56</sup> LOCH 1995, S. 44 f

<sup>57</sup> HIRCHE 1964, S. 27

<sup>58</sup> Die Chaussees sollten mit Straßenbäumen als Windschutz und Schattenspender versehen sein.

<sup>59</sup> LOCH 1995, S. 46 f

hatten. Die Bedarfszahlen waren bis zum Russlandfeldzug 1812 immer wesentlich geringer als die Stärke des jeweiligen Aushebungsjahrganges, so dass unter den Konskribierten gelost werden musste. Die Ausgelosten konnten gegen Bezahlung einen Ersatzmann stellen; befreit waren junge Männer, die schon einen Bruder bei der Armee hatten, verheiratet waren oder einen alten Elternteil versorgen mussten. Dabei war „die Zahl der ‚Widerspenstigen‘ und Deserteure im Rheinland nicht höher, teilweise sogar noch niedriger ... als in den innerfranzösischen Departements. Hatte doch der Militärdienst für etliche Soldaten durchaus auch positive Beweggründe und Auswirkungen. Die vielen pathetischen Siegesnachrichten der Grande Armée gerade zu Beginn der napoleonischen Kriege, ihr dadurch weit verbreitetes Ansehen und ihr Mythos, die Freude an Uniform und militärischem Gehabe und nicht zu vergessen, der große Ruhm Napoleons als Feldherr verfehlten ihre Wirkung nicht.“<sup>60</sup>

Nach den schweren Verlusten im Russlandfeldzug wurden die Aushebungen verschärft, auf mehr als einen Geburtsjahrgang und auch auf Verheiratete ausgedehnt. In diesen letzten Jahren nahmen Verweigerung der Konskription und Desertion erheblich zu. „So schreibt der Unterpräfekt am 15. November 1813: ‚150 Conscriptierte dieser Arrondissementsaushebung die für das 85. Regiment nach Coblenz auf dem Wege waren, haben das Detachement verlassen in dem Augenblicke, wo sie ihr Depot trafen, das auf dem Wege nach Trier war. Ich beauftrage Sie, beim Empfange dieses Briefes sie anzuhalten und die Ausgehobenen ihrer Mairie nach Trier bringen zu lassen.‘“<sup>61</sup>

Ähnlich verhielt es sich mit dem Nachschub für die Armee, „die Leute wollten nichts mehr liefern, ja sie hinderten z. T. andere an der Ablieferung der gesammelten Lebensmittel. Das Letztere tun besonders die Idarer. Der Unterpräfekt schreibt am 15. November [1813] an dem Maire: ‚Herr Gander, mein Commissionär berichtet mir, und Ihre Briefe bestätigen, daß Wagen von Idar, nicht zufrieden, Schwierigkeiten zu machen beim Transport von Lebensmitteln aus der Requisition für Mainz, haben sie auch noch Wagenführer, die schon auf dem Wege nach diesem Bestimmungsort waren, veranlaßt, umzukehren Ich ersuche Sie, diese Sache zu untersuchen und darüber ein Protokoll an uns zu senden und die Urheber derselben in die Hände der Justiz zu liefern, damit sie nach der Strenge des Gesetzes bestraft werden, um ein Exempel zu statuieren.‘“<sup>62</sup>

Man sieht daran, dass die Menschen an Nahe und Idarbach sehr wohl die Ereignisse jenseits des Rheins beobachteten und von Fall zu Fall darauf reagierten. Da die rechtsrheinisch vollzogenen Veränderungen nach 1815 auch unsere Gegend betrafen, müssen wir einen kurzen Blick darauf werfen.

### *Das Ende des Reiches, der Wiener Kongress und die Bildung des Fürstentums Birkenfeld 1806 – 1817*

Im Frieden von Lunéville hatten mehrere deutsche Staaten linksrheinische Gebiete an Frankreich abtreten müssen, was ihnen durch das Versprechen von Entschädigungen in mehreren Geheimverträgen schmackhaft gemacht worden war. Dabei stand eigentlich von Anfang an fest, dass die Hochstifte,<sup>63</sup> die kleineren Territorien, die Reichsritterschaft und die Mehrzahl der Reichsstädte die Zeche würden zahlen müssen. „Die entscheidenden Verhandlungen fanden in Paris statt... Napoleon... orientierte sich hierbei... an übergeordneten politischen Gesichtspunkten. Er suchte größere, arrondierte und reichsrechtlich aufgewertete Mittelstaaten zu schaffen, die innerhalb des Reichsverbandes ein gewisses Gegengewicht zu Österreich bzw. auch zu Preußen bilden konnten.“<sup>64</sup>

Der Reichsdeputationshauptschluss vom 25. Februar 1803 ließ 112 Reichsstände sowie 45 von 51 Reichsstädten ihre Reichsstandschaft verlieren; sie wurden einem der zu entschädigenden Territorien angegliedert, ‚mediatisiert‘. Darunter befanden sich auch alle Obersteiner Lehnsherren: Leiningen-Heidesheim und Limburg-Styrum sowie das Hochstift Trier. Aber das war nur ein Zwischenschritt auf dem Wege zum endgültigen Verschwinden der Verfassungsordnung von 1648. Die von Napoleons Gnaden vergrößerten süd- und westdeutschen Territorien, darunter drei frischgebackene Königreiche,<sup>65</sup> bildeten 1806 den „Rheinbund“, „ein[en] unter dem ‚Protektorat‘ Napoleons stehende[n] Zusammenschluß von 16 Reichsständen mit Frankreich. Ihm traten bis Ende 1806, zum Teil unter Rangerhöhungen, weite-

<sup>60</sup> FREYTAG 2013, S. 172

<sup>61</sup> BRILL 1930, S. 62

<sup>62</sup> a. a. O., S. 5. – Syntax des Originals

<sup>63</sup> also die Herrschaftsgebiete der geistlichen Reichsfürsten – darunter drei Kurfürstentümer!

<sup>64</sup> DEMEL 2005, S. 324

<sup>65</sup> Bayern, Württemberg, Sachsen



re 22 Mitglieder, 1807 noch das neue Königreich Westfalen bei... So umfaßte der Bund schließlich das gesamte rechtsrheinische Deutschland, ohne die österreichisch, preußisch, dänisch oder schwedisch regierten Gebiete.“<sup>66</sup>

Die Rheinbundstaaten erklärten ihren „Austritt“ aus dem Heiligen Römischen Reich, Franz II. legte die deutsche Kaiserkrone nieder, seit dem 6. August 1806 gab es kein Reich mehr. – Dass sieben Jahre darauf die Herrschaft Napoleons zusammenbrach, lässt sich mit zwei Bündeln von Ursachen erklären: Das unbesiegte England, die Aufstände in Spanien und Österreich, die militärische Katastrophe in Russland 1812/13 waren das eine – die Anstrengungen besonders Österreichs und Preußens, durch Reformen den Modernisierungsrückstand aufzuholen, der sie vom napoleonischen Kaiserreich trennte, das erwachende Nationalgefühl im deutschen Sprachraum waren das andere, und wohl wichtigere.

Nach der Katastrophe der Grande Armée in Russland wurde es auch linksrheinisch unruhig: „Unterm 7. Mai schreibt der Maire (*von Oberstein*) in das Eingangsbuch: ‚Der Herr Baron (Präfekt) unterrichtet mich, daß zwei Pamphlete, genannt Manifeste des Kaisers von Russland und des Königs von Preußen, umlaufen. Ich beauftrage Sie, darüber zu wachen, daß diese Pamphlete nicht verbreitet werden und sie und die Verbreiter, falls Sie dieselben entdecken, anzuhalten.‘ Mit dem einen Pamphlet ist die Proklamation von Kalisch gemeint, die mit pathetischen Worten die Rheinbundfürsten mit Abdankung bedroht, falls sie der deutschen Sache abtrünnig bleiben, mit dem anderen vielleicht der Aufruf des Königs von Preußen an sein Volk.“<sup>67</sup>

Napoleons hatte sich nach der verlorenen „Völkerschlacht“ bei Leipzig (16. – 18. Oktober 1813) und dem Abfall aller seiner deutschen Verbündeten außer Sachsen mit den Resten seiner Armee hinter den Rhein zurückziehen müssen. In der Neujahrsnacht 1813/14 überschritten die Verbündeten bei Kaub (unter Blücher) und Mannheim den Rhein, erreichten, ohne nennenswerten Widerstand zu finden, am 11. Januar die Saar und drangen weiter nach Frankreich vor. Damit endete die „Franzosenzeit“. In der Mairie Oberstein las sich das so: „Am 18. Januar 1814 kommt von der Unterpräfektur ein Schreiben: ‚Ich benachrichtige Sie, daß der Souspréfet dieses Arrondissements seinen Posten verlassen hat. Ich schicke Ihnen hier anliegend:

1. einen Abdruck der Proklamation des Herrn Feldmarschall Blücher vom 30. Dezember 1813 und 14. Januar 1814,
2. eine ebensolche von Herrn Blibbendorf, General-Kommissar der Kriege der preußischen Armee,
3. ein Rundschreiben, welches den Beamten vorschreibt, ihren Dienst weiter zu versehen,
4. ein weiteres Rundschreiben, welches die Forstbeamten ermächtigt, bei Ausübung ihres Dienstes ein Gewehr zu tragen.‘

Damit ist der Regierungswechsel in unserer Heimat vollzogen.“<sup>68</sup> Bis die Menschen in Oberstein, Idar und Umgebung mit Sicherheit wussten, in welchem politischen Rahmen sie in Zukunft ihr tägliches Leben gestalten würden, sollten aber noch drei Jahre vergehen.

Vom November 1814 bis zum Juni 1815 tagte der Wiener Kongress und bemühte sich, das durch die Revolutionskriege durcheinander gewirbelte Europa wieder ins Lot zu bringen. Das Ergebnis seiner Beratungen macht auf den heutigen Betrachter einen zwiespältigen Eindruck. Einerseits haben die Vertreter aller europäischen Staaten ein europäisches Gleichgewichtssystem geschaffen, das gut genug austariert war, um die Neugestaltung der deutschen und der italienischen politischen Landkarte und *fast* auch noch die Balkankriege am Anfang des 20. Jahrhunderts ohne katastrophale Folgen zu bewältigen und den gesamteuropäischen Frieden zu bewahren – 99 Jahre lang; erst dann zerstörte der Erste Weltkrieg die „Wiener Ordnung.“

Andererseits wurden die Hoffnungen vieler Menschen in Deutschland, dass die *Befreiungskriege* (gegen Napoleon) auch *Freiheitskriege* (für die Verwandlung von Untertanen in Bürger) sein möchten, durch die Kongressergebnisse bitter enttäuscht. Statt eines deutschen Gesamtstaates mit einer demokratisch gewählten Volksvertretung brachte der Kongress den „Deutschen Bund“ hervor, eine lose Föderation von halb oder ganz absolutistisch regierten Einzelstaaten. Das einzige gesamtdeutsche Organ war die Bundesversammlung in Frankfurt am Main, ein Gesandten-Kongress mit 17 Stimmen unter dem Vorsitz Öster-

---

<sup>66</sup> DEMEL 2005, S. 349

<sup>67</sup> BRILL 1930, S. 2. – In den beiden erwähnten Texten riefen Zar Alexander I. und König Friedrich Wilhelm II. zum Kampf gegen Napoleon auf.

<sup>68</sup> Brill 1930, S. 18

reichs; die größeren Staaten hatten Einzelstimmen, mehrere kleinere mussten sich jeweils eine Stimme teilen. Unter Metternichs<sup>69</sup> Regie entwickelte sich das Gremium zu einem polizeistaatlichen Kontrollinstrument, das von Fall zu Fall in eine als zu liberal angesehene Politik der Einzelstaaten repressiv eingriff.<sup>70</sup>

Die linksrheinischen Gebiete und ihre Einwohner wurden zunächst unter die Verwaltung durch Preußen (nördlich der Mosel) und die von Bayern und Österreich gebildete „Landesadministrationskommission“ (südlich davon, mit Sitz in Kreuznach) gestellt, dann bildete man aus unserer Gegend den sehr kurzlebigen preußischen Kreis Oberstein, bis das Königreich Preußen schließlich, um die gefährdete Westgrenze nach dem zweiten Pariser Frieden (1815)<sup>71</sup> militärisch besser sichern zu können, die Umgebung von Saarbrücken und das ehemalige Saar-Departement erhielt – allerdings nicht das *ganze*, denn aus dessen Gebiet sollten nun noch – in einem grotesken Rückfall in die Kleinstaaterei des 18. Jahrhunderts – einige kleinere Herren<sup>72</sup> „entschädigt“ bzw. für ihre Dienste im Kampf gegen Napoleon honoriert werden. Marschall Blücher kommentierte das Länder- und Menschengeschacher in einem Brief grimmig: „Der gute Wiener Congreß gleicht einem Jahrmakkt in einer kleinen Stadt, wo ein Jeder sein Vieh hinführt es zu verkaufen oder zu vertauschen.“<sup>73</sup>

Daher bestimmte Artikel 49<sup>74</sup> der Wiener Schlussakte, dass Preußen vom Saar-Departement Gebiete mit einer Gesamt- „Bevölkerung von 69.000 Seelen“ abtreten solle. Der Herzog von Oldenburg „war von Napoleon aus seinem Lande vertrieben worden und hatte bei seinem Neffen, dem Zaren Alexander I. von Rußland, Zuflucht gefunden, der ihm auch auf dem Wiener Kongreß beistand“.<sup>75</sup> Er sollte als Ersatz für den aufgehobenen Zoll an der Unterweser zusätzlich zu seinen Stammländern ein Gebiet mit 20.000 Einwohnern erhalten. In Norddeutschland stand das eigentlich gewünschte, größere Ostfriesland nicht mehr zur Verfügung, und so wurde eben zwischen Hochwald und Nahe im Wesentlichen aus den Kantonen Birkenfeld und Herrstein (mit Idar und Oberstein) des ehemaligen Arrondissements Birkenfeld ein Gebiet so zugeschnitten, dass möglichst genau die Zahl von 20.000 „Seelen“ erreicht wurde. Der oldenburgische Gesandte am Frankfurter Bundestag schickte 1816 den Legationssekretär Starklof „quasi inkognito an die obere Nahe, um sich das in Frage kommende Gebiet einmal unverbindlich anzusehen.“<sup>76</sup> Dem Herzog Peter Friedrich Ludwig von Oldenburg suchte man die Abfindung mit dem Großherzogstitel<sup>77</sup> zu versüßen, dennoch zögerte er lange, „ehe er von seinem 400 km Luftlinie entfernten neuen Lande Besitz ergriff. ... Er nannte es Fürstentum Birkenfeld in Erinnerung an die stolze Vergangenheit dieser Stadt und Burg.“<sup>78</sup>

---

<sup>69</sup> Klemens Wenzel Fürst v. M., (\*1773, † 1859, seit 1809 Leiter der österreichischen Außenpolitik, seit 1821 österreichischer Staatskanzler (bis 1848). Das „System Metternich“ zielte auf die Stärkung der 1815 wieder hergestellten vorrevolutionären Ordnung.

<sup>70</sup> Als Beispiele seien nur genannt die Annullierung des badischen Pressegesetzes und die Besetzung Frankfurts durch preußische Truppen nach dem „Wachenturm“ 1833.

<sup>71</sup> Der Zweite Pariser Friede schloss das Intermezzo der „Hundert Tage“ ab: Der von den Verbündeten abgesetzte Napoleon war auf die Mittelmeer-Insel Elba verbannt worden, kehrte aber im März 1815 aufs französische Festland zurück, schaffte es noch einmal, ein Heer zu sammeln und den Krieg gegen die Verbündeten wieder aufzunehmen. In der Schlacht bei Waterloo wurde er endgültig geschlagen und diesmal auf die Insel St. Helena im Südatlantik deportiert. Das restaurierte Königreich Frankreich musste im Zweiten Pariser Frieden Saarbrücken und Landau an Preußen bzw. Bayern abtreten.

<sup>72</sup> Herzog von Sachsen-Coburg, Herzog von Oldenburg, Herzog von Mecklenburg-Strelitz, Landgraf von Hessen-Homburg, Graf von Pappenheim. Mecklenburg und Pappenheim ließen sich mit Geld und einigen Domänen abfinden. Sachsen-Coburg verkaufte nach den durch die Pariser Juli-Revolution ausgelösten Unruhen sein „Fürstentum Lichtenberg“ an Preußen; das hessen-homburgische Oberamt Meisenheim fiel nach dem preußisch-österreichischen Krieg 1866 ebenfalls an Preußen. Das kleine Fürstentum Birkenfeld dagegen blieb 120 Jahre bestehen.

<sup>73</sup> zit. n. SALOMON 2015, S. 228

<sup>74</sup> « Il est réservé dans le ci-devant département de la Sarre, sur les frontières des états de S. M. le Roi de Prusse, un district comprenant une population de soixante-neuf mille âmes, dont il sera disposé de la manière suivante:

Le Duc de Saxe-Cobourg et le Duc d'Oldenbourg obtiendront, chacun, un territoire comprenant vingt mille habitants. Le Duc de Mecklenbourg-Strelitz et le Landgrave de Hesse-Hombourg, chacun un territoire comprenant dix mille habitants; et le Comte de Pappenheim, un territoire comprenant neuf mille habitants. » Text in: **Kübler**, Johann Ludwig: Quellen-Sammlung zu dem Oeffentlichen Recht des Teutschen Bundes. Erlangen <sup>3</sup>1830, S. 54 f

<sup>75</sup> KLAR 1978, S. 63

<sup>76</sup> SCHMIDT 2006, S. 14

<sup>77</sup> ...den dann tatsächlich erst sein Sohn annahm...

<sup>78</sup> KLAR 1978, S.66

## *Im oldenburgischen Fürstentum Birkenfeld (1817 – 1918)*

Auch nach der endgültigen Niederlage Napoleons standen noch Truppen im Saar-Departement, und auch Verbündete müssen gepflegt, ausgestattet und untergebracht werden. Man kann verstehen, dass die Menschen an der oberen Nahe aufatmeten, als der Frieden geschlossen war und die Truppen abgezogen wurden. Als endlich auch feststand, wohin die Einwohner des ehemaligen Arrondissements Birkenfeld zukünftig gehören sollten, konnten die meisten mit der neuen Herrschaft noch keine sehr konkreten Vorstellungen verbinden. „Es heißt, wir sollen oldenburgisch werden; das wäre doch gar zu verdreht. Wo mag das liegen, das Oldenburg?“ so hörte Starklof<sup>1</sup> auf seiner im Höchsten Auftrag unternommenen Erkundungsreise ins Birkenfelder Land die Leute sich äußern.“<sup>2</sup> Dieses Oldenburg bestand schon vor der Übernahme eines armen, vom Boden und vom Klima her wenig begünstigten, gebirgigen Landstrichs mit 20.000 ‚Seelen‘ aus landschaftlich, wirtschaftlich und sozialstrukturell sehr unterschiedlichen Teilen: den alten Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst an der Nordsee und westlich der Weser und dem zersplitterten ehemaligen Fürstbistum Lübeck (mit der Hauptstadt Eutin) in Ostholstein.<sup>3</sup> Dass daraus etwas politisch Zusammenhängendes werden könnte, war schwer vorstellbar. Aber man war zwischen Hochwald und Nahe froh, dass endlich Klarheit herrschte, und man war bereit, der neuen Herrschaft einen Vertrauensvorschuss einzuräumen.

Am 18. April 1817 reisten der oldenburgische Vertreter beim Bundestag von Berg und der spätere Regierungspräsident in Birkenfeld Wibel<sup>4</sup> zur offiziellen Besitznahme im Namen Herzog Peter Friedrich Ludwigs<sup>5</sup> und zur Vereidigung der Beamten nach Birkenfeld. „Schon... in Nahbollenbach von dem Bürgermeister von Oberstein begrüßt, an der Grenzbrücke über die Nahe von der berittenen Abteilung der schön uniformierten Obersteiner Bürgermiliz eingeholt, wurden die Vertreter Herzog Peters vor Oberstein selbst von der dort stehenden Gendarmeriebrigade, der Bürgermiliz zu Fuß und einer Schar weißgekleideter, blumengeschmückter Bürgertöchter empfangen.“<sup>6</sup> In den Dörfern am Wege nach Birkenfeld und dort selbst war der Empfang ebenso herzlich.

Die auf dem Wiener Kongress am 8. Juni 1815 beschlossene deutsche Bundesakte hatte zwar in Artikel 13 lapidar festgestellt: „In allen Bundesstaaten wird eine landständische Verfassung stattfinden.“; aber ungeachtet des Artikels 53 der Wiener Schlussakte vom 15. Mai 1820,<sup>7</sup> der den Bund verpflichtete, auf die Einhaltung dieser Vorschrift zu achten, dachte Herzog Peter nicht daran, seinen Ländern eine wie auch immer gestaltete Verfassung zu geben,<sup>8</sup> sondern etablierte mit der „Landesherrlichen Verordnung über die Einrichtung der Regierung im Fürstentum Birkenfeld“ (meist als Staatsgrundgesetz bezeichnet), die mit dem 1. Oktober 1817 in Kraft trat, eine absolutistisch-bürokratische Regierung, in der der Landesherr alleinige Quelle jeder Gesetzgebung war und die Trennung von Justiz und Verwaltung sowie Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerichtsverfahren aufgehoben waren. Da die Einwohner des Fürstentums – jedenfalls die städtischen, die Zugang zu Zeitungen hatten – wissen konnten, welchen Prinzipien ihr neuer Landesherr folgte, hatte der herzliche Empfang bei der Besitzergreifung wohl ein wenig vom Pfeifen im dunklen Walde.<sup>9</sup>

---

<sup>1</sup> Ludwig Starklof, oldenburgischer Hofrat, 1826/27 Amtmann in Oberstein

<sup>2</sup> BALDES 1921, S. 29

<sup>3</sup> Damit gehörte das (Groß-)Herzogtum zu den kleineren Mitgliedern des Deutschen Bundes und musste sich gemäß Art 4 der Deutschen Bundesakte vom 8. Juni 1815 in der Bundesversammlung (15. Abstimmungskurie) eine Stimme mit Anhalt und Schwarzburg teilen. (FRANZ 1975, S. 121 f)

<sup>4</sup> Ludwig Conrad Leopold Wibel leitete die Birkenfelder Regierung von 1817 – 1831.

<sup>5</sup> \* 1755, † 1829, regierte das Fürstentum Birkenfeld absolutistisch von 1817 – 1829.

<sup>6</sup> BALDES 1921, S. 17

<sup>7</sup> Vgl. FRANZ 1975, S. 126 (Bundesakte Art. 13) und S. 135 (Schlussakte Art. 53).

<sup>8</sup> Er stand damit nicht ganz allein im Deutschen Bund (die entsprechende Behauptung bei BALDES 1921, S. 30 trifft nicht zu): In unmittelbarer Nachbarschaft zum Fürstentum Birkenfeld hatten weder das hessen-homburgische Oberamt Meisenheim noch das sachsen-coburgische Fürstentum Lichtenberg eine Verfassung (vgl. HAHN/BERDING 2010, S. 144); der große Nachbar Preußen hatte sein Versprechen einer Volksrepräsentation für das gesamte Königreich ebenfalls nicht gehalten, sich aber wenigstens zur Einrichtung von Provinziallandtagen durchringen können.

<sup>9</sup> Vgl. BRANDT 2002 a, S. 64

Andererseits: „Vorrechte einzelner Personen und Stände, Abgabefreiheit und dergleichen sollten nicht verstatet sein, und jedem Untertan war die Gleichheit vor dem Gesetze und dem Gerichte zugesichert“,<sup>10</sup> und die Einwohner „durften ihre persönliche Meinung frei äußern und besaßen eine unbeschränkte Preßfreiheit. Auch als der Bundesrat 1819<sup>11</sup>, um der vermeintlichen ‚revolutionären Umtriebe‘ Herr zu werden, eine verschärfte Zensur beschlossen hatte, waren diese Maßregeln im Oldenburgischen nicht aufgenommen worden.“<sup>12</sup>

Das Staatsgrundgesetz fand trotzdem wenig Beifall bei den Menschen, die „die frohe Botschaft von der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aller Menschen“ vernommen hatten und die „Folgerungen: ...die Trennung der Verwaltung und des Gerichts...ein einheitliches Gesetzbuch ...und örtliche(r) Selbstverwaltung“<sup>13</sup> zu schätzen gelernt hatten. Die in Wiesbaden erscheinenden „Rheinischen Blätter“ unterzogen das Staatsgrundgesetz einer scharfen Kritik, wenn auch die Person des Herzogs wegen ihrer „väterlichen Fürsorge“ mit „höchster Achtung“ behandelt wurde. „Man wird ..., weil (*in dem Artikel*) ein Achathändler aus Oberstein als Vertreter des rheinischen, selbstbewußten Freiheitssinns hingestellt ist, nicht fehlgehen, wenn man die Hintermänner des Artikelschreibers in Oberstein sucht, dessen Einwohner durch ihren Handelsverkehr am meisten mit der Außenwelt in Fühlung standen.“<sup>14</sup>

Das Fürstentum Birkenfeld wurde in drei Ämter (Nohfelden, Birkenfeld, Oberstein) mit je drei Bürgermeistereien eingeteilt. Der Obersteiner Amtsbezirk umfasste die Bürgermeistereien Oberstein, Fischbach und Herrstein; der Bürgermeisterei Oberstein wiederum gehörten neben dem Vorort Oberstein (mit zu der Zeit 1.481 Einwohnern) an: Idar mit damals 736 Einwohnern, Vollmersbach, Hettstein, Hettensrodt, Mackenrodt, Algenrodt und Enzweiler.<sup>15</sup> Der Bürgermeister war Beamter des Staates, „wie im französischen Recht bedurften alle Beratungen und Beschlüsse der Gemeinden weiterhin der Genehmigung des Staatsbürgermeisters als unterer staatlicher Aufsichtsbehörde“<sup>16</sup> (wie des vormaligen französischen Maire). Demokratie fand nur auf der untersten politischen Ebene statt: Die „Schöffen“ an der Spitze der Gemeinden wurden von (zwei bis sechs, je nach Größe des Orte) Beisitzern unterstützt, die von der Bevölkerung gewählt wurden.<sup>17</sup> Für die Verwaltung des Amtes Oberstein ließ Amtmann Ludwig Starklof 1826 ein Amtshaus auf dem *rechten* Naheufer errichten. Bis zu diesem Zeitpunkt „hatte die Amtsverwaltung – ebenso die französische Mairie und die preußische Landratur (1814/15) – ihren Sitz in dem 1765 ... erbauten Rathaus auf dem Marktplatz in Oberstein. ... Marktplatz, Rathaus und die danebenstehende katholische Kirche von 1686 lagen außerhalb des ummauerten mittelalterlichen Ortskerns.“<sup>18</sup>

Mit dem Bau des oldenburgischen Amtshauses „setzte die planmäßige Bebauung des Gebietes rechts der Nahe ein. Im Wasenweg (Wasenstraße) wurde 1839/40 ein neues, das heute (1965<sup>19</sup>) älteste Schulhaus, gemeinsam für die Evangelischen und die Katholiken, gebaut, 1856/57 die neue, heutige katholische Pfarrkirche, 1857 das evangelische und 1858 das katholische Pfarrhaus.“<sup>20</sup>

„Die oldenburgische Zeit ist heute noch bei der Bevölkerung – gewiß durch den zeitlichen Abstand mitbedingt – in guter Erinnerung. In dem Kleinstaat herrschte ...ein verhältnismäßig liberaler Geist; das Militär spielte nicht eine so aufdringliche Rolle wie im benachbarten Preußen und auch die Steuern waren nicht so hoch.“<sup>21</sup> Denn so reaktionär der Herzog gegenüber demokratischen Forderungen eingestellt war, so „aufgeklärt“ war seine Politik in Bezug auf die Entwicklung seines kleinen Fürstentums – modern ausgedrückt: Das Land brauchte Investitionen in das Bildungswesen und die Infrastruktur, seine (geringe)

---

<sup>10</sup> BALDES 1921, S. 32

<sup>11</sup> ...nach der Ermordung des antiliberalen Dramatikers und zaristischen Agenten August von Kotzebue durch den Burschenschafter Karl Ludwig Sand. Die Folge waren die so genannten „Karlsbader Beschlüsse“ mit verschärfter Zensur und polizeilicher Überwachung der Universitäten.

<sup>12</sup> BALDES 1921, S. 38

<sup>13</sup> ebenda 1921, S. 26

<sup>14</sup> ebenda, S. 35 f

<sup>15</sup> BECKER 1978, S. 9

<sup>16</sup> BRANDT 1987 a, S. 600

<sup>17</sup> ebenda, S. 597

<sup>18</sup> WILD 1965, S. 25

<sup>19</sup> Heute, 2016, ist die Wasenschule von 1840 ebenso wenig erhalten wie die Ausschule von 1884; nunmehr ältestes Schulgebäude in Oberstein: die Flurschule von 1903 (DENKMALTOPOGRAPHIE, S. 294)

<sup>20</sup> WILD 1965, S. 26

<sup>21</sup> BRANDT 1984, S. 60 f

wirtschaftliche Leistungsfähigkeit durfte nicht durch unproduktive Ausgaben etwa für das Militär<sup>22</sup> oder die herzogliche Privatschatulle überlastet werden. Unter diesem Gesichtswinkel lässt sich die Zeit bis zur Märzrevolution 1848 als eine Epoche ‚autoritärer Modernisierung‘ kennzeichnen.

### *A utoritäre Modernisierung*

Im Jahre 1817 gab es in den 94 Orten des Fürstentums ganze 32 Schulgebäude. Oberstein besaß zwar eine evangelische und eine katholische Schule, aber „der Unterricht der katholischen Kinder (*find*) in einem kleinen baufälligen Haus hinter der Kirche statt. Man hatte es gekauft, um das Grundstück für den geplanten Erweiterungsbau der Kirche zu verwenden. Sehr bald schritt die Baufälligkeit des Hauses so weit fort, daß man das Haus seit etwa 1820 gar nicht mehr benutzen konnte und die 63 Kinder im Hause des Lehrers unterrichtet werden mußten.“<sup>23</sup> – Die Regierung veranlasste die Gemeinden mit ziemlichem Druck, Schulgebäude zu restaurieren oder neu zu errichten, und sie schaffte es allmählich auch, dass die Gemeinden einigermaßen qualifizierte Personen als Lehrer einstellten – ursprünglich waren vielerorts die Stellen an den Mindestfordernden vergeben worden.<sup>24</sup> 1825 wurde in Birkenfeld eine Lehrerbildungsanstalt eingerichtet, 1830 mit der „Bürgerschule“ in Oberstein<sup>25</sup> die erste weiterführende Schule; die „Obersteiner Kunstschule“ und auch die spätere Gewerbeschule kamen nie richtig in Schwung und schließlich 1849 endgültig zum Erliegen,<sup>26</sup> infolge des Desinteresses der Birkenfelder Regierung an der gewerblichen Wirtschaft.

Auch der Einfluss der Kirchen, die weniger auf eine qualifizierte wissenschaftliche als auf eine streng konfessionelle Bildung Wert legten, konnte eingeschränkt werden, indem in den meisten Orten Gemeinschaftsschulen eingerichtet wurden; allerdings brachte das Schulgesetz von 1861 insofern einen Rückschritt, als es die Simultanschulen durch Konfessionsschulen ersetzte, falls mehr als 25 Schulkinder einer Konfession vorhanden waren.<sup>27</sup> Am Ende ließ sich feststellen: „Das Schulwesen im Fürstentum Birkenfeld (hatte) zwischen 1840 und 1850 einen Stand erreicht, der für ganz Deutschland vorbildlich war. In der Schulorganisation war es zu diesem Zeitpunkt selbst Staaten wie Preußen und Nassau weit überlegen. Auch in dem angestrebten Erziehungs- und Unterrichtsziel, in dem für das ganze Fürstentum einheitlichen Lehr- und Stoffverteilungsplan konnte sich Birkenfeld mit den im Schulwesen als fortschrittlich geltenden Staaten durchaus vergleichen.“<sup>28</sup>

Das Straßennetz im Fürstentum litt unter den Folgen der Kleinstaaterei – ein halbes Dutzend Herrschaften hatten sich vor 1794 eher schlecht als recht und ohne jede gegenseitige Abstimmung um die Wege gekümmert; manche ausgebaute Straße ging hinter dem Grenzpfosten als schmaler Feldweg weiter, von einem „Netz“ konnte kaum die Rede sein. Die Herrschaft der Franzosen hat sich zwar „im allgemeinen segensreich auf das linksrheinische Straßennetz ausgewirkt ... Der obere Naheraum jedoch wurde von der französischen Straßenbaupolitik zunächst nur als zweitrangig angesehen.“<sup>29</sup> mit anderen Worten: Man musste im Fürstentum Birkenfeld ganz von vorne beginnen, wobei der große Nachbar Preußen seinen Einfluss schon früh geltend machte; „denn (*Prußen*) war aus militärischen Gründen daran interes-

<sup>22</sup> „Das Fürstentum hatte bestimmungsgemäß auch Soldaten zum Bundesheer zu stellen. Der Herzog (*Paar Friedrich Ludwig regierte 1817 – 1829*) aber nahm, so lange er lebte, auf die Verhältnisse des verarmten... Landes Rücksicht, verlangte von ihm keine Truppe und ersparte ihm so die Militärkosten.“ BALDES 1921, S. 40. – Anders sein Sohn, Großherzog *Paul Friedrich August*, (*reg. 1829 – 1853*): „Als nun im Jahre 1830 (*Julirevolution*) die Möglichkeit eines Zusammenstoßes mit Frankreich heraufzog, erinnerte der Bundestag... die Bundesstaaten an ihre Verpflichtung, ihre Truppen auf den festgesetzten Bestand zu bringen. Sofort bildete der Großherzog, der selbst eine Vorliebe für den Soldatenstand hatte, das verfassungsmäßig vom Großherzogtum Oldenburg zum deutschen Bundesheer zu stellende ‚Kontingent‘ und zog nunmehr auch das bisher ganz verschonte Fürstentum Birkenfeld zur Stellung und Unterhaltung einer entsprechenden Truppe heran. ... Birkenfeld mußte 384 Mann stellen. ... Die Dienstpflicht war auf sechs Jahre festgesetzt, aber so, daß alljährlich der sechste Teil, 64 Mann, (*von denen jeweils die Hälfte burlaubt war, so dass die tatsächliche Stärke 32 Mann betrug*) der Mannschaft auf ein Dienstjahr eingezogen wurde.“ BALDES 1921. S. 75

<sup>23</sup> BACH 1972, S. 105

<sup>24</sup> Der ganze, von Rückschlägen begleitete, schließlich erfolgreiche Prozess ist ausführlich dargestellt in BACH 1972. Dort auch Ausführungen zur Gründung und Wirkung des Birkenfelder Lehrerseminars 1823 (S. 137 ff).

<sup>25</sup> CONRAD 1961, S. 73

<sup>26</sup> BRANDT 1987 a, S.600

<sup>27</sup> BALDES 1921, S. 221 f

<sup>28</sup> BACH 1972, S. 13

<sup>29</sup> HIRCHE 1964, S. 30 f

siert, die nach seiner neuen Festung Saarlouis führenden Straßen ohne Unterbrechung in seinem Besitz zu wissen. Dazu gehörte vor allem die Route, die von Kreuznach über Kirn, Oberstein und Birkenfeld nach Saarlouis führte. Nachdem Oldenburg das ihm zufallende Gebiet an der oberen Nahe nach langem Widerstreben zu übernehmen gewillt war, drang Preußen auf einen Vertragsabschluß, der ihm das Durchmarschrecht auf dieser Straße garantierte und darüber hinaus Oldenburg die Verpflichtung auferlegte, diese Straße in gutem Zustand zu erhalten.“<sup>30</sup>

Die Birkenfelder Regierung arbeitete ein dreistufiges Klassifikationssystem aus. Neben den Landstraßen<sup>31</sup>, die auf den Departementsstraßen der Franzosenzeit beruhten, gab es „Communicationswege“ und schließlich Flur- oder Feldwege. „Die weitaus wichtigste Entscheidung der Regierung war der Entschluß, zukünftig Wegeaufseher zu bestellen. Sie hatten jeden Tag ihre Strecke zu begehen und kleine Schäden... auszubessern.“<sup>32</sup> Die mit Abstand bedeutendste Straße – nicht nur aus militärischen Gründen, sondern auch als Handels- und Poststraße – war die Nahetalstraße, die das Fürstentum in westlicher Richtung mit dem französischen Markt, nach Osten mit dem Rhein (und der Frankfurter Messe) verband. Als im Jahre 1830 die Oldenburger Regierung, die sich in Norddeutschland politisch lieber an das Königreich Hannover anlehnte, einem Anschluss des Fürstentums Birkenfeld an das preußische Zollsystem zustimmen musste, wies sie ihren Unterhändler an, darauf hinzuwirken, „daß eine Transitstraße von Metz, Saarlouis, ... Birkenfeld, Oberstein, Kirn, Kreuznach...Mainz und Frankfurt bewilligt werde, überhaupt alles dasjenige zu berücksichtigen, was dem Handel mit Frankreich besonders mit Vieh und Achatsteinen beförderlich seyn kann.“<sup>33</sup>

Aber eben diese Straße war am schwierigsten in einen den modernen Anforderungen entsprechenden Zustand zu bringen; „das gebirgige Terrain bereitete besonders bei Oberstein große Hindernisse. So ließen das Naheufer und der ‚Gefallene Felsen‘ östlich des Städtchens Oberstein nur so wenig Raum für die Straße, daß sich dort nicht zwei Wagen begegnen durften. ... *Es (war)* besonders die enge Durchfahrt durch das Städtchen Oberstein, die dringend einer Verbreiterung bedurfte. ... Der größte Übelstand der Nahestraße lag in der unzulänglichen Breite der ‚engen Gasse‘ in Oberstein, die sich in einer 60 Ruthen<sup>34</sup> langen Kurve hinzog. Die preußischen neunsitzigen, 5 Fuß und 7 Zoll breiten<sup>35</sup> und 13 Fuß<sup>36</sup> langen<sup>37</sup> Postwagen konnten sie nur mit größter Vorsicht passieren, wenn sie nicht die beiderseitigen Häuserwände einstoßen wollten. ... Der preußische Generalpostmeister von Nagel setzte sich daher energisch für die Abschaffung dieses Übelstandes ein. Die oldenburgische Regierung versprach schon 1843 die Abreißung von 40 – 50 Häusern in der engen Gasse,“<sup>38</sup> und tatsächlich „erfolgte 1854/55 die Vergrößerung des Marktplatzes und der Durchbruch der Hauptstraße parallel zur Alten Gasse, wobei 12 Häuser und die kath. Kirche ... abgerissen wurden.“<sup>39</sup>

Auch Postverbindungen fehlten zunächst fast völlig. 1817 schloss Oldenburg einen Postbetriebsvertrag auf 15 Jahre mit dem Fürsten von Thurn und Taxis. „Am 1. April 1818 begann Thurn und Taxis mit dem Postdienst im Fürstentum Birkenfeld. Der obere Naheraum verfügte damals über keine einzige Fahrpostlinie. Es gab lediglich eine wöchentlich viermalige Reitpost zwischen Kreuznach und Saarbrücken und eine wöchentlich dreimalige Botenpost zwischen Birkenfeld und Hermeskeil, die an die preußische Fahrpost nach Trier Anschluß hatte. Das war alles!“<sup>40</sup> Gegen Ende der Vertragslaufzeit machte Preußen deutlich, dass es gerne den Postbetrieb im Fürstentum übernehmen würde; Thurn und Taxis verbesserte daraufhin sein Angebot – zur Reitpost trat ein zweimal wöchentlich verkehrender Postwagen. Oldenburg verlängerte den Vertrag, aber sicherheitshalber doch nur um fünf Jahre, und am 4. August

<sup>30</sup> ebenda, S. 32

<sup>31</sup> „1. Die Straße von Kirn über Oberstein, Birkenfeld und Nohfelden nach St. Wendel. Länge auf birkenfeldischem Gebiet: etwa 9 Stunden. 2. Die Straße von Birkenfeld nach Trier. Länge: etwa 2 ½ bis 3 Stunden. 3. Die Straße von Birkenfeld nach Kusel. Länge: etwa 1 ½ Stunden. 4. Die Straße von Birkenfeld nach Morbach über Sauerbrunnen und Hüttgeswasen. Länge: etwa 2 Stunden. 5. Die Straße von Birkenfeld nach Saarlouis. Länge: etwa 2 Stunden.“ HIRCHE 1964, S. 36

<sup>32</sup> HIRCHE 1964, S. 36

<sup>33</sup> zit. n. ebenda, S. 38

<sup>34</sup> Entspricht 226 m (1 preußische Rute = 3,766 m)

<sup>35</sup> ca. 1,72 m (1 Fuß = 0,314 m; das Zollmaß variiert.)

<sup>36</sup> im Original versehentlich *Zoll*

<sup>37</sup> ca. 4,10 m

<sup>38</sup> HIRCHE 1964, S. 37 u. 68

<sup>39</sup> DENKMALTOPOGRAPHIE S. 296. Unwillkürlich muss man hier an die Naheüberbauung im 20. Jahrhundert denken, s.u.

<sup>40</sup> HIRCHE 1964, S. 88

1837 übernahm Preußen, das mittlerweile auch Landesherr des Fürstentums Lichtenberg war, den Betrieb im ganzen Fürstentum und richtete insgesamt sechs Linien<sup>41</sup> ein. Die Linie 1, die Oberstein bediente, hatte den folgenden Fahrplan:

„Schnell-Post zwischen Creuznach und Saarbrück, 18 Meilen.

Täglich. Abgang von Creuznach 2 Uhr früh nach Ankunft der Schnellpost von Bingerbrück (Mainz, Coblenz) – Ankunft in Birkenfeld 9 Uhr 10 M. Vorm. – Ankunft in Saarbrück 4 Uhr, Nachm. – Zum Anschluß an die Mallepost nach Paris 4 ½ Uhr Abends. -- Täglich. Abgang von Saarbrück 4 Uhr früh nach Ankunft der Mallepost von Paris 3 Uhr früh ...Ankunft in Birkenfeld 10 Uhr 35 Min. Vorm. – Ankunft in Creuznach 6 Uhr 35 Min. Abends- Zum Anschluß an die Schnellpost nach Bingerbrück (Mainz, Coblenz) -- Bei dieser Post werden bequeme, zu 6 Personen eingerichtete Wagen eingesetzt, welche ein Conducateur begleitet.“<sup>42</sup>

Man muss wohl davon ausgehen, dass die Bemühungen der herzoglichen Regierung zur Verbesserung der Lebensverhältnisse von der Bevölkerung wahrgenommen und anerkannt wurden. Jedenfalls könnte das erklären, warum nach der französischen Julirevolution von 1830 im Fürstentum Birkenfeld alles ruhig blieb, obgleich „deren Wellen doch über das Fürstentum hinweg auf das rechte Rheinufer hinüber schlugen und in der nächsten Nachbarschaft, im coburgischen St. Wendel, zu so unsicheren Zuständen führten, daß der Herzog von Coburg zur Wiederherstellung der Ruhe die Hilfe preußischer Truppen in Anspruch nehmen mußte und schließlich froh war, als er sein Fürstentum Lichtenberg an Preußen verkaufen konnte.“<sup>43</sup> Auch die Teilnahme von Einwohnern des Fürstentums am Hambacher Fest 1832 ist nicht überliefert. Allerdings gab es in der Residenz Birkenfeld immerhin elf Mitglieder des „Deutschen Vaterlandsvereins zur Unterstützung der freien Presse.“<sup>44</sup> Interesse an Fragen der Verfassungsentwicklung muss es also gegeben haben, denn der Verein hatte sich die Aufgabe gestellt „eine öffentliche Meinungsbildung über Fragen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens herbeizuführen, um so eine allmähliche Veränderung der bestehenden Macht- und Herrschaftsstrukturen innerhalb der gesetzlichen Möglichkeiten einzuleiten. Diesem Zweck diente zum einen die vom Preßverein unterstützte Publizistik, zum anderen die von ihm organisierten politischen Volksfeste,“<sup>45</sup> darunter das bekannte Hambacher Fest.

Sechzehn Jahre später allerdings, 1848, wurde das Gebiet an der oberen Nahe von der Märzrevolution ebenso erfasst wie das übrige Deutschland und fast ganz Europa, wenn auch die besonderen Probleme des sehr kleinen und sehr abgelegenen Fürstentums den Ereignissen ihren eigenen Stempel aufdrückten.

Das im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts massiv auftretende Phänomen des ländlichen Pauperismus<sup>46</sup> (Massenelends) muss es auch im Fürstentum Birkenfeld gegeben haben. Die Bevölkerungszahl war von 1817 bis 1848 von 20.000 auf 30.000 Menschen gestiegen, ohne dass bei der vorherrschenden Realteilung (s. o. S. 41), den ungünstigen Witterungsbedingungen und dem Mangel an Dünger eine entsprechende Ertragssteigerung der Landwirtschaft möglich gewesen wäre. Zudem hatte es in den Jahren 1845 und 1846 eine sehr schlechte Getreideernte gegeben, 1847 kam noch die Kartoffelfäule dazu, die Kartoffelpreise stiegen um 60 %, die Nahrungsmittelpreise des Jahres 1847 waren die höchsten zwischen 1817 und 1875.<sup>47</sup> „Rückgrat des Erwerbslebens waren damals (*im Fürstentum Birkenfeld*) Ackerbau und Viehzucht. Das gilt auch für den Raum Oberstein/Idar. ... Die Schleifer, Goldschmiede, ja sogar die Idarer Handelsleute waren bis um 1880 im Haupt- bzw. Nebenberuf immer auch noch Landwirte.“<sup>48</sup>

Dass das politische Bewusstsein durch diese Ernährungskrise geschärft wurde, bedarf keiner Erklärung; dass es sich bei der 1848er Revolution nur um eine Hungerrevolte gehandelt habe, „soweit sie politisch war, darf man sagen, war sie künstlich gemacht,“<sup>49</sup> ist dagegen unrichtig.

<sup>41</sup> 1. Kreuznach – Oberstein – Birkenfeld – Saarbrücken, 2. Trier – Birkenfeld, 3. Saarlouis – Tholey – Birkenfeld, 4. Saarlouis – St. Wendel, 5. Birkenfeld – Baumholder – Kusel, 6. St. Wendel – Baumholder. (HIRCHE 1964, S. 91 ff)

<sup>42</sup> zit. n. ebenda

<sup>43</sup> BALDES 1921, S. 37

<sup>44</sup> FOERSTER 1982 a, S. 196

<sup>45</sup> FOERSTER 1982 b, S. 34

<sup>46</sup> Über dessen Auswirkung auf die städtische Bevölkerung, insbesondere die Obersteiner Metallarbeiter, s. u.

<sup>47</sup> Vgl. SALOMON 2015, S. 245 f

<sup>48</sup> BRANDT 2002 a, S. 89

<sup>49</sup> Der Birkenfelder Gymnasialprofessor Dr. Heinrich Hahn in einem Vortrag von 1910, zit. n. Brandt 2002 a, S. 111, Anm. 39. Brandt zeigt, dass diese falsche Betrachtungsweise auf den nationalistischen Überschwang der wilhelminischen Zeit zurückzuführen ist, die im Bismarckreich Ziel und Vollendung der deutschen Geschichte sah und daher demokratischere Entwürfe abwerten musste.

## *Revolution und Enttäuschung (1848 – 1852)*

Die Literatur über die Frage, warum in Deutschland die Revolution, die im März 1848 mit so großem Schwung begann, die das erste frei gewählte Parlament, die erste demokratische Verfassung und den ersten Grundrechtskatalog hervorgebracht hat, knapp anderthalb Jahre darauf trotzdem (jedenfalls teilweise – s. u.) gescheitert ist, füllt ganze Bibliotheken. Ein oft genannter Grund: die schiere Fülle der Probleme, die die Nationalversammlung *gädzätig* zu lösen hatte – Republik oder Monarchie? Bundesstaat oder Einheitsstaat? Großdeutsche oder kleindeutsche Lösung? Rolle der außerdeutschen Souveräne mit deutschen Territorien?<sup>50</sup> Rolle der nichtdeutschen Bevölkerung unter deutschen Fürsten?<sup>51</sup> – sei einfach zu groß gewesen, um in der kurzen Zeit vor dem Wiedererstarken der alten Mächte bewältigt zu werden. Und man könnte sagen, dass – bezogen auf die Dimensionen eines sehr kleinen Fürstentums – die Menschen in Oberstein, Idar, Nohfelden und Birkenfeld vor sehr ähnlichen Schwierigkeiten standen.

Natürlich erhob man im Fürstentum die gleichen „Märzforderungen“<sup>52</sup>, die in den meisten Bundesstaaten erhoben und durchgesetzt wurden und oft zum Rücktritt der alten Regierung und der Berufung von „Märzministerien“ führte. Auch in Birkenfeld wurde der zwar tatkräftige, aber wegen seines autokratischen Auftretens sehr unbeliebte Regierungspräsident (seit 1831) Laurenz Hannibal Fischer am 15. März vertrieben. „Ein volkstümliches Frankfurter Blatt“ brachte in einer Art politischem Nachruf das Dilemma des Aufgeklärten Absolutismus noch einmal auf den Punkt: „Der Mann ist eigentlich gar nicht übel gewesen, doch hatte er sich die Marotte in den Kopf gesetzt, er sei eigentlich da, um das Volk glücklich zu machen. Daß die Bestimmung der Völker nicht in ihrer Glückseligkeit, sondern in ihrer Freiheit beruhe, das ist seinem servilen Schädel nie zum Bewußtsein gekommen.“<sup>53</sup>

Der Erfolg des Märzaufstandes wurde den Menschen im Fürstentum dadurch erleichtert, dass auch in der ‚Hauptstadt‘ Oldenburg die Bevölkerung Druck machte und den Großherzog dazu trieb, „endlich den Weg für eine Landesverfassung freizugeben. Durch ein Patent vom 10. März 1848 ordnete August Paul Friedrich die Wahl von 34 Mitgliedern zu einem beratenden Ausschuss an, der einen Verfassungsentwurf ausarbeiten sollte.“<sup>54</sup> Allerdings war die bloße Ankündigung noch nicht geeignet, die Menschen im Fürstentum zufriedenzustellen. Schon in der zweiten Märzwoche entstanden in mehreren Orten (u. a. Birkenfeld, Oberstein und Idar) Bürgergarden, „freiwillige(n) Selbsthilfeeinrichtungen der Einwohner, die sich unter den Farben Schwarz-Rot-Gold und mit viel nationalem Pathos um ‚Ruhe und Ordnung‘ kümmern wollten. Dort, wo es der Regierung gelang, auf diese Einrichtungen einzuwirken (z. B. in Birkenfeld, wo auch alle Regierungsmitglieder der Bürgerwehr angehörten), haben diese tatsächlich einen dämpfenden Einfluß auf die Ereignisse ausgeübt. Umgekehrt, wie z. B. in Oberstein, bestand für die Regierung die Gefahr, daß die Bürgerwehr eine revolutionäre Truppe wurde.“<sup>55</sup> In den beiden ersten Artikeln ihrer „Stadutten“ gab die Obersteiner Bürgergarde sich den Auftrag, die „seit dem Glohreichen Februartag<sup>56</sup> ...erwachte(n) Volkssuveränität...gegen jeden Angriff zu schützen und aufrecht zu erhalten.“<sup>57</sup>

Parallel zu den Bürgergarden entstanden auch Vereine, die man als Vorläufer späterer politischer Parteien betrachten kann: in Birkenfeld (Stadt) der „Volkverein von Birkenfeld“ (Fürstentum) unter dem Vorsitz des Regierungsmitgliedes Hofrat Arnold Kitz, in Oberstein der „Demokratische Verein von Oberstein“ unter dem Vorsitz des Advokaten Christian Schmidt; eine Delegation des Vereins zwang am 11. April den Obersteiner Amtmann Barnstedt und den Bürgermeister Haack zum Rücktritt; auch in Idar und kleineren Orten folgte man dem Beispiel.<sup>58</sup>

Im Sprachgebrauch der Zeit waren *Volksparteien* oder *Volkvereine* das, was wir heute als Liberale bezeichnen würden; *demokratisch* nannten sich Gruppierungen mit radikaleren Forderungen (bis hin zur Re-

<sup>50</sup> Z. B. der König von Dänemark als Herzog von Schleswig

<sup>51</sup> Z. B. die Polen im Königreich Preußen

<sup>52</sup> In den meisten Staaten: Pressefreiheit, Schwurgerichte mit öffentlichem, mündlichem Verfahren, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, Volksbewaffnung und ein deutsches Parlament, im Fürstentum Birkenfeld noch Ermäßigung der Gerichtsgebühren und ‚zeitgemäße Gemeindeordnung und Vereinfachung der Verwaltung‘ (BRANDT 1987 a, S. 608)

<sup>53</sup> Zit. n. BALDES 1921, S. 110

<sup>54</sup> REDMER 2002, S. 165

<sup>55</sup> BRANDT 1987 a, S. 609

<sup>56</sup> Gemeint ist der 22. Februar, an dem die Revolution in Paris begann, die zum Sturz der Monarchie führte.

<sup>57</sup> „Stadutten der Oberst. Bürgergard“, StAIO Abt. 9, Best. I, Nr. 41

<sup>58</sup> BALDES 1921, S. 124



publik), die wir heute als linksliberal bis sozialdemokratisch einordnen können;<sup>59</sup> die Idar-Obersteiner Sozialdemokratie zählt mit Recht den Demokratischen Verein zu ihren Vorläufern.<sup>60</sup>

In der Bildung der beiden Vereine spiegeln sich auch die sozialstrukturellen Unterschiede der beiden Zentren wider. Birkenfeld zog Vorteile aus seiner Funktion als Regierungssitz (mit Gericht, Lehrerseminar und Garnison) und wollte diese erhalten, wenn auch „demokratisch modifiziert.“<sup>61</sup> „Der Oberstein-Idarer Raum lebte dagegen vom überregionalen Edelstein- und Schmuckhandel; die Zugehörigkeit zu einem in sich nochmals zersplitterten Kleinstaat konnte dafür nur hinderlich sein. ...Im Bereich Oberstein-Idar dominierten einerseits selbständige Kaufleute. Auf der anderen Seite gab es eine Art Arbeiterproletariat, gebildet aus formal selbständigen Goldschmieden, die von ihren Auftraggebern völlig abhängig und aus vorwiegend sozialen Gründe unzufrieden waren.“<sup>62</sup> Die Bildung unterschiedlicher Parteien, die auf den zahlreichen Volksversammlungen<sup>63</sup> durch Adressen, Petitionen usw. zur Willensbildung beitrugen, „führte ein gespanntes, teilweise feindliches Verhältnis zwischen den beiden Städten herbei, das ... der gemeinsamen Sache des Fürstentums und seinem wahren Wohle mehrfach verhängnisvoll geworden ist,“ urteilt Heinrich Baldes.<sup>64</sup> Gemeinsam war aber beiden Richtungen, dass sie – unabhängig von der Gestaltung des Verhältnisses zu Oldenburg im Einzelnen – eine eigene Volksvertretung zur Beratung und Beschlussfassung über nur das Fürstentum betreffende Fragen wünschten.

Aus Misstrauen gegen ‚Oldenburg‘ beschloss am 25. März eine Versammlung in Birkenfeld die Beteiligung an der Wahl der 34er-Versammlung (s. o. S. 60) zu verweigern. Als der Großherzog aber in einem Erlass vom 10. April zusagte, „dem Wunsche, daß das Fürstentum Birkenfeld eine vom Herzogtum Oldenburg getrennte Verfassung erhalte, zu willfahren ... sofern das Fürstentum hierin eine Wohltat für das Land erkenne,“<sup>65</sup> gaben die Birkenfelder ihre Vorbehalte auf, und die Wahlen konnten vom 18. – 20. April durchgeführt werden - eine knappe Woche vor der Wahl zur deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche, auf die wir nur kurz einzugehen brauchen.

Verlauf und Ergebnis der Nationalversammlungs-Wahlen zeigten nämlich, dass es für die Bewohner des Fürstentums durchaus Gründe gab, sich von Oldenburg an den Rand gedrängt zu fühlen. Da dies die ersten allgemeinen Wahlen im Deutschen Bund waren, bildeten notgedrungen erst einmal die Einzelstaaten, wie zersplittert sie auch sein mochten, Basis der Wahlkreiseinteilung. Das Großherzogtum hatte entsprechend seiner Einwohnerzahl<sup>66</sup> vier Abgeordnete für die Paulskirche zu wählen. Die Wahlbezirke 1 – 7 waren die sieben Landkreise des Herzogtums, den 8. und 9. bildeten die Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld. Um die Birkenfelder Selbständigkeitsbestrebungen zu fördern und wohl auch aus der Furcht, von den norddeutschen Wahlkreisen majorisiert zu werden, wandten sich „Vertreter der Birkenfelder Volksbewegung“ „mit einem Gesuch um selbständige Vertretung des Fürstentums in der Nationalversammlung ... an den Fünzfingerausschuß,<sup>67</sup> der das Gesuch an die Bundesversammlung weiterleitete ... doch der reaktionäre oldenburgische Bundestagsgesandte v. Both erhob Einspruch. Das Fürstentum könne nicht als selbständiges Bundesland betrachtet werden.“<sup>68</sup> Als am 25. April die Wahlmänner in den neun Bezirken zusammentraten, bekam der Vorsitzende des Volksvereins Hofrat Arnold Kitz 98 von den 100

<sup>59</sup> So z. B. die DVP, Deutsche Volkspartei, der Weimarer Zeit, die aus den Nationalliberalen des Kaiserreichs hervorgegangen war, und die DDP, Deutsche Demokratische Partei, die Erbin der Freisinnigen und der Fortschrittspartei.

<sup>60</sup> REDMER/SCHÜBELN 1978, S. 11 ff

<sup>61</sup> BRANDT 2002 a, S. 89

<sup>62</sup> BRANDT 1987 a, S. 610

<sup>63</sup> BRANDT 2002 a, S. 116 f, führt 16 bekannt gewordene Versammlungen auf. Die wichtigsten und vermutlich repräsentativsten waren die Versammlungen in Niederbrombach (9. April, 23. Juli 1848, 20. Mai 1849). Niederbrombach lag etwa in der Mitte des Fürstentums und war von allen Seiten einigermaßen bequem erreichbar.

<sup>64</sup> BALDES 1921, S. 113. – Man muss bedenken, dass Baldes seine „Hundertjährige Geschichte des Fürstentums Birkenfeld“ zum größten Teil während des Ersten Weltkriegs geschrieben hat, in einer Zeit, da unterschiedliche Parteien als geradezu verwerflich galten. („Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.“ Wilhelm II. in seiner Balkonrede am 1. August 1914).

<sup>65</sup> BALDES 1921, S. 122

<sup>66</sup> Das Herzogtum Oldenburg zählte (1. 7. 1846) 224.145 Einwohner, das Fürstentum Lübeck (aus dem säkularisierten Hochstift Lübeck hervorgegangen, Hauptstadt Eutin) hatte (1. 2. 1845) 21.517 Einwohner, des Fürstentum Birkenfeld (3. 12. 1846) 30.068. (nach OBERMANN 1987, S. 268).

<sup>67</sup> Das aus 547 Mitgliedern bestehende, noch nicht aus Wahlen hervorgegangene „Vorparlament“ hatte zum Abschluss seiner Beratungen einen fünfzigköpfigen Ausschuss eingesetzt, der zusammen mit dem Bundesrat die Wahlen zur Nationalversammlung vorbereiten und die Interessen des Vorparlaments gegenüber dem Deutschen Bund vertreten sollte.

<sup>68</sup> OBERMANN 1987, S. 274

Wahlmännerstimmen aus dem Fürstentum Birkenfeld, aber auch einige Stimmen aus den Wahlbezirken des Herzogtums Oldenburg, so dass er auf insgesamt 232 Stimmen<sup>69</sup> kam – an fünfter Stelle bei vier zu wählenden Paulskirchen-Abgeordneten,<sup>70</sup> womit also Birkenfeld keinen unmittelbaren Vertreter in der Paulskirche hatte.

Dennoch versuchten die drei zur Oldenburger 34er-Versammlung gewählten Abgeordneten des Fürstentums – Bürgermeister Ferdinand Noell aus Niederbrombach, Mitglied des liberalen Volksvereins, Pfarrer Karl Wilhelm Lyncker aus Nohfelden, wohl ebenfalls gemäßigt, und der Advokat Christian Schmidt, Vorsitzender des Obersteiner Demokratischen Vereins – Eigenständigkeit für ihr heimatliches Fürstentum zu erreichen; „Lyncker und Noell waren sogar ausdrücklich unter dem Vorbehalt gewählt worden, dass sie zwar an den Beratungen über das Staatsgrundgesetz teilnehmen könnten, der Entwurf einer Verfassung aber gewählten Provinzialvertretern vorbehalten bleiben müsse.“<sup>71</sup> Die Mehrheit der Oldenburger Versammlung lehnte aber Sonderrechte für die Birkenfelder ab und beendete ihre Arbeit am Verfassungsentwurf am 13. Mai. „Die Birkenfelder Abgeordneten kehrten sieglos aus Oldenburg heim. Sie hatten nichts erreicht.“<sup>72</sup> Infolgedessen fühlten sich besonders die Anhänger der „Obersteiner Richtung“ bestärkt, die jetzt aus Oldenburg nichts mehr erwarteten und für den Anschluss an Preußen plädierten. Diese Forderung wurde auch von der zweiten Niederbrombacher Versammlung am 23. Juli 1848 erhoben; sie beschloss auf Antrag von Advokat Schmidt eine Adresse an die Frankfurter Nationalversammlung mit dem Wunsch, an einen größeren Staat (der nach Lage der Dinge eben nur Preußen sein konnte) angegliedert zu werden.<sup>73</sup> „Man darf freilich in dem Verlangen, preußisch zu werden, keine Vorliebe für die preußische Art der Menschenbehandlung sehen, die bekanntlich noch viele Jahrzehnte hindurch in der Rheinprovinz durch ihr Polizeiregiment und den Wachtmeisterton nichts weniger als beliebt gewesen ist. Der Wunsch, preußisch zu sein, hatte damals seinen Grund einzig in der Hoffnung, dadurch wenigstens vor den schlimmsten Schäden der Kleinstaaterei bewahrt zu bleiben.“<sup>74</sup> Aber im Sommer 1848 bestand immerhin noch die berechtigte Hoffnung, dass es der preußischen Nationalversammlung gelingen könnte, den autoritären Militärstaat in eine liberale konstitutionelle Monarchie zu verwandeln.

In der Zwischenzeit erarbeitete in Oldenburg eine sechsköpfige Verfassungskommission einen sehr liberalen Verfassungsentwurf. Dann wurden für den August Wahlen zum verfassunggebenden Landtag angesetzt, das Parlament sollte 35 Abgeordnete haben, davon vier aus dem Fürstentum. Deren Wahl erfolgte wiederum nur unter dem Vorbehalt, das Fürstentum solle einen eigenen Landtag mit dem Recht der Gesetzesinitiative erhalten, und es solle eindeutig geklärt werden, welche Fragen in die Kompetenz des Oldenburger, welche in die des Birkenfelder Parlaments fallen würden. Gewählt wurden Arnold Kitz, Carl Theodor Näher, Ludwig Görlitz und Jacob Leyser,<sup>75</sup> alle vom liberalen Volksverein, denn der demokratische Verein hatte die jede Hoffnung auf eine Einigung mit der Oldenburger Regierung aufgegeben und daher die Teilnahme an der Wahl verweigert.

Auch diesmal scheiterten die Birkenfelder vollständig. Am 8. September stellten sie dem Landtag ihre Forderungen vor, die dieser nach kontroverser Diskussion an einen Ausschuss überwies, der am 22. September die „Birkenfelder Sonderwünsche“ ablehnte: der Landtag folgte am 23. September diesem Votum, obwohl die *Regierung* des Großherzogtums schon ein Entgegenkommen signalisiert hatte.<sup>76</sup> Die Birkenfelder Abgeordneten verließen daraufhin die Versammlung und erklärten am 24. September schriftlich: „Da die Vorbehalte (*der Abgeordneten*) von der hochgeehrten Ständeversammlung zurückgewiesen worden sind, so halten die unterzeichneten vom Fürstentum Birkenfeld gewählten Abgeordneten ihre fernere Teilnahme an den Verhandlungen der hoch geehrten Ständeversammlung mit den Rechten des Fürstentums und ihrer eigenen pflichtmäßigen Überzeugung für unverträglich.“<sup>77</sup> Der Landtag setzte seine Verfassungsbe-

---

<sup>69</sup> ebenda, S. 276

<sup>70</sup> In die Nationalversammlung gewählt wurden Obergerichtsanwalt Max Heinrich Rüder aus Oldenburg, Hofrat Dietrich Christian v. Buttell aus Oldenburg, Landvogt Georg Friedrich Philipp Mölling aus Jever und Obergerichtsanwalt Franz Heinrich Tappelborn aus Vechta. Ebenda, S. 275

<sup>71</sup> ECKHARDT 2002, S. 137 f

<sup>72</sup> BALDES 1921, S. 128 f

<sup>73</sup> BALDES 1921, S. 134

<sup>74</sup> ebenda, S. 28

<sup>75</sup> ECKHARDT 2002, S. 145

<sup>76</sup> BALDES 1921, S. 140 ff

<sup>77</sup> zit. n. ECKHARDT 2002, S 145

ratungen ohne die Birkenfelder fort. „Am 13. Februar 1849 stimmten 23 der anwesenden 29 Landtagsabgeordneten dem Staatsgrundgesetz als ganzem zu. Mit der Verkündigung durch den Großherzog trat es am 18. Februar in Kraft.“<sup>78</sup> In seinem Artikel 139 wurde bestimmt, dass „für die besonderen Angelegenheiten der drei Landesteile (*Oldenburg Lübeck und Birkenfeld*) ...Provinziallandtage eingerichtet“<sup>79</sup> werden sollten. Der Birkenfelder Provinziallandtag ist nie zusammengetreten. Es ist nicht ohne bittere Ironie, dass das „was sogar der Großherzog selbst zugesagt hatte ...durch das erste frei gewählte Parlament auf demokratischem Wege verweigert wurde.“<sup>80</sup>

Während der Oldenburger Beratungen kam es noch zu einer von den Obersteiner Demokraten einberufenen Volksversammlung in Ellerberg (2 km nordöstlich von Birkenfeld), die nur noch 70 – 80 Teilnehmer hatte und für den Anschluss an Preußen und die Verweigerung von Wahlen zum Oldenburger Landtag plädierte. Es war nur noch ein „Rückzugsgefecht“<sup>81</sup> und kaum erwähnenswert, wäre danach nicht *beinahe* der einzige Schuss in dieser Revolution gefallen: Der Advokat Fischer,<sup>82</sup> Befürworter des Anschlusses an Preußen, wurde am Abend desselben Tages von politischen Gegnern angegriffen und tödlich bedroht. Er zog seine Pistole, richtete sie auf den Angreifer und drückte ab – doch die Waffe versagte, und so wurde in der ganzen Birkenfelder Revolution zum Glück niemand verletzt.<sup>83</sup>

Am 28. März 1849 verabschiedete die deutsche Nationalversammlung in der Paulskirche die Reichsverfassung und wählte den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. zum erblichen „Kaiser der Deutschen.“ Doch der König lehnte die ihm von der Nationalversammlung angebotene Kaiserkrone als „mit dem Ludergeruch der Revolution“ behaftet ab. Die Mehrheit der Nationalversammlung gab ihre Hoffnungen dennoch nicht auf und versuchte über den Druck der Bevölkerung die Einzelstaaten zur Annahme der Verfassung zu bewegen – einige stimmten zu, andere, darunter das Großherzogtum Oldenburg, verweigerten die Zustimmung.

In dieser Lage fand am 20. Mai 1849 die letzte Niederbrombacher Volksversammlung statt und forderte die Vereidigung der oldenburgischen Beamten und des Militärs auf die im März verabschiedete Reichsverfassung: „Die Reichsverfassung, wodurch allen Deutschen ihre Freiheit und Selbständigkeit gesichert ist, hatten unsere Vertreter in Frankfurt a. M. endgültig beschlossen. Keine Macht der Erde hat das Recht, sie umzustößen. Dennoch wollen einige deutsche Regierungen dieselbe vernichten und versuchen, das deutsche Volk in die alte Knechtschaft zurückzuführen. Jeder Deutsche ist nicht allein berechtigt, sondern sogar verpflichtet, alle ihm zu Gebote stehenden Mittel hiergegen aufzubieten und die rebellischen Regierungen zur Anerkennung dieser Verfassung zu zwingen...“<sup>84</sup> Zu der Versammlung hatten „der Demokratische Verein von Oberstein und der Volksverein von Birkenfeld“ gemeinsam aufgerufen, es kamen etwa 2000 Teilnehmer, die aber die Oldenburger Regierung zu nichts zwingen konnten. – Die Reichsverfassungskampagne, der tapfere, aber aussichtslose Versuch, die Volkssouveränität doch noch mit den Waffen durchzusetzen, wurde in der Pfalz und besonders in Baden in Blut erstickt. Das Land an der oberen Nahe berührte sie nicht.

Die Arbeit des ersten und zweiten allgemeinen Landtags in Oldenburg fand ohne Abgeordnete aus dem Fürstentum Birkenfeld statt. Erst bei den Wahlen zum dritten allgemeinen Landtag war der Widerstand erlahmt, die Birkenfelder schickten fünf Abgeordnete nach Oldenburg, von denen je zwei den Volksverein bzw. den Demokratischen Verein vertraten; einer nahm eine mittlere Position ein.<sup>85</sup> Von da an beteiligte sich das Fürstentum Birkenfeld wie die anderen Landesteile an den Wahlen und an der Landtagsarbeit. Der von November 1851 bis Juli 1852 tagende fünfte Landtag ist als „Revisionslandtag“ in die Geschichtsbücher eingegangen: Die oldenburgische Landesverfassung vom Februar 1849 wurde im konservativen Sinne ‚revidiert‘ – das Großherzogtum folgte damit dem reaktionären Trend in anderen Staaten

---

<sup>78</sup> ECKHARDT 2002, S. 152

<sup>79</sup> zit. n. BALDES 1921, S. 155

<sup>80</sup> BRANDT 1978 a. S. 612

<sup>81</sup> BRANDT 2002 a, S. 104

<sup>82</sup> Sohn des vertriebenen Regierungspräsidenten Laurenz Hannibal Fischer, aber im entgegengesetzten politischen Lager stehend.

<sup>83</sup> BALDES 1921, S. 150

<sup>84</sup> Flugblatt, Niederbrombach, 14. Mai 1849. Zit. n. REDMER/SCHÜBELIN 1978, S. 12

<sup>85</sup> ECKHARDT 2002, S. 153 f

des wiederbelebten Deutschen Bundes<sup>86</sup>. In der revidierten Verfassung vom 22. November 1852 erhielt das Fürstentum Birkenfeld einen Provinzialrat, „der jedoch keine Entscheidungsbefugnis hatte, sondern lediglich gegenüber dem allgemeinen Landtag Empfehlungen in Angelegenheiten des Fürstentums aussprechen konnte.“<sup>87</sup> Nach diesem Grundgesetz „verfügten ... die Bürger des Großherzogtums Oldenburg (zwar) noch über einen erstaunlichen Bestand an Grundrechten, doch waren viele dieser Grundrechte nun eingeschränkt, umformuliert oder deutlich verwässert worden.“<sup>88</sup>

Wie unterschiedlich – je nach den Zeitumständen und dem Gesichtswinkel der Autoren – die Ereignisse 1848/1852 betrachtet werden können, sollen drei Zitate verdeutlichen. Heinrich Baldes, der 1921 die Geschichte des in der Novemberrevolution 1918 untergegangenen Fürstentums veröffentlichte: „Alle jenen feurigen, freudigen Erwartungen, mit denen das Land in die freiheitliche Bewegung des Jahres 1848 eingetreten war, lagen zertrümmert und zerschlagen am Boden. Weder hatte das Fürstentum die von heimatstolzen und freiheitliebenden Männern erstrebte Selbständigkeit erlangt, noch den von realistisch Denkenden Anschluß an den großen preußischen Nachbarstaat.“<sup>89</sup>

Zum 150-jährigen Gedenken 1998 veranstaltete die Kreisvolkshochschule Birkenfeld eine Vortragsreihe. Mittlerweile wurde (und wird) 1848 nicht mehr als „das tolle Jahr“, wie es lange verharmlosend und zugleich abwertend genannt worden war, sondern als ein Erinnerungsort der deutschen Demokratie angesehen. H. Peter Brandt, Leiter der Kreisvolkshochschule Birkenfeld, betrachtet die Ereignisse vor dem Hintergrund dessen, was folgte. „Das Fazit dieser anderthalb Revolutionsjahre war für die Menschen im Fürstentum Birkenfeld wie in ganz Deutschland deprimierend. ... Was kam, ist allgemein bekannt. Mit dem Niedergang der Revolution setzte die Resignation in Deutschland ein... Im Jahre 1871 kam dann die lange geforderte deutsche Einheit, aber nicht unter demokratischen Vorzeichen, sondern mit Blut und Eisen. Im allgemeinen Nationaltaumel traten dann die Forderung(en) der Demokraten bald in den Hintergrund.“<sup>90</sup> Zwischen den Zeilen stellt der Autor damit auch die – dem Historiker eigentlich nicht erlaubte kontrafaktische – Frage, ob ein *Erfolg* der Revolution den Weg in die NS-Diktatur hätte verhindern können – die Frage stellen, heißt sie beantworten.

Axel Redmer, Jurist und 2003 – 2011 Landrat des Kreises Birkenfeld, betont den gewissermaßen epochenübergreifenden verfassungsrechtlichen Gesichtspunkt: Zwar wurden durch den Revisionslandtag Grundrechte eingeschränkt – dennoch „kann mit Fug und Recht gesagt werden, die Revolution von 1848 brachte der Bevölkerung ... einen beträchtlichen Zugewinn an verfassungsmäßig abgesicherten Rechten und öffnete den Weg zum modernen Verfassungsstaat.“<sup>91</sup>

### *Wachstum und Reformen (1855 – 1914)*

Nach dem weitgehenden Scheitern der revolutionären Hoffnungen trat – bis zum Beginn der Ära Bismarck in Preußen – auch im Großherzogtum eine Phase ruhigerer Modernisierung ein. So wurde 1855 die Trennung von Verwaltung und Justiz (die es in der Franzosenzeit schon gegeben hatte) wieder eingeführt; die Verwaltungämter im Fürstentum wurden aufgehoben.<sup>92</sup> Der letzte Amtmann von Oberstein, Julius Barnstedt, wurde der erste Amtsrichter.<sup>93</sup>

Trotz der Verfassungsrevision, trotz der relativen Machtlosigkeit des Birkenfelder Provinzialrates kamen Reformen zustande, die die Entwicklung des Landes förderten. Schon in seinen ersten Sitzungen befasste sich der Provinzialrat mit dem Obersteiner Fabrikwesen, und noch im selben Jahre (1853) beschloss der Oldenburger Landtag das vorgeschlagene Gesetz. Mit diesem wurde in der Schmuckindustrie in Oberstein *und* Idar ein Gewerbeamt eingerichtet, der „aus 4 Handelsleuten (aus der Edelsteinbranche), 4 Achatschleifern, 1 Achatbohrer, 4 Goldschmieden oder sonstigen zum Obersteiner Fabrikwesen gehö-

<sup>86</sup> Der Versuch Preußens, eine kleindeutsche Union zu bilden, scheiterte im November 1850. Unter österreichischem (und russischem) Druck musste Preußen in der „Olmützer Punktation“ die Restaurierung des Deutschen Bundes akzeptieren.

„...der Absolutismus rüstete in allen deutschen Staaten, angefeuert...von Österreich...um den Völkern die Errungenschaften der Bewegung von 1848 wieder zu entreißen.“ BALDES 1921, S. 164

<sup>87</sup> BRANDT 1987 a, S. 613

<sup>88</sup> REDMER 2002, S. 168 f

<sup>89</sup> BALDES 1921, S. 178 f

<sup>90</sup> BRANDT 2002 a, S. 108 ff

<sup>91</sup> REDMER 2002, S. 169

<sup>92</sup> BALDES 1921, S. 190

<sup>93</sup> WILD 1965, S. 25

renden Gewerbetreibenden (z. B. Dosenmacher), sowie 2 Personen, welche dem Gewerbe nicht zuzurechnen sind, bestand. Aktives und passives Wahlrecht besaßen alle (seit 5 Jahren) selbständigen Gewerbetreibenden in diesen Bereichen. Die neutralen Mitglieder stellten jeweils die Vorsitzenden, anfangs Richter oder Assessoren beim Obersteiner Amtsgericht, später Rektoren bzw. Lehrer der höheren Lehranstalt Idar.<sup>94</sup> Nach der Reichsgründung und der Vereinheitlichung auch des Gewerberechtes wurde der Rat in eine Kammer nach preußischem Modell umgewandelt „und war damit keine paritätische Vertretung der Gesamtheit der Gewerbetreibenden mehr, sondern eine einseitige Handelsvertretung.“<sup>95</sup>

Der Gewerberat kümmerte sich nicht nur um rein wirtschaftliche, sondern auch um soziale Fragen und Angelegenheiten des „Marketings“. 1859 richtete er in einem frei gewordenen Schulgebäude am heutigen Alexanderplatz auch eine „Industriehalle“ gewissermaßen als Schaufenster der Oberstein-Idarer Industrie ein.<sup>96</sup> 1894/95 entstand die „Gewerbehalle“ in der Dr.-Liesegang-Straße / Ecke Mainzer Straße, deren Architektur „das gesteigerte Repräsentationsbedürfnis der aufstrebenden edelsteinverarbeitenden Industrie“<sup>97</sup> belegt. Diese und die metallverarbeitende Industrie zusammen nahmen „einen im Kreis Birkenfeld einzigartigen Aufschwung, durch den die beiden Orte schon bald größer als die Residenzstadt wurden (Oberstein 1830, Idar 1850).“<sup>98</sup>

Der Eisenbahnbau war in ganz West- und Mitteleuropa einer der wesentlichen Faktoren für das wirtschaftliche Wachstum im 19. Jahrhundert. Das galt nicht nur für die „große“ Industrie der Kohlegruben und Hüttenwerke; auch Orte mit einer eher kleingewerblichen Struktur wie die Schmuckstein- Be- und Verarbeitung in Oberstein und Idar konnte davon profitieren. Die ersten Anregungen für eine Bahnverbindung vom Saar-Kohlerevier zum Rhein waren von einem Eisenbahnkomitee in Kreuznach gekommen, in dem die Eisenhüttenunternehmer-Familie Böcking eine wesentliche Rolle spielte. Das Komitee beschloss im Januar 1845, einen „geeigneten Techniker zur Vermessung der Rhein-Saar-Bahnlinie zu engagieren.“<sup>99</sup> Der technische Direktor der Bergisch-Märkischen Bahn Oberingenieur W. Maertens legte 1847 den Plan einer Strecke von Neunkirchen (dort Anschluss Richtung Saarbrücken) nach Bingen vor, die größtenteils dem Lauf der Nahe folgen sollte und gut zehn Jahre später auch im wesentlichen so realisiert wurde.

Durch die Märzrevolution traten diese Pläne einstweilen in den Hintergrund; nach Klärung der politischen Strukturen ergriff das Kreuznacher Komitee abermals die Initiative. Die Verbindung Neunkirchen-Saarbrücken war schon 1852 eröffnet worden, und die Pläne für die linke Rheinstrecke Bonn-Bingen-Mainz standen kurz vor ihrer Verwirklichung – die „Rhein-Nahe-Bahn“, wie sie später genannt wurde, würde sich also in ein entstehendes größeres Netz einfügen können. Im Dezember 1855 gaben die Kreuznacher eine Denkschrift<sup>100</sup> heraus, in der als Zweck der Bahn u. a. genannt wurde: „Die projektierte Nahebahn soll demnach nicht nur den von derselben durchschnittenen Landestheilen und den angrenzenden Bezirken des Hoch- und Soonwaldes die Steinkohlen zum Brandbedarf und für die kleinen Gewerbe in ausreichenden Quantitäten und zu wohlfeilen Preisen zuführen, sie soll auch der bestehenden und nicht ganz unbedeutenden Industrie dieses Landstrichs das nöthige Brennmaterial liefern, deren größere Ausdehnung ermöglichen und neue Industriezweige ins Leben rufen. Sie soll, indem sie ausser dem Oldenburgischen Fürstenthume Birkenfeld nur Preussisches Gebiet berühren würde, einen preussischen Landestheil, der heute schwer unter dem Mangel einer leichten Verkehrsverbindung leidet, mit den Segnungen beglücken, welche stets erleichterte und vervollkommnete Communicationsmittel bringen.“<sup>101</sup>

Bei der Untersuchung der Rentabilität stand natürlich der industrielle Bedarf an Steinkohlen und ‚Coaks‘ im Vordergrund; aber auch der Fremdenverkehr nach Oberstein und Idar wurden berücksichtigt: „Von großer Bedeutung für den Zwischenverkehr<sup>102</sup> der Nahebahn ist das Bad Kreuznach, das derselben

---

<sup>94</sup> BRANDT 1987 a, S. 614

<sup>95</sup> WILD 1965, S. 52

<sup>96</sup> ebenda

<sup>97</sup> DENKMALTOPOGRAPHIE S. 310. – Das Gebäude beherbergte später das Edelsteinmuseum; heute wird es durch eine freikirchliche Gemeinde genutzt.

<sup>98</sup> DENKMALTOPOGRAPHIE S. 294

<sup>99</sup> HIRCHE 1964, S. 114

<sup>100</sup> „Denkschrift über die Anlage einer Eisenbahn von Bingen nach Neunkirchen durch das Nahe- und Bliethal (Nahe-Eisenbahn.)“ Kreuznach 1855. Als Faksimile abgedruckt bei BRUMM 1987, S. 14 – 37.

<sup>101</sup> Zit. n. BRUMM 1987, S. 5 der Denkschrift

<sup>102</sup> D. h. Verkehr von oder nach einem Unterwegsbahnhof (im Gegensatz zum durchgehenden Verkehr).

im Sommer eine große Anzahl Reisender zuführen wird. Bingen ist ausserdem einer der besuchtesten Orte am ganzen Rhein, und wenige Reisende würden bei dem durch eine Eisenbahn erleichterten Verkehr versäumen, von da an das romantische Nahetal bis Oberstein zu besuchen.<sup>103</sup> ... Die Agatfabriken in Oberstein und Idar beziehen den grössten Theil der rohen Steine aus Brasilien und Ostindien über Bingen und zwar 1200 Centner jährlich; ausserdem beziehen sie 8000 Centner Schleifsteine aus der Pfalz und versenden 2000 Centner fertige Waare.“<sup>104</sup>

Der damalige Leiter des preußischen Staatsministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten von der Heydt „galt als entschiedener Anhänger des Staatsbahngedankens.“ Der Transport des „strategischen Rohstoffs“ Kohle ins Landesinnere einerseits, der Nachschub für das Militär an der Westgrenze andererseits verliehen dem Projekt eine politische Bedeutung, deretwegen von der Heydt eine „wahrlich merkwürdige Synthese zwischen einer staatlichen und privaten Unternehmungsform“<sup>105</sup> vorschlug. Heute würde man wohl vom einer ‚*public-private-partnership*‘ sprechen: Bau und Betrieb sollte der Staat Preußen übernehmen, das Kapital sollte von Privaten, die ggf. Gewinne einstreichen konnten, aufgebracht werden. Da Preußen immer damit drohen konnte, die Bahn eben woanders oder mit anderen Partnern zu bauen, stimmte das Kreuznacher Komitee dem Vorschlag zähneknirschend zu. Um die drei als Kreditgeber vorgesehenen Frankfurter Banken<sup>106</sup> ebenfalls zur Zustimmung zu bewegen, bedurfte es der Überredungskunst des preußischen Bundestags-Gesandten Otto von Bismarck. Schließlich wurde am 18. Juni 1856 die „Rhein-Nahe-Eisenbahn-Gesellschaft AG“ mit einem Kapital von 9 Millionen Talern gegründet. „Nun stand einer Konzessionserteilung nichts mehr im Wege.“<sup>107</sup> Die militärische Bedeutung der Bahn fand ihren Ausdruck in der Verpflichtung der Gesellschaft, „Truppen, Waffen, Kriegs- und Verpflegungsbedürfnisse“ zum Selbstkostenpreis zu befördern und außerdem die preußischen Postwagen unentgeltlich in ihre Züge einzustellen; außerdem erhielt der Staat das Recht, entlang der Strecke eine Telegrafienlinie anzulegen.<sup>108</sup>

Nur gab es jetzt Schwierigkeiten mit dem Großherzogtum Oldenburg. Der Plan des Oberingenieurs Maertens sah auch im Fürstentum Birkenfeld einen Streckenverlauf im Nahetal vor – wodurch zwar Oberstein, nicht aber die Residenzstadt Bahnanschluss bekommen hätte; Oldenburg forderte eine Streckenführung über Birkenfeld, Preußen bevorzugte die direkte Verbindung im Tal. Der Streit mit Gutachten und Gegengutachten zog sich noch fast ein Jahr hin. Preußen saß allerdings am längeren Hebel – was auch die Mitglieder einer von Oberstein und Idar nach Oldenburg gesandten Delegation zu bedenken gaben. „Sie baten [*den Großherzog*] darum, daß die Konzession der Bahn nicht von der Richtung über Birkenfeld abhängig gemacht werde, da sonst Gefahr bestehe, Preußen führe die Bahn ganz um das Fürstentum herum.“<sup>109</sup>

Dem war wenig entgegenzusetzen; die Konzession wurde schließlich erteilt, und am 21. April 1857 erfolgte in Oberstein der feierliche erste Spatenstich auf Birkenfelder Gebiet. Trotzdem gab es vor der Eröffnung der Bahn noch eine finanzielle Krise. Der Maertens'sche Plan von 1847 und die Kalkulation der Baukosten waren davon ausgegangen, dass für die Strecke nur vier Tunnel nötig seien – tatsächlich gebaut werden mussten dann 15 Tunnel, dazu kamen 32 Dämme, 47 Einschnitte, 48 große und 403 kleinere Brücken und Durchlässe.<sup>110</sup> Entsprechend kostspieliger wurde der Bau – am 7. Mai 1859 musste die Gesellschaft die Arbeiten wegen Zahlungsunfähigkeit einstellen. In dieser Lage griff der preußische Staat ein und ermöglichte mit einem Vorschuss von einer halben Million Talern die Fortführung der Arbeiten schon am 10. Mai – allerdings war eine große Zahl der fast 10.000 entlassenen Arbeiter bereits abgereist.<sup>111</sup> Die Aktionäre waren gezwungen nachzuschließen. Am Ende hatten sich die Baukosten verdop-

---

<sup>103</sup> zit. n. BRUMM 1987, S. 15 der Denkschrift

<sup>104</sup> ebenda, S. 18 der Denkschrift

<sup>105</sup> HIRCHE 1964, S. 119

<sup>106</sup> Goll & Söhne, Bethmann, Grunelius

<sup>107</sup> HIRCHE 1964, S. 120

<sup>108</sup> ebenda, S. 122

<sup>109</sup> ebenda, S. 133. Der Streckenverlauf sollte dann Staudernheim – Meisenheim – Kusel – Baumholder sein.

<sup>110</sup> Zahlen bei BRUMM 1987, S. 52. Fast alle zusätzlichen Aufwendungen entstanden in dem windungsreichen engen Tal zwischen Oberstein und Neubücke.

<sup>111</sup> Der riesige Arbeitskräftebedarf (gearbeitet wurde ‚von Hand‘ mit Spaten, Spitzhacke und Schubkarren) konnte natürlich nicht an Ort und Stelle gedeckt werden – in der Zeit des Eisenbahn-Baubooms reisten ganze Heere von Tagelöhnern aus fast ganz Europa von Baustelle zu Baustelle. – Eine eindrucksvolle Schilderung dieser Arbeit bietet die Autobiografie von Carl Fischer: Denkwürdigkeiten und Erinnerungen eines Arbeiters, Jena 1903.

pelt.<sup>112</sup> „So konnte man mit Recht sagen, daß die Rhein-Nehe-Eisenbahn zu den damals teuersten Bahnen Deutschlands zählte.“<sup>113</sup>

In Oberstein gab es Einwände gegen die Lage des Bahnhofs, der wegen des Platzbedarfes für die Vorkhaltung von Reservelokomotiven weit außerhalb der damaligen städtischen Bebauung errichtet werden musste. Allerdings ist in verhältnismäßig kurzer Zeit die Stadt Oberstein auf den Bahnhof zu gewachsen, was auch damit zu tun hatte, dass sie sich fortschreitend aus der mittelalterlichen Enge der Obersteiner Altstadt befreite: „Nachdem 1809 bereits große Teile der Befestigung beseitigt worden waren, erfolgte 1854/55 die Vergrößerung des Marktplatzes und der Durchbruch der Hauptstraße parallel zur alten Gasse, wobei 12 Häuser und die kath. Kirche sowie 1889 das Rathaus abgerissen wurden.“<sup>114</sup> Am 25. Mai 1860 wurde die Gesamtstrecke feierlich und mit „großem Bahnhof“ eröffnet; mit dem Zug von Kreuznach kamen der preußische Prinzregent Wilhelm<sup>115</sup> mit seinem Sohn und Herzog Elimar als Vertreter des Großherzogs. „Auf diese Weise fand die ‚Eisenbahnzeit‘, die viel Geld auch ins Fürstentum rollen ließ zu Arbeitern und Unternehmern, Gastwirten und Geschäftsleuten, durch die Teilnahme hoher Fürstlichkeiten äußerlich einen prächtigen Abschluß.“<sup>116</sup> Infolge des auch durch die Bahn ausgelösten Wachstums erhielten Oberstein, Idar (und auch Birkenfeld) 1865 das Recht; „in amtlichen Verhandlungen die Bezeichnung *Stadt* zu führen. Kommunalrechtlich änderte sich damit zunächst nichts. Oberster Repräsentant der Bürger (*bis 1902 [Oberstein] und 1910 [Idar]*) blieb der ehrenamtliche Schöffe.“<sup>117</sup>

Die Existenz eines Verkehrsmittels, das die Orte näher zu einander rückte, das in der Lage war, die Strecke Kirn – St. Wendel und damit auch das Fürstentum Birkenfeld in nur einer Stunde und 39 Minuten<sup>118</sup> zu durchheilen, ebenso wie die Beschleunigung der Nachrichtenübermittlung durch die Telegrafienlinie machten die fehlende politische Einheit umso schmerzlicher deutlich. Was 1848 ‚von unten‘ mit einer demokratischen Verfassung nicht hatte erreicht werden können, wurde nun ‚von oben‘ mit Eisen und Blut in Angriff genommen. Der erste Schritt war die Bundesexekution gegen Dänemark, die das Königreich aus dem Deutschen Bund verdrängte und Preußen (mittlerweile unter König Wilhelm I. und Ministerpräsident Bismarck) und Österreich 1864 in den Besitz der Elbherzogtümer Schleswig und Holstein brachte. Da die Oldenburger Großherzöge<sup>119</sup> mit dem dänischen Königshaus verwandt waren, meldete der seit 1853 regierende Großherzog Peter Erbensprüche auf die Elbherzogtümer an,<sup>120</sup> die im eigenen Lande aber wenig populär waren und die Bismarck ebenso wenig zu beachten vorhatte wie jene der konkurrierenden und von der Bevölkerung gewünschten Augustenburger.<sup>121</sup> Der preußische Ministerpräsident beabsichtigte den ‚deutschen Dualismus‘ durch die völlige Verdrängung Österreichs aus den deutschen Angelegenheiten zu beenden. Dazu warb er um Unterstützung durch „die norddeutschen Kleinstaaten und verlangte die Unterstellung ihrer Truppen unter seinen Oberbefehl. Der Großherzog von Oldenburg ... sah keinen anderen Weg, die Selbständigkeit seines Landes ... zu wahren, als sich Preußen anzuschließen.“<sup>122</sup>

Bismarck spitzte die Gegensätze zu Österreich planmäßig zu, Preußen trat aus dem Deutschen Bund aus und eröffnete 1864 den ‚Deutschen Krieg‘ mit dem Einmarsch in Hannover, Sachsen und Kurhessen, die sich unvorsichtigerweise auf die österreichische Seite gestellt hatten. Die oldenburgischen Truppen traten am Tag *nach* dem entscheidenden Sieg Preußens über Österreich bei Königgrätz (3. Juli 1866) in den Krieg ein. Soldaten aus dem Fürstentum Birkenfeld wurden mit der neuen Eisenbahn<sup>123</sup> nach

---

<sup>112</sup> Der Zeitgenosse des Baus des Berliner Großflughafens und der Hamburger Elbphilharmonie wird das für einen mäßigen Preisanstieg halten, damals war man noch nicht so viel Kummer gewohnt.

<sup>113</sup> HIRCHE 1964, S. 151

<sup>114</sup> DENKMALTOPOGRAPHIE S. 296

<sup>115</sup> Der spätere (seit 1871) Kaiser Wilhelm I. als Vertreter für seinen erkrankten Bruder Friedrich Wilhelm IV. († 1861)

<sup>116</sup> BALDES 1921, S.222 f

<sup>117</sup> BRANDT 1987 a, S. 618

<sup>118</sup> Fahrplan-Faksimile in BRUMM 1987, S. 156

<sup>119</sup> Ihre offizielle Titulatur lautete: „Wir, Nicolaus Friedrich Peter von Gottes Gnaden Großherzog von Oldenburg, Erbe zu Norwegen, Herzog von Schleswig, Holstein, Stormarn, der Dithmarschen und Oldenburg, Fürst von Lübek [!] und Birkenfeld, Herr von Jever und Kniphasen...“

<sup>120</sup> ECKHARDT 1987, S. 361

<sup>121</sup> Die Elbherzogtümer wurden nach dem Krieg gegen Österreich und der Bildung des Norddeutschen Bundes als Provinz Schleswig-Holstein in das Königreich Preußen einverleibt.

<sup>122</sup> ECKHARDT 1987, S. 362

<sup>123</sup> Insgesamt wurden 1866 115.067 Soldaten auf der Rhein-Nehe-Bahn befördert. HIRCHE 1964, S. 160, Anm. 524

Oldenburg transportiert und im Verband der oldenburgisch-hanseatischen Brigade der preußischen 13. Division zugeteilt.<sup>124</sup>

Noch ein letztes Mal vor 1937 wurde nach Kriegsende eine „tauschweise Abtretung des Fürstentums Birkenfeld an Preußen ... vorgeschlagen, doch zeigte sich Bismarck daran uninteressiert.“<sup>125</sup> Der Großherzog hätte gern ein Stück vom preußisch annektierten Königreich Hannover bekommen, musste sich dann aber mit einer kleinen Arrondierung<sup>126</sup> im Fürstentum Lübeck als Gegenleistung für seinen Erbverzicht zufriedengeben.

Im August 1867 wurde Oldenburg – und damit das Fürstentum Birkenfeld, die Städte Oberstein und Idar – Bestandteil des Norddeutschen Bundes, auch in militärischer Hinsicht. „Infolge der am 15. Juni 1867 zwischen Oldenburg und Preußen abgeschlossenen Militärkonvention verlor das Fürstentum sein eigenes Militär ... Die Infanterieabteilung wurde aufgelöst, das Fürstentum hinsichtlich der Aushebung dem Landwehrbezirk Saarlouis, bald darauf dem von St. Wendel, zugeteilt und die zum Heeresdienst Ausgehobenen rheinpreußischen Regimentern zugewiesen. Am 1. November erfolgte die Auflösung der Birkenfelder Truppe.“<sup>127</sup> Die meisten Obersteiner und Idarer Soldaten dienten danach im 4. Rheinischen Infanterieregiment Nr. 30, und mit diesem nahmen sie auch am dritten der Einigungskriege gegen Frankreich 1870/71 teil. Sie wurden u. a. bei der Belagerung Straßburgs und im Süden Lothringens eingesetzt.

Dass dieser Krieg tatsächlich auf weitgehende Zustimmung, ja Begeisterung traf, zeigte sich auch daran, dass die Bevölkerung von sich aus an den Bahnhöfen der Rhein-Nahe-Bahn Verpflegungsstationen für die nach Westen transportierten Truppen und Hilfslazarette für die zurücktransportierten Verwundeten einrichtete.<sup>128</sup> Aber die Menschen in Oberstein und Idar mussten auch um Gefallene trauern: Das Denkmal unterhalb des Obersteiner Schlosses verzeichnet 6 Gefallene, davon 5 aus dem IR 30, das auf dem Idarer Friedhof führt neun Namen auf. Trotzdem wurden nach dem Friedensschluss Bismarck (8. 3. 1871) und der frisch proklamierte Kaiser Wilhelm I. (15. 3. 1871) am Obersteiner Bahnhof mit Jubel begrüßt. –

„Die 1870er Jahre waren ein Jahrzehnt des Aufschwungs. Nach der Reichsgründung 1870/71 verbesserten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse, der Wegfall der Zollgrenzen zwischen den einzelnen Fürstentümern erleichterte den Handel.“<sup>129</sup> Die wirtschaftliche Tätigkeit wurde auch gefördert durch eine Anzahl von Regelungen zur Vereinheitlichung der Rahmenbedingungen. Mit Taler (Preußen und ganz Norddeutschland) und Gulden (Österreich und Süddeutschland) parallel zu rechnen, hatten die Idarer Kaufleute gelernt, ab 1871 ersetzte die Mark die alten Währungen im ganzen Reich; die Talermünzen (1 Taler. = 3 Mark) blieben aber gültig bis 1904. Das von den Franzosen linksrheinisch schon eingeführte metrische System war nach 1815 wieder außer Gebrauch gekommen; jetzt aber wichen Meile, Rute, Fuß, Malter, Fuder, Lot usw.<sup>130</sup> endgültig den 1868 im Norddeutschen Bund eingeführten Einheiten des metrischen Systems. Schließlich traten nach der Gründung des Deutschen Reiches für alle Länder schrittweise einheitliche Gesetze in Kraft; u. a. 1871 das Strafgesetzbuch, 1877 das Gerichtsverfassungsgesetz, die Straf- und die Zivilprozessordnung. Das bürgerliche Gesetzbuch schloss 1900 die Vereinheitlichung ab, vereinfachte das wirtschaftliche Handeln und förderte das wirtschaftliche Wachstum.

So ließ die aus dem Obersteiner Goldschmiedehandwerk hervorgegangene Metall-, Modeschmuck- und Uhrkettenindustrie aus Kleinbetrieben größere Fabriken entstehen (s. u.). Das wirtschaftliche Wachstum in beiden Städten führte auch zum städtebaulichen Zusammenwachsen von Oberstein und Idar und damit einer intensivierten kommunalen Zusammenarbeit<sup>131</sup> „Als gemeinsame Unternehmungen können vor allem der Bau der Göttenbachschule 1872 (s. u.) ... und des Gaswerks 1878 (gegenüber Naßheckstraße,

---

<sup>124</sup> BALDES 1921, S. 239

<sup>125</sup> ECKHARDT 1987, S. 362

<sup>126</sup> Das Fürstentum Lübeck erhielt das Amt Ahrensböök, das die Lücke zwischen dem nördlichen Gebiet um Eutin und dem südlichen um Schwartau schloss. PRANGE 1987, S. 569

<sup>127</sup> BALDES 1921, S. 242

<sup>128</sup> ebenda, S. 246. – Die militärische Bedeutung der Bahn wurde wiederum deutlich: Sie transportierte mehr als eine Million Soldaten (1870: 695.662, 1871 494.542 Militärpersonen). HIRCHE 1964, S. 160, Anm. 524

<sup>129</sup> WEBER-STÖBER 2002, S. 69

<sup>130</sup> Noch die Eisenbahn-Denkschrift von 1855 hatte die Länge der Streckenabschnitte in Ruten, die Produktion der saarländischen Gruben in Fudern gerechnet.

<sup>131</sup> Lange Zeit waren eher Konkurrenzneid und Eifersüchteleien zwischen den beiden Orten die Regel gewesen. Einige *haute* amüsante Beispiele finden sich in BECKER 1982, S. 44 ff



1967 abgerissen) genannt werden. Mit dem Oberstein-Idarer Elektrizitätswerk (1899, OIE, Hauptstraße 189) wurden die beiden Städte noch vor Birkenfeld mit Strom versorgt.<sup>132</sup> Dadurch wurde auch die Eröffnung einer meterspurigen elektrischen Straßenbahn zwischen dem Bahnhof Oberstein und dem Idarer Alexanderplatz (3,8 km) möglich.<sup>133</sup> „Die zunehmende Vorrangstellung gegenüber der Residenzstadt äußerte sich auch in einer Wasserleitung, mit der Idar 1894 als erste Gemeinde im Fürstentum ausgestattet wurde,<sup>134</sup> und in der städtischen Verwaltung, die Oberstein als erste Kommune des Landes 1902 erhielt; die Idarer Stadtverwaltung entstand wenig später 1908. Ebenfalls relativ früh wurden in Idar 1900-1901 und in Oberstein 1906-1907 Krankenhäuser ... erbaut.“<sup>135</sup>

Auch die Zahl der Volksschulen erhöhte sich entsprechend den steigenden Einwohnerzahlen. „Verhältnismäßig groß war die Zahl der Schulgebäude vor allem in Oberstein: Während Wasenschule (1839-40, s. o. S. 56), ... und Auschule (1884) nicht erhalten sind, existieren noch die Flurschule (1903), die Schillerschule (ab 1908) ... In Idar wurde als Ersatz für die alte Volksschule (Hauptstraße 70) die Marktschule ab 1891 ... errichtet und sukzessive erweitert (1902/02, 1907/08, 1913, 1952/53).“<sup>136</sup>

Was noch fehlte, war eine weiterführende Schule. Seit 1830 hatte es sechs zumeist von Privatleuten getragene Versuche<sup>137</sup> zur Errichtung einer höheren Lehranstalt „gegeben, bis sich nach vielen Enttäuschungen und Fehlschlägen, endlich eine solche Einrichtung hier als lebensfähig erwies.“<sup>138</sup> Das lag auch daran, dass die beiden Städte zunächst um Schüler für ‚ihre‘ höhere Schule konkurriert hatten. Am 27. Oktober 1868 schlossen die Städte Oberstein und Idar aber schließlich ein Abkommen über die Errichtung einer *gemeinschaftlichen* Realschule; schon ein Vierteljahr später stimmte die Oldenburger Regierung den Plänen zu.<sup>139</sup> Dann unterbrach der deutsch-französische Krieg 1870/71 die Vorbereitungen. Aber am 21. Oktober 1872 begann der Unterricht als „Städtische Realschule II. Ordnung“<sup>140</sup> tatsächlich. Für die Schule war zwischen den hier noch nicht vollständig zusammengewachsenen Städten ein repräsentativer Bau aus rotem Sandstein in der Hauptstraße 236 errichtet worden, bei der Mündung des Göttenbachs in die Nahe.<sup>141</sup> Der Bach gab der Schule den Namen, den sie auch mitnahm, als sie nach Vereinigung der beiden Städte 1933 der Stadtverwaltung Platz machen und in die Schillerschule in Oberstein umziehen musste.

Die Schule führte – bei steigenden Schülerzahlen, die 1908/09 Erweiterungsbauten nötig machten – bis 1909 zum „Einjährigen“-Abschluss<sup>142</sup>, dann wurde sie um drei Jahrgänge zur *Oberrealschule* erweitert; 1912 fand die erste Prüfung zur Erlangung der allgemeinen Hochschulreife statt.

„Mit der ... einheitlichen Gewerbeordnung des Reiches kam auch das gewerbliche Schulwesen ... endlich ins richtige Gleis.“<sup>143</sup> Seit 1880 bestand Berufsschulpflicht bis zum 18. Lebensjahr; eine Gewerbeschule für den handwerklichen und eine Handelsschule für den kaufmännischen Nachwuchs wurden eingerich-

---

<sup>132</sup> DENKMALTOPOGRAPHIE, S. 294

<sup>133</sup> Pläne für den Bau einer Vollspurbahn mit Dampftrieb hatte es gelegentlich gegeben: sie wurden ebenso wenig verwirklicht wie die immer wieder auftauchenden Pläne für eine Bahnverbindung von der Nahe über den Hunsrück zur Mosel. Vgl. HIRCHE 1964, S. 170 ff und 218 ff.

<sup>134</sup> Oberstein folgte 1900. (RAUSCHER/REDMER 2013, S. 9)

<sup>135</sup> DENKMALTOPOGRAPHIE, S. 294

<sup>136</sup> ebenda

<sup>137</sup> Zu nennen wären insbesondere für Idar die Dippelsche Lehranstalt, die 1856 in eine ‚Höhere Bürgerschule‘ mit einem vom Landtag bewilligten jährlichen Zuschuss von 12.000 Talern umgewandelt wurde, sowie das ‚Knabeninstitut‘ des Pfarrers Schmidt in Oberstein, das ebenfalls zur höheren Lehranstalt weiterentwickelt wurde. Vgl. BALDES 1921, S. 197; s. auch BECKER 1982, S. 44 ff

<sup>138</sup> BRANDT 1972, S. 11

<sup>139</sup> GÖTTENBACH 1972, S. 8

<sup>140</sup> GÖTTENBACH 1952, S. 11

<sup>141</sup> „Als vorgeschlagen wurde, die gemeinsame höhere Schule nicht am Göttenbach, sondern 100 m davon entfernt, aber schon auf Idarer Bann, zu erbauen, wo am Vollmersbach ein besserer und günstigerer Bauplatz vorhanden war, lehnten die Gemeindevertreter von Oberstein die Schule ohne jede weitere Begründung ab, und die Idarer hatten dafür volles Verständnis, denn sie hätten genauso gehandelt.“ BECKER 1982, S. 49

<sup>142</sup> Dieser Schulabschluss nach insgesamt 10 Schuljahren gab seit 1871 im Deutschen Reich den Absolventen die Möglichkeit, anstelle der dreijährigen Wehrpflicht ein Jahr freiwilligen Wehrdienst zu leisten. Er musste dabei für Bekleidung und Verpflegung selbst aufkommen und konnte bei Eignung nach Ablegung einer Prüfung als Offiziersanwärter entlassen und bei Reserveübungen zum Reserveoffizier befördert werden.

<sup>143</sup> WILD 1965, s. 56

tet. Eine katholische und zwei evangelische „Kleinkinderschulen“ ergänzten bis Anfang des 20. Jahrhunderts die Obersteiner und Idarer Bildungslandschaft.<sup>144</sup>

Schließlich gab es auch weitere Modernisierungen im Verkehrswesen – zwar wurde keine der zahlreichen gewünschten Eisenbahnverbindungen zwischen Nahe- und Moseltal wirklich gebaut, aber seit 1913 verband eine Autobuslinie Oberstein mit Bernkastel, nachdem schon 1911 die letzte Postkutsche in den Hunsrück gefahren war.<sup>145</sup> Die Eröffnung des sehr repräsentativen kaiserlichen Postamtes Hauptstraße 338 im Jahre 1912 war Ausdruck einer intensivierten und durch Postbus und Telefon modernisierten Kommunikation.

### *Die Schmuckstein-, Bijouterie- und Uhrkettenindustrie im 19. Jahrhundert und die soziale Frage (1817–1918)*

Obwohl die Arbeit der Schmucksteinschleifer und -bohrer und die der Goldschmiede bei der Herstellung von Schmuck eng zusammenhängen, sind doch die technischen Voraussetzungen, die organisatorischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen so verschieden, dass man sie getrennt voneinander betrachten muss. Konjunkturelle Bewegungen trafen die beiden Branchen in unterschiedlichem Maße; technische Innovationen wirkten sich auf verschiedene Weise aus.

Der Beginn nach den Revolutionskriegen war schwierig. „Den Friedensschlüssen von 1814/15 folgte zunächst keine kräftige Weiterentwicklung der deutschen Gewerbewirtschaft. Neben konjunkturellen Krisen war der gewerbliche Sektor in den Jahren nach 1815 auch von strukturellen Krisen betroffen... Dies galt in besonderem Maße für das Heimgewerbe. Hier stieg ... die Zahl der Beschäftigten... Dieses Wachstum ... hing eng mit dem wachsenden Bevölkerungsdruck zusammen. ... (und) ging zugleich mit einer zunehmenden Verelendung der dort tätigen Personen einher. Ein Überangebot dieser Arbeitskräfte, der Verlust früherer Absatzmärkte und der einsetzende Konkurrenzdruck industrieller Produktionsformen sorgten dafür, daß die Einkommen vielfach dramatisch absanken.“<sup>146</sup>

Dass die Achat Schleifer von dieser allgemeinen Konjunkturerentwicklung weniger betroffen waren, lag an zwei ganz verschiedenen Entdeckungen, die dem Gewerbe neue Impulse gaben und es zwar nicht unabhängig von allgemeinen wirtschaftlichen Krisen machte, aber doch bedeutend unempfindlicher. Zum einen gelang 1813 „das Rotbrennen der gelben und braunen indischen Karneole, dem die Erkenntnis, daß die leuchtend roten Steine aus Indien ebenfalls gebrannt sind, vorausging, - 1819 gelang das Schwarzfärben der grauen und grau-blauen Achate ... Diese Kenntnis der Anfärbmöglichkeiten aufgrund der Porosität der Struktur der Achate brachte dem Achatgewerbe einen bedeutenden Aufschwung, da Karneole nun in größeren Mengen und der schwarz eingefärbte Achat (Onyx) als Neuheit auf den Markt gebracht werden konnten.“<sup>147</sup> Durch die Färbung tritt bei vielen Steinen die reizvolle Maserung deutlicher hervor, was die Produkte noch attraktiver macht: „Schönheit und Mannigfaltigkeit der Waren ließen sich jetzt derart steigern, daß die vorhandenen Schleifen dem Handel bald nicht mehr den geforderten Bedarf an geschliffenen Achatwaren liefern konnten. So ergab sich der Umstand, daß alle 32 Schleifen am Idarbach in der Wirtschaftskrise um 1825 so vollbeschäftigt waren, daß ein Schleifer bei ausreichendem Wasser wöchentlich bis 60 Gulden verdienen konnte, während ein Obersteiner Goldschmied kaum auf einen Wochenlohn von 2 Gulden kam.“<sup>148</sup>

Die andere Entdeckung war die der brasilianischen Achatvorkommen. Zwar waren die heimischen Gruben nicht erschöpft, aber sie lieferten weniger und vor allem kleinere, schlechter zu bearbeitende Steine als die seit Herbst 1834 aus Brasilien eingeführten. „Das neue brasilianische Achat-Rohmaterial fiel in weitaus größeren Stücken an als das einheimische, war eingängiger in der Struktur, und ungeahnte Verarbeitungsmöglichkeiten ergaben sich... Einige Steinsucher, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ihre Such- und Aufkaufstätigkeit auf ganz Brasilien und Uruguay ausdehnten, brachten dann auch neue Steinarten zur Verarbeitung nach Idar-Oberstein, vor allem Amethyste und Bergkristalle.“<sup>149</sup> Die Zahl der Schleifer und der Schleifen verdreifachte sich bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, bis sie an die Grenze der

<sup>144</sup> LUEG 1921, S. 99 ff

<sup>145</sup> RAUSCHER/REDMER 2013, S. 15. u. 32

<sup>146</sup> HAHN/BERDING 2010, S.215

<sup>147</sup> WILD 1963, S. 12

<sup>148</sup> BECKER 1961, 192

<sup>149</sup> WILD 1963, S. 15 u. 17

verfügbaren Wasserkraft stieß – der Idarbach war mit einer Schleife durchschnittlich alle 165 m das meistgenutzte Gewässer in Deutschland.

Durch diese Verbesserung und Erweiterung im Schmucksteingewerbe mussten „die Wege des Goldschmiede- und Schleifergewerbes ...zwangsläufig auseinandergehen.“<sup>150</sup> Die Obersteiner Goldschmiede nahmen nur noch einen kleinen Teil der geschliffenen Steine auf; große Mengen gingen nach England, Frankreich und in die Schweiz, aber auch an andere deutsche Zentren der Schmuckindustrie wie Pforzheim und Hanau. Die mit den weit gespannten Im- und Exportbeziehungen verbundenen Reisen Idarer und Obersteiner Geschäftsleute brachten neue Techniken, neue Produkte und neue Berufe an die obere Nahe – aus Paris etwa kamen um die Jahrhundertmitte Graveure, die dort die Kunst des Kameenschneidens erlernt hatten; 1868 gab es in Idar schon 65 Graveure. Allerdings stieg ihre Zahl nach dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 durch die Rückkehr ausgewanderter Graveure aus Paris so stark an, dass Überproduktion in den 1880er Jahren zu Marktsättigung und Qualitätsverfall führten. Aber nach der Jahrhundertwende „gelang es den Idar-Obersteiner Graveuren...durch ihre Nähe zum Rohstoff bzw. zu den Schleifern, die das notwendige Vorfabrikat lieferten, die in Paris zurückgelassene Konkurrenz auszuschalten.“<sup>151</sup>

Die Abhängigkeit von der Wasserkraft – in heißen, trockenen Sommern und in Wintern mit starker Vereisung musste die Arbeit ruhen – wurde durch die technische Entwicklung beendet. Zwar erwies sich der Betrieb einer einzelnen Schleife mit Dampfkraft als unrentabel; Gasmotoren waren eine kurzlebige Zwischenlösung, bis Anfang des 20. Jahrhunderts<sup>152</sup> mit dem leicht zu bedienenden und verhältnismäßig preiswerten Elektromotor, der nur Kosten verursachte, wenn er wirklich arbeitete, die Einrichtung von Werkstätten praktisch überall möglich wurde. Da mit Elektromotoren nun auch der Betrieb kleiner, waagrecht rotierender Schleifscheiben sehr viel einfacher möglich war, konnten auch die Berufe des Lapidärs<sup>153</sup> (seit 1875) und des Diamantschleifers (seit 1886) ausgeübt und damit alle Arten von Steinen verarbeitet werden.

Wie stark bei all den Verbesserungen die Schmuckindustrie weiterhin von den Unwägbarkeiten der Mode abhängig blieb, mag ein eher anekdotisches Geschehen verdeutlichen: Nach dem Tode des Prinzgemahls Albert 1861 trug seine Witwe Queen Victoria ausschließlich Schwarz – und Schmuck auch nur mit schwarzen Steinen. Da das englische Königshaus stilbildend war, brach in Idar ein Boom in Onyx-Schmuck aus.<sup>154</sup>

Um 1900 hatte die vielfältige Idar-Obersteiner Industrie mit dem Import von Steinen aus aller Welt, dem Export von bearbeiteten Steinen und fertigem Schmuck aller Art in alle Kontinente eine weltmarktbeherrschende Stellung erlangt; „als Resultat wies Idar um 1900 das höchste Pro-Kopf-Einkommen Deutschlands auf.“<sup>155</sup>

Die Geschichte des metallverarbeitenden Gewerbes verlief weniger geradlinig, mehr wirtschaftlichen Schwankungen unterworfen, stärker vom Pauperismus der frühen Industrialisierung betroffen. In der französischen Zeit vor 1815 hatte die Kontinentalsperre Metall- und andere Waren aus England, dem damals höchstentwickelten Industrieland, vom deutschen Markt ferngehalten. Bei den Goldschmieden<sup>156</sup> herrschte Vollbeschäftigung, die Gewerbefreiheit lockte Menschen aus der näheren und fernerer Umgebung in diese Arbeit. „Die Krisen von 1815 und 1825/27, besonders der Verlauf der letzteren, wirkte sich [daher] bei den Goldschmieden ganz anders aus als bei den Schleifern, da die Überschwemmung mit englischen Metallwaren, in der Zeit der Kontinentalsperre aufgestaut, nur den Teil der Bevölkerung treffen konnte, der sich mit Goldschmiedearbeiten beschäftigte.“<sup>157</sup> Die Absatzkrise führte nicht nur zu stark sinkenden Einkommen, sondern auch zu einer sozialen und beruflichen Differenzierung. Zum Vertrieb der Metallwaren in flauen Zeiten waren - kostspielige – Reisen nötig: „Der Handelsmann hatte damit be-

---

<sup>150</sup> ebenda, S. 14

<sup>151</sup> ebenda, S. 23

<sup>152</sup> Gründung der Oberstein-Idarer Elektrizitätsgesellschaft und Bau des „Eit-Werkes“ 1899, s. o. S. 69

<sup>153</sup> Zur Einteilung der zu bearbeitenden Steine s. o. S. 41, Anm. 27

<sup>154</sup> WILD 1963, S. 42

<sup>155</sup> DENKMALTOPOGRAPHIE S. 294

<sup>156</sup> ‚Goldschmied‘ war zu Anfang des 19. Jahrhunderts eher ein Oberbegriff – neben den Goldschmieden im engeren Sinne zählten dazu Tombakschmiede, Dosenfasser, Petschaftfasser, Uhrschlüsselfasser, Schildermacher, im Jahre 1827 insgesamt 533 Personen bei einer Obersteiner Bevölkerung von 1684 Köpfen. BECKER 1961, S. 196 f

<sup>157</sup> BECKER 1961, S. 195

gonnen, entferntere Messen aufzusuchen, um seine Waren abzusetzen. Dem kleingewerblichen Goldschmied fehlten dazu die Mittel, auch war sein Warenvorrat zu gering, der Gewinn lohnte weder Reisekosten noch Zeitaufwand. Er stellte sich besser, wenn er einem Handelsmann, der meist ein wohlhabender Handwerksgenosse war und ohnehin die Messe besuchte, den Verkauf seiner Fabrikate übertrug.“<sup>158</sup>

Der nächste Schritt zu Ausbildung des Verlagssystems war fast zwangsläufig – wer die Messen besucht, weiß auch, welche Produkte gewünscht werden – der Händler schloss Lieferverträge für bestimmte Waren mit dem kleinen Handwerker, und wenn der Lieferumfang die sehr begrenzten Mittel des Produzenten überstieg, lieferte der Händler – als Vorschuss – auch das benötigte Rohmaterial. Damit hatte er freie Hand in der Preisgestaltung; der Gewinn des ‚Goldschmieds‘ hing ganz von seinem Gutdünken ab. Die Handwerker waren infolgedessen genötigt, schnell und mit möglichst geringem Materialverbrauch zu arbeiten, Ramsch zu produzieren – ein Qualitätsverfall war die Folge.

Eine Verschärfung des Ausbeutungsverhältnisses ergab sich daraus, dass die Händler nicht nur das Material – z. B. Tombak, Dukatengold, Scheidewasser, Quecksilber, Vitriolöl, Glühwachs für die Herstellung vergoldeter Uhrketten – auf Kredit verkauften, sondern die verschuldeten Handwerker dazu zwangen, auch die Dinge des täglichen Bedarfs in ihren Läden zu erwerben, zu überhöhten Preisen natürlich. „Von Armut zerrüttet, war die Sterblichkeit unter ihnen [*den Goldschmiedern*] viermal so groß als bei der Landbevölkerung. Was die Schleiferkrankheit bei den Schleifern anrichtete, das taten bei jenen die Skrofeln und die Lungenschwindsucht, hervorgerufen durch die bei der Feuervergoldung<sup>159</sup> entstehenden Dämpfe.“<sup>160</sup> Verständlich, dass in der Märzrevolution (s. o. S. 60 ff) die aus Oberstein am radikalsten auftraten.

Die Verhältnisse besserten sich, als der neu gegründete Gewerbeverband (s. o. S. 64 f) 1855 Maßnahmen gegen die „Krämerei der Handelsleute“ ergriff, damit die Produzenten „in barem Geld nach dem Kurse des gemeinen Lebens“ bezahlt wurden statt mit Einkaufsgutscheinen für den Laden des Verlegers. Insgesamt hatte sich das Verlagssystem mit seinen Auswüchsen nach der Jahrhundertmitte überlebt; die ‚Goldschmiede‘ waren tatsächlich zu Fabrikarbeitern geworden; Fabriken (große Betriebe im heutigen Sinne des Wortes) entstanden jetzt in Oberstein in erheblicher Zahl, und wenn auch die Arbeitnehmerrechte (ein Wort, das es damals gar nicht gab) noch schwach waren – die Fabrikarbeit öffnete den Weg zur gemeinsamen Interessenvertretung.

Das wichtigste Produkt der Metall verarbeitenden Industrie in Oberstein wurden Uhrketten. „Bereits 1826 werden erste kleinere Hersteller von Uhrketten in Oberstein erwähnt. In das Jahr 1865 fällt die Gründung der Uhrketten- und Schmuckwarenfabrik Gottlieb & Wagner, die erste Uhrkettenfabrik in Idar-Oberstein... Nur ein Jahr später, 1866, nahm die Uhrketten- und Bijouterie-Fabrik Louis Gottlieb & Söhne ihre Tätigkeit auf, weitere Firmen folgten. Für Jahrzehnte war die Uhrketten-Produktion, der sich immer neue Fabriken zuwandten, zum beherrschenden Zweig der Obersteiner Industrie geworden. ... Die 1870er Jahre waren ein Jahrzehnt des Aufschwungs. Nach der Reichsgründung 1870/71 verbesserten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse, der Wegfall der Zollgrenzen zwischen den einzelnen Fürstentümern erleichterte den Handel. ... Die zunächst als Gewerbe mit viel Handarbeit tätigen Unternehmen entwickelten sich zu großen Betrieben, die sich im Laufe der Jahre immer mehr Maschinen zulegten.“<sup>161</sup>

Für den Betrieb der Fabriken waren eigene Dampfmaschinen rentabel, gegen Ende des Jahrhunderts prägten zahlreiche hohe Schornsteine das Stadtbild. Die Dampfmaschinen trieben neben den Arbeitsmaschinen auch Generatoren, die den für die galvanische Vernickelung, Versilberung oder Vergoldung der Ketten nötigen Strom schon vor dem Bau des Elektrizitätswerkes liefern konnten. „Mit der Herstellung von Uhrketten aller Gattungen – von dem ältesten Muster, der sogenannten Panzerkette, über Anker-, Rollo-, Krabben-, Kröten-, Kordel-, Fasson-, Schlangenkette usw. – begann eine Hochkonjunktur, deren Ende sich erst in den Weltkriegstagen mit dem Aufkommen des Uhrarmbandes aus Leder andeutete.“<sup>162</sup> Oberstein wurde der marktbeherrschende Standort der Uhrkettenfabrikation. Da die Fabriken den Vertrieb ihrer Erzeugnisse selbst übernahmen, wurde die bestimmende Rolle der Verleger zurückgedrängt;

---

<sup>158</sup> ebenda, S. 198 f

<sup>159</sup> Eine Vergoldungsmethode, bei der „der Tombak, eine mehr als 60 % Kupfer enthaltende Messinglegierung, mit Goldmalgam bestrichen wurde, dessen Quecksilbergehalt dann auf glühenden Kohlen abgeraucht wurde – ein Verfahren, das wegen der dabei entstehenden giftigen Dämpfe unter einem Abzug erfolgen musste.“ (BECKER 1961, S. 201). Aber in der Enge der Heimarbeits-Werkstatt bekamen der Goldschmied und seine Familie immer noch genug Gift ab.

<sup>160</sup> BECKER 1961, S. 213

<sup>161</sup> WEBER-STÖBER 2002, S. 61

<sup>162</sup> BECKER 1961, S. 220

die hausindustriellen Arbeitsstätten verschwanden. „Die Jahre vor dem Ersten Weltkrieg galten bis in die Tage (*des*) Wirtschaftswunders (*nach dem Zweiten Weltkrieg*) allen als das goldene Zeitalter der Obersteiner Industrie,“ was auch an den Beschäftigtenzahlen<sup>163</sup> von 1914 deutlich wird:

Echte Bijouterie	155 Arbeiter
Unechte Bijouterie	119 Arbeiter
Kettenfabrikation	1.884 Arbeiter
Metallwarenfabrikation	316 Arbeiter
Aluminiumwarenfabrikation	89 Arbeiter

### *Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Oberstein und Idar*

Ein populärwissenschaftlicher Vortrag aus dem Jahre 1876 „Die Achatindustrie im Oldenburgischen Fürstenthum Birkenfeld“ bemerkt am Schluss: „Gewiß ist dieser höchst eigenthümliche Zweig der vaterländischen Industrie einer eingehenden Beachtung werth. ...Dem Volkswirthe müssen die dortigen Verhältnisse geradezu wie eine Oase in der Wüste der modernen social-demokratischen Agitation erscheinen. Da jeder Arbeiter wie Arbeitgeber selbständig dasteht, so finden Wühlereien, welche die Industrie in ihrem Fortschritte hemmen oder gar mit Vernichtung bedrohen könnten, hier keinen empfänglichen Boden.“<sup>164</sup> Ganz so idyllisch, wie es der Verfasser möchte, ging es auch in Idar nicht zu, und die Obersteiner Verhältnisse blendet er geflissentlich aus, obwohl oder gerade weil in diesen Anknüpfungspunkte für die entstehende Arbeiterbewegung gegeben waren.

Denn man kann als sicher ansehen, dass nach der Gründung des „Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins“ (ADAV) 1863 in Leipzig „durch die selbstbewussten und politisch aktiven Handwerksgesellen, die während ihrer Wanderjahre Kontakt zu Fachvereinen gefunden hatten,“<sup>165</sup> sozialdemokratische Ideen auch nach Oberstein gebracht wurden, ohne dass daraus schon dauerhafte Organisationsgründungen folgten; dazu kam es erst 1893; denn unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes<sup>166</sup> war jede Aktivität der Arbeiterbewegung, die über die Bildung von Wahlvereinen für die Reichstagswahlen hinausging, kriminalisiert. Das hinderte die Obersteiner „Roten“ nicht daran, kurz vor dem Auslaufen des Sozialistengesetzes zu versuchen, den neuen Kaiser Wilhelm II. auf seiner Bahnreise nach Saarbrücken auf ihre Weise zu begrüßen: „Am Morgen des denkwürdigen Tages wehte auf dem Homericher Felsen über dem Bahnhof eine große rote Fahne.“<sup>167</sup> Die Polizei entdeckte und entfernte leider das „Schandtuch“ so rechtzeitig, dass Majestät den Anblick nicht genießen konnten.

Für die Reichstagswahl 1890 wurde im Wahlkreis 358, der aus den wirtschaftlich und sozial sehr heterogenen Teilen Stadt und Amt Oldenburg, Fürstentum Lübeck und Fürstentum Birkenfeld bestand, erstmals auch in Oberstein ein Wahlverein ins Leben gerufen,<sup>168</sup> 1893 gründeten die Sozialdemokraten unter dem traditionsreichen Namen „Volkverein für Oberstein und Umgebung“ die erste dauerhafte Organisation, die schon bei den Reichstagswahlen im selben Jahr für den sozialdemokratischen Kandidaten Paul Hug 17,8 % der Obersteiner Stimmen sammeln konnte und ihn damit in die Stichwahl brachte.<sup>169</sup> Ab 1899 wagte die Partei auch unter ihrem „richtigen“ Namen aufzutreten. Nachdem noch 1891 ein Versuch der Graveure, eine Zahlstelle des „Verbandes der Deutschen Gold- und Silberarbeiter“ zu gründen, auf Druck der Obrigkeit aufgegeben werden musste, gelangen die Gründung einer Zahlstelle des „Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (1895), einer Baugenossenschaft (1896), die bereits 1897 zehn Häuser in der

<sup>163</sup> ebenda, S. 222

<sup>164</sup> RÖGGERATH 1876, S. 27

<sup>165</sup> REDMER/SCHÜBELIN 1978, S. 13

<sup>166</sup> „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“, 1878 vom Reichstag nach zwei von Bismarck fälschlicherweise den Sozialdemokraten in die Schuhe geschobenen Attentaten auf Kaiser Wilhelm I. verabschiedetes, bis 1890 mehrfach verlängertes Gesetz, das die SPD, die Gewerkschaften und deren Presse verbot und jede Aktivität für diese unter Strafe stellte.

<sup>167</sup> REDMER/SCHÜBELIN 1978, S. 13

<sup>168</sup> Die Unterschiede der sozialen Situation der beiden Städte spiegelt sich im Ergebnis von 1890 für den sozialdemokratischen Kandidaten Paul Hug: Idar 0,7 %, Oberstein 4,1 % (ebenda, S. 88) – Gewählt wurden bis zum Ende des Kaiserreiches erst Nationalliberale (1890 u. 1893), danach immer Linksliberale. REIBEL 2007, S. 1404

<sup>169</sup> REDMER 2013, S. 99

Genossenschaftsstraße errichten ließ,<sup>170</sup> einer Ortsgruppe des Buchdruckerverbandes (1902), einer eigenständigen SPD-Ortsgruppe in Idar (1903) und einer Konsumgenossenschaft (1904), die 1913 in der Wilhelmstraße 25 den „repräsentativen Zweckbau“ einweihen konnte, der „Verkaufslokal, Warenlager, Verwaltungsräume und Wohnungen beherbergte... und schon zu zwei Dritteln vorfinanziert“<sup>171</sup> war. Ebenfalls 1904 zogen erstmals Sozialdemokraten in den Obersteiner Stadtrat ein<sup>172</sup> und setzten alsbald sozialpolitische Akzente: Auf sozialdemokratische Anregungen ging z. B. die Gründung einer Allgemeinen Ortskrankenkasse und die Einführung eines Schulfrühstücks für bedürftige Kinder zurück.<sup>173</sup> Dass auch lange nach Aufhebung des Sozialistengesetzes und trotz der sehr liberalen Verfassung des Großherzogtums Oldenburg das politische System des Kaiserreiches nicht wirklich demokratisch war, zeigte sich 1911. Nach den Erfolgen in den vorausgegangenen Kommunalwahlen hatten die Sozialdemokraten erstmals einen eigenen Kandidaten, Hermann Faber, für die Beisitzerwahl<sup>174</sup> aufgestellt – und überraschenderweise die absolute Mehrheit der Stimmen (435 von 834) erreicht. Erschrocken teilte die Birkenfelder Regierung dem oldenburgischen Innenministerium mit, dass sie den „agitatorisch in hervorragendem Maße tätig“ gewesen Faber nicht zu bestätigen gedenke, worauf das Ministerium sich mit „der Versagung der Bestätigung der Wahl Fabers...einverstanden“ erklärte. Trotz Protesten der Sozialdemokraten wurde die Wahl wiederholt, die nun der gemeinsame Kandidat aller bürgerlichen Parteien gewann.<sup>175</sup>

„Als Gegengewicht“ zum Erstarken der Arbeiterbewegung wurde 1906 „ein „Arbeitgeberverband für Oberstein“ gegründet .... Um jene Zeit waren bereits 55% der Obersteiner Arbeiter gewerkschaftlich organisiert.“<sup>176</sup> Im August 1907 entzündete sich an der „gesetzeswidrige[n] Arbeitsordnung des Arbeitgeberverbandes und [dem] besonders schroffen Verhalten der Inhaber der Firma Gebr. Schmidt“<sup>177</sup> der härteste Streik der Idar-Obersteiner Geschichte. Durch die Aussperrung von rund der Hälfte der in den Betrieben des Arbeitgeberverbandes Beschäftigten wurde der Streik besonders erbittert; er endete erst „in den letzten Wochen des Jahres 1907 für beide Seiten unbefriedigend.... Die Arbeitgeber hatten durch ihre starre Haltung einen empfindlichen Wettbewerbsrückstand gegenüber der Pforzheimer Industrie hinnehmen müssen.“<sup>178</sup>

Neben den politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen entfaltete sich mit der Entstehung von Arbeiter-Sport-, Gesangs-, Wandervereinen usw. auch in Oberstein und Idar die für die Industrieregionen des wilhelminischen Kaiserreiches kennzeichnende, fast geschlossene „Gegenwelt“ der Arbeiterkultur im Kontrast zum nationalliberalen oder deutschnationalen Bürgertum mit seinem Kult des Militärischen und seiner Bismarckverehrung.

Der Riss, der die Gesellschaft im – je nach Betrachtung – Bismarckreich oder wilhelminischen Reich in politischer, sozialer und kultureller Hinsicht durchzog, so dass Beobachter zuweilen von zwei unterschiedlichen Deutschlands sprachen, war auch in Oberstein und Idar vorhanden, was nicht heißt, dass es nicht auch Verbindendes und Identitätsstiftendes gab.

### *Sportvereine (1 – 1848 - 1914)*

Denn zwischen den politisch-genossenschaftlichen Organisationen der Arbeiterbewegung auf der Linken und den national-militaristischen Kriegervereinen auf der Rechten (s. folgenden Abschnitt) entstanden noch zahlreiche weitere Vereine. *Scheinbar* unpolitisch, boten sie Betätigungsfelder für das spätestens mit der 1848er Revolution erwachte zivilgesellschaftliche Engagement. „Je komplexer die deutsche Gesell-

<sup>170</sup> DENKMALTOPOGRAPHIE S. 296

<sup>171</sup> RAUSCHER/REDMER 2013, S. 27

<sup>172</sup> REDMER/SCHÜBELIN 1978, S. 92 f

<sup>173</sup> ebenda, S. 31. – Auch LUEG 1921, S. 100 erwähnt die schulfürsorgerischen Maßnahmen – ohne allerdings die Initiatoren zu nennen, was möglicherweise daran liegt, dass der Pfarrer als Mitglied des Kriegervereins „zu den Wortführern der deutschnationalen Organisation“ gehörte, die sich als „Bollwerk gegen die Arbeiterbewegung“ begriff. RAUSCHER/REDMER 2013, S. 24

<sup>174</sup> „Nach der Gemeindeordnung ... konnten in Städten und Gemeinden zur Unterstützung des Bürgermeisters ... Beisitzer gewählt werden, denen ... bestimmte Arbeitsbereiche zu übertragen waren.“ REDMER 2011, S. 122

<sup>175</sup> ebenda, S. 123 ff

<sup>176</sup> BRANDT 1987 a, S. 619 f

<sup>177</sup> RAUSCHER/REDMER 2013, S. 26

<sup>178</sup> REDMER/SCHÜBELIN 1978, S. 29

schaft wurde, desto bunter wurde auch das Vereins- und Verbandsleben. Am Ende gab es kaum eine menschliche Tätigkeit, der man nicht in einer Organisation zusammen mit Gleichgesinnten nachgehen konnte. [... Die verschiedenen Vereine] spiegelten alle wider, wie differenziert die deutsche Gesellschaft seit der Reichsgründung geworden war und in welchem hohem Grad sie sich selbst organisiert hatte.“<sup>179</sup> Neben den Gesangsvereinen gehörten dabei die Sportvereine<sup>180</sup> zu den langlebigsten und wohl auch mitgliederstärksten Gründungen.

An erster Stelle ist der Obersteiner Turnverein zu nennen, der nicht zufällig im Revolutionsjahr 1848 gegründet wurde. Denn schon seit der Entstehung der Turnerbewegung in der Zeit der napoleonischen Kriege ging es den Aktiven nicht nur um körperliche Ertüchtigung, sondern auch um (nicht nur, aber vornehmlich) politische Bildung im national-demokratischen Sinn. Die Obrigkeiten der Staaten des Deutschen Bundes erkannten den Wert dieser Bildungsarbeit von Zeit zu Zeit durch polizeiliche Überwachung oder gar Verbote an.

„Gründervater“<sup>181</sup> des TV 1848 Oberstein, war Peter Drey. Geboren 1824 in Mühlheim am Main, kam er 1847 nach Oberstein und fand eine Anstellung in seinem Beruf als Lithograph in der Firma seines ‚Mitgründers‘ Jacob Danner. In der ersten Satzung des Vereins (Juni 1848) heißt es ausdrücklich, dass er – neben den Turnübungen – auch „die Ausbildung des Geistes... durch wöchentliche Versammlungen, durch Vorträge und die Anlegung einer Schriftensammlung befördern“<sup>182</sup> wolle.

Bei einem Besuch in Frankfurt, zufällig einen Tag, nachdem der Versuch einer gegen den Waffenstillstand von Malmö<sup>183</sup> protestierende Menschenmenge, die Paulskirche zu stürmen, von preußischen und österreichischen Truppen blutig niedergeschlagen worden war, wurde er „mit einem Zündhütchen in der Tasche“<sup>184</sup> festgenommen und in der Festung Mainz inhaftiert. Nach starken Protesten in Oberstein und auch in Idar kam er jedoch im Laufe des Jahres 1849 wieder frei. – Sein Ruf als „Gründervater“ bezieht sich auch auf die Gründung der „Turnerfeuerwehr“ 1857, der ersten freiwilligen Feuerwehr an der oberen Nahe; die erste Feuerspritze schaffte der Verein aus eigenen Mitteln an. Schließlich gründete Drey 1864 mit dem Wochenblatt „Nahetal-Bote“ die erste Obersteiner Zeitung, die unter wechselnden Besitzern als Tageszeitung bis 1933 bestand. – Im Jahre 2007 wurde an der „Peter-Drey-Brücke“, der Fußgängerbrücke vom Stadttheater über die B 41 zur Hauptstraße, eine Gedenktafel angebracht.<sup>185</sup>

In der Reaktionszeit nach dem Scheitern der 48er Revolution gab es eine starke Fluktuation der Mitgliedschaft, aber schon 1861 richtete der Verein das Turnfest des Mittelrhein-Kreises aus, und 1880/81 baute er in der Wilhelmstraße an der Stelle des heutigen Stadttheaters, eine Turnhalle,<sup>186</sup> „die dann auch sofort von anderen kulturtreibenden Vereinen genutzt wurde.“ Nach dem Ersten Weltkrieg diente sie der französischen Besatzungsmacht und musste schließlich der Turn- und Festhalle weichen (s. u.). – Wie auch die meisten später für eine bestimmte einzelne Sportart gegründeten Vereine dehnte auch der TV 1848 im Laufe der Zeit sein Angebot aus – z. B. auf Tischtennis oder Schwimmen.

Die Reaktionszeit war auch generell bürgerschaftlicher Initiative nicht förderlich -so dauerte es bis 1873, bis auch Idar seinen Turnverein bekam. „Am Freitag, den 7. Februar 1873 trafen sich 28 Männer [!]

<sup>179</sup> BERGHAHN 2003, S. 332 f

<sup>180</sup> Nach der aktuellen Liste der Stadtverwaltung ([www.idar-oberstein.de/leben/ehrenamt-vereien/vereine-in-idar-oberstein/](http://www.idar-oberstein.de/leben/ehrenamt-vereien/vereine-in-idar-oberstein/)) gibt es in Idar-Oberstein 146 Vereine, darunter als größte Gruppe 60 größere und kleinere Sportvereine im weitesten Sinne – von den Anglern über die Schachspieler bis zu den Hundefreunden, Schwer- und Leichtathleten, Tennisspielern, Fußballern und Tänzern. In diesem Abschnitt sollen nur einiger der im 19. und frühen 20. Jahrhundert in irgendeiner Weise hervorgetreten Vereine betrachtet werden. Die sportliche Entwicklung in der ‚Weimarer‘ und der bundesrepublikanischen Zeit folgt unten.

<sup>181</sup> Diesen Begriff prägte H. P. Brandt in seinem Aufsatz „Peter Drey – ein Obersteiner Gründervater“ in der Festschrift zum 150-jährigen Jubiläum des Obersteiner Turnvereins. (BRANDT 1998, S. 50)

<sup>182</sup> zit. n. BRANDT 1998, S. 42

<sup>183</sup> Dänemark hatte im März 1848 das Herzogtum Schleswig an das Königreich Dänemark angegliedert und damit die seit 1460 (Vertrag von Ripen: „up ewig ungedeelt“) geltende Realunion Schleswigs mit Holstein gebrochen, wogegen sich die Bevölkerung beider Herzogtümer erhob. Preußen wurde vom Bundestag beauftragt, die dänischen Truppen aus Schleswig zu vertreiben, ließ sich aber auf britischen und russischen Druck im Waffenstillstand von Malmö zum Rückzug aus den Elbherzogtümern und zur Absetzung der provisorischen deutschen Regierung in Kiel bewegen, was von Teilen der Bevölkerung als „Verrat“ an der Sache der nationalen Einigung angesehen wurde.

<sup>184</sup> TV OBERSTEIN 1848

<sup>185</sup> PA-IO, 14. Oktober 2009

<sup>186</sup> TV OBERSTEIN 1848. - Fotos der alten Turnhalle finden sich in REDMER 2011 a, S. 156 (Straßenseite) und in RAUSCHER/REDMER 2013, S. 46 (Flussseite).

im Schützenhof zur Gründungsversammlung.“<sup>187</sup> Am Ende des Gründungsjahres hatte der Verein bereits 103 Mitglieder. 1887/88 konnte der Verein sich eine Halle<sup>188</sup> bauen; und im Zusammenhang mit der Einweihung werden erstmals Frauen erwähnt: „Zur Einweihungsfeier soll jede Dame, die sich durch Kränzewinden oder auf andere Weise dem Verein verdient gemacht hat, eine besondere Einladung und einen Sitzplatz in der Halle erhalten.“<sup>189</sup> Die Halle ist nicht mehr erhalten, aber der Name ‚Turnhallenstraße‘ in Idar erinnert noch an sie.

Beim deutschen Turnfest 1889 in München traten für den ITV die drei Brüder Klein an und wurden *sämtlich* preisgekrönt. – Die durch den Idarer Edelsteinhandel begründeten weltweiten Beziehungen ermöglichten dem Verein, sein 30-jähriges Jubiläum 1903 auch mit zwei internationalen Begegnungen zu feiern: Aus dem US-Bundesstaat New York reiste eine Mannschaft des TV Bloomingdale mit ihrem aus Idar stammenden Turnlehrer Fritz Krimmel an; beide Mannschaften fuhren gemeinsam zum Deutschen Turnfest in Nürnberg. Dort standen die Idarer Pate bei Fahnenweihe der Turnerschaft aus Porto Alegre im brasilianischen Bundestaat Rio Grande do Sul. - 1909 erhielt der Verein auch eine Damenriege.

Zwei Jahre nach dem ITV wurde der Turnverein 1875 Obertiefenbach-Hettstein begründet, der sich 1937 mit zwei weiteren Vereinen zusammenschloss, heute den Namen TuS Tiefenstein 1875 trägt und als Allsportverein z. Zt. knapp 800 Mitglieder hat. Dem Verein gehört das große Sportgelände ‚Im Staden‘ im nördlichen Idarbach-Tal.<sup>190</sup>

Auch Tennis wurde schon vor der Jahrhundertwende gespielt – 1895 entstand der Tennis-Club Blau-Weiß, der heute seine Halle und seine Plätze in der Flugplatzstraße hat.<sup>191</sup>

Am 19. September 1896 gründeten zwölf Männer im Obersteiner Gasthaus Krone den Athletenclub Oberstein, um zunächst das Ringen und das Gewichtheben zu betreiben. Der Verein nahm einen sehr raschen Aufschwung und konnte sich um 1910 folgendermaßen vorstellen: „Athleten Vereinigung 1896 Oberstein (Nahe) - Größter Kraftsportverein Deutschlands. Gewichtheben, Ringen, Leichtathletik, Gymnastik, Boxen, Schwimmen, Rugby, Stemmer Mannschaften, Ringer- Jugend- und Schülermannschaften, Damenabteilung, Musterriegen, Tauziehen, Artisten. - Führender Sportverein in Oberstein und dem Mittelrheinkreis. Den auswärtigen Vereinen stehen stets 8 Kampfmannschaften zur Verfügung.“<sup>192</sup>

Zunächst mussten die Athleten in verschiedenen Gasthaus-Sälen trainieren, im Sommer auf Wiesen oder sogar auf der Straße, wie eine vermutlich zu Werbezwecken produzierte Ansichtskarte<sup>193</sup> zeigt. Ringer und Gewichtheber des ACO nahmen immer wieder an regionalen und nationalen Wettkämpfen teil und waren mehrmals erfolgreich. Das Jahr 1912 brachte einen Höhepunkt der Vereinsgeschichte, als der ACO in einem Städtewettkampf der Ringer den ASV Mainz 88 besiegte.<sup>194</sup> Im Erste Weltkrieg kam das Vereinsleben zum Erliegen.

Der Fußball in Idar-Oberstein ging nicht aus einer oder zwei unmittelbaren Vereinsgründungen hervor, sondern floss gewissermaßen aus zahlreichen Quellen zusammen, die hier nicht alle aufgeführt werden können. Die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg war noch von zahlreichen Veränderungen geprägt; erst 1971 bekam die Idar-Obersteiner Fußball-Vereinslandschaft ihre heutige Gestalt: Der Sportclub 07 Idar-Oberstein entstand in diesem Jahr aus dem 1. FC Idar 07, einem der ältesten Fußballvereine im südwestdeutschen Raum, und der Spvg Idar 08.<sup>195</sup> Im gleichen Jahr schlossen sich die Spvg 08 Oberstein und der SC Eintracht 09 – beide selber schon des Ergebnis mehrere Fusionen - zum ASV Idar-Oberstein zusammen.

Die Frühzeit des Fußballs in Oberstein, Idar und Umgebung war noch ein „mehr oder weniger spontane(s) Gekicke“,<sup>196</sup> auf verschiedenen Wiesen, deren Benutzung die Eigentümer oft wieder untersagten und zu denen die Fußballer ihre Tore für jedes Spiel hinschleppen mussten.<sup>197</sup> Systematische und kontinuierli-

---

<sup>187</sup> ITV 1873

<sup>188</sup> Foto in Rauscher 2006 b, S. 17 u. 58

<sup>189</sup> ebenda

<sup>190</sup> TuS 1875

<sup>191</sup> Über die Geschichte dieses Vereins habe ich Einzelheiten nicht ermitteln können.

<sup>192</sup> ACO 1896, dort auch Reproduktion des Werbezettels.

<sup>193</sup> RAUSCHER/REDMER 2013, S. 12

<sup>194</sup> ACO 1896, dort auch Foto der Siegermannschaft

<sup>195</sup> SPORT-CLUB 07

<sup>196</sup> ASV IDAR-OBERSTEIN.

<sup>197</sup> RAUSCHER/REDMER 2013, S. 22



che Beteiligung der Idar-Obersteiner Vereine am in Spielklassen organisierten Fußball gab es dann in der „Weimarer“ Zeit. Die z. T. bemerkenswerten Erfolge in dieser Zeit werden unten im Zusammenhang der Nachkriegszeit behandelt.

### *Erster Weltkrieg und Novemberrevolution (1914 – 1918/19)*

Im Jahre 2014 entbrannte noch einmal eine Diskussion um Ursachen und Verursacher des Ersten Weltkriegs, die nach 1919 in äußerst erbitterter Weise („gegen die Kriegsschuld-Lüge“) geführt worden und in den 1960er Jahren („Fischer-Kontroverse“) vor dem Hintergrund der NS-Verbrechen als Debatte um die Kontinuität der deutschen Machtstrukturen wieder aufgeflammt war. Die Auseinandersetzungen zum Hundertjahr-Gedenken des Kriegsbeginns arbeiteten stärker die globalen Zusammenhänge der Kriegursachen heraus, die den Akteuren nach den Morden von Sarajevo ein friedenserhaltendes Konfliktmanagement zwar nicht unmöglich, aber eben doch allzu schwer machten.

Dass dabei dem Deutschen Reich im Sommer 1914 nicht „das Schwert in die Hand gedrückt“<sup>198</sup> worden ist, sondern dass die militärische Führung den Krieg in einer Art von Fatalismus („Ich halte den Krieg für unvermeidlich und: je eher, desto besser“<sup>199</sup>) für so wünschenswert hielt, dass sie in der „Julikrise“ nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgerpaares *alle* Vermittlungsversuche zurückwies, ist unbestritten. Dass die kaiserliche Führung, nachdem bei den Reichstagswahlen im Januar 1912 die „fundamentaloppositionelle“ SPD stärkste Partei nicht nur nach Stimmen (das war schon seit 1890 regelmäßiger Fall gewesen<sup>200</sup>), sondern auch nach gewonnenen Mandaten<sup>201</sup> geworden war, innenpolitisch „mit dem Rücken zur Wand“ stand, die „Flucht nach vorne“ antreten wollte und in einem (siegreichen) Krieg die Chance zu einem Befreiungsschlag<sup>202</sup> sah, ist ebenso klar. Die öffentliche Meinung hatte sie im Sommer 1914 auf ihrer Seite.

In Oberstein und Idar waren schon bald nach der Reichsgründung „Kriegervereine“ gegründet worden. „Reichsweit existierten erst 213 Kriegervereine, da entschlossen sich ... im Herbst 1873 die ‚Krieger Obersteins‘, in ihrer Stadt die Veteranen der Einigungskriege von 1864, 1866 und 1870/71 zusammenzuführen. Ein Vorhaben, das nahezu zeitgleich in Birkenfeld, Herrstein und Idar aufgegriffen wurde.“<sup>203</sup> Bei der Fahnenweihe des Obersteiner Vereins hielt der Göttenbach-Direktor Dr. Eben die Festansprache, die den nationalpolitischen Auftrag der Kriegervereine beschrieb: „Ihr müßt als Vorbilder der deutschen Jugend die alte Gottesfurcht, den alten Muth, das alte Gottvertrauen erhalten in unserem Volke, das trotz seiner jetzigen Größe und Macht durch Euch wahre Bescheidenheit erlernen soll. Und wenn das geschieht, dann möge der rachedürstende Feind nur kommen, dann wird der Sieg über ihn ebenso vollständig und ebenso rein und vorwurfsfrei sein, wie der Eure war; dann wird jeder mit dem Wahlspruch ‚Mit Gott für Kaiser und Reich‘ zu kämpfen und zu bluten wissen, dann wird in eines jeden Herzen eingegraben sein das Gelübde: Deutschland, Deutschland über Alles...“<sup>204</sup> Hinweise auf den „rachedürstenden Feind“ und die Notwendigkeit „zu kämpfen und zu bluten“ fehlten in keiner der zahlreichen Reden zu Kaisergeburtstagen, Schlachtenjubiläen und auch zur Einweihung des Bismarckturmes auf dem Idarer Wartehübel 1907.

Die Kriegervereine kümmerten sich aus sozialem Verantwortungsgefühl um die ehemaligen Kriegsteilnehmer und ggf. ihre Hinterbliebenen, sie organisierten die regelmäßigen „Sedanfeiern“ zur Erinnerung

<sup>198</sup> Kaiser Wilhelm II. in seiner „Balkonrede“ am 31. Juli 1914 (BIHL 1991, S. 45)

<sup>199</sup> Generalstabschef Helmuth von Moltke schon am 8. Dezember 1912 in einer Besprechung des Kaisers mit den Chefs des General- und des Admiralstabes, nach der Aufzeichnung des Admirals Georg Alexander von Müller. (HÖLZLE 1978, S. 111)

<sup>200</sup> Vgl. KAACK 1971. Tabellen 8 - 13

<sup>201</sup> 110 von 397; zweitstärkste Fraktion war das Zentrum mit 91 Mandaten. – Das Reichstagswahlrecht war ein reines Mehrheitswahlrecht – gewählt war, wer in einem Wahlkreis die meisten Stimmen gewann; die Stimmen für die unterlegenen Kandidaten wurden nicht weiter berücksichtigt. Repräsentierte zur Zeit der Reichsgründung jeder Wahlkreis noch eine annähernd gleich große Bevölkerungszahl, so verschoben sich im Zuge der Industrialisierung und Verstädterung die politischen Gewichte: In den traditionell konservativ dominierten agrarischen Gegenden entsandten verhältnismäßig wenige Wähler immer noch die Mehrzahl der Abgeordneten, die Arbeitermassen der „roten“ Industriestädte wurden nur durch verhältnismäßig wenige Abgeordnete vertreten. Natürlich hütete sich die kaiserliche Führung, den Zuschnitt der Wahlkreise der Bevölkerungsentwicklung anzupassen.

<sup>202</sup> „Erst die Sozialisten abschießen, köpfen und unschädlich machen, wenn nötig, per Blutbad, und dann Krieg nach außen“, fantasierte Wilhelm II. nach der Erinnerung des ehemaligen Reichskanzlers Bernhard Fürst von Bülow (Reichskanzler 1900 – 1909): „Denkwürdigkeiten“, 2. Band: von der Marokkokrise bis zum Abschied. Berlin 1930, S. 198

<sup>203</sup> REDMER 2013, S. 202

<sup>204</sup> zit. n. ebenda, S. 208

an den Sieg über Frankreich im Krieg 1870/71, sie wurden aber auch, unter der ideologischen Führung des Bildungsbürgertums, zu „einem Bollwerk gegen die Arbeiterbewegung. In Oberstein zählten die Pfarrer Lueg und Roth sowie der spätere Göttenbach-Schulleiter Prof. Sturm zu den Wortführern der deutschnationalen Organisation.“<sup>205</sup> Allerdings scheinen die gegenseitigen Unvereinbarkeitsbeschlüsse zwischen ‚Kriegern‘ und ‚Roten‘ nicht immer ganz verbissen durchgesetzt worden zu sein.<sup>206</sup> Denn die Mitglieder der Vereine waren mehrheitlich natürlich keine Kriegstreiber, viele zogen die Umzüge mit Musik an, die erinnerungsselige Geselligkeit oder der Ball zu Kaisers Geburtstag. Da die Kriegervereine auch die jüngeren Reservisten regelmäßig in ihre Reihen aufnahmen, veränderte sich allerdings nach der Jahrhundertwende der Charakter der Organisationen: „Die jungen Reservisten sehnten sich nach eigener kriegerischer Bewährung und richteten die Kriegervereine zunehmend paramilitärisch aus.“<sup>207</sup>

Es ist bei dieser militär- und nationalstolzen Grundstimmung nicht verwunderlich, dass auch die Bevölkerung in Oberstein und Idar in die allgemeine Kriegsbegeisterung verfiel, als Kaiser Wilhelm II. am 1. August 1914 vom Balkon der Berliner Schlosses verkündete: „Ich kenne heute keine Parteien und auch keine Konfessionen mehr, wir sind heute alle deutsche Brüder und nur noch deutsche Brüder.“<sup>208</sup> Als bekannt wurde, dass „Deutschland jede Vermittlung, die einen Krieg hätte verhindern können, ablehnte, zog der Idarer Männergesangsverein in ‚einem spontanen Ausbruch der Begeisterung‘ zum Marktplatz und sang die ‚Wacht am Rhein‘ ... Uniformiert absolvierten im August die ersten Oberrealschüler der Göttenbach ein Notabitur, um danach sofort in den Krieg ziehen zu dürfen.“<sup>209</sup> Direkt nach der Bekanntgabe der Mobilmachung zogen „gefolgt von zahlreichen Schaulustigen ... junge Obersteiner...voller Euphorie zum Marktplatz, um sich als Kriegsfreiwillige vorzeitig mustern zu lassen.“<sup>210</sup> Die Schule tat das Ihre; Abituraufsatz-Thema 1914: „Mit welchem Recht läßt sich Körners: ‚Es ist kein Krieg, von dem die Kronen wissen – es ist ein Kreuzzug, ist ein heil’ger Krieg‘ auf den gegenwärtigen Krieg Deutschlands anwenden?“<sup>211</sup> Auf der Rhein-Nahe-Bahn rollten unablässig Züge mit Truppen und Kriegsmaterial nach Westen; die Menschen entlang der Bahnlinie jubelten den Soldaten mit Hurra-Rufen zu.<sup>212</sup>

Das Kriegsbild aller beteiligten Staaten orientierte sich an den Kriegen des 19. (1864, 1866, 1870/71) und frühen 20. Jahrhunderts (Balkankriege 1912 und 1913): Sie waren mit begrenzten politischen Zielen zu einer raschen Entscheidung gebracht worden – die Verluste der Zivilbevölkerung und die Zerstörung volkswirtschaftlicher Ressourcen hielten sich in Grenzen; als Soldaten aktiv beteiligt waren nur wenige Geburtsjahrgänge. Der *erste moderne* Krieg 1914 – 1918 sprengte in jeder Hinsicht diese Begrenzungen, auf einen Krieg von vier Jahren Dauer war keine der beteiligten Mächte vorbereitet. So drangen die Folgen des Krieges erst ganz allmählich in das Alltagsleben:

Viele Bauern<sup>213</sup> waren jetzt Soldaten, zahlreiche Zugpferde waren ebenfalls „eingezogen“, und wenn auch für Bauernkinder aus den höheren Klassen die Sommerferien für die Ernte verlängert wurden – schon 1915 macht sich eine empfindliche Knappheit an Brotgetreide bemerkbar: Neben dem Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften und den Beschlagnahmungen für den militärischen Bedarf wirkte sich die alliierte Blockade aus - die große teure Kriegsflotte, die dauerhaft das Verhältnis des Deutschen Reichs zu Großbritannien beschädigt hatte, war zur Sicherung der nötigen<sup>214</sup> Einfuhren nicht in der Lage. „Brot gab es beim Bäcker ausschließlich gegen Vorlage eines Brotbuches und enthielt als Mehlsubstitut eine Kartoffelbeimengung bis zu zwanzig Prozent.“<sup>215</sup> Am 1. 4. 1916 wurde die Rationierung auf weitere Nahrungsmittel ausgedehnt: „1.) Alle Familien dürfen nur mit einem amtlichen Lebensmittelbuch einkaufen, und zwar pro Person wöchentlich 250 g Butter, monatlich 750 g Zucker, 300 g Graupen, 300 g Teigwaren, 100 g Gries, 120 g Hülsenfrüchte. Die Einkäufe müssen von den Kaufenden eingeschrieben und zur behördlichen Controle vorgelegt werden.“

<sup>205</sup> RAUSCHER/REDMER 2013, S. 24

<sup>206</sup> REDMER 2013, S. 219

<sup>207</sup> ebenda, S. 222

<sup>208</sup> BIHL 1991, S. 49. – Meistens verkürzt wiedergegeben: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.“

<sup>209</sup> RAUSCHER/REDMER 2013, S. 35

<sup>210</sup> ebenda, S. 37

<sup>211</sup> Nahethal-Bote, 9. August 1914, zit. n. ebenda S. 43 (offensichtlicher Satzfehler korrigiert)

<sup>212</sup> REDMER 1993, S. 46

<sup>213</sup> Es gibt zahlreiche Berichte darüber, dass die Kriegsbegeisterung auf dem Lande weitaus verhaltener war als in den Städten. Vgl. MOMMSEN 2002, S. 35 ff

<sup>214</sup> Das Deutsche Reich deckte vor dem Krieg etwa ein Drittel seines Nahrungsmittelbedarfs durch Importe.

<sup>215</sup> REDMER 1993, S. 47

2.) Jede Person erhält: a. eine Zuckerkarte für 750 g monatlich; b. eine Seifenkarte für monatlich 50 g Seife und 250 g Seifenpulver; c. eine Fleischkarte für 250 g Fleisch wöchentlich; d. eine Butterkarte für 250 g wöchentlich.“<sup>216</sup> 1917 wurden die Lebensmittelbücher durch Karten ersetzt.

Natürlich versuchten die Bauern, die staatliche Erfassung ihrer Produkte zu umgehen und Nahrungsmittel zu erheblich höheren Preisen, die jedoch viele Familien nicht bezahlen konnten, auf den städtischen Markt zu bringen. „Um dem Unmut der Bevölkerung entgegenzuwirken, bildeten Oberstein und Idar ehrenamtliche Lebensmittelkommissionen.“<sup>217</sup> Aber auch die gerechteste Verteilung konnte die Menge der Lebensmittel nicht vergrößern. Offene Hungerrevolten wie in einigen Großstädten gab es zwar nicht, wohl aber eine allgemeine depressive Stimmung – im Steckrübenwinter 1916/17 war von der Siegeszuversicht des August 1914 kaum noch etwas zu spüren. Der Mangel zeigte sich, zunehmend belastender, auch bei Schuhen und Bekleidung.

Der Krieg prägte auch den Alltag der Schulkinder – sie wurden eingesetzt, um Obstkerne zur Gewinnung von Fett und Brennesseln zur Gewinnung von Textilfasern zu sammeln, desgleichen Almetalle, Blechdosen, Altpapier usw. Als das Futter für die Militärpferde knapp wurde, veranlasste die Heeresverwaltung über die Schulbehörden, dass die Schulkinder zum Sammeln von Laubheu in den Wald geschickt wurden. Schulgebäude wurden für den Kriegsbedarf genutzt – als Lazarett, wie z. B. die Idarer Marktschule oder als Truppenunterkünfte wie zahlreiche Turnhallen.<sup>218</sup>

Die Umstellung der Industrie auf die Gegebenheiten des Krieges hatte widersprüchliche Auswirkungen: Einerseits mussten Fabriken aus Mangel an Arbeitskräften den Betrieb einstellen oder stark reduzieren, andererseits waren bestimmte Produkte, besonders Luxusgüter, im Krieg kaum mehr absetzbar, so dass es auch zu Arbeitslosigkeit kam. Allmählich gelang jedoch die Umstellung der Obersteiner metallverarbeitenden Fabriken auf Kriegsproduktion.<sup>219</sup> „Wer keine ausreichend bezahlte Arbeit im Fürstentum finden konnte, der bemühte sich um lohnendere Beschäftigung bei den Befestigungstrupps in Frankreich und Belgien. Zahlreiche Obersteiner gingen nach Siegburg, Köln und Frankfurt, um dort in Munitionsfabriken und anderen Rüstungsbetrieben zu arbeiten.“<sup>220</sup>

Erstaunlicherweise florierte ausgerechnet die Schmuckindustrie aber weiter. „Selbst auf dem Höhepunkt des Krieges bestand ein reger Geschäftsverkehr der Diamantschleifer mit England und über die neutralen Länder Schweiz und Schweden ließ sich bis 1917 sogar der Handel mit den Vereinigten Staaten aufrechterhalten.“<sup>221</sup> Erklären lässt sich diese Sonderentwicklung einerseits mit dem Devisenbedarf des Deutschen Reiches, der sich so auf Umwegen<sup>222</sup> wenigstens ein wenig decken ließ, andererseits mit dem Bestreben von „Kriegsgewinnlern“,<sup>223</sup> ihre Profite wertbeständig anzulegen und dem Wertverfall der deutschen Währung zu entgehen.

Der Preisanstieg war einerseits die Folge der gesunkenen landwirtschaftlichen Produktion, andererseits in immer höherem Maße eine Folge der Art, wie der Krieg finanziert wurde. Denn das Reich bestritt die Kriegskosten statt durch eine stärkere Besteuerung der hohen Kriegsgewinne fast ausschließlich durch Aufnahme von Schulden bei der Bevölkerung, wodurch der Grund für die nach Kriegsende einsetzende galoppierende Inflation gelegt wurde.<sup>224</sup> Die ersten drei Kriegsanleihen verkauften sich relativ rasch, danach wurden zur Werbung auch wieder die Schulkinder eingesetzt.

---

<sup>216</sup> SALOMON 2014, S. 27

<sup>217</sup> RAUSCHER/REDMER 2013, S. 41

<sup>218</sup> ebenda, S. 44 u. 46

<sup>219</sup> Wenn es nicht zynisch klänge, könnte man von einer profitablen Sonderkonjunktur sprechen: „Etwa fünf Millionen Soldaten erhielten im Ersten Weltkrieg Tapferkeits- und Verdienstorden. Am begehrtesten war das ... Eiserne Kreuz. Als verlässlicher Produzent profitierte die Obersteiner Metallwarenindustrie von der Auszeichnungsflut.“ Das Polieren der geprägten Kreuze wurde in Heimarbeit vergeben. Ebenda. S. 47

<sup>220</sup> REDMER 1993, S. 47

<sup>221</sup> ebenda

<sup>222</sup> Auch die Währungen der anderen kriegführenden Länder verloren an Wert. Daher bestand auch im Ausland eine Nachfrage nach wertbeständigem Schmuck, der mit Devisen bezahlt werden musste und so einen Teil der deutschen Importe an kriegswichtigen Rohstoffen (z. B. Kupfer) finanzierte. Weil die Idarer Schmuckhändler für diesen Devisenzufluss sorgten, hatten sie auch keine Probleme, ihre Rohstoffe auf dem Weltmarkt zu erwerben.

<sup>223</sup> Zu diesem Kreis gehörten nicht nur die Rüstungsindustriellen, sondern auch diejenigen Großgrundbesitzer, denen es gelang mit Hilfe von – in erster Linie russischen – Kriegsgefangenen ihre Produktion aufrechtzuerhalten, während die kleineren bäuerlichen Familienbetriebe, deren Besitzer eingezogen worden waren, kaum über die Runden kamen.

<sup>224</sup> In einer Reichstagsdebatte um die Kriegsfinanzierung durch Schulden hatte Karl Helfferich, der Staatssekretär im Reichsschatzamt, ausgeführt: „Das Bleigewicht der Milliarden haben die Anstifter des Krieges verdient. Sie mögen es durch die

Die militärische und politische Führung war natürlich bestrebt, nicht nur den Gegner, sondern auch die eigenen Leute über Strategien und Misserfolge im Unklaren, Erfolge und eigene Heldentaten dagegen im schönsten Glanze erstrahlen zu lassen. Dass die deutsche Bevölkerung, die die Vernichtungswirkungen eines modernen, 'totalen' Krieges zwischen 1914 und 1918 kaum mit eigenen Augen zu sehen bekam, sich bis zum Spätsommer 1918 in, wenn auch immer zaghafter werdenden, Siegeshoffnungen wiegte, war ein Erfolg der Militärzensur und der Propaganda. Zum Kinoprogramm gehörten „Filmberichte vom Kriegsschauplatz“, und die „Obersteiner Neuesten Nachrichten“ meldeten noch am 2. November 1918 (!), dass „Durchbruchversuche des Gegners gescheitert“ seien.

Die Zensur verhinderte ebenfalls, dass die Menschen in Oberstein, Idar und anderswo von den *innenpolitischen* Entwicklungen erfuhren, die sich unter dem Deckel des offiziell verordneten „Burgfriedens“<sup>225</sup> vollzogen. Dass sich die Reichstagsfraktion der SPD, die am 4. August 1914 noch geschlossen (die kriegskritische Minderheit fügte sich der Fraktionsdisziplin) *für* die Kriegskredite gestimmt hatte, über der Frage der weiteren Unterstützung des Krieges spaltete (24. März 1916) und dass daraus die linke, pazifistische USPD entstand (11. April 1917), hat im Fürstentum Birkenfeld keine politischen Auswirkungen gehabt; Flugblätter aus dieser Richtung wurden an der oberen Nahe nicht bekannt.<sup>226</sup> Erst die Resolution der Mehrheit des Reichstages (SPD, Linksliberale, Zentrum) vom 19. Juli 1917, die einen Verständigungsfrieden ohne Annexionen und eine Verfassungsreform<sup>227</sup> forderte, fand in Oberstein Widerhall – die SPD<sup>228</sup> lud für den 6. August 1917 zu einer öffentlichen Versammlung zum Thema „Krieg – Frieden – und das Volk“. Da die OHL<sup>229</sup> die zivile Führung jederzeit mit Drohung des Rücktritts unter Druck setzen konnte, unterblieben jedoch bis Mitte 1918 alle Verständigungsangebote und alle innenpolitischen Reformen.

General Paul von Hindenburg, der angebliche „Sieger von Tannenberg“, wurde zum Feldmarschall befördert und an der Spitze der OHL als messianischer Retter der Nation<sup>230</sup> aufgebaut, in dessen Schatten selbst der Kaiser verblasste. (Der Hindenburg-Mythos sollte die Niederlage überdauern und die erste deutsche Demokratie noch schwer belasten; s. u.) – Die Unterzeichnung des Friedensvertrages von Brest-Litowsk mit Russland am 3. März 1918 ließ kurzfristig Zuversicht aufkeimen. Bis zum völligen Zusammenbruch der letzten großen Westoffensive im Frühsommer 1918 und der panikartigen, „für jedermann völlig überraschend(en)“<sup>231</sup> Forderung der OHL nach „der sofortigen Herausgabe des Friedensangebotes an unsere Feinde“<sup>232</sup> am 29. September 1918 machten sich die Menschen immer noch trügerische Hoffnungen auf einen deutschen Sieg.

Da die militärische Führung sich zu diesem Zeitpunkt im Klaren war, dass sie den Krieg verloren hatte, suchte sie sich aus der Verantwortung zu stehlen. Am 3. Oktober wurde eine dem Reichstag verantwortliche Regierung aus Vertretern der Parteien der Friedensresolution unter dem Prinzen Max von Baden gebildet, die nun unter den denkbar ungünstigsten Umständen die von der OHL ultimativ geforderten Friedensverhandlungen führen sollte. Würde das Ergebnis der Verhandlungen so ausfallen wie nach der militärischen Lage zu erwarten, dann wären nicht die schuld, die den Karren in den Dreck gefahren hatten, sondern die Parteien der „Friedensresolution“ und das Volk, das mangelnden Durchhaltewillen

---

Jahrzehnte schleppen, nicht wir.“ Zit. n. BLAICH 1985, S. 34. Die nationalistische Propaganda behauptete nach dem Krieg wahrheitswidrig, die Inflation sei das Ergebnis der Reparationsverpflichtungen. Nach dem Krieg griff H. als deutschnationaler Politiker heftig die auf Verständigung mit den ehemaligen Kriegsgegnern zielende Politik der Reichsregierung an.

<sup>225</sup> Wegen des verordneten Burgfriedens vereinbarten die Parteien des Oldenburger Landtages (SPD, Fortschrittliche Volkspartei, Nationalliberale, Zentrum), nach Ablauf der Legislaturperiode eine Scheinwahl am 13. Oktober 1916, bei der „der bisherige Besitzstand jeder Partei erhalten bleiben“ sollte. RAUSCHER/REDMER 2013, S. 45. – Der Reichstag arbeitete nach Ende der Legislaturperiode einfach weiter, hielt aber keine öffentlichen Plenarsitzungen mehr ab.

<sup>226</sup> REDMER 1993, S. 48

<sup>227</sup> Nach der „Bismarckschen“ Reichsverfassung von 1871 ernannte der Kaiser den Kanzler unabhängig von den Mehrheitsverhältnissen im Parlament. Die Parteien der Friedensresolution forderten, dass das Regierungssystem parlamentarisiert, die Exekutive also an das Vertrauen des Reichstages gebunden werden sollte.

<sup>228</sup> ...die auf der Einladung vorsichtshalber nur als „Der Einberufer“ zeichnete. – „Der Parteibeizirk ‚Obere Rheinprovinz‘, zu dem die Birkenfelder Sozialdemokraten organisatorisch gehörten, stand hinsichtlich der Kriegsablehnung der oppositionellen USPD näher als der regierungstreuen Mehrheitssozialdemokratie.“ REDMER 1993, S. 50

<sup>229</sup> Oberste Heeresleitung – für die Öffentlichkeit seit 1916 verkörpert durch Hindenburg und seinen Generalquartiermeister Erich Ludendorff, seit 1917 faktisch eine auch die zivile politische Führung dominierende Militärdiktatur.

<sup>230</sup> Für die beträchtliche Differenz zwischen Mythos und Realität vgl. die Biografie: **Pyta**, Wolfram: Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler. München 2007

<sup>231</sup> BIHL 1991 S. 147

<sup>232</sup> ebenda S. 474

gezeigt und am Ende sogar gemeutert hatte. Die Armee dagegen war „im Felde unbesiegt“ geblieben – angeblich. Für viele der in dieser Weise belogenen Menschen war die *schänbar* ganz plötzlich hereingebrochene Niederlage so unfassbar, dass sie für Verschwörungstheorien wie die Dolchstoßlegende empfänglich wurden.

Als Ende Oktober – das Waffenstillstandersuchen war bereits an die Kriegsgegner übermittelt – die Leitung der Kriegsflotte, die die meiste Zeit nutzlos in Wilhelmshaven und Kiel gelegen hatte, doch noch Schlachtenruhm erwerben und einen Vorstoß gegen Großbritannien unternehmen wollte, verhinderten die Wilhelmshavener Matrosen das Auslaufen der Schiffe, am 3./4. November erhoben sich die Matrosen in Kiel, verbrüdeten sich mit den Kieler Arbeitern und bildeten einen ‚Arbeiter- und Soldatenrat‘ – vom 5. November an breitete sich die revolutionäre Bewegung rasend schnell über ganz Deutschland aus und fegte die alten Gewalten weg. Am 9. November war Deutschland Republik, der Kaiser floh nach Holland. Auch im Großherzogtum Oldenburg ging alles sehr schnell:

„Am 6. November brach das militärische Befehlssystem in den Jadestädten Rüstringen/ Wilhelmshaven zusammen, und der Arbeiter- und Soldatenrat übernahm die militärische Herrschaft. ... Das Ende des konstitutionellen oldenburgischen Bundesstaates kam, als der 21er Rat in den Jadestädten in der Nacht vom 9. zum 10. November den Beschluß faßte, das Gebiet der Nordsee-Station der Marine und ganz Oldenburg zu einer sozialistischen Republik und den Großherzog für abgesetzt zu erklären.... Der Großherzog dankte am 11. November 1918 ab, ‚um einen Bürgerkrieg und Blutvergießen zu vermeiden.‘ An demselben 11. November wurde bereits über die Bildung einer neuen Regierung im Landtag verhandelt. Paul Hug (SPD), der sich mit Theodor Tantzen (FVP) verständigt und auch Dr. Franz Driver (Z) gewonnen hatte, bildete das ‚Landesdirektorium‘, das aus den Repräsentanten der bisherigen Landtagsopposition (SPD, FVP) bestand, verstärkt durch einen Vertreter des Zentrums. ... Bis zum 20. November etablierten sich überall im Freistaat Arbeiter- und Soldatenräte, die oft entscheidend mithalfen, die Übergangsschwierigkeiten im Revolutionswinter 1918/19 zu bewältigen.“<sup>233</sup> Aus dem Großherzogtum wurde der Freistaat Oldenburg, aus dem Fürstentum die Provinz Birkenfeld.

Einen direkten Einfluss hatten die Ereignisse an der Nordseeküste auf die Entwicklung an der oberen Nahe nicht; zwar meldeten die „Obersteiner Neuesten Nachrichten“ am 11. November die Abdankung des Großherzogs,<sup>234</sup> von der Existenz und Zusammensetzung des Landesdirektoriums erfuhren die Einwohner der Provinz Birkenfeld „einschließlich der Regierungsbeamten erst am 21. November aus den Lokalzeitungen.“<sup>235</sup>

Trotzdem hatte es schon am Abend des 9. November auch in Oberstein eine „umstürzlerische Handlung“ gegeben, „als Militärangehörige...den Obersteiner Bahnhof besetzten.“<sup>236</sup> Warum genau, ist unbekannt, und abgesehen von ein paar den Offizieren abgerissenen Achselstücken gab es auch keine weiteren Folgen; die Besetzung endete tags drauf. Die Bildung eines Arbeiter- und eines Soldatenrates aus jeweils zehn Mitgliedern erfolgte am 11. November auf einer von der SPD einberufenen Volksversammlung, die konstituierende Sitzung fand am 12. November „unter großer Anteilnahme der Bevölkerung“ statt. „Die zehn Mitglieder des Arbeiterrats, der bezeichnenderweise auch Bürgerrat genannt wurde, waren“ fünf Sozialdemokraten, ein Mitglied der Zentrumsparterie und vier Parteilose, darunter der konservative Vorsitzende Franz Haspel.<sup>237</sup> Auch in Idar und Algenrodt wurden in den nächsten Tagen Räte gebildet, und schnell breitete sich die Bewegung auch auf zahlreiche andere Orte des Landesteils aus – je nach örtlichen Gegebenheiten auch als Bauern-, Bürger- oder sogar als Beamtenräte.<sup>238</sup>

Der Obersteiner Rat hatte sein Aufgabengebiet zunächst nur in Oberstein selbst gesehen, aber durch das politische Gewicht der größten Stadt der Provinz wurde er „bald zu einer Art Dachverband für das gesamte oldenburgische Gebiet an der oberen Nahe“ und dann zum „Volksrat für die Provinz Birkenfeld“, in den alle rund 40 örtlichen Räte Vertreter entsandten und der durch einen ‚zentralen Ausschuß‘ geleitet wurde. Als dessen Vorsitzender fungierte der wenig erfolgreiche Obersteiner Kaufmann Franz

<sup>233</sup> GÜNTHER 1987, S. 404 f u. 408 f

<sup>234</sup> „Siegesszug des Proletariats durchs Reich und über die Grenzen hinaus – Kaiser und Kronprinz danken ab – König von Sachsen, Großherzoge von Oldenburg und Hessen abgesetzt – Ebert Reichskanzler“. Zit. n. RAUSCHER/REDMER 2013, S. 60

<sup>235</sup> Redmer 1993, S. 55

<sup>236</sup> ebenda, S. 56

<sup>237</sup> REDMER 2011, S. 157

<sup>238</sup> Karte „Die Räte der Provinz Birkenfeld während der Novemberrevolution 1918“ in REDMER 1993, S. 60

Haspel, ein politischer Phantast, der später mit der NSDAP sympathisieren sollte. Sein Stellvertreter war Friedrich Delzeit, der im folgenden Jahr zu den Gründern der USPD in Oberstein gehörte und mit dieser Partei dann zur KPD schwenkte. Gleichfalls Mitglied des Zentralausschusses war ...der linksliberale Idarer Rechtsanwalt Walter Dörr, den man im November 1918 mit der Vertretung der Interessen der Provinz auf dem Berliner Volksrätekongreß beauftragte.<sup>239</sup> Allein bei der Betrachtung dieser wenigen Personen wird deutlich, welche grundverschiedenen Leute in den Arbeiter- und Soldatenräten saßen.<sup>240</sup>

Unbeschadet der Tatsache, dass auf der Obersteiner Volksversammlung am 11. November „die Revolution“ ausgerufen worden war, betrachteten alle Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- und Bürgerräte die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sowie die Sicherstellung der Lebensmittelversorgung als ihre vorrangigen Aufgaben. „Trotz der stark landwirtschaftlich geprägten Struktur der Provinz Birkenfeld war im Herbst 1918 die Lebensmittelversorgung an der oberen Nahe besonders trostlos.“<sup>241</sup> Dabei scheuten die Räte sich nicht, „ins Zwielficht geratene“ Mitarbeiter städtischer Lebensmittelstellen abzusetzen, Waren zu beschlagnahmen und anschließend möglichst gerecht zu verteilen.

„In den im Augenblick des militärischen und moralischen Zusammenbruchs des Kaiserreichs improvisierten deutschen Arbeiter-Räten vollzog sich eine Begegnung zwischen den bis dahin von der aktiven politischen Mitwirkung ausgeschlossenen Schichten der Bevölkerung und dem Staat in Form seiner Verwaltungsexekutive.... Diese zeigte ihnen, daß eine demokratische Herrschaft nicht gesichert sei, solange die republikanisch-demokratischen Kräfte nicht über bestimmenden Einfluß im Verwaltungsapparat verfügten. ... Daher wurde die Forderung nach ‚Demokratisierung der Verwaltung‘ das entscheidende Anliegen der deutschen Arbeiter-Räte und der konkrete Ausdruck für das Verlangen weiter Bevölkerungsschichten nach einer entschlossenen demokratischen Ausgestaltung der Republik.“<sup>242</sup> Bei diesem Anliegen hatte der Arbeiter- und Soldatenrat unterschiedlichen Erfolg. In Oberstein und Idar klappte die Zusammenarbeit problemlos, bei der Birkenfelder nunmehrigen Provinzialregierung war man nur „vorbehaltlich der ausdrücklichen Anweisung durch das zuständige oldenburgische Ministerium“<sup>243</sup> bereit, sich vom Rat beaufsichtigen zu lassen.

Der am 11. November im französischen Compiègne unterzeichnete Waffenstillstand sah die vollständige Räumung der von deutschen Truppen besetzten französischen, belgischen und luxemburgischen Gebiete sowie Elsass-Lothringens innerhalb von 15 Tagen vor – eine gewaltige logistische Herausforderung auch für die Räte, denn die nach Osten zurückströmenden Truppen mussten gepflegt und medizinisch versorgt werden. Zum Glück verlief in Oberstein die Zusammenarbeit mit den Militärbehörden „harmonisch.“<sup>244</sup> Noch schwieriger war die Sorge für die zurückkehrenden Soldaten aus der Provinz Birkenfeld: Da nach den Bestimmungen des Waffenstillstandes das linke Rheinufer nach der Räumung durch die deutschen Truppen von den Alliierten (Frankreich, Belgien, England)<sup>245</sup> besetzt werden sollte, mussten die Heimkehrer so schnell wie möglich aus dem Heer entlassen werden, damit sie nicht zu Kriegsgefangenen wurden – das preußische Wehrbezirkskommando St. Wendel ermächtigte die Obersteiner Kommandantur des Arbeiter- und Soldatenrates, die aus der Provinz Birkenfeld stammenden Soldaten selbst formell zu entlassen.

Die nächste große Aufgabe war, den Entlassenen Arbeit zu vermitteln. „Da die Arbeitgeber fürchteten, die ansteigende Arbeitslosigkeit könnte einen übermächtigen Druck auf den Arbeiter- und Soldatenrat ausüben und zur Radikalisierung der Räte führen, einigten sie sich mit dem Metallarbeiterverband und Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrates auf [ein] Sechs-Punkte-Programm zur Bekämpfung der Ar-

---

<sup>239</sup> Allerdings untersagte dann die französische Besatzungsmacht Dörrens Teilnahme an dem Berliner Kongress.

<sup>240</sup> BRANDT 1987 b, S. 24 f

<sup>241</sup> REDMER 1993, S. 64 f

<sup>242</sup> KOLB 1978 S. 404

<sup>243</sup> REDMER 1993, S. 69

<sup>244</sup> ebenda, S. 66

<sup>245</sup> Dabei war für Belgien die Gegend zwischen Rhein und belgischer Grenze um Aachen herum vorgesehen, für England ein Abschnitt von Köln bis zur Grenze, für die USA von Koblenz bis zur Grenze und für Frankreich von der Mosel nach Süden das weitaus größte Gebiet mit der preußischen Rheinprovinz südlich von Koblenz, der Provinz Birkenfeld und der bayerischen Pfalz. Die Gebiete sollten schrittweise nach 5, 10 und 15 Jahren (gerechnet von der Vertragsunterzeichnung an) geräumt werden; die Provinz Birkenfeld gehörte zu dem zuletzt zu räumenden Gebiet. Tatsächlich wurde die Räumung dank der deutsch-französischen Verständigung (Locarno-Vertrag Oktober 1925) schon 1930 beendet. S. u.

beitslosigkeit,<sup>246</sup> das zumindest in der Lage war, die Arbeitsstellen nach sozialen Gesichtspunkten zu vergeben.

Die Arbeit der Räte endete mit dem Einmarsch der französischen Besatzungstruppen am 6. Dezember 1918; schon vorher hatte der französische Oberbefehlshaber Marschall Ferdinand Foch die Aufhebung der Räte in den besetzten Gebieten befohlen; General Marchand wies ebenfalls am 6. Dezember den Volksrat darauf hin, dass das französische Militär nur mit den „legitimen Gewalten“ (d.h. der Regierung in Birkenfeld und den Kommunalbehörden) zusammenarbeiten werde; als beratendes Gremium könne der Volksrat aber noch akzeptiert werden. Nach vollzogener Besetzung schließlich löste der zum Militärverwalter der Provinz Birkenfeld eingesetzte Major Bastiani<sup>247</sup> den Volksrat auf und ließ sechs seiner Mitglieder festnehmen – im Januar 1919 wurden sie wegen eines angeblichen Eingriffs in französische Eigentumsrechte zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt: Sie hatten im November 1918 in Idar hergestellte Militärkleidung versteigert, die die Franzosen als ihnen nach dem Waffenstillstandsvertrag zustehendes „Kriegsmaterial“ ansahen.

„Die Rätezeit in der Provinz Birkenfeld hatte damit ihr Ende gefunden.“<sup>248</sup>

---

<sup>246</sup> REDMER 1993, S. 67

<sup>247</sup> Die Rolle als Vertreter einer Besatzungsmacht erfordert natürlich ein sehr bestimmtes Auftreten. Es scheint aber, dass Major Bastiani dabei zuweilen härter als nötig war: „Gedemütigt durch die deutschen Annexionen nach dem Krieg von 1870/71, versuchte sich Major Bastiani...an der deutschen Bevölkerung zu revanchieren.“ (RAUSCHER/REDMER 2013). Der seinerzeitige Obersteiner Bürgermeister spricht von Verhandlungen „mit Major Bastiani...dem berüchtigten damaligen Delegierten ...wobei die Reitpeitsche die ständige Begleiterin der Franzosen war, wenn sie meist auch nur symbolisch geschwungen wurde.“ (BERGÉR 1965, S. 42)

<sup>248</sup> ebenda, S. 71

## *In der Weimarer Republik (1919 – 1933)*

„Der Kaiser ging, die Generäle blieben“ lautet der Titel eines Romans<sup>1</sup>, der die letzten Kriegstage vom Zusammenbruch der kaiserlichen Armee bis zur Ausrufung der Republik am 9. November 1918 in Berlin schildert, und dieser Titel ließe sich auch recht gut als Überschrift über die ganze problembeladene Geschichte der Weimarer Republik verwenden. „Der Kaiser ging“ heißt: es gelangen die Umwandlung der Staatsform in eine demokratische Republik mit der Bindung der Regierung an das Vertrauen des Parlaments, die Schaffung einer Verfassung mit einem Grundrechtskatalog,<sup>2</sup> der in der Verfassung des Kaiserreiches gefehlt hatte, die Einführung eines fairen Wahlrechtes,<sup>3</sup> erstmals auch für die Frauen, eine soziale Modernisierung mit der Anerkennung von Betriebsräten und die Schaffung eines Tarifvertragsrechts – „die Generäle blieben“ bedeutet: die Vorherrschaft der alten Eliten war kaum gebrochen – weder im Militär noch im landwirtschaftlichen Großbesitz, und schon gar nicht in der Justiz, der höheren Verwaltung und der Wirtschaft<sup>4</sup> – *denjenigen* alten Eliten also, die die Errungenschaften der Novemberrevolution nicht anerkennen wollten und keine sechs Jahre nach Inkrafttreten der Weimarer Reichsverfassung (WRV) mit der Wahl des kaiserlichen Feldmarschalls v. Hindenburg zum Präsidenten der Republik 1925 einen symbolischen und folgenschweren Sieg errangen und schließlich an der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler maßgeblich mitwirkten.

Allerdings muss man für die linksrheinischen Gebiete des Deutschen Reiches<sup>5</sup>, zu denen auch die Provinz Birkenfeld zählte, Einschränkungen machen: Einerseits existierte das kaiserliche Militär, das rechtsrheinisch die Republik nach dem Scheitern des „Kapp-Putsches“ 1920 nur zähneknirschend duldeten, linksrheinisch überhaupt nicht; andererseits galten die Grundrechte der Weimarer Verfassung, besonders die Presse- und die Versammlungsfreiheit, nur, soweit die Besatzungsregierungen sie duldeten.

## *Französische Besatzung und separatistische Bestrebungen (1919 – 1930)*

Fast das ganze Jahr 1919 tagten in und um Paris die Konferenzen, die die Beziehungen zwischen den Teilnehmern des Weltkrieges regeln sollten, deren Ergebnissen, den so genannten Vorortverträgen<sup>6</sup>, man aber anmerkte, dass mit dem Schweigen der Waffen keineswegs<sup>7</sup> ein Schweigen der vom Krieg erregten Hassgefühle – beiderseits – eingetreten war. Der deutschen Delegation wurde der Text des Versailler Vertrages am 7. Mai überreicht. Der *Krieg* war gegen das kaiserliche, halbabsolutistische und militaristische Deutschland geführt worden, die harten *Friedensbedingungen*<sup>8</sup> wurden der Delegation eines Deutschland präsentiert, das sich nach einer Revolution gerade in den Beratungen über einen demokratischen Neubeginn befand. Dennoch wurde „Deutschland weder als gleichwertig noch als gleichberechtigt anerkannt“,<sup>9</sup> was sich insbesondere darin zeigte, dass es keine Verhandlungen über den Vertragstext gab: Deutschland konnte akzeptieren – oder die Fortdauer der Blockade und möglicherweise die militärische Besetzung des ganzen Landes in Kauf nehmen.

---

<sup>1</sup> PLIVIER, Theodor: Der Kaiser ging, die Generäle blieben. Bibliothek der verbrannten Bücher, Hamburg 1979 (erstmalig Malik-Verlag Berlin 1932)

<sup>2</sup> Art. 109 – 134 WRV

<sup>3</sup> „Das Verhältniswahlrecht machte Schluß mit der zunehmend ungerechten Wahlkreiseinteilung der Monarchie ... und erlaubte eine prozentual angemessene Repräsentation der politischen Strömungen des deutschen Volkes. [...] die Kehrseite der möglichst vollkommenen politischen Repräsentation (I) in einer Zersplitterung der Stimmen und damit des Parteiensystems ...“ MÖLLER 1994, S. 79 f. - Das Verhältniswahlrecht hatte nach Art. 22 WRV Verfassungsrang.

<sup>4</sup> Vgl. WEHLER 2005, S. 284 ff.: „Die deutsche Klassengesellschaft zwischen Krieg und Diktatur“

<sup>5</sup> Man muss vielleicht der Genauigkeit halber betonen, dass sich mit der Flucht des Kaisers und der Ausrufung der Republik am 9. November 1918 zwar die *Staatsform*, mit der Inkraftsetzung der in Weimar ausgearbeiteten demokratischen Verfassung am 11. August 1919 die *Regierungsform* änderte, das 1871 entstandene Deutsche Reich aber trotz einiger Gebietsverluste als Völkerrechtssubjekt bis 1945 fortbestand, das Gerede der Nazis vom „Dritten“ Reich also bloßes Propagandagewäsch war.

<sup>6</sup> Versailles (28. Juni 1919 mit Deutschland), St. Germain (10. September 1919 mit Österreich), Trianon (4. Juni 1920 mit Ungarn), Neuilly (27. November 1919 mit Bulgarien), Sèvres (10. August 1920 mit der Türkei)

<sup>7</sup> Vgl. KRUMEICH 2001, S. 53 – 64

<sup>8</sup> Das Deutsche Reich verlor ein Siebentel seines Territoriums, ein Zehntel seiner Bevölkerung, musste abrüsten und Kriegsentschädigung in noch festzulegender Höhe zahlen. Die Einzelregelungen, soweit sie unser Thema betreffen, werden im Folgenden erörtert.

<sup>9</sup> KRÜGER 1993, S. 20



Hindenburg, immer noch Chef der OHL, lehnte den Vertrag natürlich ab, teilte aber zugleich Reichspräsident Ebert (SPD)<sup>10</sup> mit, dass die Armee die Westgrenze *nicht* würde verteidigen können. Dessen ungeachtet stimmten in der Nationalversammlung DNVP, DVP, Teile des Zentrums und der DDP gegen die unvermeidliche Unterzeichnung, nachdem sie sich – in einer Art infamem Schwarzer-Peter-Spiel - vergewissert hatten, dass die Mehrheit dafür trotzdem zustande kommen würde. Am 28. Juni 1919 wurde unterzeichnet (damit endete die Blockade), am 10. Januar 1920 war der Ratifikationsprozess abgeschlossen und offiziell der Friedenszustand erreicht, womit auch die Fristen für die Besetzung und deren Aufhebung nach 5, 10 und 15 Jahren<sup>11</sup> zu laufen anfangen. Zugleich begann die Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen, die bis dahin zu „Aufräumarbeiten“ im verwüsteten Nordfrankreich eingesetzt worden waren.

Die Enttäuschung über die harten Friedensbedingungen benutzten die Rechtsparteien für Kampagnen gegen den „Schmachfrieden“, für den sie die „Erfüllungspolitiker“ der demokratischen Parteien verantwortlich machten. Die Wahlen<sup>12</sup> zur Verfassunggebenden Nationalversammlung im Januar 1919 hatten noch eine überwältigende Mehrheit für die drei Parteien der Friedensresolution, die als einzige vorbehaltlos hinter der demokratischen Republik standen – in Oberstein wie in Idar nahezu 100%! - ergeben. Bei den Reichstagswahlen am 6. 6. 1920 verloren diese drei Parteien der „Weimarer Koalition“,<sup>13</sup> sie sollten nie wieder die Stärke wie 1919 in der verfassunggebenden Nationalversammlung erreichen; die Rechts- und Linksradiكالen<sup>14</sup> legten zu. In Oberstein und Idar blieb die Unterstützung der Republik dennoch sehr hoch:

<b>Nationalversammlung 19. Jan. 1919</b>	Oberstein	Idar	Reich
Abgegebene Stimmen	4.723	3.244	
USPD	--	--	7,6%
SPD	57,2 %	57,8 %	37,9%
DDP	33,3 %	40,4 %	18,6%
Zentrum	9,1 %	1,5 %	19,7%
DVP	--	--	4,4%
DNVP	0,3 %	0,3 %	10,3%

<b>1. RT 6. Juni 1920</b>	Oberstein	Idar	Reich
Abgegeben Stimmen	3.625	2.670	
USPD + KPD	15,9 %	3,1 %	20,0%
SPD	36,2 %	47,2 %	21,7%
DDP	21,5 %	13,3 %	8,3%
Zentrum+ BVP	10,4 %	1,4 %	17,8%
DVP	15,9 %	35 %	13,9%
DNVP	--	--	15,1%

Dass nach dem Sieg der Alliierten das Elsass und Lothringen an Frankreich zurückfallen würden, war von vornherein klar; dass Frankreich, auf dessen Territorium sich der Krieg im Westen fast ausschließlich abgespielt hatte und dessen nördliche Departements schwer verheert worden waren, versuchen würde, so viel Sicherheit wie möglich vor vermuteten deutschen Revanchegelüsten zu erreichen, war ebenso zu erwarten. Da aber weder zwischen der militärischen und der politischen Führung Frankreichs noch zwischen Frankreich und seinen Alliierten volles Einvernehmen über den Umgang mit dem besiegten Gegner herrschte, bekam die französische Besatzungspolitik einen Zug von Opportunismus in dem Sinne, dass sie günstige Gelegenheiten beim Schopfe fasste, wenn sie sich boten oder zu bieten schienen, im Übrigen aber keineswegs die Allianz aufs Spiel setzen wollte. Fest steht, „daß Frankreich während des Krieges und danach bis zu dem halb erzwungenen Verzicht auf der Friedenskonferenz im März 1919 die Rheinlinie angestrebt hat. Das bedeutete konkret, daß Deutschland am Rhein enden sollte, nicht aber daß Frankreich

<sup>10</sup> Friedrich Ebert, Partei- und Fraktionsvorsitzender der SPD im Reichstag, war am 9. November 1918 von seinem Amtsvorgänger Max von Baden zum Reichskanzler gemacht worden; am 10. November wurde er Vorsitzender (mit Hugo Haase, USPD) des Rates der Volksbeauftragten, also der Revolutionsregierung. Die am 19. Januar 1919 gewählte Verfassunggebende Nationalversammlung wählte Ebert am 11. Februar zum vorläufigen Reichspräsidenten. Als solcher war er Oberbefehlshaber der Armee.

<sup>11</sup> Die Provinz Birkenfeld lag in der südlichen, dritten Zone, die demnach eigentlich erst 1935 geräumt werden sollte. Dank der deutsch-französischen „Entspannung“ nach Abschluss der Locarno-Verträge (s. u.) wurde dann aber schon der 30. Juni 1930 der Tag des vollständigen Endes der Besatzung.

<sup>12</sup> Alle Zahlen zu Wahlen und Abstimmungen sind der „Idarer Zeitung“ bzw. dem „Nahetal-Boten“ entnommen. Die in einigen Tabellen auftauchenden „Sonstigen Parteien“ sind verschiedene kurzlebige Regionalparteien mit meist agrarpolitischen Partikularinteressen.

<sup>13</sup> SPD, DDP und Zentrum hatten in der Nationalversammlung 1919 zusammen 329 Abgeordnete, im 1. Reichstag 1920 nur noch 205 Abgeordnete.

<sup>14</sup> USPD und DNVP hatten in der Nationalversammlung zusammen 66 Abgeordnete; im 1. Reichstag erreichten USPD, KPD und DNVP 159 Sitze.

das linksrheinische Gebiet annectieren wollte. Mögen dies einige Narren vielleicht für wünschenswert gehalten haben, so war die verantwortliche Führung doch weit davon entfernt, ein neues Elsaß-Lothringen unter umgekehrten Vorzeichen zu schaffen. ... Tatsächlich bedeutete die Rheinlinie zugleich die Bildung von ‚unabhängigen Staaten‘ auf dem linken Rheinufer in Verbindung mit einer militärischen Besetzung.“<sup>15</sup>

In der deutschen Bevölkerung herrschte zumindest in ländlich-konservativen Gegenden die Furcht vor der „bolschewistische(n) Gefahr“, die man rechtsrheinisch aus Berlin und München<sup>16</sup> drohen sah, und machte sie für den Gedanken einer gewissen Unabhängigkeit empfänglich.<sup>17</sup> ‚Unabhängigkeit‘ konnte dabei entweder bedeuten, einen vom Reich völlig abgetrennten, selbstständigen Rheinstaat (nach Lage der Dinge jedoch unter französischem Protektorat) zu gründen, - oder ein oder mehrere Länder zu bilden, die sich von Bayern (Pfalz), Hessen (Rheinhessen), Oldenburg (Landesteil Birkenfeld) bzw. Preußen (Rheinprovinz) mit eigener Volksvertretung und eigener Regierung ablösen, jedoch durch Beteiligung an Reichstagswahlen, Mitarbeit im Reichsrat usw. integraler Bestandteil der Weimarer Republik bleiben sollten. Diese diffuse „Los-von-Berlin“-Bewegung, die im Birkenfeldischen aber eher eine „Los-von-Oldenburg“-Stimmung war, begünstigte im Schwebezustand des Frühjahrs 1919, als über die Friedensregelungen noch verhandelt wurde, die Aktivität verschiedener separatistischer Gruppen, von denen die „Freie-Pfalz-Bewegung“ unter Führung des Landauer Chemikers Dr. Eberhard Haas und die verschiedenen Vereine, Komitees usw., die der umtriebige Staatsanwalt Hans Adam Dorten ins Leben gerufen hatte, die wichtigsten waren. Sie wurden von den französischen Generälen Gérard (8. Armee, Landau) und Mangin (10. Armee, Mainz) ziemlich unverhohlen gefördert.

Im Juni fanden Wahlen zum Birkenfelder Landesausschuss, dem Parlament der Provinz, statt. Die SPD wurde die stärkste Partei und Louis Cullman, Geschäftsführer der Obersteiner Konsumgenossenschaft, zum Vorsitzenden gewählt. Schon in der ersten Sitzung fragte Major Bastiani, « administrateur du cercle », Chef der Militärverwaltung in Birkenfeld, ob sich gegebenenfalls die Provinz Birkenfeld einem neu gebildeten Rheinstaat anschließen würde. „Cullmann faßte die Meinung seiner Kollegen zusammen und erklärte dem erzürnten Bastiani: ‚Wir sind entschiedene Gegner aller Zersplitterungsbestrebungen in Deutschland und werden Absichten, die in diese Richtung zielen, niemals fördern, solange wir mit zu entscheiden haben. Daher sind wir grundsätzlich gegen die Errichtung einer Rheinischen Republik.‘ Bastiani drohte Cullmann mit Repressionen und schloss die Sitzung.“<sup>18</sup>

Auch Dorten hatte in Birkenfeld kein Glück: „Am 21. Juni 1919 sprach Dorten im Birkenfelder Hotel ‚Zur Post‘, doch von den 60 eingeladenen Personen erschienen lediglich acht, und niemand fand sich bereit, das Vorgehen Dortens in Wiesbaden<sup>19</sup> gutzuheißen. Allerdings sprachen sich alle Teilnehmer der Besprechung für eine Volksabstimmung aus.“<sup>20</sup> Drei Wochen später „entschlossen sich Franzosen und Birkenfelder Separatisten für eine hausgemachte Lösung: Am 14. Juli 1919 (dem französischen Nationalfeiertag) wurde ... die ‚Birkenfelder Republik‘ proklamiert. ... Es entstand eine groteske Situation, in der es mehr oder weniger zwei Regierungen und eine Oberbehörde ... gab: die offizielle alte oldenburgische Regierung..., die neue ‚vorläufige Regierung‘ ... sowie die eigentlichen Machthaber der französischen Militärverwaltung unter Major Bastiani.“<sup>21</sup> Der Landesausschuss gab den Separatisten aber nicht nach. Daraufhin löste die französische Verwaltung das Parlament auf und setzte die oldenburgische Provinzialregierung ab. „Als Antwort auf diesen Eingriff in die junge Demokratie traten die Arbeiter in Oberstein und Idar in einen Proteststreik.“<sup>22</sup> Die Neuwahlen zum Landesausschuss am 26. Oktober 1919, „bei der sich -

<sup>15</sup> KÖHLER 1989 S. 115

<sup>16</sup> Berlin „Spartakusaufstand“ im Januar 1919; München Räterepublik April/Mai 1919

<sup>17</sup> Vgl. in SCHLEMMER 2007 das Kapitel „Mentalitäten und Motive“

<sup>18</sup> REDMER/SCHÜBELIN 1978, S. 38

<sup>19</sup> In Wiesbaden hatte Dorten am 1. Juni 1919 die „Rheinische Republik“ mit sich selbst als Präsidenten ausgerufen. „Am 2. Juni 1919 setzte Dorten den preußischen Ministerpräsidenten Hirsch über die erfolgte Proklamation der rheinischen Republik in Kenntnis und bat diesen darum, eine Abordnung rheinischer Delegierter zu den Friedensverhandlungen nach Versailles entsenden zu dürfen. Dieses Gesuch blieb jedoch unbeantwortet. Noch am gleichen Tag erschien in vielen deutschen Zeitungen eine Verlautbarung der rheinischen Mitglieder der ... Nationalversammlung, in welcher die Bevölkerung des Rheinlandes aufgefordert wurde, dem Reich die Treue zu halten. ... Am 7. Juni betrachtete auch die französische Presse das Experiment der rheinischen Republik als gescheitert.“ SCHLEMMER 2007, S. 121

<sup>20</sup> SCHLEMMER 2007, S. 617 f

<sup>21</sup> BRANDT 1987 a, S. 623 f

<sup>22</sup> REDMER/SCHÜBELIN 1978, S. 38

außer der USPD – alle an Oldenburg festhaltenden Parteien zu einer Liste<sup>23</sup> zusammengeschlossen hatten, brachten eine vernichtende Niederlage der Separatisten; Louis Cullmann blieb Vorsitzender des Ausschusses. Am 7. November wählte die neue Volksvertretung in ihrer ersten Sitzung den DDP-Landtagsabgeordneten Walter Dörr aus Idar zum Regierungspräsidenten. Die „Rheinlandkommission“<sup>24</sup> erkannte ihn nach einigem Zögern an, und Dörr blieb (mit einer Unterbrechung, als er während der Ruhrbesetzung ausgewiesen wurde) im Amt, bis ihn die NSDAP-geführte Oldenburger Landesregierung 1932 zwangspensionierte.

Die Jahre 1920 – 1922 brachten Oberstein, Idar und der ganzen Provinz Birkenfeld politisch ruhigere Zeiten, wenn auch die Belastungen durch die Besatzung – insbesondere der Wohnraumangel (s. u.) – blieben. Aber natürlich verfolgten die Einwohner des Landsteils Birkenfeld auch die Ereignisse jenseits des Rheins. Als die Welle der rechtsradikalen Terrorakte<sup>25</sup> mit der Ermordung des linksliberalen Außenministers Walter Rathenau am 24. Juni 1922 einen Höhepunkt erreichte und am 26. Juni in ganz Deutschland republikanische Kundgebungen stattfanden, gab es auch in Oberstein eine große Demonstration.<sup>26</sup> Nach dem Übergang der Besatzungsverwaltung in zivile Hände (Major Bastianis Dienstzeit in Birkenfeld endete 1921) war der Titel des Beamten, der den Landrat beaufsichtigte, « *délegué du cercle* », Kreisdelegierter. Das Verhältnis zwischen Franzosen und Deutschen blieb angespannt – ‚vor Ort‘ wegen der Beschlagnahmungen an Lebensmitteln und Unterkünften und wegen der Übergriffe der Besatzungssoldaten, die von ihren Vorgesetzten nur „halbherzig“<sup>27</sup> verfolgt wurden, wegen der Kontrolle des Bahnverkehrs durch die Besatzungsmacht, wegen des Passierscheinzwanges beim Verlassen des Landsteils Birkenfeld, wegen der Ausweispflicht schon für 12-Jährige<sup>28</sup> – und im Ganzen wegen „Versailles“.

Die größte Belastung Deutschlands und des deutsch-französischen Verhältnisses, zwar auch in materieller, aber weit mehr noch in psychologischer Hinsicht stellte dabei die Formulierung des Reparationsanspruchs in Art. 231 des Versailler Vertrages dar: „Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, dass Deutschland und seine Verbündeten als Urheber aller Verluste und aller Schäden verantwortlich sind, welche die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Angehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben.“<sup>29</sup>

„Kriegsschuldfrage“ war das Schlagwort, das hierfür rasch im Umlauf war und auch in Oberstein und Idar benutzt wurde. Der Vertrag blieb eine Wunde für das deutsche Nationalgefühl – eine Wunde, die von der nationalistischen Rechten bewusst offen und schmerzhaft gehalten wurde. Dabei hätte eine weniger aufgeregte Betrachtung des Artikels 231 gelehrt, dass hier weder von moralischer noch strafrechtlicher „Schuld“ die Rede war, sondern lediglich ein quasi-zivilrechtlicher Regressanspruch erhoben wurde, den Deutschland zudem schon im Vorfriedensvertrag anerkannt hatte; allenfalls das Wort „aufgezwungen“ mochte einen Vorwurf enthalten. Dass der Verlierer Reparationen zu zahlen habe, war geltendes Völkerrecht, die Deutschen hatten es 1871 nicht anders gemacht und hätten es bei gewonnenem Kriege wieder so gehalten (s. die Rede des Staatssekretärs Karl Helfferich, o. S. 77, Anm. 206). Unklug war aber auf jeden Fall, dass die Höhe der Reparationen<sup>30</sup> erst später festgelegt, mit der Zahlung aber sogleich begonnen werden sollte. Auf die Deutschen musste das so wirken, als sollten sie durch wirtschaftlichen Druck bis in

---

<sup>23</sup> RAUSCHER/REDMER 2013, S. 67

<sup>24</sup> Zusammen mit dem Versailler Vertrag war auch das „Rheinlandabkommen“ (Arrangement Rhéan) unterzeichnet worden, zusammen mit diesem trat es am 10. Januar 1920 in Kraft. Das Abkommen übertrug die zivile Verwaltung der besetzten Gebiete wieder an die deutschen Behörden, installierte aber zugleich eine neue zivile interalliierte Stelle, die ‚Hohe Interalliierte Kommission der Rheinischen Gebiete‘ (« Haute Commission Interalliée des Territoires Rhénans », H.C.I.T.R.), kurz ‚Rheinlandkommission‘, deren Aufgabe war, in den besetzten rheinischen Gebieten als Mittler zwischen den Alliierten und den deutschen Zivilbehörden zu fungieren. Präsident der Kommission wurde der französische Spitzenbeamte Paul Tirard. Außerdem wurden die „politischen Generäle“ Gérard und Mangin (s. o.) abberufen.

<sup>25</sup> Bis zum Juni 1922 gab es mindestens 354 von rechts begangene Morde, von denen 326 völlig ungesühnt blieben. Vgl. GUMBEL, Emil Julius: Vier Jahre politischer Mord. Reprint Heidelberg 1980 (erstmalig Berlin 1922)

<sup>26</sup> RAUSCHER/REDMER 2013, S. 71

<sup>27</sup> Über das Verhalten von Major Bastiani – RAUSCHER/REDMER 2013, S. 65

<sup>28</sup> RAUSCHER/REDMER 2013, S. 66 f

<sup>29</sup> Zit. n. BEAUPRÉ 2009, S. 51

<sup>30</sup> Nach neueren Schätzungen deckten die am Ende tatsächlich bezahlten deutschen Reparationen etwa 30% der Kosten des Wiederaufbaus der zerstörten privaten und öffentlichen Gebäude, Industrieanlagen und Infrastruktureinrichtungen in Frankreich. Vgl. BEAUPRÉ 2009, S. 126

alle Zukunft am Wiederaufstieg gehindert werden. Zu den sofortigen Zahlungen gehörte auch eine 26%-Abgabe auf nach Frankreich exportierte Waren, was sich auch auf Obersteiner Arbeitsplätze auswirkte: „Nach einer Aufstellung des Berufsamtes Oberstein waren 1924 in sämtlichen Fabrik- und Hausindustriebetrieben noch 1950 Personen beschäftigt, gegenüber 1907 mit 2911 Beschäftigten.“<sup>31</sup>

Der deutscherseits „nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles fortbestehende Irrglaube, die kriegerische Auseinandersetzung mit ökonomischen Mitteln fortsetzen“<sup>32</sup> und durch Verschleppung der Reparationsleistungen sich irgendwie aus dem Vertrag herauswinden zu können, bewirkte das genaue Gegenteil. Von Raymond Poincaré,<sup>33</sup> der am 15. Januar 1922 französischer Ministerpräsident wurde, „war bekannt, daß er auf der vorbehaltlosen Erfüllung des Versailler Vertrages durch die Weimarer Republik bestand, besonders aber auf der pünktlichen Zahlung der Reparationen.“ Als „die Kommission zur Abwicklung der Reparationszahlungen (feststellte), daß die Deutschen ihren Verpflichtungen nicht vollständig nachgekommen waren, ... beschloß er, das Ruhrgebiet als das Herzstück der deutschen Industrie und Quelle ihrer Macht zu besetzen, um mit diesem Faustpfand die Zahlungen zu erzwingen. Am 11. Januar 1923 rückten die französischen Besatzungstruppen aus ihren Standorten am linken Rheinufer im gesamten Ruhrgebiet ein.“<sup>34</sup>

Trotz der rasch auf fast 100 000 Mann gesteigerten Zahl der französischen und belgischen Truppen im Ruhrgebiet „erwies sich [*die Besetzung U.S.*] jedoch als Schlag ins Wasser.“<sup>35</sup> Der von der deutschen Regierung dagegen ausgerufene „passive Widerstand“ brachte das wirtschaftliche Leben im Ruhrgebiet fast zum Stillstand, verursachte Massenarbeitslosigkeit und drosselte insbesondere die Kohleförderung so sehr, dass „im ersten halben Jahr der Ruhrbesetzung ... weniger Kohle und Koks abtransportiert (wurde) als in den letzten 10 Tagen vor dem Einmarsch.“<sup>36</sup> Auch im von Duisburg fast 300 Eisenbahnkilometer entfernten Oberstein machte sich der Kohlemangel rasch bemerkbar. Als Auswirkung des passiven Widerstandes wurde am 2. Februar 1923 auch die Rhein-Nahe-Bahn stillgelegt; um den für die Truppenversorgung und die Reparationslieferungen wichtigen Bahnverkehr wieder in Gang zu setzen, gründete Frankreich die mit französischem Personal betriebene „Eisenbahnregie.“

Mittelbar wirkte sich der Ruhrkampf, der sich zu „eine(r) rücksichtslose(n) Machtprobe, einer Fortsetzung des Krieges ähnlich“<sup>37</sup> ausgewachsen hatte, auch an der oberen Nahe aus: „In dem Maße, in dem die Reichsregierung immer größere politische Schwierigkeiten mit der Feindmacht bekam, wurde von dieser der Druck in den besetzten Gebieten, den Gemeinden und deren Bewohnern gegenüber, verstärkt. ... Es kam zu offenen Reibereien in der Stadt, ja, zu direkten Zusammenstößen. Immer mehr wurden Frauen belästigt. Vergewaltigungen und Versuche dazu wurden gemeldet. Die Ausgehbestimmungen wurden verschärft. In den Hauptstraßen musste jeder Zivilist vor Offizieren und Soldaten vom Bürgersteige herunter gehen.“<sup>38</sup> Um den Druck weiter zu erhöhen und möglichst jeden Protest zu ersticken, wiesen die Besatzungsbehörden zahlreiche Menschen aus. Aus Oberstein und Idar waren es 25 Personen, von denen neun vor der Ausweisung auch noch Gefängnisstrafen (von 1 – 6 Monaten) verbüßen mussten. Unter den Ausgewiesenen waren u. a. der parteilose Obersteiner Bürgermeister Ludwig Bergér, der Leiter des städtischen Arbeitsnachweises und Vorsitzende des Landesausschusses Louis Cullmann (SPD), mehrere Kommunalbeamte und Eisenbahner.<sup>39</sup> Auch das Obersteiner Sekretariat der SPD wurde aufgelöst.<sup>40</sup>

Während die Bevölkerung auf diese Weise zermürbt wurde, gab der Chef der Rheinlandkommission, Paul Tirard, der sich bis Mitte 1923 gegenüber den Separatisten sehr zurückgehalten hatte, diese Zurückhaltung auf.<sup>41</sup> Er verhandelte wieder mit ihren Anführern, die mittlerweile eine „Rheinlandschutz“ genannte Truppe aufgestellt hatten. Diese bestand vor allem aus durch den Krieg entwurzelten Männern,

---

<sup>31</sup> WEBER-STÖBER 2002, S. 66

<sup>32</sup> MOMMSEN 2004, S. 310

<sup>33</sup> \* 1860, † 1934, französischer Ministerpräsident (zugleich Außenminister) 1912/13, Staatspräsident 1913-1920, erneut Ministerpräsident (zugleich Außenminister) 1920-1924 und Ministerpräsident 1926 – 1929, Vertreter einer Politik der Stärke gegenüber Deutschland

<sup>34</sup> REMOND 1994, S. 94 f

<sup>35</sup> MÖLLER 1994, S. 154

<sup>36</sup> ERDMANN 1983, S. 167

<sup>37</sup> KRÜGER 1993, S. 116

<sup>38</sup> BERGÉR 1965, S. 35 f

<sup>39</sup> Liste mit Namen und Beruf bzw. Funktion in RAUSCHER/REDMER 2013. S. 69

<sup>40</sup> REDMER 1987, S. 38

<sup>41</sup> SPRINGER 1924, S. 45

Vorbestraften und Abenteurern, von denen die meisten mehr Interesse am Plündern und „Requirieren“ als an der politischen Zukunft des Rheinlandes hatten.<sup>42</sup> Die Welle der von dieser Truppe ausgelösten Putsche verlief von Norden nach Süden; sie hatten immer den gleichen Ablauf: Eine Abteilung des „Rheinlandschutzes“ besetzte die Verwaltungsgebäude (in Birkenfeld am 24. Oktober) und gründeten einen „Aktionsausschuss“, das französische Militär sorgte für „Ruhe und Ordnung“, indem es ein Eingreifen der deutschen Polizei verhinderte; dann erkannte der französische Kreis- oder Bezirksdelegierte die Separatisten als Inhaber der tatsächlichen Staatsgewalt und legitime Vertreter der „Rheinischen Republik“ an. In Idar allerdings kam es am 11. November „zu einem Sturm der aufgebrachtten Bevölkerung auf ihr besetztes Rathaus...wobei die dort gehißte grün-weiß-rote Fahne entfernt und die Separatisten vertrieben wurden. Es gab Tote und Verletzte auf beiden Seiten. Über die Stadt wurde sofort der verschärfte Belagerungszustand und eine Geldstrafe verhängt.“<sup>43</sup>

In diesem Herbst 1923 erlebte Deutschland die schlimmste Krise der Nachkriegszeit. Der Hamburger Aufstand der KPD, der Putsch der „Schwarzen Reichswehr“ in Küstrin, der Hitler-Ludendorff-Putsch in München, die zu bürgerkriegsähnlichen Formen sich steigernde Separatistenbewegung, der faktische Staatsbankrott, der zur Aufgabe des passiven Widerstandes, zur finanziellen Abkoppelung der Rheinlande vom Reich und die kommunalen Körperschaften zur Ausgabe von Notgeld zwang, bedrohten den Bestand des Staates und ließen die Menschen verzweifeln. Es musste gehandelt werden, das war nicht nur der deutschen Regierung, sondern auch den Besatzungsmächten klar.

Der erste Schritt zur Überwindung der katastrophalen Situation war die Sanierung der Währung. Schon am 15. Oktober 1923 war die „Deutsche Rentenbank“ gegründet und mit einem eigentlich fiktiven Kapital von 3,2 Mrd. Goldmark, gedeckt durch eine hypothekarische Belastung des gesamten gewerblichen Grundbesitzes, ausgestattet worden. Auf dieser Grundlage gab die Bank Geldscheine heraus, die „Rentenmark“ hießen und den Wert 1 Rentenmark = 1 Goldmark hatten; seit dem 15. November wurden die Inflationsscheine im Verhältnis 1 Billion Papiermark = 1 Rentenmark eingewechselt.<sup>44</sup> In den französisch besetzten Gebieten wurde dagegen zunächst der „Regiefranken“ eingeführt, der im Wert an den französischen Franc gekoppelt war und die Vorstufe zu einer „separatistischen“ Währung bilden sollte. Da die Rentenmark durch strikte Begrenzung der Emission auf 3,2 Mrd. stabil blieb,<sup>45</sup> gewann sie rasch das Vertrauen der Bevölkerung, und im Sog dieses „Währungswunders“ wurde sie Ende November bereits mit Billigung der HCITR auch im besetzten Gebiet eingeführt - und setzte sich durch. Der Übergang von der Renten- zur Reichsmark, die wieder an das Gold gekoppelt war, erfolgte für die Öffentlichkeit fast unmerklich im August 1924.<sup>46</sup>

Der zweite Schritt war die Beendigung des Putschismus, der schon fast bürgerkriegsartige Formen angenommen hatte. Die chaotischen Verhältnisse führten zu einem wachsenden und schließlich erfolgreichen Druck der anderen Alliierten - vor allem Englands - auf Frankreich, die Separatisten nicht weiter zu unterstützen. *Ohne* Unterstützung der Besatzungsmächte fiel die Loslösungsbewegung in sich zusammen. Die reguläre Verwaltung nahm, vom HCITR zurückhaltend kontrolliert, ihre Tätigkeit wieder auf. Im Laufe des Jahres 1924 kehrten schließlich alle Ausgewiesenen in ihre Heimat und ihre alten Funktionen zurück, als letzter am 12. November 1924, nach 1 ¾ Jahren, der Obersteiner Stadtbürgermeister Bergér.<sup>47</sup>

In gewisser Weise spiegeln auch die Ergebnisse der Reichstagswahlen diese Entwicklung wider: Hatten in den Mai-Wahlen 1924 in der Erregung über Putschismus und Ruhrbesetzung die „Weimarer“ Parteien<sup>48</sup> Verluste gegenüber 1920 verzeichnet (ironischerweise aber in den unmittelbar betroffenen Orten Oberstein und Idar gerade nicht), so führte die beruhigte Lage nach der Ratifikation des Dawes-Plans am 29. August 1924 (s. u.) bei den erneuten Wahlen im Dezember wieder zu einer leichten Stärkung der demokratischen Mitte. In Idar konnten die Deutschnationalen etwas zulegen. -

---

<sup>42</sup> Vgl. SCHLEMMER 2007, S. 170 ff

<sup>43</sup> BRANDT 1987 a, S. 626

<sup>44</sup> BLAICH 1985, S. 49 f

<sup>45</sup> ebenda 1985, S. 50

<sup>46</sup> ebenda, S. 51

<sup>47</sup> BERGÉR 1965, S. 71

<sup>48</sup> SPD, DDP, Zentrum

<b>2. RT 4. Mai 1924</b>	Oberstein	Idar	Reich	<b>3. RT 7. Dez. 1924</b>	Oberstein	Idar	Reich
Abgegebene Stimmen	4.791	3.187		Abgegebene Stimmen	4.712	3.269	
KPD	11,0 %	4,1 %	12,6%	KPD	8,2 %	4,3 %	9,0%
SPD	37,6 %	43,8 %	20,5%	SPD	39,7 %	36,5 %	26,0%
DDP	15,9 %	10,6 %	5,7%	DDP	10,1 %	12,5 %	6,3%
Zentrum+ BVP	8,2 %	1,3 %	16,6%	Zentrum+ BVP	9,0 %	1,8 %	17,4%
DVP	17,2 %	31,0 %	9,2%	DVP	21,9 %	37,3 %	10,1%
DNVP	1,9 %	3,9 %	19,5%	DNVP	5,0 %	7,6 %	20,5%
Völkische	4,0 %	1,9 %	6,5%	NSDAP	--	--	3,0%
Sonstige Parteien	4,1 %	3,3 %		Sonstige Parteien	6,0 %	--	

Schließlich musste noch die Reparationsfrage, die letztlich die ganze Krise verursacht hatte, geklärt werden. Im Januar 1924 trat in Paris ein Ausschuss der Reparationskommission unter dem Vorsitz des amerikanischen Bankiers Charles Dawes zusammen, die den nach ihrem Vorsitzenden benannten Plan für eine geregelte, von Deutschland zu bewältigende Zahlungsweise (aber noch nicht für einen Abschluss der Zahlungen) erarbeitete und die nötigen Garantien<sup>49</sup> für Frankreich enthielt. Im Reichstag fanden die „Dawes-Gesetze“ die Mehrheit, und nachdem dieser Stein weggeräumt war, war der Weg frei zur Räumung des Ruhrgebiets und zur Konferenz von Locarno, an der Deutschland als gleichberechtigter Partner teilnahm und die mit einer Reihe von Verträgen schloss, die die Sicherheit in Europa und insbesondere die Unverletzlichkeit der deutsch-französischen Grenze garantieren sollten.<sup>50</sup> Gegen die Stimmen der Rechtsparteien wurden die Verträge vom Reichstag ratifiziert (1. Dezember 1925). Sieben Jahre nach Kriegsende war wieder Vernunft in die internationalen Beziehungen eingekehrt.

Dass aber trotz der Beruhigung in den linksrheinischen Gebieten, trotz der Entspannung in den internationalen Beziehungen und trotz der gleichberechtigten Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund (8. September 1926) *diejenigen* Kräfte immer noch stark waren, die sich weder mit dem Ergebnis des Weltkrieges noch mit der Schaffung der demokratischen Republik abfinden wollten, zeigte im Frühjahr die Wahl des Reichspräsidenten. Sie war nötig geworden, nachdem Friedrich Ebert am 28. Februar 1925 im Amt gestorben war.

Im ersten Wahlgang war gewählt, wer die absolute Mehrheit der Stimmen gewonnen hatte; im zweiten reichte die relative Mehrheit. Für den ersten Wahlgang hatten alle größeren Parteien eigene Kandidaten aufgestellt. Dass der DVP-Politiker Karl Jarres, Oberbürgermeister von Duisburg, auch in Oberstein sehr viele Stimmen bekam, dürfte in erster Linie auf sein Eintreten gegen die Kapp-Putschisten 1920 und sein mutiges Auftreten gegen die Ruhr-Besetzung 1923 zurückzuführen sein:

<b>Reichspräsidentenwahl 1. Wahlgang 29. 3. 1925</b>	Ober- stein	Idar	Reich
Abgegeben Stimmen	4.537	2.980	
Otto Braun ( <i>SPD</i> )	42,3 %	37,9 %	29,1%
Heinrich Held ( <i>BVP</i> )	0,2 %	0,2 %	3,7%
Willy Hellpach ( <i>DDP</i> )	7,1 %	12,9 %	5,8%
Karl Jarres ( <i>DNVP, DVP</i> )	38,1 %	45,2 %	38,8%
Erich Ludendorff ( <i>völkisch</i> )	0,2 %	0,5 %	1,1%
Wilhelm Marx ( <i>Zentrum</i> )	9,2 %	2,0 %	14,5%
Ernst Thälmann ( <i>KPD</i> )	2,9 %	1,3 %	7,0%

Damit war ein zweiter Wahlgang nötig. Die Parteien der Weimarer Koalition einigten sich auf den Zentrumspolitiker Wilhelm Marx, die Kommunisten kochten weiter ihr eignes Süppchen, die Rechte

<sup>49</sup> Unter anderem wurde die Reichsbahn in eine Gesellschaft umgewandelt, die für ihr auferlegte Obligationen Zinsen in den Reparationstopf zu zahlen hatte. ERDMANN 1983, S. 200

<sup>50</sup> Die Außenminister Frankreichs und Deutschlands, Aristide Briand und Gustav Stresemann, erhielten für ihre Arbeit den Friedensnobelpreis 1926.

suchte und fand in dem „Weltkriegshelden“ Hindenburg eine angeblich überparteiliche Integrationsfigur und hatte Erfolg damit:

<b>2. Wahlgang 26. 4. 1925</b>	Oberstein	Idar	Reich
Abgegeben Stimmen	5.176	3.688	
Paul von Hindenburg	43,2 %	55,2 %	48,6%
Wilhelm Marx	53,7 %	44,0 %	45,5%
Ernst Thälmann	3,1 %	0,8 %	5,9%

Dass ein kaiserlicher Generalfeldmarschall als Präsident einer demokratischen Republik nicht unbedingt geeignet ist, werden sich viele auch in Oberstein und Idar gedacht haben. Wie verhängnisvoll die Entscheidung war, sollte sich allerdings erst in Hindenburgs zweiter Amtszeit (ab 1932) zeigen. Noch waren die demokratisch-republikanischen Kräfte in der Mehrheit; die rechtsradikalen Gegner der Republik verloren im Reich fast 9% Zustimmung, anders als in Idar, wo sie beinahe 7 % hinzugewannen:

<b>4. RT 20. Mai 1928</b>	Oberstein	Idar	Reich
Abgegebene Stimmen	4.644	3.108	
KPD	7,5 %	3,6 %	10,6%
SPD	46,8 %	38,5 %	29,8%
DDP	5,6 %	8,1 %	4,9%
Zentrum+ BVP	1,1 %	1,7 %	15,2%
DVP	14,2 %	25,5 %	8,7%
DNVP	1,9 %	4,3 %	14,2%
NSDAP	2,9 %	9,6 %	2,6%
Sonstige Parteien	19,9 %	8,7 %	

Anschließend an ‚Locarno‘ arbeitete eine Kommission unter der Leitung des amerikanischen Managers Owen D. Young den Plan aus, der endlich einen tatsächlichen Schluss-Termin<sup>51</sup> für die die deutschen Zahlungen festsetzte. Bei den Verhandlungen konnte Außenminister Stresemann erreichen, dass – Ratifikation des Planes vorausgesetzt - die dritte Besatzungszone, zu der auch der Landesteil Birkenfeld gehörte, nicht erst am 10. Januar 1935, sondern schon am 30. Juni 1930 geräumt werden sollte. Obwohl damit das Ende der Besatzung in greifbare Nähe gerückt war, schlossen sich gegen den Young-Plan die nunmehr zur extremen Rechten tendierende DNVP, die NSDAP, die beide nach den Reichstagswahlen 1928 ihre Felle davonschwimmen sahen, mit der Weltkriegs-Veteranen-Organisation „Stahlhelm“, dem „Alldeutschen Verband“ und dem Reichslandbund zu einem „Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren“ zusammen. Nach Art. 73 (2) WRV mussten 10% der Wahlberechtigten dem Volksbegehren zustimmen, damit es zum Volkentscheid über das propagandistisch so genannte „Freiheitsgesetz“<sup>52</sup> kam. Dieses Quorum wurde erreicht, die Verteilung der Stimmen allerdings veranlasste die „Idarer Zeitung“<sup>53</sup> zu der Frage, ob die Initiatoren sich wirklich „der Tragweite ... für das besetzte Gebiet bewußt“ seien, und führte die Zustimmung-Prozentsätze für das Volksbegehren an – im besetzten Gebiet maximal 3,1 % (Düsseldorf-West; im Wahlkreis Koblenz-Trier-Birkenfeld nur 1,2 %); im unbesetzten Gebiet dagegen in Ostpreußen 24,2 %, in Pommern sogar 33,3 %. Es war deutlich, „daß gerade dort, wo man am weitesten vom Schuß, d. h. am entferntesten von den Besatzungslasten, sich befindet, am tapfersten für das Volksbegehren gestimmt worden ist.“

Der Volksentscheid am 22. Dezember 1929 hatte keinen Erfolg<sup>54</sup> - in Oberstein stimmten nur 89 von 7.073 Stimmberechtigten (1,3 %) zu, in Idar 368 von 5.363 (6,9 %). „Für die Entwicklung der Reparati-

<sup>51</sup> Durch den Ausbruch der Weltwirtschaftskrise (s. u.) wurde der Plan überholt – die deutschen Zahlungen endeten schon 1932 mit dem Abkommen von Lausanne.

<sup>52</sup> Der zur Entscheidung vorgelegte Text nannte sich vollständig „Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes“ und lehnte nicht nur den Reparationsplan ab, sondern forderte auch die Aufhebung von Art. 231 des Versailler Vertrages und bedrohte „Erfüllungspolitiker“ mit Strafen wegen Landesverrates.

<sup>53</sup> vom 4. November 1929

<sup>54</sup> Da der von den Rechtsparteien vorgelegte Gesetzentwurf verfassungsändernden Charakter hatte, war eine Zustimmung von 50% der Wahlberechtigten (d. h. rund 21 Millionen Ja-Stimmen) erforderlich, es gab aber nur 5,8 Millionen – die Gegner des Gesetzes blieben einfach zu Hause.

onsfrage war (*die*) Aktion ohne Belang... (*Jedoch*) wurde die NSDAP durch das Bündnis mit den etablierten Rechtskräften gesellschaftlich aufgewertet. Sie...erhielt Zugang zu gemeinsamen Finanzquellen und kam fortan als politischer Partner in Frage.“<sup>55</sup> Der Young-Plan konnte also in Kraft treten, und so bestiegen am 30. Juni die letzten Soldaten der schon ziemlich ausgedünnten Besatzung am Bahnhof Oberstein den Zug<sup>56</sup> nach Hause. In Idar und in Oberstein wie überall linksrheinisch gab es „pathetische Feiern.“<sup>57</sup> Am Abend zogen „die halbe Stadt, die Jugend und die Vereine“ Obersteins auf die Hohl zu den Ersatzbauten für die beschlagnahmten Schulen, hörten Reden und warfen zum Schluss „die Fackeln auf einem brennenden Holzstoß mitten im Hof zusammen.“<sup>58</sup>

### *Sportvereine (2 – 1918 - 1939)*

Das Vereinsleben erholte sich nach dem Krieg nur langsam – nicht nur, dass viele Aktive verwundet oder gefallen waren, die Besatzungsmacht stand eigenständigen Organisationen der Deutschen misstrauisch gegenüber; ihre Soldaten belegten die schon zuvor von Truppenteilen der kaiserlichen Armee benutzten Hallen in Idar und Oberstein weiter. 1924 bekam der TV 1848 seine Halle zwar zurück, sie war nach der langen militärischen Belegung „praktisch nicht mehr benutzbar,“<sup>59</sup>so dass sich der Verein unter großen Mühen eine neue Halle bauen musste. (Einzelheiten zu den Schwierigkeiten s. folgender Abschnitt.)

Auch der Idarer Turnverein musste lange warten, bis er 1930 seine – umgebaute – Turnhalle wieder beziehen konnte. Das Misstrauen der französischen Besatzungsmacht verbot dem Verein die Feiern zu dessen 50-jährigem Jubiläum; das Verbot der Teilnahme des „linksrheinischen“ Vereins am Turnfest in München konnte eine Gruppe des ITV „unter abenteuerlichen Umständen“ umgehen und „kehrt[e] mit schönen Erfolgen zurück.“<sup>60</sup>

Der ACO konnte schon bald nach dem Krieg wieder „aufblühen“, zum 25-jährigen Jubiläum 1921 führte er bereits einen „nationalen Ringerwettbewerb durch;“<sup>61</sup> außerdem legte er den Grundstein für die „Athletenhalle“ in der Schönlautenbach - seinerzeit die größte Schwerathletik-Halle Deutschlands.<sup>62</sup> Infolge der Wirtschaftskrise 1931 musste sie aber wieder aufgegeben werden. Die Zwischenkriegszeit war wohl die glanzvollste Periode des ACO – mit Siegen in internationalen Wettkämpfen: gegen Dänemark 1927 und – vermutlich mit besonderer Befriedigung – gegen Paris kurz vor Abzug der Besatzungstruppen 1930. Erfolgreichster Ringer des Vereins zwischen 1929 und 1934 war Fritz Bräun mit zahlreichen Meister- und Vizemeister-Titeln in deutschen und europäischen Wettkämpfen.<sup>63</sup>

Auch für die Fußballer vom SC 07 Idar war die Zwischenkriegszeit sehr erfolgreich – einige Jahre spielte der Club in der höchsten deutschen Amateurklasse – schlug 1923 den 1. FC Kaiserslautern auf dem Betzenberg 4 : 3 und hatte auf dem Klotzberg Vereine mit klangvollen Namen (u. a. Schalke 04, 1.FC Nürnberg, Alemannia Aachen) zu Gast. <sup>64</sup> Als 1938 Hannover 96 deutscher Meister wurde (4 : 3 nach Verlängerung gegen Schalke 04), waren Spieler aus Idar (die Brüder Richard und Erich Meng) dabei und schossen drei Tore für Hannover.

### *Stadtentwicklung in den Zwanzigerjahren (1919 – 1933)*

Lange Zeit hat man die Weimarer Republik nur vom Ende, vom schmachvollen Untergang in der NS-Diktatur her gesehen und daher die erste deutsche Demokratie sehr kritisch beurteilt. Heute, hundert Jahre nach der Novemberrevolution und in Kenntnis der der *ganzen*<sup>65</sup> „Weimarer“ Geschichte, muss man aber feststellen: Ungeachtet der vielberedeten „Konstruktionsfehler“ der Verfassung ist Deutschland mit ihr heil durch die fünf Jahre währende Nachkriegskrise 1919 – 1923 gekommen und hat von 1924 bis

---

<sup>55</sup> BÜTTNER 2010, S. 603

<sup>56</sup> RAUSCHER/REDMER 2013, S. 84

<sup>57</sup> BRANDT 1987 a S. 626

<sup>58</sup> BERGÉR 1965, S. 106 f

<sup>59</sup> TV OBERSTEIN 1848

<sup>60</sup> ITV 1873

<sup>61</sup> ACO 1896 – Von einer Reaktion der Besatzungsmacht wird in diesem Zusammenhang nichts berichtet.

<sup>62</sup> Foto in RAUSCHER/REDMER 2013, S. 79

<sup>63</sup> im Einzelnen aufgeführt in: ebenda

<sup>64</sup> SPORT-CLUB 07

<sup>65</sup> nicht nur der politischen, sondern auch der Sozial-, Wissenschafts-, Architektur-, Kunst-, Literatur- usw. Geschichte



1929 wenn kein „goldenes“, so doch wenigstens ein Jahrfünft der Erholung, der Modernisierung<sup>66</sup> und der kulturellen Blüte erlebt. Als dann die zweite große Krise hereinbrach (s. u. ‚Weltwirtschaftskrise und die Folgen‘), zeigte sich allerdings, dass die Republik zu wenige Menschen zu Republikanern hatte erziehen können.

Diese „Weimarer Modernisierung“ erfasste fast alle Lebensbereiche. In der Sozialstruktur, im Generationen- und Geschlechterverhältnis, in Wissenschaft, Technik und Wirtschaft, in Mobilität und Massenkommunikation erlebte Deutschland eine Epoche beschleunigten Wandels, der von den großstädtisch-industriellen Zentren ausging, sich aber auch in den beiden Kleinindustrie-Städten am fernen westlichen Rande der Republik auswirkte, wenn auch unter den Bedingungen materieller Knappheit, wenn nicht gar Not.

Im Allgemeinen muss man feststellen, dass die eigentümliche Wirtschaftsstruktur der „Schwesterstädte“<sup>67</sup> mit ihrer extrem starken Konjunkturabhängigkeit in der ohnehin wirtschaftlich schwierigen Zwischenkriegszeit sehr belastend gewirkt hat; und im Besonderen kamen in den ersten sieben Jahren bis „Locarno“ erhebliche Belastungen durch die Besatzung dazu, die sich besonders auf dem Gebiet der Wohnraumversorgung bemerkbar machten. Die Franzosen verwandelten die Schiller- und die Au-Schule in Kasernen, beschlagnahmten Turnhallen als Lagerhallen, Hotelzimmer und Privatwohnungen für ihr Militär- und Verwaltungspersonal.

Die eingezwängte Lage zwischen Felswänden hatte schon früher zu einer starken Bebauungsverdichtung und engen, z. T. dumpfen und lichtlosen Wohnungen geführt. Durch den Krieg waren zudem viele nötige Erhaltungsinvestitionen unterblieben. „Die katastrophalen Wohnverhältnisse in Oberstein hatten zu einer ständigen Ausbreitung der Tuberkuloseerkrankungen nach dem Krieg geführt. 1921 mußten in 5 Prozent aller Obersteiner Haushalte vorsorglich Personen gegen Tuberkulose behandelt werden. Bei einer Wohnungsüberprüfung im gleichen Jahr erwiesen sich 126 Wohnungen als ‚zum menschlichen Aufenthalt nicht geeignet.‘ 55 waren nur teilweise bewohnbar, wegen Baufälligkeit oder weil sie dumpf und feucht waren. In 57 Wohnungen wurde eine übergroße ‚Wohnungsdichtigkeit‘ festgestellt, d. h. dort mußten mehr als 4 Personen in einem Zimmer schlafen.“<sup>68</sup> Schätzungen des Bedarfs reichten von 200 bis 400 Wohnungen.

Das Berliner ‚Ministerium für die besetzten Gebiete‘ stellte Baukostenzuschüsse und zinsgünstige Darlehen zur Verfügung, die Haushaltslage blieb angespannt, aber trotzdem musste gebaut werden. Beide Städte wuchsen erstmals in größerem Umfange aus den Tälern hinaus – am augenfälligsten südlich der Nahe an den Hängen von Hohl, Finsterheck und Struth, die dazu erst einmal erschlossen werden mussten. Am 28. April 1921 wurde das Projekt der „Struthkolonie“ dem Obersteiner Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt. Es gab auch Kritik daran, „vor allem hörte man, der Platz sei zu weit entfernt von der Stadt gelegen. Es gab noch keine Struthbrücke; die neue Kolonie war also nur über den Weg durch die Schönlautenbach nach dem Neuweg zu erreichen.“<sup>69</sup> (Die Nahebrücke wurde kurz darauf gebaut, 1945 gesprengt, 1951/52 wieder neu errichtet.) Bei den Bauten auf der Struth engagierte sich besonders die Obersteiner Baugenossenschaft. Obwohl sie „auf der Struth innerhalb weniger Jahre mehr als 20 Wohnhäuser errichtete, führte nicht einmal diese Kraftanstrengung zu einer ausreichenden Wohnraumversorgung. Deshalb mussten zusätzlich zwölf Eisenbahnwaggons...aufgestellt und als Wohnraum genutzt werden.“<sup>70</sup>

Einige Bauten wurden auch direkt für die Besatzungsmacht errichtet. Die Stadt Idar ließ ab 1920 drei ansehnliche Wohnhäuser (Pappelstraße 1, 2, 3) für französische Offiziere bauen;<sup>71</sup> 1922 – 24 errichtete das Reichsneubauamt im Auftrag der Stadt Oberstein ebenfalls für französische Offiziere am Hang unterhalb der Hohlkaserne drei Wohnblocks, deren „geschlossen wirkende, weitgehend symmetrische Anlage von den Ideen der landschaftsgebundenen Bauweise inspiriert“<sup>72</sup> und immer noch ein Blickfang ist (heute Friedrich-Ebert-Ring 12 – 18). Um Schiller- und Au-Schule wieder freizubekommen, begann das

<sup>66</sup> Vgl. hierzu: Peukert, Detlev J. K.: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne. Frankfurt/M 1987

<sup>67</sup> Wer diese in den Zwanzigerjahren auftauchende Bezeichnung liest, sollte sich klar machen, dass damit nicht nur geschwisterliche *Zuneigung* gemeint sein muss.

<sup>68</sup> REDMER/SCHÜBELIN 1978, S. 47

<sup>69</sup> BERGÉR 1965, S. 20

<sup>70</sup> RAUSCHER/REDMER 2013, S. 77

<sup>71</sup> DENKMALTOPOGRAPHIE S. 344

<sup>72</sup> ebenda, S. 314

Reichsneubauamt 1922 auf der Hohl mit dem Bau einer Kaserne. Allerdings stellte sich 1925 heraus, dass das französische Militär lieber im Tal in den beschlagnahmten Schulen bleiben wollte. „Da wurde ... umdisponiert; die drei großen Gebäude wurden als Schulbauten weitergebaut. Das war keine Ideallösung. Der Schulweg war für viele Kinder beschwerlich, aber man gewöhnte sich daran, auf die Hohl hinaufzusteigen. Unter Zuhilfenahme der Schulbaracken wurden auf der Hohl auch die Mädchenschule, die Berufsschule und die kaufmännischen Schulen untergebracht.“<sup>73</sup>

Zwei große Gebäude für kulturelle Veranstaltungen entstanden ebenfalls in den Zwanziger Jahren. In den Umständen ihrer Entstehung spiegeln sich die fortdauernden Unterschiede der Sozialstruktur der ‚Schwesterstädte‘: Konnte der Idarer Männergesangverein nach der Beschlagnahme seines Übungslokals innerhalb eines Jahres 1920/21 den stattlichen Saalbau errichten (Mainzer Straße, nicht mehr vorhanden), finanziert durch den Verkauf von Schuldscheinen und Spenden<sup>74</sup> aus der auch nach dem Krieg noch sehr wohlhabenden Einwohnerschaft, so schlug sich der Obersteiner Turnverein beim Bau seiner Turn- und Festhalle (Wilhelmstraße, Stadttheater) vom Architektenwettbewerb 1925 bis zur Einweihung im Oktober 1928 und darüber hinaus mit der Finanzierung durch Reichszuschüsse, städtische Bürgschaften und Übernahme der Darlehenszinsen durch die Stadt herum.<sup>75</sup> Beide Gebäude dienten natürlich nicht nur als Sing- bzw. Turnhallen, sondern boten – zumindest in den wenigen „goldenen“ Zwanzigern – Platz für zahlreiche kulturelle Veranstaltungen.

Zu den großen Baumaßnahmen in Oberstein zählt auch die Renovierung der Felsenkirche 1927/29. Im Auftrage des Birkenfelder Regierungspräsidenten Dörr untersuchten der Obersteiner Stadtbaumeister Schloßbauer und der Darmstädter Architekt Wilhelm Heilig den baulichen Zustand der Kirche. Die Untersuchung ergab „die Dringlichkeit einer gründlichen Wiederherstellung. Das Wasser der Quelle im Kirchinnern lief über die zur Empore führenden Stufen... Sämtliches Holzwerk, Verschalungen, Gestühle, Emporenbrüstungen, selbst die tragenden Holzteile waren von Fäule so zerrissen, daß der Besuch der Kirche mit Lebensgefahr verbunden war. Auch die Holzteile des Turmes wiesen deutliche Zeichen des Verfalls auf; ihre Erhaltung war unmöglich.“<sup>76</sup> Die Kirchengemeinde allein konnte die Renovierungskosten nicht tragen, es gelang Dörr, von der Oldenburger Landesregierung, dem Birkenfelder Landesauschuss, dem Reichsministerium für die besetzten Gebiete und dem preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt finanzielle Hilfen zu bekommen.<sup>77</sup>

Bei der Renovierung griff Heilig teilweise sehr stark in den Baubestand ein. „Der Turm erhielt... in relativ strenger Form eine neue Glockenstube und den geknickten, sehr spitzen Helm. ... Das Innere wurde ... im Sinne einer Bereinigung und Beruhigung des heterogenen Raumeindrucks umgestaltet, wobei zum Teil tief in die Substanz eingegriffen wurde.“<sup>78</sup> Dieses Vorgehen entsprach dem Geist der Zeit, „von Denkmalpflege in unserem heutigen Sinne verstand [der Architekt Wilhelm Heilig] wenig.“<sup>79</sup>

Die kommunalen Versorgungsbetriebe wurden der wachsenden Bevölkerungszahl und der technischen Entwicklung angepasst. Das Gaswerk blieb gemeinsames Eigentum beider Städte und wurde weiter ausgebaut; das Elektrizitätswerk ging 1926 in den Besitz des RWE über und wurde an dessen Leitungsverband angeschlossen.<sup>80</sup> Ziemlich problematisch waren die Verhältnisse bei der Entsorgung. Zwar waren die Straßen, die zu den neuen Baugebieten führten, mit Kanalisation versehen – aber in den älteren Teilen beider Städte „war seither nur dafür gesorgt worden, daß jedes Haus einen Abfluß hatte, und zwar direkt oder indirekt in die Nahe oder in den Idarbach. Da auch die Fabriken ihre Sodabwässer in die Bachläufe leiteten, waren die Gewässer in unglaublich verschmutztem Zustand... Vorläufig mußte die Stadt sich darauf beschränken, bei der Neuanlage oder Reparatur von Straßen Anschlüsse an eine Zentralableitung zu schaffen, da nicht annähernd die Mittel vorhanden waren, damals schon eine Gesamtkläranlage zu bauen.“<sup>81</sup> Die Kosten waren wegen des felsigen Untergrundes besonders hoch, weil oft gesprengt werden musste – und zwar in bebauten und bewohnten Straßen.

---

<sup>73</sup> BERGÉR 1965, S. 94

<sup>74</sup> RAUSCHER/REDMER 2013, S. 72

<sup>75</sup> BERGÉR 1965, S. 99

<sup>76</sup> HEILIG 1929, S. 59

<sup>77</sup> BRANDT 1984, S. 69

<sup>78</sup> DENKMALTOPOGRAPHIE, S. 304 u. 306

<sup>79</sup> BRANDT 1984, S. 71

<sup>80</sup> BERGÉR 1965, S. 85 f

<sup>81</sup> ebenda, S. 23

Der Zustand der Hauptstraße, der lange Zeit einzigen Straßenverbindung zwischen Oberstein und Idar, „war lange Jahre ein Ärgernis für alle Passanten gewesen;“<sup>82</sup> ab 1924 wurde sie ausgebaut. Gleichzeitig begann man in Idar den alten Weg rechts vom Bach<sup>83</sup> auszubauen und nach Süden zu verlängern – einstweilen bis zur Pappelstraße; in Oberstein entstand daraufhin „das Gerücht von einem ‚sagenhaften‘ Plan, ...man wolle durch Dietzen eine Straße mit einer Brücke bis zum Bahnhof bauen!“<sup>84</sup> Dass die Hindenburgstraße und die Hindenburgbrücke (heute Mainzer Straße und Wilhelm-Leuschner-Brücke) die ‚sagenhafte‘ Verbindung von Idar zum Bahnhof Oberstein 1937 dann auch *tatsächlich* herstellten, war aber in erster Linie eine Begleitmaßnahme zum Bau der Klotzbergkaserne<sup>85</sup> (s. u.).

Die am Idarbach oberhalb von Idar gelegen Gemeinde Tiefenstein war 1909 aus der Zusammenlegung der Dörfer Hettstein und Obertiefenbach entstanden, hatte vom Aufschwung der Edelsteinindustrie profitiert und sich allmählich auch zum Villenvorort von Idar entwickelt.<sup>86</sup> 1930 beschlossen die Gemeindevertretungen von Tiefenstein und Idar die Fusion beider Orte. Idar gewann dadurch einen ziemlich steuerstarken Stadtteil, die Tiefensteiner Unternehmen erhofften sich einen Vorteil, wenn sie auf dem Weltmarkt unter dem bekannteren Namen ‚Idar‘ auftreten könnten<sup>87</sup>; und die Gemeinde Tiefenstein ließ sich die Verlängerung der Straßenbahnlinie vom Bahnhof Oberstein bis zur Rodter Mühle an der Einmündung der Straße von Kirschweiler in die Tiefensteiner Straße zusichern.<sup>88</sup>

Allerdings ergaben sich Probleme – die Straßenbahn hätte den engen und sehr steilen Straßenabschnitt vor der evangelischen Kirche in Idar möglicherweise nicht bewältigen können. Daher schlug der Direktor des Elektrizitätswerkes stattdessen die Einrichtung einer *O(berleitungs)-*Buslinie vor. Eine Delegation von Kommunalpolitikern, darunter Regierungspräsident Dörr, die Bürgermeister von Idar – Schmidt – und Oberstein – Bergér – sowie der Vertreter Tiefensteins – Zang – besichtigte in fünf englischen Städten dieses in Deutschland fast unbekanntes Verkehrsmittel und stimmte danach dem Vorschlag zu.<sup>89</sup> Am 20. Februar 1932 fand die Einweihung statt. Idar-Oberstein war erst die zweite Kommune in Deutschland (nach Düsseldorf-Mettmann), die dieses Verkehrsmittel betrieb.<sup>90</sup> Aber da waren die ‚goldenen‘ Jahre schon vorbei.

### *Wdtwirtschaftskrise und die Folgen (1929 – 1933)*

Am Freitag, dem 25. Oktober 1929 platzte an der New Yorker Börse eine gewaltige Spekulationsblase. Das Wachstum der US-amerikanischen Wirtschaft hatte die Aktienkurse jahrelang steigen lassen. Billiges Geld hatte es fast jedermann erlaubt, Aktien auf Kredit zu erwerben und die Schulden mit den Kursgewinnen zu tilgen. Als der Absatz der Industrie stockte und die Aktienkurse geringfügig sanken, konnten zahlreiche Aktienkäufer ihre Kredite nicht mehr bedienen und mussten ihre Aktien mit Verlust verkaufen; die Kurse stürzten ab. Sehr viele Amerikaner wurden jählings zahlungsunfähig, infolgedessen gerieten die Banken in die roten Zahlen, kündigten ihren Firmenkunden die Kredite, die Firmen mussten Arbeiter entlassen, die ihrerseits ihren Konsum einzuschränken gezwungen waren und damit weitere Arbeitsplatzverluste verursachten – eine rasende Abwärtsspirale begann sich immer schneller zu drehen.<sup>91</sup>

Die deutsche Wirtschaft wurde rasch und heftig in diesen Strudel gezogen. Da durch die Inflation ein sehr großer Teil der Geldvermögen vernichtet worden war, konnten die zur Modernisierung der deutschen Wirtschaft nötigen Mittel nicht in ausreichendem Umfang von inländischen Sparern zur Verfügung gestellt werden. Dafür strömte, angezogen durch im internationalen Vergleich sehr hohe Zinsen, amerikanisches Kapital nach Deutschland. Es handelte sich in der Regel um kurzfristige Kredite, die von den deutschen Banken allerdings häufig in langfristige Investitionen gesteckt wurden. Das ging gut, solange

<sup>82</sup> RAUSCHER/REDMER 2013, S. 75

<sup>83</sup> Das Stadtgebiet von Idar umfasste auch den alten Idarbann, das ganze rechte Ufer des Idarbachs bis zur Nahe, also auch den Klotzberg mit den dortigen Sportanlagen.

<sup>84</sup> BERGÉR 1965, S. 102 f

<sup>85</sup> RAUSCHER/REDMER 2013, S. 107

<sup>86</sup> DENKMALTOPOGRAPHIE, S. 374

<sup>87</sup> BERGÉR 1965, S. 84

<sup>88</sup> Auszug aus dem Vertrag in RAUSCHER/REDMER 2013, S. 88

<sup>89</sup> BERGÉR 1965, S. 86 f

<sup>90</sup> Nach der Stilllegung der Straßenbahn 1956 wurde die O-Bus-Strecke bis zum Obersteiner Bahnhof verlängert. 1969 wurde der O-Bus-Betrieb eingestellt, seitdem fahren nur noch Busse mit Verbrennungsmotor.

<sup>91</sup> BLAICH 1985, S. 80 f

die Konjunktur in den USA günstig verlief und die Kredite bei Fälligkeit regelmäßig verlängert wurden – aber schon die geringste Stockung musste bei diesem System katastrophale Folgen haben,<sup>92</sup> wobei die wirtschaftliche Krise schon bald eine politische Krise nach sich zog.

Natürlich waren Orte wie Oberstein und Idar mit der Monostruktur einer Industrie, die zwar schöne und begehrte, aber nicht gerade lebensnotwendige Dinge herstellte, von der Krise besonders hart betroffen. Das galt auch für eine relativ neue Entwicklung: die Herstellung von Modeschmuck aus „unedlen“ Materialien wie etwa verchromtem Messing und dem Kunststoff Galalith,<sup>93</sup> der in Farbe und Form den Schmuck-Designern nahezu unbegrenzte Gestaltungsmöglichkeiten bot. Bis zum Übergreifen der Krise auf Europa war Art-Déco-Schmuck<sup>94</sup> aus Oberstein z. B. auf den Messen in Paris und Mailand sehr gefragt.<sup>95</sup>

Jetzt aber brachen Inlandsnachfrage und Export gleichzeitig ein. Es gibt zwar für Oberstein und Idar keine ortsbezogenen Daten, aber alles spricht dafür, dass die Arbeitslosigkeit hier hoch über dem Reichsdurchschnitt lag und die Bezeichnung der Städte als „Armenhäuser der Nation“<sup>96</sup> zutraf. Zu den Errungenschaften der Weimarer Zeit gehört die Einführung der Arbeitslosenversicherung, wobei die Betonung auf *Versicherung* liegt – Erwerbslosenfürsorge im karitativen Sinn hatte es schon vorher gegeben, seit dem 1. Oktober 1927 jedoch bestand eine beitragsfinanzierte Versicherung, die einen Rechtsanspruch auf bestimmte Leistungen begründete: Für einen Arbeitslosen mit Familie gab es 60 – 80 % des früheren Arbeitsentgelts, (die höheren Quoten bei geringerem Verdienst). Die Unterstützungsdauer betrug je nach Dauer der versicherungspflichtigen Beschäftigung ein ½ oder ¾ Jahr. „Danach folgte bei Bedürftigkeit die Krisenfürsorge... und schließlich die Aussteuerung an die ‚Allgemeine Fürsorge‘ der Kommunen.“<sup>97</sup> D. h., je länger die Krise dauerte, desto mehr Menschen bekamen nur noch minimale Leistungen.

„Zwei Zahlen seien zur Illustration der verhängnisvollen Lage genannt: Oberstein hatte damals<sup>98</sup> 150 sogenannte ausgesteuerte Erwerbslose; das waren Familienväter, die schon so lange erwerbslos waren, daß sie nicht mehr in den Genuß der offiziellen Erwerbslosenfürsorge kamen (ein bezeichnendes Beispiel einer verkehrten Ausgleichshilfe von oben, wo die Not am längsten dauerte, zog sich der ‚Helfer‘ zurück.) Weitere 570 Unterstützungsempfänger kamen dazu ... Diese enorme Belastung der kleinen Stadt Oberstein war umso drückender, als infolge der Krise auch die Einkommen, von denen man Abgaben erheben konnte, geringer wurden. Der Prozentsatz der Obersteiner Ausgesteuerten war viel höher als der Durchschnittssatz der ganzen Rheinprovinz, nur – und das ist interessant – Idar hatte einen höheren Prozentsatz. Aber Idar hatte mehr ‚Reserven‘ in dem großen Wohlstand seiner Edelsmithändler.“

Bemerkenswert ist, daß schon damals ein Problem geisterte, ... die Frage, ob die selbständigen Schleifer versicherungspflichtige Arbeiter sind oder nicht. Die Arbeitgeber oder besser gesagt Auftraggeber verneinten das, um dadurch den Anteil an den Versicherungsbeiträgen zu sparen, die Arbeitnehmer bzw. Auftragnehmer deshalb, weil es ihr Stolz war, keine ‚Arbeiter‘ zu sein, sondern eben ‚Selbständige‘, die machen können, was sie wollen. Die Folge aber war, daß Idar in eben der Krise viele Menschen hatte, die noch nicht einmal die Erwerbslosenunterstützung bekamen und gleich der Stadt zur Last fielen.“<sup>99</sup> (In dieser letzten Beobachtung dürfte ein Grund dafür zu finden sein, dass die NSDAP in Idar von Anfang an sehr viel erfolgreicher war als im „linken“ Oberstein.)

Die gerade erst gegründete Arbeitslosenversicherung hatte, als die Krise Deutschland mit voller Wucht erreichte, erst wenige Rücklagen bilden können und geriet rasch an die Grenzen ihrer Zahlungsfähigkeit. Nach den Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 war eine Regierung der Großen Koalition<sup>100</sup> unter dem Reichskanzler Hermann Müller (SPD) gebildet worden. „Die Anforderungen des ersten Krisenwinters stellten das Reichskabinett im Frühjahr 1930 erneut vor das Problem der Sanierung der Finanzen der

<sup>92</sup> ebenda, S. 78 f

<sup>93</sup> ‚Milchstein‘, ein aus Kasein und Formaldehyd gewonnener Kunststoff

<sup>94</sup> Vgl. den Katalog der Kollektionen der Obersteiner Firma Jakob Bengel, die zunächst hauptsächlich Uhrketten hergestellt hatte, in WEBER-STÖBER 2002, S. 99 - 278

<sup>95</sup> RAUSCHER/REDMER 2013, S. 82

<sup>96</sup> ebenda, S. 62

<sup>97</sup> BÜTTNER 2010, S. 588

<sup>98</sup> Der ehemalige Bürgermeister Bergér schreibt aus der Erinnerung oft ohne genaue Zeitangaben. Aus dem Kontext lässt sich aber schließen, dass er hier vom Jahr 1931 spricht.

<sup>99</sup> BERGÉR 1965, S. 110 f

<sup>100</sup> d. h. eine Koalition der ‚Weimarer Parteien‘ SPD, DDP und Zentrum mit der ‚nationalliberalen‘, industrienahen DVP (Deutsche Volkspartei)

Reichsanstalt. Ein mühevoll ausgehandelter Kompromißvorschlag, dem sich auch die SPD als der größte Koalitionspartner unterordnete, sah eine weitere Erhöhung der Beiträge auf 4 Prozent des Bruttolohnes vor. Den Wünschen der Arbeitgeber folgend, beharrte jedoch die Fraktion der DVP auf dem bisherigen Satz von 3,5 Prozent. Dieser Lösung, die den Unternehmern Lohnnebenkosten erspart, aber gleichzeitig die Senkung der Unterstützungssätze erzwungen hätte, widersetzten sich die Vertreter der SPD. Der in der Koalition um eine Beitragslücke von 0,5 Prozent aufflammende Streit schuf den äußeren Anlaß für das Auseinanderbrechen des Kabinetts Müller.“<sup>101</sup>

Am 27. März 1930 endete, was in dem Augenblick kaum einem Zeitgenossen klar wurde, die parlamentarisch-demokratische Regierung des deutschen Reiches. Die Verantwortlichen, besonders Hermann Müller, die SPD und die Gewerkschaften, sind später sehr getadelt worden, weil sie wegen 0,5% die Republik hätten scheitern lassen. Fairerweise muss man aber sagen, dass die Folgen für niemanden erkennbar waren und dass erst die Verelendungspolitik des neuen Reichskanzlers Heinrich Brüning (Zentrum) in den beiden nächsten Jahren die Nationalsozialisten so stark werden ließ, dass sie *am Ende* unvermeidlich zu sein *schienen*. Brünings politischer Zeitplan sah vor: „Zuerst Befreiung von den Reparationen, Abbau des Sozialstaats und Vereinfachung der Verwaltung im Zuge einer Reichsreform, dann die wirtschaftspolitische Wende... Der Beseitigung der Reparationen kam er nahe. ... Doch dieser Erfolg wurde mit der Verschärfung der Wirtschafts- und Staatskrise in Deutschland, mit der Vernichtung vieler Betriebe, der Verelendung weiter Bevölkerungskreise und mit dem dramatischen Anwachsen des politischen Extremismus zu teuer erkaufte.“<sup>102</sup> Brüning regierte gegen die Reichstagsmehrheit mit Hilfe des Notstandsartikels 48<sup>103</sup>, und als der Reichstag nach Art 48 (3) die Außerkraftsetzung einer Notverordnung forderte, ließ er den Reichstag auflösen.

Die Neuwahlen bescherten den rechten Feinden der Republik auf Reichsebene gut ein Viertel (25,3%) der Stimmen; das war zwar kaum mehr, als die SPD allein erhalten hatte. In Oberstein blieb die SPD mehr als doppelt so stark wie die Rechtsradikalen. In Idar allerdings erreichten die Nationalsozialisten einen doppelt so hohen Stimmanteil wie auf Reichsebene. - Der Schock war groß; die demokratischen Parteien im Reichstag hatten Mut und Kompromissfähigkeit gleichermaßen verloren und starrten auf die 107 (von 577!) NS-Abgeordneten wie das Kaninchen auf die Schlange.

5. RT 14. Sept. 1930	Oberstein	Idar	Reich
Abgegebene Stimmen	5.977	4.307	
KPD	5,6 %	6,1 %	13,1%
SPD	41,3 %	23,4 %	24,5%
DStP <sup>104</sup>	3,8 %	15,3 %	3,8%
Zentrum+ BVP	9,3 %	1,8 %	14,8%
DVP	5,3 %	7,3 %	4,5%
DNVP	0,9 %	1,9 %	7,0%
NSDAP	17,7 %	37,2 %	18,3%
Sonstige Parteien	16,0 %	6,9 %	

Im Landesteil Birkenfeld gab es schon in der Besatzungszeit vereinzelt nationalsozialistische Bestrebungen. „Bereits 1920/21 hatten die ersten nationalsozialistischen Versammlungen in der armen Gemeinde Göttschied stattgefunden. 1923 sprach Robert Ley zweimal in Idar. 1925 wurde in Oberstein eine erste Ortsgruppe der NSDAP gegründet. 1928 folgte Idar. Dort erlebte die ‚Bewegung‘ einen deutlichen

<sup>101</sup> BLAICH 1985, S. 65

<sup>102</sup> BÜTTNER 2010. S. 658 und 665

<sup>103</sup> Art. 48: „(2) Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln [Freiheit der Person, Unverletzlichkeit der Wohnung, Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Koalitionsrecht, Recht auf Eigentum] festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen.

(3) Von allen gemäß Abs. 1 oder Abs. 2 dieses Artikels getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstags außer Kraft zu setzen.“

<sup>104</sup> „Deutsche Staatspartei“ war der Name der ehemaligen linksliberalen DDP nach ihrer – politisch widernatürlichen - Fusion mit dem nationalistischen „Jungdeutschen Orden“. Das Zusammengehen nützte im Übrigen nichts, die Partei versank in Bedeutungslosigkeit.

Aufschwung, nachdem sich der deutschnationale Edelsteinkaufmann Herbert Wild für die NSDAP entschieden hatte. Er wurde bald der unumstrittene Führer im Birkenfelder Land und gewann ständig neue Anhänger, insbesondere im national-konservativen bürgerlichen Lager, bei den kleinen Bauern und Schleifern.<sup>105</sup> Wild entspricht dem Typus des lokalen oder regionalen Haudegens der „Kampfzeit“ der NSDAP, der aus seiner Missachtung der Gesetze und seiner Verachtung für die demokratische Willensbildung in gewählten Organen kein Hehl machte, er „schreckte weder im Gemeinderat ... noch im Landtag vor Handgreiflichkeiten bzw. Gewaltdrohungen zurück.“<sup>106</sup> Das überdurchschnittliche Wahlergebnis im September 1930 dürfte in erster Linie auf Wilds Auftreten zurückzuführen sein.

Mit dem Abzug der französischen Besatzungssoldaten war das linksrheinisch geltende Uniformverbot gefallen, und uniformierte Verbände begannen bei den beinahe permanenten Wahlkämpfen<sup>107</sup> der Jahre 1930/32 das Straßenbild in Idar und Oberstein zu prägen – die den Deutschnationalen nahestehenden Veteranenverbände „Kyffhäuser-Bund“ und „Stahlhelm“, die „Sturmabteilungen“ (SA) der NSDAP, das zur Verteidigung der Republik gegründete und in erster Linie von der SPD getragene „Reichsbanner Schwarz Rot Gold“ und der „Rotfrontkämpferbund“ der KPD. Die Erbitterung und Verzweiflung über die sich ständig verschlimmernde materielle Not führten immer häufiger zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Die dagegen erlassene „Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen“ vom 28. 3. 1931 sah zwar die Möglichkeit von Uniformverboten vor, wurde im Oldenburgischen, wo die NSDAP seit den Landtagswahlen vom 17. 5. 1931 stärkste Partei<sup>108</sup> war, aber nur halbherzig umgesetzt. Schon am 24. und 25. Oktober 1931 hielt die NSDAP in Oberstein ihren Gau-Parteitag ab, wozu sich „mehrere Tausend uniformierte Nationalsozialisten in Oberstein versammelten.“<sup>109</sup> „In der ... Stadt Oberstein besaß die SPD eine respektable Anhängerschaft. ... Auch die KPD hatte in Oberstein ein beachtliches Wählerpotential. ... (Daher) wollte die NSDAP im ‚roten‘ Oberstein die Dominanz der Linksparteien brechen.“<sup>110</sup> Es kam zu so heftigen Ausschreitungen, dass der Obersteiner Landtagsabgeordnete Fritz Iffland eine parlamentarische Anfrage an die Regierung richtete, was sie zum Schutze der Bevölkerung zu tun gedenke. In der Debatte ergriff zuerst der NSDAP-Kreisleiter Herbert Wild das Wort. Er behauptete zunächst, das Verhalten der SA sei weitaus disziplinierter gewesen als bei anderen Gelegenheiten das des Reichsbanners, um dann aber mit unverhohlenem Stolz auf mehrere Gewalttaten zu sprechen zu kommen: „Ein Zwischenfall ereignete sich in der Schlossallee, wo irgendeiner einen Riss in den Rücken bekam von 15 cm Länge und 5 cm Tiefe, so dass Lunge, Herz und Leber, alles offen lag. Es ist bekannt, dass, wenn wir anfangen zu hauen, es dann auch sitzt.“<sup>111</sup>

Der Verletzte war der Obersteiner Sozialdemokrat und Reichsbanner-Mann Wilhelm Knau, der später seinen Wunden erlag. Der Messerstecher, ein NSDAP-Mitglied, wurde nicht gefasst. Soweit Schläger überführt wurden, galt: „Bei der strafrechtlichen Aufarbeitung der SA-Übergriffe gelangte das Obersteiner Amtsgericht zu außerordentlich milden Urteilen.“<sup>112</sup>

Das Jahr 1932 spitzte die Gegensätze weiter zu und verschlechterte die Lage der noch verbliebenen Verteidiger der Republik, die sich darum auch in Oberstein zur „Eisernen Front“<sup>113</sup> zusammenschlossen. Im Gründungsaufwurf vom Januar 1932 hieß es: „Es geht um Sein oder Nichtsein, dem Hitlerterror setzen wir die Front der Schaffenden entgegen. Wenn die Faschisten es wagen sollten, in Deutschland den re-

---

<sup>105</sup> BRANDT 1987 a, S. 626 f

<sup>106</sup> RAUSCHER/REDMER 2013, S. 89 auf der Basis eines Zeitungsartikels „Gemeinderatssitzung in Idar unter Polizeischutz“

<sup>107</sup> Gewählt wurde am 14. 9. 1930 der Reichstag (RT), am 17. 5. 1931 der oldenburgische Landtag (LT), am 13. 3. 1932 der Reichspräsident (erster Wahlgang), am 10. 4. 1932 der Reichspräsident (2. Wahlgang), am 29. 5. 1932 der LT, am 31. 7. 1932 und am 6. 11 1932 der RT.

<sup>108</sup> GÜNTHER 1987, S. 436

<sup>109</sup> Im Bericht des Oberpräsidenten der preußischen Rheinprovinz (HEYEN 1967, S. 45 f) an den preußischen Innenminister wird betont, dass die zum Gau-Parteitag anreisenden Personen auf dem Wege in den Landesteil Birkenfeld von der Landjägererei überwacht wurden. „Ein verbotswidriges Auftreten uniformierter Gruppen auf preußischen Boden ist bisher ebenfalls nicht bekannt geworden.“ (*Hervorhebung von mir; U. S.*)

<sup>110</sup> MAIS 2009, S. 63

<sup>111</sup> ebenda, S. 65

<sup>112</sup> RAUSCHER/REDMER 2013, S. 86. – ‚Außerordentlich mild‘ waren die Urteile gemessen am für Landfriedensbruch und Körperverletzung *eigentlich* vorgesehenen Strafmaß, *nicht* außergewöhnlich war leider, dass die republikfeindlichen Richter für „nationale“ Täter viele mildernde Umstände zu finden wussten.

<sup>113</sup> Zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold kamen die SPD, die Gewerkschaften, verschiedene Arbeiter-Kultur- und Sportvereinigungen, die DStP, und der Bund jüdischer Frontsoldaten.

publikanischen Volksstaat zu zertrümmern und der Arbeiterklasse die letzten Reste der sozialen Errungenschaften und die Freiheit zu rauben, dann stoßen sie auf die Eiserne Front.“<sup>114</sup>

Zunächst stand die Wahl des Reichspräsidenten an. Der 85-jährige Hindenburg ließ sich zur Kandidatur für eine zweite Amtszeit bewegen. Dabei ergab sich die paradoxe Situation, dass Hindenburg als Kandidat der republikanisch-demokratischen Parteien<sup>115</sup> ins Rennen ging – als das „kleinere Übel“ gegenüber Hitler. Wieder waren zwei Wahlgänge nötig. Es bereitete Hindenburg ebensoviel Unbehagen, als Kandidat von Parteien, die er überhaupt nicht schätzte, gegen seinen Stahlhelm-Kameraden Duesterberg anzutreten, wie es der SPD schwerfiel, den kaiserlichen Generalfeldmarschall ausgerechnet als Retter der demokratischen Republik zu betrachten.

<b>1. Wahlgang 13. 3. 1932</b>	Oberstein	Idar	Reich	<b>2. - 10. 4. 1932</b>	Oberstein	Idar	Reich
Abgegebene Stimmen				Abgegebene Stimmen			
Duesterberg	25,7 %	5,5 %	6,8 %				
Hindenburg	44,4 %	35,3 %	49,5 %	Hindenburg	56,4 %	36,8 %	53,1 %
Hitler	21,0 %	53,7 %	30,1 %	Hitler	36,3 %	59,4 %	36,8 %
Thälmann	8,8 %	5,5 %	13,3 %	Thälmann	7,3 %	3,8 %	10,2 %

Man sieht, dass in Oberstein die Anhänger der demokratischen Republik (falls man alle Hindenburg-Wähler als solche betrachten darf) noch die Mehrheit, im zweiten Wahlgang sogar die absoluten Mehrheit ausmachten, während in Idar Hitler schon im ersten Wahlgang gewonnen hätte.

In Oldenburg war nach den Landtagswahlen von 1931 keine Regierungsmehrheit zustande gekommen, so dass die Regierung des parteilosen Friedrich Cassebohm geschäftsführend im Amt blieb.<sup>116</sup> Als ein nationalsozialistischer Versuch, ihn durch einen Misstrauensantrag zu stürzen, gescheitert war, betrieb die NSDAP die Auflösung des Landtages. Da die Kommunisten sie dabei unterstützten, fand diese Forderung bei einer Volksabstimmung die Mehrheit. Neuwahlen wurden angesetzt. Im folgenden Wahlkampf sprach Hitler am 20. Mai bei der „größte(n) Massenkundgebung, die jemals an der oberen Nahe stattfand...auf dem Klotzberg.“<sup>117</sup> Die Schätzungen über die Teilnehmerzahlen reichen – je nach dem politischen Standort des Beobachters – von 10.000 bis 30.000 Personen. Am 29. Mai wurde neu gewählt; die NSDAP gewann 24 von 46 Sitzen im oldenburgischen Landtag und konnte am 16. Juni 1932 eine rein nationalsozialistische Regierung unter Carl Röver bilden.<sup>118</sup>

Dankbarkeit gehörte nicht zu Hindenburgs auffälligsten Eigenschaften, er nahm Brüning, der für ihn die Wiederwahl organisiert hatte, persönlich übel, dass er ihn zum Kandidaten auch der SPD gemacht hatte, ließ ihn am 30. Mai fallen und machte Franz v. Papen zum Reichskanzler, der das von Brüning verhängte Verbot von SA und SS wieder aufhob und die preußische Landesregierung wegputschte. Mit Reichstagsauflösung und Neuwahlen bescherte er den Nazis einen rauschenden Wahlerfolg; allerdings: eine *Regierungsmehrheit* hatte die NSDAP – auch im Verein mit der DNVP – trotzdem *nicht* erreicht; und in freien Wahlen sollte sie auch niemals mehr Stimmen und Parlamentssitze gewinnen als in diesen Juliwahlen 1932.

<b>6. RT 31. Juli 1932</b>	Oberstein	Idar	Reich
Abgegebene Stimmen	6.468	5.554	
KPD	14,7 %	6,2 %	14,3%
SPD	34,6 %	16,0 %	21,6%
DStP	0,7 %	1,1 %	1,0%
Zentrum+ BVP	9,9 %	2,1 %	18,7%
DVP	1,6 %	6,2 %	1,2%
DNVP	1,8 %	3,0 %	5,9%
NSDAP	34,9 %	64,2 %	37,4%
Sonstige Parteien	1,8 %	0,6 %	

<sup>114</sup> zit. n. BRANDT 1987 b, S. 48

<sup>115</sup> SPD, Zentrum/BVP, DStP und DVP standen hinter Hindenburg; hinter Duesterberg einzig die DNVP.

<sup>116</sup> GÜNTHER 1987, S. 436 f

<sup>117</sup> RAUSCHER/REDMER 2013, S. 92

<sup>118</sup> GÜNTHER 1987, S. 440 f

Der Unterschied der Sozialstruktur, der politischen Traditionen und wohl auch die Animosität zwischen den benachbarten Städten traten deutlich zutage: Während in Oberstein die Anhänger demokratischer Republik immer noch fast die Hälfte der Stimmen<sup>119</sup> auf sich vereinigen konnten, erlangten in Idar die rechten Feinde der Republik eine Zweidrittelmehrheit.

Unterdessen wirkten sich die Oldenburger Veränderungen im Landesteil Birkenfeld aus. „Nazi-Einpeitscher“ Wild brachte im Idarer Gemeinderat den Antrag ein, Hitler zum Ehrenbürger zu ernennen, Bürgermeister Otto Schmidt „verhindert 1932 im Gemeinderat eine Abstimmung über den NSDAP-Antrag, ... Während mehr als 100 deutsche Städte nach 1945 Hitler symbolisch die Ehrenbürgerwürde aberkannten, blieb Idar-Oberstein diese Peinlichkeit erspart,“<sup>120</sup> da in Oberstein ein derartiger Antrag gar nicht gestellt worden war.

In Oldenburg arbeitete man an der „Gleichschaltung“ auch der Landesteile Eutin und Birkenfeld. Regierungspräsident Walther Dörr wurde „zur Disposition gestellt“, wobei von NS-Seite diffamierende Gerüchte über sein Verhältnis zu den Separatisten verbreitet wurden, die so haltlos waren, dass sie rasch fallengelassen werden mussten. Nachfolger wurde der „alte Kämpfer“ Herbert Wild, zunächst als „Staatskommissar.“ Die gesetzliche Vorschrift, dass der Regierungspräsident die Befähigung zum höheren Justiz- und Verwaltungsdienst haben müsse, wurde für ihn „kurzerhand aufgehoben.“<sup>121</sup>

Die wirtschaftlichen Verhältnisse konnten dadurch nicht gebessert werden, im Gegenteil: die Oldenburger Regierung wandte jetzt genau die Brüning'schen Notverordnungen an, „die sie früher so vehement bekämpft hatte.“<sup>122</sup> Immerhin tat sie etwas dafür, „Ruhe und Ordnung“, wie sie sie verstand, zu sichern. „Sie teilte der erstaunten Öffentlichkeit mit: ‚Um allen Unruhen wirksam entgegenzutreten zu können, hat das Staatsministerium beschlossen, die staatliche Polizei vorübergehend erheblich zu verstärken. Für den Landesteil Birkenfeld ist eine entsprechende Anordnung zwecks Verstärkung der Gendarmerie ergangen. Die Verstärkung bis zu 75 Mann wird in Oberstein auf der Hohl neben der Unterkunft der Ordnungspolizei untergebracht werden.‘“<sup>123</sup> Diese 75 Hilfspolizisten waren SA-Männer.

Der Sozialabbau mit Hilfe von Notverordnungen ging auch unter der Regierung v. Papen, dem „Kabinett der Barone“, weiter. Schon in der zweiten Sitzung des im Juli gewählten Reichstages wurde ein Misstrauensantrag eingebracht. „So erfuhr die Öffentlichkeit, daß 512 Abgeordnete das Kabinett Papen ablehnten und nur 44 es unterstützten.“<sup>124</sup> Es musste also wieder gewählt werden. Das Wahlergebnis brachte zwar keine arbeitsfähige Regierungsmehrheit, aber dafür eine Überraschung: Der NSDAP liefen 2 Millionen Wähler davon, ihr scheinbar unaufhaltsamer Siegeslauf war zum ersten Mal seit zwei Jahren unterbrochen. „Auch wenn sie noch immer die weitaus stärkste Fraktion stellte, war der Nimbus ihrer Unbesiegbarkeit dahin“,<sup>125</sup> denn sie verlor 34 Mandate.

<b>7. RT 6. Nov. 1932</b>	Oberstein	Idar	Reich
Abgegebene Stimmen	6.086	5.440	80,6%
KPD	17,5 %	7,5 %	16,9%
SPD	32,0 %	17,0 %	20,4%
DStP	1,2 %	0,8 %	1,0%
Zentrum+ BVP	9,8 %	1,7 %	15,0%
DVP	5,7 %	13,3 %	1,9%
DNVP	2,8 %	4,7 %	8,9%
NSDAP	30,4 %	54,2 %	33,1%
Sonstige Parteien	0,6 %	0,8 %	

Wer Hitler und seine Schlägerbanden benutzen wollte, um endlich der demokratischen Republik den Todesstoß zu versetzen, musste sich nun also beeilen.

<sup>119</sup> SPD + DStP + Zentrum = 45,2 % der abgegebenen Stimmen

<sup>120</sup> RAUSCHER/REDMER 2013, S. 89

<sup>121</sup> ebenda, S. 94

<sup>122</sup> GÜNTHER 1987, S. 442

<sup>123</sup> REDMER/SCHÜBELIN 1978, S. 52

<sup>124</sup> BÜTTNER 2010, S. 684

<sup>125</sup> ebenda, S. 684



## *Unter der NS-Diktatur (1933 – 1945)*

Da die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 im Gegensatz zu den Wahlkämpfen der Jahre 1930 – 32 unblutig verlief, entstand die Meinung, er sei „ganz legal“ an die Macht gekommen. *Legal* wäre nach der Verfassung aber nur eine Regierung gewesen, der nach erfolgreicher Wahl der Reichstag mit Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen hätte.<sup>1</sup> Nach den Novemberwahlen 1932 war Hitlers Partei davon weiter entfernt als zuvor, sie steckte in einer finanziellen und politischen Krise: Die Wähler liefen ihr davon, das Geld für die aufwendigen Wahlkämpfe war verbraucht. Hindenburg, der zwar schon drei Kanzler unter Bruch der Verfassung mit Hilfe des Art. 48 *gegen* den Reichstag hatte regieren lassen<sup>2</sup>, weigerte sich noch, „den österreichischen Gefreiten zum Wehrminister oder Reichskanzler zu machen“;<sup>3</sup> Hitler schien in einer Sackgasse zu stecken. Nur war, als der Reichspräsident am 26. Januar 1933 diese Versicherung abgab, in einer Hinterzimmer-Intrige der Ausweg aus der Sackgasse bereits gebahnt worden. Im Hause des Bankiers v. Schröder in Köln vereinbarten Hitler und v. Papen am 4. Januar 1933 die Bildung einer gemeinsamen Regierung mit Hitler als Kanzler, Papen als Vizekanzler und der DNVP als Koalitionspartner. Mit 248 von 584 Sitzen hätte diese Koalition zwar auch keine Mehrheit gehabt, aber irgendeine Beteiligung des Reichstages war sowieso nicht vorgesehen. Bei dieser Intrige „wirkten mit: die nächste Umgebung Hindenburgs,<sup>4</sup> das Drängen wirtschaftlicher Interessengruppen,<sup>5</sup> die Schwenkung der DNVP, eine letzte verzweifelte Anstrengung der NS-Führung, Schleichers optimistische Fehlkalkulation<sup>6</sup> und - Papens gekränkter Ehrgeiz. Es wirkten nicht mehr mit: die alten demokratischen Parteien und Gruppen der sterbenden Weimarer Republik.“<sup>7</sup>

Als am 28. Januar Hindenburg v. Schleichers Forderung nach abermaliger Reichstagsauflösung ablehnte, trat dieser zurück – jetzt bedurfte es nur noch geringer Überredungskunst vonseiten Papens, um den Präsidenten zur Ernennung Hitlers zu bewegen. Dieser Vorgang ist unter der irreführenden Bezeichnung „Machtergreifung“ in die Geschichtsbücher eingegangen – „ergriffen“ hat Hitler die Macht nicht, sie wurde ihm zugeschoben von Leuten, die – ein verhängnisvoller Irrtum – glaubten, ihn und seine Schlägerbanden für ihre Zwecke benutzen zu können.

Die Zusammensetzung der Regierung, die am 30. Januar 1933 ernannt wurde, war auf den ersten Blick nicht besorgniserregend: Mit dem Kanzler Hitler, dem Innenminister Frick und dem Minister ohne Geschäftsbereich Göring saßen nur drei<sup>8</sup> Nationalsozialisten im Kabinett; Göring als kommissarischer preußischer Innenminister hatte allerdings das Kommando über die stärkste deutsche Polizeitruppe. Der Vizekanzler v. Papen entstammte wie die parteilosen Minister für Auswärtiges, Finanzen, Justiz, Post und Verkehr schon dem „Kabinett der Barone“. Wirtschaftsminister wurde der Deutschnationale Hugenberg, Arbeitsminister Hindenburgs Stahlhelm-Kamerad Seldte. Der stellvertretende Stahlhelm-Bundesführer Duesterberg meinte beruhigend: „Wir rahmen sie (*die Nationalsozialisten*) ein.“<sup>9</sup>

Der Stuhl, auf dem der Reichskanzler Hitler saß, stand auf ebenso wackeligen Beinen wie der von Brüning, Papen und Schleicher zuvor. Hitler konnte nur solange regieren, wie der Reichspräsident bzw. die Kamarilla bereit waren, den Art. 48 zu seinen Gunsten anzuwenden. Er musste also versuchen, sich aus dieser Abhängigkeit zu befreien. Daher handelte er Hindenburg mit dem Versprechen (einem der ganz wenigen, die er gehalten hat), dies würden nun *die letzten* Reichstagsneuwahlen sein, noch eine Parlamentsauflösung ab. Die Wahlen wurden auf den 5. März 1933 angesetzt; eine Woche davor brannte das

<sup>1</sup> Art. 54 WRV: „Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht.“

<sup>2</sup> Verfassungsbruch wird nicht durch seine Fortsetzung geheilt. Vgl. hierzu BRACHER 1978, besonders S. 471 ff

<sup>3</sup> So wörtlich zum Chef der Heeresleitung, Generaloberst Kurt v. Hammerstein am 26. Januar 1933; „Niederschrift des Generalobersten Kurt von Hammerstein“ im Anhang zu BRACHER 1978 S. 639

<sup>4</sup> ...d. h. die so genannte „Kamarilla“ aus Vertretern der Großlandwirtschaft, der Reichswehr, der höheren Beamtschaft und der Wirtschaft

<sup>5</sup> Die Schwerindustrie versprach sich von einer Kanzlerschaft Hitlers eine Aufweichung der Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages.

<sup>6</sup> General v. Schleicher (Reichskanzler vom 3. Dezember 1932 bis zum 28. Januar 1933) hatte gehofft, die NSDAP spalten und deren „linken“ Flügel gegen Hitler in Stellung bringen zu können.

<sup>7</sup> BRACHER 1978, S. 600

<sup>8</sup> Goebbels bekam sein Ministeramt „für Volksaufklärung und Propaganda“ erst am 13. März.

<sup>9</sup> zit. n. BRACHER 1978, S. 625.

Reichstagsgebäude, was den willkommenen Vorwand für die „Reichstagsbrandverordnung“<sup>10</sup> gab. Ob viele Menschen in Oberstein und Idar die Behauptung geglaubt haben, der Brand sei als Signal für einen kommunistischen Aufstand gedacht gewesen, der gerade noch habe verhindert werden können,<sup>11</sup> lässt sich nicht mehr feststellen. Unmittelbar nach dem Brand lief eine Verhaftungswelle durch das Land – in erster Linie Kommunisten, aber auch kritische Journalisten wie der Pazifist Carl von Ossietzky wurden von den SA-Leuten, die Göring am 11. Februar zu Hilfspolizisten ernannt hatte, in die ersten improvisierten, „wilden“ Konzentrationslager verschleppt.

Man kann die Märzahlen wegen der Behinderungen, denen die Gegner der NSDAP durch die Presse- und Versammlungsverbote auf Grund der Reichstagsbrandverordnung ausgesetzt waren, nur noch sehr bedingt als frei und demokratisch bezeichnen.

8. RT 5. März 1933	Oberstein	Idar	Reich
Abgegebene Stimmen	6.874	6.008	88,8%
KPD	15,1 %	5,3 %	12,3%
SPD	29,3 %	14,6 %	18,3%
DStP	1,3 %	0,5 %	0,9%
Zentrum+ BVP	9,8 %	1,6 %	13,9%
DVP	2,6 %	7,2 %	1,1%
Kampffront Schwarz-Weiß-Rot (DNVP)	5,1 %	8,6 %	8,0%
NSDAP	36,1 %	61,6 %	43,9%
Sonstige Parteien	0,6 %	0,6 %	

Auf der Basis dieses Ergebnisses hätte die Koalition aus NSDAP und DNVP (die sich jetzt „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ nannte) mit einer soliden parlamentarischen Mehrheit (340 von 647 Mandaten) ganz normal verfassungsmäßig regieren können. Genau das wollte Hitler aber nicht; er strebte die völlige Ausschaltung des Parlaments an, was ihm mit dem „Ermächtigungsgesetz“ auch gelang. Die von Goebels inszenierte Reichstagsöffnung in der Potsdamer Garnisonkirche, dem symbolträchtigsten Ort des preußisch-deutschen Patriotismus, mit Hitlers betont bescheidenem Auftreten – das Foto mit seiner tiefen Verbeugung vor dem „greisen Generalfeldmarschall“ Hindenburg wurde rasch und weit verbreitet – vermittelte vielen Menschen aus der bürgerlichen Mitte den Eindruck, dass das „neue“ und das „alte“ Deutschland nun mit einander verbündet seien und dass die abscheulichen Gewaltexzesse von SA und SS damit der Vergangenheit angehörten. Mit dem Potsdamer Rührstück waren die Voraussetzungen geschaffen, dass zwei Tage darauf im Reichstag die Zweidrittelmehrheit für das Ermächtigungsgesetz zustande kommen konnte. Die Mandate der KPD waren kassiert worden, um desto sicherer das verfassungsändernde Quorum zu erreichen. Nach einer sehr tapferen Rede ihres Vorsitzenden Otto Wels stimmte am „schwärzesten Tag ... der deutschen Parlamentsgeschichte“<sup>12</sup> einzig die SPD *gegen* das Gesetz,<sup>13</sup> das der demokratischen Republik den Todesstoß versetzte.

Auf der Basis dieses Gesetzes wurde am 22. 6. die SPD verboten. Der Opportunismus der übrigen Parteien nützte ihnen auch nichts – bis zum Juli hatten sie sich alle „freiwillig“ selbst aufgelöst. Am 14. Juli erging des „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“. Das Ermächtigungsgesetz war zwar auf vier Jahre befristet, wurde aber vom nunmehr gänzlich zahnlosen Reichstag regelmäßig verlängert. Die Existenz der Institutionen Reichstag, Reichsrat und Reichspräsident sollte im Übrigen unangetastet bleiben, und Hitler hat auch dieses Gesetz gebrochen, als er am Todestag Hindenburgs<sup>14</sup> die Ämter von Präsident und

<sup>10</sup> Eigentlich Verordnung „Zum Schutz von Volk und Staat“, 28. 2. 1933. Sie setzte wesentliche Grundrechte außer Kraft, ermöglichte Verbote von Zeitungen, schränkte die Versammlungsfreiheit ein und legalisierte Massenverhaftungen von politischen Gegnern der Nationalsozialisten.

<sup>11</sup> Da man bei einem Verbrechen stets *au banc*, wem nützt das, fragt, drängte sich vielen Zeitgenossen aber andererseits die Antwort auf: „Die Nazis waren es.“ Wir müssen die Jahrzehnte währende Diskussion über die Schuld am Reichstagsbrand hier nicht nachzeichnen – heute scheint alles für eine Alleintäterschaft des niederländischen Kommunisten Marinus van der Lubbe zu sprechen. *Genützt* hat der Brand aber einzig und allein den Nationalsozialisten.

<sup>12</sup> FREI 1987, S. 45

<sup>13</sup> „Art. 1. Reichsgesetze können, außer in den in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren, auch durch die Reichsregierung beschlossen werden. ... Art. 2. Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstages und des Reichsrates als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt. [...]“

<sup>14</sup> 2. August 1934

Kanzler in seiner Person vereinigte.<sup>15</sup> Am gleichen Tag ließ er die Reichswehr auf seine Person vereidigen, und die Offiziere nahmen es hin, dass die Armee des Landes nicht auf den Staat und seine Verfassung schwor, sondern auf einen Mann, an dessen Händen das Blut *auch* eines Reichswehrgenerals klebte.<sup>16</sup>

### *Oberstein und Idar werden Idar-Oberstein (1933 – 1935)*

Der Landesteil Birkenfeld, die Städte Oberstein und Idar hatten am 30. Januar 1933 eine nationalsozialistische „Machtergreifung“ mit SA-Hilfspolizei zwar schon seit einem halben Jahr hinter sich, trotzdem ließ NSDAP-Kreisleiter und Staatskommissar Wild in Idar „SA- und SS-Angehörige antreten und marschierte mit ihnen unter den Klängen des SA-Spielmannszugs zum Rathaus, wo die Hakenkreuzfahne gehisst wurde. Auch in Oberstein kam es zu einer spontanen Jubelfeier... In der Wasenstraße wurde die republikfeindliche schwarz-weiß-rote Flagge gehisst.“<sup>17</sup> Von einem Fackelzug wie in Berlin wird nicht berichtet.

Die darauf folgenden Schritte der nationalsozialistischen Machtfestigung waren in Oberstein und Idar die gleichen wie in allen anderen Regionen des Reiches, und sie erfolgten in derselben Mischung von (schein)legalen Maßnahmen und terroristischer Einschüchterung.

Nach Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes wurden alle kommunistischen Gemeinderäte abgesetzt<sup>18</sup> und der „Nahetal-Bote“, die SPD-Tageszeitung, verboten, das Verlagsvermögen beschlagnahmt. Dem Redaktionsleiter Jupp Füllenbach gelang die Flucht ins Saarland. „Der Drucker des Nahetal-Boten, das frühere SPD-Landesausschußmitglied Karl Rudolph, versuchte im Juni 1933, ein neues Presseorgan, die ‚Obersteiner Zeitung‘ zu gründen, was ihm sofort ein neues Verbot und sechs Wochen Haft einbrachte.“<sup>19</sup> Ein legales Mäntelchen erhielt der Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden und Länder durch das „Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“, das – ohne Wahl – die Stärkeverhältnisse in den regionalen Parlamenten denen des Reichstages anglich. Das Betätigungsverbot für die SPD und die Kassierung ihrer Mandate<sup>20</sup> wurden mit der Reichstagsbrand-Verordnung gerechtfertigt, die Ernennung der NSDAP zur einzig erlaubten Partei wiederum erfolgte durch ein förmliches Reichsgesetz.

Parallel dazu gab es Maßnahmen der Einschüchterung bis hin zur offenen Gewalt. Die erste war der so genannte Juden-Boycott am 1. April 1933, zu dem ein hektographiertes Flugblatt der NSDAP Ortsgruppe Idar<sup>21</sup> aufrief: „Durch Anordnung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, unterstützt durch die Reichs-Regierung soll die gesamte deutsche Bevölkerung alle jüdischen Geschäfte, Rechtsanwälte und Ärzte meiden, um dadurch der Lügen- und Greuelpropaganda, welche gegen Deutschland im Auslande in der gemeinsten Weise durch Juden betrieben wird, entgegenzutreten. ...“ Aus vielen deutschen Städten gibt es Fotos von SA-Leuten vor beschmierten Schaufenstern, die Kunden am Betreten der Läden hindern wollen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass es in Oberstein und Idar nicht anders ausgesehen hat – aber „wir wissen nicht, ob sich SA-Männer aus Idar-Oberstein an diesem Boycott beteiligten und sich am 1. April 1933 vor jüdische Geschäfte stellten. In den Zeitungen wurde nicht darüber berichtet.“<sup>22</sup>

Der 1. Mai, traditionell der Tag, an dem die Organisationen der Arbeiterbewegung für Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten demonstrierten, wurde von der NSDAP okkupiert und als „Tag der nationalen Arbeit“ zum gesetzlichen Feiertag gemacht – was die Republik den Arbeitern versagt hatte. „In der Hoffnung, ein Bekenntnis zu politischer Neutralität und eine Selbstbeschränkung auf wirtschaftliche und soziale Fragen würden anerkannt, ging der Gewerkschaftsbund unter der Führung des altgedienten Sozialdemokraten Theodor Leipart öffentlich auf Distanz zur SPD.“<sup>23</sup> Am 1. Mai 1933 sah es so aus, als würde die Rechnung aufgehen – die „von NSDAP-Führern geleiteten Betriebsgruppen... marschierten zum Göttenbach... wo die zentrale Kundgebung stattfand.“<sup>24</sup> Die Teilneh-

<sup>15</sup> „Gesetz über das Oberhaupt des Deutschen Reiches“ vom 2. August 1934

<sup>16</sup> Im Verlaufe des sogenannten „Röhm-Putsches“ (30. Juni – 2. Juli 1934), der Mordaktion, durch die Hitler sich des SA-Stabschefs Ernst Röhm, zahlreicher höherer SA-Führer und mehrerer Kritiker aus dem bürgerlich-konservativen Lager entledigte, wurde auch General Kurt von Schleicher ermordet Vgl. BLOCH 1970

<sup>17</sup> RAUSCHER/REDMER 2013, S. 97

<sup>18</sup> ebenda, S. 102

<sup>19</sup> BRANDT 1987 b, S. 59

<sup>20</sup> 22. Juni 1933, vgl. RAUSCHER/REDMER 2013, S. 103

<sup>21</sup> abgebildet bei RAUSCHER/REDMER 2013, S. 99

<sup>22</sup> MAIS 2011, S. 353

<sup>23</sup> FREI 1987, S. 62

<sup>24</sup> RAUSCHER/REDMER 2013, S. 106

mer (auch der ADGB hatte zur – im Übrigen verpflichtenden – Teilnahme aufgerufen) hörten eine Übertragung von der zentralen Berliner Veranstaltung, auf der Goebbels dazu aufrief „endgültig die Ideologie des Klassenkampfes zu zerstören und der neuen Idee...der Volksgemeinschaft die Bahn freizulegen.“<sup>25</sup> Mit dem Kampf für die Emanzipation des internationalen Proletariats hatte die Gestaltung des Tages aber nichts mehr zu tun, und keine zwölf Stunden später wurde klar, was mit „Volksgemeinschaft“ tatsächlich gemeint war: Am frühen Morgen des 2. Mai wurde „das Gewerkschaftshaus in der Wilhelmstraße ... von Polizei und SA gestürmt“<sup>26</sup> und der dort wohnende Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes Richard Everling samt Familie hinausgeworfen. Im ganzen Land wurden die Gewerkschaftskassen gestohlen, die Gewerkschaftshäuser geplündert und zugunsten der NSBO bzw. DAF<sup>27</sup> beschlagnahmt. Parallel dazu „rollte eine regelrechte Verhaftungswelle über die Stadt Idar-Oberstein, von der rund 30 Personen, meist aus der KPD und ihrem Umfeld, betroffen waren.“<sup>28</sup>

Vorbild für Hitlers SA und ihre ‚Strafexpeditionen‘ gegen politische Gegner waren die *squadri d'azione* der italienischen Faschisten, die bei ihren *speditions punitive*<sup>29</sup> ihren Gegnern oft Rizinusöl<sup>30</sup> einflößten, um sie zu demütigen. Am 9. Mai 1933 wurden zwei Idarer Geschäftsleute – Richard Effgen, Fabrikant, und Walter Aronheim, Edelsteinhändler – Opfer einer „Rizinusaktion“.<sup>31</sup> Täter waren Mitglieder der NS-Fachgruppe für das Edelsteinschleifergewerbe. Als Vorwand für den Angriff dienten angeblich „unlautere Geschäftspraktiken.“ In Wirklichkeit ging es um politische Gegnerschaft: Effgen war Mitglied der DDP und des Reichsbanners, Aronheim war ebenfalls DDP-Mitglied und Jude. Mit Wissen und Einverständnis des Staatskommissars Herbert Wild wurden Effgen und Aronheim von SS-Angehörigen festgenommen und in das SA-Lokal am Idarer Alexanderplatz gebracht, wo beide beschimpft und gezwungen wurden, je zwei Tassen Rizinusöl zu trinken. Dann wurden beiden Schilder um den Hals gehängt mit den Aufschriften „Industrieschädling“ (Effgen) und „Rizinus-Indianer“ (Aronheim). Mehrere SS-Männer führten sie dann den ganzen langen Weg zum Bahnhof, während ein aufgeetzter Mob sie beschimpfte und bespuckte. Als bei ihnen die Wirkung des Rizinusöls einsetzte, verweigerte man ihnen die Toilettenbenutzung. Man transportierte sie schließlich mit der Bahn nach Birkenfeld, wo sie bis zum 13. (Effgen) bzw. 17. Mai (Aronheim) im Gefängnis einsaßen. Beide waren nach der Entlassung krank.

Effgen wagte es danach, Strafantrag zu stellen. Bei der richterlichen Vernehmung randalierten die Beschuldigten so sehr, dass ein Verhör gar nicht möglich war. Anschließend drangen einige SS-Leute in Effgens Wohnung ein und versuchten „Zeugengeld“ von ihm zu erpressen. Der Brief, den Effgen darauf an den oldenburgischen Ministerpräsidenten schrieb,<sup>32</sup> blieb unbeantwortet; ein Prozess fand vor 1945 nicht statt.<sup>33</sup> Es scheint, dass diese Tat auch bei den Machthabern nicht unumstritten war,<sup>34</sup> so dass weitere Einschüchterungsmaßnahmen dieser Art unterblieben.

Zur Einschüchterung auch auf kulturellem Gebiet dienten schließlich die Bücherverbrennungen. Die Kampagne „Wider den undeutschen Geist“ vom 12. April bis zum 10. Mai 1933 ging aus von der nationalsozialistischen „Deutschen Studentenschaft.“<sup>35</sup> Von den Universitätsstädten verbreiteten sich die Aktionen auch bis in kleinere Orte, in denen meistens die HJ die Ausführung übernahm. Über die Bücherverbrennung in Idar, die am Bismarckturm stattfand, ist nicht viel bekannt, u. a., weil die nationalsozialistische Tageszeitung „Die Westwacht“ nach 1945 weitgehend vernichtet wurde.<sup>36</sup> In Oberstein<sup>37</sup> war der

<sup>25</sup> zit. n. FREI 1987, S. 64

<sup>26</sup> RAUSCHER/REDMER 2013, S. 101

<sup>27</sup> Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation war vor 1933 der Versuch der NSDAP, den „marxistischen“ Gewerkschaften Konkurrenz zu machen. Nach dem 2. Mai 1933 hatte sie ihre Schuldigkeit getan und wurde 1935 zugunsten der „Deutschen Arbeitsfront“ aufgelöst. In der DAF waren „Betriebsführer“ und „Gefolgschaft“ nach dem Führerprinzip zwangsvereint.

<sup>28</sup> MAIS 2009, S. 82

<sup>29</sup> Vgl. REICHARDT 2002, S. 100 ff

<sup>30</sup> Das aus den Früchten des Wundebaumes gewonnene Öl hat eine sehr starke und rasch einsetzende abführende Wirkung.

<sup>31</sup> Das Folgende nach ‚Die Rizinusaffäre in Idar-Oberstein‘ in MAIS 2009, S. 87 – 94. Der Autor wertet die Akten des Strafprozesses aus, der nach Ende der NS-Diktatur 1947/50 geführt wurde. In zweiter Instanz wurden zwei Angeklagte „wegen Nötigung, gefährlicher Körperverletzung, Beleidigung und Freiheitsberaubung in zwei Fällen“ zu je zehn, zwei weitere zu je sieben Monaten Gefängnis verurteilt.

<sup>32</sup> Wortlaut auszugsweise in MAIS 2009, S. 91

<sup>33</sup> ...sondern erst im Dezember 1949, s. u.

<sup>34</sup> Das nimmt H. P. Brandt an; vgl. BRANDT 1987 a, S. 54

<sup>35</sup> Aufruf „Wider den undeutschen Geist“, abgedruckt in FRIEDRICH 1983, S. 22 f

<sup>36</sup> „Verbrannt, verboten – verdrängt? Nazi-Bücherverbrennungen und ihre Folgen.“ In: REDMER 1993, S. 84

Lehrer und HJ-Führer Kurt Steinmetz die treibende Kraft. Die Hitlerjugend hatte Anfang Mai – teilweise auf Geheiß der Schule – öffentliche und private Bibliotheken „gereinigt“ und am Naheufer unterhalb der Marktbrücke<sup>38</sup> einen Bücher-Scheiterhaufen errichtet, den Steinmetz mit Benzin übergoss und anzündete. Der Feuerschein war weithin zu sehen, auf der Brücke, am Naheufer und in den Fenstern der umliegenden Häuser drängten sich die Schaulustigen. Etliche Erwachsene warfen „ihre Bücher selbst auf den Scheiterhaufen... und wollten so ihre über jeden nationalsozialistischen Zweifel erhabene Gesinnung beweisen.“<sup>39</sup> Man kann kaum annehmen, dass alle Anwesenden der Barbarei der Verbrennung von Büchern, die ihnen schließlich mal etwas bedeutet hatten, innerlich zustimmten; aber die Einschüchterungsaktionen des vergangene Vierteljahres zeigten Wirkung. „Allein der Leiter der Göttenbach-Oberrealschule, Oberstudiendirektor Dr. August Kaiser, fand in den Tagen danach den Mut, seine Mißbilligung... zu äußern. Dr. Kaiser distanzierte sich im Unterricht von der Bücherverbrennung.“<sup>40</sup>

Die Wirkung all dieser Aktionen, dazu noch die Nachrichten über die ersten Konzentrationslager bewirkten, dass die Anhänger demokratischer Parteien zwar noch Kontakt miteinander pflegten, zuweilen getarnt durch Familienfeste, Wanderungen o. ä. „Regelrechte Widerstandstätigkeit bestand jedoch nicht. Zu streng war die Kontrolle durch die Nazis.“<sup>41</sup> Im Spätsommer saß das Regime schon sehr fest im Sattel. Was Gegner allenfalls versuchen konnten, war, den Lügen des Regimes eine Art von „heimlicher Öffentlichkeit“ entgegenzusetzen durch das Einschmuggeln von Zeitungen und hektografierten Informationsblättern aus dem noch unter Völkerbundverwaltung stehenden Saargebiet. Der Obersteiner ehemalige SPD-Reichstagsabgeordnete Emil Kirschmann etwa, der nach dem Ermächtigungsgesetz seine politische Arbeit nicht mehr in Berlin fortführen konnte, war u. a. auf diesem Gebiet tätig.<sup>42</sup>

Im März 1933 hatte die NSDAP eine große Eintrittswelle erlebt, wobei die Spannweite der Motive der „Märzgefallenen“,<sup>43</sup> wie der Volksmund sie bald ironisch nannte, von Angst über Opportunismus bis zu Überzeugung reichten. Der prominenteste Obersteiner „Märzgefallene“ war Bürgermeister Bergér. Er selber stellt den Vorgang so dar: „Es wurde immer deutlicher, daß ich mich als neutraler Bürgermeister nicht halten konnte. ... Nach der Reichstagssitzung vom 21. März in der Potsdamer Garnisonkirche setzte man mir die Pistole auf die Brust: entweder Parteigenosse oder ausscheiden aus dem Amt! Ich hing an meinem Beruf und an dieser Stadt, für die ich schon Opfer gebracht hatte. Ich beriet mich mit Freunden. Zu meinem Erstaunen erhielt ich – die Sache hatte sich schon herumgesprochen – den Besuch des Synagogengemeindevorstehers Stern und auch des evangelischen Gemeindepfarrers. Stern meinte: ‚Werden Sie Mitglied!‘ Er erklärte diesen Standpunkt mit den Worten: ‚Wenn Sie gehen, kommt ein echter Nazi, und dann sind wir Juden verloren.‘ Ich wurde Parteigenosse, zunächst als Anwärter. Aber ich wurde niemals richtig anerkannt. ... Aber im Anfang, also in der Zeit, von der ich hier berichte, fiel es mir nicht so schwer, mich der neuen Regierung unterzuordnen. In den damaligen wechselvollen Zeiten, die von Unruhe, Unsicherheit und Katastrophengefahr erfüllt waren, sehnten wir Verwaltungsbeamten und viele andere eine Änderung herbei, eine Ordnung, damit man wieder normal arbeiten konnte und nicht ständig unter dem Druck der Straße stand.“<sup>44</sup>

---

<sup>37</sup> Das Folgende nach REDMER 1993, S. 85, der ein Zeitzeugengespräch zusammenfasst.

<sup>38</sup> Die Brücke musste der Nahe-Überbauung 1986 weichen. Sie verband die Hauptstraße mit der Wasen-/Wilhelmstraße.

<sup>39</sup> REDMER 1993, S. 85

<sup>40</sup> ebenda. – Ob die vier Jahre später erfolgte Versetzung Oberstudiendirektor Kaisers als einfacher Studienrat nach Kreuznach *unmittelbar* mit dieser Kritik zusammenhängt (REDMER 1993, S. 86), ist nicht eindeutig zu sagen. Die Versetzung erfolgte 1937, nach dem Umzug der Schule (Herbst 1933), nach ihrer Verstaatlichung (Ostern 1934) und nach dem Übergang des Landesteils Birkenfeld an Preußen (1. April 1937). In GÖTTENBACH 1952, S. 19 schreibt Otto Ritter („Zur Geschichte unserer Schule“) nur, „auf Betreiben der Partei“ sei Kaiser seines Amtes enthoben und versetzt worden. Man kann aber annehmen, dass, wer den Mut hatte, im Mai 1933 Kritik zu üben, auch später nicht verstummt sein wird.

<sup>41</sup> Redmer/Schübelin 1978, S. 54. – Kontrolle geschah nicht nur, vielleicht nicht einmal in erster Linie, durch die Polizei: „Zahlreiche Vorladungen und Verhaftungen waren nicht, wie häufig angenommen, Folge eigener Beobachtungs- und Überwachungstätigkeit der Politischen Polizei, sondern wurden durch politische Denunziationen aus der Bevölkerung ausgelöst... Erschreckend ist, in welchem Maße Gerichtsverfahren durch private Anzeigen ausgelöst wurden.“ DIEWALD-KERKMANN 1995, S. 289

<sup>42</sup> Vgl. REDMER/SCHÜBELIN 1978, S. 54 f und REDMER 1987, S. 79 ff

<sup>43</sup> Das Wort bezeichnete ursprünglich die in den Barrikadenkämpfen der Revolution 1848 gefallenen Revolutionäre.

<sup>44</sup> BERGÉR 1965, S. 125 f. – Bergérs Lebenserinnerungen „Idar-Oberstein ins schwerer Zeit“ sind, u. a, weil bei Kriegsende viele Idar-Obersteiner Akten vernichtet worden sind, eine für die Zeit von 1933 – 1945 unverzichtbare, aber in manchen Punkten auch schönfärberische Quelle. Die Geschichte von dem Beamten, der auf Anraten des Vorstehers der jüdischen Gemeinde NSDAP-Mitglied wird, klingt eigentlich zu schön, um wahr zu sein. Aber zu widerlegen ist sie nicht. Andererseits

Bergér, Jahrgang 1887, „ein hervorragender Verwaltungsjurist“, <sup>45</sup> war im Ersten Weltkrieg schwer verwundet worden und hatte ein Auge verloren. 1920 zum Bürgermeister von Oberstein gewählt, vermochte er mit den Politikern der in Oberstein dominierenden SPD in gegenseitigem Respekt zusammenzuarbeiten, ohne von seinen durch die Erlebnisse der Separatistenzeit noch verstärkten deutschnationalen Grundüberzeugungen Abstand zu nehmen. Sein NSDAP-Eintritt könnte „wahrscheinlich, sicher ist es nicht... der Grund gewesen sein, Bergér als Stadtbürgermeister der neuen Stadt Idar-Oberstein einzusetzen.“<sup>46</sup> Der Idarer Bürgermeister Otto Schmidt kam jedenfalls nach seiner Weigerung, Hitler zum Ehrenbürger zu machen (s. o. S. 100) für die Oldenburger Regierung nicht für dieses Amt in Frage.

Die beiden Städte Oberstein und Idar waren schon vor der Reichsgründung 1871 durch Geografie, Industrie und Gewerbe und auch durch verwandtschaftliche Beziehungen<sup>47</sup> eng miteinander verbunden, und die Stadträte und –verwaltungen hatten aus diesem Umstand auch schon Konsequenzen gezogen: Die höhere Schule (1872), das Gaswerk (1876), das Elektrizitätswerk (1899), die Straßenbahn (1900) waren Gemeinschaftsunternehmen; selbst der Bahnhof hieß sei 1912 „Oberstein-Idar“. Doch vor der letzten Konsequenz, der Zusammenlegung, scheute der beiderseitige Lokalpatriotismus noch zurück.

Schließlich führten zwei Faktoren zum Durchbruch. Viele kommunalpolitische Maßnahmen – wie etwa Verkehrsplanung, Ausbau der Ver- und Versorgungsnetze, Entwicklung des Bildungs- und Gesundheitssektors – waren von zwei (bzw. drei, da auch Algenrodt in die Zusammenlegung einbezogen wurde) Verwaltungen parallel, also doppelt ausgeführt worden – der Sparszwang infolge der Weltwirtschaftskrise war der eine Faktor. Der andere war das überall zu erkennende Bestreben des NS-Staates, Entscheidungen zu zentralisieren und gesetzgeberische Maßnahmen im „Hauruck-Verfahren“ zu exekutieren, um – was 1933 noch nicht viele erkannten – die Kriegsvorbereitungen möglichst reibungslos durchzusetzen.

Ende September 1933 wurden die Stadtbürgermeister Otto Schmidt, Idar, und Ludwig Bergér, Oberstein, zu einer Besprechung nach Birkenfeld berufen, wo ihnen zu ihrer „größten Überraschung das Gesetz vom 22. September 1933 betreffend die Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung bekanntgegeben“<sup>48</sup> wurde, das nicht nur Oberstein und Idar (nebst Tiefenstein), sondern auch noch das Dorf Algenrodt auf der Höhe über dem Idarbach zu *einer* Stadt vereinigen sollte. In Kraft trat es ohne jede Mitwirkung der Stadtparlamente nur eine Woche darauf, am 1. Oktober 1933: seit diesem Tag war Bergér Bürgermeister von ‚Idar-Oberstein‘, wie die neue Stadt – entgegen der Tradition und zu Entrüstung vieler Obersteiner<sup>49</sup> – jetzt hieß. „Der Volkszorn ... steigerte sich damals so sehr zur Wut, daß das Auto des Ministers Pauly<sup>50</sup> mit Steinen beworfen wurde.“<sup>51</sup>

Natürlich brauchte der größere Ort nun ein größeres Rathaus, und bei der Wahl desselben spielten noch einmal die alten lokalpatriotischen Ressentiments eine Rolle, denn „das neue Verwaltungsgebäude musste zentral gelegen sein, da kam nur die ‚Göttenbach‘ in Frage. Schweren Herzens musste von Oberstein, das mit Schulräumen ausreichend versorgt war, die schöne Schillerschule geopfert werden, in die die Oberrealschule umzog.“<sup>52</sup> „An dem Umzug, der mit Lastautos vor sich ging, nahmen alle Schüler und Schülerinnen sehr tätig Anteil, schafften sie doch alle Bücher der Lehrerbücherei und der Schülerbücherei, alle Karten, Bilder, alle Apparate und Glassachen aus der Chemie, der Physik und der Biologie von einem Haus ins andere. Nur ein Reagenzglas ging entzwei.“<sup>53</sup> Am 28. September zog man mit Musik – und unter Mitnahme des alten Namens – vom alten ins neue Gebäude. Am 27. November nahmen die Mitarbeiter der drei alten Verwaltungen, aus denen erst noch eine *gemeinsame* Verwaltung gebildet werden musste, das

---

„unterschlug Bergér – aus welchen Gründen auch immer – die schlimmen Vorgänge wie die ‚Rizinus-Aktion‘, den Judenboykott in der Stadt, die Bücherverbrennung an der Nahe oder die ‚Reichskristallnacht‘.“ (RAUSCHER 2009, S. 376)

<sup>45</sup> RAUSCHER 2008, S. 105

<sup>46</sup> ebenda

<sup>47</sup> Zahlreiche Beispiele dafür in FALZ 1950

<sup>48</sup> BERGÉR 1965, S. 130

<sup>49</sup> Eine weder bestätigte noch dementierte Vermutung war, dass Idar mit der Voranstellung für die frühen Wahlerfolge der Nazis belohnt bzw. das „rote“ Oberstein bestraft werden sollte. (Mündliche Auskunft)

<sup>50</sup> Julius Pauly (1901 – 1988), aus Birkenfeld stammender Finanz- und Sozialminister in der Oldenburger NS-Regierung 1932–1945.

<sup>51</sup> BERGÉR 1965, S. 131

<sup>52</sup> ebenda, S. 132

<sup>53</sup> Jahresbericht über das Schuljahr 1933/34, zit. n. GÖTTENBACH 1952, S. 18

nunmehrige Stadthaus in Besitz, Aus dem gewissermaßen mitgebrachten „Wust von über siebzig Satzungen aus den drei Gemeinden“ wurden am Ende achtzehn gemeinsame.<sup>54</sup>

Große und kleine Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge mussten koordiniert oder zusammengelegt werden – wohl am gravierendsten war die Schließung des Idarer Krankenhauses zugunsten des Ausbaus der Obersteiner Klinik. Die Verärgerung der Idarer legte sich, als der Chefarzt des Idarer Krankenhauses zum Leiter des (Gesamt-) Städtischen Krankenhauses ernannt wurde. In den Idarer Bau zog eine Abteilung des Reichsarbeitsdienstes ein.<sup>55</sup>

### *Kirche im NS-Staat (1933 – 1945)*

Bei der Bildung des Fürstentums Birkenfeld war auch eine eigene Birkenfelder Landeskirche unter dem Summepiskopat<sup>56</sup> des Großherzogs gegründet worden; sie „bestand bis 1934, in welchem Jahre sie aufgrund freiwilligen Anschlusses den Weg in die Evangelische Kirche der Rheinprovinz in der altpreußischen Union... fand, ... noch während der staatlichen Zugehörigkeit des Birkenfelder Landesteils zu Oldenburg.“<sup>57</sup> Aber schon vor dem Zusammenschluss hatten die politischen Einstellungen in der Birkenfelder und der Rheinischen Kirche weitgehend übereingestimmt. Einerseits hatte ihre Mehrheit – Pfarrer und Gemeinden - nach der Novemberrevolution und dem Verlust des Landesherrn als Kirchenoberhaupt die Republik nie wirklich akzeptiert und als ‚Obrigkeit‘ im Sinne von Römer 13, 1<sup>58</sup> anerkannt, und nach den Erfahrungen der Nachkriegszeit gehörte es „zur Besonderheit dieses rheinischen unierten Protestantismus ... , daß Pfarrer und Gemeinden fast ausschließlich streng antifranzösisch - antikatholisch - antisozialistisch eingestellt“ und damit für die Verheißungen der Nationalsozialisten zumindest empfänglich waren. „Die meisten Pfarrer standen der Deutschnationalen Partei nahe.“<sup>59</sup>

Andererseits bedeutete die Sympathie für die christlich-autoritäre Staatsführung, wie sie im Potsdamer Staatsakt verheißen schien, nicht, dass die Kirchen sich bedingungslos dem „nationalen Staat“ unterwerfen wollten. Der NS-Totalitarismus wiederum war wenig geneigt, geistlich selbständige Gemeinschaften zu dulden, sofern von ihnen irgendeine politische Wirkung ausgehen konnte. Für das Bestreben der staatlichen Stellen, die Kirchen zu kontrollieren, bildete die „Glaubensbewegung Deutsche Christen“ (DC) den Hebel. Die Bewegung war – nach ihrem ersten Auftreten in Thüringen 1927 – in ganz Deutschland 1932 entstanden.

Die Bewegung „sucht den Artikel 24 des NSDAP-Parteiprogramms zur kirchenpolitischen Bewegung auszugestalten. In den Richtlinien der deutschen Christen von 1932 ... heißt es: ‚Wir stehen auf dem Boden des positiven Christentums. Wir bekennen uns zu einem bejahenden artgemäßen Christusglauben, wie er deutschem Luthergeist und heldischer Frömmigkeit entspricht.‘ Am 6. Juni 1932 übernimmt die ‚Glaubensbewegung‘ die politischen Organisationsformen der Nationalsozialistischen Partei. Ihr ‚Reichsleiter‘ (seit diesem Tage Pfarrer Hossenfelder in Berlin) wird von der politischen Partei ernannt.“<sup>60</sup>

Die DC kandidierten erstmals bei den turnusgemäßen Kirchenwahlen in Preußen im November 1932, errangen etwa ein Drittel der Sitze in den Gemeindekörperschaften, lösten damit bei vielen evangelischen Christen Sorgen um die Eigenständigkeit der Kirchen aus und bewirkten Versuche zu ihrer Bewahrung. Die 28 deutschen Landeskirchen hatten sich, nachdem durch die Novemberrevolution das landesherrliche Kirchenregiment beendet worden war, 1922 zu dem relativ lockeren „Deutschen Evangelischen Kirchenbund“ zusammengeschlossen.<sup>61</sup> Die Evangelische Kirche in der preußischen Rheinprovinz war Teil der „Altpreußischen Union“, der größten der 28 evangelischen Landeskirchen in Deutschland, unterschied

<sup>54</sup> BERGÉ 1965, S. 133

<sup>55</sup> CONRADT CHRONIK, S. 238. Zur Person des Verfassers der Chronik, Otto Conradt vgl. die Mitteilungen seines Sohnes Max Conradt in der Einleitung zur Chronik (MAIS 2011, S. 230 f). Zur Entstehungsgeschichte und zur Wieder-Auffindung der Chronik im November 1989 vgl. RAUSCHER 2015, S. 204 ff

<sup>56</sup> In den deutschen Territorien stand der Landesherr als *summus episcopus*, oberster Bischof, an der Spitze der kirchlichen Organisation.

<sup>57</sup> HONIG 1980, S. 6

<sup>58</sup> „Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit außer von Gott; wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott verordnet.“

<sup>59</sup> BRANDENBURG 1985, S. 412

<sup>60</sup> HERMELINK 1950, S. 31

<sup>61</sup> ebenda, 1950, S. 29 f

sich allerdings durch ihren presbyterial-synodalen<sup>62</sup> Aufbau von der Verfassung anderer Kirchen in Preußen.

Der politische Druck seit dem 30. 1. 1933 verstärkte die Bemühungen der evangelischen Christen, sich eine Verfassung mit einer nach außen wirksameren Repräsentanz zu geben. Am 26. Mai 1933 wählten infolgedessen die Bevollmächtigten aller Landeskirchen mit Mehrheit den Betheler Pfarrer Friedrich von Bodelschwingh zum Reichsbischof; „dies war ein Sieg der etablierten Kirche, ein Zeichen der Selbstbehauptung in der allgemeinen Gleichschaltungshysterie, ein Sieg der Konservativen über die Deutschen Christen.“<sup>63</sup> Der Gegenschlag des Regimes ließ nicht lange auf sich warten. Ein der NSDAP angehöriger Landgerichtsrat wurde zum Staatskommissar für alle evangelischen Landeskirchen in Preußen ernannt; Bischof Bodelschwingh trat daraufhin zurück.

Dieser rabiate Kurs rief nun allerdings den Reichspräsidenten auf den Plan. Hindenburg schrieb am 30. Juni an Hitler: „Die Auseinandersetzungen in der evangelischen Kirche und die Gegensätze, die zwischen der preußischen Staatsregierung und der Leitung der preußischen evangelischen Landeskirche entstanden sind, erfüllen mich als evangelischen Christen wie als Oberhaupt des Reichs mit ernster Sorge... Aus einer Fortdauer ... dieses Zustandes muß schwerer Schaden für Volk und Vaterland erwachsen und die nationale Einheit leiden. Vor Gott und meinem Gewissen fühle ich mich daher verpflichtet, alles zu tun, um solchen Schaden abzuwenden.“<sup>64</sup> Hitler gab klein bei und teilte am 12. Juli dem Präsidenten mit, dass der Staatskommissar und dessen Bevollmächtigte zurückgezogen würden und die Kirchen ihre Leitungsgremien in freier Wahl bestimmen könnten.<sup>65</sup> Die am Vortage verabschiedete Verfassung der „Deutschen Evangelischen Kirche“ wurde am 14. Juli als Reichsgesetz verkündet und sah zum ersten Mal einen Reichsbischof an der Spitze vor; am 27. September wurde der Königsberger Wehrkreispfarrer Ludwig Müller in dieses Amt gewählt.

Diese eher kirchenorganisatorischen Befürchtungen wurden im Hinblick auf das Bekenntnis noch gesteigert durch die Kundgebung der „Deutschen Christen“ im Berliner Sportpalast am 13. November 1933, auf der die Entfernung aller Juden aus der Kirche und die Verwerfung des Alten Testaments als eines „Buches von Viehjuden und Zuhältern“<sup>66</sup> verlangt und die „völkische Sendung Luthers“ gefeiert worden war. Daraufhin entstanden an verschiedenen Orten Initiativen zum Zusammenschluss der Pfarrer und Laien, die diesen Übergriffen wehren wollten. In den Kreissynoden Meisenheim, Sobernheim und Kreuznach scheiterte der Versuch der Gleichschaltung durch die DC zunächst, und die den DC entgegentretenden Pfarrer begannen sich in „Bruderschaften“ zu organisieren „Dagegen waren die weiter südlich gelegenen Kreissynoden Birkenfeld ... und St. Wendel im Juli und August 1933 dem Ansturm der DC erlegen. Nur eine geringe Zahl von Pfarrern und Gemeinden war hier standhaft geblieben... Nach dem Anschluß der Landeskirche Birkenfeld an die Rheinische Provinzialkirche (1. 1. 1934) wurde (*durch die Bruderschaften*) die Verbindung auch dorthin aufgenommen. Damit waren die fünf rheinischen Synoden längs der Nahe erfaßt. Entsprechend wurde der Name Nahebruderschaft für diesen Zusammenschluß angenommen.“<sup>67</sup> Die Nahebruderschaft „war seit Beginn des Jahres 1934 auf den Synoden vertreten, auf denen sich langsam die einzelnen Gruppen, die sich im Widerstand gegen die Gleichschaltung der Kirche und gegen den Einbruch der deutschchristlichen Irrlehre zusammengefunden hatten, zur Bekennenden Kirche<sup>68</sup> entwickelten.“<sup>69</sup>

Das auf der Synode in Wuppertal-Barmen vom 29. bis 31. Mai 1934 verabschiedete „Barmer Bekenntnis“<sup>70</sup> war eigentlich nur als theologische Auseinandersetzung mit den DC und den völkisch-rassistischen

---

<sup>62</sup> Das heißt, dass die Leitung der Gemeinden, der Kirchenkreise und der Provinzial- bzw. Birkenfelder Landeskirche in hohem Maße von gewählten Gremien (Presbyterien in den Gemeinden, Synoden auf höherer Ebene) mitbestimmt wurden, im Unterschied zur Leitung durch Landesbischöfe in anderen Landeskirchen.

<sup>63</sup> NORDEN 1984, S. 20

<sup>64</sup> zit. n. HERMELINK 1950, S. 44

<sup>65</sup> NORDEN 1984, S. 47

<sup>66</sup> Zit. n. HERMELINK 1950, S. 55

<sup>67</sup> BRANDENBURG 1985, S. 420 f

<sup>68</sup> Über Entstehung, theologische, organisatorische und kirchenpolitische Entwicklung, über die Spannweite ihrer Aktivität „Zwischen Bekenntnis und Anpassung“ (NORDEN 1985) gibt es eine reichhaltige Spezialliteratur, die zu erörtern zu weit führen würde. Für unsere Gegend enthalten die bereits zitierten Arbeiten von Günter van Norden reiches Material.

<sup>69</sup> BRANDENBURG 1985, S. 422

<sup>70</sup> Eigentlich: „Theologische Erklärung zur gegenwärtigen Lage der Deutschen Evangelischen Kirche“; abgedruckt in HERMELINK 1950, S. 109 ff



Vorstellungen dieser „SA Jesu Christi“ von „arteigner, heldischer“ Religion gedacht. Faktisch wurden die sechs Barmer Thesen aber zu einem Akt des Widerstandes, weil sie keine anderen Quellen für die Verkündigung als Gottes Wort anerkannten. Streng theologisch gemeinte Formulierungen – „Wir verwerfen die falsche Lehre, als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären... Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne und dürfe sich die Kirche abseits von diesem Dienst besondere, mit Herrschaftsbefugnissen ausgestattete Führer geben und geben lassen... Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen...“<sup>71</sup> – wurden aber tatsächlich zum Widerstand in doppelter Hinsicht: Mit der Zurückweisung des völkischen Denkens stellten sie ein konstitutives Element der NS-Ideologie in Frage; mit der Zurückweisung des Totalitätsanspruch des Staates negierten sie das ‚Führerprinzip‘. Es gehörte Mut zu diesem Bekenntnis.

„Im April 1936 gehörten 33 Pfarrer und Vikare zur Nahebruderschaft“<sup>72</sup> In der Synode Birkenfeld waren es ganze drei Pfarrer, darunter Otto Lueg in Idar.<sup>73</sup> Daneben gab es in Oberstein eine Bekenntnisgemeinde „ohne eigene(n) Bekenntnispfarrer“<sup>74</sup> Neben der Verkündigung im und durch den Gottesdienst waren „Gemeindetage unter dem Wort“ und Bekenntnissynoden Mittel, sich gegen nationalsozialistische Eingriffe zu wappnen. Der erste Gemeindetag „Unter dem Wort“ traf sich am 8. Juli 1934 in Meisenheim, und „bis zum Sommer 1936 fanden ähnliche Veranstaltungen ... auch in Sobernheim, Winterburg, Idar, Laubenheim, Offenbach, Roxheim und Windesheim statt.“<sup>75</sup> Pfarrer Lueg in Idar empfand seine Vereinzelung vermutlich als aussichtslos, er „passte sich ... weitgehend an, leistete keinen Widerstand“<sup>76</sup> – jedenfalls soweit wir unterrichtet sind.<sup>77</sup>

Die letzte Bekenntnissynode tagte am 13./14. Juni 1937 in Waldböckelheim, sie „war schon überschattet von der Nachricht über die am 31. 5. 1937 erfolgte Verhaftung von Pfarrer Paul Schneider aus Dickenschied... Bei der Beerdigungsfeier in Dickenschied für den am 18. 7. 1939 im KZ Buchenwald ermordeten Pfarrer Paul Schneider war auch die Nahebruderschaft zahlreich vertreten und erlebte dort die Gemeinschaft der Brüder aus ganz Deutschland.“<sup>78</sup>

Die politisch-theologische Gegenposition vertrat in Idar „Pfarrer Emil Lichtenberger, geb. 2. 11. 1893, Studium in Bonn und Halle, seit 1920 Pfarrer in Idar. Er ließ sich von den Deutschen Christen einfangen. 1933 war Lutherjubiläum.“<sup>79</sup> Anlässlich eines Festgottesdienstes stellte er Luther und Hitler auf eine Ebene.<sup>80</sup> Nach dem am 19. Dezember 1933 unterzeichneten Abkommen zwischen Reichsbischof Müller und ‚Reichsjugendführer‘ Baldur von Schirach ließen einzelne DC-Pfarrer, darunter Lichtenberger, „in seltsamer Bereitschaft ihre ... Jugendgruppen in die HJ überführen - ... mit dem Hinweis, hiermit eine volksmissionarische Aufgabe zu erfüllen.“<sup>81</sup> Ob und inwieweit der Gegensatz zwischen Lueg und Lichtenberger den Gemeindefrieden gestört oder gar die Gemeinde gespalten hätte, ist nicht deutlich.

1943 kam Pfarrer Johannes Löwenstein aus Barmen-Wupperfeld – nach weitgehender Zerstörung seines Gemeindegebietes durch Bombenangriffe – als kommissarischer Vertreter für den zur Luftwaffe eingezogenen Pfarrer Lichtenberger nach Idar-Oberstein. In Barmen-Wupperfeld hatte er als entschiedener Anhänger des radikalsten Flügels der DC (der „Nationalkirchlichen Einigung“) die Gemeinde durch

---

<sup>71</sup> Auszüge aus den Thesen 2, 4 und 5. der Erklärung, zit. n. HERMELINK a. a. O.

<sup>72</sup> ebenda, S. 420 f. – Der Autor bemerkt dazu: „Die Namen genau festzustellen, ist überaus schwierig. In diesen gefährdeten Zeiten war es nicht ratsam, Mitgliederlisten zu führen.“

<sup>73</sup> BUTTERWECK 1976, S. 222

<sup>74</sup> ebenda, S. 223

<sup>75</sup> BRANDENBURG 1985, S. 426

<sup>76</sup> MAIS 2011, S. 44

<sup>77</sup> Die Tatsache, dass Pfarrer Lueg nach dem Krieg Mitarbeiter im Entnazifizierungsausschuss (ebenda) war, spricht jedenfalls für seine antinationalsozialistische Haltung. Er betreute Häftlinge im Internierungslager Algenrodt (s. u.) und soll zu den inhaftierten NSDAP-Funktionären gesagt haben: „Das geschieht Euch recht.“ (ebenda).

<sup>78</sup> BRANDENBURG 1985, S. 427

<sup>79</sup> 450. Geburtstag

<sup>80</sup> MAIS 2011, S. 44

<sup>81</sup> BRANDENBURG 1985, S. 427

Veränderungen der Liturgie und des Glaubensbekenntnisses gespalten;<sup>82</sup> und auch an der Nahe „sprach (er) noch in den beiden letzten Gottesdiensten vor Ende des 2. Weltkrieges vom Endsieg.“<sup>83</sup> Über seinen Verbleib nach 1945 ist nichts bekannt

Die zahlenmäßig viel kleinere katholische Gemeinde war, durch das Konkordat (s. u.) erst einmal in ihrer Eigenständigkeit geschützt, nicht von nationalistischen Spaltungen heimgesucht. Als im Jahre 1936 der oldenburgische Minister Pauly ein Verbot religiöser Symbole in Schulen (Kruzifixe in den katholischen, Lutherbilder in den evangelischen Konfessionsschulen) erließ, erhob sich unter den oldenburgischen Katholiken ein solcher Sturm der Entrüstung, dass die Verbotsvorgabe zurückgenommen werden musste – was sich auch im Landesteil Birkenfeld herumsprach. „Gemeinschaftlicher Widerstand hatte die scheinbar übermächtige Staatspartei zum Einlenken gezwungen.“<sup>84</sup>

Bei Ausbruch des Krieges wurden die Eingriffe in die innere Ordnung der Kirchen gemäßigt, das Regime wollte die Geschlossenheit der Bevölkerung nicht aufs Spiel setzen. Einzelne Menschen, die aufgrund ihrer christlichen Überzeugung dem Regime gegenüber kritisch auftreten oder darauf beharrten: „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen,“<sup>85</sup> hatten dennoch Verfolgung zu erleiden. Einer von ihnen war der Lehrer am Göttenbach-Gymnasium Georg Maus. Maus<sup>86</sup>, 1888 als Sohn eines evangelischen Pfarrers geboren, hatte er sich 1914 als Kriegsfreiwilliger gemeldet. 1921 brach er sein Theologiestudium ab und studierte Deutsch, Geschichte und Religion für das Lehramt. 1934 wurde er Gründungsmitglied der Bekennenden Kirche (s. o. S. 108 f). Nach Anstellungen in Wuppertal und Düsseldorf und seinem Austritt aus dem NS-Lehrerbund 1939 wurde er 1943 nach Idar-Oberstein versetzt. Hier<sup>87</sup> antwortete er im Religionsunterricht auf die Frage einer Schülerin, ob das christliche Gebot der Feindesliebe sich auch auf britische Bomberbesatzungen beziehe: „Ja, so steht es in der Bergpredigt.“<sup>88</sup> Die Antwort wurde bekannt, Maus weigerte sich zu widerrufen und wurde vom Volksgerichtshof wegen „Wehrkraftzersetzung“ zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, die er in Berlin-Plötzensee, dann wegen seines schlechten Gesundheitszustandes im Gefängnislazarett Moabit verbüßte. Als die Rote Armee sich Berlin näherte, wurden die Gefangenen in Güterwagen ohne Wasser und Verpflegung Richtung KZ Dachau verlegt. Maus starb unterwegs; seine Leiche wurde in der Nähe von Hochstädt/Main aus dem Zug geworfen und erst nach fünf Tagen am Rande des Friedhofs von Hochstädt beigesetzt. 1960 fand er seine letzte Ruhe in der Ehrengedenkstätte des ehemaligen KZ Flossenbürg. Heute heißt die Straße, an der das damalige Schulgebäude des Göttenbach-Gymnasiums liegt, nach Georg Maus.

### *Kriegsvorbereitungen (1934 – 1939)*

Die Politik der Regierung Hitler war vom ersten Tage an darauf gerichtet, Deutschland erst kriegsbereit und –fähig zu machen und dann einen Revanche-Krieg zum Gewinn der europäischen Hegemonie zu führen. Schon am 3. Februar 1933 hatte der Kanzler vor den Befehlshabern des Heeres und der Marine bei einem Besuch in der Wohnung des Generals Kurt von Hammerstein-Equord ausgeführt:

„Ziel der Gesamtpolitik allein: Wiedergewinnung der pol. Macht. Hierauf muß gesamte Staatsführung eingestellt werden (alle Ressorts!).

1. Im Innern. Völlige Umkehrung der gegenwärt. innenpol. Zustände in D. Keine Duldung der Betätigung irgendeiner Gesinnung, die dem Ziel entgegensteht (Pazifismus!). ... Einstellung der Jugend u. des ganzen Volkes auf den Gedanken, daß nur d. Kampf uns retten kann u. diesem Gedanken gegenüber alles zurückzutreten hat. ...

2. Nach außen. Kampf gegen Versailles. Gleichberechtigung in Genf; aber zwecklos, wenn Volk nicht auf Wehrwillen eingestellt. ...

<sup>82</sup> HELMICH 1985, S. 283 ff.; - „Gottesfäiem“ statt Gottesdiensten; „Ich glaube an den Heiligen Geist, der alle die guten Willens sind, zur festen Kette tatliebender Gemeinschaft verbindet, und der mir Kraft verleiht, in rechter Ritterschaft zu kämpfen für die Verkündigung des Evangeliums und für meines Volkes Gut, Ehre und Freiheit.“ (S. 286)

<sup>83</sup> MAIS 2011, S. 45

<sup>84</sup> REDMER 1992, S. 126

<sup>85</sup> Apostelgeschichte 5, 29

<sup>86</sup> alle biografischen Daten nach <http://rpb.lbz-rlp.de/cgi-bin/wwwalleg/goorppd.pl?s1=-pk01449>

<sup>87</sup> das Folgende nach MAIS 2011, S. 431

<sup>88</sup> Matthäus 5, 44

4. Aufbau der Wehrmacht wichtigste Voraussetzung für Erreichung des Ziels: Wiedererringung der pol. Macht. Allg. Wehrpflicht muß wieder kommen. Zuvor aber muß Staatsführung dafür sorgen, daß die Wehrpflichtigen vor Eintritt nicht schon durch Pazif., Marxismus, Bolschewismus vergiftet werden ... Wie soll pol. Macht, wenn sie gewonnen ist, gebraucht werden? Jetzt noch nicht zu sagen. Vielleicht Erkämpfung neuer Export-Mögl., vielleicht – und wohl besser – Eroberung neuen Lebensraums im Osten u. dessen rücksichtslose Germanisierung.“<sup>89</sup>

Trotz der Warnung der Linksparteien: „Wer Hitler wählt, wählt Krieg!“<sup>90</sup> - diese alleinige Zielsetzung des neuen Regimes war in den ersten beiden Jahren für die meisten Menschen nicht erkennbar, sie sahen aber seine – scheinbaren<sup>91</sup> – Erfolge: Die Arbeitslosigkeit hatte im Winter 1932/33 noch einmal einen Höhepunkt erreicht, aber „zum Zeitpunkt der nationalsozialistischen Machtübernahme am 30. Januar 1933 hatte die deutsche Volkswirtschaft die Talsohle der Depression bereits durchschritten“<sup>92</sup> – das weltweit zu beobachtende Abflauen der Wirtschaftskrise hielt sich NS-Regierung ebenso unverdient zugute wie das Ende der Reparationszahlungen, das noch die Regierung Brüning in Lausanne ausgehandelt hatte. Die Nationalsozialisten kamen mit dem Versuch, diese Entwicklungen sich selber zuzurechnen, bei der Bevölkerung – in Idar-Oberstein und überall – durch. Die Kritiker waren mundtot gemacht.

Bürgermeister Bergér hatte noch „bei der Zusammenlegung der Gemeinden...mit Grauen dem Winter 1933/34 entgegen“<sup>93</sup> gesehen. Aber der Wohlfahrtsetat der Stadt (allgemeine Fürsorge und Fürsorge für die Ausgesteuerten) schmolz dann von 920.000 Mark 1933/34 auf 160.000 Mark 1934/35 zusammen: „es war ein Wunder.“<sup>94</sup> Zu diesem ‚Wunder‘ trugen mehrere Faktoren bei – innere und äußere. Das von Brüning erreichte Ende der Reparationszahlungen ermöglichte auch ein Ende seiner verhängnisvollen Spar- und den Beginn einer expansiven, kreditfinanzierten Wirtschaftspolitik. Die NS-Regierung griff dabei auf Pläne der freien Gewerkschaften<sup>95</sup> (natürlich ohne Nennung der Autoren) aus der Ära Brüning zurück und legte kreditfinanzierte Arbeitsbeschaffungsprogramme auf. „Diese Arbeiten liefen allmählich an, um immer größeren Umfang zu bekommen. Zehntausende von Tagwerken wurden geleistet. Es mußten Arbeiten sein, bei denen möglichst wenig Material gebraucht wurde. Die Hindenburgstraße (jetzt Mainzer Straße) wurde von der Pappelstraße ab weitergetrieben in Richtung Bahnhof. Man hob das Erdreich (Wald) auf das Niveau der jetzigen Straße ab, sprengte die Felsen und fuhr die Massen mit Loren zum Hommelplatz, den man damit auffüllte. ... Ähnlich wurde der Platz ‚Auf der Idar‘ ...aufgefüllt.... Die Finanzierung aller Notstandsmaßnahmen geschah durch Reichsmittel der verschiedensten Art: Reichswesthilfe, Oeffa-Mittel,<sup>96</sup> Sondermittel für die Westmark usw. Das Geld war da, und es rollte. Ganz groß wurde der Straßenbau aufgezogen, als der Bau der Kasernen in Algenrodt und auf Klotz begonnen wurde.“<sup>97</sup>

Bald gab es auch Aufträge, die der Idar-Obersteiner Industrie stärker entsprachen: „Die hiesige Schmuckindustrie stellt das Märzabzeichen für das WHW<sup>98</sup> her ...die Edelstein- und Metallschmuckin-

---

<sup>89</sup> Handschriftliche Aufzeichnung des Generalleutnant Liebmann (so genanntes „Liebmann-Protokoll“) – zit. n. WENDT 1987, S. 186 f

<sup>90</sup> In der Reichspräsidentenwahl 1932 hatte die KPD für ihren Kandidaten Thälmann u. a. mit der Parole geworben: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler; wer Hitler wählt, wählt den Krieg.“

<sup>91</sup> „Scheinbar“, weil die 1934 voll einsetzende Aufrüstungskonjunktur durch eine massive Staatsverschuldung finanziert wurde. Allerdings verschleierte man durch ein schwunghaftes System von sich selbst refinanzierenden Finanzwechseln und Reichsschatzanweisungen sowie durch Lohnstopp, Rationierung und Preiskontrollen geschickt das tatsächliche Ausmaß.

<sup>92</sup> BLAICH 1985, S. 115

<sup>93</sup> BERGÉR 1965, S. 152

<sup>94</sup> ebenda

<sup>95</sup> „Im Dezember 1931 veröffentlichten drei Spitzenfunktionäre des ADGB, Wladimir Woytinsky, Fritz Tarnow und Fritz Baade, nach sorgfältiger Vorbereitung in der Gewerkschaftspresse, ihren WTB-Plan: ein kreditfinanziertes Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Beschäftigung von etwa einer Million Arbeitslosen. Auf einem außerordentlichen Krisenkongreß erklärte es der ADGB im April 1932 zu seinem offiziellen Programm.“ BÜTTNER 2010, S. 657. – Brüning dagegen „zauderte mit seiner Zustimmung und betonte den Vorrang der Lösung der Reparationsfrage.“ BLAICH 1985, S. 107

<sup>96</sup> „Öffa-Wechsel (nach der „Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten“, einer Schein-Firma) waren (ähnlich wie die späteren Mefo-Wechsel) ein Mittel zur verdeckten Staatsverschuldung, da die auf die Öffa gezogenen und von der Reichsbank rediskontierten Wechsel in keinem Haushaltsplan auftauchten.

<sup>97</sup> BERGÉR 1965, S. 154 f

<sup>98</sup> ‚Winterhilfswerk‘ – Hilfsorganisation, in der unter Führung der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) alle Verbände der Wohlfahrtspflege, Behörden, Wirtschaftsverbände und NS-Organisationen zusammenwirkten. Das WHW führte mas-

dustrie unserer Stadt (ist) mit der Herstellung des Abzeichens betraut worden. ... (Es) handelt... sich bei dem Abzeichen um die Schlussplakette des WHW, die in der Zeit vom 23. März bis 31. März 1935 verkauft werden soll. Beteiligt ist an dem Auftrag... sowohl die Edelstein- als auch die Metallindustrie. Durch diese außerordentlich begrüßenswerte Maßnahme werden im hiesigen Gebiet... mindestens tausend Volksgenossen in Arbeit und Brot gebracht. Vorerst sind sechs Millionen Abzeichen bestellt... Bei der Plakette werden sämtliche deutsche Edelsteinarten Verwendung finden... 1500 Volksgenossen des Schleifergewerbes und 1500 Metallarbeiter kamen durch diesen Auftrag des Reiches in Arbeit und Brot. Im Ganzen wurden siebenhunderttausend Dutzend Plaketten hergestellt.“<sup>99</sup> Dazu kamen immer mehr Aufträge für die flexible und technisch sehr versierte Obersteiner Kleinmetallwaren-Industrie als Folge der – in den beiden ersten Jahren der NS-Diktatur noch verschleierte – Wiederaufrüstung.

Die weltweite wirtschaftliche Erholung ermöglichte der Idar-Obersteiner Exportindustrie auch die Rückkehr auf den Weltmarkt; denn „schließlich hatten die Frauen in Deutschland, aber auch in der ganzen Welt durch die allgemeine Besserung der Wirtschaftslage wieder ein größeres Schmuckbedürfnis, das der Idar-Obersteiner Industrie zugute kam.“<sup>100</sup>

Nachdem ausgerechnet der Vatikan am 20. Juli 1933 durch den Abschluss eines Reichskonkordates<sup>101</sup> das bis dahin wegen seines brutalen Vorgehens international isolierte Regime „salonfähig“ gemacht hatte, brachte die Saar-Abstimmung<sup>102</sup> den ersten Erfolg im von Hitler erklärten „Kampf gegen Versailles“ (s. o. S. 110).

„Das Saargebiet war 1933 für viele reichsdeutsche Nazi-Gegner die Anfangsetappe auf dem Weg ins Exil. An der Saar fand man nicht nur einen gewissen Schutz vor Verfolgung, sondern auch Gelegenheit zur Neuorientierung.“<sup>103</sup> Vom Saargebiet aus versuchten die ins Exil gedrängten Sozialdemokraten, Kommunisten und bürgerlich-demokratischen Hitler-Gegner vorsichtig Kontakt zu ihren politischen Freunden im Reich zu halten und Informationen gegen die Nazi-Propaganda einzuschleusen.<sup>104</sup> Die reichsdeutschen Exilanten und die saarländischen Linksparteien befürworteten eine Verschiebung der 1935 vorgesehenen Volksabstimmung über die Zukunft des Gebietes. Sie hofften 1933/34 immer noch auf den baldigen Sturz des Regimes und argumentierten, das Saargebiet solle nur in ein freies und demokratisches Deutschland heimkehren. „Anfänglich schien das Argument, eine Abstimmung dürfe erst dann stattfinden, wenn Deutschland von der Nazi-Diktatur befreit sei, beim Völkerbund Gehör zu finden. ... (Die Nazis) inszenierten geschickt ein diplomatisches Wechselbad aus Drohungen und Beschwichtigungen und veranlaßten damit den Völkerbund am 4. Juli 1934 schließlich, den 13. Januar 1935 als Abstimmungstermin festzulegen.“<sup>105</sup> Zur Abstimmung standen drei Möglichkeiten: Angliederung an Frankreich – Angliederung an das Deutsche Reich – Beibehaltung des *status quo*. Die erste Möglichkeit war aussichtslos, die zweite hätte einen Erfolg Hitlers bedeutet; damit blieb den reichsdeutschen Hitlergegnern und den saarländischen Linkspartien nichts anderes übrig, als unter der Parole „Schlagt Hitler an der Saar“ für die dritte Möglichkeit zu werben.

Die NS-Propaganda trommelte auf beiden Seiten der Grenze für den Anschluss, auch in Idar-Oberstein. Der Bahnhof war mit Tannengrün „herrlich geschmückt. ... In der Stadt waren alle Häuser und Straßen beflaggt. Am Vortag der Abstimmung, dem 12. Januar, läuteten von 19 bis 20 Uhr die Glo-

---

senwirksam inszenierte Sammelaktionen durch, die als Beweis für die ‚Volksgemeinschaft‘ dienen sollten. Wer gespendet hatte, bekam ein kleines Abzeichen.

<sup>99</sup> CONRADT CHRONIK S. 240 f. – Es scheint, dass mit ‚Abzeichen‘ einfache metallene Anstecknadeln, mit ‚Plaketten‘ aufwendigere, mit Steinen besetzte Broschen gemeint sind.

<sup>100</sup> BERGÉ 1965, S. 153

<sup>101</sup> In dem Vertrag sicherte Hitler der Kurie – im Gegenzug zum päpstlichen Verbot für Priester und Ordensleute, sich politisch zu betätigen – die Unabhängigkeit der katholischen theologischen Fakultäten, der Bekenntnisschulen und des ganzen katholischen Vereinswesens zu. Überflüssig, zu sagen, dass das Regime sich an diese Zusagen keineswegs zu halten beabsichtigte.

<sup>102</sup> Nach dem Saar-Statut des Versailler Vertrages wurde das Industriegebiet aus Teilen der bayerischen Pfalz und der südlichen preußischen Rheinprovinz für 15 Jahre (gerechnet vom Inkrafttreten des Vertrages am 10. Januar 1920) unter Völkerbundverwaltung gestellt. Danach sollte eine Volksabstimmung über die Zukunft des Gebietes entscheiden. Abstimmungsberechtigt waren auch „Exil-Saarländer.“

<sup>103</sup> REDMER 1987, S. 74

<sup>104</sup> Die in Saarbrücken erscheinende sozialdemokratische „Deutsche Freiheit“ nannte sich im Untertitel „einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands“. REDMER 1987, S.77

<sup>105</sup> REDMER 1987, S. 86 f

cken, rings im Land wurden Höhenfeuer abgebrannt... Am Tag der Abstimmung – es war ein Sonntag – war morgens um 4 Uhr großes Wecken... Die Abstimmungsberechtigten, im ganzen 140 aus unserer Stadt, wurden mit den Autos der NSKK-Kameraden... zum Bahnhof gebracht.“<sup>106</sup> Dort wurden die Abstimmungsunterlagen kontrolliert, und auf einer kurzen Kundgebung mit SA-Kapelle sprachen der „Ortsgruppenwart“ des Bundes der Saarvereine sowie der Kreisleiter und Regierungspräsident Herbert Wild. „Um 5. 51 ging der Zug ab, der die Abstimmungsberechtigten nach ihrer saarländischen Heimat brachte. Am Abend, sofort nach dem Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses, formierten sich in allen Stadtteilen große Fackelzüge.“<sup>107</sup> Mit Reden, Gesang und Musik wurde in allen Stadtteilen gefeiert.

Das Ergebnis – 0,4% für den Anschluss an Frankreich, 8,8% für den *status quo*, 90,8% für den Anschluss an das Deutsche Reich – zeigte, dass die politisch-vernünftigen Argumente der Nazi-Gegner gegen wirklich vorhandene und von der NS-Propaganda gepflegten Heimwehgefühle<sup>108</sup> nicht angekommen waren. Die Hitlergegner hatten ihre Niederlage immerhin für möglich gehalten, nicht aber eine solche Katastrophe. Die Reichsdeutschen – darunter auch der Obersteiner Reichstagsabgeordnete Emil Kirschmann – mussten sich jetzt vor dem Zugriff der NS-Staatsgewalt in Sicherheit bringen; die meisten wählten das französische Exil.<sup>109</sup>

Der Erfolg ermutigte Hitler zum ersten offenen Bruch des Versailler Vertrages: Am 1. März war das Saargebiet „rückgegliedert“ worden; am 16. März verkündete Hitler die Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht. Auch die jungen Männer Idar-Obersteins wurden jetzt wehrpflichtig, denn § 12 des Wehrpflichtgesetzes bestimmte: „(1) Die Wehrpflichtigen werden durch die Ersatzdienststellen der Wehrmacht erfaßt. (2) In der entmilitarisierten Zone werden die Wehrpflichtigen durch die Behörden der allgemeinen und inneren Verwaltung erfaßt.“<sup>110</sup> Am 13. Juni wurden die Angehörigen der Geburtsjahrgänge 1914 und 1915 zur Musterung aufgerufen.

Der nächste, hochriskante Vorstoß gegen die Nachkriegsordnung und zudem ein Bruch des Locarno-Vertrages war die militärische Besetzung der linksrheinischen Gebiete am 7. März 1936, die gelang, ohne dass ernsthafte Sanktionen<sup>111</sup> folgten. Die Begeisterung der Bevölkerung über die „Wiederherstellung der Gleichberechtigung“ dürfte echt gewesen sein, in Idar-Oberstein umso mehr, als hier die Aussicht bestand, dass die Stadt eine große Garnison bekommen würde.

Gerüchte über die Planung neuer Garnisonen im Linksrheinischen hatten Bürgermeister Bergér veranlasst, ausgerüstet mit Luftaufnahmen der Hohl-Schule, die ja als Kaserne geplant gewesen war (s. o. S. 93 f) nach Frankfurt zu fahren, wo es ein „allerdings noch als zivile Dienststelle getarnt(es)“ Amt, zuständig „für die Vorbereitung von linksrheinischen Garnisonsorten,“<sup>112</sup> geben sollte. Kurz nach dem Besuch wurde die Stadtverwaltung tatsächlich aufgefordert, Bauplätze für die Errichtung einer Infanterie- und einer Artillerie-Kaserne zu nennen. Eine Kommission aus Militärs und zivilen Bau-Sachverständigen besichtigte die vorgeschlagenen Plätze in Algenrodt (nördlich des Friedhofs, durch die Straße Idar – Algenrodt – Rötweiler erschlossen) und auf dem Klotzberg, der bis auf den Sportplatz unbebaut und völlig unerschlossen war. Geld spielte bei der Aufrüstung offenbar keine Rolle, wie man aus einer von Bürgermeister Bergér mitgeteilten Anekdote schließen kann: „Bei einer Ortsbesichtigung [auf dem Klotzberg] fragte der kleinste der Militärs einen Begleiter: ‚Kann man hier Kasernen bauen?‘ – ‚Bauen schon, aber es wird eine Null an den Baukosten mehr ausmachen.‘ – ‚Das tut nichts,‘ sagte der Kleine.“<sup>113</sup> Die Wehrkreisverwaltung ließ sich auch über die Leistungsfähigkeit der städtischen Wasser- und Stromversorgung unterrichten.<sup>114</sup>

Die Bauarbeiten begannen schon im Januar 1937 in Algenrodt (spätere Straßburg-Kaserne). Für den Bau der Klotzberg-Kaserne wurde zunächst ein großer Schrägaufzug an den Hang über dem Idarbach

---

<sup>106</sup> CONRADT CHRONIK, S. 241 f

<sup>107</sup> ebenda, S. 242

<sup>108</sup> Ein Plakat der ‚Deutschen Front‘ warb: ‚Deutsche Mutter – heim zu Dir!‘ Abbildung in REDMER 1987, S. 85

<sup>109</sup> REDMER 1987, S. 96 f

<sup>110</sup> Zit. n. SALOMON 2015, S. 376 f

<sup>111</sup> Der Völkerbundsrat verurteilte am 19. 3. das deutsche Vorgehen als Bruch des Locarno-Vertrages, beließ es aber bei dem papierenen Protest.

<sup>112</sup> BERGÉR 1965, S. 157. – Der Autor nennt das Datum der Reise nicht, doch ergibt sich aus dem Zusammenhang, dass sie zwischen der Einführung der Wehrpflicht (16. 3. 1935) und der Rheinlandbesetzung (7. 3. 1936) stattgefunden haben muss.

<sup>113</sup> BERGÉR 1965, S. 158. – Der ‚Kleine‘ war ein General von Armin, der Begleiter Baurat Geisler.

<sup>114</sup> ebenda, S. 141

gebaut, um Baumaschinen und –material auf die Höhe des Klotzberges befördern zu können – die Klotzbergstraße musste nämlich erst noch in den Felsen über der Nahe gesprengt werden. Die Bauarbeiten waren an auswärtige Großunternehmen als Generalunternehmer vergeben worden, aber auch für Subunternehmen in der Stadt und der Umgebung fielen Aufträge an. Schließlich wurde die Hindenburg- (heute Mainzer) Straße über die Nahebrücke bis zum Bahnhof verlängert – in erster Linie, damit die Kasernen eine Verbindung zur Bahn bekamen, aber natürlich profitierten auch die Einwohner und die Betriebe im Idartal von der erheblich verkürzten bequemerer Verbindung. Neben den Kasernen wurden auch Wohnungen für Offiziere und Unteroffiziere errichtet – an der Klotzbergstraße, darunter an der Mainzer Straße und für die Straßburg-Kaserne in der Idarer Turnhallenstraße.<sup>115</sup> Die Anlage der Neuwegsiedlung auf der Struth fällt in diese Zeit. Und schließlich wurde „Purpers Schlösschen“<sup>116</sup> in der damaligen Adolf-Hitler-Straße 118 der repräsentative Sitz des ‚Infanterie-Kommandeurs 34‘, später anderer höherer Stäbe.<sup>117</sup>

Die Baukosten betragen allein für die Klotzbergkaserne 32 Millionen RM, eine für 1938 gewaltige Summe. Aber immerhin: „Die abwechslungsreich und geschickt der Topographie angepasste Anlage galt auf der Architekturausstellung 1938 in München als die schönste Kaserne Deutschlands.“<sup>118</sup> Alles in allem hatten die Arbeiten für die beiden großen Kasernen, die das Stadtbild und die Bevölkerungsstruktur erheblich veränderten, weniger als anderthalb Jahre gedauert.

Ohne Zweifel profitierten Stadt und Umland von Idar-Obersteins Entwicklung zur Garnisonsstadt: allgemein durch Infrastrukturverbesserungen, die örtlichen Unternehmen zudem durch Aufträge, der Einzelhandel und die Gastwirtschaften durch die Kaufkraft der Armeeeingehöriger. Die Begeisterung, die der Einzug der Soldaten – am 30. April 1938 der III. Abteilung des Artillerie-Regiments 34 in die Straßburg-Kaserne, am 23. September 1938 des Infanterie-Regiments 107 in die Klotzbergkaserne<sup>119</sup> – bei den Einwohnern Idar-Obersteins auslöste, dürfte daher echt gewesen sein, vielleicht auch, weil das Regime sich noch betont friedliebend gab wie beim Einzug der Artilleristen: „Girlanden spannten sich von den Fenstern und hier und da sogar über die ganze Straßenbreite, Transparente wie das: ‚Des Führers Parole: Arbeit, Ehre, Frieden!‘ grüßten die Soldaten als Garanten des friedlichen deutschen Wiederaufbaus unter nationalsozialistischer Führung.“<sup>120</sup> Aber unter den laut Jubelnden werden auch Anhänger der Arbeiterbewegung und der verbotenen Weimarer Parteien gewesen sein, die die Friedensparolen *nicht* glaubten und beim Gedanken an Unterdrückung und Verfolgung ohnmächtig die Fäuste geballt haben.

Dass die Kasernen- und Straßenbauten nicht in erster Linie „hilfreiche Strukturpolitik in einer ländlichen Region“<sup>121</sup> waren, dass es sich um reale Kriegsvorbereitungen handelte, hätte schon ein Blick über die Nahe nach Süden lehren können: „Auf der gebirgigen Hochfläche zwischen Nahe und Glan... wurde ab 1937 der Truppenübungsplatz Baumholder als eine von drei Anlagen dieser... Größenordnung ... eingerichtet.“<sup>122</sup> 12.000 ha Land, darunter große Teile des Idar-Obersteiner Winterhauch-Waldes mit für die Stadt wichtigen Trinkwasserquellen wurden enteignet; 3.970 Einwohner von 13 Dörfern wurden umgesiedelt, ihre Heimat vernichtet. „Bei der feierlichen Abgabe des ersten Artillerieschusses mußte ich [*Bürgermeister Bergér*] das Protokoll mit unterschreiben.“<sup>123</sup>

Mittelbar ebenfalls in den Zusammenhang der Kriegsvorbereitungen gehört das „Groß-Hamburg-Gesetz“,<sup>124</sup> das zur Zentralisierung und Effizienzsteigerung der Verwaltungen gedacht war, durch das die

---

<sup>115</sup> ebenda, S. 160

<sup>116</sup> ... die 1894 für den Perlenhändler Karl August Purper erbaute Villa in Idar, Hauptstraße 118. (DENKMALTOPOGRAPHIE S. 321 f)

<sup>117</sup> [www.lexikon-der-wehrmacht/Kasernen/wehrkreis12/KasernenIdarOberstein](http://www.lexikon-der-wehrmacht/Kasernen/wehrkreis12/KasernenIdarOberstein)

<sup>118</sup> DENKMALTOPOGRAPHIE, S. 338. – Es widerstrebt mir, U. S., einer Unterkunft der Armee, die sich nur ein Jahr später anschickte, Europa in Schutt und Asche zu legen, das Attribut ‚schön‘ zuzubilligen. Andererseits: Wir betrachten heute Burgen des Mittelalters und Festungsanlagen des Barock, die zu ihrer Zeit auch kriegerischen Zwecken dienten, als ‚schön‘, und der Blick auf die Kasernen-Anlage mit ihren Giebeln und Dachreitern, mit den mehrere terrassierte Ebenen begrenzenden Natursteinmauern über der Stadt und dem Mündungswinkel von Idarbach und Nahe ist heute zumindest beeindruckend. Man darf vielleicht das Instrument getrennt von den Intentionen derer betrachten, die es handhabten.

<sup>119</sup> BERGÉR 1965, S. 161

<sup>120</sup> Bericht der Idar-Obersteiner „National-Zeitung“, 2. 5. 1938, zit. n. MAIS 2011, S. 70

<sup>121</sup> So ironisch RAUSCHER/REDMER 2013, S. 113

<sup>122</sup> DENKMALTOPOGRAPHIE S. 90

<sup>123</sup> BERGÉR 1965, S. 160

<sup>124</sup> „Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen“ vom 26. Januar 1937

120-jährige Verbindung Birkenfeld – Oldenburg gekappt und der Landesteil als nunmehr preußischer Landkreis Birkenfeld am 1. April 1937 auf den „Marsch ins Einheitsreich“<sup>125</sup> geschickt wurde; der oldenburgische Regierungspräsident Wild wurde preußischer Landrat. Für den Alltag in Idar-Oberstein bedeutete diese Veränderung wenig, und die Wehrmacht kümmerte sich sowieso kaum um die zivile Verwaltungs-Organisation.

Die meisten Menschen – in Idar-Oberstein und überall in Deutschland – wollten keinen Krieg, die Erinnerungen an den letzten waren noch frisch, aber sie wollten auch, dass die als ungerecht empfundenen Regelungen von Versailles aufgehoben wurden. Die Friedensverheißungen des Regimes wurden nicht zuletzt deswegen geglaubt, weil die beiden ersten Verstöße<sup>126</sup> gegen die Versailler Nachkriegsordnung ohne einen Schuss gelungen waren. Als zwei Jahre nach der Rheinlandbesetzung auch noch der „Anschluss“ Österreichs (12. 3. 1938) ohne Eingreifen Großbritanniens und Frankreichs glückte und das „Großdeutsche Reich“ ausgerufen wurde, „stand Hitler ... auf dem Höhepunkt seiner Popularität in Deutschland überhaupt. ... In dem Jubel und der Zustimmung schwang die Erleichterung mit, daß es wieder einmal gut gegangen war. ... Wie bei der Rheinland-Besetzung schlug die besorgte Stimmung erst in Begeisterung um, als die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung gebannt und der großdeutsche Traum ohne Blutvergießen verwirklicht schien.“<sup>127</sup> „Auch in Idar-Oberstein fanden ... abends große Heimkehrfeiern statt. Beide Turnhallen waren gefüllt bis zum letzten Platz.“<sup>128</sup>

Beim Abschluss des Münchner Abkommens<sup>129</sup> am 29. September 1938, mit dem auch die deutsche Minderheit in der Tschechischen Republik „heim ins Reich“ geholt und damit fremdes Staatsgebiet anektiert wurde, überwog jedoch die Angst; die Bevölkerung in München feierte den britischen Premier Chamberlain als Friedensstifter. „Mit diesem Volk kann ich noch keinen Krieg führen,“<sup>130</sup> soll Hitler bei der Gelegenheit geäußert haben. Allerdings hielt ihn das nicht davon ab, seinen Generälen den Auftrag zu erteilen, Pläne für die „Erledigung der Resttschechei“ auszuarbeiten. Als diese am 15. März 1939 in die Tat umgesetzt wurden, das Deutsche Reich erstmals mit offener Kriegsgewalt auch über seine ethnischen Grenzen hinausgriff, machte die britisch-französische Garantie der Unabhängigkeit Polens klar, dass jede weitere deutsche Expansion Krieg bedeuten würde.

Aber Deutschland hatte mit seiner massiven Aufrüstung auf der Basis einer versteckten Staatsverschuldung seine Volkswirtschaft bereits in eine Krise getrieben, die letztlich nur durch die „Flucht in die gewaltsame Aggression“<sup>131</sup> gelöst werden konnte; der *point of no return* war überschritten

### *Von der Gleichberechtigung bis zur Verfolgung – die Juden in Idar-Oberstein (1602 – 1945)*

Im Jahre 1602 vermerkt das Obersteiner Gerichtsbuch dass „Niclas Loch und seine Hausfrau Götz von Israel und seiner Hausfrau Margaret kaufen, was sie, Margaret, von ihrem Vater ererbt hat, um 131 Gulden.“<sup>132</sup> Dieser Israel ist der erste Obersteiner Jude, den wir mit Namen kennen, sein uns namentlich nicht genannter Schwiegervater ist der erste jüdische Grundbesitzer, von dem wir wissen – wo genau das Grundstück, das er seiner Tochter vererbt hat, in Oberstein liegt, erfahren wir nicht; dass am Anfang des 17. Jahrhunderts Juden schon eine Weile in der Herrschaft Oberstein gelebt hatten, ist aber sicher.

Bereits in der Römerzeit gab es Juden im Rheinland.<sup>133</sup> Ob und wieweit sie die Stürme der Völkerwanderung überstanden haben, ist aus Mangel an Quellen nicht zu klären. Schon Anfang des 10. Jahrhunderts jedenfalls hören wir wieder von jüdischen Gemeinden in Mainz, Trier, Worms und Speyer. Im christlich

<sup>125</sup> „Birkenfelder Zeitung“ vom 1. April 1937, zit. n. RAUSCHER/REDMER 2013, S. 112

<sup>126</sup> S. o.: 16. 3. 1935 Wehrpflicht; 8. 3. 1936 Rheinlandbesetzung

<sup>127</sup> THAMER 1986, S. 578

<sup>128</sup> CONRADT CHRONIK, S. 254

<sup>129</sup> Auf der Münchener Konferenz zwischen Hitler, Mussolini (Italien), Chamberlain (Großbritannien) und Daladier (Frankreich) wurde beschlossen, dass die Tschechoslowakei das Sudetengebiet sofort an Hitlerdeutschland abtreten müsse. Vertreter der eigentlich betroffenen Tschechoslowakischen Republik waren nicht anwesend. Das Abkommen markierte zugleich Höhepunkt und Ende der britischen Appeasement- (Beschwichtigungs-) Politik.

<sup>130</sup> THAMER 1986, S. 598

<sup>131</sup> WENDT 1987, S. 171. – Zur Art und Weise, wie der NS-Staat die deutsche Volkswirtschaft – von der Lebensmittelversorgung bis zur Rüstungsproduktion – durch Kriegsbeute aus den eroberten und ausgeplünderten Ländern in Gang hielt vgl.

**Ally, Götz:** Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus. Frankfurt/M 2005

<sup>132</sup> zit. n. MEIGEN 1986, S. 16

<sup>133</sup> ARNOLD 1986, S. 14

geprägten europäischen Mittelalter geriet eine Gruppe mit anderer Religion – und d. h. auch: einem abweichenden Festkalender – fast zwangsläufig in eine Außenseiterposition. Die Handwerkerzünfte, die nicht nur berufsspezifische Angelegenheiten regelten, sondern auch religiös-gesellschaftliche Funktionen<sup>134</sup> ausübten, forderten als Aufnahmevoraussetzung u. a. das christliche Bekenntnis. Daraus folgte für Juden zwangsläufig die vorherrschende Betätigung im Handel.

Einen tiefen Einschnitt in der Geschichte der Juden im Rheinland stellten die Kreuzzüge dar – der christliche Heilige Krieg, den Papst Urban II. im November 1095 auf der Synode von Clermont predigte, wandte sich nicht nur gegen die ‚Sarazenen‘ in der Ferne, sondern auch gegen die Juden in der Nähe – die Pogrome von 1096 im Zusammenhang mit dem ersten Kreuzzug, die von 1146 im Zusammenhang mit dem zweiten forderten zahllose Menschenleben in den rheinischen Städten und riefen, da die Pogrome die öffentliche Ordnung in Gefahr brachten, die Obrigkeit auf den Plan. Kaiser Friedrich Barbarossa 1157<sup>135</sup> und sein Enkel Friedrich II. 1236<sup>136</sup> stellten die Juden des Reiches unter besonderen Schutz, natürlich nicht umsonst, sondern um den Preis der „Kammerknechtschaft“. Friedrich II. erklärte es zur Pflicht des Kaisers, wegen der „Rechtsbestimmungen, die für die Ungläubigen erlassen wurden“, die Juden als ein „besonders anvertrautes Volk gütig zu regieren und gerecht zu schützen“, weil nämlich „alle Unsere Kammerknechte“ darum gebeten hätten. Mit „Kammer“ ist die Schatzkammer, also die Finanzbehörde des Kaisers gemeint, der die Juden jetzt ‚gehörten‘ und der sie für ihren Schutz besondere, nur der Kammer zustehende Steuern schuldeten. Die jüdische Gemeinschaft war damit aus der übrigen Bevölkerung herausgelöst und unter ein Sonderrecht gestellt worden – Juden wurden wie Ausländer behandelt, selbst wenn ihre Familien schon seit Jahrhunderten an einem Ort lebten.

Das Recht, die Juden zu schützen und sich dafür gut bezahlen zu lassen, war zum Regal, also zum königlichen Recht geworden, das wie viele andere<sup>137</sup> Regalien im Laufe der Zeit vom König an die Landesherren übergang. „Als Schutz- oder Geleitjuden galten diejenigen, die nach Auffassung des jeweiligen Landesherrn die Voraussetzungen dafür erfüllten, sich in einer bestimmten Stadt oder einem Dorf niederlassen zu dürfen. Zuvor mußten sie beim Inhaber des Judenregals ... individuell oder kollektiv um den Schutz bzw. das Geleit nachsuchen -“<sup>138</sup> und dafür bezahlen. Infolge der territorialen „Zersplitterung“ fanden die Juden ihren Einzug in diese Territorien (*des oberen Naherkaumes*) zu unterschiedlichen Zeiten. Der Kaiser erteilte beispielsweise 1301 der Wildgrafen und 1340 den Herzögen von Pfalz-Zweibrücken das Recht, ‚Juden zu halten.‘ Und während in Oberstein schon im 16. Jahrhundert Juden zugelassen wurde(n), durften sie sich im Idarbann und in der Hinteren Grafschaft Sponheim bis zur Franzosenzeit nicht niederlassen -“<sup>139</sup> angeblich, denn „auch in Idar wohnten trotz aller irrtümlichen gegenteiligen Behauptungen schon um 1700 Juden.“<sup>140</sup> Die bedeutendste jüdische Gemeinde in der Herrschaft Oberstein war „sicherlich Hoppstädten, das als eine der ältesten jüdischen Niederlassungen dieses Raumes gilt. Trotz der Konkurrenz Oberstein blieb es bis in die 1930er Jahre hinein Sitz des Landesrabbinats.“<sup>141</sup>

Ein Ausdruck des landesherrlichen fiskalischen Interesses war, dass, wer sich in einem Gebiet niederlassen wollte, eine Einzugsgebühr zahlen und ein bestimmtes Vermögen (in Oberstein 300 fl) nachweisen musste.<sup>142</sup> Für Juden war diese Einzugsgebühr deutlich höher als für Nichtjuden.<sup>143</sup> Außerdem mussten Juden (und nur sie) für ihr Aufenthaltsrecht in regelmäßigen Abständen eine ‚Geleitsrenovation‘ bezahlen

<sup>134</sup> Man denke an die christlichen Heiligen, die Schutzpatrone bestimmter Berufsgruppen waren, oder an die Seitenaltäre in den Stadtkirchen, die von bestimmten Zünften betreut wurden.

<sup>135</sup> lat. Text und deutsche Übersetzung: WEINRICH 1977, S. 240 ff

<sup>136</sup> ebenda, S. 496 ff

<sup>137</sup> wie z. B. das Befestigungs-, das Markt-, das Zoll- und schließlich sogar das Münzrecht

<sup>138</sup> KASPER-HOLTKOTTE 1996, S. 35

<sup>139</sup> MEIGEN 1986, S. 8 f

<sup>140</sup> LEWIN 1927, S. 193. - Man muss sich klar machen, dass die Quellenüberlieferung lückenhaft ist und dass obendrein zwischen den schriftlich fixierten Verboten und der alltäglichen Wirklichkeit durchaus Lücken klaffen können. Wie wäre es sonst zu erklären, dass zuweilen Juden in Orten erwähnt werden, in denen sie – nach dem ein paar Jahre oder Jahrzehnte alten Verordnungstext – eigentlich gar nicht leben durften? –

Der Aufsatz: *Zur Geschichte der Juden in der Herrschaft Oberstein* von Dr. Alex Lewin (1888 – ca. 1944), Birkenfelder Landesrabbiner in Hoppstädten von 1920 – 1933/39 erschien 1927 im „Idarer Anzeiger“ aus Anlass des 50jährigen Jubiläums der Obersteiner Synagoge. Er beruht auf in der NS-Zeit verlorengegangenen Quellen, hat mittlerweile selbst Quellencharakter und wurde darum im HEIMATKALENDER 2004 wieder-veröffentlicht.

<sup>141</sup> KASPER-HOLTKOTTE 1996, S. 78 – Zum Landesrabbinat s. u.

<sup>142</sup> s. o. S. 22

<sup>143</sup> KASPER-HOLTKOTTE 1996, S. 106, Tab. 8 b



– in der Herrschaft Oberstein alle 8 – 10 Jahre 6 – 15 fl, sowie ein jährliches Schutzgeld in gleicher Höhe.<sup>144</sup> Als die Obersteiner Juden dank der Finanzkraft des aus Becherbach zugewanderten Hayum Herz ein „im unteren Flecken gelegenes Haus“ erwerben konnten, „um es als Bethaus einzurichten,“<sup>145</sup> nutzte die Landesherrschaft das aus, um die vollständige Verfügung über ‚ihre‘ Juden zu sichern: In einer Verordnung von 1784 wies sie die Obersteiner Juden an, nur das eigene Bethaus zu besuchen und „sich künftig nicht mehr (zu) unterfangen, sich zum Synagogenbesuch in fremde Nachbarschaft zu begeben, andernfalls sie zehn Goldgulden Strafe und bei Zahlungsunfähigkeit den Schutzverlust ... zu erwarten hätten.“<sup>146</sup>

Da den Juden die Landwirtschaft ebenso verschlossen war wie das Handwerk, „waren sie also auf den Kleinhandel angewiesen. Der Kauf und Verkauf von Pferden, Ochsen, Kühen lag in ihren Händen, doch waren sie auch auf diesem Gebiet nicht ohne Konkurrenz. Es gab auch genug christliche Viehhändler.“<sup>147</sup> Für das Nahe-Hunsrück-Gebiet waren besonders die Birkenfelder Viehmärkte von großer Bedeutung: „Allein im Jahre 1780 fanden dort 22 Viehmärkte statt, zu denen Händler von Trier, Metz, Straßburg, Mainz und Mannheim erschienen ... Für einen Aufenthalt im Amt Birkenfeld von maximal vier Tagen musste jeder Jude im Jahre 1765 25 Kreuzer zahlen, ab 1782 waren es nur noch 15 Kreuzer.“<sup>148</sup> Und obwohl die jüdischen Händler für die regionale Wirtschaft eine wichtige Rolle spielten, mussten sie ständig mit erneuten Geldforderungen oder, bei Zahlungsunfähigkeit, mit dem Verlust des Geleits und ihrer Ausweisung rechnen. Ein Wechsel in der Person des Landesherrn konnte schon reichen – bis zu Besetzung der Region durch französische Revolutionstruppen 1794.

Man kann sich gut vorstellen, dass Menschen, die in derart prekären Verhältnissen lebten, mit Interesse nach Frankreich schauten, wo ein Dekret der Nationalversammlung vom 28. September 1791 die vollständige staatsbürgerliche Gleichheit, unabhängig vom religiösen Bekenntnis, verkündet hatte: „In der Erwägung, daß die notwendigen Voraussetzungen dafür, ein französischer Bürger zu sein, durch die Verfassung festgelegt sind und daß jeder, der diese Voraussetzungen erfüllt und sich durch die Leistung des Bürgereides zur Erfüllung aller von der Verfassung ihm auferlegten Pflichten bereit erklärt, ein Recht auf sämtliche Vorteile hat, die sie zusichert, widerruft die Nationalversammlung alle in ihre früheren Dekrete aufgenommenen Benachteiligungen, Vorbehalte und Ausnahmestimmungen bezüglich der jüdischen Personen, die den Bürgereid leisten; dieser gilt als Verzicht auf alle in der Vergangenheit zu ihren Gunsten beschlossenen Privilegien und Befreiungen.“<sup>149</sup> Dieses Dekret galt seit 1798 / 1801<sup>150</sup> auch in der einstigen Herrschaft Oberstein, und es machte Hoffnung auf ein Ende der Diskriminierung.

Aber der Weg zur Gleichberechtigung war schwierig, und er endete bald. Die Auswirkungen der französischen Herrschaft auf die linksrheinischen Juden lassen sich in drei Phasen teilen: Von der Besetzung 1794 bis zur verfassungsrechtlichen Angliederung an Frankreich 1801 hingen die Juden staatsbürgerrechtlich in der Luft – die französische Besatzungsmacht kassierte alle den Landesherrn ehemals zufließenden Steuern, also auch das Schutzgeld, andererseits wurden die Juden nun aber auch zu solchen Abgaben herangezogen, von denen sie bisher frei waren. Zwischen 1801 und 1808 dann galten sie als verfassungsrechtlich gleichgestellt (also von Schutzgeldzahlung usw. befreit) und hatten die Rechte französischer « Citoyens ». Seit 1808 aber galten die napoleonischen Dekrete, die die Juden abermals unter Sonderrecht stellten.<sup>151</sup>

Schon in der zweiten Phase zeigte sich, dass rechtliche Gleichheit zwar eine notwendige, aber keineswegs eine zureichende Voraussetzung für Gleichberechtigung und Emanzipation waren. Denn die Vorurteile der christlichen Bevölkerung schwanden natürlich nicht über Nacht. „Den Juden ging es darum, grundsätzlich und eindeutig als vollberechtigte und -verpflichtete Bürger anerkannt und behandelt zu werden. Dies sollte sich in einer entsprechenden Lebenspraxis niederschlagen und nicht bloß in theoretischen Gleichheitsansprüchen und -zusicherungen. In der Praxis stellten sich Gewohnheitsrechte, Traditionen, mentale und psychosoziale Dispositionen auf Seiten der Nichtjuden als entscheidende Hemmnisse

---

<sup>144</sup> ebenda, Tab 8 d u. f

<sup>145</sup> LEWIN 1927, S. 194

<sup>146</sup> FRANZ 1966, S. 86

<sup>147</sup> LEWIN 1927, S. 194

<sup>148</sup> KASPER-HOLTKOTTE 1996, S. 80 f

<sup>149</sup> zit. n. GRAB 1973, S. 93

<sup>150</sup> Nach dem Frieden von Campo Formio 1797 bzw. von Lunéville 1801. S. o. S. 48 ff

<sup>151</sup> KASPER-HOLTKOTTE 1996, S. 189 f

heraus.<sup>152</sup> Deutlich wird das u. a. im Fortbestehen von – bestenfalls spöttischen, oft aber auch verächtlichen oder gehässigen – Redensarten über Juden, ihre Bräuche und – angeblichen – Verhaltensweisen.<sup>153</sup>

In der dritten Phase von 1806 an verschlechterte sich die staatsbürgerliche Situation der Juden wieder. Im Elsass hatte es antijüdische Ausschreitungen, in Frankreich zahlreiche judenfeindliche Veröffentlichungen gegeben, die sogar die mittelalterliche Mär von der Brunnenvergiftung wieder aus der Versenkung holten.<sup>154</sup> Vermutlich um die Lage zu beruhigen, erließ Napoleon am 30. Mai 1806 ein Dekret, das den angeblichen jüdischen Wucher verhindern sollte: „Auf den uns erstatteten Bericht, daß in mehreren Departementen vom Nord unsers Reichs gewisse Juden, die kein andres Gewerbe als den Wucher treiben, durch Häufung der unmäßigsten Zinse mehrere Pflüger dieses Lande in einen höchst elenden Zustand versetzt haben, haben wir gedacht, wir müßten denjenigen unserer Untertanen, die eine ungerechte Habsucht solchergestalt auf das äußerste gebracht, zu Hilfe kommen.“<sup>155</sup>

Vorstellungen aufgeklärter deutscher und französischer Politiker, dass auch Christen, sogar Geistliche, Wuchergeschäfte trieben, fruchteten nichts.<sup>156</sup> Die Forderungen jüdischer Kreditgeber wurden für ein Jahr ausgesetzt und sollten dann überprüft werden, was zahlreiche Betroffene in den Ruin treiben musste.

Zugleich schickte sich Napoleon an, die Juden insgesamt unter Aufsicht zu stellen. Am 17. März 1808 verkündete er „zwei weitere Dekrete, die die Judenschaft endgültig unter staatliche Kontrolle zwangen und vor allem ihre staatsbürgerliche Gleichstellung revidierten. Das erste Dekret schränkte die Handels- und Geldgeschäfte und die Freizügigkeit der Juden stark ein und verpflichtete sie unbedingt zum Militärdienst. Dieses « Décret infâme », <sup>157</sup> wie es die Juden bezeichneten, sollte zehn Jahre lang gültig bleiben. Binnen dieser Frist sollten die Juden den Beweis erbringen, daß sie zur Gleichstellung herangereift, daß sie dazu ‚würdig‘ geworden seien. ... Eine genauere Definition, was darunter zu verstehen war, unterblieb bzw. war äußerst nebulös.“<sup>158</sup>

Diese Forderung, sich „würdig“ zu erweisen, war demütigend und sollte wohl auch die judenfeindliche Kampagne zum Schweigen bringen. Die wirtschaftlichen Bestimmungen des „schändlichen Dekrets“ waren ebenfalls auf Demütigung angelegt: Ein Jude brauchte zur Ausübung eines Gewerbes ein jedes Jahr zu erneuerndes Patent, für das ihm der Munizipalrat seiner Heimatgemeinde und das für ihn zuständige Konsistorium ein „Moralitätspatent“<sup>159</sup> ausstellen mussten.

Im zweiten Dekret vom 17. März 1808 wurde den jüdischen Gemeinden eine straff zentralistische Organisation nach protestantischem Vorbild verpasst, die über Kantons-, Arrondissements- und Departementskonsistorien schließlich in einem obersten Konsistorium in Paris gipfelte. Die Juden wurden verpflichtet, die gesamten „Kultuskosten ausnahmslos aus eigenen Mitteln zu bestreiten. ... Jedem Oberrabbiner stand ein Jahresgehalt von 3000 Francs, jedem der drei Großrabbiner des Zentralkonsistoriums von 6.000 Francs zu. Neben diesen fixen Kosten erforderte die Konsistorialverwaltung von Paris und in jedem Bezirk weitere Ausgaben, die jährlich neu festgelegt und verteilt werden mußten. ... Allein mit der staatlicherseits geforderten Besoldung der Oberrabbiner waren die Juden ungleich stärker belastet als die Angehörigen anderer Religionsgruppen, zumal wenn der Konsistorialbezirk so klein war wie der Trierer (*Hauptstadt des Saar-Departements, zu dem auch Oberstein gehörte, s. a. S. 48*) – er war der bevölkerungsärmste der vier linksrheinischen Bezirke. Die Gehälter der christlichen Geistlichen wurden dagegen nach dem Konkordat Napoleons mit dem Papst (13. Juli 1801) ... geregelt. Der entscheidende Unterschied zwischen der Besoldung christlicher und jüdischer Geistlicher bestand darin, daß die einen ein vom Staat festgelegtes und ausgezahltes ‚Staatsgehalt‘ erhielten, die andern ein zwar staatlich festgelegtes, aber von

---

<sup>152</sup> ebenda, S. 198

<sup>153</sup> Ich verdanke der geschichtlichen Facharbeit von Dorothee Meigen (MEIGEN 1986) den Hinweis auf einen 1935 (!) erschienen Aufsatz von Hugo Klar: Der Jude in der Volkskunde unserer Heimat. In MVHLB 9 / 1935, S. 57 – 60. Die Autorin zitiert in den Anmerkungen Beispiele aus Klars Sammlung. Ich erinnere mich, ein paar davon noch um 1960 selbst gehört zu haben.

<sup>154</sup> KASPER-HOLTKOTTE 1996, S. 258 f

<sup>155</sup> DOKUMENTATION I S. 135

<sup>156</sup> „Aus welchem politischen Kalkül Napoleons ‚Judenpolitik‘ resultierte, wird in der Forschung völlig unterschiedlich beurteilt. Es scheint aber offensichtlich, daß sie eher politischem Nutzdenken entsprang als antisemitischen Überzeugungen. Napoleons Grobziel war, die Judenschaft in den Staat einzupassen, was zunächst vorrangig Militarisierung bedeutete. Insofern sollten die Juden als Bevölkerungsgruppe dem Staat von Nutzen sein.“ KASPER-HOLTKOTTE 1996, S. 336, Anm. 1

<sup>157</sup> „schändliches Dekret“

<sup>158</sup> KASPER-HOLTKOTTE 1996,, S. 270

<sup>159</sup> LEWIN 1927, S. 194

der Judenschaft selbst aufzubringendes.“<sup>160</sup> Schließlich mussten sich alle Juden, die sich zum Teil noch traditionell mit Vornamen und Vaternamen benannten, feste Familiennamen zulegen, was in erster Linie der besseren Erfassung der Wehrpflichtigen dienen sollte.

Die Obersteiner und Idarer Juden – zu der Zeit 68 Personen, 14 Familien - bildeten 1803 erstmals eine organisierte Gemeinde, die dem Konsistorium Trier unterstand; Gemeindevorsteher wurde Hayum Herz, der dann auch zu den „Notablen“, den gewählten weltlichen Mitgliedern des Departementskonsistoriums Trier gehörte.<sup>161</sup>

Nach dem Ende der napoleonischen Herrschaft werden die Angehörigen der jüdischen Gemeinde die Verhandlungen des Wiener Kongresses über auch ihre Zukunft mit den gleichen gemischten Gefühlen verfolgt haben wie ihre christlichen Mitbürger. Am 1. Oktober 1817 trat das Staatsgrundgesetz für das oldenburgische Fürstentum Birkenfeld in Kraft; und obwohl es viele Modernisierungsmaßnahmen der Franzosenzeit zurücknahm, so bestimmte es doch, dass „Vorrechte einzelner Personen und Stände... nicht verstattet sein (sollten) und jedem Untertan ... die Gleichheit vor dem Gesetze und dem Gericht zugesichert (werde). Alle Staatsbürger, Gemeinden und andere Genossenschaften konnten sich unmittelbar an den Landesherren wenden.“<sup>162</sup> Das Großherzogtum Oldenburg gehörte damit – trotz seiner noch halb absolutistischen Regierungsweise – auf dem Gebiet der Bürgerrechte zu den aufgeklärtesten und fortschrittlichsten Territorien des Deutschen Bundes.

Gleich nach dem Übergang an Oldenburg „baten Hayum Herz und Lazarus Baer die Regierung um die Erlaubnis, eine Synagoge erbauen zu dürfen, wofür sie schon 20 Jahre Beiträge gesammelt hatten. Das Bethaus war zu klein geworden.“<sup>163</sup> Der Neubau wurde zwar abgelehnt, eine Erweiterung des alten Bethauses aber gestattet. Auch der jüdische Friedhof, der wahrscheinlich schon seit Beginn jüdischen Lebens in Oberstein im 17. Jahrhundert in der Seitzenbach liegt, wurde 1820 um ein Nachbargrundstück erweitert, das Hayum Herz der Gemeinde schenkte.<sup>164</sup> Nachdem der Rabbiner von Hottenbach, der für die jüdischen Gemeinden des Fürstentums zuständig war, obwohl Hottenbach gar nicht zu Birkenfeld gehörte, fortgezogen war, wünschte die Obersteiner Gemeinde einen Rabbiner für das Fürstentum mit Sitz in Oberstein. Wegen der damit verbundenen finanziellen Belastungen erhoben Sötern und Hoppstädten Einwände. „Dem Streit machte der Erlass des Großherzogs Peter vom 12. September 1828 ein Ende, der bestimmte, dass ein Landesrabbiner anzustellen sei. Da die Regierung aber für das Gehalt, das die Juden allein aufbrachten, keinen Rabbiner fand, musste sie sich entscheiden, wie für die Geistlichen der christlichen Konfessionen, auch für den Landesrabbiner ... ein Staatsgehalt zu bewilligen.“<sup>165</sup> Sitz des Rabinats wurde, gewissermaßen aus Gründen der Tradition, Hoppstädten. 1831 schließlich wurden die für die jüdischen Untertanen des Fürstentums geltenden Rechtsverhältnisse festgelegt. „Anders als in vielen anderen Staaten Deutschlands besaßen die Juden fortan generell die gleichen bürgerlichen und religiösen Freiheiten, wie sie zuvor schon den beiden christlichen Konfessionen gewährt worden waren. Dazu gehörte das Recht, jüdische Schulen einzurichten.“<sup>166</sup>

Der Wunsch nach einer Synagoge für die Obersteiner und Idarer Juden ging schließlich im Jahre 1876 in Erfüllung. Teile der Einrichtung – Vorhänge für die Heilige Lade, Fußteppiche – spendeten einzelne Familien. In der Gemeinde wurden insgesamt 6.000 Mark gesammelt, die Regierung des Fürstentums schoss 2.700 Mark zu; 24.000 Mark nahm die Gemeinde als Anleihe bei der Oldenburger Zentralkasse auf und zahlte sie binnen 30 Jahren ab, finanziert durch ein Einkaufsgeld, das jeder entrichteten musste, der in die Gemeinde aufgenommen werden wollte. „Am 13. Dezember 1876 konnte die Gemeinde das Fest der Einweihung feierlich begehen. Der Bau war, wie die Regierung [*in Birkenfeld*] an das Ministerium [*in Oldenburg*] berichtete, eine Zierde der Stadt Oberstein.“<sup>167</sup>

---

<sup>160</sup> KASPER-HOLTKOTTE 1996, S. 311

<sup>161</sup> LEWIN 1927, S. 194; KASPER-HOLTKOTTE 1996, S. 79 u. 302

<sup>162</sup> BALDES 1921, S. 32. – siehe auch oben S. 55

<sup>163</sup> LEWIN 1927, S. 194

<sup>164</sup> MEIGEN 1986, S. 28. – „Der ältere Bereich mit der noch vorhandenen Leichenhalle wurde 1945 aufgelöst und die bis Mitte des 19. Jahrhunderts zurückdatierenden Grabsteine in die den jüngeren Teil umgebende Mauer eingelassen.“ DENKMALTOPOGRAPHIE, S. 354

<sup>165</sup> ebenda, S. 195. Das Gehalt wurde auch während der Weimarer Republik bis 1932 weiter gezahlt.

<sup>166</sup> REDMER 2011, S. 60

<sup>167</sup> LEWIN 1927, S. 195 f

Die jüdische Bevölkerung in Oberstein und Idar nahm in der Zeit der Industrialisierung bis zum Ersten Weltkrieg absolut zu, wegen des Wachstums der beiden Städte insgesamt prozentual jedoch ab:<sup>168</sup>

Jahr	Einwohner Idar	Einwohner Oberstein	gesamt	davon Juden	%
1808	400	1.100	1.500	60	4%
1865	3.000	4.500	7.500	75	1%
1890	5.000	7.000	12.000	64	0,53 %
1900	6.000	8.500	14.500	120	0.83%
1905	6.5000	9.000	15.500	154	0,99%
1910	8.885	9.500	16.385	192	1,17%
1930	--	--	17.000	129	0.75%
1933	8.487	11.007	29.594	129	0,65%

Auch die berufliche Struktur änderte sich – infolge der Verstädterung begann die Juden „vom Viehhandel... abzugehen und sich mehr dem Einzelhandel mit Textilien, Schuh- und Gemischtwaren zuzuwenden.“ Durch die Gewerbefreiheit „konnten ... Juden auch handwerkliche Berufe erlernen. Auch ein... Teil des deutschen Edelsteinhandels ist von Obersteiner und Idarer Juden betrieben worden.“ Einige Betriebe der Schmuck-, Galanterie- und Metallwarenproduktion hatten ebenfalls jüdische Eigentümer.<sup>169</sup>

Der Gleichheitsgrundsatz des oldenburgischen Gesetzes von 1817 (s. o. S. 55) wurde, wenn auch ohne expliziten Bekenntnisbezug, auch in die Reichsverfassung von 1871 aufgenommen: „Für ganz Deutschland besteht ein gemeinsames Indigenat<sup>170</sup> mit der Wirkung, daß ein ... Staatsbürger ... zum festen Wohnsitz, zum Gewerbebetrieb, zu öffentlichen Ämtern, zur Erwerbung von Grundstücken ... und zum Genuße aller sonstigen bürgerlichen Rechte ... zuzulassen ... ist.“<sup>171</sup> Damit waren die Juden in ganz Deutschland gleichberechtigte „deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens“<sup>172</sup> Sie waren, jedenfalls in Oberstein und Idar, „in geselligen Vereinen als Mitglieder willkommen, ... beteiligten... sich aktiv am Vereinsleben und kommunalen Geschehen sowie bei sozialen Hilfstätigkeiten.“<sup>173</sup> Als im Jahre 1927 die Synagogengemeinde den Abschluss der Renovierungsarbeiten und das 50jährige Jubiläum ihres Gotteshauses feierte, „nahmen noch völlig selbstverständliche Regierungspräsident Dörr und Stadtbürgermeister Bergér an den Feierlichkeiten teil.“<sup>174</sup>

Steckt ein Vorurteil einmal in den Köpfen, so besteht immer die Gefahr, dass beim Eintritt einer Krise die Verantwortlichen versuchen werden, es wieder zu beleben, um den enttäuschten, vielleicht sogar Not leidenden Menschen einen Sündenbock zu präsentieren. Die Benutzung der Juden als Sündenböcke hatte eine lange und verhängnisvolle Tradition. Im Wilhelminischen Kaiserreich gab es zahlreiche antisemitische Organisationen – vom „Bund der Landwirte“<sup>175</sup> über den „Alldeutschen Verband“ und Teile der Konservativen bis zu zahllosen obskuren Splittergruppen. Man kann annehmen, dass auch in Oberstein und Idar solche Grüppchen bestanden haben.<sup>176</sup> Doch blieb die Wirkung der während der wirtschaftli-

<sup>168</sup> MEIGEN 1986, S. 12, berechnet nach BRANDT 1982 (Gesamt-Einwohnerzahlen) und FRANZ 1966 (jüdische Einwohner)

<sup>169</sup> ebenda, S. 17

<sup>170</sup> Staatsangehörigkeitsrecht

<sup>171</sup> Reichsverfassung 1871, Art. 3

<sup>172</sup> „Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ hieß die 1893 gegründete Organisation deutscher Juden zur Abwehr des Antisemitismus.

<sup>173</sup> MEIGEN 1986, s. 14

<sup>174</sup> BRANDT 1987 b, S. 42

<sup>175</sup> Der ‚Bund der Landwirte‘ (BdL) war eine von ostelbischen Großgrundbesitzern gegründete und geleitete agrarische *pressure group*, die sich zur Durchsetzung ihrer agrarprotektionistischen Ziele eine Massenbasis aus Kleinbauern geschaffen hatte, wobei sie völkischen Nationalismus und rassistischen Antisemitismus als Integrations-Ideologie einsetzte – mit dem Klischee vom raffgierigen Wucherjuden als gemeinsamem Feindbild von Groß- und Kleinbauern (Vgl. WEHLER 1995, S. 835 u. 1062). Der BdL nahm im Fürstentum Birkenfeld erheblichen Einfluss auf die Nominierung der Reichstagskandidaten der Konservativen bzw. Nationalliberalen. Als im Jahre 1903 keine Einigung zustande kam, stellte der BdL im Reichstagswahlkreis 358, insbesondere auf Betreiben des Provinzialverbandes Birkenfeld, einen eigenen Kandidaten zur Wahl, der 12,9 % der Stimmen errang (REIBEL 2007, S. 1403). Inwieweit die sehr frühen (1920/21) nationalsozialistischen Versammlungen in Göttschied (Brandt 1987 a, S. 626) möglicherweise auf die ideologische Wirkung des ‚Bundes der Landwirte‘ zurückgehen, muss offenbleiben.

<sup>176</sup> In den mir zugänglichen Quellen und Darstellungen haben sie allerdings keine Spuren hinterlassen.

chen Krise<sup>177</sup> nach dem „Gründerkrach“ 1873 angezettelten antisemitischen Kampagnen erst einmal gering. An die Stelle des Antisemitismus „trat die nationalistische Ideologie. Der mit der imperialistischen Ära einsetzende wirtschaftliche Aufschwung reduzierte auch die Judenfeindlichkeit des Mittelstandes;“<sup>178</sup> und solange der deutsche Nationalismus und Imperialismus erfolgreich waren, konnte der Hass auf den französischen „Erbfeind“, auf das „perfidie Albion“ als Integrationsideologie erhalten.

„Als dann der erste Weltkrieg der imperialistischen Ph(r)ase und dem Traum von nationaler Harmonie auf der Grundlage internationaler Vorherrschaft ein demütigendes Ende bereitete, konnte der Antisemitismus, stärker und bösartiger denn je, die verlassenen Positionen wieder einnehmen.“<sup>179</sup> Als die hurrapatrische Phase des Krieges vorüber war, „begann die Presse Ende 1915 antisemitische Ressentiments zu verstärken, um von den tatsächlichen Ursachen der Mangelwirtschaft und der Kriegsgewinne abzulenken. Normalerweise wurde über Wucherer und andere Gruppen, die die allgemeine Not ausnutzten und sich in strafbarer Weise bereicherten, ohne Namensnennung berichtet. Konnten die Täter aber der jüdischen Glaubensgemeinschaft zugeordnet werden, spielte Personenschutz keine Rolle mehr.“<sup>180</sup> Das preußische Kriegsministerium, auf der Suche nach Schuldigen für das Ausbleiben militärischer Erfolge, ordnete eine sog. „Judenählung“ an, um den Anteil der Juden am Militär und an den Fronttruppen festzustellen. Erwartet hatte das Ministerium natürlich, dass man jüdische „Drückeberger“ für den mangelnden Kriegserfolg hätte verantwortlich machen können, stattdessen waren Juden unter den Frontsoldaten sogar leicht *überrepräsentiert*<sup>181</sup> – woraufhin das Ministerium lieber auf die Veröffentlichung des Ergebnisses verzichtete.

Unter den Belastungen der Besatzungszeit nach dem Krieg litten Angehörige aller Konfessionen, aller politischen Lager gleichermaßen – erst die Elendsjahre der Weltwirtschaftskrise brachten wieder das Bedürfnis nach Sündenböcken hervor.

Den Beginn des Einschüchterungsterrors in der Phase der Machtstabilisierung der NS-Regierung haben wir schon geschildert (s. o. S. 103). Der „Judenboykott“ am 1. April 1933 gegen die „Lügen- und Greuelpropaganda“ der angeblich jüdischen Auslandspresse war allerdings eher ein Fehlschlag. „Natürlich berichteten die amerikanischen Zeitungen auch über die neuen Diskriminierungen ausführlich, und die deutschen Hausfrauen erledigten ihre Einkäufe in den jüdischen Warenhäusern und Textilgeschäften im Zweifelsfalle noch vor Boykottbeginn.“<sup>182</sup> In den folgenden Jahren hielt sich das Regime mit offiziellen antijüdischen Maßnahmen bis zur erfolgten Wiederraufrüstung, der Rheinlandbesetzung und dem Propagandaaufschwung der Olympischen Spiele 1936 etwas zurück. Auf der lokalen Ebene gab es trotzdem immer wieder Ausgrenzungsmaßnahmen und gewalttätige Übergriffe, von denen einige nach 1945 dokumentiert worden sind. Der Leiter der Inneren Abteilung des Obersteiner Krankenhauses, Dr. Kronenberger, wurde am 30. März 1933 von Bürgermeister Bergér zum Rücktritt gedrängt.<sup>183</sup> Der Arzt und seine Frau emigrierten über das Saarland nach England. Schon zwei Wochen zuvor (13. März) war der Edelsteinhändler Steinfels aus Idar in seiner Wohnung von uniformierter SA überfallen worden. Er, seine Frau und seine beiden anwesenden Kinder wurden blutig geprügelt. Am 9. Mai folgte die ‚Rizinusaktion‘ (s. o. S. 104).

Die alltägliche Bedrückung der jüdischen Menschen in Oberstein und Idar lässt sich nicht im Einzelnen nachzeichnen – das Schild „Das Kammerwoog ist kein Judenbassin“<sup>184</sup> (Sommer 1935), Anpöbeleien, auch das „Einschlafen“ einer Freundschaft, das Wegsehen bei Begegnungen auf der Straße wird ein Gefühl der Isolierung, der Verlorenheit erzeugt haben, schon vor den staatlichen gesetzesförmigen Repressalien, die allgemein bekannt sind und darum nur stichwortartig genannt werden sollen: 1935 die „Nürnberg-

---

<sup>177</sup> ...der so genannten ‚Großen Depression‘ von 1873 – 1894 nach dem Zusammenbruch zahlreichen neu gegründeter Aktiengesellschaften im ‚Gründerkrach‘.

<sup>178</sup> MASSING 1986 S. 223 f - Das Buch ist erstmals 1949 unter dem Titel „Rehearsal for Destruction“ in New York erschienen.

<sup>179</sup> ebenda, S. 225

<sup>180</sup> REDMER 2011, S. 140

<sup>181</sup> Der ‚Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens‘ hatte schon zu Kriegsbeginn seine Mitglieder aufgefordert, sich als Kriegsfreiwillige zu melden. Ebenda.

<sup>182</sup> FREI 1987, S. 58. - Man könnte annehmen, die Tatsache, dass die Obersteiner und Idarer Zeitungen über den Boykott nicht berichteten, sei eine Folge dieses Misserfolges – belegen lässt sich das allerdings nicht.

<sup>183</sup> MAIS 2009, S. 130. – Mais zitiert aus Kronenbergers Erinnerungen, der berichtet, dass er von Bergér mit den Worten „Es liegt eine Menge Material gegen Sie und Ihre Frau vor“ bedroht worden sei. Bergér selbst stellt den Vorgang verharmlosend so dar: „Kronenberger war Jude, seine Frau war Referendarin am Amtsgericht. Sie verließen 1933 die Stadt.“ – aus freiem Entschluss?

<sup>184</sup> MEIGEN 1986, S. 31

ger Gesetze“, die den Juden die Staatsbürgerrechte nahmen und Eheschließungen sowie Liebesbeziehungen zwischen Juden und Nichtjuden kriminalisierten; 1938 die Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben, die Entlassung jüdischer Schüler aus den Schulen, Einführung von besonderen, mit einem roten „J“ gestempelten Ausweisen, Einziehung der Führerscheine von Juden, Zulassungsverbote für jüdische Ärzte und Rechtsanwälte, Zwang zum Führen der Vornamen „Sara“ bzw. „Israel“; 1941 die Einführung des „Judensterns“ und das Verbot, Radios, Schreibmaschinen, Fahrräder, Ferngläser zu besitzen.

In der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg waren Juden aus dem zaristischen Russisch-Polen vor dem dortigen Antisemitismus nach Deutschland ausgewichen, ebenso waren Juden nach dem Krieg aus dem wiedererstandenen polnischen Staat geflüchtet. Nach deutscher Ansicht waren diese Menschen polnische Staatsbürger, der polnische Staat dagegen wollte sie nicht aufnehmen. 1933 lebten etwa 56.500 jüdische Ausländer mit polnischer Herkunft in Deutschland. Im Herbst 1938 – als nach dem Münchner Abkommen (s. o. S. 115) Hitler nichts mehr glauben zu müssen – schob das NS-Regime 15.000 von ihnen gewaltsam über die polnische Grenze ab. Da Polen sich weigerte, die Menschen aufzunehmen, mussten die Deportierten in strömendem Regen und ohne Nahrung oder Unterkunft zwischen den beiden Fronten ausharren. Unter diesen Menschen war auch eine Familie Grynszpan, die 1911 aus Russisch-Polen gekommen war; der Vater hatte bis zur Abschiebung in Hannover als Schneider gearbeitet. Der 1921 dort geborene Sohn Herszel war nicht bei ihnen, er lebte in Paris, wo er sich mit Gelegenheitsarbeiten durchzuschlagen versuchte. Als er durch einen Brief seiner Schwester vom Schicksal seiner Familie erfuhr, kaufte Herszel eine Pistole und schoss „in einem Akt ohnmächtiger Rache auf das grausame Schicksal seiner Eltern“<sup>185</sup> auf den Legationssekretär der deutschen Botschaft Ernst vom Rath und verletzte ihn tödlich.

Dieses Attentat bot Hitler den willkommenen Vorwand, dem Drängen der militanten Antisemiten um den fränkischen Gauleiter Streicher ein Ventil zu öffnen und einen „spontanen“ Ausbruch des Volkzorns zu inszenieren. Goebbels übernahm die Leitung, und „die mündlichen Anweisungen des Reichspropagandaleiters sind wohl von sämtlichen anwesenden Parteiführern so verstanden worden, daß die Partei nicht nach außen als Urheber der Demonstration in Erscheinung treten darf, sie in Wirklichkeit aber organisieren und durchführen sollte.“<sup>186</sup> Darum trugen die eingesetzten SA-Leute auch „Räuberzivil“.

In Idar-Oberstein wurde in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 „dem NSDAP-Kreisleiter Diedenhofen zwischen zwei und drei Uhr von einem Angehörigen der Koblenzer Gauleitung telefonisch mitgeteilt, im Kreis Birkenfeld seien Judenpogrome durchzuführen. Parteimitglieder sollten in Zivilkleidung Synagogen in Brand setzen. ... Der Koblenzer Anrufer bezog sich auf Weisungen aus Berlin.“<sup>187</sup> Die Polizei nahm alle jüdischen Männer von 18 bis 60 Jahren in „Schutzhaft“, die meisten wurden vorübergehend in das KZ Dachau verschleppt. Im übrigen hatte die Polizei Anweisung, alle Streifen einzuziehen. Diedenhofen beauftragte den Obersturmbannführer Maaß und den Führer des NSKK<sup>188</sup> Robinson mit der Durchführung. In Idar wurden unter der Leitung von Maaß die Häuser und Wohnungen von Moritz Bär, Max Aronheim, Lassy Burg, Dr. Wilhelm Levy und Alfred Neuhäuser überfallen. Die Menschen wurden bedroht und oft schwer verletzt, Einrichtungen demoliert.

In Oberstein leitete Robinson die Aktion. Die Häuser Rand, Salomon, Wolf und Stern wurden demoliert; zu körperlichen Misshandlungen kam es, anders als in Idar, nicht; was wohl auch daran lag, dass es mehreren Juden gelang, zu fliehen bzw. sich zu verstecken. Hauptziel des NSKK in Oberstein war die Synagoge auf der Au. Der „Öffentliche Anzeiger“ verkündete am 12. 11. 1938, wie die Ereignisse zu verstehen seien: „Die spontanen Demonstrationen gegen die Juden richteten sich im wesentlichen gegen das Haus, in dem den Juden der Hass gepredigt wird, gegen die Synagoge in der Austraße Oberstein. Eine Schar empörter Männer drang in die Synagoge ein, zertrümmerte die Inneneinrichtung mit Äxten und anderen Werkzeugen und legte dann Feuer an, so dass die Synagoge vollkommen ausbrannte. Ein Weitergreifen des Brandes über das Haus hinaus wurde durch die Feuerwehr verhindert. Den ganzen Tag standen große Scharen vor dem ausgebrannten Gebäude, aus dem verkohlte Balken herausragten, und gaben ihrer Genugtuung über diese spontane Aktion unverhohlenen Ausdruck.“<sup>189</sup>

---

<sup>185</sup> THAMER 1986, S. 393

<sup>186</sup> ebenda, S. 396

<sup>187</sup> REDMER 1993, S. 100. Das Folgende ist eine Zusammenfassung dieses Aufsatzes.

<sup>188</sup> ‚Nationalsozialistisches Kraftfahr-Korps‘

<sup>189</sup> zit. n. MAIS 2009, S. 142

„Den meisten Opfern der Pogromnacht wie Margarete Aronheim, Lassy Burg, Isaak Rand, Ruben Rand, Ernst Salomon, Richard Stern und Werner Stern gelang Ende 1938 oder Anfang 1939 die Flucht ins Ausland. Zurück kehrte keiner. ... Alfred Neuhäuser starb 1942 in Theresienstadt. Dr. Levy kam ebenfalls in Theresienstadt um ... Die Eheleute Paula und Karl Julius Wolf wurden 1942 nach Minsk deportiert und sind seitdem verschollen. Nur Adele Levy überlebte den Holocaust und kehrte nach Idar zurück.“<sup>190</sup>

Nach 1942 lebten in Idar-Oberstein noch drei mit Nichtjuden verheiratete Juden. Als im Februar 1945 (!) der letzte Transport angekündigt wurde, nahm sich Frau Lilly Schneider geb. Strauß das Leben. Siegfried Haller und Hans Güntzburger wurden am 14. Februar 1945 nach Theresienstadt deportiert, wo Güntzburger an den Strapazen starb; Haller wurde im Mai 1945 befreit.<sup>191</sup>

Nach dem Ende der Nazi-Herrschaft wollte niemand etwas von Ausgrenzung, Verfolgung und Vernichtung gewusst haben.<sup>192</sup> Es brauchte die Zeit einer Generation und insbesondere die historische Bewusstseinsveränderung durch die Ereignisse, die heute unter der Chiffre „1968“ zusammengefasst werden, bis ein angemessener, der deutschen Verantwortung gerecht werdender Blick auf die NS-Verbrechen möglich wurde. Im Jahr 1985 – 50 Jahre nach dem Erlass der „Nürnberger Gesetze“ – wurde in der Grünanlage am ehemaligen Friedhof Niederau ein „Gedenkstein für die im Dritten Reich vertriebenen und umgebrachten jüdischen Mitbürger“<sup>193</sup> enthüllt.

### *Zweiter Weltkrieg (1939 – 1945)*

Als am 1. September 1939 die Menschen aus dem Radio erfuhren, dass die deutsche Wehrmacht in Polen einmarschiert war, herrschten allenthalben Niedergeschlagenheit und Angst – kein Vergleich mit dem Jubel im August 1914. Trotz der Aufrüstung, trotz Kasernenbauten und Truppenbewegungen nach Westen<sup>194</sup> hatte auch in Idar-Oberstein kaum jemand an Krieg geglaubt; alle riskanten Verstöße gegen die Ordnung von Versailles – Einführung der Wehrpflicht, Rheinlandbesetzung, „Anschluss“ Österreichs, Münchner Abkommen, selbst die Annexion der Tschechischen Republik<sup>195</sup> – waren ohne einen Schuss ge glückt und hatten den „Führer-Mythos“ ins Irrationale gesteigert. Die Zuversicht war im Sommer 1939 verbreitet, „daß es dem ‚Führer‘ wie in der Vergangenheit gelingen werde, seine Forderungen ohne Krieg durchzusetzen.“<sup>196</sup>

Frankreich und Großbritannien hatten im März 1939 nach dem deutschen Einmarsch in der Tschechoslowakei eine Garantierklärung für Polen abgegeben; am 3. September, zwei Tage nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Polen, folgte nach einem Ultimatum die Kriegserklärung an das Deutsche Reich. Allerdings bestand zwischen den beiden Garantiemächten keine gemeinsame Strategie: Frankreich war auf die

---

<sup>190</sup> REDMER 1993, S. 104

<sup>191</sup> MAIS 1988, S. 259 ff

<sup>192</sup> Exemplarisch sei hier ausführlich zitiert, was Bürgermeister Bergér 1965 dazu mitzuteilen hatte: „Nach der Statistik hatte Idar-Oberstein vor der Zeit des Dritten Reiches 129 Juden. Ich habe mich weder direkt noch indirekt an einer Verfolgung oder gar Vernichtung beteiligt, noch habe ich, was ich ausdrücklich betonen möchte, von einer solchen gewußt. Wahr ist, daß die meisten Juden zu Anfang der nationalsozialistischen Herrschaft ‚freiwillig‘ (wenn auch selbstverständlich durch die Verhältnisse gezwungen) von hier weggingen. ... Ich habe die Polizei (ich erinnere mich besonders an den Fall Kronenberger) ausdrücklich angewiesen, wegreisenden Juden keinerlei Schwierigkeiten zu machen. Aktiv helfen konnte ich nur wenigen, z. B. Dr. Stern und dessen Mutter, die sogar einen Teil ihrer Habe mit nach England nahmen. Ich erinnere mich nur noch an Karl Wolf und Frau und Schwägerin, die Herren Dr. Levi, Güntzburger und Haller und Fräulein Aronheim. Eines Tages hörte ich, daß sie weggebracht worden seien, übrigens ohne die allerdings evangelischen Familienmitglieder; als ich weiter nachforschte, erfuhr ich, daß sie von – oder auf Befehl – der Staatspolizei fortgebracht worden waren. Auf Befragen erfuhr ich von einem Transportbegleiter (der mir sicherlich nach bestem Gewissen Auskunft gab), sie seien nach Köln gebracht worden und würden von dort zu Transporten zusammengestellt, vermutlich nach Polen in ein jüdisches Gemeinwesen, wo sie selbständig bleiben würden. Da man damals davon hörte und es auch offiziell so dargestellt wurde, daß nach dem Krieg in Israel oder auf einer Mittelmeerinsel ein selbständiger jüdischer Staat eingerichtet werden sollte und die zionistische Bewegung das anstrebte, hielt ich die mir gewordene Auskunft für durchaus glaubhaft.“ (BERGÉR 1965, S. 178 f)

<sup>193</sup> RAUSCHER/REDMER 2015, S. 85

<sup>194</sup> CONRADT CHRONIK, S. 256: „...motorisierte Truppen durchfuhren täglich die Stadt zur Mosel...Aber niemand glaubte, dass das kriegerische Maßnahmen seien.“

<sup>195</sup> - in NS-Ausdrucksweise „der Rest-Tschechei“, d. h. der nach Zerschlagung der Tschechoslowakischen Republik durch die Abtrennung der Slowakei übriggebliebene Teilstaat, der als „Reichsprotectorat Böhmen und Mähren“ von Deutschland zwangsverwaltet wurde.

<sup>196</sup> MÜLLER 2004, S. 61

Führung eines Angriffskrieges nicht vorbereitet, sondern nur auf eine Verteidigung<sup>197</sup> des Festungsgürtels der Maginot-Linie. Großbritannien verfügte zunächst nur über wenige Bodentruppen; das britische Expeditionskorps war erst Mitte Oktober auf französischem Boden einsatzbereit – als die Kampfhandlungen in Polen schon beendet waren und deutsche Truppen von Polen nach Westen verlegt wurden. Die deutsch-französische Grenze verharrte bis zum Frühjahr 1940 in der « drôle de guerre », dem seltsamen „Sitzkrieg“.

Idar-Oberstein, Garnisonsstadt und nicht weit von der Westgrenze gelegen, war von den Auswirkungen des Krieges auch im Alltag von Anfang an betroffen. Trotz der relativen Ruhe an der deutsch-französischen Grenze wurden vorübergehend Menschen aus Saarbrücken und Umgebung evakuiert – offenbar recht planlos: „Saarbrücken und seine nähere Umgebung werden geräumt. Die Leute packen in wenigen Stunden ihr Notwendigstes zusammen, besteigen einen der bereitgestellten Lastwagen und verlassen die Heimat...Aber wie weit fahren sie? Viele Hunderte lassen sich bei Verwandten in Idar-Oberstein nieder...Tage und Nächte dauert der Strom der Durchfahrenden an. Auf offenen Lastwagen liegt eine alte Matratze, Deckbetten dabei. Greise, Frauen und Kinder sind mit Mänteln und Tüchern umgetan. Kleine Kinder liegen in ihren Wägelchen, und die Mütter sitzen bekümmert daneben und halten im strömenden Regen den Schirm darüber. ...Der Ernst der Stunde lastet auf allen. Dass sie sich nachts den Teufel um Fahrtvorschriften, Verdunkelungsanordnungen und dergleichen kümmern, liegt auf der Hand. Sie fahren mit großen Scheinwerfern durch die Nacht und erregen so überall Unwillen. ... Die Zahl der Saarländer, die in Idar-Oberstein bleiben, erhöht sich beängstigend. Aber die Stadt ist zur Aufnahme von Truppen vorgesehen. Es müssen Maßnahmen für den Weitertransport der Saarbevölkerung getroffen werden.“<sup>198</sup> „Nach verhältnismäßig kurzer Zeit, nachdem erkannt war, daß von Frankreich keine Gefahr drohte, kehrten die Saarländer wieder zurück... Aber es hat viele Opfer an Geld und Gut und Leib und Leben gekostet.“<sup>199</sup>

Die anfangs auch angesichts des Flüchtlingseleuds gedrückte Stimmung verwandelte sich, als der „Blitzkrieg“ gegen Polen 1939, die Besetzung Dänemarks und Norwegens im April und der Feldzug gegen Frankreich, den Angstgegner von 1914/18, im Mai/Juni 1940 schnell und siegreich verliefen, dann doch in Begeisterung. Der Erfolg der Strategie, die einzelnen Gegner so schnell niederzuwerfen, dass sie zu einem gemeinsamen Kampf gar nicht finden konnten, verstärkte noch einmal den „Führermythos“.

Auch im Alltag kehrte zunächst eine Art von „Kriegsnormalität“ ein. Waren im Ersten Weltkrieg die Versorgung der Soldaten-Familien und die gerecht funktionierende Rationierung der durch den Krieg verknappten Lebensmittel sowie des Heizmaterials zwei große und bis zum Ende nicht befriedigend gelöste Probleme gewesen, so hatte die deutsche Führung der NS-Zeit gelernt und war nicht nur auf den Eroberungskrieg, sondern auch auf die Organisation der „Heimatfront“ vorbereitet. Der Stadtbürgermeister stellte in der Erinnerung stolz fest: „Die Verwaltung ... funktionierte von Anfang an. Das gilt für die Einquartierungsfragen, für die Auszahlung der Familienunterstützung und die Verteilung der Marken. ... In einem Tresor bei der Landesbank lagen die Lebensmittelkarten bereit.“<sup>200</sup>

Weil nach der Niederwerfung Polens Truppen für den Angriff auf Frankreich nach Westen verlegt wurden, mussten trotz der drei vorhandenen großen Kasernen Soldaten auch in Privatwohnungen einquartiert werden. Schulräume und Turnhallen wurden ebenfalls belegt. Zeitweise „verdreifachte sich die Zahl der in Idar-Oberstein anwesenden Menschen“,<sup>201</sup> und um die Ordnung aufrechtzuerhalten, „setzte die oberste militärische Verwaltung die Feierabendstunde auf 11 Uhr fest. Darüber sind die Mannsleute ärgerlich. Verbote lösen Trotz aus, und so sitzen sie entgegen ihrer seitherigen Gewohnheit bis nachts drei, vier Uhr in den Wirtschaftsküchen...und machen ihr Spielchen.“<sup>202</sup> Wegen der Zweckentfremdung vieler

---

<sup>197</sup> Nach dem Ersten Weltkrieg hatte es in allen beteiligten Staaten Diskussionen über die aus seinem Verlauf zu ziehenden Lehren gegeben. In Frankreich setzte sich schließlich die Anschauung durch, dass *nach* stärkere Grenzbefestigungen die richtige Konsequenz aus dem Stellungskrieg um Verdun seien; der Gegner sollte durch die Aussichtslosigkeit eines Angriffs auf das tiefgestaffelte Bunkersystem abgeschreckt werden. Die andere – in Frankreich u. a. von General Charles de Gaulle vertretene – Ansicht war, dass man durch den Ausbau der Panzerwaffe die Beweglichkeit und Angriffsfähigkeit der Truppen wieder herstellen müsse. Diese Schule setzt sich in der deutschen Wehrmacht durch.

<sup>198</sup> CONRADT CHRONIK, S. 259

<sup>199</sup> BERGÉ 1965, S. 170

<sup>200</sup> BERGÉ 1965, S. 168

<sup>201</sup> CONRADT CHRONIK S. 258

<sup>202</sup> ebenda, S. 260



Schulräume gab es Unterricht nach einem stark reduzierten Stundenplan.<sup>203</sup> „Die Einquartierungen ließen im Laufe der Zeit stark nach, um dann ganz aufzuhören. Es war klar, daß mit der Besetzung fremder Länder die Belegung unserer Stadt nicht mehr erforderlich war.“<sup>204</sup>

Alle nicht kriegswichtigen Bautätigkeiten kamen zum Erliegen. Die Garnisonsstadt benötigte aber eine gute Verkehrsinfrastruktur. Da an der großen Bahnhofsbrücke noch gearbeitet wurde, waren „über die Nahe ... von Pionieren und der Technischen Nothilfe zwei Notbrücken im Bau, leider besonders hochwassergefährdet, eine Brücke an der Nahestraße bei der Fabrik Klein & Quenzer, mehr ein Steg, ferner eine große Brücke bei der Fabrik Ziemer, untere Hauptstraße, nach der Schönlautenbach. ... Im März (1940) wurden die beiden erwähnten Teno-Brücken eingeweiht.“<sup>205</sup> Die „Hindenburgbrücke“ wurde schrittweise dem Verkehr übergeben – zunächst nur für Fußgänger, „Ende Januar 1942 ist die Brücke für den gesamten Verkehr frei. Der Zwei-Straßen-Verkehr<sup>206</sup> von Oberstein nach Idar nimmt seinen Anfang.“<sup>207</sup> In den großen Brückenpfeilern waren öffentliche Luftschutzräume eingebaut worden.

Der Luftschutz war ein Dauerthema – die Verdunkelung musste erst (unter Druck der „Luftschutzwar-te“) geübt werden, und das Aufsuchen der Schutzräume „klappt, wie gar nicht anders zu erwarten, in der Aufregung der ersten Alarme schlecht oder überhaupt nicht.“<sup>208</sup> Die Zahl der Schutzräume wurde vergrößert, ihre Ausstattung verbessert. „In Idar-Oberstein, der Felsenstadt, waren in der unteren Hauptstraße große, hallenartige Räume, die als Bierkeller gedient hatten, in den Felsen gehauen... Dahin hatten sich bei den ersten Alarmen die Leute geflüchtet. Wir untersuchten die Räume und fanden allerlei auszusetzen, vor allem musste der zweite Ausgang geschaffen werden, nachdem bekannt geworden war, daß in einem Naheort die Menschen in einem Felsenloch ohne zweiten Ausgang durch den Luftdruck einer Bombe erstickt waren.“<sup>209</sup> Die Felsbunker wurden im Laufe des Krieges mit Licht, Ventilation, Heizung, Sitzgelegenheiten und Abortanlagen ausgestattet.

Die „sozusagen erste Feindberührung“ Idar-Obersteins war der Abschuss eines englischen Flugzeugs in der Nähe der Stadt. „Der abgeschossene Flieger rettet sich mit dem Fallschirm und geht in der Nähe des Pfaffenwaldes nieder... Die Polizei bringt den Gefangenen zur nächsten militärischen Dienststelle.“<sup>210</sup> Die Intensität der Bedrohung aus der Luft nahm allmählich zu. „In der ersten Hälfte des Jahres 1940 merkte man zwar nichts von einer Luftbedrohung. Der erste Alarm war am 24. Mai. Aber ab August steigerten sich die Luftwarnungen auf insgesamt achtzig je Monat. Bomben fielen am 12. September am Kammerwoog. ... Bomben fielen 1941/42 ... nur am 8. Februar in Winnenberg. Die Zahl der Luftwarnungen stieg bis Ende 1942 auf 260, die Einflüge geschahen ganz unregelmäßig. In manchen Monaten war es ganz ruhig, nur im Juni, September und Oktober 1941 und im September 1942 waren es durchschnittlich 15 Luftalarme je Monat, im August 1942 waren es 20 Alarme.“<sup>211</sup> Erst von der zweiten Jahreshälfte 1944 an wurde die Stadt selbst gezielt angegriffen: „Am 21. Juli (1944) warf ein Flieger Brandbomben über dem Dietzenwald ab und traf dabei das Haus Karl Veeck... am 11. Oktober ging eine Bombe am Wohnhaus des Stadtwerkdirektors nieder... Andere Bomben dies Unglückstages (11. Oktober) trafen...“<sup>212</sup> Am 23. Januar (1945) war Luftangriff; er galt den zwischen den Stadtteilen Oberstein und Idar liegenden Versorgungswerken, den großen Fabriken, den Brücken in der Nähe des Bahnhofs und diesem selbst. ... Am 22. Februar folgte ein noch viel schrecklicherer Angriff auf Idar... siebzehn Häuser wurden dabei vernichtet. In tagelangen Mähen wurden 32 Tote geborgen... Am nächsten Tag, 23 Februar, galt der Angriff offensichtlich dem Bahnhof, auch die Hohlschule und die Hasbach bekamen... etwas ab.“<sup>213</sup> Seit dem 15.

---

<sup>203</sup> ebenda, S. 261

<sup>204</sup> BERGÉR 1965, S. 172

<sup>205</sup> ebenda, S. 170 u. 172. Teno: Technische Nothilfe, dem heutigen THW vergleichbar

<sup>206</sup> ... d. h. auf *beiden* Seiten des Idarbachs

<sup>207</sup> CONRADT CHRONIK, S. 271

<sup>208</sup> ebenda, S. 258

<sup>209</sup> BERGÉR 1965, S. 185

<sup>210</sup> CONRADT CHRONIK, S. 259 f

<sup>211</sup> ebenda, S. 172 f u. 178

<sup>212</sup> Es folgt an dieser Stelle eine Aufzählung von insgesamt acht Bombenzielen, die mit dem Namen der Hausbesitzer gekennzeichnet sind. Da über siebzig Jahre danach diese Namen nicht mehr aussagekräftig, zudem einige Häuser infolge der Nahe-Überbauung gänzlich verschwunden sind, wird die Liste hier weggelassen.

<sup>213</sup> BERGÉR 1965, S. 197 f u. 200 f

Januar war die Stadt ohne elektrischen Strom, da durch Bomben die Zuleitungen zerstört worden waren. „Die ganze Stadt ist ohne Licht. Die Leute sitzen abends bei Kerzen, sofern sie welche habe.“<sup>214</sup>

Fast von Anfang an machte sich Rohstoffmangel in der Kriegswirtschaft bemerkbar: „Im März 1940 werden im Zuge der Metallbeschaffung für die Kriegswirtschaft die eisernen Gartenzäune in der Stadt abgeschweißt. ...Die Besitzer der Zäune werden gefragt, ob sie zur Entfernung und Abgabe der Gitter bereit seien. Es schließt sich niemand aus. ...Der Metallbeschaffungsaktion folgt die Aufforderung zur Metallspende. Da bringen die Leute alles, was sie an Messing und Kupfer in Küche und Stube haben, zum Teil sehr alte Gebrauchs- und Ziergegenstände, zur Sammelstelle.“<sup>215</sup>

Die Wirtschaft der Stadt „stagnierte durchaus nicht, aber es war keine reguläre Wirtschaft, sondern Kriegswirtschaft. Die Obersteiner Metallindustrie war wendig genug, sich auf die Fabrikation kriegswichtigen Materials umzustellen (z. B. Maschinengewehrurte, Patronenhülsen usw.), und auch die Idarer hatten zum Teil kriegswichtige Aufträge (z. B. technische Steine). ...Man schloß auf Betreiben der Partei kleinere Ladengeschäfte, um Kräfte freizumachen, zumal die zu verteilende Warenmenge immer kleiner wurde.“<sup>216</sup> Etwas anders sah es im Schmuckgewerbe aus: „Viele selbständige Schleifer, Lapidäre, Achatbohrer und Goldschmiede im Alter bis zu 60 Jahren müssen ihre Selbständigkeit aufgeben und Arbeit in Idar-Obersteiner Rüstungsbetrieben annehmen.“<sup>217</sup>

Darüber hinaus forderten „zahlreiche Unternehmen und Behörden ... Kriegsgefangene als Zwangsarbeiter an, da die deutschen Arbeitnehmer kriegsbedingt nur in geringer Zahl zur Verfügung standen und obendrein etwa doppelt soviel kosteten. ... Zwangsarbeiter, die in Kleinbetrieben tätig waren, wurden auf der Hohl im Russen- bzw. Franzosenlager untergebracht. Wer ein größeres Kontingent beschäftigte, musste die Arbeitskräfte selbst unterbringen und bewachen, was die Arbeitgeber aus Kostengründen zu umgehen versuchten.“<sup>218</sup> Natürlich bestand – besonders in einem so von der sozialistischen Arbeiterbewegung geprägten Ort wie Oberstein – die Wahrscheinlichkeit (aus der Sicht der NSDAP: die Gefahr), dass ein deutscher Arbeitnehmer den russischen oder französischen Arbeiter neben sich mehr als Kollegen denn als Angehörigen einer „Feindnation“ ansehen und behandeln und auch einmal ein persönlichteilnehmendes Wort mit ihm wechseln würde. Der Birkenfelder Kreisobmann der DAF dekretierte daher (22. 3. 1943): „Um eine Berührung der Kriegsgefangenen mit der Bevölkerung zu vermeiden, ist angeordnet, daß diese die Bürgersteige nicht benutzen dürfen, sondern auf der Fahrbahn, auf der vorschriftsmäßigen Seite (rechts bzw. links) zu gehen haben. Es besteht Veranlassung, Sie darum zu bitten, die die Kriegsgefangenen begleitenden Gefolgschaftsmitglieder eingehend darauf hinzuweisen, und dafür zu sorgen, daß unter keinen Umständen dieser Anordnung widersprochen wird. Aus diesem Anlaß möchte ich Sie bitten, das Verhalten der Kriegsgefangenen zur Gefolgschaft und umgekehrt stets zu überwachen. Eine Unterhaltung und Verkehr mit Kriegsgefangenen ist nur insoweit gestattet, als dies zur Erledigung der betrieblichen Arbeit notwendig ist. ...“<sup>219</sup>

Die Eröffnung eines weiteren Kriegsschauplatzes auf dem Balkan<sup>220</sup> im Frühjahr 1941 mit einem weiteren „Blitzkrieg“ nahm die Öffentlichkeit eher beiläufig zur Kenntnis.<sup>221</sup> Anders beim Überfall auf die Sowjetunion: „Menschen stehen auf allen Straßen und Plätzen beieinander, sie sorgen sich, denn sie wissen jetzt, dass dies kein Sechs-Wochen-Krieg werden wird, dass der Krieg noch lange dauern wird. Die Pessimisten und Verzagten sind jetzt auch in Idar-Oberstein weit in der Mehrzahl. Auch die Meldungen

---

<sup>214</sup> CONRADT CHRONIK, S. 288

<sup>215</sup> CONRADT CHRONIK, S. 263 f. Der Chronist berichtet aber auch, dass manches wertvolle Stück „Gott weiß wohin verschwunden“ sei.

<sup>216</sup> ebenda, S. 179 f

<sup>217</sup> CONRADT CHRONIK, S. 273

<sup>218</sup> RAUSCHER/REDMER 2013, S. 123

<sup>219</sup> zit. n. ebenda. – In einem gewissen Widerspruch zu dieser Anordnung steht die Bemerkung Bürgermeister Bergérs: „Bald musste die sich Verwaltung auch um Kriegsgefangene (160 Franzosen und 160 Russen) ... kümmern... Was wir nur konnten, um das Los der Gefangenen zu erleichtern, taten wir. Die geringe Zahl der Durchbrenner beweist, daß sie es nicht schwer hatten.“ (BERGÉR 1965, S. 177)

<sup>220</sup> 6. April Bombardement der deutschen Luftwaffe auf Belgrad, 18. April Kapitulation der jugoslawischen Armee, 30. April Abschluss der Kämpfe in Griechenland

<sup>221</sup> „In Serbien geht es mit dem Sieg sehr rasch, ... am 18. April besteht die jugoslawische Wehrmacht nicht mehr, und das jugoslawische Gebiet ist bereits aufgeteilt.“ CONRADT CHRONIK S. 268

von großen Siegen ... können die Stimmung nicht wenden. Die Nachrichten, dass dieser und jener aus der Stadt im Osten gefallen ist, reißen nicht mehr ab, ihre Zahl erhöht sich von Tag zu Tag.“<sup>222</sup>

Die nach dem schnellen Sieg über Frankreich entstandene „Einschätzung der Heeresführung... dass ein Feldzug gegen die Sowjetunion quasi ein Kinderspiel sei, verhinderte auch eine umfassende Mobilisierung und Bereitstellung eigener Kräfte.“<sup>223</sup> Infolgedessen unterließ das Oberkommando der Wehrmacht in sträflichem Leichtsinn jede Vorsorge für den Winter – als sich dann herausstellte, dass dies kein Sechswochen-Krieg war, musste in aller Eile Winterausrüstung für die Soldaten gesammelt werden: „Am Heiligen Abend 1941 wird zur Sammlung von Woll- und Pelzsachen für die Ostfront aufgerufen. ... die Frauen suchen hervor, was noch verwendbar ist, Wäsche, Wollsachen, Pelze, die Stricknadeln beginnen zu klappern, aus Pelzen werden Westen und Mützen genäht, man strickt Pulswärmer, Kniewärmer, Kopfschützer... Dann wird auch bekanntgegeben, dass die Skier, Skistiefel und alles Zubehör abgegeben werden sollen.“<sup>224</sup> 789 Paar Schier kamen zusammen.<sup>225</sup>

Als am 28. Dezember der erste Wagen voller Spenden vom Bahnhof abging – „dort sind die politischen Leiter versammelt, und die Hitlerjugend bläst bei der Abfahrt einen Fanfarenmarsch,“<sup>226</sup> – war der „Blitzkriegsplan“ zur Niederwerfung der Sowjetunion schon gescheitert<sup>227</sup> und damit auch der Versuch, einen – nicht zu gewinnenden – Zwei-Fronten-Krieg zu vermeiden.

Für die Bevölkerung wurde das erst im folgenden Winter 1942/43 deutlich, der Name ‚Stalingrad‘ steht stellvertretend für diese Erkenntnis. „Gerade Idar-Oberstein verfolgt mit großer Anteilnahme den Kampf... in Stalingrad, wo General Strecker<sup>228</sup> zu den Heerführern gehört. Und gerade in seinen Verbänden sind besonders viele Männer aus Idar-Oberstein und dem Birkenfelder Kreisgebiet. ... die Heimat erlebt mit gedrücktester Stimmung und in großer Sorge diesen Zusammenbruch... Das war der Anfang vom Ende.“<sup>229</sup>

Das Regime reagierte auf die geschwundene Siegeszuversicht mit verstärkter Repression: „Ende 1943 lässt die Partei ehrenhafte Männer aus Idar-Oberstein verhaften und nach Koblenz<sup>230</sup> verbringen, zwei wegen ‚Feindbegünstigung‘, sie hatten im Zug ‚gemeckert‘, drei andere wegen Abhörens feindlicher Sender. ... Andere Männer, die keinen Hehl daraus machen, dass sie keine Nationalsozialisten sind, werden im Keller des Stadthauses eingesperrt. Was ist los? Das Anbringertum ist im Schwange, die Machthaber haben auch hier in der Stadt ihre Horcher an allen Enden.“<sup>231</sup> Nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 wurde auf dem Idarer Marktplatz eine „Treuekundgebung“ veranstaltet, während ein schweres Gewitter niederging. „Herbert Wild hält auf dem Marktplatz seine kürzeste Ansprache, sie dauert drei Minuten.“<sup>232</sup>

Die letzte Kraftanstrengung der Wehrmacht im Westen war die „Ardennenoffensive“. Ziel der am 16. Dezember 1944 begonnenen Operation war, durch das Waldgebirge der Ardennen zur Maas vorzustoßen, die britischen und amerikanischen Truppen voneinander zu trennen und Antwerpen einzunehmen, über dessen Hafen ein großer Teil des alliierten Nachschubs lief. Die Offensive scheiterte nach elf Tagen; bis Anfang/Mitte Januar hatten die Alliierten die Deutschen auf ihre Ausgangspositionen zurückgeworfen und setzten zum Sturm auf das Reichsgebiet an.<sup>233</sup> Die Wehrmacht hatte ihre letzten Reserven an Menschen und Material verbraucht und konnte auf dem Rückwege zum Rhein nur noch hinhaltenden Wider-

---

<sup>222</sup> CONRADT CHRONIK S. 269. – „Vieles spricht dafür, dass die Chronik sowohl während es Krieges als auch danach geschrieben wurde,“ bemerkt Edgar Mais in der Einleitung zu den von ihm herausgegebenen Teilen der Chronik. (MAIS 2011, S. 232) Man kann annehmen, dass eine – realistische – Formulierung wie ‚Pessimisten und Verzagte‘, die dem Autor ein Verfahren wegen ‚Wehrkraftzersetzung‘ hätte eintragen können, erst nach 1945 niedergeschrieben wurde.

<sup>223</sup> MÜLLER 2004, S. 116

<sup>224</sup> CONRADT CHRONIK, S. 271

<sup>225</sup> Oberstein 384, Idar 340, Tiefenstein 59, Algenrodt 6

<sup>226</sup> CONRADT CHRONIK, S. 272

<sup>227</sup> MÜLLER 2004, S.155

<sup>228</sup> 1936 als Standortältester und Infanterie-Kommandeur 34 Hausherr im „Purper-Schlösschen“, s. o. S. 112. In Stalingrad war er Kommandierender General des XI. Armeekorps.

<sup>229</sup> CONRADT CHRONIK, S. 276 f

<sup>230</sup> Sitz einer GeStaPo-Leitstelle bei der Bezirksregierung

<sup>231</sup> CONRADT CHRONIK, S. 280

<sup>232</sup> ebenda, S. 281

<sup>233</sup> MÜLLER 2004, S. 350 ff

stand leisten. Wieder zogen die Wagenkolonnen mit Flüchtlingen aus dem Saargebiet in eisiger Kälte nach Osten und mussten versorgt werden.<sup>234</sup>

Der Krieg war verloren, aber das Regime wollte es nicht wahrhaben und ordnete zahlreiche Maßnahmen zur Führung des „totalen Krieges“ an: Verlängerung der Arbeitszeit auf 60 Wochenstunden, allgemeine Dienstpflicht, Ausheben von Splittergräben in der Stadt, von Panzergräben vor der Stadt, Aushebung von Arbeitern für den Ausbau des „Westwalls“<sup>235</sup>, Aufstellung eines „Volkssturms“ aus nicht ausgebildeten, mangelhaft oder gar nicht bewaffneten Kindern und alten Männern<sup>236</sup>, das Ganze zwar in ‚fieberhafter‘ Aktivität, aber völlig planlos.<sup>237</sup> Die kurzfristig aufflackernde Hoffnung auf die u. a. vom Hunsrück aus abgefeuerten „Wunderwaffen“ wich schnell einer realistischen Einschätzung.

Es wurde gegen Ende 1944 deutlich, dass die linksrheinischen Gebiete praktisch schon aufgegeben waren; Post aus dem rechtsrheinischen Gebiet war vier bis sechs Wochen unterwegs.<sup>238</sup> „Das Desinteresse der Parteistellen wurde immer größer. Wie weit es ging, erfuhr ich zu meinem Entsetzen bei einer Besprechung mit einem Wirtschaftsbeauftragten der Kreisleitung, der mit kaltlächelnd zugab, daß seit November 1944 keinerlei Lebensmittel mehr über den Rhein zu uns kamen. Wir waren ‚abgeschrieben‘ und praktisch nur auf unsere Vorräte und unsere eigenen Erzeugnisse angewiesen.“<sup>239</sup> Der Versuch der Partei, die Löschfahrzeuge der städtischen Feuerwehr über den Rhein schaffen zu lassen, konnte zwar verhindert werden, die Postbusse und das rollende Material der Bahn dagegen verschwanden gen Osten.<sup>240</sup> Die „Amtswalter“ der Partei, die nicht müde geworden waren, zum Durchhalten aufzurufen, „setzten sich ab. Sie haben noch Wagen und Benzin, um über den Rhein zu kommen... Vorher kommt es noch einmal zu einem Auflauf, als die Bevölkerung erfährt, dass vor dem Kreishaus ein Wagen bereitstehe, in welchem viel Proviant für die flüchtenden Politischen Leiter verstaut sei. Im Nu war natürlich alles geplündert.“<sup>241</sup> „In der Nacht zum 12. März verließ die letzte militärische Befehlsstelle, ein Stabsoffizier, die Stadt. – Nirgends mehr war ein Halten, überall sah man ‚Fliehende‘... Aber leider fanden sich zum Schluß doch noch welche, die die schönen Brücken in die Luft sprengten. Nicht einen Tag lang ist der Vormarsch der Amerikaner aufgehalten worden, was von jedem vernünftig denkenden Menschen vorauszusehen war.“<sup>242</sup>

„Der Angriff der 3. amerikanischen Armee von der Saar und der Mosel über den Hunsrück begann am 13. und 14. März.“ Ein Vorstoß führte von der Saar „über Hermeskeil nach Birkenfeld, das am 17. März eingenommen wurde“, der andere führte von der unteren Mosel nach Bad Kreuznach. „Durch den ungewöhnlich raschen Vorstoß im Westen und Osten des Hunsrücks klaffte in der Mitte eine weite Lücke.“ Die deutschen Verbände in dieser Lücke zogen sich, um nicht eingeschlossen zu werden, fast ohne Feindberührung zurück. „Dieser Tatsache ist es zu verdanken, dass die Bevölkerung des Kreises Birkenfeld von heftigen Rückzugsgefechten verschont blieb.“<sup>243</sup>

Am Montag, dem 19. März 1945 um die Mittagszeit „kommen die ersten amerikanischen Panzer über die Göttschieder Heide und vom Schloss her in die Stadt. Sie fahren aber dann wieder zurück.“ Da dieser Spähtrupp festgestellt hatte, dass es keine Wehrmacht mehr in der Stadt gab, rückten die Amerikaner am 20. März ohne einen Schuss ein. Der Krieg war für Idar-Oberstein zu Ende.

---

<sup>234</sup> MAIS 1985 a, S. 34 f

<sup>235</sup> Diese Befestigungsanlage an der deutsch-französischen Grenze war nach dem Sieg über Frankreich zugunsten des „Atlantikwalls“ entwaffnet worden – nun fehlten allerdings Materialien wie Stahltüren oder Nachrichtenverbindungen. Eine militärisch wichtige Rolle hat der Westwall nicht mehr gespielt.

<sup>236</sup> Der Idar-Obersteiner Volkssturm wurde nicht eingesetzt, da Bürgermeister Bergér die – zu dieser Zeit nicht mehr erfüllbare – Forderung aufstellte, die Volkssturmlaute zuerst mit ordnungsgemäßen Soldaten-Papieren und Uniformen auszustatten. BERGÉR 1965, S. 195

<sup>237</sup> BERGÉR 1965, S. 194 ff und CONRADT CHRONIK S. 284 ff. „Fieberhaft“ war eine der Lieblingsvokabeln der NS-Redner und der NS-Presse, um den Einsatz der Partei- und der „Volksgenossen“ lobend zu charakterisieren.

<sup>238</sup> MAIS 1985 a, S. 29

<sup>239</sup> Bergér 1965, S. 196

<sup>240</sup> ebenda, S. 202

<sup>241</sup> CONRADT CHRONIK, S. 290

<sup>242</sup> BERGÉR 1965, S. 202 f

<sup>243</sup> MAIS 1985 a, S. 55

## *Von der alliierten Besetzung zur Bundesrepublik Deutschland (1945 – 1949)*<sup>1</sup>

Am Dienstag, dem 20. März 1945, vormittags, holte ein amerikanischer Offizier Bürgermeister Bergér zur Vernehmung in das Gebäude der früheren Kreisleitung der NSDAP. Zum größten Erstaunen des Bürgermeisters „waren die Amerikaner über die Stadt, ihre Verhältnisse“ und vor allem über die befragte Person selbst „völlig im Bilde“. Bürgermeister Bergér bekam den Befehl, die Verwaltung weiterzuführen und wurde ins Stadthaus zurückgebracht.<sup>2</sup>

Das Erstaunen des Bürgermeisters ist verständlich, die gute Informiertheit der amerikanischen Offiziere aber erklärbar. Schon kurz nach Kriegseintritt der USA, am 11. Mai 1942, hatten an der Universität von Virginia Lehrgänge für zukünftige Civil Affairs / Military Government Offiziere begonnen.<sup>3</sup> Informationen über die deutschen politischen, sozialen und kulturellen Verhältnisse trugen u. a. in die USA geflohenen Hitler-Gegner zur Ausbildung bei. Zum Zeitpunkt der Invasion in der Normandie standen 4.500 Absolventen bereit, von denen etwa 2.700 für einige Zeit in Deutschland Dienst taten. „Worin die Kunst der Militärverwaltung bestand, das hatten sie aber alle in Deutschland selbst zu erlernen“,<sup>4</sup> auch wenn das Grundprinzip klar formuliert war: „...die Militärregierung stützt sich auf ein lokales Verwaltungssystem. Der bestehende Aufbau der deutschen Zivilverwaltung wird soweit wie möglich beibehalten, nachdem der Verwaltungsapparat von jeglichem nationalsozialistischen und militaristischen Einfluß gesäubert wurde.“<sup>5</sup>

Zunächst sorgten Besatzungstruppen in Idar-Oberstein für ihre eigene Sicherheit, verfügten die Abgabe aller Waffen und verhängten eine nächtliche Ausgangssperre von 18.<sup>00</sup> – 7.<sup>00</sup>. Sie beschlagnahmten Wohnraum – erst unterhalb der Klotzbergkaserne, dann ganze Straßenzüge im weiteren Stadtgebiet. Am 22. März wurden von den Amerikanern „für kurze Zeit die Kasernen und die Wohnungen von NS-Funktionären (*die geflohen waren, U. S.*) zur Plünderung (*durch die deutsche Bevölkerung U. S.*) freigegeben.“<sup>6</sup> Im Hotel Schützenhof richtete man das Büro des CIC (Counter Intelligence Corps, Spionageabwehrorganisation der US-Army) ein.<sup>7</sup>

Die ersten Militärregierungs-Offiziere nach der Besetzung waren Captain Olleson bei der Kreisverwaltung in Birkenfeld und 1<sup>st</sup> Lieutenant Harold D. Naidoff, der im Idar-Obersteiner Stadthaus den Raum neben dem Bürgermeister-Amtszimmer bezog; die Verbindungstür „war während unserer ganzen Zusammenarbeit nie verschlossen.“<sup>8</sup> Der Offizier der Militärregierung und der Bürgermeister der besetzten Stadt hatten, obwohl eben noch Gegner im Krieg, zumindest das eine Interesse gemein, den Alltag in der Stadt – trotz Wohnungs-, Nahrungs- und Energiemangel, trotz teilweise zusammengebrochener Infrastruktur, trotz Problemen im Gesundheitswesen – so zu gestalten, dass Unruhen aller Art vermieden werden konnten. Das scheint einigermaßen gelungen zu sein, wenn auch Bergér „manchmal die Zähne zusammenbeißen und schweigen mußte.“<sup>9</sup>

Am 28. März war die militärische Besetzung des ganzen linken Rheinufer – im Raum Trier-Koblenz vornehmlich durch Einheiten der 3. US-Armee – beendet. Die Kämpfe gingen rechtsrheinisch aber noch weiter, und so ist auch der Großbrand in Idar am 19. April 1945 als eine mittelbare Kriegsfolge zu betrachten: Ein Tanklastwagen, der Nachschub nach Osten bringen sollte, kippte, von Algenrodt herunterkommend, infolge überhöhter Geschwindigkeit vor der Idarer evangelischen Kirche um und explodierte, brennendes Benzin lief bergab. „Mehrere Gebäude brannten nieder, darunter das Stammhaus der Firma

---

<sup>1</sup> Dieses Kapitel verdankt weit mehr, als aus den Anmerkungen unmittelbar ersichtlich, der achteiligen Serie „Der Zeitraum von 1945 – 1949 in Idar-Oberstein im Spiegel der im Stadtarchiv verwahrten Quellen“, die Stadtarchivar Manfred Rauscher von 2000 bis 2007 in den Mitteilungen des Vereins für Heimatkunde im Landkreis Birkenfeld veröffentlicht hat. Ich danke ihm sehr für den Hinweis und für die Überlassung zweier Folgen der Serie.

<sup>2</sup> BERGER 1965, S. 205

<sup>3</sup> HENKE 1995, S. 220

<sup>4</sup> ebenda, S. 226

<sup>5</sup> ‚Grundsätze der Zusammenarbeit zwischen der amerikanischen Besatzungsmacht und der deutschen Verwaltung. Anordnung der Militärregierung‘ - WÜNSCHEL 1985, Dok. 2, S. 23 ff

<sup>6</sup> BERGÉR 1965, S. 210

<sup>7</sup> CONRADT CHRONIK, S. 294

<sup>8</sup> BERGÉR 1965, S. 210

<sup>9</sup> ebenda, S. 209

Fissler und das badische Amtshaus“, eines der schönsten Barock-Gebäude der Stadt. „Bis zum Alexanderplatz schlugen Stichflammen aus dem Kanal.“<sup>10</sup>

Nach dem Ende der Kampfhandlungen wurden die Einheiten der 1., 3. und 7. US-Armee durch die 15. US-Armee abgelöst und dem XXIII. Korps dieser Armee die Verantwortung für die Regierungsbezirke Trier, Koblenz, Saarland, Rheinhessen und Pfalz übertragen; es richtete sein Hauptquartier in der Klotzbergkaserne ein. „Damit war das XXIII. Korps die erste Armee-Einheit, die mit der Verwaltung deutschen Gebietes zu Ende des 2. Weltkrieges beauftragt war.“<sup>11</sup> Hauptmann Olleson und Oberleutnant Naidoff behielten ihre Aufgaben bis zum Übergang der südlichen linksrheinischen Gebiete<sup>12</sup> von der US-amerikanischen an die französische Besatzungsmacht.

Die Regierungen der Anti-Hitler-Koalition hatten aus dem Scheitern der Ordnung von Versailles gelernt und auf den Konferenzen von Jalta<sup>13</sup> und Potsdam<sup>14</sup> weitreichende Überlegungen für die Zeit nach Kriegsende angestellt. Frankreich, obwohl auf beiden Konferenzen nicht vertreten, wurde eingeladen, „als vierte Macht ...an der alliierten Kontrolle Deutschlands“ teilzunehmen. „Wichtig für Deutschland war der Beschluß, ...die vollständige Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands sicherzustellen.“<sup>15</sup> Durch diese ‚bedingungslose Kapitulation‘ sollten die Entstehung einer neuen Dolchstoßlegende und die Bildung revanchistischer Bestrebungen wie nach dem Ersten Weltkrieg verhindert werden. Dass in Deutschland politische Säuberungen durchzuführen, der Einfluss des Nationalsozialismus auszuschalten sei, war die gemeinsame Überzeugung aller vier Besatzungsmächte, was Unterschiede in der praktischen Durchführung nicht ausschloss: „Durch ihren moralischen und zugleich bürokratischen Rigorismus taten sich die Amerikaner hervor, in der britischen Zone wurde die Säuberung weniger streng gehandhabt, in der französischen Zone gab es regionale Unterschiede... Vom ‚automatischen Arrest‘, der Internierung im Lager bis zur Klärung ihrer Verstrickung in das NS--Regime, waren Funktionäre des Staats und der Partei, Beamte, Bürgermeister und mutmaßliche ‚Kriegsverbrecher‘ betroffen: in der US-Zone 92.259 Personen... in der französischen 18.963.“<sup>16</sup>

Die Amerikaner begannen schon Ende März mit Verhaftungen von NSDAP-Vertretern, die in den Kriegsgefangenen-Baracken auf der Hohl interniert wurden. Dabei war nicht die Militärregierung, sondern der CIC federführend, der über Listen von Nazi-Funktionären verfügte. Diese waren aber natürlich nicht auf dem neuesten Stand: „Die Spitzen der NSADAP...hatten von dem Einrücken der Amerikaner die Flucht angetreten;“ darum kam es vor, dass Personen verhaftet wurden, die „nur noch Statthalter“ waren.<sup>17</sup> Auch die Neigung der Partei, ehrenamtlichen Sport-, Kultur- usw. Funktionären pompöse Titel zu verleihen, wurde manchem zum Verhängnis. Im Bereich der staatlichen und kommunalen Verwaltung war der Anteil der NSDAP-Mitglieder besonders hoch, und es war für die CIC-Offiziere nicht ohne weiteres erkennbar, wer freiwillig, wer gezwungenermaßen PG geworden war.<sup>18</sup> Dass auch Personen interniert wurden, „die sich nichts oder vergleichsweise wenig hatten zu Schulden kommen lassen“<sup>19</sup>, ist unbestritten.

<sup>10</sup> RAUSCHER/REDMER 2013, S. 9. Menschen kamen nicht zu Schaden. Da die amerikanische Militärpolizei offenbar der deutschen Feuerwehr misstraute, konnten die Löscharbeiten erst nach einigen Verhandlungen beginnen – was den Schaden natürlich vergrößerte. BERGER 1965, S. 221

<sup>11</sup> WÜNSCHEL 1985, S. 268

<sup>12</sup> d. h. der ehemals bayerischen Pfalz, Rheinhessens, des Saarlandes und der Regierungsbezirke Trier und Koblenz (mit dem Kreis Birkenfeld) der ehemaligen preußischen Rheinprovinz; deren nördliche Regierungsbezirke im heutigen Nordrhein-Westfalen gehörten zur britischen Besatzungszone.

<sup>13</sup> ...auf der Halbinsel Krim, kurz vor Kriegsende vom 4. – 11. Februar 1945; beteiligt: US-Präsident Franklin D. Roosevelt, der britische Premierminister Winston S. Churchill und der sowjetische Staats- und Parteichef Josef W. Stalin.

<sup>14</sup> ...ein knappes Vierteljahr nach Ende der Kämpfe in Europa vom 17. Juli – 2. August 1945 in veränderter Zusammensetzung: Nach dem Tode Roosevelts war sein Vizepräsident Harry S. Truman nachgefolgt, nach britischen Unterhauswahlen war Clement Attlee Premierminister geworden, nur in der UdSSR hatte sich nichts geändert.

<sup>15</sup> BENZ 2009, S. 48

<sup>16</sup> ebenda, S. 113

<sup>17</sup> MAIS 1985 a, S. 221

<sup>18</sup> Diese vermutlich unvermeidlichen teilweisen Ungerechtigkeiten dienten später interessierten Kreisen als Vorwand für den Versuch, die ganze politische Säuberung in Misskredit zu bringen. Die Einsicht, dass die Entnazifizierung für den demokratischen Neubeginn unerlässlich war, teilten auch zwanzig Jahre nach Kriegsende nicht alle. BERGER 1965 fährt nach Erwähnung der Ausgangssperre fort: „Eine weitere Aktion gegen die Bevölkerung war die Verhaftung von Nationalsozialisten. ... Gegen diese Aktion wehrte ich mich, zumal öfters die Unrechten verhaftet waren.“ (S. 212; Hervorhebung von mir, U. S.)

<sup>19</sup> RAUSCHER/REDMER 2015, S. 12

Die Zahl der Internierten stieg schnell an, die Baracken auf der Hohl waren rasch überfüllt, und das Lager wurde Ende Mai in die Straßburg-Kaserne in Algenrodt verlegt.<sup>20</sup> Die Zustände im Lager waren inhuman und von Willkür geprägt, es gab wiederholt Misshandlungen,<sup>21</sup> Ernährung und Hygiene waren unzureichend, viele Internierte litten an Hungerödemen und Skorbut. Die Lage besserte sich etwas, als (wahrscheinlich Anfang Juni) die Geistlichen beider Konfessionen Zutritt zum Lager erhielten. Pfarrer Lueg,<sup>22</sup> als Nazigegner bekannt, besaß das Vertrauen der CIC-Offiziere und konnte „als erster Zivilist dieses Lager...betreten...und veranlaßte, daß eine deutsche Kommission aus Koblenz Zutritt zu diesem Lager erhielt, worauf sofort von der deutschen Behörde zusätzliche Lebensmittel an das Lager geliefert wurden, was eine Lebensrettung für viele Gefangene bedeutete.“<sup>23</sup> Lueg erreichte auch, dass die Angehörigen über das Ergehen der Internierten benachrichtigt wurden und dass sonntags abwechselnd katholischer und evangelischer Gottesdienst gehalten werden durfte. Bei einem Gottesdienst muss die oben (S. 107, Anm. 77) erwähnte Bemerkung gefallen sein.<sup>24</sup> Seit dieser Zeit durften die Gefangene auch Pakete bekommen, und es kamen bereits einzelne Entlassungen vor.<sup>25</sup>

Die Verfahren zur Ermittlung der individuellen Schuld kamen während der kurzen Existenz des Lagers (Ende Mai 1945 bis Februar 1946) kaum in Gang. Förmliche Verfahren gab es erst nach der Schließung im Februar 1946 und der Verlegung der meisten Gefangene nach Diez an der Lahn (eine kleinere Zahl wurde nach Landau gebracht),<sup>26</sup> von wo aus sie dann schrittweise entlassen wurden.

Bürgermeister Bergér war zwar nach einer zweiten Vernehmung durch den CIC<sup>27</sup> am 18. April wieder ins Amt zurückgekehrt, befand sich aber dennoch in einer prekären Situation,<sup>28</sup> die ihn bewog, sich „eine Basis in der Bevölkerung“ zu schaffen. Oberleutnant Naidoff war damit einverstanden, dass Bergér 18 Männer der verschiedenen nicht-nationalsozialistischen politischen Richtungen „zu einem vorläufigen Stadtrat zusammenstellte“<sup>29</sup> und damit der Stadtverwaltung eine gewisse demokratische Legitimation verschaffte.<sup>30</sup> Beigeordnete wurden Pfarrer Lueg und der Sozialdemokrat Karl Rudolph.

<sup>20</sup> Die Angaben über die Zahl der Internierten schwanken von „über 2.500 Gefangene“ (RESMINI 1993, S. 615), und „Belegstärke 3.795 Personen (3.618 Männer u. 177 Frauen)“ (IKRK-Bericht vom 4. 12. 1945, zit. n. MAIS 1985 a, S. 224) bis „an die sechstausend Menschen“ (CONRADT CHRONIK, S. 295).

<sup>21</sup> Im Jahr 1955 erschien in der „Nahe-Zeitung“ der Artikel eines ungenannten Autors (vermutlich Werner Bohrer) unter der reißerischen Überschrift „Über 40 Tote im Konzentrationslager Algenrodt. Mit Eisenstangen und Holzknüppeln zu Tode geprügelt. ...“, in dem das Los von „4000 überwiegend unbescholtene(n) deutsche(n) Männer(n) und Frauen“ beklagt wurde, die ihre Inhaftierung „zum größten Teil...der Denunziation durch eigene Landsleute“ verdankten. Edgar Mais (MAIS 1985 b) hat diesen Artikel noch einmal herausgegeben und mit der Stellungnahme eines „andere(n), damals noch jugendliche(n) In-sasse(n)“ konfrontiert, der feststellte: „Der Bericht zeigt die Mehrzahl der Fakten richtig auf. In seiner Tendenz vermittelt er jedoch ein Zerrbild, das dem Alltag in dem Internierungslager Algenrodt nicht gerecht wird.“ (S.183). „Ich kann nicht bestätigen, daß es 40 Tote, wie die Überschrift angibt, gegeben hat. Jedenfalls nicht als Folge von Mißhandlungen.“ (S. 184) Ebenfalls 1985 wurde der Artikel, wenn auch ohne Überschrift und ohne Quellenangabe, in einer Dokumentation der Rheinzeitung (MICHELS 1985, S. 98 f) veröffentlicht. Im Jahre 2011 fügte Edgar Mais seinem Buch „Idar-Oberstein im Dritten Reich“ einen Anhang mit 14 auf das Thema bezogenen Aufsätzen anderer Autoren hinzu, darunter auch den Text über das Lager Algenrodt (MAIS 2011, S. 408 ff) und kommentierte ihn: „Diese Darstellung des Herrn Michels lässt deutlich erkennen, dass hier ein Schreiber zugange war, der die Dinge auf den Kopf stellt, als seien im Lager Algenrodt keine Schuldigen eingewiesen.... Da der Idar-Obersteiner Chefredakteur, Herr Werner Bohrer, im vorhergehenden Artikel als Autor genannt wurde, kann man davon ausgehen, dass er auch den Artikel ‚Algenrodt‘“ fabriziert hat. Bohrer schrieb eine Wunschversion, die alte Nazis gerne lasen und auch heute noch vertreten.“ (MAIS 2011, S. 411). - Das Lager Algenrodt ist in *schriftlichen* Quellen erst seit November 1945 nachzuweisen. RESMINI 1993, S. 615. Der Artikel geistert auch heute noch durch geschichtsrevisionistische und rechte, selbstmitleidige Internetseiten.

<sup>22</sup> Zu seiner Person s. o. S. 107

<sup>23</sup> Bericht von Pfarrer Otto Lueg, abgedruckt in MAIS 1985 a, S. 222 f

<sup>24</sup> Der aus der Nahe-Zeitung stammende Bericht nennt, bei gleichem Sinn der Aussage, die Formulierung: „Ihr müsst nun ernten, was ihr gesät habt.“ MAIS 1985 b, S. 182

<sup>25</sup> Zahlen und Namen konnte ich nicht ermitteln, ebenso wenig die Entlassungskriterien – förmliche Verfahren (wie vor den späteren Spruchkammern) gab es jedenfalls nicht.

<sup>26</sup> RESMINI 1993, S. 615 f

<sup>27</sup> BERGÉR 1965, S. 213 f

<sup>28</sup> Bergér war 1933 als ‚Märzgefallener‘ in die NSDAP eingetreten (s. o. S. 103), aber nach eigener Aussage als PG „niemals richtig anerkannt“ (S. 125) worden. Der zwischenzeitliche (1937 – 1943) Kreisleiter der NSDAP Ernst Diedenhofen hatte ihm verboten, öffentlich zu reden (S. 196); am 8. März 1945 wurde ihm mitgeteilt, dass er als Volkssturmführer abgesetzt sei, „zumal ich auch nicht mehr Parteigenosse sei.“ (S. 201) Wie das Ende der Parteimitgliedschaft zustande gekommen ist, bleibt unklar, aber dieser Umstand scheint Bergérs weitere Bürgermeistertätigkeit (vorläufig) ermöglicht zu haben.

<sup>29</sup> BERGÉR 1965, S. 216

<sup>30</sup> Namenliste in RAUSCHER/REDMER 2015, S. 13

Auf der ersten Sitzung des Beirates (so die amtliche Bezeichnung) am 14. Mai besprachen die Mitglieder die Lage. „Die Bestandsaufnahme, die Bergér vor der Versammlung abgab, war vernichtend: ... Von den insgesamt 2.000 Häusern in den von den Luftangriffen heimgesuchten Stadtteilen Oberstein und Idar waren 120 Gebäude total zerstört bzw. schwer beschädigt. ... die Anzahl der Gefallenen, Vermissten oder in Kriegsgefangenschaft verstorbenen Idar-Obersteiner Bürger belief sich auf über 1.600.<sup>31</sup> Die Bombenangriffe auf Idar-Oberstein forderten etwa 50 Todesopfer. ... Die Schulen waren geschlossen. Die Schulgebäude selbst waren teilweise beschädigt oder als Unterkunft für die Besatzungstruppen beschlagnahmt.“<sup>32</sup> Auf seiner zweiten Sitzung drei Tage darauf bildete der Beirat Kommissionen für die Bereiche Ernährung, Wirtschaft, Landwirtschaft, Wohnungsfragen und allgemeine technische Fragen. Seit dem 30. Mai gab Karl Rudolph mit Genehmigung der Militärregierung das „Mitteilungsblatt – amtliches Nachrichtenblatt für die deutsche Zivilbevölkerung von Idar-Oberstein“ heraus.

### *Hunger und Neubeginn in der französischen Besatzungszone*

„Am 5. Juni 1945 machten die Sieger öffentlich bekannt, daß die oberste Regierungsgewalt in Deutschland von Vertretern der vier alliierten Mächte übernommen worden sei.“<sup>33</sup> Der Zuschnitt der vierten, der französischen Besatzungszone und die Einzelheiten des Übergangs wurden zwischen den USA und Frankreich ausgehandelt, was nicht reibungslos ging.<sup>34</sup> „Die Amerikaner, auch (*Oberleutnant*) Naidoff, waren empört darüber, daß sie dieses von ihnen eroberte Gebiet den Franzosen, über die sie sich wenig schmeichelhaft äußerten, übergeben sollten. ... Naidoff lehnte es ab, mit französischen Offizieren überhaupt zu sprechen.“<sup>35</sup> Trotzdem wurde am 10. Juli um zwölf Uhr „in einer schlichten Zeremonie auf dem Paradeplatz (*in der Klotzbergkaserne, U. S.*) des Kommandostabs des XXIII. Korps in Idar-Oberstein die amerikanische Flagge eingeholt und stattdessen die französische aufgezogen. Und so endete die Regierung der US-Army westlich des Rheins. So endete auch der erste Besatzungsauftrag, der einer Einheit der US-Streitkräfte an der Westfront im II. Weltkrieg erteilt worden war.“<sup>36</sup> Die französischen Besatzungstruppen bezogen alle drei Kasernen, richteten ihre Militärverwaltung sowie eine Artillerieschule<sup>37</sup> in der Klotzbergkaserne ein und benannten sie um: « Quartier Jeanne d’Arc – École d’Application d’Artillerie ».

Die geringe Begeisterung der amerikanischen Streitkräfte für den Kommandowechsel äußerte sich auch darin, dass sie zunächst die beschlagnahmten Wohnungen nicht räumten – mit der für Idar-Obersteins Bevölkerung sehr unangenehmen Folge, dass nun die Franzosen ihrerseits weitere Wohnungen beschlagnahmten; der Wohnungsmangel wurde noch einmal drastisch verschärft. Ende 1947 gab es 1.031 Wohnungslose, im April 1949 bereits 1.350,<sup>38</sup> da beschädigte Häuser aus Mangel an Baumaterial nicht repariert werden konnten und folglich unbewohnbar wurden.

Außerdem suchten auch noch Familien aus den in den letzten Kriegstagen total zerstörten Orten an der Westgrenze Unterkunft. Aus diesem Grund lehnte Frankreich auch die Aufnahme von Vertriebenen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie, dem Sudetenland und den deutschen Siedlungsgebieten in Südosteuropa ab. „Die Unterbringung und die Ernährung von Zehntausenden von Vertriebenen hätte ... hohe Kosten verursacht und damit den Wiederaufbau der Wirtschaft erheblich belastet.“<sup>39</sup> Die Bestrebungen der Militärregierung, möglichst alle nach dem 1. September 1939 in Orte der nunmehrigen französischen Zone zugewanderten Personen zu evakuieren,<sup>40</sup> stießen auf den Widerstand der anderen Besat-

<sup>31</sup> Das GEDENKBUCH schlüsselt diese große Zahl im Einzelnen auf: Oberstein 531 Gefallene, 211 Vermisste; Idar 388 Gefallene, 157 Vermisste; Tiefenstein 178 Gefallene; Algenrodt 125 Gefallene.

<sup>32</sup> RAUSCHER 2011, S. 167 f

<sup>33</sup> BENZ 2009, S. 56

<sup>34</sup> Die Franzosen wollten zunächst nicht die von ihnen besetzten Städte Karlsruhe und Stuttgart räumen, die zur US-Zone gehören sollten. BENZ 2009, S. 59

<sup>35</sup> BERGÉR 1965, S. 224

<sup>36</sup> „Report of Operations. 8 May 1945 to 10 July 1945 ... At 101200B July in a simple ceremony held on the parade ground of ten XXIII Corps Command Post at Idar-Oberstein the American flag was lowered and the French flag raised in its stead. And so ended the rule of the United States Army west of the Rhein. So ended also the first occupation mission assigned to an United States Army force on the Western Front in World War II.“ WÜNSCHEL 1985, Dok. 121, S. 292

<sup>37</sup> ...bis 1952, s. u.

<sup>38</sup> RAUSCHER 2011, S. 176

<sup>39</sup> NEUBACH 1997, S. 502

<sup>40</sup> Vgl. BROMMER 1985, Dok. 46 S. 126 und Dok. 61, S. 163



zungsmächte; die deutsche Verwaltung erhob Einwände aus humanitären Gründen. Im Landkreis Birkenfeld waren 3.014 Flüchtlinge aus den verschiedensten Gegenden gemeldet,<sup>41</sup> wie viele davon in Idar-Oberstein untergekommen waren, ist nicht genau bekannt, da bei den vorliegenden Zahlen nicht immer klar ist, ob die Gesamtzahl der Zugewanderten oder die Flüchtlinge im engeren Sinne gemeint sind – am 15. Juli 1946 meldet die Stadtverwaltung 749 Personen, im Februar 1949 1.376, im Mai desselben Jahres 1404. Die Zahl der „reinen“ Ostflüchtlinge – gemeint die aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie Vertriebene – betrug 483 Personen. Der Anteil der Zugezogenen an der Gesamtbevölkerung von Idar-Oberstein stieg damit von 3,3 auf 5,5 %.<sup>42</sup>

Noch kurz nach der Währungsreform 1948 ergab eine Zählung in den Ländern der westlichen Besatzungszonen, dass die französische Zone den mit Abstand geringsten Anteil von Vertriebenen und Flüchtlingen an der Gesamtbevölkerung aufwies:<sup>43</sup>

Schleswig- Holstein	33,0%	Nordrhein-Westfalen	7,6 %
Niedersachsen	24,5%	Bremen	5,2%
Bayern	17,0%	Hamburg	4,8%
Württemberg-Baden	17,0%	Westzonen insgesamt	14,8%
Hessen	14,5%	Französische Zone	3,0%

Erst nach Gründung der Bundesrepublik glich sich der Anteil der Vertriebenen aus den Ostgebieten und der Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone an der Bevölkerung der Länder der französischen Besatzungszone an den Bundesdurchschnitt an (s. u.).

Die Franzosen, die gerade vier Jahre deutscher Besatzung hinter sich hatten, misstrauten den deutschen Verwaltungen weit mehr und traten zunächst auch der Bevölkerung gegenüber feindseliger auf als ihre amerikanischen Vorgänger. Nachfolger von Captain Olleson in Birkenfeld wurde Capitaine Poyetton, Nachfolger von 1<sup>st</sup> Lieutenant Naidoff Lieutenant Ruinet, für den der Bürgermeister „nur noch den Status eines bloßen Befehlsempfängers“<sup>44</sup> hatte. Der provisorische Beirat wurde aufgelöst, Bürgermeister Bergér am 10. August entlassen.<sup>45</sup> Nachfolger wurde der Jurist und Assessor beim Landratsamt Walter Rommel, erst als Bürgermeister, dann als Stadtdirektor (bis 1949).<sup>46</sup>

Die amerikanischen Soldaten waren von den Versorgungseinheiten der US-Army mit allem Lebensnotwendigen versorgt worden, und zwar so üppig, dass trotz des „Non Fraternization“ -Befehls<sup>47</sup> auch für einige Deutsche gelegentlich etwas abfiel. Die Franzosen dagegen kamen aus einem – durch die Deutschen! – ausgeplünderten Land, das ebenfalls unter Wohnungsmangel und Hunger zu leiden hatte: „Ende 1945 kam es beispielsweise in Lyon zu Hungerunruhen; damals wurde dort eine Fettration von 100 g im Monat ausgegeben, während der Normalverbraucher in Rheinland-Pfalz zu dieser Zeit noch durchschnittlich 440 g erhielt, der Selbstversorger mehr. Die durchschnittlichen offiziellen Brotrationen in Frankreich lagen bis 1949 meist etwa auf gleichem Niveau mit den rheinland-pfälzischen Rationen (6000 g - 9000 g im Monat), nur selten etwas höher und in manchen Gebieten wie der Mittelmeerküste oft darunter. Lebensmittelkarten wurden auch in Frankreich noch bis Herbst 1949 ausgegeben.“<sup>48</sup>

Die Franzosen entnahmen darum – was sie nach dem Kriegs-Völkerrecht durften - den Lebensmittelbedarf für die Soldaten, die Beamten der Militärregierung und ihre Familienangehörigen aus ihrer Zone – in einem Umfange, der zeitweise erheblich über den Rationen der deutschen Bevölkerung lag. Zwar wirk-

<sup>41</sup> ebenda 1985, Dok. 47, S. 130

<sup>42</sup> Alle Zahlen nach RAUSCHER 2003, S. 207 f

<sup>43</sup> NEUBACH 1999, S. 505

<sup>44</sup> RAUSCHER 2011, S. 173

<sup>45</sup> „Das genaue Studium der Fragebogen und die von der Bevölkerung erhaltenen Auskünfte lassen erkennen, daß die Säuberung der deutschen Beamten nicht mit genügend Nachdruck durchgeführt worden ist.“ Entlassungsschreiben, zit. n. Bergér 1965, S. 227

<sup>46</sup> RAUSCHER/REDMER 2015, S. 26. – Rommel geriet während seiner Tätigkeit im April 1946 in den – falschen – Verdacht, das Vorhandensein von Waffen vor den Franzosen verborgen gehalten zu haben. Es handelte sich um die ordnungsgemäß gemeldeten und aufbewahrten Waffen der städtischen Polizei. Im November konnte Rommel als Stadtdirektor in den Dienst der Stadt Idar-Oberstein zurückkehren. RAUSCHER 2003, S. S. 192 f

<sup>47</sup> Zur relativen Erfolglosigkeit dieser Anordnung vgl. WÜNSCHEL 1985, Dok. 142 – 147, S. 338 ff, besonders die Aussage: „How are we to teach these people the American way is the best way when we are not allowed to even talk to them? It can't be done.“ (S. 339)

<sup>48</sup> HUDEMANN 1984, S. 39 f

te sich das bei der geringen Zahl der französischen Konsumenten für den „Normalverbraucher“ nicht gravierend aus, war aber im Einzelfall geeignet, böses Blut zu machen und den Verdacht zu erregen, die französischen Familien wollten die Deutschen bewusst demütigen: „Die Franzosen leben gut. ...In den Mülleimern liegen ganze Stücke verdorbenen Fleisches, ganze Pakete ranzig gewordener Butter, ganze Säckchen verschimmelten Mehls. Sie können ihren Vorrat gar nicht aufessen. Die deutsche Bevölkerung hungert.“<sup>49</sup> Ähnliches galt für die Energieversorgung, die zwar wieder hergestellt war, aber unter Kohleknappheit litt: „Der zulässige Stromverbrauch ist (im November 1946, U. S.) auf achtzig Prozent des Mai-Quantums festgesetzt. Da sind die Wohnungen nur spärlich erleuchtet. Wo Franzosen wohnen, ist geradezu Festbeleuchtung, da brennen alle Lichter im Haus, vor und hinter dem Haus.“<sup>50</sup>

War die Lage 1945 noch halbwegs erträglich, da der Mangel an Düngemitteln sich noch nicht gravierend bemerkbar gemacht hatte und von den Amerikanern unmittelbar hinter der kämpfenden Truppe 600.000 t Getreide eingeführt wurden, so verschlechterte sie sich in der folgenden Zeit beträchtlich. Die Kombination mehrerer Faktoren – Rückgang der Hektarerträge infolge Düngermangels und Fehlen von Zugvieh, Zusammenbruch der Verkehrsinfrastruktur und der Transportmöglichkeiten u. a. wegen Fehlens von Autoreifen, Behinderung regionalen Ausgleichs durch die Zonengrenzen,<sup>51</sup> Verlust der agrarischen Überschussgebiete im Osten Deutschlands und ein extrem kalter und langer Winter 1946/47, gefolgt von einem heißen und dürren Sommer – bewirkte, dass der Tiefpunkt erst zwei Jahre nach Kriegsende im Sommer 1947 erreicht wurde. Diese Entwicklung wirkte deprimierend, weil die Menschen, denen im Mai 1945 zumeist durchaus klar gewesen war, dass sie für den verbrecherischen Krieg zu zahlen haben würden, den Eindruck gewannen, je länger der Krieg zurückläge, desto schlimmer würde die Not.

In den geheimen „Politischen Lageberichten“<sup>52</sup> werden die Folgen dieser Not geschildert, z. B. die gesundheitlichen: „In den vergangenen Monaten traten durch den strengen Winter, den Mangel an Schuhwerk in verstärktem Maße Erkältungskrankheiten auf. Die Ärzte berichten, daß gerade bei Normalverbrauchern und bei alten Leuten die Rekonvaleszenz unverhältnismäßig lange dauert. (31. März 1947) - Dagegen nimmt die Tuberkulose immer zu. Im letzten Vierteljahr wurden 85 Neuerkrankungen an Tuberkulose gemeldet. Todesfälle an Tuberkulose traten 22 ein. Allein in Idar-Oberstein haben wir 154 Fälle offener aktiver Tuberkulose. (30. Juni 1947). – Die Zahl der Diätverpflegung bekommenen Tuberkulösen (Selbstversorger also nicht eingeschlossen) betrug Ende September: Offene ansteckende Tuberkulose 87, offene Tuberkulose ohne Bazillennachweis 119, aktive Tuberkulosen, die als geschlossen anzusehen sind 300, Tuberkulose der Haut und Knochen, sowie Organtuberkulose: 119 (6. Oktober 1947).“

Die Not drückte auch auf die Stimmung und die politischen Einstellungen: „Die Stimmung der Bevölkerung ist nach wie vor gedrückt. Man hört Äußerungen größter Niedergeschlagenheit und Hoffnungslosigkeit. (1. Juli 1947). – Die Stimmung der Bevölkerung bezüglich der Demokratie ist sehr zwiespältig. Die allgemeine Not nimmt einem großen Teil der Bevölkerung die Fähigkeit, Ursache und Wirkung der jetzt zugespitzten Lage klar auseinander zu halten. Besonders die Jugend steht in ihrer überwältigenden Mehrheit der heute in Erscheinung tretenden Form der Demokratie ablehnend gegenüber. Sie vergleicht die gegenwärtigen Zustände mit denen des 3. Reiches und sieht, daß es ihr und der Bevölkerung unter Hitler besser gegangen ist als heute. Sie will nichts davon hören, daß gerade die Hitlerzeit die gegenwärtigen Zustände verursacht hat, sondern gibt den augenblicklichen Inhabern der öffentlichen Gewalt, und zwar sowohl den deutschen Dienststellen als auch der Besatzungsmacht die Schuld an diesen Zuständen. (13. Januar 1947). – Die Stimmung ist auf einem solchen Tiefstand angelangt, daß man sie vielleicht als Apa-

---

<sup>49</sup> CONRADT CHRONIK, S. 303

<sup>50</sup> ebenda, S. 307. – Otto Conradt dürfte mit diesen Bemerkungen die seinerzeitige Stimmung der Bevölkerung zutreffend wiedergeben. Inwiefern er mit seinen Notizen übertrieb, um Ressentiments gegen die Siegermacht zu pflegen, wird kaum zu klären sein.

<sup>51</sup> Zunächst war es sogar verboten, über die *Kreis*grenzen hinweg einzukaufen (oder Schwarzhandel zu betreiben.) „Die Leute versuchen sich selbst zu helfen und ein wenig Vorrat zentnerweise mit dem Handwägelchen nach Hause zu schaffen. Aber man darf nur im Kreisgebiet kaufen. Wer sich etwas in den Hochwalddörfern beschafft, bekommt es in Katzenloch von der deutschen Polizei abgeholt.“ CONRADT CHRONIK S. 301

<sup>52</sup> Der Koblenzer Regierungspräsident (und spätere rheinland-pfälzische Ministerpräsident) Wilhelm Boden hatte am 23. 7. 1945 alle Landräte des Regierungsbezirkes aufgefordert, in so genannten „Geheimen Lageberichten“ jeden Monat u. a. zu informieren über die Zusammenarbeit mit den Militärbehörden, die Bekämpfung des Nationalsozialismus, die Wohnungs-, Ernährungs- und Versorgungslage, die Gesundheitsverhältnisse, die Wirtschaftsförderung, die Verkehrsverhältnisse usw. Die Birkenfelder Berichte erstatteten die Landräte Karl Nieten (April 1945 – September 1946) und Jakob Heep (Oktober 1946 – August 1956 [f]). Vgl. BRANDT 1995

thie bezeichnen muß. Hunger und Ernährungssorgen beherrschen das Denken und Handeln der Bevölkerung, und zur Stillung des Hungers werden Gesetzesübertretungen zu Alltäglichkeiten. (31. März 1947). – Die allgemeine politische Lage ist unverändert, jedoch macht sich in fast allen Kreisen der Bevölkerung, besonders in der Jugend, eine Abkehr von dem Gedanken der Demokratie immer mehr bemerkbar. Die Leute setzen den Begriff ‚Demokratie‘ mit ihren Erfahrungen der Not, des Hungers, der Trümmer...gleich. Sie haben kein Vertrauen dazu, daß das Volk mit demokratischen Mitteln in der Lage ist, ordnungsgemäße und gesunde Verhältnisse herbeizuführen. Leitende Personen erhalten in vermehrtem Umfange anonyme Drohbrieft, in denen sie wegen der notwendigen Zusammenarbeit mit den Besatzungsbehörden als Landesverräter bezeichnet und bedroht werden. (6. Oktober 1947)“

Die Ernährungslage besserte sich erst um die Jahreswende 1947/48, wobei wieder mehrere Faktoren zusammenwirkten: Die USA hatten 1947 eine Rekord-Getreideernte eingefahren, die sie zu großen Exporten nach Europa befähigte; der nach dem Scheitern der Außenministerkonferenzen<sup>53</sup> über die Zukunft Deutschlands zwischen den vier Siegermächten eskalierende Kalte Krieg führte zur Entscheidung der drei westlichen Alliierten, aus ihren Besatzungszonen einen Separatstaat zu bilden,<sup>54</sup> wodurch die Grenzen zwischen den westlichen Zonen durchlässiger wurden und schließlich ganz wegfielen, und die Wirkung der Marshallplan-Hilfe wurde spürbar.

Für Idar-Oberstein kam eine Linderung der Not noch aus einer anderen Quelle: „Von Freunden und Verwandten<sup>55</sup> um Unterstützung gebeten, fand sich der aus Oberstein stammende und 1920 nach Schweden ausgewanderte Unternehmer Otto Decker<sup>56</sup>...zu einem einzigartigen Hilfswerk bereit, das zwischen 1947 und 1949 Lebensmittel, Medikamente, Kleidung und Güter des täglichen Bedarfs in seine alte Heimat lieferte. Bei insgesamt 34 Spendenausgaben ...konnten jeweils etwa 11.000 Inhaber von Bezugscheinen...mit Lebensmitteln versorgt werden.“ Die Stadt bedankte sich mit der Verleihung Ehrenbürgerwürde und der Umbenennung des stadtseitigen Abschnittes der Bahnhofstraße nach ihrem Wohltäter; „seit Herbst 1989 hält zudem ein von Reinhold Petermann gestalteter Gedenkstein auf dem Europaplatz die Erinnerung an Otto Decker wach.“<sup>57</sup>

Ein Punkt der Potsdamer Beschlüsse betraf die Demontagen – rüstungstechnisch verwendbare und andere industrielle Ausrüstung konnte jede Besatzungsmacht als Reparation aus ihrer Zone entnehmen. Frankreich machte, da seine Industrie durch den Krieg sehr gelitten hatte, von dieser Möglichkeit intensiven Gebrauch. „Die Entnahme von Maschinen und Zubehör aus den Idar-Obersteiner Betrieben began-

---

<sup>53</sup> 10. 9. – 2. 10. 1945 in London; 25. 4. – 12. 7. 1946 in Paris

<sup>54</sup> S. u.

<sup>55</sup> Karl Decker, der Bruder Otto Deckers, war SPD-Mitglied und regte an, dass die „Arbeiterwohlfahrt“ sich um Hilfe an seinen Bruder wenden solle. REDMER/SCHÜBELIN 1978, S. 68

<sup>56</sup> Otto Decker wurde am 24. Februar 1890 als viertes Kind einer Graveursfamilie geboren, absolvierte eine kaufmännische Lehre, war mit siebzehn Jahren bereits Buchhalter bei der Firma Schmelzer und noch vor seinem zwanzigsten Lebensjahr Vertreter von Obersteiner Firmen in Berlin. ... Aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem 1. Weltkrieg begibt sich Otto Decker nach Schweden. Dort gründete er in den 1920-er Jahren die Skandinavische Goldwarengesellschaft und danach das Finnische Goldwarenhaus. Darüber hinaus erwarb er Anteile an mehreren schwedischen und einer Pforzheimer Firma. Decker wurde 1932 Sachverständiger der in Schwierigkeiten geratenen größten Gold-, Silberwaren und Juwelenfabrik Skandinaviens, der CG Hallberg Guldsmedsaktiebolag, bevor er 1942 Direktor und Aktionär wurde und den Konzern weiter ausbaute. Schon während des 2. Weltkrieges begann er mit dem Versand von Lebensmitteln in die alte Heimat, ... Von Februar 1947 bis Juli 1949 erfolgten die Sammelspenden, die einen enormen logistischen Aufwand erforderten. Die Kosten für den Transport außerhalb von Deutschland wurden komplett von Otto Decker übernommen, was durch die damaligen devisenrechtlichen Bestimmungen in Deutschland leider nicht möglich war. ... (In Idar-Oberstein herrschte große Freude) als der Ehrenbürger und Wohltäter Otto Decker im August 1951 seine Heimatstadt endlich besucht. Leider verstarb Decker knapp ein Jahr nach seinem Besuch am 25. Juni 1952 im Alter von 62 Jahren. Die Trauer war sehr groß in Idar-Oberstein, zur Trauerfeier schickte die Stadt einen offiziellen Vertreter nach Schweden und in Idar-Oberstein wurde parallel dazu eine Trauerfeier im Jeweltheater abgehalten. (PA-IO, 23. August 2012)

<sup>57</sup> RAUSCHER/REDMER 2015, S. 18 f. – CONRADT CHRONIK S. 310 gibt eine Übersicht über die Gesamtheit der Spenden: „250 Zentner Kartoffeln, 200 Zentner Trockenkartoffeln, 1548 Zentner Erbsen, 200 Zentner Erbswurst, 200 Zentner Fett, 60 Zentner Fleischextrakt, 64 Zentner Pökelfleisch, 18.000 Dosen Fleischkonserven, 617 Fässer Heringe zu je 900 Stück, 1200 Eimer Heringe, 1800 Dosen Bücklinge und 273 Zentner Apfelsinen. ... 885 Regenmäntel, 4000 Tuchmäntel, 7000 Röcke, 6000 Hosen, 10.000 Hemden, 2000 Paar Strümpfe, 287 Leinenjacken, 50 Leinenhosen und 100 Wolljacken. Dazu 981 Paar Halbschuhe, und 7.272 Paar Militärschuhe. Es kamen ferner zehntausend Kilo Lebertran, Traubenzucker, Vitamine, Medikamente, Verbandstoffe, Cebion, Insulin, Digitalin, Säuglingszeug aller Art. Und es kam Reparaturmaterial für Schuhe und Kleider, darunter zweitausend Rollen weißer Zwirn. An alles hat Otto Decker gedacht. Im Dezember 1948 trafen die letzten drei Waggons ein.“

nen im Frühjahr 1946 und zogen sich bis ins Jahr 1948 hin. ... Neben der Demontage der hoch qualifizierten Idarer Diamantindustrie war besonders die Obersteiner Metallwaren- und Bijouterieindustrie bevorzugtes Ziel der Franzosen. Laufend mussten die Betriebe Entnahmen von Stanzautomaten, Pressen, Drehbänken, Schweißapparaten usw. über sich ergehen lassen.“<sup>58</sup> Eine Kommission, bestehend aus einigen Obersteiner Industriellen, dem Syndikus der Idar-Obersteiner Bezirksstelle der Industrie- und Handelskammer sowie einem französischen Ingenieur, achtete bei den Beschlagnahmungen drauf, „dass die Lasten der Demontagen gleichmäßig verteilt waren und keine Firma einen zu großen Nachteil in Kauf nehmen musste.“<sup>59</sup> Trotzdem gefährdeten diese Eingriffe zahlreiche Arbeitsplätze; durch Maschinentausch zwischen den einzelnen betroffenen Firmen versuchte man, die Produktion notdürftig aufrechtzuerhalten. Die gesamte Idar-Obersteiner Industrie verlor laut einer „noch vorhandenen Liste ... allein im Jahre 1946 nicht weniger als 438 Maschinen unschätzbaren Wertes.“<sup>60</sup>

Die Obersteiner Metallwarenindustrie hatte vor dem Krieg 3.000 bis 4.000 Arbeiter beschäftigt (während des Krieges wegen der Rüstungsaufträge 6.000 – 7.000); beim jetzigen „kläglichen Zustand“<sup>61</sup> waren es nur noch 400 Beschäftigte. Die Firmen befürchteten „eine zunehmende Abwanderung hoch qualifizierter Kräfte, die in der amerikanischen Besatzungszone gelegenen Schmuckzentren Hanau, Pforzheim und Schwäbisch Gmünd,“<sup>62</sup> deren Unternehmen nicht mit so einschneidenden Maßnahmen kämpfen mussten.

Aber es gab trotzdem auch kleine Schritte der Erholung und Normalisierung. Ein notdürftiger Eisenbahnverkehr (fast nur Güterwagen und wegen beschädigter Brücken vorläufig nur Heimbach – Bad Kreuznach) bestand seit Juni 1945, seit dem 20. August fuhr die Straßenbahn wieder nach dem normalen Fahrplan, Voraussetzung dafür war die vollständige Wiederherstellung der Stromversorgung.<sup>63</sup> Seit dem 26. September gab es wieder Briefverkehr innerhalb der französischen Zone.

Eine Verordnung der französischen Militärregierung vom 11. September 1945 „setzte die Lehrpläne für die Volks- und höheren Schulen außer Kraft. Anstelle der Lehrpläne aus der Nazi-Zeit führte die französische Militärregierung ihre eigenen ein. In den Volksschulen wurde der Geschichtsunterricht untersagt, ebenso Biologie und Rassenkunde. Die Schüler, die nicht am Religionsunterricht teilnahmen, sollten als Ersatz ethischen Unterricht erhalten. Im Musik-, Sport- und Zeichenunterricht hatten alle Beispiele, die an nazistische Bräuche erinnerten und militärischen Charakter trugen, zu unterbleiben.“<sup>64</sup> Auf dieser Grundlage begann im Oktober wieder der Schulunterricht – ohne Hefte, fast ohne Bücher, mit nur wenigen Lehrkräften.

Die Verantwortlichen in Paris gingen davon aus, dass es neben dem nationalsozialistischen auch ein „anderes Deutschland“ gegeben hatte und immer noch gab und dass es dieses zu stärken galt. „Der Quai d’Orsay (*das französische Außenministerium*) kam in einem Memorandum vom September 1944 zu der Auffassung, daß ein langfristiger Erfolg der Besatzungspolitik davon abhinge, ob die deutsche Öffentlichkeit und insbesondere die deutsche Jugend von den Vorteilen eines demokratischen Staatssystems überzeugt werden könne: « La partie sera bien près d’être gagnée s’il est prouvé à l’opinion allemande qu’un peuple libre peut être en même temps digne et fort. »“<sup>65</sup> Und als ein wesentliches Mittel zur Erreichung dieses Zieles betrachteten die Franzosen Bildung und Kultur, mit denen sie „die Deutschen für freiheitliche Ideen gewinnen [wollten]. Vermehrt gelangten französische Filme in die Kinos.“<sup>66</sup> Die Stadtbücherei warb

---

<sup>58</sup> RAUSCHER 2011, S. 177 f

<sup>59</sup> RAUSCHER 2016, S. 211

<sup>60</sup> ebenda, S. 212

<sup>61</sup> ebenda, S. 213

<sup>62</sup> ebenda, S. 214

<sup>63</sup> MAIS 1985 a, S. 335 f u. CONRADT CHRONIK, S. 297 – Seit dem 15. Januar war die Stadt ohne Elektrizität, zwischenzeitlich sprang eine Fabrik mit eigener Stromversorgung ein (BERGER 1965, S. 212 f). Stromsperrungen wegen stockender Kohlelieferungen blieben aber noch länger an der Tagesordnung.

<sup>64</sup> RUGE-SCHATZ 1977, S. 75. - Dass zwei klassische Unterrichtsfächer („Rassenkunde“ kann man wohl kaum als seriösen Unterrichtsgegenstand betrachten) völlig verboten wurden, wirkt drastisch, war aber angesichts des ideologischen Missbrauchs gerade dieser Fächer wohl zunächst unvermeidlich.

<sup>65</sup> „Das Spiel ist schon fast gewonnen, wenn man der deutschen (öffentlichen) Meinung beweist, dass ein freies Volk gleichzeitig würdig und stark sein kann.“ MÖHLER 1992, S. 28 f

<sup>66</sup> Zwischen 6. Oktober (Postlichtspiele Oberstein) und 17. November 1945 (Schwanlichtspiele Idar) waren die Kinos wieder eröffnet worden. (CONRADT CHRONIK, S. 302)

mit aktueller französischer Literatur.“<sup>67</sup> Die Franzosen „bringen bedeutende französische Künstler hierher. Im Saalbau gastieren nacheinander der französische Pianist Jean Charles Richard und der Cellist von Weltruf Navarra, in der Festhalle bringt die Opéra Comique, Paris, die Oper Carmen<sup>68</sup>, ...das Orchestre du Conservatoire de Paris gibt ein ganz großartiges Konzert in der Festhalle unter der Leitung von Claude Delvincourt. Es ist die erste Begegnung mit Orchestermusik von Debussy, Ravel und Strawinsky“<sup>69</sup>...und das alles bei freiem Eintritt.

Im Gegensatz zu der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg vermied Frankreich jede Förderung separatistischer Aktivitäten und ließ – trotz der betonten Eigenständigkeit<sup>70</sup> seiner Militärregierung – keinen Zweifel an der Zugehörigkeit seines Besatzungsgebietes zu Deutschland, das es sich aber möglichst föderalistisch, mit einer schwachen Zentralgewalt ausgestattet wünschte. Dabei war Frankreich wie die anderen Alliierten bestrebt, den Deutschen so bald wie möglich die Verantwortung für ihr eigenes Schicksal zu übertragen, dabei jedoch zu gewährleisten, dass die Sicherheit der Besatzungsmacht garantiert blieb und dass die deutsche Verwaltung auf demokratische Weise ausgeübt wurde.

Schon Ende November 1945 war die grundsätzliche Erlaubnis zur Gründung von demokratischen und antinazistischen Parteien erteilt worden<sup>71</sup>; die Ausführungsbestimmungen folgten am 23. Februar 1946.<sup>72</sup> Als erste hatte sich die KPD schon am 16. Januar 1946 neu gebildet; die SPD folgte am 1. Februar, die CDP<sup>73</sup> am 2. März<sup>74</sup>. Am 30. August 1946 proklamierte der Oberbefehlshaber der französischen Besatzungstruppen und Militärgouverneur in Deutschland General Pierre Koenig die Gründung des Landes Rheinland-Pfalz; mit der Verordnung Nr. 57<sup>75</sup> wurden das Vorgehen im Einzelnen geregelt. Als erstes fanden am 15. September 1946 Wahlen zu den Stadt- und Gemeinderäten statt. Die Idar-Obersteiner Wahlen ergaben folgende Sitzverteilung<sup>76</sup> unter den drei bis dahin existierenden Parteien:

Stadtrat 15. September 1946	28 Sitze
SPD	15
CDP	11
KPD	2

Zum ehrenamtlichen Bürgermeister wurde der Sozialdemokrat Emil Lorenz gewählt, je zwei Beigeordnete aus der SPD und der CDP standen ihm zur Seite. Am 13. Oktober folgten die Wahlen zum Kreistag, für den auch die Liberalen kandidierten: SPD und CDU errangen je elf, KPD und DP je zwei Sitze.

In Artikel 4 der Verordnung Nr. 57 war eine beratende Versammlung vorgesehen, die eine Landesverfassung ausarbeiten sollte; sie wurde am 17. November 1946 gewählt, die von ihr erarbeitete Verfassung wurde gleichzeitig mit der ersten Wahl zum rheinland-pfälzischen Landtag<sup>77</sup> am 18. Mai 1947 zur Abstimmung gestellt und bei einer Wahlbeteiligung von 77,7% mit 53% der abgegebenen Stimmen angenommen. Im Juli löste der erste vom Landtag gewählte Ministerpräsident Peter Altmeier (CDU) den Übergangs-Regierungschef Wilhelm Boden ab.

Der Landtag des neuen Bundeslandes verabschiedete am 27. September 1948 das „Selbstverwaltungsgesetz für Rheinland-Pfalz“, auf dessen Grundlage am 14. November 1948 Stadtratswahlen stattfanden. Zu den bisherigen drei Parteien war die liberale DP<sup>78</sup> getreten und konnte aus dem Stand zur stärksten Partei im Stadtrat werden:

<sup>67</sup> RAUSCHER/REDMER 2015, S. 20

<sup>68</sup> ... darunter als prominente Gäste Simone de Beauvoir und Jean Paul Sartre. RAUSCHER/REDMER 2015, S. 20

<sup>69</sup> CONRAD CHRONIK, S. 303

<sup>70</sup> So verblieb die französische Militärregierung auch nach der Bildung des Berliner Alliierten Kontrollrates in Baden-Baden; „Administrateur Général Émile Laffon, der Leiter der Militärregierung, war der einzige im Kreise seiner Kollegen Clay, Robertson und Sokolowsky, der nicht an den Sitzungen des eigentlichen Arbeitsgremiums des Kontrollrates, des Koordinierungsausschusses, teilnehmen konnte.“ HENKE 1982, S. 508 f

<sup>71</sup> Verordnung Nr. 25 des Commandant en Chef Français en Allemagne vom 29. November 1945. Text in MAIS 1985 a, S. 434

<sup>72</sup> REDMER/SCHÜBELIN 1978, S.64

<sup>73</sup> Christlich Demokratische Partei, rheinland-pfälzische Vorläuferin der CDU

<sup>74</sup> RAUSCHER/REDMER 2015, S. 15

<sup>75</sup> Text in BORMMER 1985, Nr. 73, S. 193 ff

<sup>76</sup> Alle folgenden Stadtrats-Wahlergebnisse nach der Übersicht in RAUSCHER/REDMER 2015, S. 118

<sup>77</sup> Das Wahlergebnis für den Landtag: CDU 47,2%, SPD 34,4%, LP/SV 9,7%, KPD 8,7.

<sup>78</sup> Kurz darauf in der FDP aufgegangen

<b>Stadtrat 14. November 1948</b>	31 Sitze
DP	13
SPD	11
CDU	6
KPD	1

Nach der Konstituierung des neuen Stadtrates fasste dieser den „Beschluss, auf der Basis der der neuen rheinland-pfälzischen Gemeindeordnung einen hauptamtlichen Bürgermeister anzustellen, dessen Amtszeit auf acht Jahre angesetzt war.“<sup>79</sup> Einen möglichen Grund für den Erfolg der DP kann man in ihrer Forderung vermuten, „den von den Franzosen des Amtes enthobenen ehemaligen Stadtbürgermeister Ludwig Bergér wieder einzustellen.“<sup>80</sup>

Bergér hatte seit seiner Entlassung durch die Franzosen energisch seine Wiedereinstellung betrieben und alle Angebote „attraktiver Alternativen... um die sich andere in vergleichbare Situation geradezu gerissen hätten,“<sup>81</sup> zurückgewiesen. Um das Amt des Bürgermeisters wieder bekleiden zu können, musste Bergér zunächst das Entnazifizierungsverfahren vollständig durchlaufen haben. Die Verhandlung vor dem Untersuchungsausschuss in Birkenfeld hatte zwar schon am 4. August 1948 (also vor der Kommunalwahl) stattgefunden; das Ergebnis war die Einstufung Bergérs als Nichtschuldiger. Die Verhandlung<sup>82</sup> hatte, kurz gesagt, das Bild eines pflichtbewussten Verwaltungsmannes ergeben, der, um seine Aufgaben reibungslos erfüllen zu können, sich eben an das verbrecherische Regime angepasst hatte, ohne offen zu protestieren, aber auch ohne Verbrechen selber aktiv zu unterstützen. Individuellen Hilfeleistungen einerseits<sup>83</sup> standen öffentliche Auftritte zur Unterstützung des Regimes andererseits gegenüber. Der „Landeskommissar für politischen Säuberung in Rheinland-Pfalz“ bewertete Bergérs Anpassungsbereitschaft strenger als der Birkenfelder Ausschuss und brachte das Verfahren vor die Spruchkammer in Koblenz, die den ehemaligen Bürgermeister am 9. November 1948 als Mitläufer einstufte, aber von allen Sühnemaßnahmen absah.

Damit der „Mitläufer“ Bergér tatsächlich wieder als Bürgermeister gewählt werden konnte, bedurfte es aber noch entweder einer Amnestierung oder einer ausdrücklichen Wählbarkeitsbescheinigung – und deren Ausstellung verzögerte sich, sehr lange. Die Einzelheiten des „Hick-Hacks“<sup>84</sup>, das sich nun entwickelte, kann man übergehen – das Ganze gipfelte in einem Ultimatum der ganzen DP-Fraktion und dreier CDU-Stadtratsmitglieder: Würde das Innenministerium nicht bis zum 10. August 1949, 12 Uhr einer Einstellung Bergérs zustimmen, wollten sie ihre Mandate niederlegen – was sie denn auch taten. Etwa zwei bis drei Stunden später traf die Entscheidung des Innenministeriums zugunsten Bergérs ein, aber da war das Kind schon in den Brunnen gefallen.<sup>85</sup>

Weil der Stadtrat durch den Rücktritt von 16 Mitgliedern und durch die Weigerung der Nachrücker, an ihre Stelle zu treten, beschlussunfähig geworden war, wurden Neuwahlen nötig. Am 30. Oktober traten insgesamt sechs Listen an – neben den bestehenden Parteien noch zwei Freier Wählervereinigungen, von denen aber nur eine reüssierte:

<b>Stadtratswahl 30. Oktober 1949</b>	31 Sitze
SPD	11
CDU	3
FDP	7
KPD	2
Freie Liste Purper	8

<sup>79</sup> RAUSCHER 2004, S. 152

<sup>80</sup> ebenda, S. 152 f. Vgl. auch die Wiedergabe einer Zeitungsanzeige in RAUSCHER/REDMER 2015, S. 25

<sup>81</sup> ebenda, S. 155

<sup>82</sup> zusammengefasst bei RAUSCHER 2004, ebenda S. 155 ff

<sup>83</sup> So ist z. B. bezeugt, dass Bergér beim „Judenboykott“ im April 1933 mehreren jüdischen Geschäftsinhabern Schutz vor Ausschreitungen gewährt hatte.

<sup>84</sup> So RAUSCHER 2004

<sup>85</sup> Nachdem nun, wenn auch anders als erwartet, eine endgültige Entscheidung vorlag, wurde Bergér zum 31. August in den Ruhestand versetzt. Er nahm im Oktober 1949 eine Beschäftigung in der Idar-Obersteiner Außenstelle der IHK Koblenz an, seit 1954 als deren Geschäftsführer. 1956 zog er sich ins Privatleben zurück. RAUSCHER 2004, S.171

„Während der turbulenten Ereignisse um die Person Ludwig Bergér ... geriet ein Ereignis ... beinahe in den Hintergrund: Am 14. August 1949 (*also vier Tage nach der spektakulären Mandatsniederlegung von 16. Idar-Obersteiner Kommunalpolitikern, U. S.*) fanden die ersten Wahlen zum Deutschen Bundestag statt, wodurch eine neue Epoche in der deutschen Geschichte eingeläutet wurde.“<sup>86</sup>

Wir sind mit der Schilderung des „Politikums Bergér“ vorausgeeilt. Zum Neubeginn nach dem Krieg ist noch einiges nachzutragen. Durch die unsinnige Zerstörung aller drei Nahebrücken war das städtische Leben empfindlich gestört, für die Angehörigen der Besatzungsmacht ebenso wie für die Bürger der Stadt. Daher genoss „wegen ihrer verkehrstechnischen Bedeutung... der Wiederaufbau der Brücken bei den Franzosen oberste Priorität.“<sup>87</sup> Das hieß, dass für alle anderen Bauvorhaben – öffentliche wie private – ab 1. November 1945 eine „Bausperre“ galt, da nicht nur Transportmittel und Baumaterialien knapp waren, sondern auch qualifizierte Bauarbeiter fehlten, die entweder gefallen oder noch in Gefangenschaft waren.

Zuerst war, beginnend um die Jahreswende 1945/46, die Marktplatzbrücke<sup>88</sup> an der Reihe, die am 5. Dezember 1946 dem Verkehr übergeben werden konnte.<sup>89</sup> Auch die fast gleichzeitigen Arbeiten an der Bahnhofsbrücke<sup>90</sup> hatten mit Materialmangel zu kämpfen und mussten mehrmals unterbrochen werden. Die benötigten Eisenteile wurden „angeblich aus Reservelagern der ehemaligen Deutschen Reichsbahn“<sup>91</sup> beschafft; am 1. Oktober war Eröffnung. Von den drei mächtigen Steinbögen der Hindenburgbrücke war nur der nördlichste, direkt über dem Flusslauf, gesprengt worden. Auch hier gab es Probleme mit der Materialbeschaffung – am 28. Juli 1948 war die Einweihung der nunmehrigen Wilhelm-Leuschner-Brücke.<sup>92</sup> Die Bewohner der Struth allerdings mussten wegen erheblicher Finanzierungsprobleme noch bis Juni 1952 auf die Wiederherstellung ihrer Brücke warten – bis dahin hatten sie nur über die schmale und steile Straße Ludwigshöhe Verbindung zum Rest der Stadt gehabt. Allen Wiederaufbau-Brücken war gemein, das sie wegen ihrer zunächst behelfsmäßigen Bauweise sehr reparaturanfällig waren. –

Als erste „richtige“<sup>93</sup> Zeitung neben dem „Mitteilungsblatt“ erschien in Bad Ems - Sitz des militärischen Hauptquartiers für den Nordteil der französischen Besatzungszone – ab 3. August 1945 der „Mittelrhein Kurier“; seit Ende Oktober mit Regionalausgaben; seit diesem Zeitpunkt konnte man das Blatt auch in Idar-Oberstein lesen. Allerdings wurde die Zeitung schon am 27. April 1946 eingestellt, offenbar wegen tiefgreifender Meinungsverschiedenheiten zwischen Lizenznehmer<sup>94</sup> und Militärverwaltung. Nachfolgerin wurde die in Koblenz seit Ostersonntag 1946 herausgegebene und heute noch existierende „Rhein-Zeitung“. Ebenfalls bis heute erscheint die „Allgemeine Zeitung“, erstmals als „Neuer Mainzer Anzeiger“ am 26. Oktober 1945.<sup>95</sup> 1949 folgten noch die vom Verleger des Bad Kreuznacher „Öffentlichen Anzeigers“ gegründeten „Idar-Obersteiner Nachrichten“.<sup>96</sup> Zwar standen diese Zeitungen noch bis zum Inkrafttreten des Grundgesetzes unter der Zensur der Militärregierung, trotzdem dürften sie ihren Lesern ein weitaus ehrlicheres und realistischeres Bild vom Welt- und Lokalgeschehen vermittelt haben als das „Nationalblatt“ von 1933 – 1945.

Da sich das auf der Potsdamer Konferenz der „Großen Drei“ proklamierte Ziel, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln, im beginnenden Kalten Krieg als unerreichbar erwies, schlossen zuerst die USA und Großbritannien ihre Zonen zum „Vereinigten Wirtschaftsgebiet“ („Bizone“, 1. Januar 1947<sup>97</sup>) zusammen. Damit der Wegfall der Zonengrenzen den gewünschten wirtschaftlichen Wachstumseffekt

---

<sup>86</sup> RAUSCHER 2004, S. 173 f

<sup>87</sup> RAUSCHER 2005, S. 128

<sup>88</sup> Vielleicht muss man – dreißig Jahre nach Fertigstellung der Nahe-Überbauung – erklären: Diese Brücke verband die Hauptstraße auf dem linken mit dem Straßenzug Wasen-/Wilhelmstraße auf dem rechten Naheufer.

<sup>89</sup> RAUSCHER 2005, S. 130

<sup>90</sup> Die Brücke überquerte die Nahe im Zuge der Bahnhof-, seit 1948 Otto-Decker-Straße, und bekam auch den Namen Otto-Decker-Brücke, sie ist 1988 der Naheüberbauung gewichen.

<sup>91</sup> RAUSCHER 2005, S. 131

<sup>92</sup> Nach dem Gewerkschafter Wilhelm Leuschner, \* 1890, hingerichtet 29. 9. 1944; Leiter gewerkschaftlicher Widerstandsgruppen gegen das NS-Regime, gehörte zum Kreis um die Verschwörer des 20. Juli 1944

<sup>93</sup> ...im Unterschied zu einem reinen Mitteilungsblatt, S. 130

<sup>94</sup> Bis zum Inkrafttreten des Grundgesetzes durften Zeitungen nur mit einer Lizenz der jeweiligen Besatzungsmacht erscheinen. Lizenzen erhielten nur von NS-Verbindungen unbelastete Personen.

<sup>95</sup> MAIS 1985 a, S. 327

<sup>96</sup> CONRADT 1982, S. 73 f.

<sup>97</sup> Die französische Besatzungszone schloss sich im April 1949 dem ‚Vereinigten Wirtschaftsgebiet‘ an („Trizone“)

haben konnte, musste nur noch die Währung in ein realistisches Verhältnis zur Produktion gesetzt werden.

Der Zweite Weltkrieg war, wie der Erste, durch eine massive Staatsverschuldung finanziert worden, die allerdings durch ein schwunghaftes System von sich selbst refinanzierenden Finanzwechseln und Reichsschatzanweisungen sowie durch Lohnstopp, Rationierung und Preiskontrollen geschickt verschleiert worden war.<sup>98</sup> Nach Kriegsende drückten die horrenden Schwarzmarktpreise den tatsächlichen Kaufkraftverfall der Reichsmark aus. Mit der Währungsreform am 20. Juni 1948 wurden RM-Guthaben im Verhältnis 1.000 : 65 abgewertet – rein rechnerisch jedenfalls, denn in der Realität war der Schnitt wahrscheinlich härter, weil mancher Bargeld-Besitzer es vorzog, seine Scheine lieber nicht umzutauschen. „Dieses schöne Geld, eigentlich das ganze Geschäftskapital des Schwarzen Marktes, kann nicht in Deutsche Mark umgetauscht werden, auch nicht im Verhältnis zehn zu eins. Das Geld geht verloren, zur Bank will man es nicht bringen, fürchtet Steuerstrafen und Konfiskationen.“<sup>99</sup> Durch diese Angleichung der Geldmenge an die reale Produktion wurde die Bildung realistischer Marktpreise möglich – eine der Voraussetzungen für das so genannte Wirtschaftswunder. „In rascher Folge wurden ..ab 20. Juni 1948 die Preis-Rationierungsvorschriften...aufgehoben. Nur besonders wichtige Güter blieben noch eine Zeitlang mit festgesetzten Höchstpreisen bewirtschaftet. ...Die Rationierung von Kartoffeln wurde schon im Oktober 1948 aufgehoben, Zucker blieb dagegen bis April 1950 bewirtschaftet, Benzin blieb bis 1951, Kohle bis 1952 rationiert.“<sup>100</sup>

Allerdings führte der Währungsschnitt zu kräftigen Preissteigerungen. „Zehn Wochen nach der Währungsreform riefen die Gewerkschaften für Freitag, 20. August 1948, 11.30 Uhr, landesweit zu Protestversammlungen gegen das Missverhältnis von Löhnen und Preisen auf. 4.000 Teilnehmer folgten auf dem Hommelplatz den Ausführungen des Ortskartellvorsitzenden Paul Cullmann und des Gewerkschaftssekretärs Paul Willrich.“<sup>101</sup>

### *Politische Säuberung*

Als nach dem Selbstmord des „Führers“ und dem totalen Zusammenbruch aller Staatlichkeit den Deutschen das ganze Ausmaß der von ihnen oder zumindest in ihrem Namen angerichteten Verbrechen und Zerstörungen klar wurde, entstand auch bei den Besiegten das „Gefühl, daß die Okkupation als Folge der nationalsozialistischen Verbrechen notwendig und moralisch gerechtfertigt war“,<sup>102</sup> und „wurde von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung die Erfordernis einer durchgreifenden Entnazifizierung anerkannt.“<sup>103</sup> Die allgemeine Not, von vielen als Strafe empfunden, und die Tatsache, dass die ehemaligen Nazi-Größen sich, soweit sie nicht interniert worden waren, wohlweislich verkrochen hatten, so dass sie nicht mehr als bedrohlich wahrgenommen wurden, ließen diese Einsicht allerdings bald vergehen und eine ablehnende Stimmung entstehen: „In Birkenfeld tagt die Entnazifizierungskommission. Man sitzt zu Gericht über alle Leute, die der ‚Partei‘ angehörten. Sie sollen für diese Zugehörigkeit bestraft werden. Man teilt sie zu diesem Zweck in verschiedene Klassen ein, Aktivisten, Mitläufer und andere. ... Es finden auch Verhandlungen mit dem ‚Angeklagten‘ statt. Da werden einem alle möglichen (und auch unmöglichen) Sünden vorgetragen, und man soll sich rechtfertigen. Da man unter allen Umständen den Anschein der Rechtmäßigkeit erwecken will, wird ein Jurist, Assessor Kulik, zum Vorsitzenden der Entnazifizierungskommission bestimmt.“<sup>104</sup>

---

<sup>98</sup> THAMER 1986, S. 478 f

<sup>99</sup> CONRADT CHRONIK, S. 312

<sup>100</sup> BENZ 2009, S. 171

<sup>101</sup> RAUSCHER/REDMER 2015, S. 23

<sup>102</sup> BENZ 2009, S. 87

<sup>103</sup> MÖHLER 1997, S. 184

<sup>104</sup> CONRADT CHRONIK, S. 300 – Auch hier fällt es schwer, die an sich infame Formulierung – „den *Anschein* der Rechtmäßigkeit erwecken“ – einzuschätzen: will der Autor die Legitimität der *ganzen* Entnazifizierung bestreiten? Oder geht es ihm nur um das zu undifferenzierte Vorgehen („alle Leute, die der ‚Partei‘ angehörten“)? – Der Schriftsteller und Journalist Otto Conradt hatte neben seiner Chronistentätigkeit in den 30er Jahren als Redakteur für die NS- „National-Zeitung“ bzw. seit 1941 für das „Nationalblatt“ gearbeitet. Vermutlich deswegen wurde er nach dem Einmarsch der Amerikaner „für ein paar Wochen“ auf der Hohl bzw. in der Straßburg-Kaserne interniert – das mag zu dieser verbitterten Einschätzung beigetragen haben.



Die Zustimmung zur politischen Säuberung schwand aber auch deswegen, weil diese sich zuerst mit den kleinen Beamten und Angestellten befasste (s. o. S. 129 f), die, ob nun aus Überzeugung oder aus Opportunismus, der NSDAP oder einer ihrer Nebenorganisationen beigetreten waren und darin untergeordnete Funktionen bekleidet hatten. Der Verdacht, dass man „die Kleinen hänge“, während man „die Großen (Profiteure des Regimes in der Wirtschaft) laufen lasse“, legte sich als schwere Belastung über die Säuberungsverfahren.

Die französische Entnazifizierungspolitik unterschied sich von der US-amerikanischen durch einen pragmatischeren Ansatz – weniger ein strafender „moralischer Rigorismus“<sup>105</sup> als vielmehr die Frage, wie der Prozess der Demokratisierung am besten gegen Nazisabotage abzusichern sei, war für sie wichtig, und sie trauten den Deutschen auch mehr zu als die Amerikaner:

Dem entsprach die Weisung an die französische Besatzungspolitik, sich allmählich auf eine indirekte Verwaltung der Zone zurückzuziehen und parallel dazu Kompetenzen und Verantwortung schrittweise an deutsche Verwaltungen zu übergeben – auch die für die Entnazifizierung. „Die Militärregierung stellte in ihrem Entnazifizierungsbericht Ende 1945 fest: « Pour respecter le principe de l'Administration indirecte et pour pousser l'Allemagne dans la voie d'une démocratisation réelle, il a été décidé de faire effectuer par les allemands eux-mêmes l'épuration des administrations et de l'économie privée. » “<sup>106</sup>

Zur politischen Säuberung gehörte zunächst einmal die Umbenennung von Straßennamen, die schon in der amerikanischen Besatzungsperiode begonnen hatte. Die endgültigen Umbenennungen erfolgten dann auf Grundlage einer Verfügung des rheinland-pfälzischen Innenministeriums, dass „alle Straßen und Plätze, die der Ehrung von Militaristen und Nazibonzen gewidmet waren, ...eine neue Bezeichnung erhalten“ sollten.<sup>107</sup> Die Adolf-Hitler-Straße wurde wieder zur Hauptstraße, die Namen der parteieigenen Märtyrer Albert Leo Schlageter, Horst Wessel und Herbert Norkus wurden gestrichen, desgleichen Göring und Ludendorff. Zusammen mit diesen Nazi-Größen verschwand auch der Name des Mannes, der Hitler zum Kanzler gemacht hatte – aus der Hindenburg- wurde die Mainzer Straße. Zusammen mit diesen verloren drei Generäle – Blücher, Moltke und Roon – ihre Straßen.<sup>108</sup> Bei Bismarck und Jahn schieden sich die Geister – der Glanz des „Reichsgründers“ überstrahlte schließlich die gegen Liberalismus und Arbeiterbewegung gerichteten Maßnahmen des Kanzlers – 1950 bekam er „seine“ Straße zurück. Ähnlich verhielt es sich mit der Jahnstraße: die historische Erinnerung an den „Turnvater“ und sein Eintreten für die Ziele der „1848er“ überdeckten die auch vorhandenen völkischen und antisemitischen Züge seines politischen Denkens. 1951 hieß die Straße am Finsterheck-Hang wieder nach ihm.

Wichtiger war natürlich die Entnazifizierung des politischen Lebens. Das formelle Verfahren der politischen Säuberung durchlief verschiedene Änderungen, am Ende stand die „Landesverordnung zur politischen Säuberung“ (LVO) vom 17. April 1947, als deren Ziel „die Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus sowie die Sicherung des demokratischen Staates genannt“<sup>109</sup> wurde. Betroffen<sup>110</sup> waren alle Personen, die gemäß der Kontrollrats-Direktive Nr. 38 als schuldig oder belastet galten. Darunter fielen beispielsweise alle Mitglieder der Gestapo, Träger des Goldenen Parteiabzeichens, Kreisleiter, alle SS-Angehörigen, SA-Mitglieder vor dem 1. 4. 1933, Regierungspräsidenten, Landräte, Oberbürgermeister.<sup>111</sup> Der führende NSDAP-Vertreter in Idar-Oberstein und im Kreise Birkenfeld, Herbert Wild, war Träger des Goldenen Parteiabzeichens, Kreisleiter, Regierungspräsident und Landrat gewesen. Sein Verfahren soll hier exemplarisch dargestellt werden.

---

<sup>105</sup> MÖHLER 1997, S. 180

<sup>106</sup> „Um den Grundsatz indirekter Regierung zu berücksichtigen und um die Deutschen auf den Weg einer wirklichen Demokratisierung zu bringen, ist beschlossen worden, die Säuberung der Verwaltung und der Privatwirtschaft von den Deutschen selbst durchführen zu lassen.“ – MÖHLER 1992, S. 30

<sup>107</sup> zit. n. RAUSCHER 2005, S. 140

<sup>108</sup> Manfred Rauscher weiß zu berichten, dass noch Anfang des neuen Jahrhunderts „ältere Idarer Mitbürger von 70 Jahre an aufwärts“ immer noch (statt von der Kies-, Schachen- oder Goethestraße) von „ihrer Roon-, Moltke- oder Blücherstraße“ sprachen. RAUSCHER 2005, S. 149

<sup>109</sup> MÖHLER 1992, S. 279

<sup>110</sup> Das Säuberungsverfahren ähnelte im äußerlichen Verlauf einem Strafverfahren, war aber keines – statt Angeklagten gab es ‚Betroffene‘; die Klage wurde nicht von einem Staatsanwalt, sondern vom Öffentlichen Kläger vertreten. Das Verfahren fand nicht vor einem Gericht, sondern vor dem Untersuchungsausschuss und der Spruchkammer statt. Beweiserhebung und -würdigung folgten aber den gleichen Regeln wie im Strafprozess. Unabhängig vom Säuberungsverfahren wurden natürlich Delikte wie etwa Mord, Körperverletzung, Brandstiftung strafrechtlich verfolgt.

<sup>111</sup> MÖHLER 1992, S. 242, Tab. 22 u. 23

Wild war seit dem 29. April 1945 interniert – erst in Diez, dann auf dem Trierer Petrisberg. Vor Eröffnung des Verfahrens wurden, u. a. durch Aufrufe in der Presse, Beweise gesucht – be- und entlastende. Die Akte<sup>112</sup> enthält 23 so genannte „Persil-Scheine“, eigentlich Leumundzeugnisse, die dem Betroffenen Wild etwa bescheinigen, weder die evangelische noch die neuapostolische Kirche verfolgt, den ehemaligen Landrat Dörr gegen Separatismus-Vorwürfe verteidigt oder sich um ausreichende Verpflegung für die bei Fissler beschäftigten französischen Kriegsgefangenen bemüht zu haben; der ehemalige Bürgermeister Bergér wusste sogar zu berichten, „daß er ein großer Freund von Kindern und Tieren war.“<sup>113</sup> Viele dieser Zeugnisse waren auf Wunsch von Wilds Ehefrau Christine ausgestellt worden. Die Belastungszeugnisse waren im Allgemeinen konkreter – es ging um mehrere Entlassungen aus politischen Gründen, um widerrechtliche Festnahmen und um Erpressungen. Die SPD Birkenfeld bescheinigte Wild, er sei „d e r Agitator für den Nationalsozialismus im Birkenfelder Land gewesen“ und habe „rücksichtslos alles in den Schmutz gezogen, was mit demokratischen Ideen etwas zu tun hatte.“<sup>114</sup>

Am 27. 12. 1948 wurde Wild, der vier Tage Weihnachtsurlaub aus dem Internierungslager erhalten hatte, auf eigenen Wunsch vom öffentlichen Kläger beim Untersuchungsausschuss Birkenfeld vernommen.<sup>115</sup> „... Auf die Frage, ob ich mich an Handlungen, die im Sinne der Landesverordnung zur politischen Säuberung eine Belastung darstellen, beteiligt, oder selbst begangen habe, antworte ich mit ‚Nein‘.

An der sogenannten Rizinusaktion<sup>116</sup> in Idar-Oberstein im Laufe des Jahres 1933 war ich selbst nicht beteiligt. Ich habe zuvor auch davon keine Kenntnis gehabt, daß eine solche Aktion beabsichtigt war. Ich wurde zuerst durch einen Willi Dreher fernmündlich vor 12 Uhr des gleichen Tages von der vollzogenen Aktion unterrichtet, der dabei anfragte, was mit den beiden Leuten, nämlich Herrn Effgen und Herrn Aronheim, geschehen solle. Er wies mich dabei auf die große Erregung der Bevölkerung in Idar-Oberstein anlässlich dieses Vorfalles hin. Ich habe daraufhin verfügt, daß mit Rücksicht auf diese Erregung, Effgen und Aronheim nach Birkenfeld zu bringen seien, wo ich sie dann kurze Zeit in Schutzhaft dem hiesigen Gefängnis übergeben habe. Gegen die Schuldigen der Rizinusaktion, die mir bekannt geworden sind,- genau weiss ich, daß August Georg daran beteiligt gewesen ist - habe ich nichts unternommen. Das geschah deshalb, weil ich damit rechnen mußte, sowohl von Seiten der Gauleitung in Koblenz als auch von der SS-Leitung den Hinweis zu bekommen, die Sache auf sich beruhen zu lassen. Ich hätte damit rechnen müssen, daß mir seitens der oben genannten Parteidienststellen die politische Führung des Kreises und auch jede Einflußnahme auf die Entwicklung der Dinge aus der Hand genommen worden wären. Ich habe wiederholt in Auseinandersetzungen vorgehalten bekommen, daß mein Vorgehen zu weich und zu duldsam und im Sinne der NSDAP nicht stur genug wäre. Die Rizinusaktion ist aller Wahrscheinlichkeit nach deshalb gestiegen, weil Effgen als Industrieschädling galt. Diese Ansicht begründet sich auf interne Besprechungen der Fachgruppe, in denen über Preistreiberei and zu niedrige Löhne über Effgen Klage geführt wurden.

Ich bin nicht unterrichtet worden und hatte auch nicht die geringste Ahnung von der Judenaktion<sup>117</sup> des Jahres 1938. Ich weise daraufhin, daß ich während dieser Zeit sowohl durch die Gauleitung in Koblenz als durch meinen Nachfolger, den Kreisleiter Diedenhofen, systematisch von jeder Einflußnahme die Parteipolitik ausgeschaltet wurde.

Nachts zwischen 4 und 5 des betreffenden Tages erhielt ich 2 telefonische Anrufe, die mich von dem Synagogenbrand in Idar-Oberstein in Kenntnis setzten. Ich bin unverzüglich zur Synagoge gefahren und kam dort an, als die Aktion beendet war. Über die weiteren Ausschreitungen wurde ich erst im Laufe des Tages unterrichtet. Aus den gleichen Erwägungen, die mich von jedem Vorgehen im Zusammenhange mit der Rizinusaktion abhielten, habe ich auch in diesem Falle keinerlei Schritte unternommen, weil ich von der Vergeblichkeit derartiger Schritte bei den vorgesetzten Behördenstellen überzeugt war. Ich hätte mich m. E. bei einem Vorgehen gegen die SS und SA-Führung, durch die insbesondere diese Aktionen gestartet wurden, bei der Gauleitung insbesondere nur lächerlich und unmöglich gemacht. Ich bin mir bewusst gewesen, dass ich in meiner damaligen Stelle als Landrat für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung verpflichtet war und hätte infolgedessen mit der mir zustehenden Polizeigewalt

---

<sup>112</sup> LHAK, Bestand 856, Nr. 060373

<sup>113</sup> ebenda, Blatt 10/11

<sup>114</sup> ebenda, Blatt 93. - Sperrung im Original

<sup>115</sup> Ebenda, Blatt 108 – 110. Rechtschreibung wie im Original

<sup>116</sup> s. o. S. 102

<sup>117</sup> Gemeint ist das November-Pogrom; s. o. S. 120

irgendwelchen Ruhestörern Einhalt geboten. Ich bin aber von den Vorgängen am 9. 11. 1938 erst in einem Zeitpunkt unterrichtet worden, in dem jeder Einsatz von Polizei nutzlos verpufft wäre, weil die Aktion bereits schon beendet war.

Mir ist außerdem bewußt, daß eigentlich auch nach beendeter Judenaktion ein polizeiliches Vorgehen gegen die Unruhestifter zulässig und notwendig gewesen wäre. Ich habe dies aus den gleichen Gründen unterlassen, um mich nicht lächerlich zu machen. Ich weise hierbei daraufhin, dass die Staatsanwaltschaft als Strafverfolgungsbehörde gleichfalls verpflichtet war, über die Aktion Kenntnis hatte und trotzdem in dieser Sache nichts getan hat.“

Die behauptete Ahnungs- und Machtlosigkeit des Betroffenen stieß offenbar auf Zweifel: „Wenn mir vorgehalten wird, daß es erstaunlich wirkt, daß irgendein SA- oder SS-Mann oder ein untergeordneter Parteigenosse eine Aktion einleitet, so beispielsweise die Rizinusaktion, ohne daß ich als Kreisleiter davon unterrichtet worden bin und meine Genehmigung dazu erteilt habe, so muß ich darauf antworten, daß das Amt des Kreisleiters erst mit den Jahren zu dem ausgebaut wurde, was es in den letzten Tagen des Nationalsozialismus dargestellt hat. In der ersten Zeit war es auf Organisationsfragen beschränkt...“

Das eigentliche Säuberungsverfahren begann mit der Zustellung der Klage<sup>118</sup> durch den Öffentlichen Kläger an den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses am 8. 2. 1949. Die Klageschrift befasste sich auf den ersten beiden Seiten mit dem Wirken Wilds vor dem 30. 1. 1933 und kam zu der Einschätzung: „Es ist jedoch unbestritten, daß die Haltung, die der Betroffene in alle Öffentlichkeit an den Tag gelegt hat, das Ziel verfolgte, die Weimarer Demokratie zu beseitigen, um auf ihren Ruinen eine Herrschaft aufzurichten, die mit dem Begriffe Demokratie nichts mehr zu tun hatte. ... Es sind nicht die äußeren Merkmale seiner fragebogenmäßigen Zugehörigkeit entscheidend für den Grad seiner Verantwortlichkeit anzusehen. Diese Merkmale sind jedoch durch wirkliche Handlungen im Sinne der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft geeignet, den Grad der Verantwortlichkeit des Betroffenen in einer absoluten Unwiderleglichkeit darzustellen.“<sup>119</sup> Neben der Mitverantwortung an der „Rizinus-Aktion“ wurden Wild u. a. sechs willkürliche Verhaftungen politischer Gegner, z. T. verbunden mit der Erpressung von Lösegeld, drei politisch begründete Entlassungen bzw. Strafversetzungen und die Verletzung seiner Pflicht zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit durch Duldung der „Übergriffe von Organen der NSDAP“ vorgeworfen.

Nach Abwägen dieser Vorwürfe gegen die vorliegenden Entlastungszeugnisse fasste der Kläger zusammen: „Bei der Würdigung des belastenden und entlastenden Materials verlieren die Entlastungszeugnisse erheblich an Wert und erscheinen nicht geeignet, den Gesamteindruck des Betroffenen nach der Richtung hin zu beeinflussen, die es mir ermöglichte, seine persönliche Verantwortlichkeit und seine Gesamthaltung in einem milderem Sinne zu deuten. Der Betroffene hat schon vor der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus die Absicht bewiesen, eine Gewaltherrschaft aufzurichten. Er hat Freiheitsberaubungen vorgenommen bzw. geduldet und dabei sich nicht gescheut, Lösegelder zu erpressen. Er hat Andersdenkende mit einer bezeichnenden Brutalität behandelt und sich außerdem der Teilnahme an Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sinne des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 schuldig gemacht. Er hat Andersdenkende aus ihren Ämtern entlassen und sich in die Rechtspflege eingemischt und damit ein öffentliches Amt mißbraucht. Er hat den Versuch gemacht, Nichtparteigenossen zur Mitgliedschaft bei der NSDAP zu zwingen und im Sinne des § 7 LVO unter Ausnutzung seiner Machtstellung im Kreis Birkenfeld, erheblichen Nutzen für sich in Anspruch genommen. Seine Einstellung zu den Gewalttaten der NSDAP des Kreises Birkenfeld war derart, daß man ihn zumindest der Duldung eines Zustandes von Rechtsunsicherheit beschuldigen kann.“<sup>120</sup>

Hierauf antwortete Wilds Rechtsanwalt am 5. 4. 1949 mit einer Klageerwiderung<sup>121</sup>, in der er in insgesamt 14 Punkten zwar nicht die einzelnen Ereignisse bestritt, wohl aber die Verantwortlichkeit seines Mandanten für dieselben. Einen Monat darauf unterbreitete der Untersuchungsausschuss nach der (nichtöffentlichen) mündlichen Verhandlung seinen Säuberungsvorschlag:<sup>122</sup>

---

<sup>118</sup> LHAK, Bestand 856, Nr. 060373, Blätter 121 - 126

<sup>119</sup> ebenda, Blatt 122

<sup>120</sup> ebenda, Blätter 125/126

<sup>121</sup> ebenda, Blätter 129/130

<sup>122</sup> ebenda Blätter 174 - 176

„Unter Einstufung in die Gruppe der Belasteten werden dem Betroffenen folgende Sühnemaßnahmen auferlegt:

I. Er verliert:

1. die Fähigkeit zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes. Rechtsansprüche auf ein aus öffentlichen Mitteln zahlbares Ruhegehalt, eine Unterstützung oder eine Rente, das passive und aktive Wahlrecht sowie das Recht der politischen Betätigung und der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, beruflichen oder wirtschaftlichen Vereinigung.

Sie gelten durch die seit dem 30. 4. 45 verbüßte Internierung von 4 Jahren als verbüßt.

2. Es wird ihm, beginnend mit dem 30.4. 45 auf die Dauer von 5 Jahren untersagt:

Selbständig in einem freien Beruf, Unternehmen oder gewerblichen Betrieb tätig zu sein, sich daran zu beteiligen oder die Aufsicht oder die Überwachung darüber auszuüben, einen leitenden Posten in einem unselbständigen Beruf innezuhaben oder als Lehrer, Erzieher, Verleger, Redakteur, Schriftsteller oder Rundfunkkommentator tätig zu sein,

II. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Betroffenen zur Last.

Streitwert: 4.800, -- DM.“

In der Begründung des Säuberungsvorschlages gab der Ausschuss zunächst eine knappe Zusammenfassung des persönlichen, beruflichen und politischen Werdeganges des Betroffenen; nach der Aufzählung der in der Klageschrift genannten Vorwürfe wurde die Darstellung Wilds zusammengefasst:<sup>123</sup> „Der Betroffene hat sich in der mündlichen Verhandlung dazu eingelassen: Er sei Anhänger des Nat. Soz. geworden, in der Überzeugung, dass die Weimarer Verfassung die Ursache des allgemeinen Niederganges sei und in der Hoffnung, dass der Nat. Soz. eine allgemeine Besserung bringen würde.

Er habe zu keiner Zeit eine Gewaltherrschaft unterstützen wollen, sondern sich stets bemüht, den Boden eines Rechtsstaates zu gewinnen. Soweit in der Zeit der Machtübernahme Übergriffe erfolgt seien, dürfe nicht vergessen werden, dass damals Deutschland eine Revolution geherrscht habe. Auch dürfe an Maßnahmen in anormalen Zeiten nicht der Maßstab normaler Zeiten angelegt werden. Er habe die Übergriffe einzelner Elemente der NSDAP gesehen, sie jedoch nicht als genügenden Grund erachtet, sich von der NSDAP zu trennen, weil dadurch schlechten Elementen freie Bahn für weitere Übergriffe gegeben worden wäre.“. Im Einzelnen bestritt Wild dann entweder die politische Verursachung oder die persönliche Verantwortung für einzelne Entlassungen bzw. Freiheitsberaubungen. So habe z. B. die „Rizinus-Aktion“ „keinen politischen, sondern einen geschäftlichen Hintergrund gehabt.“

Der Ausschuss kam in der Beweiswürdigung zum Ergebnis, dass der Vorwurf der politisch begründeten Entlassung in zwei Fällen, der Vorwurf der unrechtmäßigen Freiheitsberaubung in vier Fällen nicht zweifelsfrei erwiesen sei.

Abschließend hieß es: „Für das Sühnemaß fiel erschwerend ins Gewicht, dass sich der Betroffene, dem zugestanden wird, dass er sich aus idealen Erwägungen dem Nat. soz. angeschlossen hat, diesem mit seiner ganzen Persönlichkeit bis zum Ende des Krieges zur Verfügung gestellt hat, trotzdem ihm im Laufe der Jahre die Gewaltnatur des Nationalsozialismus offenbar geworden ist. Mildernd wurde berücksichtigt, dass der Betroffene nach den Aussagen zahlreicher Zeugen in erster Linie das allgemeine Wohl der ihm anvertrauten Bevölkerung erstrebte, Anordnungen der Parteileitung entgegentrat, ungeachtet der dadurch wiederholt hervorgerufenen eigenen Gefährdung, dass er sich als Gegner der rassefeindlichen Einstellung des Nat. soz. in der Praxis gezeigt hat und dass er sich ernstlich bemüht hat, die Grundlage eines Rechtsstaates wiederzugewinnen.

Als Milderungsgrund wurde ferner gewertet der schlechte gesundheitliche Zustand des Betroffenen und seine erlittene Internierung von mehr als 4 Jahren.“

Der Öffentliche Kläger stimmte dem Säuberungsvorschlag zu und leitete ihn am 12. 4. 1951 mit z. T. wortgleicher Begründung der Spruchkammer zu, die am 21. 7. 1951 ihren Säuberungsspruch<sup>124</sup> fällte:

„Die Spruchkammer in Koblenz hat in der nichtöffentlichen Sitzung vom 10. Juli 1951 im mündlichen Verfahren gegen den ehem. Landrat u. Kreisleiter Herbert Wild geb. am 26.3.1886 in Idar, wohnhaft in Idar-Oberstein, Dietzenstraße 56, folgenden Säuberungsspruch aufgrund der Landesverordnung zur politischen Säuberung im Lande Rheinland-Pfalz vom 21.4.1947 beschlossen:

Der Betroffene wird in die Gruppe II als Belasteter eingestuft

<sup>123</sup> ebenda, Blätter 175 f

<sup>124</sup> ebenda, Blätter 265 - 269

Es werden ihm folgende Sühnemaßnahmen auferlegt:

- 1.) Entlassung aus dem Amt ohne Pension;
- 2.) dauernde Unfähigkeit zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes einschließlich des Notariats und der Anwaltschaft;
- 3.) Verlust der Rechtsansprüche auf ein aus öffentlichen Mitteln zahlbares Ruhegehalt; evtl. Ansprüche aus der Sozialversicherung werden nicht abgesprochen;
- 4.) Verlust des Wahlrechts, der Wählbarkeit und des Rechtes, sich irgendwie politisch zu betätigen oder Mitglied einer politischen Partei zu sein;
- 5.) Verbot, Mitglied einer Gewerkschaft oder einer wirtschaftlichen oder beruflichen Vereinigung zu sein;
- 6.) Untersagung auf die Dauer von 5 Jahren
  - a) selbständig in einem freien Beruf, Unternehmen oder gewerblichen Betrieb jeglicher Art tätig zu sein, sich daran zu beteiligen oder Aufsicht oder Überwachung hierüber auszuüben;
  - b) einen leitenden Posten in einem unselbständigen Beruf innezuhaben;
  - c) als Lehrer, Erzieher, Prediger, Verleger, Redakteur, Schriftsteller oder Rundfunk-Kommentator tätig zu sein.

Die vorgenannte Frist von 5 Jahren ist durch die über 4-jährige Internierung abgegolten.

Die Kosten des Verfahrens trägt der Betroffene.“

In der Begründung fasste die Spruchkammer noch einmal Wilds politische Biografie auf dem Wege zum NS-Funktionär zusammen und warf ihm vor, „Aktivist Im Sinne des § 5 der LVO und Nutznießer nach § 7 der LVO gewesen zu sein.“

Wild bestritt diese Vorwürfe: „Die politische Verworrenheit in Deutschland habe ihn dazu bewogen, schon so früh der NSDAP beizutreten. Vor allen Dingen das Programm der NSDAP gegen den Kommunismus habe ihm besonders gefallen. Er gebe zu, sich für die Partei und deren Ziele vor und nach der Machtübernahme voll eingesetzt zu haben. Er bestreite auch nicht, in seiner Eigenschaft als Kreisleiter parteipolitische Reden gehalten zu haben. In seiner Eigenschaft als Parteiführer und hoher Staatsbeamter habe er sich nie eines Verbrechens schuldig gemacht. Nutznießung müsse er bestreiten, da er glaubte, die entsprechende Vorbildung<sup>125</sup> gehabt zu haben.

In der Verhandlung vor der Spruchkammer wurde folgendes festgestellt:

#### 1.) Nutznießung.

Der Betroffene wurde im November 1932, als das Land Oldenburg eine nationalsozialistische Regierung bekam, Staatskommissar von Birkenfeld und am 1. 12. 1933 oldenburgischer Regierungspräsident. Als 1937 Oldenburg mit dem Land Birkenfeld in den preußischen Staat übergang, wurde der Betroffene Landrat von Birkenfeld. Letzteres Amt hatte er bis 1945 inne. Es besteht wohl kein Zweifel darüber, dass die Ernennung Staatskommissar, Regierungspräsident und Landrat nur aus dem Grunde erfolgte, weil der Betroffene ein überzeugter Nationalsozialist war, der der nationalsozialistischen Bewegung schon seit 1928 in führender Stellung gute Dienste geleistet hat. Zudem konnte der Betroffene keinerlei Beweise erbringen, dass er entsprechend vorgebildet war, um solch wichtige und herausgestellte Ämter zu bekleiden. Der Betroffene hat zudem auf Befragen wörtlich erklärt: ‚Ich wäre nicht Staatskommissar, nicht Regierungspräsident und auch nicht Landrat geworden, wenn ich nicht Nationalsozialist gewesen wäre.‘ Die Voraussetzung des § 7 der LVO (Nutznießer) (2) a ist zweifellos erfüllt, denn der Betroffene ist nur aufgrund seiner Zugehörigkeit zur NSDAP in seine Ämter bzw. Stellungen berufen und befördert worden.

#### 2.) Aktivistische Betätigungen.

Schon die von dem Betroffenen zugegebene aktive Tätigkeit vor der Machtübernahme und die Bekleidung des sehr hohen und einflussreichen Amtes eines Kreisleiters ist im Sinne des § 5 - 1a belastend, denn der Betroffene hat durch seine Tätigkeit (parteipolitische Reden) die nationalsozialistische Gewaltherrschaft wesentlich gefördert. Weiter hat der Betroffene auch in einzelnen Fällen Personen, von denen er wusste, dass sie nationalsozialistisch nicht hörig waren, sehr übel mitgespielt.

Die Edelsteinhändler Effen und Aronheim wurden im Jahre 1933 wegen angeblichen geschäftsschädigenden Verhaltens vor ein Parteiforum geladen. Sie sollten angeblich Edelsteine unter Preis verkauft haben. Effen war als Angehöriger des Reichsbanners bekannt, und Aronheim war Jude. In der Sitzung

---

<sup>125</sup> Die Position des Regierungspräsidenten setzte eigentlich eine abgeschlossene Ausbildung für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst voraus.

wurde beschlossen, den beiden Vorgenannten Rizinusöl einzugeben, sie dann durch die Straßen von Idar-Oberstein zu führen und schließlich dem Betroffenen in seiner Eigenschaft als Staatskommissar in Birkenfeld zu übergeben. Als Effgen und Aronheim durch SS-Leute nach Birkenfeld gebracht worden waren, wurden sie von dem Betroffenen in Schutzhaft genommen, d.h. eingesperrt. Wenn auch heute der Betroffene sein gesetzwidriges Verhalten damit entschuldigen will, dass noch zu dieser Zeit die Revolution im Gange gewesen sei, und er in seiner Eigenschaft als Staatskommissar die Berechtigung gehabt hätte, diese Maßnahme durchzuführen, so muss dem entgegengehalten werden, dass diese ganze Aktion eine besonders üble Handlung war, bei der der Betroffene mitgewirkt hat. Er hat zweifellos durch diese Handlung eine gehässige Haltung gegenüber Gegnern der NSDAP eingenommen.

Die 3. Strafkammer des Landgerichts in Koblenz, die sich in der Sitzung vom 14. und 15. 12. 1949 mit dieser Sache befasste, hat u.a. festgestellt, dass das Verhalten des Betroffenen gegenüber Effgen und Aronheim deshalb besondere verantwortungslos sei, weil er in seiner Eigenschaft als Staatskommissar für die sofortige Freilassung der Genannten Sorge zu tragen hatte und gegen die Rechtsbrecher, deren Opfer die beiden geworden waren, vorzugehen verpflichtet war. Das Gericht hat Freiheitsberaubung festgestellt und eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten verhängt. Das Verfahren wurde aufgrund des § 2 des Gesetzes über die Straffreiheit vom 7. 8. 1934 eingestellt.

Auch war das Verhalten des Betroffenen dem heutigen Justizinspektor Mohr gegenüber recht gehässig. Der Zeuge Mohr war von 1925 - 1933 Gemeinderatsmitglied in Idar-Oberstein und seit 1926 Mitglied des Reichsbanners. Der Betroffene hat bei dem Ministerium der Justiz in Oldenburg als Regierungspräsident am 14. 8. 1934 der Wiedereinstellung des Mohr in den Staatsdienst mit aller Entschiedenheit widersprochen. (Mohr war 1933 wegen seiner gegnerischen Haltung zum Nationalsozialismus aus dem Justizdienst, in dem er schon lange Zeit tätig war, entlassen worden). Er führte in seiner Eingabe u.a. aus: ‚Der Mann mag noch so tüchtig in seinem Bürodienst gewesen sein, er war ein ebenso tüchtiger Marxist und erbitterter und besonders gehässiger Gegner der NS-Bewegung. Eine Wiederverwendung im Staatsdienst zumal im Birkenfelder Land würde auf die alten Mitglieder der NS-Bewegung einen verheerenden Eindruck machen. Ich bitte deshalb eindringlichst, davon Abstand zu nehmen.‘

Aus diesem Bericht ist zweifellos zu ersehen, dass der Betroffene diesen Mann wirtschaftlich vernichten wollte, nur weil er politischer Gegner war.

Auch dem Zeugen Richard H e n n gegenüber hat sich der Betroffene im Jahre 1945 in seiner Eigenschaft als Kreisleiter recht übel benommen. Der Zeuge hat der NSDAP nicht angehört. Bei ihm wurde in seiner Abwesenheit ein Kraftwagen beschlagnahmt. Als das Auto abgeholt wurde, fehlten die Reifen; wer diese entfernt hat, war nicht festzustellen. Der Zeuge wurde dann dem Betroffenen vorgeführt, der ihn beschuldigte, die Reifen abmontiert zu haben. Ohne gerichtliches Urteil und ohne das Gericht heranzuziehen, wurde der Zeuge etwa 3 Wochen festgehalten und dann dem Betroffenen erneut vorgeführt. Hierbei hat der Betroffene dem Zeugen gegenüber erklärt, dass inzwischen die Reifen da seien, eigentlich müsse er aber ins KZ. Wenn er bereit sei, 1000, -- RM zu zahlen, würde er entlassen. Der Zeuge hat sich dann das Geld geliehen und gegen Quittung dem Betroffenen ausgehändigt. Abschrift der Quittung vom 10. 1. 1945 über RM 1000, -- als Buße für sein bockbeiniges Verhalten aus Anlass der Beschlagnahme des PKW mit der Unterschrift des Betroffenen als Kreisleiter liegt in den Akten.

Zusammenfassend hat die Kammer festgestellt, dass die Voraussetzungen der § 5 1a, 2a, 2j, § 7 2 a - Aktivist und Nutznießer - erfüllt sind.. Der Betroffene war daher in die Gruppe II als Belasteter einzustufen.

Mit Rücksicht darauf, dass der Betroffene auch eine Reihe guter Entlastungspapiere beigebracht hat, aus denen hervorgeht, dass er auch des öfteren eine anständige Haltung einnahm, ferner dass er mehrere Jahre interniert war, hat die Kammer geglaubt, die Milderungsbestimmungen aufgrund des § 5 des Landesgesetzes über den Abschluss der politischen Säuberung im Lande Rheinland-Pfalz vom 19.1.1950 weitgehendst anzuwenden. Sie wurden bei Festsetzung der Sühnemaßnahmen entsprechend berücksichtigt.

Die Kosten des Verfahrens hat der Betroffene zu tragen.“<sup>126</sup>

Damit war dem „Belasteten“ Wild zwar politische Betätigung verwehrt; sein Geschäft als Edelsteinhändler konnte er fortführen. 1957 musste er noch einmal vor Gericht erscheinen. In dem Verfahren wegen eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit gegen den Mann, der Georg Maus bei der Gestapo ange-

<sup>126</sup> LHAK, Bestand 856 Nr. 060373, Blätter 267 - 269



zeigt hatte, gab. der Denunziant an, auf Befehl Wilds gehandelt zu haben, und zeigte ihn deshalb an. Das Verfahren endete für Wild jedoch mit einem Freispruch aus Mangel an Beweisen.

Am 25. Januar 1950 wurde das „Landesgesetz über den Abschluß der politischen Säuberung“ verkündet, am 31. März 1950 die quantitativen Ergebnisse in Rheinland-Pfalz publiziert:<sup>127</sup>

Kategorie:	Insgesamt	%
Hauptschuldige	5	0%
Belastete	440	0,2%
Minderbelastete	4.840	2,3%
Mitläufer	18.474	8,8%
Entlastete	711	0,3%
VO 92 ( <i>A mnestie-V erordnung</i> )	42.309	20,4%
VO 133/165 ( <i>A mnestie-V erordnung</i> )	139.478	66,4%
Einstellungsbeschlüsse	3.829	1,8%
Insgesamt:	210.086	100%

Der heutige Betrachter wundert sich, dass nur 2,5 % der Betroffenen (die Hauptschuldigen, Belasteten und Minderbelasteten) ganz allein für die Untaten des NS-Regimes verantwortlich gewesen sein sollen.

Drei Jahre später, „am 5. Juli 1953, fand in Landau ein Treffen ehemaliger Internierter des Landes Rheinland-Pfalz statt, das vom Verband der Entnazifizierungsgeschädigten organisiert worden war. Hauptredner Kloos stritt eine Schuld Hitlers am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges ab und hob die Bedeutung seines Kampfes gegen den Kommunismus hervor.“ Wieder zwei Jahre später, „1955 meldete sich der einstige NS-Kreispropagandaleiter in einer Artikelserie der ‚Idar-Obersteiner Nachrichten‘ zu Wort und übte massive Kritik an der Besatzungspolitik...als ob es ...keine von Deutschland verschuldeten Kriegsursachen gegeben hätte. Zwei Jahre später gründete sich gar ein Kreisverband der Entnazifizierungsgeschädigten, dem der ehemalige NSDAP-Kreisleiter und NS-Landrat Herbert Wild angehörte.“<sup>128</sup>

<sup>127</sup> MÖHLER 1992, S. 356

<sup>128</sup> RAUSCHER/REDMER 2015, S. 8

## *Wirtschaftswunder-Jahre (1949 – 1969/74)*

Die Rekonstruktions- und Nachholkonjunktur der Nachkriegszeit ist in das geschichtliche Gedächtnis der Deutschen unter dem Namen „Wirtschaftswunder“ eingegangen. Die Forschung zur bundesrepublikanischen Wirtschaftsgeschichte hat seit den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts herausgearbeitet, dass man das „Wunder“ durchaus erklären kann; die meisten dabei genannten Gründe treffen ebenso für Idar-Oberstein zu, wenn auch zuweilen mit gewissen Modifikationen.

So waren – erstens – die Zerstörungen der industriellen Produktionskapazitäten geringer,<sup>1</sup> als die Menschen angesichts der entsetzlichen Bilder zerbombter Wohnstädte annehmen mochten; auch das Birkenfelder Land hatte gegen Ende des Krieges keine großen Verwüstungen erlebt. Das wirtschaftliche Problem lag in der Zerschlagung der Verkehrsinfrastruktur, z. T. noch in allerletzter Sekunde, die verhältnismäßig rasch zu beheben war – wenn zuerst auch nur behelfsmäßig wie die Obersteiner Nahebrücken (s. o. S. 139).

Zweitens war „nirgendwo sonst ... ein so großes Reservoir an qualifizierten, flexiblen und leistungsorientierten Arbeitskräften vorhanden, wie es die Bundesrepublik durch das Millionenheer von Flüchtlingen und Vertriebenen hatte“,<sup>2</sup> was man für die hochspezialisierte Schmuckindustrie allerdings einschränken muss, hier herrschte zunächst Fachkräftemangel.

Die Währungsreform schuf – drittens – günstige Rahmenbedingungen im Finanzsektor, führte aber im Steinhandel erst einmal – trotz Marshallplan – zu merklichen Liquiditätsengpässen:<sup>3</sup> Gekaufte Steine banden Betriebskapital bis zum Verkauf; die Kreditinstitute, die in normalen Zeiten Überbrückungsfinanzierung gewährleistet hätten, zögerten damit wegen ihrer eigenen dünnen Kapitaldecke. Und als das riskante Manöver Wirtschaftsminister Erhards, die kaum rekonstruierten Unternehmen dem freien Wettbewerb des Weltmarktes auszusetzen, die Arbeitslosigkeit von 400.000 zum Zeitpunkt der Währungsreform auf über 2 Millionen Menschen im Februar 1950 ansteigen ließ, da kam – viertens – der durch den Ausbruch des Krieges in Ostasien (Juni 1950) ausgelöste „Korea-Boom“ zur Hilfe: „Weil die Bundesrepublik als einziger großer westlicher Industriestaat über freie Kapazitäten verfügte, kam die Exportwirtschaft immer mehr auf Touren“,<sup>4</sup> langsam stiegen daher jetzt auch die Reallöhne, und die Bedürfnisse der Menschen, die durch Bombenkrieg und Vertreibung buchstäblich alles verloren hatten und es vom Kochtopf über die Kleidung bis zum Radiogerät ersetzen mussten, bescherten der bundesdeutschen Wirtschaft – fünftens – eine lang anhaltende Konjunktur, die sich auch in Idar-Oberstein auswirkte.

Im Stadtteil Oberstein nahm die metallverarbeitende Industrie einen großen Aufschwung, man kann „geradezu von einer ‚Eloxalzeit‘ sprechen. Mit der Herstellung von Schmuck und Gebrauchsgegenständen aus elektrisch oxidiertem Aluminium<sup>5</sup> wurde [in den 1950er und 1960er Jahren] viel Geld verdient.“<sup>6</sup> Einen ähnlich starken Aufschwung nahm das Gewerbe in Idar (und Umgebung). „Hier soll es damals 7.000 Diamantschleifer gegeben haben, die – formal selbständig – für einzelne heimische Edelsteinkaufleute arbeiteten.“<sup>7</sup> Die Steine wurden von den Kaufleuten aus Belgien oder den Niederlanden nach Idar-Oberstein gebracht, an die Schleifer verteilt, geschliffen, dem Kaufmann zurückgegeben und von diesem zum eigentlichen Auftraggeber gebracht. Dass „fast jeder Schulabgänger, aber auch viele Erwachsene“ den Schritt in die – wie wir es heute betrachten würden – Scheinselbständigkeit tun wollten, lag daran, dass es sehr einfach war: Nach der Ausbildung kauft man eine Schleifmaschine (nicht allzu teuer, nicht

---

<sup>1</sup> WOLFRUM 2005, S. 120

<sup>2</sup> ebenda, S. 130

<sup>3</sup> „Die Währungsreform hat die Edelsteinindustrie ihres Kapitals entblößt. ... Die Läger sind sehr dezimiert. Die Sortierung – eine Grundbedingung für die Erreichung der früheren schlagfertigen Stellung – ist äusserst mangelhaft.“ JAHRESBERICHT 1949, S. 2 - Vgl. auch RUPPENTHAL 1985, S. 55 f u. 59

<sup>4</sup> WOLFRUM, S. 120. Schon im November 1950 konnte die Idar-Obersteiner Außenstelle der IHK Koblenz feststellen: „Unter Berücksichtigung der heutigen Verhältnisse auf dem Exportgebiet und auf dem Arbeitsmarkt kann angenommen werden, dass Produktion und Kapazitätsauslastung = 100 sind.“ JAHRESBERICHT 1950, S. 1

<sup>5</sup> Das ‚anodische Oxidationsverfahren‘ wurde in seinen technischen Möglichkeiten in den 1920er Jahren bekannt; die erste großtechnische Anwendung fand in den USA anfangs der 1930er Jahre statt. Nach dem Zweiten Weltkrieg erkannte man die gerade für die Modeschmuckherstellung attraktiven dekorativen Möglichkeiten des Verfahrens.

<sup>6</sup> BRANDT 2000, S. 14

<sup>7</sup> ebenda



allzu groß), die man zu Hause aufstellte. „Arbeit bekam man so viel man verkraften konnte.“<sup>8</sup> Und wenn das Geld oder der Platz zu Hause nicht reichte, „mietete man für 3 – 5 DM pro Woche einen (Arbeits-) Stuhl“<sup>9</sup> in einer größeren Werkstatt.

Das *echte* deutsche Wunder ist aber darin zu sehen, dass der zweite Versuch der Deutschen mit der Demokratie gelang, wenn auch zunächst unter den misstrauischen Augen der Besatzungsmächte. Mit der Verabschiedung des Grundgesetzes und seiner Annahme durch die Landtage in der britischen, US-amerikanischen und französischen Besatzungszone<sup>10</sup> war der Weg frei für die Wahl einer alle drei westlichen Besatzungszonen repräsentierenden Volksvertretung<sup>11</sup>:

<b>1. Bundestag 14. August 1949</b>	Idar-Oberstein	Rheinland-Pfalz	Bundesrepublik
Wahlbeteiligung	11.217	79,6 %	78,5 %
CDU/CSU	12,5%	49,0 %	31,0 %
SPD	38,9%	28,6 %	29,2 %
FDP	38,0 %	15,8 %	11,9 %
KPD	10,6%	6,2%	5,7 %
DRP	--	--	1,8 %

Dass die – wenn auch tief gespaltenen – Parteien der Arbeiterbewegung die Hälfte der Stimmen errangen, erklärt sich aus der Idar-Obersteiner Sozialstruktur. Die rheinland-pfälzische CDU hatte ihre vorherrschend katholisch-konfessionelle Prägung noch nicht überwunden, das erklärt ihr unterdurchschnittliches Abschneiden im protestantischen oder gar unkirchlichen Idar-Oberstein. Der hohe Stimmenanteil der FDP dürfte von den zahlreichen kleinen Selbständigen aus der Edelsteinindustrie herrühren. –

Am 15. September 1949 wurde Konrad Adenauer (CDU) zum ersten Bundeskanzler gewählt, am 21. September trat das Besatzungsstatut in Kraft: Die drei westlichen Besatzungsmächte, nun nicht mehr als militärischer Kontrollrat, sondern als (zivile) Alliierte Hohe Kommission, räumten der Bundesrepublik und ihren Ländern die legislative, exekutive und judikative Gewalt ein, sicherten sich aber „aus Vorsicht, d. h. wegen der noch nicht ausgeräumten Zweifel an der Demokratiefähigkeit der Deutschen vielfältige Vorbehaltsrechte sowie Einspruchs- und Mitsprachemöglichkeiten.“<sup>12</sup> Der nunmehr zivile französische Délégué in Birkenfeld blieb – faktisch eher in beratender Funktion - erhalten; direkte verhindernde Eingriffe in die Kreis- oder Stadtverwaltung sind nicht bekannt geworden.<sup>13</sup>

Die politische Säuberung des öffentlichen Dienstes war zwar nahezu abgeschlossen (s. o. S. 147) die juristische Aufarbeitung von NS-Straftaten fehlte aber noch.<sup>14</sup> Wegen der „Rizinusaktion“ (s. o. S. 104) ermittelte die Staatsanwaltschaft Bad Kreuznach seit Frühjahr 1947, Anklage wurde am 30. August 1948 gegen sechs Beteiligte erhoben, der Prozess fand am 14./15. Dezember 1949 im Saal der Obersteiner Schlossschenke statt.<sup>15</sup> Herbert Wild als „geistiger Urheber“ erhielt eine Strafe von neun Monaten und zwei Wochen Gefängnis, vier weitere Angeklagte sieben bis acht Monate; ein Angeklagter wurde freigesprochen.

<sup>8</sup> ebenda

<sup>9</sup> ebenda, S. 15

<sup>10</sup> Der Landtag von Rheinland-Pfalz stimmte dem Grundgesetz mit 91 gegen 8 Stimmen zu.

<sup>11</sup> Die Wahlergebnisse der ersten vier Bundestagswahlen (bis 1961) nach den aus der Zeitung am Tage nach der Wahl entnommenen, möglicherweise noch etwas ungenauen Zahlen in ZUSAMMENSTELLUNG STA, alle folgenden: Amtliche Endergebnisse, Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz.

<sup>12</sup> WOLFRUM 2005, S. 85

<sup>13</sup> ZUSAMMENSTELLUNG STA Jan./Febr. 1950: „Die Hohe Alliiertenkommission, Kreis Birkenfeld, teilt mit, daß das Tragen von Masken und sonstigen Verkleidungen in der Karnevalszeit und zu Karnevalsfesten (auch auf den Straßen) erlaubt ist.“ – Im Stadtarchiv Idar-Oberstein findet sich eine 30-seitige chronologische Zusammenstellung von Ereignissen – Personalentscheidungen, Baudaten, Wahlergebnisse, statistische Angaben, kulturelle Veranstaltungen, Verkehrsunfälle usw. – vermutlich aus den aktuellen Zeitungsmeldungen von unbekannter Hand stichwortartig zusammengefasst. Zitiert als: ZUSAMMENSTELLUNG StA, Monat und Jahr

<sup>14</sup> Und sie fehlte noch lange: Es sei an dieser Stelle daran erinnert, dass die juristische Aufarbeitung des Verbrechens-Komplexes Auschwitz in der Bundesrepublik Deutschland überhaupt erst im Jahre 1963 *begann* und „das ganze Ausmaß von Gewalt, Sadismus, physischen und psychischen Qualen, Mord und Vernichtung deutlich“ machte. WOLFRUM 2005, S. 344

<sup>15</sup> MAIS 2009, S. 92 ff

Vier Monate später verhandelte das Schwurgericht Bad Kreuznach in der Idarer Turnhalle gegen insgesamt 29 Angeklagte wegen der Ereignisse während des November-Pogroms 1938 (s. o. S. 122 f). 19 Angeklagte wurden zu Freiheitsstrafen zwischen sieben Monaten und drei Jahren verurteilt.<sup>16</sup> Drei Jahre erhielt auch der ehemalige NSDAP-Kreisleiter Ernst Diedenhofen, die als durch Internierung und U-Haft verbüßt galten und im Berufungsverfahren auch noch auf 10 Monate verkürzt wurden.<sup>17</sup>

### *Überwindung der Kriegsfolgen*

Die beiden schwierigsten kommunalpolitischen Aufgaben der fünfziger Jahre hingen eng zusammen: die Überwindung der Wohnungsnot und die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge.<sup>18</sup> Der Wohnraumangel in Idar-Oberstein war zum kleineren Teil auf Kriegszerstörungen, zum größeren auf Beschlagnahmen durch die Besatzungsmächte zurückzuführen. Am Jahresende 1947 gab es 1.031 Wohnungslose in Idar-Oberstein; bis zum April 1949 war die Zahl auf 1.350 gestiegen.<sup>19</sup>

Verstärkt wurde der Wohnungsbedarf in der französischen Besatzungszone dann nach der Gründung der Bundesrepublik durch „die Verteilung der Vertriebenen und Flüchtlinge auf die einzelnen Bundesländer, die 1950 einsetzte, (sic) wurde über einen zentralen Schlüssel geregelt. Nach diesem Schlüssel musste Rheinland-Pfalz zunächst 31,4% aller Vertriebenen und Flüchtlinge, die aus den vier Abgabeländern<sup>20</sup> Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Berlin oder Bayern kamen, aufnehmen. Die weitere Verteilung der mehr als 200.000 Vertriebenen und Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz stellte das zuständige Sozialministerium vor große organisatorische Schwierigkeiten. ... Ende 1949 wurde der Kreis Birkenfeld vonseiten des Sozialministeriums aufgefordert, 1.700 Vertriebene aufzunehmen. ... Es dauerte bis zum April 1950, bis die ersten Transporte von Vertriebenen und Flüchtlingen aus der SBZ im Kreis Birkenfeld eintrafen.“<sup>21</sup> In bzw. bei Idar-Oberstein wurden Durchgangslager in Tiefenstein und Weierbach eingerichtet, in denen die Flüchtlinge sich ein bis zwei Tage aufhielten, bis sie ihre Quartiere zugewiesen bekamen. „Rechtlich bestand bis zum Juli 1961 die Wohnungszwangswirtschaft, d. h. nicht dringend benötigter Wohnraum konnte für die Unterbringung von Vertriebenen und Flüchtlingen beschlagnahmt werden.“<sup>22</sup> Die Quartiergeber beugten sich in der Regel der Notwendigkeit, nur in seltenen Fällen musste die Polizei eingreifen.<sup>23</sup>

Wie in den „Abgabeländern“ bildeten auch die Vertriebenen im Landkreis Birkenfeld eine Organisation,<sup>24</sup> „um... vor allem durch verständnisvolle Zusammenarbeit der Kreisverwaltung ihre schwere Aufgabe – unter anderem durch Mitarbeit im Flüchtlingsausschuß – nach Möglichkeit zu erleichtern.“<sup>25</sup> Die aufgrund eines Landesgesetzes von 1949 gebildeten Ausschüsse haben zwar Meinungsverschiedenheiten und Konflikte nicht vermeiden, wohl aber „in verständnisvoller Aussprache“<sup>26</sup> zu Kompromissen führen können. Durch diese gemeinsame Arbeit von Vertriebenenvertretern, Abgeordneten der im Kreistag vertretenen demokratischen Parteien und karitativer Organisationen sowie durch die Verbesserung der Beschäftigungslage schritt die Integration rasch voran - mit der Folge, dass „die Vertriebenen nach der Befriedigung ihrer materiellen und rechtlichen Belange kein sonderliches Interesse mehr an ihrer Vertriebenenorganisation zeigen.“<sup>27</sup> Die Vertriebenenorganisationen verlegten sich in der Folge auf die Pflege der Erinnerung und die Vermittlung von Kenntnissen der heimatlichen Kultur.<sup>28</sup>

---

<sup>16</sup> REDMER 2011, S. 168

<sup>17</sup> <http://rpb.lbz-rlp.de/cgi-bin/wwwalleg/goorppd.pl?s1=-pkc0064->

<sup>18</sup> Die Begriffe „Heimatvertriebene“, „Vertriebene“ und „Flüchtlinge“ hatten zwar einen klaren rechtlichen, u. a. für die Ausstellung von Ausweisen (A, B und C) erheblichen Inhalt. Heimatvertriebene hatten schon vor dem 31. 12 1937 ihren Wohnsitz im Vertreibungsgebiet, Vertriebene erst nach diesem Datum, Flüchtlinge waren aus der sowjetischen Besatzungszone geflüchtet. KREISVERWALTUNG 1955, S. 223 f. – Im allgemeinen Sprachgebrauch jedoch redete man synonym von Flüchtlingen oder Vertriebenen, da schließlich alle das gleiche Los teilten.

<sup>19</sup> RAUSCHER 2001, S. 239

<sup>20</sup> Zur Verteilung der Vertriebenen auf die einzelnen Besatzungszonen s. o. S. 131

<sup>21</sup> PALM 1990, S. 16 f

<sup>22</sup> ebenda, S. 18

<sup>23</sup> ebenda, S.20

<sup>24</sup> Kreisverband Birkenfeld des „Bundes der Vertriebenen“, 1951

<sup>25</sup> SKRUPKE 1966, S. 194

<sup>26</sup> KREISVERWALTUNG 1955, S. 226

<sup>27</sup> ebenda, S. 228

<sup>28</sup> ebenda

Um die Wohnungsnot zu mildern, wurden auch Baracken – in denen meist zuvor Kriegsgefangene bzw. *displaced persons* (Zwangsarbeiter und andere vom NS-Regime aus ihrer Heimat Verschleppte) gehaust hatten – weiter verwendet. Im ganzen Kreisgebiet waren 133 Barackenwohnungen mit Flüchtlingsfamilien belegt,<sup>29</sup> die meisten davon in Idar-Oberstein auf der Lay, Hohl und Struth.<sup>30</sup> Der ersten Unterbringungsphase folgte die so genannte „innere Umsiedlung“, da es natürlich das Bestreben der Betroffenen war, möglichst in der Nähe des einmal gefundenen Arbeitsplatzes zu wohnen. Da die Idar-Obersteiner Schmuck- und Metallwarenindustrie nach der Währungsreform relativ schnell in Gang kam, zudem das alliierte Militär zahlreiche zivile Arbeitsplätze<sup>31</sup> für Deutsche bot, näherte sich der städtische Arbeitsmarkt Mitte der 1950er Jahre der Vollbeschäftigung – mit erfreulichen Folgen für den städtischen Haushalt, der nun den Wohnungsbau über die Leistungen aus dem Lastenausgleichsgesetz hinaus fördern konnte. Besonders die Obersteiner Baugenossenschaft, die schon 1896 (s. o. S. 73 f) tätig war, überwand den Baustoffmangel und auch einige bürokratische Hemmnisse<sup>32</sup> und leistete einen großen Beitrag zur Bewältigung der Wohnungsnot – im Jahre 1954 überschritt ihr Bestand die Grenze von 1.000 Wohnungen.<sup>33</sup> Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen insgesamt stieg seit 1948 kontinuierlich an, erreichte mit 516 im Jahre 1956 einen Höhepunkt und pendelte sich dann um 300 pro Jahr ein.<sup>34</sup>

An der Ludwigshöhe im Norden der Struth wurde 1953 mit dem Bau der „Heimkehrersiedlung“<sup>35</sup> begonnen. Idar-Oberstein hatte rechtzeitig „eine vorausschauende Bodenpolitik durch Ankauf von geeignetem Gelände betrieben und zwischen 1955 und 1956 die Bebauungspläne für die Wohngebiete Struth-Neuweg, Finsterheck-Hohl, (*beide am südlichen Nahhang über Oberstein*), Krähenhübel (*nordöstlich über dem Kern von Idar*) und Achatstraße (*in A Igenrodt*) aufstellen lassen.“<sup>36</sup> Die Stadt legte außerdem bis 1964 sieben „Barackenbeseitigungsprogramme“ auf, wodurch besonders auf der Lay und der Struth ganze neue Wohnviertel entstanden (für die Schulen gebaut und die auch an den öffentlichen Nahverkehr angeschlossen werden mussten – s. u.).

Um die Wende von den 50er zu den 60er Jahren war die Wohnungsnot wenn nicht beseitigt, so doch so weit gelindert, dass man auch an den „Ersatz für überalterte Bausubstanz“<sup>37</sup> denken konnte. Völlig verschwanden unzulängliche Wohnverhältnisse dennoch nicht, denn da für die Behelfswohnungen am Rande der Lay und der Struth nur geringe Miete gefordert wurde, zogen es manche Familien vor, dort zu bleiben – was langfristig zu sozialen Problemen und zu „Ausgrenzungstendenzen“<sup>38</sup> führen sollte.

Die Wählerinnen und Wähler erkannten die erfolgreiche Überwindung der Kriegsfolgen durch eine Stabilität der kommunalpolitischen Kräfteverhältnisse an. Seit 1952 traten neben den bundesweit agierenden Parteien auch die für die Kommunalpolitik typischen Listen an; von 1956 bis zur Verwaltungsreform 1969 war die Liste Hahn sogar zweitstärkste Kraft. Die Sozialdemokraten bildeten jahrzehntelang die stärkste Fraktion, ohne die absolute Mehrheit der Stadtratssitze zu erreichen (Ausnahme 1989, s. u.):

Stadtratswahl 1952	31 Sitze
SPD	15
CDU	4
FDP	7
Freie Liste Purper	5

Stadtratswahl 1956	31 Sitze
SPD	13
CDU	3
FDP	3
Freie Liste Hahn	9
Freie liste Bender	3

Die Bundestagswahlen von September 1953 zeigten neben einem Übergang von bürgerlichen Wählern von der FDP zur CDU einen starken Bedeutungsverlust der Kommunisten – die Wahl fand weniger als

<sup>29</sup> ebenda, S. 221

<sup>30</sup> RAUSCHER/REDMER 2015, S. 16

<sup>31</sup> Das aus einem Nachschublager der Wehrmacht hervorgegangene „Nahbollenbach Army Depot“ der US-Streitkräfte beispielsweise bot in den 1960er Jahren bis zu 1.000 gut bezahlten zivile Arbeitsplätze. ZUSAMMENSTELLUNG STA und RAUSCHER/REDMER 2015, S. 28

<sup>32</sup> FESTSCHRIFT 1996, S. 47 ff

<sup>33</sup> ZUSAMMENSTELLUNG STA Januar 1954

<sup>34</sup> STADTVERWALTUNG 1964, S. 130

<sup>35</sup> ZUSAMMENSTELLUNG STA Juli 1953

<sup>36</sup> STADTVERWALTUNG 1988, S. 33

<sup>37</sup> RAUSCHER/REDMER 2015, S. 34

<sup>38</sup> ebenda, S. 16

ein Vierteljahr nach der Niederschlagung des Arbeiteraufstandes in der DDR statt – und ein nur geringes Aufkommen von Parteien am rechten Rand. Dass die Integration der Vertriebenen in deren Augen zu- meist zufriedenstellend gelungen war, zeigt das schwache Ergebnis des GB/BHE<sup>39</sup> - von den schät- zungsweise 10 % Vertriebenen in Idar-Oberstein vermochte er nur ein Achtel zu überzeugen:

<b>2. Bundestag 6. September 1953</b>	Idar-Oberstein	Rheinland-Pfalz	Bundesrepublik
Wahlbeteiligung	13.651	86,0 %	86,0 %
CDU/CSU	27,9 %	52,1 %	45,2 %
SPD	42,3 %	27,2 %	28,8 %
FDP	22,4 %	12,1 %	9,5 %
KPD	2,1 %	2,3 %	2,2 %
GB/BHE	1,2 %	1,5	5,9 %
DP	1,5 %	1,1 %	3,2 %

Zur Entspannung auf dem Wohnungsmarkt trug auch bei, dass die Besatzungsmächte selber ebenfalls zu bauen begannen: die Franzosen auf dem Klotzberg zwischen der Kaserne und dem weiter nördlich gelegenen Offizierskasino<sup>40</sup>; die Amerikaner feierten im Oktober 1951 schon Richtfest für den ersten Wohnblock<sup>41</sup> für Soldatenfamilien neben der Algenrodter Straßburg-Kaserne.<sup>42</sup> Infolgedessen wurde all- mählich ein Teil der beschlagnahmten Wohnungen zurückgegeben.

### *Im Kalten Krieg*

Seit Mitte der 1950er Jahre wurde die Lage auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt der Stadt und des Landkreises (und in gewisser Weise im ganzen Bundesland Rheinland-Pfalz) auch von der veränderten staatsrechtlichen Situation der Bundesrepublik Deutschland erheblich beeinflusst. Diese Veränderung war eine Folge des Kalten Krieges zwischen den ehemaligen Partnern der „Anti-Hitler-Koalition“.

Die Stufen der Eskalation des Ost-West-Konfliktes sind bekannt, so dass hier eine stichwortartige Auf- zählung genügt: Seit der Stuttgarter Rede von US-Außenminister Byrnes<sup>43</sup> verfolgten die USA eine Politik der Verselbständigung der Westzonen; die Währungsreform im Westen wurde von der Sowjetunion mit der Berliner Blockade (Juni 1948 – Mai 1949) beantwortet; Byrnes' Nachfolger George C. Marshall for- mulierte den Übergang zur *containment*-Politik.<sup>44</sup> Der „heiße“ Krieg in Korea (1950 – 1953) bewirkte, dass das Streben der Regierung Adenauer nach voller Souveränität<sup>45</sup> des westdeutschen Staates sich mit dem westlichen Wunsch nach einem deutschen Beitrag zur Sicherheitspolitik traf, wobei klar war, dass eine westdeutsche Wiederbewaffnung – weniger als zehn Jahre nach dem Ende des letzten Krieges – nur im Rahmen eines Bündnissystems zustande kommen konnte.

<sup>39</sup> Gesamtdeutscher Block / Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten. Die Partei, geleitet von ehemaligen NSDAP- Mitgliedern, wurde von Adenauer als Mehrheitsbeschafferin genutzt und verschwand nach 1955 in der Bedeutungslosigkeit. Vgl. Neumann, Franz: Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950 – 1960. Meisenheim am Glan 1968

<sup>40</sup> ZUSAMMENSTELLUNG STA, Mai 1951

<sup>41</sup> ebenda, Oktober 1951

<sup>42</sup> Im Zusammenhang mit dem Ost-West-Konflikt (s. nächsten Abschnitt) stationierten die USA wieder mehr Truppen in Europa und belegten in diesem Zusammenhang auch die Straßburg-Kaserne, zunächst mit Versorgungseinheiten zum Be- trieb des „General Depot“ in Nahbollenbach. – KLEINE 2015, S. 6

<sup>43</sup> James Francis Byrnes hatte am 6. September 1946 vor den Ministerpräsidenten der westlichen Besatzungszonen ausgeführt, die USA träten „für die wirtschaftliche Vereinigung Deutschlands ein. Wenn eine völlige Vereinigung nicht erreicht werden kann, so werden wir alles tun, was in unseren Kräften steht, um eine größtmögliche Vereinigung zu sichern.“ Im Klartext wurde damit die Gründung eines westdeutschen Separatstaates angekündigt. Diese Rede war auch als Absage an die Sowjet- union zu verstehen und an das Ziel, Deutschland „als wirtschaftliche Einheit“ zu behandeln. Sie gilt als „Startschuss“ für den Kalten Krieg. – Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte (Hg.): Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutsch- land 1945 – 1949 Bd. 1, Dok. 31, S. 770

<sup>44</sup> Politik zu Eindämmung (*containment*) des (angeblichen oder wirklichen) Vordringens der sowjetischen Vorherrschaft in Ost- europa und Asien

<sup>45</sup> Zur vollen Souveränität eines Staates gehörten für Adenauer auch ein eigenes Außenministerium und eine eigene Armee; schon am 26. Oktober 1950 war in Bonn die „Dienststelle Blank“ als Vorläufer des späteren Verteidigungsministeriums ge- gründet worden.

Ein Grund – neben den „hervorragenden Ausbildungsmöglichkeiten auf dem Truppenübungsplatz Baumholder“ – für die Errichtung der französischen Artillerieschule ausgerechnet im Besatzungsgebiet war vermutlich, dass „die Kräfte der neu aufzustellenden französischen Armee für den Aufbau einer militärischen Grundorganisation in Frankreich sowie die Übernahme der Besatzungsaufgaben in Deutschland nicht ausgereicht (*haben*). Mit der Zustationierung der École d'Application d'Artillerie sowie mehrerer Lehrverbände ließen sich nun beide Aufgaben miteinander verbinden.“<sup>46</sup> 1952 war die Konsolidierung des französischen Militärs so weit fortgeschritten, dass die Artillerieschule nach Frankreich zurückverlegt werden konnte, in der Klotzberg- und Hohlkaserne blieb bis 1956 ein Artillerieregiment stationiert. Zu diesem Zeitpunkt war jedoch durch das Inkrafttreten der „Pariser Verträge“<sup>47</sup> am 5. Mai und den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO am 9. Mai 1955 die Besatzungszeit bereits Vergangenheit.

Ein Bestandteil der Pariser Verträge betraf den „Grenzkreis“ Birkenfeld ganz unmittelbar, nämlich das bilaterale Saar-Statut, das „ein politisch zwar autonomes und europäisiertes, jedoch mit Frankreich durch eine Währungs- und Zollunion wirtschaftlich verbundenes Saarland vorsah. Drei Monate nach dem Inkrafttreten, so war es vorgesehen, sollte die saarländische Bevölkerung über das Statut abstimmen - und sich zur allgemeinen Überraschung ganz anders entscheiden als man vermutet hatte. ... Das Saarstatut (*wurde*) am 23. Oktober 1955 der Saarbevölkerung zur Abstimmung vorgelegt, die es mit einer Mehrheit von 67,7 % ablehnte... Das eindrucksvolle Wählervotum konnte von den westlichen Demokratien schwerlich mißachtet werden. ... Neue deutsch-französische Verhandlungen führten ...zum Saarvertrag, der vorsah, die Saar mit Beginn des Jahres 1957 politisch und am 1. Januar 1960 auch wirtschaftlich in die Bundesrepublik einzugliedern.“<sup>48</sup> Damit war die Grenzlage des Landkreises Birkenfeld beendet.

Schon im März 1953 war im Birkenfelder Landtag bekannt gegeben worden, dass in Idar-Oberstein 60 beschlagnahmte Wohnungen freigegeben würden, bis zum 15. September 1956 zogen die französischen Familien aus der Klotzberg-Wohnsiedlung aus<sup>49</sup>; nur im südlichsten Teil blieben einige Häuser für amerikanische Familien reserviert. Die freigewordenen Wohnungen standen dann für die Familien der ersten Bundeswehrosoldaten bereit; der Bund baute zusätzlich nordwestlich anschließend am Barbararing<sup>50</sup> acht weitere Häuser, die im Laufe des Jahres 1957 bezugsfertig wurden.

Das Verteidigungsministerium erließ am 22. März 1956 den „Aufstellungsbefehl Nr. 9 (Heer) ...Es sind aufzustellen...durch Aufstellungsstab Süd Truppschule Artillerie in Idar-Oberstein, Klotzbergkaserne (Jeanne d'Arc-Kaserne)“.<sup>51</sup> Der Beginn war von Improvisation geprägt. „Am Dienstag, den 03. 04. 1956 meldeten sich die ersten drei einberufenen Soldaten des Lehrverbandes bei der französischen Wache der Klotzbergkaserne (damals noch Quartier Jeanne d'Arc) und wurden zunächst nicht eingelassen. Nach und nach trafen weitere Einberufene ein, verschafften sich Zugang zur Liegenschaft und begannen zunächst mit der Möblierung der kargen Unterkünfte....Im Rahmen einer kleinen Zeremonie wurde am Morgen des 07. 04. 1956 vor 8 Offizieren und 35 Unteroffizieren und Mannschaften des Artillerielehrbataillons erstmalig die Bundesdienstflagge in der Klotzbergkaserne gehisst.“<sup>52</sup> Die offizielle Übergabe der Kaserne von der französischen Armee an die Bundeswehr erfolgte am 29. Juni 1956.

Damit war Idar-Oberstein, elf Jahre nach Kriegsende, wieder Garnisonsstadt. Die Politik der Westintegration bescherte 1957 zum ersten (und bisher einzigen) Mal einer Partei, Adenauers CDU, eine absolute Mehrheit im Bundestag. Aber auch die Sozialdemokraten, die der Einführung der Wehrpflicht und den dazu nötigen Verfassungsänderungen nur zähneknirschend zugestimmt hatten, behaupteten in der Stadt ihre nun schon traditionelle Dominanz und konnten sie eine Wahlperiode später noch ausbauen:

---

<sup>46</sup> KLEINE 2015, S. 5

<sup>47</sup> In dem auf der Pariser Außenministerkonferenz (19. – 23. Oktober 1954) ausgehandeltes Vertragswerk wurden – u. a. – die Aufhebung des Besatzungsregimes und der Beitritt der BRD zur WEU und zur NATO festgelegt.

<sup>48</sup> WOLFRUM 2005, S. 173 und 180

<sup>49</sup> ZUSAMMENSTELLUNG STA, März 1953 und September 1956

<sup>50</sup> Die legendäre Heilige Barbara, eine der 14 Nothelferinnen, war ursprünglich Schutzpatronin der Bergleute. Weil Artilleristen ebenfalls mit Sprengstoff zu tun haben, wurde Barbara auch deren Schutzheilige. Unabhängig von religiöser Bedeutung ist der Barbaratag (4. Dezember) traditioneller Feiertag der Artillerie – mit Paraden und geselligem Beisammensein mit allerhand karnevalesken Zutaten.

<sup>51</sup> Faksimile in ARTILLERIESCHULE 2006, S. 19

<sup>52</sup> KLEINE 2015, S. 8

<b>3. Bundestag 15. September 1957</b>	Idar-Oberstein	Rheinland-Pfalz	Bundesrepublik
Wahlbeteiligung	14.901	88,3 %	87,8 %
CDU/CSU	28,0	53,7 %	50,2 %
SPD	45,7	30,4 %	31,8 %
FDP	19,6	9,8 %	7,7 %
DRP	6,7	2,7 %	1,0
BHE		1,5	4,6 %

<b>4. Bundestag 17. September 1961</b>	Idar-Oberstein	Rheinland-Pfalz	Bundesrepublik
Wahlbeteiligung	16.144	88,2 %	87,7 %
CDU/CSU	26,2 %	48,9 %	45,3 %
SPD	50,6 %	33,5 %	36,2 %
FDP	18,5 %	13,2 %	12,8 %
GDP (DP + BHE)		0,5 %	2,8 %
DRP	4,6 %	2,3 %	0,8 %

Unumstritten war die Wiederbewaffnung jedoch nicht: „Zu dieser Zeit waren die Schrecken der NS-Diktatur und des verheerenden Krieges überall noch gegenwärtig, was auch in Idar-Oberstein dazu führte, dass viele Bürger den Soldaten zunächst mit Zurückhaltung, Ignoranz und teilweise sogar mit offener Ablehnung begegneten. Das sollte sich im Laufe der Jahre aber ändern... Letztlich war es nur konsequent, das seit vielen Jahren anhaltende gute Verhältnis zwischen Soldaten und der Zivilbevölkerung am 11. Juni 1988 mit einer Patenschaft der Stadt Idar-Oberstein über die Artillerieschule zu besiegeln.“<sup>53</sup>

„Mitte der 1980er Jahre dienten in Idar-Oberstein (einschließlich Lehrgangsteilnehmer und Rekruten) ständig rund 5000 Soldaten, Beamte und zivile Arbeitnehmer der Bundeswehr. ... Es ist klar, dass eine Garnison dieser Größe auch die Garnisonsstadt verändert. Idar-Oberstein wuchs, auch durch immer mehr zuziehende Soldaten(-familien) auf weit über 30.000 Einwohner an.“<sup>54</sup> Die Bundeswehr trug zur Finanzierung des Kammerwoog-Schwimmbades bei; für die Soldatenfamilien wurden die katholische St.-Barbara-Kirche (eingeweiht 1964) und die evangelische Johanneskirche (eingeweiht 25. Oktober 1964)<sup>55</sup> errichtet, deren Türme über dem westlichen Hang des Idar-Tales das Stadtbild mitprägen.

Die Klotzbergkaserne war fast von Anfang an für den Betrieb der Schule (Lehrgangsteilnehmer und Lehr-Bataillone) zu klein. Zeitweise mietete die Bundeswehr die Hotels Kessel, Schützenhof und Schwan komplett als Unterkünfte für Lehrgangsteilnehmer an. „Mit Neubau der Kasernenanlage auf dem Rilchenberg ab 1964 und Verlegung erster Teile in diese Liegenschaft ab 1967 veränderte sich das Gesicht der Stadt weiter. Idar-Oberstein gehörte seit den 1960er Jahren zu den größten Heeres-Standorten. Negative Begleiterscheinungen sollen nicht unerwähnt bleiben. So quälte sich beispielsweise vor dem Bau der Umgehungsstraße nach Baumholder täglich Lehrtruppe mit Rad- und Kettenfahrzeugen<sup>56</sup> auf Einbahnstraßen entlang der Nahe durch die Innenstadt zum Truppenübungsplatz. Ein untragbarer Zustand, an den sich ältere Einwohnern und Soldaten heute noch erinnern.“<sup>57</sup> Erst mit der Fertigstellung der Verbindung von der neu erbauten Rilchenberg-Kaserne über Enzweiler und das Nahetal direkt auf den Truppenübungsplatz fiel *diese* Belastung fort, andere blieben: „Kaum ein Werktag verging an dem kein Tag- und Nachtschießen der Artillerie in Baumholder durchgeführt wurden. (Neben den Artillerieschulen der Bundeswehr waren bis zu drei U.S.-Artillerieschulen in Idar-Oberstein und Baumholder stationiert.) Die Lärmbelastung für die angrenzenden Gemeinden war erheblich. Doch die Bundeswehr war nicht nur einer der größten Arbeitgeber, sondern auch zu einem entscheidenden Wirtschaftsfaktor in Stadt und Region geworden. Das half, manche Belastungen leichter zu ertragen.“<sup>58</sup>

Nach der Verlegung des Artillerieschul-Betriebes in die Rilchenberg-Kaserne zogen auch Familien der dort beschäftigten Soldaten in die Nähe, besonders in die Straßen Am Rilchenberg und Auf dem

<sup>53</sup> RAUSCHER 2013, S. 80 f

<sup>54</sup> KLEINE 2015, S. 11

<sup>55</sup> ZUSAMMENSTELLUNG STA September/Okttober 1964

<sup>56</sup> Vgl. hierzu die sehr aussagekräftigen Fotografien in BRANDT 2000, S. 54 und STADTVERWALTUNG 1988, S. 35

<sup>57</sup> KLEINE 2015, S11

<sup>58</sup> ebenda

Bilzacker, (außerdem wurden auch in der Bismarckstraße Wohnungen für Soldaten gebaut.)<sup>59</sup> Die Siedlung am Barbararing verlor an Bedeutung und wurde schließlich von der Bundesvermögensverwaltung verkauft – an nicht immer seriöse Investoren (s. u.)

### *Städtisches Wachstum*

Die gewachsene Bevölkerung erforderte ein entsprechendes Wachstum der kommunalen Einrichtungen. Die neuen Wohnviertel an den Hängen über den älteren Stadtteilen mussten bequeme Verkehrsverbindungen und eine soziale Infrastruktur (besonders Schulen, aber auch Kirchen und Gemeindehäuser) erhalten und die städtischen Versorgungseinrichtungen der Bevölkerungszahl angepasst werden. Die meisten Arbeiten fielen in das Jahrzehnt 1956 – 66, vom Beginn der Wiederbewaffnung bis zur großen Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz. Am 1. April 1960 fand die gestiegene Bedeutung Idar-Obersteins darin ihren Ausdruck, dass die Stadt zur „Großen kreisangehörigen Stadt“ erhoben wurde, was bedeutete, dass sie der Kommunalaufsicht des Kreises entzogen und direkt der Koblenzer Bezirksregierung unterstellt wurde, dass sie zahlreiche kommunalpolitische Aufgaben, die bei kleineren Gemeinden der Kreis übernahm, nun selber erledigte und dass Bürgermeister Hoberg fortan Oberbürgermeister, der Erste Beigeordnete Hahn Bürgermeister war.<sup>60</sup>

Am dringendsten, am langwierigsten und am teuersten war die Lösung des Verkehrsproblems. Schon zur Postkutschenzeit hatten einige Obersteiner Häuser dem Verkehr weichen müssen (s. o. S. 58), und seither waren die Fahrzeuge schwerer, größer und vor allem zahlreicher<sup>61</sup> geworden. Besonders die Hauptstraße in Oberstein zwischen „Gilsbachs Eck“ und dem Markplatz war dem Verkehr nicht mehr gewachsen. (Es soll daran erinnert werden, dass die Hauptstraße die B 41 aufnahm und dass sie die einzige Verbindung in die Stadt herein und aus der Stadt hinaus darstellte.) „Das Problem wurde zunächst dadurch gelöst, daß eine Ampelanlage installiert wurde und der Verkehr jeweils nur in einer Richtung die Hauptstraße passieren konnte.“<sup>62</sup> Eine einstweilen befriedigende Lösung gab es erst mit dem Bau der Schönlautenbach-Brücke 1955/56,<sup>63</sup> der die Einrichtung eines Einbahnstraßenverkehrs ermöglichte: Aus Richtung Kirn kommende Fahrzeuge fuhren auf der Hauptstraße am linken Nahe- und am linken Idarbach-Ufer bis zum Idarer Alexanderplatz; aus Richtung Birkenfeld kommende verließen am Alexanderplatz die Hauptstraße und fuhren auf dem rechten Ufer über Mainzer Straße, Wilhelm-Leuschner-Brücke, Bahnhofs-, Wasen- und Wilhelmstraße und schließlich über die Schönlautenbachbrücke auf der Hauptstraße stadtauswärts. Zusätzlich wurden 1961 an der engsten Stelle der Hauptstraße drei Häuser abgerissen.<sup>64</sup> Vielleicht hätte man mit diesen Maßnahmen den rein innerörtlichen Verkehr bewältigen können, aber durch das enge Nahetal verläuft auch der Durchgangsverkehr – und mit dessen Bewältigung hatten sich Stadt, Land und Bund von 1962 bis 1988 herumzuschlagen (s. u.).

Auch der öffentliche Nahverkehr wurde modernisiert: Am 28. Juli 1956 verkehrte zum letzten Mal die Straßenbahn, die seit 1900 die Stadt Idar mit dem Obersteiner Bahnhof verbunden hatte (s. o. S. 69). Die schienengebundenen Fahrzeuge hatten sich „als Hemmnis für den immer mehr anwachsenden Straßenverkehr“<sup>65</sup> erwiesen. Insbesondere die Spitzkehre an Gilsbachs Eck<sup>66</sup> war ein immer wieder auftretendes Hindernis. Statt der Straßenbahn fuhr nun – wenn auch nur noch für dreizehn Jahre – der seit 1932 (s. o. S. 95) betriebene O-Bus von Tiefenstein bis zum Bahnhof. Gilsbachs Eck war aber auch für die Busse nicht leicht zu passieren,<sup>67</sup> zudem war der Unterhalt der Oberleitung kostspielig,<sup>68</sup> und schließlich benötigte

---

<sup>59</sup> KLEINE 2015, S. 14

<sup>60</sup> RAUSCHER/REDMER 2015, S. 40

<sup>61</sup> „Der Bestand an zugelassenen PKW (*stieg*) von 1956 mit 1.222 auf 2.464 im Jahre 1961, das entspricht praktisch einer Verdoppelung des Bestandes innerhalb von 5 Jahren.“ STADTVERWALTUNG 1988, S. 34

<sup>62</sup> ebenda

<sup>63</sup> RAUSCHER/REDMER 2015, S. 33; ZUSAMMENSTELLUNG STA Mai 1955

<sup>64</sup> ZUSAMMENSTELLUNG STA, März und August 1961; RAUSCHER 2006, S. 26

<sup>65</sup> BRANDT 2000, S. 14

<sup>66</sup> Da die spitzwinklige Abzweigung von der Hauptstraße aus Richtung Idar in die Otto-Decker- bzw. Bahnhofstraße mit dem Wenderadius eines Schienenfahrzeugs nicht zu bewältigen war, fuhren die Bahnen ein kleines Stück in die Hauptstraße Richtung Marktplatz, wechselten dann die Fahrtrichtung und bogen über eine Weiche Richtung Bahnhof ab. Für die Fahrten vom Bahnhof nach Idar spielte sich der Vorgang in umgekehrter Richtung ab. Da sich normalerweise die Bahnen aus beiden Richtungen hier begegneten, dauerte das Manöver noch etwas länger.

<sup>67</sup> Anschauliches Foto in STADTVERWALTUNG 1988, S. 35

die Stadt neben der einzigen Tal-Strecke noch Verbindungen in die neuen Stadtteile an den Berghängen: Seit Oktober 1954 fuhren Verbrennungsmotor-Busse nach Algenrodt und auf die obere Lay, ab November auch auf die Finsterheck. 1969 wurde der ganze Nahverkehr auf Busse mit Dieselmotor umgestellt.

Die Idar-Obersteiner Schulsituation der 1950er Jahre war dem Bevölkerungsanstieg und auch den gestiegenen Ansprüchen an ein differenziertes und durchlässiges Bildungsangebot nicht mehr gewachsen; die vorhandenen Schulgebäude zeigten zudem starke Abnutzungsspuren. Fast ein Jahrzehnt lang erlebte die Stadt eine erhebliche Erweiterung und Differenzierung ihrer „Schullandschaft“.<sup>69</sup> Es begann mit dem Bau der Kaufmännischen Kreis-Berufsschule im Vollmersbachtal, das von da an zu einem großen Schulzentrum heranwuchs. Und dann ging es beinahe Schlag auf Schlag: 1960 wurde die Idarer Heidensteil-Hauptschule eingeweiht (Erweiterungsbau 1965), 1961 folgte die Hohl<sup>70</sup>-, 1962 die Struthschule (Erweiterung 1965), 1962/63 die Weinsau-Grundschule. 1966 entstand im Vollmersbachtal die Realschule, 1967 die Gewerbliche Berufsschule. Die Kaufmännische Berufsschule wurde um ein Wirtschaftsgymnasium ergänzt, die Gewerbliche Berufsschule um ein Technisches Gymnasium.

Schon 1960 hatte das Göttenbach-Gymnasium auf dem davor liegenden Sportgelände einen Erweiterungsbau erhalten. Bei weiter wachsenden Schülerzahlen reichte der schon bald wieder nicht mehr; auch Schichtunterricht und Pavillons auf dem Schulhof brachten keine Lösung: Ein zweites Gymnasium wurde unumgänglich. Es entstand 1968 an der Heinzenwies, unweit des Vollmersbach-Schulzentrums, und im selben Jahr wurden die Mittelpunktschulen in Algenrodt und Tiefenstein eingeweiht. Idar-Oberstein gewann den Ruf der „schulfreudigsten Stadt in Rheinland-Pfalz.“

Zudem wurde die Stadt auch noch Hochschulstandort: Seit 1955 ist das „Deutsche Edelstein-Forschungsinstitut“ dem Fachbereich Mineralogie der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz angegliedert (seit 1975 mit einem neu errichteten Ausbildungs- und Schulungszentrum am Hang des Dietzenwaldes über der Mainzer Straße); die Hochschule Trier betreibt seit 1987 im Schulzentrum Vollmersbach den „Campus Gestaltung“ für Edelstein- und Schmuckdesign.

Zwei weitere wissenschaftliche Einrichtungen, die erst später gegründet wurden, sollen hier schon genannt werden. Im Jahr 1990 wurde das „Forschungsinstitut für mineralische und metallische Werkstoffe-Edelsteine/Edelmetalle (FEE)“ gegründet; die „Schmiede für Laserkristalle: ... züchtet und bearbeitet Kristalle für Medizin und Technik. Im Jahr gedeihen um die 100 Kristalle im Labor des Instituts. Und daraus werden rund 5 000 Stäbe geschnitten, die in verschiedensten Lasern eingesetzt werden.“<sup>71</sup> Im Betrieb An der Wackenmühle forschen und produzieren zurzeit (2017) 48 Mitarbeiter. – Das Anfang 1997 gegründete ‚Europäische Institut für Forschung und Entwicklung von Transplantationsstrategien GmbH‘ (EUFETS) bezog das in der Vollmersbachstraße gelegene leerstehende Gebäude der Landeszentralbank und baute es für seine Zwecke um. Die Firma arbeitet eng mit dem Knochenmark-Transplantationszentrum des Idar-Obersteiner Klinikums zusammen. 2001 stieg die Firma Fresenius in die nunmehrige AG ein und erweiterte den Komplex um ein Laborgebäude. 2009 übernahm die Mainzer BioNTech AG das Institut, das seit 2017 als ‚BioNTech Innovative Manufacturing Services‘ firmiert.<sup>72</sup>

In diesem Zusammenhang muss auch die Volkshochschule erwähnt werden, die in den 1950er Jahren eine „Blütezeit“<sup>73</sup> erlebte. In den zehn Jahren unter der Leitung des Pharmazierates und Oberstudiendirektors a. D. Enno Ries gab es neben zahlreichen Kursen etwa 400 „Einzelvorträge...“, in denen den Einheimischen klingende Namen der deutschen Wissenschaft, Dichtung und Literatur begegneten.“<sup>74</sup> Ries verfügte von seiner Studienzeit her über freundschaftliche Kontakte zu Professoren verschiedener Fachrichtungen und organisierte nicht nur wissenschaftliche Vorträge und literarische Lesungen, sondern holte

---

<sup>68</sup> RAUSCHER/REDMER 2015, S. 36

<sup>69</sup> Zum Folgenden vgl. STADTVERWALTUNG 1964, S. 132 ff; BOHRER 1986, S. 152; STADTVERWALTUNG 1988 S. 34; BRANDT 2000 S. 15 f; RAUSCHER/REDMER 2015, S. 50 f

<sup>70</sup> Die Gebäude der Hohl-Schule/-Kaserne hatten schon eine bewegte Geschichte hinter sich (s. o. S. 91), als nach dem Abzug der Franzosen die Bundeswehr die Kaserne für sich beanspruchte. Der Bund beteiligte sich dafür an den Baukosten der *neuen* Hohl-Schule. RAUSCHER 1990, 259 ff

<sup>71</sup> PA-IO, 20. August 2010

<sup>72</sup> NAHE-ZEITUNG, 6. Oktober 2017

<sup>73</sup> RAUSCHER/REDMER 2015, S. 35

<sup>74</sup> RIES 1982, S. 278. – In diesem Aufsatz zählt Ries zahlreiche Vortragende auf, darunter *auch* einige historisch belastete wie den Hitler-Dolmetscher Paul Schmidt oder den Staatsrechtler Ernst Rudolf Huber, der in Oberstein gebürtige „Kronjurist“ der NS-Diktatur.



von Fall zu Fall auch Aufführungen des Mainzer „Zimmertheaters“, Kabarett- und Musikvorführungen nach Idar-Oberstein. *Zum Abschied wurde ihm attestiert, dass dank seiner „ein besonderer Glanz über der Stadt lag“*<sup>75</sup>

Durch den Bau ganzer neuer Stadtteile benötigten auch die Kirchengemeinden neue Gemeindezentren: Die Idarer Gemeinde baute ein Gemeindehaus direkt neben der Stadtkirche und ein weiteres auf der Höhe der Lay am gegenüberliegenden Hang; die Obersteiner Gemeinde errichtete drei neue Kirchen: die Auferstehungskirche an der Struthstraße, die Kreuzeskirche an der Hohlstraße und in der Obersteiner Hauptstraße die Christuskirche. Diese entstand an der Stelle, wo zuvor der Engpass durch Abriss zweier Häuser beseitigt und dahinter Raum für einen Kirchen-Vorplatz geschaffen worden war.

Schließlich bedurften auch Ver- und Entsorgung der Anpassung an das Bevölkerungswachstum. 1962 wurde die Stadt an die Saar-Ferngas-Versorgung angeschlossen, so dass das städtische Gaswerk abgebaut werden konnte<sup>76</sup> (1963 ff.) Nicht so schnell ging es mit der Sicherung der Wasserversorgung: In heißen Sommern gab es damit seit Mitte der 1950er Jahre Probleme in den höher gelegenen Stadtteilen. Idar-Oberstein musste sich eine dauerhaft sichere Versorgung schaffen. Dies geschah durch den Bau der Steinbach-Talsperre knapp 5 km am Idarbach aufwärts. 1963 begannen die Bauarbeiten, seit 1966 konnte die Stadt von hier aus zuverlässig mit Wasser versorgt werden.<sup>77</sup> Darum war dann auch der Bau eines Hallenbades (1971 fertig gestellt) möglich; es liegt *zwischen* den Stadtteilen Oberstein und Idar, wie in den Zeiten, da man noch auf die Rivalität der beiden Städte (s. o. S. 106). Rücksicht nehmen musste.

Schwierig war die Abwasserbeseitigung: „Das erste Projekt mit einer Kläranlage auf der Struth führte nicht zu dem gewünschten Erfolg“, denn bei diesem Standort musste „das Abwasser an verschiedenen Stellen hochgepumpt werden,“ was bei der besonderen Beschaffenheit der industriellen Abwässer die damals vorhandenen Pumpen versagen ließ. Die Lösung fand man in der „Verlegung von Sammlern im Nahebett und (*im*) Bau einer zentralen Kläranlage auf dem Almerich am tiefsten Punkt der damaligen Stadt. Damit wurde sichergestellt, daß das Abwasser in freiem Gefälle der Kläranlage zugeführt werden konnte.“<sup>78</sup> Allerdings musste der Hauptsammler 1981 wieder abgerissen und verlegt werden, weil genau in seinem Verlauf die Stützmauer für die Naheüberbauung errichtet werden sollte.<sup>79</sup>

Nachdem 1965 der unbefestigte Weg vom Stadthaus nach Göttschied (damals noch eine selbständige Gemeinde) zur Kreisstraße ausgebaut worden war, konnte am 5. Juli 1968 auf einem großen Gelände nordwestlich dieser Verbindung der Grundstein für ein neues Schwerpunktkrankenhaus gelegt werden. 1972 fertig gestellt, ist die 500-Betten-Klinik heute Akademisches Lehrkrankenhaus der Mainzer Universität.<sup>80</sup>

Auch in den 1960er Jahren blieb das Wahlverhalten der Idar-Obersteiner nur von geringen Schwankungen geprägt:

Stadtratswahl 1960	31 Sitze
SPD	12
CDU	3
FDP	2
Freie Liste Hahn	11
Freie Liste Bender	3

Stadtratswahl 1964	31 Sitze
SPD	16
CDU	4
FDP	3
Freie Liste Hahn	8

Im Oktober 1963 war die „Ära Adenauer“ zu Ende gegangen, sein Nachfolger Ludwig Erhard konnte dank seiner Popularität als ehemaliger Wirtschaftsminister an die Wahlerfolge seines Vorgängers anknüpfen. In Idar-Oberstein änderte sich an den Kräfteverhältnissen wenig:

<sup>75</sup> Der Redakteur der Allgemeinen Zeitung Otto Conradt, zit. n. RIES 1982, S. 285

<sup>76</sup> BRANDT 2000, S. 15. – Im 20. Jahrhundert wäre ein Gaswerk mitten in einer dichtbesiedelten Stadt niemals genehmigt worden – 1876, als es gebaut wurde, war der Bauplatz allerdings noch „grüne Wiese“ *zwischen* Oberstein und Idar.

<sup>77</sup> RAUSCHER/REDMER 2015, S. 55

<sup>78</sup> STADTVERWALTUNG 1988, S. 34

<sup>79</sup> BRANDT 1981, S. 17

<sup>80</sup> BRANDT 2000, S. 16; RAUSCHER/REDMER 2015 S. 45 u. 73

<b>5. Bundestag 19. September 1965</b>	Idar-Oberstein	Rheinland-Pfalz	Bundesrepublik
Wahlbeteiligung	21.142	88,0%	86,8 %
CDU/CSU	28,0 %	49,3 %	47,6 %
SPD	50,5 %	36,7 %	39,9 %
FDP	16,6 %	10,2 %	9,5 %
NPD	3,4 %	2,5	2,0 %
DFU	1,1 %	1,2	1,3 %

### *Sportvereine (3 – 1946 ff)*

War Sport ursprünglich entstanden aus Spaß an Bewegung, Lust an der eigenen Leistung und dem Kräftemessen sowie Freude am Zusammensein mit Gleichgesinnten, so hatte er vom Ende des 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts zunehmend gesellschaftliche, politische und kommerzielle Bedeutung gewonnen. Siegreiche Athleten und erfolgreiche Mannschaften brachten Prestige für ihre Herkunftsorte, -regionen, -staaten.<sup>81</sup> Sportliche Hochleistungen wurden Gegenstand der politischen Förderung, die Menschen, die sie erbringen konnten, wurden zu ‚Profis‘.

Dieser Vorgang verlief sehr allmählich und nicht in allen Sportarten gleichmäßig – aber da die Förderung möglichst effektiv sein sollte, gerieten kleine Orte, kleine Vereine, kleine Sportanlagen ins Hintertreffen. Vor diesem Hintergrund muss man sagen: Die Idar-Obersteiner Sportvereine haben nach dem Zweiten Weltkrieg und im neuen Jahrhundert, trotz mancher finanziellen Engpässe z.B. bei Bau und Unterhaltung von Hallen und Plätzen, ihre Bedeutung und ihre Leistungsfähigkeit behalten. Insbesondere haben die meisten ihre Betätigung über die „Ursprungssportart“ hinaus stetig erweitert und Angebote für besondere Zielgruppen entwickelt

Erst einmal schränkte die allgemeine Not nach dem Zweiten Weltkrieg (s. o. ‚Hunger und Neubeginn‘) den Sportbetrieb fast völlig ein. Anfang der 1950er Jahre fanden allmählich wieder Wettkämpfe in größerem als nur dem örtlichen Rahmen statt. So stellte der ITV im Jahre 1952 mit Helmut Drehet den Deutschen Juniorenmeister im 400-m-Lauf, wurde 1958 Verbandsmeister im Kunstturnen und seine Handballerinnen spielten um die Deutsche Meisterschaft.

Ab Mitte der 1960er Jahre wandte sich der ITV verstärkt dem Breitensport zu – durch Vermehrung der Sportarten und durch zielgruppenorientierte Angebote – z. B. „Turnen für Mutter und Kind“ und durch Modernisierung seiner Baulichkeiten. 1976 hatte der Verein seine Turnhalle verkauft und war in eine „Krise“<sup>82</sup> geraten, die mit der Einweihung des neu gebauten Turnerheims in der Hohwies schließlich überwunden wurde. Als der Verein 1998 sein 125jähriges Jubiläum feiern konnte, war er „auf dem Weg zum größten Sportverein im Kreis Birkenfeld“, 2005 nahm er sein 2000. Mitglied auf.

Auch die Ringer und Gewichtheber des ACO nahm 1950 wieder den selbständigen<sup>83</sup> Trainings- und Wettbewerbsbetrieb auf und war auf verschiedenen Ebenen bei Wettbewerben erfolgreich. Allerdings gab es dabei Höhen und Tiefen – 1982 wurde der Ringerstützpunkt Idar-Oberstein wegen mangelnder Beteiligung und schlechter Finanzlage aufgelöst – aber schon 1986 konnte das 90-jährige Jubiläum mit einem Mannschaftskampf gegen Bamberg gefeiert werden. Das Auf und Ab zwischen Oberliga, Verbandsliga und Nicht-Teilnahme (aus Mangel an aktiven Sportlern oder auch an Sponsoren) begleitete den ACO auch im neuen Jahrhundert – ebenso wie die Sorge um die Erhaltung des Vereinsheims in der Fallbach. – Mit einem Namen stieß der ACO in die Weltspitze vor: Heinz Adam, schon als Jugendlicher erfolgreicher Ringer, von 1970 – 2000 Vorsitzender, danach Ehrenpräsident des ACO, war als Kampfrichter bei vielen internationalen Wettkämpfen eingesetzt, darunter bei den Olympischen Spielen 1988 in Seoul.

Die Kommerzialisierung des Sports im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts traf den Fußball wohl am stärksten. Die Trennung von Amateur- und Profispielklassen machte die kleineren Vereine zu Lieferanten von Nachwuchstalenten – die Zeiten eines Fritz Walter oder Uwe Seeler, die ein Leben lang bei ihrem heimatlichen Verein blieben, sind vorbei, die Talentsucher lauern überall. Sowohl in Idar als auch in

<sup>81</sup> Wohl am augenfälligsten wurde das durch die Olympischen Spiele in Berlin 1936, die dem aggressiven Nationalismus des NS-Regimes ein freundliches Mäntelchen umhängten.

<sup>82</sup> Vom Verein selber so bezeichnet, ITV 1873

<sup>83</sup> Unmittelbar nach dem Krieg wurde auf Anordnung der französischen Militärregierung der Verein dem Turnverein angegliedert und zunächst nur Gewichtheben erlaubt. ACO 1896

Oberstein zog man die Konsequenzen und bündelte 1971 die Kräfte: In Idar entstand aus dem 1. FC 07 und der Spvg 08 der SC 07 Idar-Oberstein; in Oberstein aus der Spvg 08 und dem SC Eintracht 09 der ASV Idar-Oberstein

Beim SC 07 Idar-Oberstein blieb „der erhoffte schnelle sportliche Aufschwung ... (zunächst) aus,“<sup>84</sup> bis nach der Gründung eines Fördervereins und dem Bau einer zentralen Sportanlage ‚Im Haag‘ die Anstrengungen zum Erfolg führten. Landesliga – Verbandsliga – Oberliga Südwest – Regionalliga West/Südwest erreichte der SC 07 in den 1990er Jahren. Allerdings - in der Regionalliga hatte eine reine Amateurm Mannschaft auf Dauer keine Chance. Trotz des üblichen Auf und Ab spielt aber der SC 07 Idar-Oberstein in der Oberliga Südwest immer wieder eine Rolle.

Der (bisher) einzige Idar-Obersteiner Gewinner einer olympischen Goldmedaille ist Bernd Cullmann, der 1960 in Rom mit der 4 x 100-m-Staffel siegte. Als er zurückkam, bereitete ihm Idar-Oberstein einen „triumphalen“<sup>85</sup> Empfang – im offenen Auto ging es die Hauptstraße aufwärts vom Markt bis nach Tiefenstein durch das Spalier von applaudierenden Menschen. Die Schülerinnen und Schüler<sup>86</sup> hatten frei bekommen und säumten ebenfalls jubelnd die Straße.

### *Verwaltungsreform (1966 – 1974)*

Das Land Rheinland-Pfalz bestand zu Beginn aus fünf Regierungsbezirken mit zusammen 39 Kreisen und 2.706 Gemeinden. Dabei existierten in den verschiedenen Teilen des Landes unterschiedliche, aus den territorialen Traditionen hervorgegangene Kommunalverfassungen. In den 1960er Jahren wurde die Notwendigkeit von Verwaltungsreformen deutlich. Während in Bonn die Zeit der christlich-demokratischen Vorherrschaft nach 17 bzw. 20 Jahren mit dem Rücktritt Bundeskanzler Ludwig Erhards (1966) und der Übergangsphase der Großen Koalition (1966 – 69) zu Ende ging, dauerte sie in Rheinland-Pfalz volle 44 Jahre,<sup>87</sup> was aber nicht bedeutete, dass es nicht auch innerhalb dieser *Partei*kontinuität zu einem politischen *Generationen*wechsel gekommen wäre.

Die nachdrängende Generation mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Helmut Kohl machte die Verwaltungsreform zu einem ihrer Hauptanliegen und war damit erfolgreich; in insgesamt 18 Landesgesetzen wurden die Verwaltungs- und Gebietsreformen zwischen 1966 und 1974 umgesetzt. Aus fünf Regierungsbezirken wurden im Jahre 1968 drei,<sup>88</sup> aus 39 Landkreisen wurden 24 z. T. neu zugeschnittene.<sup>89</sup> Durch Zusammenschlüsse der kleineren Gemeinden zu größeren Einheiten sollten diese befähigt werden, die Versorgung mit Strom, Gas, Wasser und Nahverkehrsleistungen, den Bau und Unterhalt von Schulen, Krankenhäusern und Kläranlagen zu gewährleisten – Aufgaben, die die „Große kreisangehörige Stadt“ Idar-Oberstein bereits erfolgreich in Angriff genommen hatte.

Die Debatte um die Verwaltungsstruktur in den ländlichen Gegenden – Ämter? Bürgermeistereien? Verbandsgemeinden? –, betraf Idar-Oberstein nicht unmittelbar,<sup>90</sup> umso mehr dagegen das „Stadt-Umland-Problem“, d. h. die „Frage von Eingemeindungen ...“, auf die die kreisfreien Städte ebenso wie die größeren kreisangehörigen Städte drängten.<sup>91</sup> Ein wesentliches Argument der Städte war dabei, dass die Einwohner der umliegenden Orte, die städtische Einrichtungen wie weiterführende Schulen, Krankenhäuser, Schwimmbäder, Theater usw. nutzten, auch an den damit verbundenen Belastungen beteiligt werden sollten. Idar-Oberstein hatte bis etwa 1960 ein starkes Bevölkerungswachstum zu verzeichnen, danach „stagnierte (es) jedoch zugunsten der der Stadt benachbarten Gemeinden, die von da an ein über-

---

<sup>84</sup> SPORT-CLUB 07

<sup>85</sup> RAUSCHER/REDMER 2015, S. 44

<sup>86</sup> Unter ihnen am Straßenrand, etwa in Höhe der Gastwirtschaft „Burmühle“ (die leider nicht mehr existiert), der Göttenbach-Untersekundärer Udo Salomon.

<sup>87</sup> Ministerpräsidenten Peter Altmeier (1947 – 1969), Helmut Kohl (1969 – 1976); Bernhard Vogel (1976 – 1988) und Carl-Ludwig Wagner (1988 – 1991)

<sup>88</sup> Rheinhessen und Pfalz wurden zu Rheinhessen-Pfalz; Koblenz wurde um Montabaur erweitert; Trier blieb unverändert.

<sup>89</sup> „Daß diese beiden Kernstücke der Reform in das symbolträchtige studentenrevolutionäre Jahr 1968 fielen, ist mehr als ein Zufall. Die unmittelbar nicht miteinander verbundenen Ereignisse spiegeln auf unterschiedliche Weise den fundamentalen sozialen Wandel der sechziger und frühen siebziger Jahre. Staatlich kanalisierte Reformeuphorie und jugendbewegter Studentenprotest bildeten die zwei Seiten einer Medaille grundlegenden gesellschaftlichen Wandels.“ (HEIL 1997, S. 127)

<sup>90</sup> ...mittelbar aber schon, insofern eine starke und leistungsfähige Verbandsgemeinde wenig Neigung verspüren würde, Orte an die nach Eingemeindungen strebende Stadt abzutreten

<sup>91</sup> HEIL 1997, S. 132

durchschnittliches Wachstum verzeichneten.<sup>92</sup> Die neuen Einwohner der Randgemeinden hatten ihren beruflichen Mittelpunkt aber zumeist in der Stadt. Ein weiterer Grund für das Eingemeindungs-Drängen der Stadtverwaltung unter Oberbürgermeister Wittmann war der Mangel an Gewerbeflächen in den engen Tälern von Idarbach und Nahe – erst naheabwärts *hinter* der (alten) Stadtgrenze weitet sich das Tal.

Wilfried Wittmann (langjähriger Stadt-Syndikus, SPD) war – nach dem krankheitsbedingten Ausscheiden des Oberbürgermeisters Hoberg – in einem nicht unbedingt demokratischen Verfahren ins Amt gelangt: „Nachdem führende Funktionäre von SPD und CDU an ihrer Parteibasis vorbei im Hunsrück ‚Geheimverhandlungen‘ geführt hatten, ließen sie den Stadtrat eine Stellenausschreibung beschließen, um dann zielstrebig mit Dr. Wittmann den Kandidaten durchzusetzen, auf den sich die Partei- und Fraktionspitzen längst verständigt hatten. ... Erstmals kam es daraufhin in Idar-Oberstein zu einer politischen Jugenddemonstration.“<sup>93</sup> Nach dieser auch innerparteilich umstrittenen Wahl übte die SPD, die im Stadtrat über die absolute Mehrheit verfügte „für einige Zeit mitunter gleichzeitig die Funktionen von Regierung und Opposition aus.“<sup>94</sup>

Wittmann verfolgte sehr weit gespannte Expansionsziele, Verhandlungsangebote gingen an insgesamt 22 Gemeinden, neun erklärten sich dann tatsächlich zur Eingemeindung bereit. „In der Absicht, angliederungswillige Ortsgemeinden zu ködern... wurde den potentiellen Neubürgern weit mehr (*gebeten*), als realistischerweise gehalten werden konnte.“<sup>95</sup> Zu den Versprechungen zählten eigene Budgets (1979 ausgelaufen) und eigene Ortsbeiräte (1989 aufgehoben), sowie Infrastrukturmaßnahmen, die sich später als unfinanzierbar erweisen sollten. Auch die Busse der Verkehrsgesellschaft Idar-Oberstein (VIO) bedienen außer den „alten“ Stadtteilen nur noch Göttschied und Regulshausen; Trotzdem: „Die angegliederten Stadtteile ... hielten sich nicht lange mit Versprechungen auf und nutzten stattdessen pragmatisch die Chancen, die sich aus einer leistungsstarken Stadtverwaltung und einem erhöhten Steueraufkommen ergaben.“<sup>96</sup>

Bei den beiden naheaufwärts gelegenen Gemeinden Enzweiler und Hammerstein sowie den über dem Idartal gelegenen Regulshausen und Göttschied verlief das Ganze problemlos. Bei den naheabwärts gelegenen Orten Weierbach, Georgweierbach, Nah-, Mittel- und Kirchenbollenbach dagegen gab es juristische Auseinandersetzungen; am Ende sprachen sich jedoch in allen fünf Orten die Bürger mit großen Mehrheiten für die Zugehörigkeit zu Idar-Oberstein aus. Nach den Eingemeindungen ergab sich das folgende neue Bild<sup>97</sup>:

	Einwohner (Stand 31. 2. 1968)	Fläche (Stand 1. 1. 1967)
Idar-Oberstein - alt	29.902	2.879 ha
Idar-Oberstein -neu	40.052	6.618 ha

Trotz seines Erfolges auf diesem Gebiet blieb Oberbürgermeister Wittmann umstritten; man warf ihm vor, notwendigen demokratischen Willensbildungsprozessen ausgewichen zu sein, was zu unüberbrückbaren Differenzen mit der Stadtratsfraktion seiner Partei führte.<sup>98</sup> Seit 1974 sah die rheinland-pfälzische Kommunalverfassung die Möglichkeit vor, einen (Ober-)Bürgermeister abzuwählen. Am 25. September 1974 tagte der Stadtrat unter enormer Medienaufmerksamkeit in der Obersteiner Festhalle und wählte mit 31 (von 39) Stimmen Wilfried Wittmann ab.

Die verwaltungsrechtlichen Auseinandersetzungen um Wittmanns Wiedereinstellungsanspruch zogen sich hin; erst im Januar 1977 konnte Erwin Korb zum Oberbürgermeister gewählt werden. Die Ergebnisse der Stadtratswahlen in der Zeit der Verwaltungsreform spiegeln die politischen Differenzen nicht unbedingt wider – sieht man von der Erhöhung der Mandatszahl nach den Eingemeindungen ab:

<sup>92</sup> BOHRER 1970, S. 78

<sup>93</sup> REDMER 2011, S. 194. – Transparent-Parolen des Demonstrationzuges vom Platz Auf der Idar zum Stadthaus u. a.: „So wählt man keinen OBI!“ „Wo bleibt die Demokratie?“ Vgl. RAUSCHER/REDMER 2015, S. 61

<sup>94</sup> REDMER/SCHÜBELIN 1978, S. 76

<sup>95</sup> RAUSCHER/REDMER 2015, S. 63

<sup>96</sup> ebenda

<sup>97</sup> Zahlen nach BOHRER 1970, S. 81

<sup>98</sup> REDMER/SCHÜBELIN 1978, S. 76; RAUSCHER/REDMER 2015, S. 64

<b>Stadtratswahl 1969</b>	37 Sitze
SPD	19
CDU	8
FDP	2
NPD	2
Freie Liste Wild	3
Freie Liste Beermann	3

Nach dem vollständigen Abschluss der Verwaltungsreform wurde neu gewählt, und danach weiter im Takt der allgemeinen Kommunalwahlen, wobei sich die Unstimmigkeiten um die Person Oberbürgermeister Wittmanns in einem leichten Vertrauensverlust für die Sozialdemokraten niederschlugen:

<b>Stadtratswahl 1970</b>	37 Sitze
SPD	18
CDU	12
FDP	4
Freie Liste Wild	3

<b>Stadtratswahl 1974</b>	39 Sitze
SPD	16
CDU	15
FDP	5
Freie Liste Reit	3

In der Bundespolitik war das beherrschende Thema die „Neue Ostpolitik.“ Nach dem Bruch der CDU-FDP-Koalition und der Bildung einer Regierung der Großen Koalition (Dezember 1966) ergab die Bundestagswahl 1969 eine knappe Mehrheit für eine sozialliberale Koalition. In Abweichung vom Bundestrend konnte die CDU in Idar-Oberstein etwas zulegen, was vermutlich innerstädtische Gründe hatte (s. o.):

<b>6. Bundestag 28. September 1969</b>	Idar-Oberstein	Rheinland-Pfalz	Bundesrepublik
Wahlbeteiligung	21.445	87,0 %	86,7 %
CDU/CSU	33,8 %	47,8 %	46,1 %
SPD	50,9 %	40,1 %	42,7 %
FDP	8,2 %	6,3 %	5,8 %
NPD	6,3 %	5,2 %	4,3 %
ADF	0,8 %	0,6 %	0,5 %

Die Regierung Brandt / Scheel stieß mit ihrer Verständigungspolitik auf erheblichen Widerstand von konservativer Seite. Nach dem gescheiterten Misstrauensvotum konnten die ersten drei „Ostverträge“<sup>99</sup> ratifiziert werden. Nach der vorzeitigen Auflösung des Bundestages wurden die Wahlen im November 1972 zum Quasi-Plebiszit über die Ostpolitik mit fast 63% Zustimmung für sozialliberale Regierung. Die CDU konnte in Idar-Oberstein, abweichend vom Bundes- und Landestrend, zulegen:

<b>7. Bundestag 19. November 1972</b>	Idar-Oberstein	Rheinland-Pfalz	Bundesrepublik
Wahlbeteiligung	24.297	91,6 %	91,1 %
CDU/CSU	35,6 %	45,9 %	44,9 %
SPD	54,3 %	44,9 %	45,8 %
FDP	8,6 %	8,1 %	8,4 %
NPD	0,8 %	0,8 %	0,6 %
DKP	0,6 %		

<sup>99</sup> Verträge mit der UdSSR und der VR Polen (1970), Viermächteabkommen über Berlin (1971) sowie die nach den Wahlen von 1972 geschlossenen Abkommen: Grundlagenvertrag mit der DDR (1972) und Prager Vertrag mit der CSSR (1973)

## *Krisen und Veränderungen (1973 – 1990)*

Der britische Historiker Eric Hobsbawm hat in seiner „Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts“<sup>1</sup> die Zeit von 1945 – 1973 als „Die goldenen Jahre“<sup>2</sup>, jedenfalls für die westlich-kapitalistischen Industriestaaten, bezeichnet: „Von höchster Priorität für die europäischen Staaten und Japan war es, sich vom Krieg zu erholen. ... Die Geheimwaffe einer Gesellschaft, die ‚Wohlstand für alle‘ produziert – die Vollbeschäftigung –, begann sich erst in den sechziger Jahren auszuwirken, nachdem die durchschnittliche europäische Arbeitslosenrate auf 1,5 Prozent gesunken war. ... Von da an begannen nun kundige Beobachter zu glauben, daß alles und jedes in der Wirtschaft irgendwie immer weiter vorwärts und aufwärts streben müsste.“<sup>3</sup>

Aus diesem Glauben wurden die Industriestaaten dann durch die Ölkrise von 1973 mit ihren wachstumshemmenden Wirkungen gerissen. Am 6. Oktober 1973 eröffneten ägyptische und syrische Streitkräfte den vierten Nahostkrieg. Syrien besetzte die Golanhöhen, ägyptische Truppen eroberten Teile der seit 1967 israelisch besetzten Sinaihalbinsel zurück, bevor es der israelischen Armee gelang, im Gegenstoß den Suezkanal zu überqueren. Nachdem schon in den ersten Kriegstagen die Rohöllieferungen aus den arabischen Förderländern zurückgegangen waren, beschlossen die in der OAPEC (*Organisation of Arab Petroleum Exporting Countries*) zusammengeschlossenen Staaten am 16. Oktober, das Erdöl als politische Waffe einzusetzen, um westliche Staaten, insbesondere die USA, von der militärischen, logistischen und politischen Unterstützung Israels abzubringen<sup>4</sup>. Der Preis für das 159-l-Fass (*Barrel*) der Sorte *Arabian light* wurde von 3,01 auf 5,11 US \$, d. h. um 70% erhöht; bis zum 23. Dezember wurde der Preis noch einmal mehr als verdoppelt (von 5,11 auf 11,65 \$.)<sup>5</sup>

Die Zeit eines durch äußerst niedrige<sup>6</sup> Energiepreise ermöglichten Wirtschaftswachstums der westlichen Industriegesellschaften, ihr „Goldenes Zeitalter“, war endgültig vorüber, die „Krisenjahrzehnte“<sup>7</sup> hatten begonnen. Mit der Verteuerung des wichtigsten Energieträgers verbunden war ein globaler Wandel der *terms of trade*, der weltweiten Austauschverhältnisse. Die Golfstaaten hatten eine ungeheure Menge an Kaufkraft von den Verbraucherländern auf ihre Konten umgelenkt, mit erheblichen Folgen: Die Konsumenten in den Verbraucherländern, die nun mehr Geld für ihre Mobilität und für warme Wohnungen im Winter zu zahlen hatten, konnten dieses Geld nicht mehr für andere Güter ausgeben, was Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe gefährdete. Firmen mussten wegen gestiegener Preise für Energie und die zahlreichen aus Öl gewonnenen Halbfabrikate wie Kunststoffe, Farben und Lacke, Lösungsmittel, Kunstfasern usw. höhere Preise für ihre Produkte fordern, was die Konkurrenzfähigkeit manches Unternehmens und damit dessen Arbeitsplätze gefährdete. „Hatte die Arbeitslosigkeit (*in der BRD, U. S.*) seit 1969 stets zwischen 200.000 und 300.000 gelegen, so erhöhte sie sich 1974 auf 600 000 und 1975 sogar auf 1,1 Millionen.“<sup>8</sup> Die Krise<sup>9</sup> forderte von Gesellschaft und Politik Anpassungs- und Modernisierungsprozesse.

Es stellte sich – allmählich – heraus, dass Massenware in den sich neu industrialisierenden Ländern<sup>10</sup> zunehmend billiger produziert werden konnte als in Europa. Das bekamen besonders die Obersteiner metallverarbeitenden Betriebe zu spüren. Wer sich nicht rechtzeitig von lohnintensiver auf *high-tech*-Produktion umzustellen wusste, wurde aus dem Markt gedrängt. Allmählich

---

<sup>1</sup> Der volle Titel: „Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts“

<sup>2</sup> HOBBSAWM 1999, S. 324 ff

<sup>3</sup> ebenda, S. 325 f

<sup>4</sup> In diesem Ursache-Folge-Verhältnis sind die Vorgänge auf den Rohölmärkten seinerzeit in den westlichen Industriestaaten wahrgenommen worden. Dass die Ölförderländer in Wirklichkeit schon früher begonnen hatten, sich gegen die Dominanz der Verbraucherländer bei Förderung und Verteilung des Rohstoffs zu wehren, so dass der Vierte Nahostkrieg eher Anlass als Ursache für den Ölpreisschock war, zeigt ausführlich: HOHENSEE 1996

<sup>5</sup> HOHENSEE 1996, S. 78

<sup>6</sup> „Erdöl war ein Rohstoff, der weit unter Wert verkauft wurde. Dies wurde später auch von westlicher Seite zugestanden: ‚Die Verträge waren‘ so der Londoner Erdölexperte Joe Roeber, ‚um nicht lange drum herumzureden, kolonial.‘“ Ebenda, S. 17

<sup>7</sup> „Die Geschichte des 20. Jahrhunderts war seit 1973 die Geschichte einer Welt, die ihre Orientierung verloren hat und in Instabilität und Krise geschlittert ist.“ HOBBSAWM 1999, S. 503

<sup>8</sup> HOHENSEE 1996 S. 220 f

<sup>9</sup> Wenn auch die Arbeitslosigkeit nicht entfernt die Ausmaße von 1929/33 hatte und das ‚soziale Netz‘ Massenverarmung verhinderte, wurde sie dennoch als tiefer Einschnitt empfunden

<sup>10</sup> Den Begriff „Schwellenländer“ gab es in den 1970er Jahren noch nicht, den Sachverhalt aber schon.

verschwanden die vielen Schornsteine<sup>11</sup>, die lange Zeit das Obersteiner Stadtbild geprägt hatten. „Große traditionsreiche Fabriken mit jeweils mehreren hundert Beschäftigten stellten ihre Produktion ein. Andere fanden Betriebsnachfolger, die sich mutig Hochtechnologieverfahren zuwandten und dabei...völlig neue Märkte eroberten.“<sup>12</sup>

Ein Beispiel für die schrittweise Anpassung eines Betriebes an neue technische Entwicklungen und veränderte Märkte, das zugleich aber die damit verbundenen Probleme unter den topografischen Gegebenheiten des engen Nahetals im Stadtgebiet verdeutlicht, ist die Firma BITO (**Bittmann Oberstein**). 1845 als Schmuck- und Beschlagsartikel-Fabrik in Oberstein gegründet, zog sie 1957 naheabwärts in den Stadtteil Weierbach, „wo neben dem ursprünglichen Programm Hohlkugeln für die Schmuckindustrie..., zusätzlich nahtlose Ziehteile für die Elektro- und Automobilindustrie gefertigt wurden.“<sup>13</sup>

1959 begann die Firma dann mit dem Produktionsbereich, den man heute mit dem Namen BITO in erster Linie verbindet - Lagertechnik im umfassenden Sinn (Regale, Behälter, Steuerung des Materialflusses usw.). Das Weierbacher Betriebsgelände stieß in den 1970er Jahren an seine Grenzen. In Idar-Oberstein war keine passende Erweiterungsfläche zu finden, so dass zunächst (1978) ein Teil der Produktion nach Meisenheim verlegt wurde, wo gerade nach dem Konkurs einer Spinnerei eine bereits erschlossene Fläche frei geworden war.<sup>14</sup> Der Sitz der Firma blieb in noch Weierbach – bis 1991 auch die Firmenleitung in ein neu errichtetes Gebäude in Meisenheim umzog. Dadurch wurden auch 150 der 220 Arbeitsplätze von Weierbach nach Meisenheim verlagert.<sup>15</sup> Zwar nahm danach die Gesamtzahl der Arbeitsplätze noch erheblich zu – aber eben nicht mehr in Idar-Oberstein. Erst der Umbau des Nahbollenbacher Depot-Geländes zum „Gewerbepark Nahetal“ (s. u.) gab der Stadt wieder genügend Spielraum.

Eine Fabrik, deren Schornstein noch steht, ist die Kettenfabrik Jakob Bengel. Sie wurde in vierter Generation noch weitergeführt, bis sie durch die „wirtschaftliche Veränderung in Deutschland nach 1989... drastische Auftragseinbußen zu verzeichnen“<sup>16</sup> hatte. „Mit der Gründung der Stiftung Bengel durch die älteste Tochter Christel Braun, geb. Hartenberger, im Jahre 2001, kann das Erbe der Firma Jakob Bengel weitergeführt werden“<sup>17</sup> – und zwar als Industriemuseum, das durch die erhaltenen, zum großen Teil funktionsfähigen und bei Führungen in Betrieb gesetzten Maschinen dem Besucher einen überaus anschaulichen Eindruck von Technik und Arbeitswelt des vorigen Jahrhunderts vermittelt. Darüber hinaus bietet die Stiftung jährlich mehreren Schmuckdesignerinnen und -designern Arbeitsmöglichkeiten als „Artist in Residence“ in der Fabrik. 2017/18 wurde der ganze Gebäudekomplex unter denkmalpflegerischen Gesichtspunkten restauriert und bietet jetzt auch Möglichkeiten für wechselnde Ausstellungen und Veranstaltungen.<sup>18</sup>

Mit ähnlichen Anpassungsproblemen wie die Metallwarenproduzenten musste das Schmuck- und Edelsteingewerbe fertig werden. Die Krise wurde durch Modernisierung – der Produktionstechnik, aber besonders des Designs – und Erhöhung der Präsenz auf den Märkten überwunden. Drei Faktoren wirkten dabei zusammen: Im Oktober 1970 wurde zum ersten Mal der ‚Deutsche Schmuck- und Edelsteinpreis‘ verliehen, und dabei wurde deutlich, dass Idar-Oberstein mehr als konventionelle Massenware zu bieten hat. Der alljährlich abgehaltene „Wettbewerb erwies sich als so erfolgreich, dass ihm 1989 noch ein Nachwuchswettbewerb angefügt wurde. Jährliche Sonderdrucke (*mit Abbildungen der prämierten Entwürfe*) erhöhten die Vermarktungschancen der Preisträger.“<sup>19</sup>

Zweitens gründeten 1970, als über Pläne zur Schaffung einer Edelsteinbörse in Frankfurt am Main geredet wurde, die Idar-Obersteiner Diamanten- und Edelsteinhändler einen Börsenverein, der alsbald den Bau eines Börsengebäudes in Angriff nahm. Der Verein fand einen Bauplatz - das Gelände des traditions-

---

<sup>11</sup> ...die aber natürlich nicht mehr rauchten – elektrische Energie kam schon seit längerer Zeit in ausreichendem Maße aus dem überregionalen Verbundnetz.

<sup>12</sup> RAUSCHER/REDMER 2015, S. 96

<sup>13</sup> ALLGEMEINER ANZEIGER, 29. November 1978

<sup>14</sup> SALOMON 2015, S. 469

<sup>15</sup> ALLGEMEINER ANZEIGER, 29. August 1990

<sup>16</sup> WEBER-STÖBER 2002, S. 83

<sup>17</sup> ebenda, S. 95

<sup>18</sup> Flyer „Idar-Oberstein schmückt sich 2018“

<sup>19</sup> RAUSCHER/REDMER 2015, S. 68

reichen (s. o. S. 94), am 9. Dezember 1968 abgebrannten Idarer Saalbaus<sup>20</sup> - und einen Bauträger. „Der Bauträger stellte jedoch die Forderung, in Verbindung mit der Börse unmittelbar ein Hotel mitbauen zu können. Damit entstand das Konzept, ein Hochhaus zu errichten, dessen unterer Teil von der Börse und der obere Teil von einem Hotel genutzt werden sollte.“<sup>21</sup> Der städtische Bebauungsplan sah 18. Geschosse vor, „die Bauträger wünschten jedoch, 5 weitere Geschosse hinzuzubauen.“<sup>22</sup> So entstand also 1971 – 1974 ein 23-stöckiges, alle städtebaulichen Dimensionen sprengendes, von überall her sichtbares Hochhaus.<sup>23</sup> In dem Gebäude residiert die weltweit erste und immer noch einzige deutsche kombinierte Diamanten- und Edelsteinbörse. Dass der ökonomische Zweck – Teilhabe der Idar-Obersteiner Wirtschaft am globalen Edelstein- und Schmuck-Markt – erreicht wurde, zeigen u. a. die Firmenschilder „aus aller Herren Länder“ an Häusern in der näheren Umgebung. In das Erdgeschoss des Hochhauses zog die Edelsteinausstellung, die bis dahin in der Gewerbehalle gezeigt worden war. 1996 wanderte sie weiter als „Deutsches Edelsteinmuseum“ in „Purpers Schlösschen“ in der Hauptstraße, als dieses nicht mehr von der Standortverwaltung der Bundeswehr genutzt wurde und umgebaut worden war.

Drittens schließlich startete 1985 die ‚INTERGEM‘ als „Fachmesse für Edelsteine, Edelsteinobjekte, Perlen und Schmuck mit Technikangebot... Nach holprigen Anfangsjahren hat sich die seit 2009 in der Messe Idar-Oberstein [auf dem Gelände des ehemaligen US-Army-Depots in Nahbollenbach, U. S.] abgehaltene INTERGEM längst etabliert.“<sup>24</sup> (Die Einrichtung des Studienganges für Edelstein- und Schmuckdesign und des Gemmologischen Ausbildungszentrums [s.o. S. 91] gehören auch in diesen Zusammenhang.)

Die Bundestagswahl von 1976 war die erste nach der Ölkrise. Nach dem Rücktritt von Bundeskanzler Willy Brandt<sup>25</sup> war Helmut Schmidt sein Nachfolger geworden. Die Auswirkungen der Ölkrise brachten der sozialliberalen Koalition leichte Verluste, sie konnte aber weiterregieren. Das Wahlverhalten der Wählerinnen und Wähler in Idar-Oberstein folgte dem gleichen Trend wie im Bund:

<b>8. Bundestag 3. Oktober 1976</b>	Idar-Oberstein	Rheinland-Pfalz	Bundesrepublik
Wahlbeteiligung	25.461	91,5 %	90,7 %
CDU/CSU	38,5 %	49,9 %	48,6 %
SPD	50,5 %	41,7 %	42,6 %
FDP	10,1 %	7,6 %	7,9 %
NPD	0,3 %	0,4 %	0,3 %
DKP	0,5 %		

Bei den Wahlen 1980 war der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß Spitzenkandidat der Unionsparteien. Seit der „Spiegel-Affäre“ (1962) und seinen vehementen Angriffen auf die sozialliberale Verständigungspolitik gegenüber den osteuropäischen Nachbarn begegneten ihm auch bürgerliche Wähler mit einem gewissen Misstrauen. Die Regierung Schmidt wurde bestätigt.

<b>9. Bundestag 5. Oktober 1980</b>	Idar-Oberstein	Rheinland-Pfalz	Bundesrepublik
Wahlbeteiligung	24.814	89,9 %	88,6 %
CDU/CSU	35,0 %	45,6 %	44,5 %

<sup>20</sup> Der Verlust dieses Veranstaltungsortes traf Idar schwer. Statt in einen Wiederaufbau an gleicher Stelle steckte die Stadt die Versicherungssumme 1975 in die „Nahetalhalle“ in Nahbollenbach, die natürlich kein angemessener Ersatz sein konnte und 1993 zugunsten einer ALDI-Filiale wieder abgerissen wurde. Zum Bau eines neuen Kulturzentrums in Idar kam es nie. Vgl. BRAN1DT 2000, S. 16 und RAUSCHER/REDMER 2015, S. 57

<sup>21</sup> STADTVERWALTUNG 1988, S. 59. – Sechs Jahre nach dieser Veröffentlichung wurde das Hotel wieder aufgegeben „Merian-Hotel wird aufgegeben“, Nahe-Zeitung 8. April 1994

<sup>22</sup> ebenda

<sup>23</sup> „Ein einziges Bauwerk erschlägt eine Stadt. ... Es gab kaum ein treffendes Anschauungsstück, wie ein einziges Bauwerk das Bild einer ganzen Stadt beeinträchtigen kann. Wie ein unfertiger Brückenpfeiler... erhebt sich jenes Hochhaus mitten in einem kleinparzellierten bebauten Tal mit kleinen spitzgiebeligen Häusern und grüner Umgebung.“ BRANDT 1979, S. 63 u. 67. Allerdings ergaben sich im folgenden Jahrzehnt wirtschaftliche Probleme, die zur Zwangsversteigerung des Hochhauses führten. – S. folgendes Kapitel

<sup>24</sup> RAUSCHER/REDMER 2015, S. 84

<sup>25</sup> 6. Mai 1974 wegen der so genannten Guillaume-Affäre (Günter Guillaume, enger Mitarbeiter Brandts, war als Spion für das MfS der DDR entlarvt worden.)



SPD	51,9 %	42,8 %	42,9 %
FDP	10,1 %	9,8 %	10,6 %
Grüne	1,2 %	1,4 %	1,5 %
NPD	0,2 %	0,2 %	0,2 %
DKP	0,6 %		

Im Verlauf der Legislaturperiode brachen zwischen SPD und FDP Differenzen besonders in der Sozialpolitik auf, die zum Bruch der Koalition, zum Seitenwechsel der FDP und zum konstruktiven Misstrauensvotum führten mit der Wahl des CDU-Vorsitzenden und ehemaligen rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Helmut Kohl zum Bundeskanzler. Die neugebildete Koalitionsregierung wollte sich von den Wählerinnen und Wählern bestätigen lassen. Durch eine bewusst verlorene Vertrauensfrage erreichte man die Parlamentsauflösung und Neuwahlen, die die erhoffte Bestätigung für die CDU-FDP-Regierung brachten:

<b>10. Bundestag 6. März 1983</b>	Idar-Oberstein	Rheinland-Pfalz	Bundesrepublik
Wahlbeteiligung	24.739	90,4 %	89,1 %
CDU/CSU	39,3 %	49,6 %	48,8 %
SPD	47,4 %	38,4 %	38,2 %
FDP	8,2 %	7,0 %	7,0 %
Grüne	4,3 %	4,5 %	5,6 %
NPD	0,2 %	0,3 %	0,2 %
DKP	0,4 %		

Nach dem „NATO-Doppelbeschluss“<sup>26</sup> vom Dezember 1979 war Anfang der 1980er Jahre eine starke Friedensbewegung entstanden, an der sich – nicht zuletzt wegen der Militäranlagen im nahen Hunsrück – auch in Idar-Oberstein viele Menschen mit Demonstrationen, Menschenketten und anderen Veranstaltungen beteiligten.<sup>27</sup> Da die Bundesregierung die Nachrüstung beharrlich unterstützte, musste sie bei den Wahlen von 1987 Verluste hinnehmen, konnte aber weiterregieren. Die Sozialdemokraten profitierten nicht davon, wohl aber die kleineren Parteien (FDP und Grüne) - in der Stadt wie im Bund:

<b>11. Bundestag 25. Januar 1987</b>	Idar-Oberstein	Rheinland-Pfalz	Bundesrepublik
Wahlbeteiligung	23.602	86,7 %	84,3 %
CDU/CSU	37,1 %	45,1 %	44,3 %
SPD	45,2 %	37,1 %	37,0 %
FDP	9,8 %	9,1 %	9,1 %
Grüne	6,5 %	7,5 %	8,3 %
NPD	0,6 %	0,7 %	0,6 %

<sup>26</sup> „Nachrüstung“ mit neuen Atomwaffen (Mittelstreckenraketen und Marschflugkörpern) in Westeuropa bei gleichzeitigem Angebot an den Warschauer Pakt, über Rüstungsbegrenzung zu verhandeln. Der größte Teil dieser Waffen sollte in der Bundesrepublik Deutschland stationiert werden.

<sup>27</sup> Vgl. RAUSCHER/REDMER 2015, S. 82

## Die Naheüberbauung (1962 – 1986)

Die größte kommunalpolitische (und städtebauliche, ingenieurtechnische, finanzielle...) Herausforderung für Idar-Oberstein seit der Bildung der Stadt 1933 und vermutlich auch der umstrittenste Entscheidungsprozess war in dieser Zeit die Arbeit an der Lösung der Verkehrsprobleme. Kompliziert wurde die Aufgabe dadurch, dass im gleichen Zusammenhang Fragen der Stadtsanierung zu lösen und überörtliche Verkehrsbelange zu berücksichtigen waren. Die Bundesstraße 41 stellt die wichtige Verbindung her zwischen dem Ballungsgebiet um Saarbrücken im Westen und dem Rhein-Main-Gebiet im Osten, und deren Leistungsfähigkeit musste durch Maßnahmen in Idar-Oberstein nicht nur erhalten, sondern sogar gesteigert werden. Pläne dafür gab es schon länger - in den 1950er Jahren etwa die Idee, die B 41 östlich der Stadt am Almerich statt am Nahe-Ufer stadteinwärts mit einer Brücke über den Fluss zu leiten, „mit einem Tunnel unter der Struth hindurchzufahren, das Schönlautenbachtal zu überqueren, die Hohl und den Volkesberg zu durchtunneln ... und am Bahnhof wieder herauszukommen.“<sup>1</sup> Die hohen Kosten verhinderten, dass das Projekt weiter verfolgt wurde; es hätte die Stadt auch nur vom reinen Durchgangsverkehr befreit.

Im August 1962 begann dann die konkrete Vorbereitung mit der Vergabe des Auftrages zur Aufstellung eines Generalverkehrsplanes an ein Wiesbadener Ingenieurbüro und mit einer Verkehrszählung, d. h. genauer: einer Ermittlung des zahlenmäßigen Verhältnisses zwischen den einzelnen Verkehrsarten. Bei dieser (und auch bei einer weiteren Zählung 1975) ergab sich, dass ein wesentlicher Teil des Verkehrs „hausgemacht“, also kein reiner Durchgangsverkehr war: auf diesen entfielen 20% der 22.000 Fahrten pro Tag; 60% waren Ziel- und Quellverkehr, 20% reiner Binnenverkehr.<sup>2</sup> Die Schlussfolgerung, dass daher eine reine Umgehungsstraße nur geringe Entlastung bringen würde, wurde allerdings auch bestritten, weil in der Kategorie „Ziel- und Quellverkehr“ auch Fahrten nach/von Idar gezählt wurden, die für das eigentliche Obersteiner Problem unerheblich waren.<sup>3</sup> Der Generalverkehrsplan, der am 22. Mai 1963 im Stadtrat vorgestellt wurde, kam zu dem Ergebnis, es bleibe „nur die Wahl, ganze Häuserzeilen mit ca. 150 Gebäuden zu opfern oder die Straße über den Fluß zu legen, d. h. die Nahe zu überbauen.“<sup>4</sup> Der Stadtrat entschied sich einstimmig (bei einer Enthaltung) für die Naheüberbauung. An dieser parteiübergreifenden Zustimmung sollte sich während der gesamten Planungs- und Bauzeit nichts ändern,<sup>5</sup> trotz sonstiger Veränderungen in der Zusammensetzung des Stadtrates:

Stadtratswahl 1979	39 Sitze
SPD	19
CDU	12
FDP	3
DKP	2
Freie Liste Reit	3

Stadtratswahl 1984	39 Sitze
SPD	20
CDU	13
FDP	4
LUB	2

Das Straßenbauamt Bad Kreuznach im Auftrage der Straßenverwaltung Rheinland-Pfalz übernahm nach der Zustimmung der Stadt die Planung. Am 24. Juli 1963 reiste der Stadtrat zur Bundesanstalt für Wasserbau in Karlsruhe, um dem Beginn der Modellversuche für den Bau der Nahehochstraße beizuwohnen. Die Versuche ergaben 1964 „eine verwertbare konstruktive Lösung zur Überbauung der Nahe.“<sup>6</sup>

Trotzdem wurden in der Öffentlichkeit natürlich Alternativen erörtert. Der von dem bekannten Architekten und Stadtplaner Hans Bernhard Reichow im Auftrage des „Arbeitskreises für heimatliche Verkehrsbelange“ ausgearbeitete Vorschlag, eine Brücke von Westen über den Klotzberg und die Obersteiner Talenge zu bauen („Zentralüberbrückung“), hätte die Klotzbergkaserne verdrängt; die Wehrbereichsverwaltung lehnte das ab. Immerhin hätte diese Lösung den Verkehr von und nach Idar aufnehmen können und wäre damit keine reine Umgehungsstraße gewesen. Im eigentlichen politischen Entscheidungsprozess

<sup>1</sup> STADTVERWALTUNG 1988, S. 34

<sup>2</sup> ebenda, S.39

<sup>3</sup> BRANDT 1981, S. 8

<sup>4</sup> STADTVERWALTUNG 1988, S. 39

<sup>5</sup> 1966, nach dem Planfeststellungsverfahren, stimmte der Stadtrat wiederum bei nur einer Enthaltung der Planung zu; bei einer Sondersitzung am 20. November 1980, vor Baubeginn, war das Stimmenverhältnis 30 Ja zu 3 Nein (die beiden DKP-Stadträte und der Fraktionsvorsitzende der FDP). FAZ vom 28. 11. 1980, zit. n. BRANDT 1981, S. 10

<sup>6</sup> STADTVERWALTUNG 1988, S. 6

wurde sie aber nicht berücksichtigt, was den Verantwortlichen in den überregionalen Zeitungen und besonders in der Architektur-Fachpresse heftige Kritik einbrachte.<sup>7</sup> Wie erbittert die Auseinandersetzung war, zeigt z. B. die Kontroverse zwischen der Mehrheit des Redaktionsausschusses des Heimatkalenders einerseits, den beiden Landtagsabgeordneten im Ausschuss und deren Parteien andererseits: Die Kalenderredaktion hatte H. P. Brandt, den Leiter der Kreisvolkshochschule, Redaktionsmitglied und Autor zahlreicher Beiträge zur Regionalgeschichte, beauftragt, einen Überblick über die aktuellen<sup>8</sup> Veröffentlichungen der überregionalen Presse zusammenzustellen. Als wegen der Versuche von CDU und SPD, die Veröffentlichung der sehr kritischen Artikel zu verhindern, das Ende des Heimatkalenders drohte, zog Brandt die Dokumentation zurück und veröffentlichte sie im Selbstverlag.<sup>9</sup>

Gegen den Planfeststellungsbeschluss wurde bis zum Bundesverwaltungsgericht geklagt; 1973 erlangte er in letzter Instanz Rechtskraft; bis zum Baubeginn dauerte es dann noch drei Jahre. In der Zwischenzeit wurde in der Nahe oberhalb der Stadt ein Wehr errichtet, um Treibgut, besonders Eisschollen an der Verstopfung der Betonröhre zu hindern und Hochwasser zurückzuhalten. Das Wehr wurde im Jahr des Baubeginns fertiggestellt. Noch kurz nach Vergabe der Bauaufträge für die Hochstraße im Januar 1980 sammelte eine Bürgerinitiative mehr als 2.000 Unterschriften gegen das Projekt<sup>10</sup> und reichte sie beim Stadtrat ein, der die Forderung eines Baustopps mit 30 : 3 Stimmen zurückwies. Die Bauarbeiten im Flussbett hatten schon im Juli 1980 begonnen – in Anwesenheit des Staatssekretärs im Bundesverkehrsministerium, des rheinland-pfälzischen Verkehrsministers, des ganzen Stadtvorstandes und von „Vertreter(n) aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Verbänden des gesamten Kreises.“<sup>11</sup>

Der Bau war ohne Zweifel eine technische und planerische Meisterleistung – im Bett eines Flusses mit stark wechselnder Wasserführung wurden in dreijähriger Arbeit beiderseits des immer wieder umzuleitenden Wasserlaufs die Leitwände errichtet, auf denen anschließend der Deckel gefertigt wurde, auf dem die Straße verlaufen sollte. Die Monstrosität der schieren Betonmasse wurde mit Natursteinverblendungen, zahllosen Blumenkübeln und Baumanpflanzungen zu verbergen gesucht. In Verbindung mit dem – allerdings erst sechs Jahre später eröffneten<sup>12</sup> - Tunnel durch den Gefallenen Felsen im Osten und der Weiberswoog-Brücke im Westen erfüllte die Straße die in sie gesetzten Erwartungen. Die von Norden, vom Hunsrück herabkommende B 422 wurde mit zwei großen, sich über dem Göttenbach-Schulhof spannenden Richtungsfahrbahn-Brücken an die Hauptstraße (*nach* Norden) und die Mainzer Straße (*von* Norden) angeschlossen. Die Brücke von der Mainzer Straße führt in der Höhe des zweiten Stocks unmittelbar an der nordwestlichen Ecke des Gymnasiums vorbei – „die Göttenbach“ zog 1982 weit fort an den östlichen Stadtrand nach Weierbach „Auf der Bein.“ Das Gebäude der Schillerschule (wie „die Göttenbach“ offiziell immer noch hieß) wurde 1983 vom Landkreis an einen Privatmann verkauft, der das Gebäude zunächst parzelliert an verschiedene Nutzer (darunter ein Fitness-Studio) vermietete und dann an die OIE weiterverkaufte. Als diese ein neues Verwaltungsgebäude bezog, kam die Stadt zum Zuge, die das Gebäude für 3,2 Millionen DM erwarb.<sup>13</sup> So kam die Stadtverwaltung 1995 „immerhin zu einem größeren und repräsentativeren Rathaus.“<sup>14</sup> (s. u.)

Am 24. September 1986 war es dann soweit: In Anwesenheit von Tausenden Idar-Obersteiner Bürgerinnen und Bürgern sowie sehr vielen Journalisten überregionaler Zeitungen wurde vom rheinland-pfälzischen Wirtschaftsminister Rudi Geil das symbolische Band durchschnitten.

Die Frage, ob die Verbesserung des Verkehrsflusses in städtebaulicher Hinsicht nicht zu teuer bezahlt ist, muss offenbleiben. 29 Häuser waren abgerissen worden, darunter die Ausschleife und das denkmalgeschützte „Sachsenhaus“. Der mittelalterliche Stadtkern ist als solcher nicht mehr zu erkennen, weil vom Marktplatz an abwärts die Häuserzeile am Fluss fehlt. Am einschneidendsten ist vielleicht, dass man fast nirgends mehr „über den Fluss gucken“, also die Bebauung des gegenüberliegenden Ufers wahrnehmen kann - das Straßenniveau liegt zu hoch. „Die Stadtlandschaft als Einheit von Nahe, Tal, KirCHFelsen und zwei Burgen wurde mit dem Fluß eines entscheidenden Elementes beraubt und so aufs Empfindlichste

<sup>7</sup> Eine Momentaufnahme des Presseechos mit 17 Artikeln allein aus dem Jahre des Baubeginns bietet BRANDT 1981.

<sup>8</sup> zur Zeit des Baubeginns 1980/81

<sup>9</sup> BRANDT 1981, S. 5 f

<sup>10</sup> PAETZ 2013, S. 188

<sup>11</sup> NAHE-ZEITUNG, 04. Juli. 1980, zit. n. BRANDT 1981, S., 18

<sup>12</sup> RAUSCHER/REDMER 2015, S. 103

<sup>13</sup> ebenda, S. 109

<sup>14</sup> BRANDT 2000, S. 18

gestört. Aus städtebaulicher und denkmalpflegerischer Sicht stellte das Projekt, das freilich seine verkehrstechnische Funktion erfüllt, einen nicht wiedergutzumachenden Eingriff in die Struktur des Ortes dar.“<sup>15</sup>

### „Das neue Idar-Oberstein“ (1)

Parallel zu Planung und Bau der Straße über der Nahe wurde auch im ganzen Ortskern von Oberstein, zwischen Bahnhof und Museum, umgebaut und erneuert. Seit die kriegsbedingte Wohnungsnot einigermaßen behoben war, rückten überall in der Bundesrepublik die städtebaulichen Zusammenhänge und damit die alten Quartiere wieder in den Blick. Das „Städtebauförderungsgesetz“ vom 19. Juni 1971<sup>16</sup> war der Ausdruck dieser Neuorientierung der Stadtentwicklung. Es gab den Verantwortlichen für die Stadtplanung in ausgewiesenen Sanierungsgebieten die Möglichkeit, Abbruch-, Bau- und Modernisierungsgebote zu erlassen.<sup>17</sup> Voraussetzung dafür waren vorbereitende Untersuchungen, die nicht nur bautechnische, sondern auch soziale, strukturelle und städtebauliche Verhältnisse und deren Zusammenhänge berücksichtigen mussten: Nur bei überzeugter Mitwirkung aller Betroffenen – Grundeigentümer, Mieter, Gewerbetreibenden – konnte eine Stadtsanierung schließlich erfolgreich sein. In der vorbereitenden Erprobungsphase des Gesetzes wurde u. a. Idar-Oberstein wegen seiner besonderen topografischen und verkehrstechnischen Lage in das Programm aufgenommen.<sup>18</sup>

Der Stadtrat beschloss bereits am 14. 2. 1967, für das Obersteiner Kerngebiet links der Nahe Sanierungspläne aufzustellen. Mit den vorbereitenden Erhebungen wurde ein Binger Architekturbüro beauftragt. Bund und Land bewilligten dafür insgesamt 30.000 DM.

„Das Büro Imlau machte zunächst eine umfassende Bestandsaufnahme. Aus dem Ergebnis dieser Erhebungen war deutlich zu ersehen, welche Sanierungsmerkmale die untersuchten Gebäude aufwiesen. .... 75% der Gebäude im Sanierungsgebiet waren 80 Jahre alt oder älter. Die Gebäudelebensdauer bei diesen Objekten war praktisch abgeschlossen. Unabhängig von dieser Tatsache wurde jedes einzelne Gebäude an Ort und Stelle untersucht und die Sanierungsbedürftigkeit anschaulich gemacht. Zusammenfassend wurde folgendes festgestellt: Der konstruktive Zustand der Wohngebäude ist äußerst mangelhaft. Die erdgeschossigen Massivwände sind am Berghang fast ausnahmslos von aufsteigender Feuchtigkeit gezeichnet. Das Holzskelett der Fachwerkwände ist meistens veraltet und die Ausfachung oft bröckelig. Diese Wände sind mit Putz oder diversen Wandverkleidungen verdeckt. Schiefes Dachgebälk, Pappdacheindeckungen und schlechte Dachrinnen sind ebenfalls bezeichnend. Unzeitgemäße Wohnungsgrundrisse, mangelhafte sanitäre Ausstattung, Schädlingsbefall, ungelöste Kanalisationsverhältnisse und ein unwirtschaftliches Straßennetz machen den Umbau selbst konstruktiv besserer Gebäude unrentabel.

Bei der Beurteilung der Wohngebäude bilden die hygienischen Gegebenheiten und die Wohnungsgrundrisse wichtige Faktoren. Die älteren Wohngebäude... bieten nur ein Mindestmaß an Wohnungsqualität. Besonders mangelhaft sind die nachträglich eingebauten sanitären Anlagen. Sämtliche Gebäude sind an das städtische Wassernetz angeschlossen. Die Toiletten sind aber oft auf Treppenabsätzen oder direkt von Wohnräumen zugänglich. Teilweise befinden sie sich auch außerhalb der Gebäude. Viele Toiletten sind noch als Trockenklosetts ausgebildet. Aus diesen Gründen und wegen des lückenhaften Kanalisationssystems ist die Geruchsbelästigung sehr stark.“<sup>19</sup> Im ganzen engebauten Viertel fehlten Grünflächen, Kinderspielplätze usw.

In sehr vielen westdeutschen Städten waren die frühen 70er Jahre in noch ungebrochener Wachstumseuphorie eine Zeit nahezu hemmungsloser Kahlschlagsanierungen, die ganzen Quartieren das Gesicht raubten. Auch das 1968 fertiggestellte Gutachten war Ausdruck dieser Denkweise: Das „streckenweise negative Ergebnis der Bestandsaufnahme veranlaßte das Büro Imlau, den Stadtgrundriß in verschiedenen Bereichen zu ändern. So wurde vorgeschlagen, anstelle von vier Straßen (Kreuzgasse, Burggasse, Ackerstraße, Poststraße) künftig nur drei Straßen anzuordnen, um damit Baugrundstücke mit genügender Tiefe zu schaffen. Dieser Vorschlag hätte einen Gesamtabbruch des alten Stadtviertels oberhalb der Hauptstraße zur Folge gehabt. Allein die Bodenordnung für die Änderung des Straßennetzes hätte sehr hohe Kos-

<sup>15</sup> DENKMALTOPOGRAPHIE S. 298

<sup>16</sup> heute Bestandteil des Baugesetzbuches (BauGB)

<sup>17</sup> BauGB §§ 175 – 179

<sup>18</sup> STADTVERWALTUNG 1988, S. 46

<sup>19</sup> Zusammenfassung des Gutachtens Imlau in: ebenda, S. 46 f

ten nach sich gezogen. ... Durch flächenhafte Sanierung oberhalb der Hauptstraße wäre praktisch ein völlig neues Stadtbild entstanden, das sicherlich unseren heutigen Vorstellungen nicht mehr entsprechen würde. Die Identität des Stadtkerns Oberstein wäre im großen Umfang verlorengegangen. Insoweit war es gut, daß sich Verfahren und Bauvorbereitung für die Naheüberbauung noch viele Jahre hinstreckten, so daß die Zielvorstellungen für die Erneuerung des Stadtkerns Oberstein überdacht und angepaßt werden konnten.“<sup>20</sup> Die Arbeiten am schwierigen Steilhang dauerten bis in die 1990er Jahre (s. u. „Das neue Idar-Oberstein (2)“)

Die stärkste Umgestaltung erfuhren die Hauptstraße, der Platz Auf der Idar und dessen Verbindung zum Bahnhofsvorplatz. Der Raum im westlichen Winkel zwischen der Mündung des Idarbachs und der Nahe war jahrzehntelang eine freie Fläche gewesen – je nach Bedarf mal genutzt als Festplatz, als Paradeplatz oder einfach nur als großer Parkplatz.<sup>21</sup> Diese Fläche verschwand nun unter einem zweigeschossigen Parkhaus, dem auch die Häuser beiderseits der Bachmündung weichen mussten. Auf dem Dach des Parkhauses entstand, ca. 10 m höher als der alte, der *neue* Platz Auf der Idar. Er wird auf der Westseite begrenzt durch den zweigeschossigen Bau eines Kaufhauses (Bauzeit 1977 – 1979, bis 2007 Karstadt, von 2007 – 2009 Hertie, seitdem leerstehend<sup>22</sup>). Auf der Ostseite erhebt sich der monumentale Bau der Kreissparkasse (1982 bezogen). Nach Norden erhielt der Platz später noch einen optischen Abschluss durch eine kleine Ladenzeile mit Café über der Straße Auf der Idar. Nachdem die Brückenbauten für den Anschluss der B 422 fertiggestellt waren, wurde nördlich dieser Straße der Europa-Platz angelegt, ein kleiner Park mit Springbrunnen und Wasserbecken auf dem ursprünglichen Niveau des Idarbach-Ufers.

Der Bahnhofsvorplatz auf der rechten, südlichen Seite der Nahe bzw. der B 41 „zeigte bis in die 70er Jahre erhebliche städtebauliche Mängel.“<sup>23</sup> Nach 20jährigen Auseinandersetzungen mit der Bundesbahn über das Platzkonzept und langen „Grundstücksverhandlungen mit einer Brauerei, die am Nordrand des Platzes ein ziemlich heruntergekommenes Gebäude besaß“<sup>24</sup>, konnte das Gebäude abgerissen werden und der Platz 1984 seinen heutigen Grundriss bekommen. Im Dezember 1994 erhielt er den Namen Willy-Brandt-Platz.<sup>25</sup>

1986 wurde mit dem Bau des „Nahe-Center“ die Verbindung zwischen Bahnhofsvorplatz und dem (neuen) Platz Auf der Idar hergestellt. Ähnlich wie auf der anderen Seite baute man zunächst ein dreigeschossiges Parkhaus, das den Höhenunterschied von der Nahestraße (250 m ü. NN) zum Bahnhofsvorplatz (261 m ü. NN) ausgleicht. Darauf wurden drei Wohn- und Geschäftshäuser (darunter eine Filiale des Textilkaufhauses C&A, die 1999 geschlossen wurde) errichtet. Etwas später entstand noch das „Millionenobjekt“<sup>26</sup> „Ypsilon“ auf der Flussseite der Nahestraße mit Diskothek und Ladenpassage, das aber die Erwartungen nicht erfüllte – weder die des Investors noch die der Stadt. (Zum fortgesetzten Trauerspiel um das Gebäude mit wechselnden Namen s. folgendes Kapitel).

Zwischen diesen Gebäuden hindurch führt nun ein Fußweg vom Bahnhofsvorplatz mit einer breiten Brücke<sup>27</sup> über Nahestraße und Naheüberbauung zum Platz Auf der Idar und damit zur Hauptstraße. 1988 waren die Arbeiten abgeschlossen.

Nach der Verkehrsfreigabe der Naheüberbauung (24. 9. 1986, s. o. S. 167) konnte die Umgestaltung der Hauptstraße zwischen dem Platz Auf der Idar und dem Marktplatz zur Fußgängerzone in Angriff genommen werden. Dabei entstanden an der Einmündung der Otto-Decker-Straße („Gilsbachs Eck“) und vor der Christuskirche kleine Plätze mit Bänken, Brunnen und Bäumen. Der bis dahin hauptsächlich als Parkplatz genutzte Marktplatz wurde besucherfreundlich umgestaltet – statt Autos stehen dort im Sommer Tische und Stühle der umliegenden Restaurants und Cafés. „Auch...erfolgte eine Umpflanzung mit Platanen. Diese Bäume haben die Eigenschaft, in die Breite zu wachsen, so daß bei entsprechendem

---

<sup>20</sup> ebenda, S. 48

<sup>21</sup> Fotografien von diesen Nutzungen u. a. in BRANDT 2000, S. 104 (Goldschmiedefest, 1960er Jahre); MAIS 2011, S. 77 (Aufmarsch des Infanterie-Regiments 107, 1938); BECKER 1978, S. 6/7 (Großparkplatz, 1970er Jahre)

<sup>22</sup> RAUSCHER/REDNER 2015, S. 81

<sup>23</sup> STADTVERWALTUNG 1988, S. 49

<sup>24</sup> ebenda, S. 50

<sup>25</sup> NAHE-ZEITUNG, 16. 12. 1994

<sup>26</sup> NAHE-ZEITUNG, 19. Februar 1992

<sup>27</sup> „Die Fußgängerbrücke zwischen diesen beiden Teilplätzen (*Bahnhofsvorplatz / Auf der Idar, U. S.*) hat eine besondere Gestaltung erhalten, die den reinen Brückencharakter weitgehend vergessen läßt.“ STADTVERWALTUNG 1988, S. 50

Schnitt die Baumkronen zu einem ‚grünen Ring‘ zusammenwachsen,<sup>28</sup> wie man es von barocken Plätzen kennt. Die Erwartung der Stadtverwaltung ist knapp 30 Jahre später eingetreten.

Eine andere Hoffnung allerdings hat sich weniger erfüllt. Bei der Herstellung einer fußläufigen Verbindung von 900 m Länge zwischen Bahnhof und Museum / Marktplatz hatte die Kommunalpolitik mit einem „städtischen Entwicklungsschub“<sup>29</sup> gerechnet; die Nahe-Zeitung titelte noch 1992 „Der Rubel rollt auf engem Raum“<sup>30</sup> über diesen Bereich. Dass diese Wirkung ausblieb, lag weniger an der Kommunalpolitik als an dem überall zu beobachtenden Strukturwandel im Einzelhandel: Infolge des Konzentrationsprozesses im Einzelhandel und infolge der Vollmotorisierung verlagerte sich die Nachfrage langsam, aber unaufhaltsam von den kleinen und mittelgroßen Fachgeschäften in den alten Einkaufsstraßen zu großen Einkaufszentren „auf der grünen Wiese“ – d. h. eher: umgeben von riesigen Parkplatzflächen. „Buchstäblich auf der grünen Wiese entstand 1975 in Weierbach ein Globus-Warenhaus. Der ...Baumarkt steht heute im Gewerbepark Nahetal [*in Nahbellenbach, U. S.*] (und) bindet...mehr Kaufkraft als die Innenstadt-konkurrenz“<sup>31</sup> – was man sieht (s. u.). In die gleiche Richtung wirkte der Ausbau des Einkaufszentrums im Vollmersbachtal. Schließlich machten sich – wie überall – die Wirkungen des Online-Versandhandels bemerkbar.

In den Zusammenhang der Stadterneuerung gehört auch die aufwändige Sicherung der Umgebung der Felsenkirche. Am Kirchfelsen wurde das höchste Baugerüst Europas errichtet, von dem aus 1980/81 der bröckelige Felsen gesichert wurde, um Besucher und Kirche vor Steinschlag zu schützen. Dem gleichen Zweck dient ein durch den Fels getriebener Zugangstunnel,<sup>32</sup> der sozusagen historische Zugang ist wegen Steinschlaggefahr gesperrt.

Nach der Fertigstellung der Obersteiner Einkaufsstraße „verlagerte sich der Schwerpunkt der Stadtentwicklung in den Stadtteil Idar.“<sup>33</sup> Begonnen wurde mit dem „städtebaulich besonders kritischen Bereich“ des Marktplatzes zwischen der Marktschule im SO des Platzes und „ein(em) einfache(n) Bretterzaun... hinter dem sich ein Kohlenlager verbarg.“<sup>34</sup> An der NW-Seite baute man ein den Platz zwischen Bismarckstraße und der Rückseite der Hauptstraße abschließendes Wohn- und Geschäftshaus und verband es durch die „Marktpassage“ mit dem Maler-Wild-Platz (s.u.).

Idars Lage in einer Talweitung machte keine so eingreifende Straßenverkehrsmaßnahmen nötig wie in Oberstein. Die tatsächlich im Generalverkehrsplan von 1962 vorgeschlagene „Entlastungsstraße“ über dem Idarbach<sup>35</sup> unterblieb ebenso wie der vierspurige Ausbau der Mainzer Straße. Es erwies sich, dass man den innerstädtischen Einbahnstraßenverkehr (s. o. S. 155) schon am Schleiferplatz enden lassen konnte - der Abschnitt der Mainzer Straße zwischen Alexanderplatz und Schleiferplatz vermag den Verkehr in *beiden* Richtungen<sup>36</sup> auch zweispurig zu bewältigen, zumal der B 41-Verkehr seit der Naheüberbauung das Idartal nicht mehr berührt.<sup>37</sup> Dass Vereinigung bzw. Trennung der beiden Richtungsverkehre ziemlich problemlos funktioniert, wurde durch die Einrichtung eines Kreisverkehrs (1994) am Schleiferplatz erreicht.<sup>38</sup> Die Umlenkung des von Oberstein kommenden Verkehrs über diesen Kreisel in die Mainzer Straße befreite den Abschnitt der Hauptstraße zwischen Schleifer- und Alexanderplatz vom Durchgangsverkehr, so dass die Anlage einer Fußgängerzone möglich wurde. Um deren Einrichtung, Gestaltung und vermutliche Wirkung auf den Einzelhandel in diesem Abschnitt der Hauptstraße wurde in den 1990er Jahren noch heftig gestritten – (s. nächstes Kapitel).

---

<sup>28</sup> STADTVERWALTUNG 1988, S. 54

<sup>29</sup> RAUSCHER/REDMER 2015, S. 64

<sup>30</sup> NAHE-ZEITUNG, 19. Februar 1992

<sup>31</sup> ebenda 2015, S. 79

<sup>32</sup> ebenda, S. 83

<sup>33</sup> BRANDT 2000, S. 19

<sup>34</sup> STADTVERWALTUNG 1988, S-60

<sup>35</sup> In den 1960er/70er-Jahren wurden in Hunderten von Dörfern die malerischen Dorfbäche „verrohrt“ – so gesehen hat Idar gerade nochmal Glück gehabt.

<sup>36</sup> STADTVERWALTUNG 1988, S. 61

<sup>37</sup> Der Verkehr aus Richtung Saarbrücken kam früher aus dem Siesbachtal über Algenrodt und die Saarstraße ins Idartal, folgte dann dem nördlichsten Abschnitt der Hauptstraße nach Süden, und weiter wie oben beschrieben

<sup>38</sup> Die Leistungsfähigkeit des Kreisverkehrs war so überzeugend, dass auch an der Einmündung der Vollmersbachstraße in die Hauptstraße und in Algenrodt am Knotenpunkt Saarstraße – Algenrodter Straße – An der Breitheck Kreisverkehre eingerichtet wurden. NAHE-ZEITUNG, 19. November 1994

In der Mitte des Kreisels steht ein Springbrunnen, auf dessen Strahlen eine Weltkugel zu schweben scheint. Das „Gitternetz“ dieses Globus ist bestückt mit 16 großen Platten aus geschliffenen und polierten Edelsteinen. Finanziert wurden Springbrunnen und Edelstein-Globus allein durch private Spender. Das Kunstwerk symbolisiert „die Verbundenheit der heimischen Edelsteinbranche mit den Edelsteinhändlern in aller Welt.“<sup>39</sup> Die Nordwestseite des Schleiferplatzes wurde neu gestaltet- mehrere alte Gebäude verschwanden und wurden durch ein „städtebaulich markante(s)“<sup>40</sup>, den Platz zwischen Idarbach und Hauptstraße abschließendes dreistöckiges Gebäude mit kreissegmentartigem Grundriss ersetzt.

Wenn man auch dem Urteil H. Peter Brandts, dass Idar-Oberstein bei der Neugestaltung seines Stadtbildes „nicht immer eine glückliche Hand“<sup>41</sup> gehabt habe, zustimmen kann, muss man dennoch feststellen, dass in den 1970er/80er Jahren gelungen ist, die Infrastrukturprobleme so zu lösen, dass die Stadt für ihre Einwohner über die nötige kommunale Daseinsvorsorge hinaus auch ‚Heimat‘ sein kann. Allerdings hatte sich die Stadt zur Finanzierung dieser ohne Zweifel notwendigen Maßnahmen bis an die Grenze des Vertretbaren verschulden müssen.

---

<sup>39</sup> RAUSCHER/REDMER 2015, S. 2

<sup>40</sup> BRANDT 2000, S. 19

<sup>41</sup> ebenda, S. 18

## *Im vereinigten Deutschland (seit 1990)*

Am symbolträchtigen 9. November des Jahres 1989 erreichte die einzige völlig erfolgreiche deutsche Revolution der letzten beiden Jahrhunderte ihren Höhepunkt – Mauer und Grenzzäune in Deutschland fielen, das spätstalinistische Regime der DDR implodierte, und seit dem 3. Oktober 1990 „wächst zusammen, was zusammengehört“, wenn auch langsamer und widerspruchsvoller als damals angenommen. Der erste „Trabbi“ tauchte in Idar-Oberstein schon im September auf – eine dreiköpfige Familie aus Mönchgrün in Thüringen (damals Bezirk Gera) hatte die Öffnung des Eisernen Vorhangs zwischen Ungarn und Österreich genutzt, um zu Freunden in Mittelreidenbach zu fahren.<sup>1</sup>

Das Ende der deutschen Teilung war ein Teil der Auflösung der „Ordnung von Jalta“ mit ihren starren, gegeneinander hochgerüsteten Blöcken. Damit einher ging das Ende der militärischen Konfrontation des Kalten Krieges, der gerade in Rheinland-Pfalz und ganz besonders rund um den Truppenübungsplatz Baumholder den Alltag mitgeprägt hatte. Das Ende des Kalten Krieges brachte auch einen tiefen Einschnitt für den Idar-Obersteiner Arbeitsmarkt, der die Aufmerksamkeit der Stadt forderte. Zunächst aber standen Fortführung und Abschluss der großen, schon in den 1970er/80er Jahren begonnenen Verkehrs-, Sanierungs- und Stadtumbau-Maßnahmen im Mittelpunkt. Dabei hatten die Stadtparlamente ihre Aufgaben vor dem Hintergrund einer, auch auf die Folgekosten der Naheüberbauung zurückzuführenden, steigenden Verschuldung der Stadt zu lösen.

Stadtratswahl 1989	39 Sitze	Stadtratswahl 1994	40 Sitze	Stadtratswahl 1999	39 Sitze
SPD	19	SPD	17	SPD	16
CDU	12	CDU	14	CDU	16
FDP	2	FDP	2	FDP	2
Freie Liste Reit	3	Freie Liste Reit	3	Freie Liste Reit	3
LUB	2	LUB	2	LUB	1
GAL	1	GAL	2	GAL	1

## *Nach dem Kalten Krieg*

Auch wenn es überspitzt klingen mag: Idar-Oberstein hatte zu den Nutznießern des Kalten Krieges gehört. Zwar stellte die Präsenz einer großen Zahl von deutschen und alliierten, insbesondere US-amerikanischen Soldaten in Rheinland-Pfalz allgemein, im Landkreis Birkenfeld im Besonderen eine Belastung dar durch Schwerlastverkehr, Manöver mit Kettenfahrzeugen, Lärm vom Schießplatz und von Tiefflügen, Unruhen durch die Begleiterscheinungen der hohen Truppenkonzentration – Rotlichtbars, Mietpreissteigerungen, vereinzelte Übergriffe.<sup>2</sup> Aber Bundeswehr und US-Army waren zugleich auch Arbeitgeber für zahlreiche deutsche Zivilbeschäftigte, Auftraggeber für Dienstleistungen aller Art - von Bauaufträgen über die Versorgung der Soldaten bis zu Fahrzeug-Reparaturen, von der Nachfrage der Soldatenfamilien nach den zahllosen Dingen des täglichen Bedarfs ganz abgesehen. Es ist daher verständlich, dass die sich abzeichnende Verkleinerung der Armeen des Warschauer Paktes und der NATO, so erfreulich sie an sich war, in Idar-Oberstein und Umgebung *auch* Besorgnis auslöste.

Die rationale, einvernehmliche Neuregelung der europäischen Nachkriegsordnung bedeutete aber nicht, wie viele Menschen in Europa und überall gehofft hatten, zugleich den Beginn einer Epoche weltweiter Demilitarisierung, wie sich nur ein Vierteljahr nach der deutschen Einheit mit dem (Zweiten) Golfkrieg<sup>3</sup> zeigte. Die Spannungen hatten sich nur geografisch verlagert. Das Depot in Nahbollenbach war bei diesem Krieg zum letzten Mal Nachschub-Drehscheibe.<sup>4</sup> Aber dann zeichnete sich das Ende des Arbeitgebers Army-Depot ab; militärischer Nachschub wurde nun eher in der Golfregion benötigt. Die Ge-

<sup>1</sup> RAUSCHER/REDMER 2015, S. 97

<sup>2</sup> Vgl. etwa RAUSCHER/REDMER 2015, S. 47 und 57

<sup>3</sup> Der Krieg, auch als Erster Irakkrieg bezeichnet, ausgelöst durch die irakische Besetzung des Emirats Kuwait, endete nach wenigen Tagen mit der vollständigen Niederlage des Baath-Regimes unter Saddam Hussein, führte aber nicht zu einer Lösung der Konflikte in der Region, sondern war Auftakt zu einer bis heute andauernden Periode bewaffneter Auseinandersetzungen. Möglich geworden war dieser Krieg einer westlichen Koalition unter Führung der USA gerade *durch* das Ende der Konfrontation im Mitteleuropa.

<sup>4</sup> RAUSCHER/REDMER 2015, S. 106



werkschaft ÖTV<sup>5</sup> gelangte in den Besitz einer für das europäische US-Hauptquartier in Heidelberg bestimmten Ausarbeitung unter dem Titel "Getting Smaller", aus der hervorging, dass Zivilpersonal abgebaut werden würde, „und zwar kräftig“. Die ÖTV forderte: „Es müssen ein Tarifvertrag her, ein Sozialplan und vor allem finanzielle Hilfen bei der Umschulung,“<sup>6</sup> worauf sich die Amerikaner aber nicht einlassen wollten.

Der Stadtrat forderte in einer einstimmig verabschiedeten Resolution<sup>7</sup> von der Bundesregierung, dafür zu sorgen, dass die Truppenreduzierungspläne zwischen Bundeswehr und US-Army abgestimmt würden, da die Stadt von den Reduzierungsplänen „arbeitsmarktpolitisch und wirtschaftlich stärker betroffen (sei) als fast alle anderen Städte in den alten Bundesländern“ – zunächst ergebnislos. Auch zivile Arbeitsplätze bei der Bundeswehr standen auf dem Spiel – so zum Beispiel in der Kfz-Mechaniker-Ausbildungswerkstatt der Artillerieschule auf dem Rilchenberg. Der Vorschlag, die Leitung der Ausbildung am selben Ort dem IB (Internationaler Bund für Sozialarbeit) zu übertragen, wurde vom Verteidigungsministerium abgelehnt, weil die Artillerieschule die Räumlichkeiten selber nutzen wollte.<sup>8</sup> Mit dem Ende des Ausbildungsjahrgangs 1997 wurde die Werkstatt geschlossen.

Die US-Army löste nach und nach Versorgungstruppenteile auf bzw. verlegte sie an andere Standorte<sup>9</sup>, entsprechend wurden Schritt für Schritt die „civilian support“-Arbeitsplätze in Nahbollenbach abgebaut, von ehemals 1.000 über 700 auf 350<sup>10</sup>, immer wieder schwankten die Beschäftigten zwischen Hoffen und Bangen. Mitwirkungsmöglichkeiten, wie sie das deutsche Betriebsverfassungsgesetz vorsieht, gab es für die beim US-Militär arbeitenden Menschen nicht.<sup>11</sup> - Am 30. September 1997 schließlich war der letzte Arbeitstag<sup>12</sup> bei der Personaldienstleistungs-Firma Ogden, die Amerikaner räumten das Gelände vollständig und übergaben es an die Bundesvermögensverwaltung. Allerdings war schon seit Sommer 1991 bekannt, dass vor der zivilen Nutzung einige kontaminierte Flächen saniert werden mussten.<sup>13</sup> Sowohl die Stadt als auch das Land Rheinland-Pfalz drängten darauf, dass der Bund die Liegenschaften „altlastenfrei“ an die Gemeinden zurückzugeben habe.<sup>14</sup> Es dauerte aber noch bis März 2000, bis die Stadt endgültig die Einrichtung des „Gewerbeparks Nahetal“ in Angriff nehmen konnte.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die Stadt schon mit Überlegungen zur verbesserten Verkehrsanbindung und zur Aufteilung des Geländes für Industrieansiedlungen begonnen. Die noch vorhandenen Lagergebäude wurden vorübergehend bis zur Rechtskraft dieser Vorplanungen verpachtet<sup>15</sup> und danach abgerissen -bis auf eines in der heutigen John-F.-Kennedy-Straße, das nun noch einen ungefähren Eindruck vom Aussehen des einstigen Verpflegungslagers der deutschen Wehrmacht vermittelt. Im August 1999 gab der Stadtrat den Bebauungsplan in Auftrag und stellte erste Überlegungen zum Bau einer Messehalle an.<sup>16</sup> Bis das Gelände vom Bund in die Verfügung der Stadt übergehen konnte, vergingen insgesamt fast drei Jahre, am 1. März 2000 gab der Stadtrat „endgültig grünes Licht für die Anbindung, Erschließung und Nutzung des Depots, das sich zu einem ‚Gewerbepark Nahetal‘ entwickeln“<sup>17</sup> sollte. 2002 begann die Benutzung durch die ersten angesiedelten Betriebe.

Eine weitere große militärisch genutzte Fläche, die im Laufe der Truppenreduzierungen allmählich frei wurde, war die Straßburg-Kaserne in Algenrodt. Neben die Kaserne von 1937 hatten die Amerikaner nach dem Krieg eine *housing area* mit mehreren bis zu fünf Stockwerken hohen Mietwohnblocks für die Familien der Soldaten gebaut (s. o. S. 152). Die Stadt forderte schon im Dezember 1991, „daß das etwa fünf bis sechs Hektar große Gelände unmittelbar nach Freigabe durch die US-Armee ‚kostenlos und

---

<sup>5</sup> „Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr“, heute aufgegangen in der „Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft“ (Verdi)

<sup>6</sup> NAHE-ZEITUNG, 28. Juni 1991

<sup>7</sup> NAHE-ZEITUNG, 23. Mai 1995

<sup>8</sup> NAHE-ZEITUNG, 14. Februar 1995 und 5. Mai 1995

<sup>9</sup> NAHE-ZEITUNG, 26. September 1992 „Bleiben nur noch die Wachleute übrig?“

<sup>10</sup> ZUSAMMENSTELLUNG StA

<sup>11</sup> NAHE-ZEITUNG, 10. November 1992 „2661 zivile Arbeitsplätze sind in Gefahr ... Kaum Mitwirkungsrechte der Gewerkschaften“

<sup>12</sup> ZUSAMMENSTELLUNG StA

<sup>13</sup> NAHE-ZEITUNG, 11. Juni 1991 „Kontaminierte Böden in US-Depots / Army-Liste nennt zwei verseuchte Standorte“

<sup>14</sup> NAHE-ZEITUNG 11. Juli 1991 „Umweltstaatssekretär: Darauf hinwirken, daß Bund und Streitkräfte ihren Pflichten nachkommen“

<sup>15</sup> NAHE-ZEITUNG, 19. Februar 1997

<sup>16</sup> NAHE-ZEITUNG, 26. August 1999. - Siehe unten.

<sup>17</sup> ZUSAMMENSTELLUNG StA

altlastenfrei an die Stadt Idar-Oberstein übergeben wird'.<sup>18</sup> Zunächst aber ließ die US-Army die Kaserne für fünf Millionen Mark renovieren und belegte sie mit wechselnden Truppenteilen.<sup>19</sup> Anfang 2008 zogen sich die Amerikaner endgültig aus der Anlage zurück.

Ein danach im Auftrage der Stadt und der Bundesanstalt für Immobilienangelegenheiten<sup>20</sup> erstelltes Lärmgutachten ergab allerdings, dass – u. a. wegen der nahen Standortschießanlage der Artillerieschule – das Gelände für Wohnzwecke nicht geeignet war.<sup>21</sup> Eine endgültige Nutzung ist bis heute nicht gefunden, doch ist die Rede davon, die Wohngebäude abzureißen und auf dem Hügel eine große Photovoltaik-Anlage zu errichten, was wegen des dort gelegenen Umspann-Werkes naheläge; die eigentlichen Kasernen sollen als Mischgebiet ausgewiesen werden.<sup>22</sup>

Zwischen dem Mauerfall und der staats- und völkerrechtlichen Vereinigung der beiden deutschen Staaten verging nicht einmal ein Jahr, und die ersten Wahlen für den gesamtdeutschen Bundestag machten deutlich, dass im Wirbel des Umbruchs den Wählerinnen und Wählern vor allem an Stabilität gelegen war – der CDU/CSU – FDP Koalition wurde eine Verlängerung um weitere acht Jahre zugestanden:

<b>12. Bundestag 2. Dezember 1990</b>	Idar-Oberstein	Rheinland-Pfalz	Bundesrepublik
Wahlbeteiligung	21.465	81,7 %	77,8 %
CDU/CSU	39,6 %	45,6 %	43,8
SPD	42,2 %	36,1 %	33,5 %
FDP	12,2 %	10,4 %	11,0 %
Grüne	3,1 %	4,0 %	5,1 %
Die Linke	0,2 %	0,2 %	2,4 %
REP	1,1 %	1,7 %	2,1 %
NPD	0,3 %	0,3 %	0,3 %

<b>13. Bundestag 16. Oktober 1994</b>	Idar-Oberstein	Rheinland-Pfalz	Bundesrepublik
Wahlbeteiligung	21.043	82,3 %	79,0 %
CDU/CSU	37,1 %	43,8 %	41,4 %
SPD	45,7 %	39,4 %	36,4 %
FDP	8,0 %	6,9 %	6,9 %
Grüne	5,2 %	6,2 %	7,3 %
Die Linke	0,8 %	0,6 %	4,4 %
REP	2,0 %	1,9 %	1,9 %

Acht Jahre nach der Vereinigung war klar, dass „blühende Landschaften“ so schnell nicht entstehen würden, dass es länger dauern und teurer werden würde, die vom Grundgesetz geforderten „gleichwertigen Lebensverhältnisse“ (Art 72 [2]) in Ost und West herzustellen. Unabhängig davon hatte es in den letzten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts auch einen innergesellschaftlichen Mentalitäts- und Wertewandel gegeben - starre Ordnungen lösten sich auf, das Familienbild wandelte sich, „alternative“ Lebensstile wurden ausprobiert, die ökologischen Folgen des ökonomischen Wachstums kritischer gesehen; eine höhere berufliche und lokale Mobilität eröffnete neue Chancen und verursachte neue Ängste, die traditionellen Milieus verloren ihre Bindungswirkung, die Parteien infolgedessen ihre Stammwählerschaften - es herrschte Wechselstimmung:

<b>14. Bundestag 27. September 1998</b>	Idar-Oberstein	Rheinland-Pfalz	Bundesrepublik
Wahlbeteiligung	21.057	83,9	82,2 %
CDU/CSU	34,2 %	39,1 %	35,1 %

<sup>18</sup> NAHE-ZEITUNG, 19. Dezember 1991 „Neues Gewerbegebiet in Aussicht?“ - Auch die amerikanischen Kasernen in Baumholder wurden renoviert, und die ‚heimatlos‘ gewordenen Truppenteile benutzten die Straßburg-Kaserne als vorübergehendes Ausweichquartier.

<sup>19</sup> NAHE-ZEITUNG, 4. September 1996 und 3. März 2000

<sup>20</sup> Nachfolgerin (seit 2005) der Bundesvermögensverwaltung

<sup>21</sup> NAHE-ZEITUNG, 8. November 2011 „Straßburg-Kaserne bleibt ein Problemfall“

<sup>22</sup> Freundliche Mitteilung eines Mitarbeiters der Bundesanstalt für Immobilienangelegenheiten, 7. August 2018

SPD	47,5 %	41,3 %	40,9 %
FDP	7,1 %	7,1 %	6,2 %
Grüne	4,6 %	6,1 %	6,7 %
Die Linke	1,1 %	1,0 %	5,1 %
REP	1,8 %		1,8 %
DVU	1,3 %		0,3 %

<b>15. Bundestag 22. September 2002</b>	<b>Idar-Oberstein</b>	<b>Rheinland-Pfalz</b>	<b>Bundesrepublik</b>
Wahlbeteiligung	18.865	80,0 %	79,1 %
CDU/CSU	35,6 %	40,2 %	38,5 %
SPD	43,5 %	38,2 %	38,5 %
FDP	10,4 %	9,3 %	7,4 %
Grüne	5,9 %	7,9 %	8,6 %
Die Linke	1,2 %	1,0 %	4,0 %
REP	1,6 %		0,5 %

### *Migration und demografischer Wandel*

Die starre Blockordnung des Kalten Krieges hatte in West und Ost disziplinierend gewirkt, da die Führungsmächte in ihren „Lagern“ fortbestehende religiöse oder ethnische Konflikte unter dem Deckel zu halten vermochten. Doch schon nach dem Ende des „Stellvertreterkrieges“ in Vietnam 1975 hatten mehr als anderthalb Millionen Menschen über das Südchinesische Meer fliehen müssen, „68 dieser Boat People fanden 1979 Zuflucht auf dem Niederreidenbacher Hof“ am nordöstlichen Stadtrand; „einige blieben auch nach Abschluss ihrer Anerkennungsverfahren in der Stadt.“<sup>23</sup> Aber nach dem Zerfall der sowjetischen Hegemonie und dem Schwinden der Gefahr, dass ein lokaler Konflikt zum Atomkrieg eskalieren könnte, gab es für manchen bislang abhängigen Staat erst recht die Möglichkeit „lieber seine eigenen Kriege zu führen.“<sup>24</sup>

Das galt auch für die religiös-ethnischen Gruppen des blockfreien Jugoslawien, die nur durch die Autorität Marschall Titos († 1980) und die Furcht vor der sowjetischen Intervention zusammengehalten worden waren. Die Zerfall Jugoslawiens und die Kriege zwischen den Teilrepubliken 1990 bis 1995<sup>25</sup> führten zur Flucht von ca. 2,2 Millionen Menschen. Das „Zentrale Anlaufstelle“ (ZAS) des Landes Rheinland-Pfalz war im August 1991 völlig überfüllt, so dass vorübergehend das Barbara-Haus in der Straße Auf der Idar als „Außenstelle der ZAS“ mit 100 Neuankömmlingen belegt werden musste.<sup>26</sup> Das Gebäude diente ursprünglich als Soldatenheim mit Kultur- und Freizeitangeboten und wurde nach dem Neubau der Artillerieschule auf dem Rilchenberg von der Bundeswehr nicht mehr benötigt. Mittelfristig wollte das Rote Kreuz hier ein Wohnheim für Spätaussiedler einrichten. Nun wurde es von den DRK-Mitarbeitern mit großem Einsatz übers Wochenende für den neuen Zweck hergerichtet. Am Montagabend trafen 100 schutzsuchende Menschen aus 14 verschiedenen Ländern<sup>27</sup> ein, wurden registriert, ärztlich versorgt, untergebracht und gepflegt – und knapp zwei Wochen darauf auf andere Orte verteilt; 19 von ihnen blieben im Landkreis Birkenfeld.

Die Zahl der Spätaussiedler<sup>28</sup> stieg bis 1993 stark an. Die AWO richtete schon 1990 ein Übergangswohnheim in der Dr.-Ottmar-Kohler-Straße in Göttschied im Schwesternwohnheim neben dem Krankenhaus ein, dazu eine Beratungsstelle. Von Februar bis Juli 1996 wurden vom DRK im Barbarahaus 75

<sup>23</sup> RAUSCHER/REDMER 2015, S. 80

<sup>24</sup> GALTUNG 1975, S. 73

<sup>25</sup> bzw. 1999, wenn man auch den Kosovo-Krieg mit einbezieht.

<sup>26</sup> NAHE-ZEITUNG, 14. August 1991

<sup>27</sup> Jugoslawien (die meisten), Rumänien, Lettland, Russland, Syrien, Marokko, Iran, Liberia, Libyen, Nigeria, Südafrika, Vietnam, Nepal, Indien, Türkei. NAHE-ZEITUNG, 30. August 1991

<sup>28</sup> Der Begriff meint Zuwanderer mit deutscher Abstammung, die - vermehrt nach dem Ende des Kalten Krieges - aus Staaten des ehemaligen Ostblocks (z. B. Siebenbürgener Sachsen aus Rumänien, Wolgadeutsche aus Kasachstan) in die Bundesrepublik kamen. Sie erhielten nach der Anerkennung gemäß Bundesvertriebenengesetz die deutsche Staatsbürgerschaft (also kein A.syl.)

Familien aus der ehemaligen Sowjetunion betreut, von denen 47 in Idar-Oberstein blieben.<sup>29</sup> Das AWO-Heim schloss nach einer „Gnadenfrist“ Ende Mai 1997, die Beratungsstelle arbeitete in der Idarer Marktschule noch bis Dezember weiter.<sup>30</sup>

Die Aussiedler waren jetzt auf den freien Wohnungsmarkt angewiesen, und ein erheblicher Teil von ihnen wurde am Barbararing untergebracht, was keine kluge Entscheidung war. Nach dem Neubau der Artillerieschule waren für die Soldatenfamilien Wohnungen in der Nähe, in den Straßen Auf dem Bilzacker und Am Rilchenberg (im nördlichen Abschnitt) gebaut worden; die Bundesvermögensverwaltung verkaufte die z. T. leerstehenden Häuser am Barbararing an verschiedene, nicht immer seriöse Investoren, die die Gebäude herunterkommen ließen. Die Metzgerei und der kleine Supermarkt gaben den Betrieb auf. Die Lage zwischen zwei Kasernen, vom Rest der Stadt abgeschnitten, ohne soziale und Versorgungsinfrastruktur, erschwerte die Integration erheblich. Trotz des Engagements der Johannis-Kirchengemeinde<sup>31</sup> wurde der Barbararing bald zum Sanierungsgebiet und zum sozialen Brennpunkt.

„2003 beantragte die Stadt Idar-Oberstein die Aufnahme in das Bund-Länder-Förderprogramm ‚Soziale Stadt‘. Nachdem der Antrag bewilligt und der IB<sup>32</sup> als Partner gewonnen werden konnte, wurde 2004 mit der Umsetzung begonnen. Einer erfolgreichen Auftaktveranstaltung, ...folgte ‚der Umbau des ehemaligen Supermarktes zum Bürgerzentrum als ‚zentrale(r) Anlaufstelle des Projektes und den Sitz des Quartiersmanagements.‘ Zu den Aktivitäten zählten ein ‚Bürgerkaffee, Kinderkiste und Bastelclub, ein Mitmachtreff für Senioren oder Friedas Nähstube, ... die Durchführung von Sprachkursen, der Bau eines Kinderspielplatzes, die Umwandlung von Kellerräumen zum Jugendtreff oder die Anlegung eines Projektgartens .... ‚So ganz ‚nebenbei‘ wurde durch die kontinuierlichen Bemühungen aller Beteiligten ein nachweislicher Rückgang der Kriminalität im Wohngebiet – welche zu Projektbeginn noch ein großes Problem darstellte – erreicht.“<sup>33</sup>

2014 lief das Projekt im Rahmen dieses Programms aus, zur Fortsetzung der Arbeit beantragte die Stadt beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ein Gemeinwesen orientiertes Projekt mit dem Titel ‚Pro InDi – Projekt für Integration und interkulturellen Dialog‘.

In Idar-Oberstein leben<sup>34</sup> knapp 2000 Menschen ausländischer Herkunft aus mehr als 100 Nationen. Sie können alle fünf Jahre die zehn Mitglieder des ‚Beirates für Migration und Integration‘ wählen (fünf weitere Mitglieder werden vom Stadtrat berufen). ‚Wahlberechtigt sind alle ausländischen Einwohner, Staatenlose, Spätaussiedler sowie deren Kinder, Einwohner mit deutscher und einer oder mehreren ausländischen Staatsangehörigkeiten sowie deren Kinder, Eingebürgerte sowie deren Kinder und Einwohner mit ausländischen Wurzeln (wenn Vater oder Mutter Ausländer sind oder waren) und zwar jeweils ab 16 Jahren.“<sup>35</sup> Eingerichtet wurde der Beirat 1999 (‚Ausländerbeirat‘); bei der Wahl 2004 kam kein Ausländerbeirat zustande, da die Wahlbeteiligung unter 10% geblieben war. Stattdessen richtete die Gemeinde einen ‚Integrationsbeirat‘ ein. 2009 und 2014 galt die 10%-Hürde nicht mehr und das Gremium erhielt den heutigen Namen.<sup>36</sup> Neben regelmäßigen Sprechstunden beteiligt sich der Beirat am ‚Tag der Nationen‘ oder richtet auch selber Veranstaltungen wie das ‚Integrationsfest‘ aus.<sup>37</sup>

## „Das neue Idar-Oberstein“ (2)

Auch nach der deutschen Vereinigung und neben den Bemühungen, die Folgen der militärischen Umstrukturierungen zu bewältigen, ging die städtebauliche Erneuerung weiter.

In Oberstein verschwand die Bebauung zwischen Kreuzgasse (unten) und Burggasse (oben); zwischen den beiden Straßen wurde wegen des großen Höhenunterschiedes eine 140 m lange und bis zu 6 m hohe Stützmauer gebaut, die gewaltige Mauer teilweise mit Naturstein verblendet und begrünt.<sup>38</sup> Die Arbeiten

<sup>29</sup> NAHE-ZEITUNG, 25. Juli 1996

<sup>30</sup> NAHE-ZEITUNG, 21. Dezember 1996

<sup>31</sup> NAHE-ZEITUNG, 23. März 1998

<sup>32</sup> Der 1949 gegründete ‚Internationale Bund‘ ist einer der größten deutschen Träger von Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit.

<sup>33</sup> NAHE ZEITUNG, 28. März 2014 „Zehn Jahre Soziale Stadt Barbararing“

<sup>34</sup> Stand Ende 2014

<sup>35</sup> PA-IO, 14.11. 2014

<sup>36</sup> Freundliche Mitteilung von Frau Susanne Becker, Stadtverwaltung Idar-Oberstein, 28. Juni 2018

<sup>37</sup> PA-IO, 22. 6. 2012; 3. 5. 2015; 1. 7. 2016; 19. 9. 2017; 19. 4. 2018

<sup>38</sup> NAHE-ZEITUNG, 6. Juli, 1. und 3. August 1991

in dem sehr alten Viertel wurden immer wieder verzögert durch die überraschende Entdeckung von nicht (mehr) bekannten Versorgungsleitungen.<sup>39</sup> Es entstanden 56 offene Pkw-Parkplätze, auf die ursprünglich geplanten Garagen, die die Kreuzgasse optisch wieder sehr verengt hätten, wurde verzichtet. Wer heute durch die Straßen am Schlosshang geht oder die zahlreichen Treppen hinauf- und hinabsteigt, wird zwar hier und da noch ein sanierungsbedürftiges Haus oder sogar eine von Buschwerk überwucherte Ruine entdecken – aber es gibt jetzt, nach dem Abriss relativ weniger Gebäude, behutsamer Sanierung der übrigen und dem „Bau einer kombinierten Parkierungs- und Grünanlage zwischen der Burggasse und der Kreuzgasse“<sup>40</sup> Licht, einen Kinderspielplatz, viele Bäume und freie Plätze.

Weniger erfreulich entwickelte sich die Fläche zwischen Bahnhof und Hauptstraße. Die sich über Jahre hinziehende Farce um das zuletzt errichtete 30-Millionen-Bauwerk an der Nordwestecke des Platzes – drei Stockwerke über dem Platz, acht Stockwerke über der Nahestraße – war in mancher Beziehung typisch für die Hilflosigkeit, mit der demokratisch legitimierte Stadtverwaltungen zuweilen den Fehlentscheidungen, der Willkür oder der Selbstüberschätzung privater „Investoren“ ausgeliefert sind; darum soll sie hier etwas ausführlicher dargestellt werden.

Das Gebäude war für eine Stadt wie Idar-Oberstein überdimensioniert. Die Nutzung sollte eine Einkaufspassage, eine „Discothek, ein Bodybuilding-Center für Männer, ein Fitnesscenter für Frauen, eine Dampfsauna, eine finnische Sauna, ein(en) Dachgarten, Solarien, zehn Bowlingbahnen, drei Spielhallen, Squashboxen und ein Bistro“<sup>41</sup> umfassen, kam aber nie wirklich in Gang. Die Vorstellung der Betreiber, das Unternehmen – erst „Olympia“, später schlicht „Y“ genannt - könnte einen Einzugsbereich von 100 km entwickeln<sup>42</sup>, war wohl von Anfang an unrealistisch. Ursprünglich war der Platz von den Investoren für ein Kaufhaus vorgesehen gewesen (einen Steinwurf vom bereits bestehenden Kaufhaus Karstadt entfernt!), die Marktanalysen waren aber „derart miserabel“, dass man sich „nach Untersuchungen eines renommierten deutschen Freizeitforschungsinstituts“, die ergeben hatten, dass es „in der Bundesrepublik einen Markt für etwa 8000 dem... ‚Y‘ vergleichbare Einrichtungen“ gebe, zu einer Änderung des Konzepts entschlossen hatte.<sup>43</sup> Am 4. Februar 1992, „385 Tage nach dem ersten und dann immer wieder hinausgeschobenen Termin“,<sup>44</sup> wurde dann wirklich eröffnet. Oberbürgermeister Dickenschied wünschte Glück und wirtschaftlichen Erfolg; „Der Gewerbeertrag des ‚Y‘ möge sich so gestalten, daß diese Steuerquelle künftig für die Stadt in reichem Maße sprudele.“<sup>45</sup> Aber dieser Wunsch ging nicht in Erfüllung. Am 31. Juli 1992 waren die Betreiber zu der Einsicht gelangt, man könne in Idar-Oberstein nicht die gleichen Maßstäbe wie in Berlin oder Frankfurt anlegen.<sup>46</sup> Nach und nach schlossen die Spielautomaten-Ebene, die Bowlinganlagen und das Fitness-Studio, bis im Spätsommer 1993 nur noch die Diskothek übrig war.<sup>47</sup> Am Ende des Jahres reichte die Investoren-Gesellschaft GAB Räumungsklage gegen die Betreibergesellschaft ein.<sup>48</sup> Im April 1994 ging es dann ganz schnell: Das Landgericht Bad Kreuznach gab der Räumungsklage wegen 200.000 DM Mietschulden statt, vier Tage nach dem Urteil ließ die GAB räumen; Betreiber, Angestellte und Lieferanten standen vor verschlossenen Türen,<sup>49</sup> und über die Zukunft des Gebäudes herrschte „Das große Schweigen“. <sup>50</sup> Im August desselben Jahres keimte ein wenig Hoffnung,<sup>51</sup> es hatte sich ein Unternehmer gefunden, der bereit war, der Besitzergesellschaft (von der man mittlerweile wusste, dass sie in Toulouse in Frankreich saß) den Bau abzukaufen. Aber nach eingehender Untersuchung des ganzen Komplexes sprang der Interessent wieder ab.<sup>52</sup>

<sup>39</sup> NAHE-ZEITUNG, 6.Mai 1993

<sup>40</sup> STADTVERWALTUNG 1988, S.63

<sup>41</sup> „Wir sind wild entschlossen, im Dezember zu eröffnen“, NAHE-ZEITUNG, 18. OKTOBER 1991

<sup>42</sup> NAHE-ZEITUNG, 18. Oktober 1991. – In diesem Einzugsbereich liegen u. a. Trier, Kaiserslautern und die Landeshauptstädte Mainz und Saarbrücken!

<sup>43</sup> NAHE-ZEITUNG, 3. Februar 1992

<sup>44</sup> NAHE-ZEITUNG, 24. Januar 1992

<sup>45</sup> NAHE-ZEITUNG, 5. Februar 1992

<sup>46</sup> „Die Region ist sehr schwierig.“ NAHE-ZEITUNG, 31. Juli 1992

<sup>47</sup> NAHE-ZEITUNG, 15. September 1993

<sup>48</sup> NAHE-ZEITUNG, 13. Dezember 1993

<sup>49</sup> NAHE-ZEITUNG, 8.April 1994

<sup>50</sup> So die Überschrift des Artikels in der NAHE-ZEITUNG vom 13. April 1994, in dem der Verfasser den „kafkaesken“ Verlauf seiner Versuche schildert, etwas über den Gebäude-Eigentümer und dessen Pläne zu erfahren.

<sup>51</sup> „Gehen die Lichter bald wieder an?“ NAHE-ZEITUNG,

<sup>52</sup> NAHE-ZEITUNG, 9. August und 8. Oktober 1994

Im Jahr darauf, Juli 1995, äußerte Oberbürgermeister Dickenschied: „Wir begrüßen jede Initiative für das Ypsilon;“<sup>53</sup> denn eine Kölner GmbH „Pro-Invention“ hatte überraschend Interesse geäußert. Der Kommentator der Nahe-Zeitung allerdings sah „das Schreckgespenst einer Bauruine im Zentrum von Oberstein immer näher“ rücken.<sup>54</sup> Zunächst benannte der Geschäftsführer der Betreibergesellschaft „MAC Unternehmensberatung Handels GmbH“ das Ypsilon in „Nahe-Haus“ um und verbreitete verhaltenen Optimismus: „Schlechter kanns nicht mehr werden, nur besser.“<sup>55</sup> Aus der Eröffnung im Oktober wurde nichts; erst im November waren Pächter für die Diskothek und ein Bistro auf der „Shopping-Ebene“ gefunden. Die übrige Vermarktung lief allerdings „nicht so zügig, wie wir das gern hätten.“ Der Diskothek-Betrieb lief dann Anfang 1996 an. Da die Stadt die Sperrzeit aufgehoben hatte, kamen nach Angaben des Betreibers in den Nächten von Samstag auf Sonntag 2000 – 2100 Besucher.<sup>56</sup> Im Laufe des Jahres 1997 keimte allerdings der Verdacht auf Drogenhandel im Umkreis der Diskothek auf,<sup>57</sup> die Stadt nahm daher die Sperrzeitaufhebung zeitweise zurück. Außerdem machte eine weitere Diskothek („Palacio Granada“ in der Schönlautenbach) Konkurrenz, die Besucherzahlen sanken – am 29. November 1997 war der letzte Tanz, auch das dazugehörige „Café Z“ schloss.

Die Verwaltung des Nahe-Hauses dementierte, dass damit der Betrieb des ganzen Gebäudes gefährdet sei, (obwohl schon im März der größte Mieter, ein Möbelmarkt, gekündigt hatte.<sup>58</sup>) Zwar fand sich im Mai ein Pächter, der aus dem „Y“ ein „Way Up“, aus dem „Z“ das Tanzcafé „Boogie-Woogie“ machen wollte.<sup>59</sup> Aber der gab schon nach wenigen Wochen auf, und am 21. Januar 1999 musste die Zeitung melden: „Disco und Fitness-Bereich sind seit Monaten verwaist.“<sup>60</sup> Auch in der Ladenpassage gab es viel Leerstand. Der Geschäftsführer der „MAC Consulting“ (wie sie jetzt hieß) war ratlos. „Wir haben schon fast alles versucht... Die Alternative zu immer neuen Bemühungen und Anläufen wäre, den Laden dichtzumachen. Aber das wäre fatal“ – geschah aber trotzdem.

Dass die Probleme des Nahe-Hauses nicht nur selbst verursacht waren, sondern auch eine Folge des Kaufkraftverlustes durch den Truppenabbau, verdeutlichte ein „Paukenschlag“<sup>61</sup>: Am 31. August 1999 schloss die dem Nahe-Haus direkt benachbarte C&A-Filiale<sup>62</sup>, wodurch der Strom der Passanten und potentiellen Kunden für die Ladenpassage stark abebbte. Verschärft wurde die Lage durch die Krise des Karstadt Konzerns - das Gebäude Auf der Idar ging an Hertie über und wurde im Jahre 2009 endgültig geschlossen. So schaukelten die Krisenerscheinungen sich gegenseitig hoch. Im Januar 2000 zeichnete sich das Ende ab.<sup>63</sup>

Aber im Sommer tat „sich was im Nahe-Haus... man dachte darüber nach, ob das vom Verein ‚Jugend für Jugend‘ geplante Jugendzentrum übergangsweise dort eingerichtet“<sup>64</sup> werden könne. Nachdem die Stadt mit dem Nahehaus-Betreiber eine Nutzungsvereinbarung abgeschlossen hatte, konnte in dem Kellerraum der durch Hochwasser (s. u.) zerstörten Bowlingbahn tatsächlich in verhältnismäßig kurzer Zeit und mit großem Einsatz der Jugendlichen ein Jugendzentrum eingerichtet und mit einem selbstorganisierten viertägigen Musik-Festival eröffnet werden.<sup>65</sup> Der Name „Depot“ erinnerte daran, dass das Zentrum ursprünglich im Depot Nahbollenbach eingerichtet werden sollte. – Im März 2003 aber schloss das städtische Ordnungsamt, alarmiert durch eine Diskotheken-Brandkatastrophe in den USA, die Räume wegen Mängeln im Brandschutz.<sup>66</sup>

Zwischen 2003 und 2010 versuchte ein in Koblenz ansässiger Unternehmer, der noch weitere Diskotheken in der Region leitete, den Betrieb – zuletzt nur noch einmal wöchentlich am Freitag - aufrecht zu

---

<sup>53</sup> NAHE-ZEITUNG, 25. Juli 1996: „Neuer Anlauf schon im Oktober?“

<sup>54</sup> ebenda

<sup>55</sup> NAHE-ZEITUNG, 2. AUGUST 1995

<sup>56</sup> NAHE-ZEITUNG, 8. Februar 1997

<sup>57</sup> NAHE-ZEITUNG, 30. Januar 1997

<sup>58</sup> NAHE-ZEITUNG, 7. März 1997

<sup>59</sup> NAHE-ZEITUNG, 14. Mai 1998

<sup>60</sup> NAHE-ZEITUNG, 29. Januar 1999

<sup>61</sup> NAHE-ZEITUNG, 26. November 1998

<sup>62</sup> NAHE-ZEITUNG, 5. Juli 1999. – Das Gebäude steht bis heute leer.

<sup>63</sup> NAHE-ZEITUNG, 12. Februar 2000: „Nur noch eine Gnadenfrist?“

<sup>64</sup> NAHE-ZEITUNG, 12. Juli 2000

<sup>65</sup> NAHE-ZEITUNG, 23. Mai 2001

<sup>66</sup> NAHE-ZEITUNG, 11. März 2003

erhalten; aber im Mai 2010 war klar: „Das ‚Ypsilon‘ hat ausgetanzt.“<sup>67</sup> – Das fast leere Nahe-Haus steht schon seit einiger Zeit zum Verkauf, nur im untersten Stockwerk fristet noch eine Spielhalle ihr Dasein.

Im Sommer 1992 konnte die Naheüberbauung schließlich ihre volle Wirkung entfalten: Am 17. Juli wurde der Altenberg-Tunnel, der die Naheschleife am Almerich abschneidet und die Verbindung zwischen Oberstein und Nahbollenbach erheblich verkürzt, mit einem Fest, Reden von Vertretern der Bundes- und der Landesregierung und der Prägung einer Sondermünze eröffnet. Landes-Wirtschaftsminister Brüderle pries die „gelungene Harmonie zwischen Straßenbau und Stadtgestaltung“<sup>68</sup>(!) Die Kehrseite der Verkehrsentlastung: Die Geschäfte in der unteren Hauptstraße verloren auf einen Schlag fast alle Kunden; die Tankstelle musste ihren Betrieb ganz einstellen.

1992 kam der Vorstand der OIE zu der Auffassung, dass „der Zustand des fast schon legendären Backsteinbaus von 1900... keine andere Alternative als den Abriß“<sup>69</sup> und den Neubau an der gleichen Stelle ließ. Die Verwaltung der OIE zog übergangsweise in das Gebäude der Schillerschule (aus dem das Göttenbach-Gymnasium ausgezogen war, s. o. S. 167). Nach nur 23-monaiger Bauzeit konnte die OIE-Verwaltung „das ambitionierteste und architektonisch interessanteste Betriebsgebäude der Stadt“ beziehen.<sup>70</sup> Für die Stadt war die Einweihung dieses Baus „insofern ein doppelter Freudentag, wie Oberbürgermeister Dickenschied anmerkte,“<sup>71</sup> als nun die Stadtverwaltung das repräsentative Gebäude der Schillerschule übernehmen und zum neuen Stadthaus umbauen konnte. 1995 zog die Verwaltung dort ein. Am Ende des „großen Tapetenwechsels“<sup>72</sup> schließlich übernahmen Polizei und Katasteramt das ehemalige Stadthaus an der Göttenbach-Mündung; das kompliziert klingende Bäumchen-wechsel-dich-Spiel ersparte der Stadt die Kosten für ein neues Behördenhaus.

Auch in Idar gab es Probleme mit einem „prominenten“ Gebäude, wenn auch nicht mit so dramatischen Folgen wie beim Obersteiner Nahe-Haus. Das Börsenhochhaus, das schon einmal 1989 zwangsversteigert worden war, kam im März 1995 wiederum unter Zwangsverwaltung.<sup>73</sup> Bei der Ermittlung des Verkehrswertes vor der Versteigerung wurde deutlich, dass die Eigentümer notwendige Modernisierungen unterlassen hatten und darüber hinaus erheblicher Renovierungsbedarf bestand. Der Börsenbetrieb war zwar durch die Zwangsverwaltung nicht beeinträchtigt, der „Imageverlust“ des Baus hatte aber Folgen für das in den oberen Stockwerken residierende Hotel: erheblich sinkende Übernachtungszahlen zwangen das Betreiberhepaar zur Aufgabe.<sup>74</sup> Die Versteigerungstermine am 19. 10. 1998 und am 19. 4. 1999 platzten, weil sich keine Bieter fanden.<sup>75</sup> Immerhin konnten Vertreter der Intergem Messe-GmbH den Insolvenzverwalter und einen Tiefensteiner Gastronomen dazu bewegen, dass während der Intergem Oktober 2000 im ehemaligen Hotel wenigstens „Bett und Frühstück“ für Messebesucher geboten werden konnte.<sup>76</sup>

Nach dem Hotel zogen Firmen der Edelsteinbranche, das Museum, die Post und zum Anfang 2001 auch noch der größte Mieter, die Vesta GmbH (Holding der Fissler-Gruppe) aus.<sup>77</sup> Ein Versteigerungstermin im Mai 2001 wurde auf den Oktober verschoben. Die Hauptgläubiger-Bank reduzierte ihre Mindestforderung von 8 Millionen Mark und „wäre ... auch schon mit einem Fünfer vor dem Komma zufrieden“<sup>78</sup> gewesen. Aber auch dieser Termin entfiel, weil ein „ernsthafter“ Interessent“ noch ein wenig Zeit für die Vorbereitung des Geschäfts benötigte... und dann doch nicht zugriff. Januar 2002 wieder ein ergebnisloser Termin; „die Mieteinnahmen decken die Unterhaltungskosten längst nicht mehr. Und die Schäden am maroden Börsenturm werden immer gravierender.“<sup>79</sup> Zwei weitere Jahre unter Zwangsverwaltung - im Mai 2004 schließlich bot der Vertreter der ‚RK Millennium Trading Co.‘ mit Sitz in Karatschi (Pakistan) 1,2 Millionen Euro (ursprünglich betrug die geforderte Summe 12,7 Millionen Mark!) Be-

---

<sup>67</sup> NAHE-ZEITUNG, 8. Mai 2010

<sup>68</sup> NAHE-ZEITUNG, 18. Juli 1992

<sup>69</sup> NAHE-ZEITUNG, 13. Dezember 1994

<sup>70</sup> RAUSCHER/REDMER 2015, S. 104

<sup>71</sup> NAHE-ZEITUNG, 13. Dezember 1994

<sup>72</sup> NAHE-ZEITUNG, 3. Juni 1994

<sup>73</sup> NAHE-ZEITUNG, 23. März 1995: „Hochhaus in Finanznöten“

<sup>74</sup> NAHE-ZEITUNG, 3. September 1998: „Hotelbetreiber warfen das Handtuch“

<sup>75</sup> NAHE-ZEITUNG, 20. April 1999: „Keiner will das Börsen-Hochhaus haben“

<sup>76</sup> NAHE-ZEITUNG, 27. Juni 2000

<sup>77</sup> NAHE-ZEITUNG, 6. Oktober 2000

<sup>78</sup> NAHE-ZEITUNG, 1. OKTOBER 2001

<sup>79</sup> NAHE-ZEITUNG, 10. Januar 2002

vor der Zuschlag erteilt werden konnte, mussten sich die pakistanische Handelsgesellschaft und die Gläubiger auf die Zahlungsmodalitäten einigen – was aber misslang.<sup>80</sup> Mittlerweile bröckelte die Fassade, ein „Betonbrocken fiel auf parkendes Auto.“<sup>81</sup> Im Oktober arbeiteten dann „Fassadenkletterer an der Börse“<sup>82</sup> und besserten kleinere Schäden aus, was dann alle Jahre wieder geschehen sollte.

Weitere zwei Jahre später aber bekam das Gebäude endlich wieder einen „richtigen“ Eigentümer. Die Bavi Grundstück GmbH aus Berlin erhielt am 14. 9 2006 für 400.000 Euro den Zuschlag. Die GmbH, „hinter der ein Unternehmen aus Antwerpen steht, hatte sich bereits im Vorfeld der Versteigerung mit der Hauptgläubigerin, der Eurohypothekenbank in Frankfurt, über den Erwerb der Immobilie geeinigt.“<sup>83</sup> Die Kaufsumme soll weit unter der eigentlichen Forderung der Bank, die sich zwischenzeitlich auf rund 5,4 Millionen Euro belaufen hatte, gelegen haben. Oberbürgermeister Hans Jürgen Machwirth war „überglücklich“ und erleichtert. Denn als Alternative hätte letztendlich ein Abriss der Immobilie auf Kosten von Land und Kommune gedroht.

In Idar waren einerseits die topografischen und Verkehrsverhältnisse einfacher als in Oberstein. Andererseits fielen die Sanierungs- und Umbauarbeiten in diesem Stadtteil in die Zeit, in der die Verschuldung der Stadt schon sehr belastend geworden war, und auch darum war die Anlage einer Fußgängerzone umstrittener und langwieriger als in Oberstein,<sup>84</sup> aber am Ende hieß es doch: „Jeder will dabei sein – Dank der Fußgängerzone herrscht Aufbruchstimmung in Idar.“<sup>85</sup> Auf den Tag genau ein Jahr nach der Einweihung des Kreisels wurde die Fußgängerzone eröffnet. In deren Mitte vor dem Gebäude des ehemaligen Idarer Rathauses<sup>86</sup> der Maler-Wild-Platz<sup>87</sup> mit einem kleinen Brunnen und einem Standbild des namengebenden Malers angelegt worden war. Von diesem Platz aus ist der Idarer Marktplatz durch eine Passage zu erreichen. Für den Raum zwischen der Bismarckstraße und der Idarer Marktschule hatte sich die Stadt eine Markthalle gewünscht,<sup>88</sup> die einen überdachten Platz für die Stände eines „Grünmarktes“ und Spezialitätengeschäfte bieten sollte – die Idee ließ sich am Ende wegen der Finanzlage der Stadt nicht realisieren.<sup>89</sup>

Die Finanzlage der Stadt zwang zum Sparen in allen Bereichen, das wirkte sich auch auf die Schulsituation aus. Nach Ansicht des Stadtvorstandes hatte Oberstein eine Grundschule zu viel.<sup>90</sup> Die Weinsau-Schule am Südhang des Klotzberges musste schließen, die Obersteiner Grundschulkinder besuchen nun die Struth-Schule, d. h., dass fast alle Kinder für den Schulweg auf den Bus angewiesen sind. Ähnliches gilt für Idar – die Marktschule zog um in die Heidensteilschule. Die Grund- und Hauptschule in Tiefenstein blieb erhalten; die Grundschulen an der unteren Nahe und im Bollenbach-Tal zogen ins Schulzentrum „Auf der Bein“ zwischen Nahbollenbach und Weierbach. Die einklassigen Grundschulen – „Zwergschulen“ – in Enzweiler und Hammerstein, den beiden kleinsten Stadtteilen von Idar-Oberstein, hatten schon mit der rheinland-pfälzischen Schulreform der 1970er Jahre ihre Tätigkeit eingestellt.

---

<sup>80</sup> NAHE-ZEITUNG, 11. Mai 2004: „Es war eine Minute vor zwölf / Indische (!) Handelsgesellschaft bietet 1,2 Millionen Euro für das Börsenhochhaus / Zuschlag wird erst in drei Wochen erteilt“; NAHE-ZEITUNG 16. Juli 2004: „Alles ist wieder offen“

<sup>81</sup> NAHE-ZEITUNG, 16. September 2004

<sup>82</sup> NAHE-ZEITUNG, 20. Oktober 2004

<sup>83</sup> PA-IO, 15. September 2006

<sup>84</sup> Vgl. z. B.: „Reine Fußgängerzone ist der falsche Weg“ NAHE-ZEITUNG, 4. August 1992

<sup>85</sup> NAHE-ZEITUNG, 16. November 1995

<sup>86</sup> Das Gebäude war von 1857 – 1891 Schulhaus, danach bis 1933 das Idarer Rathaus, später Post, dann nach Umbau Bank. „Als wichtiger Vertreter des sog. Oldenburger Spätklassizismus gehört die ehem. Schule zu den ältesten und bedeutendsten Häusern in Idar.“ DENKMALTOPOGRAPHIE, S.316. – „Immerhin konnte der Abbruch des ehemaligen Idarer Schul- und Rathauses...gegen den erklärten Willen von Stadtrat und Stadtvorstand um 1975 noch in letzter Minute verhindert werden.“ BRANDT 2000, S. 18

<sup>87</sup> Rudolf Wild, \* 1871 in Idar, † 1960 in Idar-Oberstein. Studium in München, Studienaufenthalte in Paris und Berlin, zunächst hauptsächlich Porträtmalerei, später auch Landschaften. Außerdem Kupferstich, Plastik, Schmuck-Entwürfe und Kohle- und Bleistift-Zeichnungen.

<sup>88</sup> „Grüner Markt unterm großen Dach“, NAHE-ZEITUNG 11. Dezember 1993

<sup>89</sup> NAHE-ZEITUNG, 5. November 1994

<sup>90</sup> NAHE-ZEITUNG, 25. April 1992 „Wir haben eine Grundschule zuviel“



## *Das Gewerbe zieht naheabwärts*

Ende Januar 1995 suchte das – zumindest gefühlt<sup>91</sup> – bislang stärkste Hochwasser die obere Nahe heim – von der Nahestraße in Oberstein<sup>92</sup> bis zu Felsenmühlenstraße in Weierbach. Die Befürchtung, die Steinbachtalsperre könnte überlaufen, die Stadtteile Tiefenstein und Idar überflutet werden, erwies sich zum Glück als haltlos.<sup>93</sup> – In der Nacht vom 12. auf den 13. April des Jahres brannte es in der Kunststoff- und Metallwarenfabrik Gebrüder Schmidt in der Austraße; das Feuer vernichtete zwei Drittel der Anlagen,<sup>94</sup> die Firma musste an einem anderen Standort neu errichtet werden und bekam von der Stadt ein Grundstück am linken Naheufer, in der Michelswies zwischen Nahbollenbach und Weierbach, angeboten.<sup>95</sup> Diese beiden Ereignisse, die ursächlich gar nichts miteinander zu tun hatten, machten aber schlaglichtartig deutlich, dass zwei Probleme der Stadt auf widersprüchliche Weise miteinander verflochten waren: der Hochwasserschutz und die Bereitstellung von Gewerbeflächen – oder das Spannungsfeld zwischen Ökologie und Ökonomie.

Da es seit Anfang der 1990er Jahre immer wahrscheinlicher wurde, dass das US-Depot Nahbollenbach (s. o. S. 173) aufgegeben würde, strebte die Stadt an, auf dem freiwerdenden Areal ein Gewerbegebiet einzurichten, um dort Firmen als Ersatz für die verlorenen Arbeitsplätze anzusiedeln, und leitete mit der Aufstellung eines Flächennutzungsplanes die ersten Schritte dazu ein.<sup>96</sup> Da sich der Zugriff auf die Nahbollenbacher Fläche verzögerte, der Bedarf an Gewerbeflächen aber drängte, fasste die Stadtverwaltung eine Fläche weiter Nahe abwärts im Stadtteil Weierbach ins Auge. Die Ausweisung des Gewerbegebietes „Dickesbacher Weg“ war einer der ersten Beschlüsse, bei der „der klassische Zielkonflikt zwischen Ökologie und Ökonomie, zwischen den Belangen der Umwelt und wirtschaftlichen Interessen“<sup>97</sup> gründlich und kontrovers diskutiert wurde. Am Ende stimmten 36 der 39 Stadtratsmitglieder gegen die 3 Stimmen von LUB und GAL für die Erschließung des Gebietes.<sup>98</sup>

Der Zielkonflikt brach nun in verschärfter Form auf, als der brandgeschädigten Firma Gebr. Schmidt ein Bauplatz in den Nahewiesen angeboten worden war. Mit ‚Nahewiesen‘ waren die Uferflächen der Nahe unterhalb des US-Depots gemeint (z. B. Bruch-Wies, Höh-Wies, Michel -Wies, Dörr-Wies), die, besonders auf der linken, nördlichen Flussseite nur wenig bebaut, ein Überflutungsgebiet bei Hochwasser bildeten. Eine Bürgerinitiative fürchtete, dass bei Versiegelung der Flächen und der Anlegung von Dammbauten das Hochwasser umso höher auflaufen und Wohngebiete flussabwärts gefährden würde – was die Stadtverwaltung bestritt; sie wurde dabei durch das Gutachten eines auf die Untersuchung von ökologischen Folgen von Gewerbebetrieben spezialisierten Instituts gestützt.<sup>99</sup> Um die nötige Änderung des Bebauungsplanes entbrannte ein heftiger Streit,<sup>100</sup> der z. T. auch vor Gericht ausgetragen wurde. Die Belange des Hochwasserschutzes wurden schließlich insoweit berücksichtigt, dass die gewerbliche Bebauung um ca. 20 m vom linken Naheufer abgerückt, die Flächen zwischen der B 41 und dem rechten Naheufer – „In der Dörrwiese“, „Aufm Sand“, die zuvor mit einigen Depot-Baracken bestanden waren - ganz freigemacht und die z. T. durch Schlamm und Geröll eingeeengten Brückendurchlässe ausgebaggert wurden. Der Abriss und Neubau der Fischbacher Nahe-Brücke sollte ebenfalls den Abfluss verbessern, zog sich allerdings bis Mai 2004 hin.<sup>101</sup> Die Firma Gebr. Schmidt, deren Brandschaden die ganze Diskussion in Geng gesetzt hatte, konnte im Übrigen Anfang 1996 mit der Produktion unter der neuen Adresse Michelswiese 9 beginnen.<sup>102</sup>

<sup>91</sup> „So hoch wie noch nie“ NAHE-ZEITUNG 1. Februar 1995

<sup>92</sup> Foto in RAUSCHER/REDMER 2015, S. 110. – Die Kammerwoog-Staumauer oberhalb der Stadt war nicht zum Hochwasserschutz, sondern nur zum Zurückhalten von Eisschollen und Treibgut gedacht und geeignet.

<sup>93</sup> „So gänzlich mißverstanden“, NAHE-ZEITUNG, 1. Februar 1995

<sup>94</sup> NAHE-ZEITUNG, 13. April 1995: „Feuer breitete sich rasend schnell aus / Fabrikgebäude zu mehr als zwei Dritteln zerstört / Zukunft der Firma und der Beschäftigten noch völlig ungewiss“

<sup>95</sup> NAHE-ZEITUNG, 10. Juni 1995: „Keiner wird entlassen / Nach dem Feuer läuft die Produktion bei Ger. Schmidt weiter“

<sup>96</sup> NAHE-ZEITUNG, 19. Oktober 1991

<sup>97</sup> NAHE-ZEITUNG, 25. September 1991

<sup>98</sup> NAHE-ZEITUNG, 7. Februar 1992

<sup>99</sup> NAHE-ZEITUNG, 3. August 1995: „Gutachter im Streit um Nahewiesen eingeschaltet / Bedenken ausgeräumt“

<sup>100</sup> Vgl. u. a. NAHE-ZEITUNG 11., 14., 15., 17., 28. und 30. August 1995

<sup>101</sup> NAHE-ZEITUNG, 24. August 2000, 31. Oktober 2002, 18. Mai 2004

<sup>102</sup> Die Brandruine des Stammsitzes der Firma in der Austraße (einschließlich des markanten Schornsteins) wurde im Laufe des Jahres 1997 abgerissen. Seither dürfen in diesem Teil Obersteins nur noch Dienstleistungsbetriebe angesiedelt werden. Vgl.

Der „klassische Zielkonflikt“ brach auch später immer wieder auf – nicht nur als die Firma Gebr. Schmid, die mit der Spezialisierung auf Spritz-Druckguss-Erzeugnisse erfolgreich expandiert hatte, 1998 einen Bedarf an Erweiterungsflächen anmeldete<sup>103</sup> und am östlichen Ufer des Ringelbaches<sup>104</sup> Platz für einen Erweiterungsbau erhielt. Die Straße Michelswiese – in der außer den beiden Baukomplexen von Gebr. Schmidt nur noch ein Supermarkt liegt – geht jetzt ohne weitere Bebauung nach NO in die Industriestraße über, die das Georg-Weierbacher Gewerbegebiet „Am Kreuz“ erschließt.

Ein anderer Konflikt, der nicht spezifisch für Idar-Oberstein ist, sondern in sehr vielen deutschen Städten ein Problem darstellt, ist der zwischen „Grüner Wiese und City“. Ein im Auftrag des Stadtmarketing-Vereins von der Fachhochschule Worms erstelltes Gutachten<sup>105</sup> führte zwar eine Reihe von Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der „Einkauf-Städte“ Idar und Oberstein auf (u. a. Angleichung der Öffnungszeiten aller Geschäfte, keine Schließung über Mittag, verbesserte Schaufenstergestaltung), warnte aber auch vor weiterer Expansion am Stadtrand – Ausnahmen sollte es nur geben für Geschäfte mit großem Platzbedarf zur Präsentation ihres Angebotes – wie etwa Möbelgeschäfte. In der Folge entbrannte eine z. T. erbitterte Diskussion über die Frage, ob und wie viele Geschäfte mit „innenstadtrelevantem“ Sortiment im Gewerbepark Nahetal zugelassen werden sollten. Insbesondere schieden sich die Geister am Bau eines „Fachmarktzentrums“, das neben dem „Kernstück“ Media-Markt auch Verkaufsflächen für Schuhe und Bekleidung bieten sollte.<sup>106</sup> Am Ende stand eine einstimmig vom Stadtrat beschlossene Liste von „zentrenrelevanten Sortimenten“ die bei der Bauleitplanung berücksichtigt werden sollte. Ein Stadtratsmitglied fühlte sich dabei „an das berühmte Rennen zwischen Hase und Igel erinnert. Denn vieles von dem, was künftig verhindert werden soll, sei im Gewerbepark bereits vorhanden.“<sup>107</sup>

Mittlerweile ist der „Gewerbepark Nahetal“ weitgehend bebaut, und zwar neben der Messehalle (s. u.) hauptsächlich mit Dienstleistungs-, aber auch mit großflächigen Einzelhandelsbetrieben, wie sie typisch sind für Stadtränder entlang der großen Ausfallstraßen – sie halten Kauf- (und Steuer-) Kraft in der Stadt, entziehen sie aber der inneren Stadt mit ihren zwangsläufig kleineren Verkaufsflächen.<sup>108</sup> Das Gewerbegebiet „Am Kreuz“ zwischen der Michelswiese und dem Südwestrand von Georg-Weierbach weist dagegen mehr Produktionsbetriebe auf – vor allem Zulieferer für die Automobilindustrie, aber auch Galvanisierbetriebe, Hersteller von Laborgeräten, Elektroanlagen und – in der Tradition der alten Obersteiner Industrie – von Medaillen, Plaketten, Schlüsselanhängern usw. in Stanz- und Prägetechnik, sowie schließlich von... Karnevals- und Halloween-Masken und -Kostümen. Die meisten der hier angesiedelten Betriebe sind aus schon zuvor im „alten“ Idar-Oberstein ansässigen, in der Weimarer Zeit oder in den 1950er Jahren gegründeten Betrieben hervorgegangen.

### *Kommunalpolitische Entwicklungen*

Am 28. Februar 2001 endete die Amtszeit von Oberbürgermeister Dickenschied, und im August 1999 gab er bekannt, dass er aus Altersgründen nicht noch einmal antreten wolle.<sup>109</sup> Die Wahl des Nachfolgers musste gemäß der Gemeindeordnung zwischen dem 1. 6. und dem 30. 11. 2000 durchgeführt werden, und zwar erstmals in einer Urwahl direkt durch die Bürgerinnen und Bürger statt wie bisher indirekt durch den Stadtrat. Vor der Wahl am 4. Juni 2000 präsentierte die Nahe-Zeitung ihren Lesern die Meinungen der fünf Kandidaten (jeweils aufgestellt von den im Stadtrat vertreten Parteien und Wählervereinigungen) zu den kommunalpolitischen Aufgaben der nächsten Jahre: Der Katalog umfasste u. a. die Verkehrsanbindung und Entwicklung des Gewerbeparks in Nahbollenbach, die Forderung der Jugendlichen nach einem Jugendzentrum, die städtebauliche und wirtschaftliche Entwicklung der „Kernstadt“,

---

NAHE-ZEITUNG, 31. Januar 1997. – Der psychisch gestörte, unter Angst-Attacken leidende Brandstifter wurde im Juni 1997 zu vier Jahren Haft verurteilt.

<sup>103</sup> NAHE-ZEITUNG, 10. Juni 1998

<sup>104</sup> Der Bach mündet, von Norden kommend, etwas oberhalb von Gerg-Weierbach in die Nahe

<sup>105</sup> Vgl. NAHE-ZEITUNG, 8., 9., 13. und 15. Februar 2002

<sup>106</sup> Vgl. NAHE-ZEITUNG, 26. September und 4. Oktober 2003, 27., 28., 30. und 31. Januar, 18. und 25. Februar 2004

<sup>107</sup> „Stadtrat beschließt ‚Tabu-Liste‘“, Nahe-Zeitung, 20. Dezember 2005. Die Liste umfasst 35 Positionen von Bekleidung über Bücher, Haushaltswaren, Kosmetika, Musikalien, Optik, Schmuck und Spielwaren bis Zeitungen.

<sup>108</sup> ...und werden vermutlich auch verhindern, dass die leerstehenden Gebäude von ehemals Karstadt/Hertie und C&A in absehbarer Zukunft neue Nutzer finden werden.

<sup>109</sup> NAHE-ZEITUNG, 24. August 1999

das Verhältnis der Stadt zu den „neuen“ (seit der Verwaltungsreform) Stadtteilen, die Zukunft der städtischen Schwimmbäder und die Förderung des Tourismus.

Der erste Wahlgang am 4. 6. brachte keinem der fünf Kandidaten die absolute Mehrheit; am 18. 6. folgte die Stichwahl zwischen den beiden Erstplatzierten, die Hans-Jürgen Machwirth (CDU) mit 56,4% der abgegebenen Stimmen vor Rainer Luthmann (SPD) mit 43,6% gewann. Die Wahlbeteiligung war mit 42,2% ziemlich gering.

Die Amtszeit eines Oberbürgermeisters endet nach acht Jahren oder mit dem Erreichen der Altersgrenze von 68 Jahren; im Februar 2007 erreichte Hans-Jürgen Machwirth dieses Alter. Sein Nachfolger Bruno Zimmer (SPD), im November 2006 mit 50,9% der Stimmen gewählt, trat am 1. März 2007 das Amt an. Bei der Wahl im Oktober 2014 kandidierte er für eine zweite Amtszeit, unterlag aber in der Stichwahl; der CDU-Kandidat Frank Frühauf gewann mit einer hauchdünnen Mehrheit von 24 Stimmen. Die Wahlbeteiligung war im zweiten Wahlgang auf ganze 35,6% gesunken.<sup>110</sup>

Alle jeweils neu gewählten Oberbürgermeister waren zuvor Bürgermeister oder Beigeordnete und damit Bestandteil einer – sei es formellen, sei es nur faktischen – Großen Koalition gewesen. Angesichts leerer Kassen und infolgedessen geringem Gestaltungsspielraum war das vielleicht unvermeidlich, es verwischte aber die Unterschiede zwischen den Parteien, so dass manche Wählerin, mancher Wähler nicht mehr recht sehen konnte, was bei einer Wahl eigentlich zu entscheiden war.

Die Stadtratswahlen 2004 zeigten eine Art Oberbürgermeister-Bonus für die CDU und brachten einen Abgeordneten für die rechtspopulistischen „Republikaner“. Der Kommentator der Nahe-Zeitung hatte wohl recht, wenn er von Protest sprach: „Die Eingleisigkeit der Kommunalpolitik...das Ausbleiben scharfer Debatten und neuer Ideen führt dazu, dass die Menschen zwischen Liste A und Liste B nicht mehr zu unterscheiden wissen... Wären...von den beiden Großen nur ein paar Positionen mehr kontrovers besetzt worden, hätten nur ein paar hundert Leute mehr zum Wahlgang motiviert werden können, wäre der Stadt Idar-Oberstein dieses Schreckgespenst erspart geblieben.“<sup>111</sup>

Stadtratswahl 2004	40 Sitze
SPD	13
CDU	16
FDP	3
Freie Liste	3
LUB	2
Grüne	2
Rep	1

Stadtratswahl 2009	40 Sitze
SPD	12
CDU	11
FDP	7
Freie Liste	3
LUB	3
Grüne	2
Die Linke	2

Stadtratswahl 2014	40 Sitze
SPD	14
CDU	13
FDP	4
Freie Liste	2
LUB	3
Grüne	2
Die Linke	2

Der Unterschied zwischen „alten“ und (eigentlich nicht mehr so ganz) „neuen“ Stadtteilen wird bis heute an der Ausgestaltung des ÖPNV deutlich: Die sieben Buslinien der OIE bzw. VIO bieten vom zentralen Busbahnhof auf dem Bahnhofsvorplatz Verbindungen nach Tiefenstein, nach Algenrodt, nach Götschied, auf die Hohl, auf die Struth bzw. zum Friedhof Almerich und durchs Vollmersbachtal bis Regulshausen – Enzweiler, Hammerstein, Weierbach und das Bollenachtal werden von der DB-Tochter ORN (Omnibusverkehr Rhein-Nahe) bedient. Die VIO fährt werktags zwischen ca. 6.<sup>00</sup> und ca. 19.<sup>00</sup> halbstündlich (auf der Strecke über den Rilchenberg und dem Abschnitt Alexanderplatz – Tiefenstein meist nur stündlich). Die ORN-Verbindungen sind nicht getaktet und konzentrieren sich auf die Zeit des Berufs- und Schulverkehrs.<sup>112</sup> Immerhin gilt aber ein gemeinsamer Tarif für alle Verkehrsmittel und -linien, da Idar-Oberstein seit August 1999 zum Rhein-Nahe-Nahverkehrsverbund (RNN) gehört. – Der Feststellung im „Leitbild“ (s. u.) von 2003 „Die Stadt verfügt über eine gute Versorgung beim ÖPNV“, wird möglicherweise nicht jeder wartende Fahrgast zustimmen.

Mit Wirkung vom 1. Juli 2002 löste die Stadt den Verkehrs-Vertrag<sup>113</sup> mit der Oberstein-Idarer Elektrizitätsgesellschaft, die von 1900 bis 1956 die Straßenbahn (s. o. S. 69), von 1932 – 1969 die O-Busse (s. o. S. 92) und seit 1945 Busse mit Verbrennungsmotor (s. o. S. 153) betrieben hatte, und schloss mit der neu

<sup>110</sup> PA-IO, 12. Oktober 2014

<sup>111</sup> Stefan Conradt: „Jeder verdient den König, den er hat.“ NAHE-ZEITUNG, 16. Juni 2004

<sup>112</sup> Die Angaben beruhen auf dem „Bus- und Bahnfahrplan Region Birkenfeld / Idar-Oberstein“ für 2017

<sup>113</sup> NAHE-ZEITUNG, 31. Mai 2002: „Nahtloser Übergang ist versprochen“

gegründeten Verkehrsgesellschaft Idar-Oberstein (VIO<sup>114</sup>) einen Vertrag, der 2007 um weitere acht Jahre verlängert wurde.<sup>115</sup> Durch diese Privatisierung hoffte die Stadt, die jährlichen 1,28 Millionen Euro Verlustausgleich zu sparen.<sup>116</sup>

Der Bahnhof und der Bahnverkehr waren längere Zeit Anlass für Ärger: Die Beschwerden über die heruntergekommene, verschmutzte und stinkende Bahnhofshalle, das Fehlen von Service-Einrichtungen und Aufzügen zu den Bahnsteigen wurden der DB-Tochter „Station & Service“ immer wieder vorgetragen.<sup>117</sup> „Nach Jahren intensiver Verhandlungen mit der Bahn AG“<sup>118</sup> wurde im Februar 2007 endlich mit dem behindertengerechten Ausbau und der Renovierung der Halle begonnen, und am 28. Oktober 2008 konnte man erleichtert feststellen: „Aufzüge im Bahnhof laufen endlich,“<sup>119</sup> und am 4. Dezember war die „Sanierung des Bahnhofs...vorerst abgeschlossen.“<sup>120</sup> Besonders die Grafiken mit Idar-Obersteiner Sehenswürdigkeiten fanden viel Beifall.

Aber fortbestehende Mängel – u. a. an Service-Einrichtungen – brachten die Stadt dazu, die Sache in die eigenen Hände zu nehmen – seit dem 1. Juni 2015 ist sie Eigentümerin des Bahnhofsgebäudes. Die Toilettenanlagen wurden verbessert, und die „Lebenshilfe Obere Nahe“ richtete als Ersatz für den fehlenden Kiosk und die aufgegebene Bahnhofswirtschaft ein integratives Bistro ein, in dem Menschen mit und ohne Behinderung zusammenarbeiten.<sup>121</sup> Im gleichen Zusammenhang nahm man eine Neugestaltung des Willy-Brandt-Platzes und der Omnibusanlage in Angriff. Am „Tag der Städtebauförderung“, 7. Mai 2018 konnte man feststellen: „Der Bahnhof ist jetzt ein Schmuckstück.“<sup>122</sup>

Die DB AG setzte seit 1996 auf der Nahestrecke Neigetechnik-Triebwagen („pendolino“) ein, die un- ausgereift und störungsanfällig waren – erhebliche Verspätungen, z. T. Totalausfälle bereiteten den Reisenden von und nach Idar-Oberstein ständig Ärger. Seit September 2000 befuhren neuere Triebwagen die Strecke, die in den Stoßzeiten aber oft überfüllt waren, weil die DB nicht genug Fahrzeuge zur Verstärkung zur Verfügung hatte. Die Bahn entschuldigte sich und bemühte sich um Besserung.

Im Februar 2014 gewann die Regental-Bahn (Bestandteil der ‚Länderbahn‘, die heute unter dem Namen NETINERA GmbH zehn Schienenverkehrsgesellschaften in allen Teilen Deutschlands betreibt) unter dem Firmennamen „vlexx“ die Ausschreibung des „Zweckverbandes Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd“ für (u. a.) die Nahestrecke. Bei der Betriebsaufnahme im Dezember 2014 stellte sich allerdings heraus, dass vlexx sich übernommen hatte – es fehlten Lokführer. Es gab – wieder einmal – erhebliche Verspätungen und totale Zugausfälle. DB-Regio musste für mehrere Fahrten einspringen; erst im März lief der Betrieb einigermaßen normal.<sup>123</sup>

Im Laufe der Jahre 2000 – 2003 erarbeitete der 1999 gegründete Verein „Stadtmarketing Idar-Oberstein e.V.“ ein „Stadtleitbild“, das im März 2003 vom Stadtrat einstimmig verabschiedet, im Juli desselben Jahres im Stadttheater vorgestellt<sup>124</sup> und auf einem 28-seitigen Flyer<sup>125</sup> veröffentlicht wurde. (Später folgten Leitbild-Ausarbeitungen zu verschiedenen Einzelthemen). Ziel war „die Profilierung von Idar-Oberstein zu dem attraktiven und vitalen Einkaufszentrum an der oberen Nahe, was zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Struktur und einer Senkung der Arbeitslosigkeit führen soll.“ Dabei ging es einerseits darum, die „Marke ‚Schmuck und Edelsteine‘“ herauszustellen, um den Tourismus, die Messe und die beiden Innenstädte als Einkaufsziele zu beleben.

Andererseits sollte evtl. ansiedlungswilligen Firmen vermittelt werden, dass die Wirtschaftsstruktur der Stadt sich nicht in dieser „Marke“ erschöpfe, sondern auch sonst ein interessantes industrielles Umfeld existiere. Die metall- und kunststoffverarbeitende Industrie spiele eine wichtige Rolle; hinzu kämen „zu-

---

<sup>114</sup> Die Gesellschaft wurde gebildet aus dem Altenkirchener Busunternehmen Martin Becker und der deutsch-französischen Gesellschaft Rhenus-Keolis. NAHE-ZEITUNG, 27. April 2002

<sup>115</sup> PA-IO, 28. Juni 2007. – Auch heute betreibt die VIO die Idar-Obersteiner Stadtbusse.

<sup>116</sup> NAHE-ZEITUNG, 8. Juli 2002

<sup>117</sup> U. a. NAHE-ZEITUNG 12. 01. 2002, 19. 07.2003, 06.09. 2003, 19. 03. 2004

<sup>118</sup> PA-IO, 27. Februar 2007

<sup>119</sup> PA-IO, 28. Oktober 2008

<sup>120</sup> PA-IO, 4. Dezember 2008

<sup>121</sup> PA-IO, 26. und 29. Mai 2015

<sup>122</sup> PA-IO, 8. Mai 2018

<sup>123</sup> <https://de.wikipedia.org/wiki/Vlexx>, 7. Juli 2018

<sup>124</sup> NAHE-ZEITUNG, 25. Juni 2003

<sup>125</sup> Das Folgende und alle Zitate aus diesem Flyer

nehmend zukunftsorientierte Unternehmen aus den Bereichen der Laser-, Medizin- und Gentechnik,“ z. B. „das FEE – Forschungsinstitut für mineralische und metallische Werkstoffe Edelsteine/Edelmetalle – ... (und) die EUFETS AG... (mit) umfassendem Service in der Zell- und Gentherapie. Das Institut entstand als Forschungseinrichtung der in Idar-Oberstein ansässigen Klinik für Knochenmarktransplantation, die zu den führenden Einrichtungen ihrer Art in Europa gehört.“ (s. o. S. 156)

Für die Frage, ob ein Betrieb sich für eine Ansiedlung in der Stadt entschied, war neben rein wirtschaftlichen Bedingungen (Grundstückspreise, Lohnniveau, Verkehrsanbindung usw.) auch die Lebensqualität für die zuziehenden Mitarbeiter von Bedeutung: das örtliche Kulturangebot (etwa die Jazz-Tage, die Bluesnacht, die Schlosstage, die Existenz eines regelmäßig bespielten Theaters), das Bildungsangebot aller Stufen (von Vorschuleinrichtungen über allgemein- und berufsbildende Schulen bis zu Hochschulinstituten) und darüber hinaus allgemein die Qualität der kommunalen Daseinsvorsorge (z. B. im Gesundheitswesen und bei Angeboten für Jugendliche usw.) werden im Leitbild aufgeführt.

Alle diese Themen behandelte das „Leitbild“ in drei Schritten: „Auf diesen Stärken bauen wir auf:.../Das sind unsere Ziele:.../Wir wollen...“ Dabei fällt auf, dass im dritten Abschnitt oft von „fördern“, „verbessern“, „ausbauen“ oder „prüfen“ gesprochen wird, ohne *ganz* konkrete Einzelmaßnahmen zu nennen.

Konkret ging man gegen den schlechten Eindruck vor, den leere (Schau-)Fenster auf Passanten und Kunden machen können: Die Stadt richtete im Stadtentwicklungsamt eine Stelle für „Leerstandsmanagement“ ein, denn „nichts ist so abschreckend wie ein Haus, das fünf Jahre leer stand“, wie die zuständige Mitarbeiterin feststellte.<sup>126</sup> In leeren Schaufenstern konnten Künstlerinnen ihre Werke zeigen, und nirgendwo sieht man so schöne und besonders große Fotos von Idar-Oberstein und Umgebung wie an den Fenstern des ehemaligen Karstadt/Hertie-Kaufhauses. Dass Geschäfte länger leer standen, lag z. T. auch an der mangelnden Flexibilität der Hauseigentümer bei den Mietpreisen. Der Vorsitzende der IG (Interessengemeinschaft [des Einzelhandels] Idar-Oberstein) forderte die Eigentümer zum Umdenken auf: „Man sollte zumindest in den ersten Jahren bei jungen Unternehmen umsatzangepasste Mieten nehmen, damit diese überhaupt erstmal die Gelegenheit bekommen, die Sortimentsnischen zu besetzen.“<sup>127</sup>

Mit der vorzeitigen Bundestagsauflösung 2005 endete die Kanzlerschaft Gerhard Schröders und die Zeit der rot-grünen Koalition. Es begann die Kanzlerschaft von Angela Merkel – zunächst mit einer Großen Koalition, die der SPD gar nicht gut bekam, wie sich bei den Bundestagswahlen 2009 herausstellte. Die FDP gewann hinzu; aber auch ihr bekam die Koalition nicht. Die beiden nächsten und bisher letzten Bundestagswahlen zeigten immer deutlicher den Verlust der Bindungswirkung der sozialen Milieus und die Erosion der Volkspartei SPD. Rein rechnerisch vom Wahlergebnis gezwungen, kaum aus politischer Überzeugung, mussten wieder Große Koalitionen gebildet werden. Die sozialdemokratische Dominanz, die es in Idar-Oberstein gegeben hatte, schmolz, dem Bundestrend folgend, dahin.

<b>16. Bundestag 18. September 2005</b>	Idar-Oberstein	Rheinland-Pfalz	Bundesrepublik
Wahlbeteiligung	18.138	78,7 %	77,7 %
CDU/CSU	32,1 %	36,9 %	35,2 %
SPD	39,2 %	34,6 %	34,2 %
FDP	12,2 %	11,7 %	9,8 %
Grüne	5,0 %	7,3 %	8,1 %
Die Linke	7,8 %	5,6 %	8,7 %
NPD	1,5 %		1,6 %

<b>17. Bundestag 27. September 2009</b>	Idar-Oberstein	Rheinland-Pfalz	Bundesrepublik
Wahlbeteiligung	15.596	72,0 %	70,9 %
CDU/CSU	30,2 %	35,0 %	33,8 %
SPD	27,2 %	23,8 %	23,0 %
FDP	18,2 %	16,6 %	14,6 %

<sup>126</sup> „Managerin gegen Leerstand“, NAHE-ZEITUNG, 25. Oktober 2002

<sup>127</sup> NAHE-ZEITUNG, 7. März 2003

Grüne	6,7 %	9,7 %	10,7 %
Die Linke	13,7 %	9,4 %	11,9 %
NPD	1,2 %		1,5 %

<b>18. Bundestag 22. September 2013</b>	Idar-Oberstein	Rheinland-Pfalz	Bundesrepublik
Wahlbeteiligung	15.069	72,8 %	71,5 %
CDU/CSU	40,6 %	43,3 %	41,5 %
SPD	32,7 %	27,5 %	25,7 %
FDP	5,4 %	5,5 %	4,8 %
Grüne	5,0 %	7,6 %	8,4 %
Die Linke	6,9 %	5,4 %	8,6 %
AfD	4,7 %	4,8 %	4,7 %
NPD	1,2 %		1,3 %

<b>19. Bundestag 24. September 2017</b>	Idar-Oberstein	Rheinland-Pfalz	Bundesrepublik
Wahlbeteiligung	69,5 %	77,7 %	76,2 %
CDU/CSU	33,0 %	35,9 %	33,0 %
SPD	28,5 %	24,1 %	20,5%
FDP	9,7 %	10,4 %	10,7 %
Grüne	4,8 %	7,6 %	8,9 %
Linke	7,2 %	6,8 %	9,2 %
AfD	13,5 %	11,2 %	12,6 %

### *Der wirtschaftliche Wandel geht weiter*

Zu seinem 70. Geburtstag im Januar 1995 wurde Harald Fissler, Aufsichtsratsvorsitzender der Fissler GmbH aus der vierten Generation des Familienunternehmens, zum Ehrenbürger von Idar-Oberstein ernannt, zugleich bekam die zum Werk führende Straße am Idarbach den Namen Harald-Fissler-Straße<sup>128</sup> und im Mai desselben Jahres konnte die Fabrik ihr 150-jähriges Bestehen<sup>129</sup> feiern. Zu diesem Anlass übergab Fissler die Urkunde der nach ihm benannten Stiftung zur Förderung von „Erziehung, Volks- und Berufsbildung ...Kunst-, Kultur-, Heimat- und Denkmalpflege“ an Oberbürgermeister Dickenschied.<sup>130</sup> Im August 1995 erhielt Harald Fissler das Bundesverdienstkreuz.

Die aus einer 1845 gegründeten Klempnerei hervorgegangene Firma hatte sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts vom Handwerks- zum Industriebetrieb gewandelt, der 1885 seine erste Dampfmaschine einsetzte.<sup>131</sup> Berühmt wurde Fissler als Erfinder der „Gulaschkanone“ (fahrbare Feldküche) 1892, für die Entwicklung von Aluminiumtöpfen für Elektroherde, von Schnellkochtöpfen und Bierfässern aus Leichtmetall. Darüber hinaus erhielt die Firma zahlreiche weitere Patente. Im Jubiläumsjahr war Fissler mit knapp unter 1000 Beschäftigten der größte (zivile) Arbeitgeber an der oberen Nahe.<sup>132</sup> Dass ein Unternehmen 150 Jahre lang Kriege, Besatzungszeiten, Wirtschaftskrisen und die Folgen der Globalisierung bewältigt, ist nicht selbstverständlich, wie die Entwicklung der Obersteiner Metallindustrie gezeigt hatte (s. o. S. 162 f).

Da generell mit der Entwicklung der verschiedenartigsten, auch sehr harten, temperatur- und formbeständigen und im Spritz-Druckguss-Verfahren vielfältig formbaren Kunststoffe *Metall*teile in weiten Bereichen der Maschinen-, Fahrzeug- und Konsumgüterproduktion verdrängt wurden, konzentrierte sich die Idar-Obersteiner Metallverarbeitung am Ende auf relativ wenige, hochspezialisierte Betriebe der Stanz- und Prägetechnik und des Werkzeugmaschinenbaus. Der Ruf Idar-Obersteins als Stadt der Edel-

<sup>128</sup> PA-IO, 28. Januar 1995

<sup>129</sup> NAHE-ZEITUNG, 8. Dezember 1994

<sup>130</sup> NAHE-ZEITUNG, 27. Mai 1995

<sup>131</sup> BRANDT 1996, S. 147

<sup>132</sup> ebenda, S. 150

steine blieb, und so lag es nahe, unter dem Motto „Edle Steine – Edler Stahl“ die „Zugpferde“ Fissler und Schmuck-Gewerbe für die Stadt zusammenzuspannen.<sup>133</sup>

Wie sich der Strukturwandel nach dem Ende der Block-Konfrontation, den man allgemein als „Globalisierung“<sup>134</sup> zusammenfasst, auf eine Firma, auf die Arbeitsplätze und damit die Lebensumstände der in dieser Firma beschäftigten Menschen auswirken konnte, soll hier am in mancher Beziehung typischen Beispiel eines Idar-Obersteiner Betriebes gezeigt werden. Die erste und lange einzige „von außen“ angesiedelte (in Georg-Weierbach) Firma war schon 1971 der Automobilzulieferer YMOS,<sup>135</sup> der seit den 1990er Jahren vielfältige Umstrukturierungen und Besitzerwechsel durchmachte. 1995 wurde die zur YMOS-Gruppe gehörige veraltete Galvanisier-Anlage am Sitz der Firmenzentrale in Obersthausen<sup>136</sup> stillgelegt und im Werk in Georg-Weierbach neu gebaut – das brachte 100 zusätzliche Arbeitsplätze und sparte den Lkw-Transport von täglich bis zu 25 t gepressten Sanitär-Armaturen, die nun an Ort und Stelle weiterverarbeitet und veredelt werden konnten.<sup>137</sup> Aber im Jahre 1997 machten sich allgemeine wirtschaftliche Entwicklungen negativ bemerkbar: Die Flaute in der Bauindustrie verringerte die Nachfrage nach Sanitär-Armaturen, der Preisdruck seitens der Automobil-Konzerne verschlechterte die Rentabilität der Zuliefer-Betriebe. YMOS baute Stellen ab.<sup>138</sup> Im September desselben Jahres verkaufte YMOS seine komplette Kunststoffabteilung mit 130 Beschäftigten an den kanadischen Automobilzulieferer Magna; für die Arbeitnehmer änderte sich insofern wenig, als die Abteilung ohnehin ein eigenes Gebäude in Georg-Weierbach hatte.<sup>139</sup> Trotzdem tauchten Ende des Jahres Gerüchte über Schließung des Idar-Obersteiner Werks auf.<sup>140</sup> Tatsächlich verkaufte die YMOS-AG<sup>141</sup> im Mai 1998 ihren Metallbereich an eine britische Firma.<sup>142</sup> Zwar betraf dies das Werk an der Nahe mit dem Druckguss-Bereich nicht; beunruhigt war die – mittlerweile von 560 auf 300 Mitarbeiter reduzierte – Belegschaft dennoch. Und im November war es soweit: Das Druckguss-Werk wechselte den Besitzer, der sich zwar auch „Ymos Druckguss und Oberflächensysteme GmbH“ nannte, aber mit der AG sonst nichts zu tun hatte.<sup>143</sup> Der neue Chef stellte sich im Dezember seiner „motivierten Mannschaft“ vor und brachte mit Audi und VW zwei neue Kunden mit in der Hoffnung „möglichst schnell schwarze Zahlen zu erreichen.“<sup>144</sup> Im Juli 1999 hieß es: „Ziel erreicht: Ymos schreibt schwarze Zahlen.“<sup>145</sup> Nur stimmte das leider nicht; im Mai 2000 war klar, dass ein Verlust von 1,1 Millionen Mark eingefahren worden war, was den Betriebsrat an der Kompetenz der Geschäftsführung zweifeln ließ. Es musste Insolvenz beantragt werden.<sup>146</sup> Das Mainzer Wirtschaftsministerium verbreitete Optimismus,<sup>147</sup> Belegschaft und Betriebsrat waren skeptischer. Ein Grund für die Verluste war die hohe Ausschussrate, gegen die die Geschäftsführung nach Ansicht des Betriebsratsvorsitzenden „nie ernsthaft etwas unternommen“ habe, im Gegenteil sei auf „Vorschläge aus der Belegschaft, marode Werkzeuge zu erneuern oder die Abläufe... zu verbessern“ nie eingegangen worden.<sup>148</sup> „Der kleinere Teil“ des Betriebes – der Sanitärbereich – wurde im September von der Firma HDO übernommen; die Beschäftigten verzichteten zwangsweise auf das komplette Weihnachtsgeld und 20 Prozent vom Urlaubsgeld.<sup>149</sup> Die verbliebenen knapp 200 Arbeitnehmer mussten auch im Jahre 2001 mit der Verunsicherung unter Insolvenzverwaltung weitermachen. Im Mai 2002 fanden sich „zwei seriöse Interessenten“<sup>150</sup> Den

<sup>133</sup> NAHE-ZEITUNG, 17. September 1997

<sup>134</sup> Das *Wort* Globalisierung ist relativ neu; die *Sache* aber gerade für die Stadt der Edelsteine ein alter Hut – schon im vorletzten Jahrhundert reisten Kaufleute aus Idar und Oberstein nach Südamerika, Asien und Afrika zum Einkauf, setzten Goldschmiede, Uhrkettenfabrikanten usw. ihre Produkte weltweit ab.

<sup>135</sup> RAUSCHER/REDMER 2015, S. 72

<sup>136</sup> Kreis Offenbach in Hessen

<sup>137</sup> NAHE-ZEITUNG, 18. Februar 1995

<sup>138</sup> NAHE-ZEITUNG, 27. Mai 1997

<sup>139</sup> NAHE-ZEITUNG, 9. September 1997

<sup>140</sup> NAHE-ZEITUNG, 16. Dezember 1997

<sup>141</sup> Hauptaktionär der der Gesellschaft war der belgische „Stahlriese“ (Nahe-Zeitung) Cockerill Sambre.

<sup>142</sup> NAHE-ZEITUNG, 3. Mai 1998

<sup>143</sup> NAHE-ZEITUNG, 14. November 1998

<sup>144</sup> Nahe-Zeitung, 19. Dezember 1998

<sup>145</sup> NAHE-ZEITUNG, 21. Juli 1999

<sup>146</sup> NAHE-ZEITUNG, 26. Mai 2000

<sup>147</sup> NAHE-ZEITUNG, 27. Mai 2000: „Rettung der Ymos scheint in Sicht“

<sup>148</sup> NAHE-ZEITUNG, 31. Mai 2000: „Wut auf die Führung“

<sup>149</sup> NAHE-ZEITUNG, 19. September 2000

<sup>150</sup> NAHE-ZEITUNG, 29. Mai 2002

Zuschlag bekam HDO, die auch schon den Sanitärbereich übernommen hatte; im Januar 2003 war Y-MOS-HDO „fit für einen neuen Anlauf“,<sup>151</sup> „nur“ 37 der verbliebenen 142 Mitarbeiter mussten gehen.

Der Galvanisier-Betrieb der Firma allerdings geriet im Frühjahr unter so starken Konkurrenzdruck (u. a. aus China), dass die Alternative hieß: Schließen oder verkaufen. Das „Happyend“ brachte die Firma DECOMA, die für „ihre Produktion von Kühlgittern für die Automobilindustrie dringend eine Galvanik-Anlage suchte.“<sup>152</sup>

Im Mai 2011 musste die Ymos-Gruppe abermals Insolvenz anmelden, nach Ansicht eines leitenden Mitarbeiters wegen Mängeln im Qualitätsmanagement. Knapp 300 Arbeitsplätze standen auf dem Spiel. Doch im Jahr darauf, 2012, zeigte die polnische Boryszew-Gruppe, die 2011 bereits Standorte der Firma AKT (Altmärker-Kunststoff-Technik – u. a. in Gardelegen, Salzgitter, Prenzlau) übernommen hatte, Interesse an der Idar-Obersteiner Firma, in erster Linie wegen der bestehenden Lieferverträge mit mehreren Automobilherstellern. Werksleiter wurde der ehemalige Qualitätsmanager, der zuvor bereits aus Verärgerung gekündigt hatte<sup>153</sup> und dem es tatsächlich gelang, die Arbeitsplätze zu halten.

Das Schmuck- und Edelstein-Gewerbe arbeitete auf mehreren Feldern - Werbung, Marketing, Ausbildung, Forschung – an seiner Modernisierung. Die Gewerbetreibenden hatten schon früh erkannt, dass sie ihre Produkte ansprechend präsentieren mussten. Vom ersten Ausstellungsraum 1859 im Schulgebäude am Idarer Alexanderplatz über die „Gewerbehalle“ in der Dr.-Liesegang-Straße (1895) und das 1973 bezogene Börsenhochhaus wanderte die Sammlung schließlich 1996 in das repräsentative Gebäude „Purpers Schlösschen“.<sup>154</sup> Dabei hatte sich der Charakter der Sammlung im Laufe der Zeit verändert:<sup>155</sup> Handelte es sich anfangs um eine Art Leistungsschau mit dem Schwerpunkt auf dem handwerklichen Können und der Präsentation von besonders schönen Einzelstücken, so stand bei der Schau im Börsengebäude der ‚Glamour-Faktor‘ im Vordergrund – Arrangement und Beleuchtung, die Schau von Bergkristall-Nachschliffen historisch-berühmter Diamanten, Repliken von Kronjuwelen usw. sollten den Betrachter beeindrucken und verlocken. Diese Objekte gibt es auch am neuen Sitz, aber die Schau bietet zusätzlich Einblicke in die wissenschaftliche Mineralogie und Gemmologie und ist insgesamt wissenschaftlich-belehrender angelegt als ihre Vorläufer.

Die Anziehungskraft einer Messe hängt in erster Linie von den Anbietern und ihren Exponaten ab, dann aber auch von dem baulichen Rahmen, in dem sie stattfindet. Schon früh hatte die Stadt den südwestlichen Zipfel des Nahbollenbacher Depot-Geländes reserviert, und Anfang 2003 ging man an die Verwirklichung der „Multifunktionshalle“. In München, Bamberg und Pirmasens informierte man sich über bauliche und organisatorische Fragen,<sup>156</sup> im Frühjahr informierte die Messe- und Veranstaltung-GmbH Pirmasens (MVP), die als Betreiber der Intergem und der Halle vorgesehen war, die potentiellen Aussteller,<sup>157</sup> im Spätsommer 2005 war der 80-prozentige Landeszuschuss zu den Baukosten fest zugesagt, und im November verkündete der Landes-Innenminister: „Sie können morgen früh anfangen.“<sup>158</sup> Am 6. Oktober 2006, „am Intergem-Wochenende“, erfolgte der erste Spatenstich,<sup>159</sup> und schließlich konnte am 21./22. August 2009 mit offiziellen Reden, mit einer Modenschau, einem Frühschoppen, sportlichen Veranstaltungen und viel Musik Einweihung gefeiert werden,<sup>160</sup> wobei auch gleich die Multifunktionalität der Halle – streng genommen drei unterschiedlich miteinander kombinierbare Hallen - deutlich wurde.

---

<sup>151</sup> NAHE-ZEITUNG, 10. Januar 2003

<sup>152</sup> NAHE-ZEITUNG, 16. April 2003

<sup>153</sup> NAHE-ZEITUNG, 18. Mai 2013

<sup>154</sup> BRANDT 1997, S. 57 ff

<sup>155</sup> Das Folgende beruht auf den subjektiven Eindrücken, die ich bei mehreren Besuchen an allen Ausstellungsorten (außer dem allerersten natürlich) zwischen 1957 und 2017 gewonnen habe.

<sup>156</sup> NAHE-ZEITUNG, 3. Januar 2003

<sup>157</sup> NAHE-ZEITUNG, 22. März 2003

<sup>158</sup> NAHE-ZEITUNG, 7. November 2005

<sup>159</sup> Ausweislich des Fotos im PA-IO waren es allerdings sieben gleichzeitige Spatenstiche – durch den SPD-Fraktionsvorsitzenden, den Landrat, den Börsenpräsidenten, den Staatssekretär des Innenministeriums, die MVP-Geschäftsführerin, der Oberbürgermeister und der Bürgermeister.

<sup>160</sup> PA-IO, 14. und 25. September 2009



Seither fanden (und finden) in den Hallen Fach- und Publikumsmessen, die Idar-Obersteiner Wirtschaftstage, Parteitage, Verbandstagungen, der gemeinsame Neujahrsempfang von Stadt, Artillerieschule und Nahe-Zeitung und Konzerte statt. Seit 2016 schreibt die Messegesellschaft schwarze Zahlen.<sup>161</sup>

Die Messe Intergem entwickelte sich in den neuen Räumen erfolgreich, indem sie auch „zum Schmelztiegel der Innovation“<sup>162</sup> wurde. Neben der üblichen Messetätigkeit des Verkaufens und Kaufens – sowohl von fertigen Schmuckstücken an Juweliere und Facheinkäufer, als auch von Edelsteinen zur Verarbeitung an Goldschmiede und Schmuckdesigner – gibt es z. B. Ausstellungen von Arbeiten der Studenten und Absolventen des Studienganges Schmuckdesign der Hochschule Trier oder gemeinsame Präsentationen von jungen Designern, die sich die Kosten für den Messeauftritt teilen.

Die Überschrift dieses Abschnittes kann auch an seinem Ende stehen: der wirtschaftliche Wandel geht weiter, und zwar immer schneller. Die Wirkungen der Globalisierung und der Digitalisierung haben sich längst auch in Idar-Oberstein bemerkbar gemacht, und auch die Entwicklung von „Künstlicher Intelligenz“, die zurzeit in aller Munde ist, wird das tun, mit welchen Folgen auch immer. Die schon in der Einleitung (s. o. S. 7 f) zitierte Feststellung Kurt Beckers von der „Industrie als stadtbildende(m) Element“<sup>163</sup> gilt auch noch im 21. Jahrhundert. Man darf gespannt sein – und zuversichtlich, denn die Kombination von handwerklichem Können, Erfindergabe, unternehmendem Weitblick *und* sozialem Verantwortungsbewusstsein, die Idar, Oberstein und Idar-Oberstein bisher vorangebracht hat, ist noch immer vorhanden.

---

<sup>161</sup> PA-IO, 9. Mai 2017

<sup>162</sup> NAHE-ZEITUNG, 1. Oktober 2016

<sup>163</sup> BECKER 1978, S. 6

## *Zum Schluss*

Im Oktober 2008 feierte Idar-Oberstein seinen 75. Geburtstag. Am 22. September 1933 hatte die nationalsozialistische oldenburgische Landesregierung das Gesetz „betreffend die Vereinfachung und Verbilligung der öffentlichen Verwaltung“ verkündet, das am 1. Oktober in Kraft trat (s. o. S. 106 f) und die Städte Oberstein und Idar und die Gemeinde Algenrodt zur Stadt Idar-Oberstein zusammenfügte – ohne Beteiligung der Stadtparlamente.

Am 1. Oktober 2008 fand im Stadttheater der Festakt statt mit vierhundert Gästen. In seiner Begrüßung stellte Oberbürgermeister Bruno Zimmer die rhetorische Frage, ob es ohne diese Verfügung wohl zu der nun zu feiernden Vereinigung gekommen wäre,<sup>1</sup> und Hans Peter Brandt behandelte in seinem historischen Jubiläums-Vortrag<sup>2</sup> nicht nur die lange Geschichte vor der Vereinigung, sondern auch die „Eifersüchteleien“ zwischen den Schwesterstädten, die die kommunale Zusammenarbeit vor *und nach* der Vereinigung belastet hatten.

Am folgenden Tag wurde die Ausstellung „75 Jahre Idar-Oberstein“, die Stadtarchivar Manfred Rauscher konzipiert hatte, im Foyer der Stadtverwaltung eröffnet.<sup>3</sup> In seinem Einführungsreferat zeigte Rauscher, dass Kriege, Besatzungszeiten und Wirtschaftskrisen zwar oft Not und Elend mit sich gebracht hätten, dass es aber den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt immer wieder dank ihrer Zähigkeit gelungen sei, den schlechten Zeiten bessere folgen zu lassen – warum sollte das den gegenwärtigen Idar-Obersteinern nicht auch immer wieder gelingen?

Mit diesem, Vergangenheit und Zukunft gewissermaßen verknüpfenden, Gedanken möchte ich diese Geschichte Idar-Obersteins beenden. Denn es ist für einen Historiker schwierig, die Geschichte einer lebendigen, sich ständig weiter entwickelnden Institution (einer Stadt, eines Staates usw.) bis zur unmittelbaren Gegenwart fortzuschreiben. Er hat gelernt, ein Phänomen der Vergangenheit auf seine Ursachen und Folgen hin zu erforschen und seine Bedeutung im größeren historischen (politischen, sozialen, künstlerischen) Kontext zu analysieren. Er kann u. U. auch – mit der gebotenen Vorsicht – versuchen, ein gegenwärtiges Ereignis mit einem ähnlichen der Vergangenheit zu vergleichen, Analogien zu suchen und eventuell Schlussfolgerungen zu ziehen. Prognosen daraus ableiten... darf er nicht.

D. h.: Je näher die Erzählung dem Heute kommt, desto schwieriger ist es, Wichtiges von Unwichtigem zu scheiden. Was heute eine Kleinigkeit ist, kann morgen große Bedeutung gewinnen – was uns heute sehr bewegt, kann schon morgen vergessen sein. Der Leser dieser Geschichte wird sich darum sicher mehr als einmal fragen: Warum hat er *das* denn nicht berücksichtigt? Und, andersherum: Wieso geht er denn *darauf* so ausführlich ein?

Ich kann darauf nur antworten: Ich wusste es nicht besser, aber ich habe mich bemüht, die Geschichte der Stadt, die auch für mich persönlich wichtig war und ist, so „richtig“ wie möglich zu erzählen. Für die gewiss vorhandenen Fehler und Unzulänglichkeiten bitte ich die Leserin, den Leser um Nachsicht.

*Hamburg und Idar-Oberstein, Sommer 2018*  
*Udo Salomon*

---

<sup>1</sup> PA-IO, 2. Oktober 2008

<sup>2</sup> Zum Teil veröffentlicht im Heimatkalender 2008, S. 224 – 233 [BRANDT 2008]

<sup>3</sup> PA-IO, 7. Oktober 2008

## *A nhang*

### *A bkürzungsverzeichnis*

ACO	Athleten-Club Oberstein
ADAV	Allgemeiner Deutscher Arbeiter-Verein
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
ASV	All(gemeiner) Sportverein
AWO	Arbeiterwohlfahrt
BMI	Beirat für Migration und Integration
BVP	Bayerische Volkspartei
CDP	Christlich Demokratische Partei
CDU	Christlich Demokratische Union
CIC	Counter Intelligence Corps
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DB	Deutsche Bahn (ehem. Deutsche Bundesbahn)
DC	Deutsche Christen
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DP	Demokratische Partei
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DStP	Deutsche Staatspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
EK	Eisernes Kreuz
EUFETS	Europäisches Institut für Forschung und Entwicklung von Transplantationsstrategien
FC	Fußball-Club
FDP	Freie Demokratische Partei
FEE	Forschungsinstitut für mineralische und metallische Werkstoffe – Edelsteine/Edelmetalle
fl	Gulden ( <i>florin</i> )
FVP	Fortschrittliche Volkspartei
HCITR	Haute Commission Interalliée des Territoires Rhénans; ‚Hohe Interalliierte Rheinland-Kommission‘
HJ	Hitler-Jugend
hl.	heilig
IB	Internationaler Bund für Sozialarbeit
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
IR	Infanterie-Regiment
ITV	Idarer Turnverein
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LP	Liberale Partei
LT	Landtag
LUB	Liste Unabhängiger Bürger
MdR	Mitglied des Reichstages
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MVP	Messe- und Veranstaltungs-GmbH Pirmasens
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NN	Normal Null
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSKK	NS-Krafftfahr-Korps
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OAPEC	Organisation of Arab Petroleum Exporting Countries

OHL	Oberste Heeresleitung
OIE	Oberstein-Idarer Elektrizitäts-Gesellschaft
ÖPNV	Öffentlicher Personen-Nahverkehr
ORN	Omnibusverkehr Rhein-Nahe
ÖTV	Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
PG	Parteigenosse
RM	Reichsmark
RNN	Rhein-Nahe-Nahverkehrsverbund
RT	Reichstag
SA	Sturmabteilung
SC	Sportclub
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Spvg	Spielvereinigung, Sportvereinigung
SS	Schutzstaffel
SV	Sozialer Volksbund
SV	Sportverein
TeNo	Technische Nothilfe
THW	Technisches Hilfswerk
TuS	Turn- und Sportverein
TV	Turnverein
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VIO	Verkehrsgesellschaft Idar-Oberstein
ver.di	Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft
WEU	Westeuropäische Union
WHW	Winterhilfswerk
WRV	Weimarer Reichsverfassung
Z	Zentrum(spartei)

### *Literaturverzeichnis*

<b>Gebhardt</b>	Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte. Zehnte, völlig neu bearbeitete Auflage, Stuttgart 2001 ff
<b>Heimat</b>	Die Heimat. Zeitschrift für Heimatkunde im Landesteil Birkenfeld
<b>HKLB</b>	Heimatkalender des Landkreises Birkenfeld (seit 1991 nur: Heimatkalender)
<b>LMA</b>	Lexikon des Mittelalters. Bd. I – IX. München 2001
<b>LkVb</b>	Landeskundliche Vierteljahresblätter
<b>MhEKgRh</b>	Mitteilungshefte für Evangelische Kirchengeschichte des Rheinlandes
<b>MVHLB</b>	Mitteilungen des Vereins für Heimatkunde im Landesteil / Landkreis Birkenfeld
<b>PA-IO</b>	Pressearchive der Stadtverwaltung Idar-Oberstein
<b>SKB</b>	Schriftenreihe der Kreisvolkshochschule Birkenfeld
<b>StAIO</b>	Stadtarchiv Idar-Oberstein
<b>SVRhKG</b>	Schriftenreihe des Vereins für Rheinische Kirchengeschichte
<b>VfZ</b>	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

\*

**Allgemeiner Anzeiger**, Meisenheim

**Nahe-Zeitung**, Idar-Oberstein

\*

[ACO 1896] [www.acoberstein.de/index2-html](http://www.acoberstein.de/index2-html)

[ADAMS 1927] **Adams**, W.: Aus dem ehemaligen Kanton Herrstein. Nach den Aufzeichnungen des Maire Caesar zu Fischbach. MVHLB 3 /1927, S. 33 – 38 und 4 / 1928, S. 63 - 64

[ARNOLD 1986] **Arnold**, Hermann: Juden in der Pfalz. Vom Leben pfälzischer Juden. Landau 1986

[ARTILLERIESCHULE 2006] „50 Jahre **Artillerieschule**“ 10. September 2006. Festschrift, hg. v. Wolfgang Sudau, Redaktion Major Kasper. Idar-Oberstein 2006

- [ASV IDAR-OBBERSTEIN] [www.asv-idar-oberstein.com/allgemeines](http://www.asv-idar-oberstein.com/allgemeines)
- [BACH 1972] **Bach**, Dieter: Volksschule im Fürstentum Birkenfeld zur Oldenburger Zeit 1817 – 1861. Birkenfeld 1972 (=MVHLB Sonderband 19)
- [BALDES/WESSMER 1911] **Baldes**, Heinrich und P. Weißmer: Birkenfelder Heimatkunde. Geschichte des Landes. Birkenfeld 1911
- [BALDES 1917] **Baldes**, Heinrich: Die hundertjährige Geschichte des Fürstentums Birkenfeld. Zur Jahrhundertfeier 1917. Birkenfeld 1921 (= Birkenfelder Jahrbuch 1921)
- [BALDES 1923] **Baldes**, Heinrich: Geschichtliche Heimatkunde der Birkenfelder Landschaft. Von der Urzeit bis 1917. Reprint der Originalausgabe von 1923 mit einem Nachwort von H. Peter Brandt. Birkenfeld 1999
- [BAUGENOSSENSCHAFT 1996] **Obersteiner Baugenossenschaft eG** (Hg.): 100 Jahre Obersteiner Baugenossenschaft. Idar-Oberstein o. J. (1996)
- [BAUMGARTEN 1987] **Baumgarten**, Achim R.: Hexenwahn und Hexenverfolgung im Naheraum. Ein Beitrag zur Sozial- und Kulturgeschichte. Frankfurt a. M. 1987
- [BEAUPRÉ 2009] **Beaupré**, Nicolas: Das Trauma des großen Krieges 1918- 1932/33. (=Deutsch-Französische Geschichte VIII) Darmstadt 2009
- [BECKER 1961] **Becker**, Kurt: Wirtschafts- und Verkehrsgeschichte der oberen Nahe. In HEIMAT-CHRONIK S. 79 -222
- [BECKER 1978] **Becker**, Kurt: Industrie als stadtbildendes Element. Zur Geschichte der Stadt Idar-Oberstein. In: Idar-Oberstein. Frankfurt/M 1978, S. 6 – 10
- [BECKER 1982] **Becker**, Kurt: Die Idar-Obersteiner Industrie und die Gründung des Göttenbach-Gymnasiums. In: Kreisverwaltung Birkenfeld (Hg.): Die Gymnasien und Realschulen im Landkreis Birkenfeld. Birkenfeld 1982, S. 43 – 68
- [BENZ 2009] **Benz**, Wolfgang: Deutschland unter alliierter Besatzung 1945 – 1949. (= Gebhard<sup>10</sup> Band 22) Stuttgart 2009
- [BERGÉ 1965] **Bergé**, Ludwig: Idar-Oberstein in schwerer Zeit. Kommunale Bilder aus den Lebenserinnerungen des Stadtbürgermeisters Ludwig Berger. (= Idar-Oberstein, Stadtgeschichtliche Schriftenreihe Bd. 3) Idar-Oberstein 1965
- [BERGHAN 2003] **Berghan**, Volker: Das Kaiserreich 1871 – 1914. (=Gebhard<sup>10</sup> Bd. 16) Stuttgart 2003
- [BERNHARD 1990] **Bernhard**, Helmut: Die römische Geschichte in Rheinland-Pfalz. In: CÜPPERS 1990, S. 39 - 168
- [BIHL 1991] **Bihl**, Wolfdieter: Deutsche Quellen zur Geschichte des Ersten Weltkrieges. Darmstadt 1991
- [BLAICH 1985] **Blaich**, Fritz: Der Schwarze Freitag. Inflation und Weltwirtschaftskrise, München 1985.
- [BLOCH 1970] **Bloch**, Charles: Die SA und die Krise des NS-Regimes 1934. Frankfurt (Main) 1970
- [BÖCHER 2007] **Böcher**, Otto: Die Eberburg in Bad Münster am Stein. Köln 2007
- [BOHRER 1970] **Bohrer**, Werner: Idar-Oberstein. Seine Bedeutung im Landkreis und seine neue Struktur. In: HKLB 1970. S. 77 - 81
- [BOHRER 1986] **Bohrer**, Werner: Oberbürgermeister i. R. Hoberg feierte seinen 80.Geburtstag. In: KHLB 1986, S. 151 – 152
- [BOHRER 1988] **Bohrer**, Werner: Dr. Wilfried Wittmann †. In: HKLB 1988, S. 194 f
- [BOPPERT 1990] **Boppert**, Walburg: Die Anfänge des Christentums. In: CÜPPERS 1990, S. 233 – 257
- [BORCK 1997] **Borck**, Heinz-Günther (Hg.): Beiträge zu 50 Jahren Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz. (= Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz Band 73) Koblenz 1997
- [BRACHER 1978] **Bracher**, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtzerfalls in der Demokratie. (Erstmals 1955) Königsstein im Taunus / Düsseldorf 1978
- [BRANDENBURG 1985] **Brandenburg**, Hans-Christian: Gemeinden in der Entscheidung. Der Kirchenkampf 1933 – 1945 in den rheinischen Kreissynoden an Nahe und Glan. In: NORDEN 1985, S. 410 – 461
- [BRANDT 1972] **Brandt**, H(ans) Peter: Staatsräson oder pol. Überzeugung. Zur Geschichte der ersten höheren Lehranstalt in Idar 1850 – 1825. In: GÖTTENBACH 1972, S. 11 – 18
- [BRANDT 1978] **Brandt**, H(ans) Peter: Die Reformation in der Reichsherrschaft Oberstein. Idar-Oberstein 1978
- [BRANDT 1979] **Brandt**, H. Petrer: Umweltzerstörung durch Bauen – Ansätze für eine bedenkliche Entwicklung im Landkreis Birkenfeld. In: HKLB 1979, S. 63 - 73
- [BRANDT 1981] **Brandt**, H(ans) Peter: Eine offene Wunde im Herzen der Stadt. Die Idar-Obersteiner Nahehochstraße im Spiegel der überregionalen Presse 1980/81. Idar-Oberstein 1918
- [BRANDT 1984 a] **Brandt**, H(ans) Peter: Aus der Geschichte der Felsenkirche. In: Evangelische

- Kirchengemeinde Oberstein (Hg.): 500 Jahre Felsenkirche Oberstein 1484 - 1984. Idar-Oberstein 1984, S. 11 – 80
- [BRANDT 1984 b] **Brandt**, H(ans) Peter: 50 Jahre Idar-Oberstein. In: HKLB 1984, S. 62 - 67
- [BRANDT 1987 a] **Brandt**, H(ans) Peter: Der Landesteil Birkenfeld. In: **Eckhardt**, Alfred / **Schmidt**, Heinrich: Geschichte des Landes Oldenburg. Ein Handbuch. Oldenburg 1987, S. 591 - 636
- [BRANDT 1987 b] **Brandt**, H(ans) Peter: Von der oldenburgischen Provinz zum preußischen Landkreis Birkenfeld. Beiträge zum 50jährigen Kreisjubiläum. Idar-Oberstein 1987
- [BRANDT 1995] **Brandt**, H(ans) Peter (Hg.): Karl Nieten /Jakob Heep: Geheime Lageberichte aus dem Kreis Birkenfeld 1945 – 47. Quellentexte aus dem Landeshauptarchiv Koblenz. Birkenfeld 1995 (= SKB Bd. 30)
- [BRANDT 1996] **Brandt**, H(ans) Peter: 150 Jahre Fissler GmbH. In: HKLB 1996, S. 147 - 150
- [BRANDT 1997] **Brandt**, H(ans) Peter: Vom der ‚Industriehalle‘ zum Deutschen Edelsteinmuseum. In: HKLB 1997, S. 57 - 60
- [BRANDT 1998] **Brandt**, H[ans] Peter: Peter Drey – ein Obersteiner Gründervater. In: Festschrift zum 150jährigen Jubiläum des TV 1848 Oberstein. Idar-Oberstein 1998, S. 40 - 51
- [BRANDT 1999] **Brandt**, H(ans) Peter: Nachtrag zu Heinrich Baldes, Geschichtliche Heimatkunde des Birkenfelder Landes. In: BALDES 1923, S. 549 - 657
- [BRANDT 2000] **Brandt**, H(ans) Peter / **Stein**, Gerd (Hg.): Idar-Oberstein im Wandel der Zeit. Eine Bild- und Zeitdokumentation von 1945 bis zur Gegenwart. Idar-Oberstein 2000
- [BRANDT 2002 a] **Brandt** H(ans) Peter: Vormärz und 1848er Revolution in den Fürstnetütern Lichtenberg und Birkenfeld. In: VORMÄRZ 2002, S. 61 - 131
- [BRANDT 2002 b] **Brandt**, H(ans) Peter: Die Oldenburger Zeit im Birkenfelder Land. In: Landkreis Birkenfeld (Hg.): Das Oldenburgische Schloss Birkenfeld. Idar-Oberstein 2002, S. 18 – 29
- [BRANDT 2008] **Brandt**, H(ans) Peter: 75 Jahre Idar-Oberstein. Utopien, Träume und konkrete Pläne vor und nach der Vereinigung. In: HKLB 2008, S. 224 - 233
- [BRILL 1930] **Brill**, August: Die Mairie Oberstein 1813, 1814 und 1815 nach dem Correspondenzbuche der Mairie. MVHLB 4 /1930, S. 58 – 62, 1 / 1931 S. 1 – 5, 2 / 1931 S. 17 – 21 und 3 / 1931, S. 38 - 42
- [BRILL 1935] **Brill**, August: Idar. Aufsätze über Natur und Geschichte des Stadtteils und seine Umgebung. Idar-Oberstein o. J. (1935)
- [BROSZAT 1987] **Broszat**, Martin: Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik. München 1987
- [BROMMER 1985] **Brommer**, Peter (Hg.): Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz während der französischen Besatzung März 1945 bis August 1949. (= Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz Bd. 6) Mainz 1985
- [BRUMM] **Brumm**, Rudolf: Die Rhein-Nahe-Bahn Bingerbrück bis Neunkirchen. Bad Kreuznach 1987
- [BUTTERWECK 1976] **Butterweck**, Kurt: Die Nahebruderschaft. Kirchenkampf im südlichen Rheinland. In: MhEKgRh 25 (1976) S. 213 – 234
- [BÜTTNER 2010] **Büttner**, Ursule: Weimar – die überforderte Republik 1918 – 1933 (=Gebhard Bd. 18) Stuttgart 2010
- [CHRIST 1988] **Christ**, Karl: Geschichte der römischen Kaiserzeit von Augustus bis Konstantin. München 1988
- [CONRAD 1961] **Conrad**, Otto: Die Territorialgeschichte des Kreises Birkenfeld. In HEIMAT-CHRONIK S. 33 - 77
- [CONRADT CHRONIK] **Conradt**, Otto: Chronik der Stadt Idar-Oberstein. 1. 1933 – 1938; 2. 1939 – 1945. 3. 1945 – 1948. In: MAIS 2011. S. 232 - 312
- [CONRADT 1982] **Conradt**, Max: Die Zeitungen nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Das ist ein weites Feld. Festschrift für Walter Beyer. Birkenfeld 1982 (=MVHLB Sonderband 40)
- [CÜPPERS 1990] **Cüppers**, Heinz (Hg.): Die Römer in Rheinland-Pfalz. Stuttgart 1990
- [DEMEL 2005] **Demel**, Walter: Reich, Reformen und sozialer Wandel 1763 – 1806. (=Gebhardt<sup>10</sup>, Band 12) Stuttgart 2005
- [DENKMALTOPOGRAPHIE] **Weber-Karge**, Ulrike und Maria **Wenzel** (Bearb.): Kreis Birkenfeld. (=Denkmaltopographie der Bundesrepublik Deutschland – Kulturdenkmäler in Rheinland-Pfalz Band 11) Unter Mitwirkung von Hans Caspary, mit Beiträgen von Heinz Cüppers, Klaus Freckmann, Michael Wuttke. Worms 1993
- [DIEWALD-KERKMANN 1995] **Diewald-Kerkmann**, Gisela: Denunziantentum und Gestapo. Die freiwilligen ‚Helfer‘ aus der Bevölkerung. In: **Paul**, Gerhard /**Mallmann**, Klaus-Michael (Hg.): Die Gestapo – Mythos und Realität. Darmstadt 1995, S. 288 – 305,

- [DOKUMENTATION I] **Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz (Hg.):** Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Saarland von 1800 bis 1945 – Band 1: Die Juden in der französischen Zeit 1789/1801 bis 1814
- [DOTZAUER 2001] **Dotzauer**, Winfried: Geschichte des Nahe- Hunsrück-Raumes von den Anfängen bis zur Französischen Revolution. Stuttgart 2001
- [DUCKWITZ 1971] **Duckwitz**, Gert: Kleinstädte an Nahe, Glan und Aلسenz, ein historisch-geographischer, wirtschafts- und siedlungsgeographischer Beitrag zur regionalen Kulturlandschaftsforschung. Paderborn 1971
- [DUDA 1971] **Duda**, Brigitte: Die Organisation der evangelischen Kirchen des linken Rheinufer nach den Organischen Artikeln von 1802. Düsseldorf 1971 (=Schriftenreihe des Vereins für Rheinische Kirchengeschichte Nr. 40)
- [ECKHARDT 1987] **Eckhardt**, Albrecht: Der konstitutionelle Staat (1848 – 1918). In: **Eckhardt**, Alfred / **Schmidt**, Heinrich: Geschichte des Landes Oldenburg. Ein Handbuch. Oldenburg 1987, S. 333 - 402
- [ECKHARDT 2002] **Eckhardt**, Albrecht: Birkenfelder Abgeordnete als Volksvertreter ihres Fürstentums im Oldenburgischen Landtag 1848 – 1852. In: VORMÄRZ 2002, S. 133 - 160
- [EIDEN 1931] **Eiden** : Die Mairie Oberstein in den Jahren 1813 – 15. MVHLB 3 / 1931, S. 30 - 31
- [ERDMANN 1983] **Erdmann**, Karl Dietrich: Die Weimarer Republik. (= Gebhard<sup>9</sup>, Bd. 19) München 1983
- [FABRICIUS 1905] **Fabricius**, Wilhelm: Das Hochgericht auf der Heide. (Die Wildgrafschaft zwischen Oberstein, Meisenheim, Lauterecken und Kusel). In: Westdeutsche Zeitschrift für Geschichte und Kunst, XXIV / 1905, S. 101 ff
- [FALZ 1950] **Falz**, Ernst: Charivari. Skizzen aus der Idarer Schmuckstein-Industrie. Idar-Oberstein 1950
- [FELD 1972] **Feld**, Rudolf: Das Städtewesen des Hunsrück-Nahe-Raumes im Spätmittelalter und in der Frühneuzeit. Untersuchungen zu einer Städtelandschaft. Trier 1972
- [FELSENKIRCHE 1929] Die Obersteiner Felsenkirche. Festschrift für die Wiederweihe. Oberstein 1929
- [FELSENKIRCHE 1984] **Evangelische Kirchengemeinde Oberstein** (Hg.): 500 Jahre Felsenkirche Oberstein 1484 – 1984. Idar-Oberstein 1984
- [FOERSTER 1982 a] **Foerster**, Cornelia: Der Preß- und Vaterlandsverein von 1832/33. Sozialstruktur und Organisationsformen der bürgerlichen Bewegung in der Zeit des Hambacher Festes. Trier 1982
- [FOERSTER 1982 b] **Foerster**, Cornelia: Das Hambacher Fest: Höhepunkt einer demokratischen Massenbewegung in Deutschland. In: **Rothley**, Willi / **Geis**, Manfred: Schon pflanzen sie frech die Freiheitsbäume. 150 Jahre Hambacher Fest. Neustadt a. d. Weinstraße 1982
- [FRANZ 1966] **Franz**, Willy: Menschen unserer Heimat. Juden an der Nahe, im Westrich und am Glan. In: HKLB 1966, S. 85 - 103
- [FRANZ 1975] **Franz**, Günther: Staatsverfassungen. Eine Sammlung wichtiger Verfassungen der Vergangenheit und Gegenwart in Urtext und Übersetzung. Darmstadt 1975
- [FREI 1987] **Frei**, Norbert: Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 – 1945. München 1987
- [FREYTAG 2013] **Freytag**, Julian: „Es lebe der Kaiser!“ Birkenfelder Soldaten der napoleonischen Armee. In: MHVLB 87/ 2013, S. 163 - 198
- [FRIED 2008] **Fried**, Johannes: Das Mittelalter. Geschichte und Kultur. München 2008
- [FRIEDRICH 1983] **Friedrich**, Thomas (Hg.): Das Vorspiel. Die Bücherverbrennung am 10.Mai 1933: Verlauf, Folgen, Nachwirkungen. Eine Dokumentation. Berlin 1983
- [GALTUNG 1975] **Galtung**, Johan: Das Kriegssystem. In: Gantzel, Klaus Jürgen (Hg.): Herrschaft und Befreiung in der Weltgesellschaft. Frankfurt/New York 1975, S. 68 -114
- [GEDENKBUCH] **Mais**, Edgar (Hg.): Gedenkbuch für die Gefallenen und Vermissten der Stadt Idar-Oberstein im Zweiten Weltkrieg 1939 – 1945. Idar-Oberstein 1995
- [GOETZ /WELWEI 1995] **Goetz**, Hans-Werner, **Welwei**, Karl-Wilhelm (Hg.): Altes Germanien. Auszüge aus den antiken Quellen über die Germanen und ihre Beziehungen zum Römischen Reich. 2 Bde. Darmstadt 1995
- [GÖTTENBACH 1952] **Staatl. Naturw. Gymnasium Idar-Oberstein** (Hg.): 80 Jahre Göttenbach. Idar-Oberstein o. J. (1952)
- [GÖTTENBACH 1972] **Staatliches Göttenbach-Gymnasium** (Hg.): Zum 100jährigen Bestehen der „Göttenbach“ o. O., o. J. (Idar-Oberstein 1972)
- [GRAB 1973] **Grab**, Walter: Die Französische Revolution. Eine Dokumentation. München 1973
- [GRÜTTNER 2014] **Grüttner**, Michael: Das Dritte Reich 1933- 1939. (= Gebardt<sup>10</sup>, Bd.19) Stuttgart 2014

- [GÜNTHER 1987] **Günther**, Wolfgang: Freistaat und Land Oldenburg (1918 – 1946). In: **Eckhardt**, Alfred / **Schmidt**, Heinrich: Geschichte des Landes Oldenburg. Ein Handbuch. Oldenburg 1987, S. 403 – 489
- HAFFNER 1976] **Haffner**, Alfred: Die westliche Hunsrück-Eifel-Kultur. Berlin 1976
- [HAHN / BERDING 2010] **Hahn**, Hans-Werner und **Berding**, Helmut: Reform, Restauration und Revolution 1806 – 1848/49. (= Gebhardt<sup>10</sup>, Bd. 14) Stuttgart 2010
- [HAUBERT 1912] **Haubert**, Joseph: Die Herrschaft Oberstein an der Nahe, insbesondere ihre Verfassung, Verwaltung und wirtschaftlichen Zustände in 18. Jahrhundert. Oberstein 1912
- [HEIDERICH 2013] **Heiderich**, Freimut: Landesgeschichtliche Entwicklungen und Burgenbau an der oberen Nahe (13. und 14. Jahrhundert) in: MVHLB 87 / 2013, S. 23 - 110
- [HEIDRICH 1922] **Heidrich**, A : Die ortsgeschichtliche Bedeutung der alten Obersteiner Gerichtsbücher (1505 – 1796). In: Die Heimat. Zeitschrift für Heimatkunde im Landesteil Birkenfeld, 12 / 1922 und 1 / 1923
- [HEIL 1997] **Heil**, Peter: Staat und Kommunen 1945 – 1973. von der Integration zur Modernisierung der Verwaltung. In: BORCK 1997, S. 115 - 137
- [HEILIG 1929] **Heilig**, Wilhelm: Die bauliche Erneuerung. In: FELSENKIRCHE 1929, S. 59 - 65
- [HEIMATCHRONIK 1961] **Becker**, Kurt: (Hg.): Heimatchronik des Kreises Birkenfeld. Köln 1961.
- [HELMICH 1985] **Helmich**, Hans: Die Gemeinden Barmens im Kirchenkampf 1933 bis 1945. In: NORDEN 1985, S. 234 – 297
- [HENKE 1982] **Henke**, Klaus Dietmar: Politik der Widersprüche. Zur Charakteristik der französischen Militärregierung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg In: VfZ 30 (1982), Heft 3 S. 500 – 537
- [HENKE 1995] **Henke**, Klaus Dietmar: Die amerikanische Besetzung Deutschlands. München 1995
- [HERRMANN 1978] Geschichtliche Landeskunde des Saarlandes Bd. 1: Vom Faustkeil zum Förderturm. Hg. Von Kurt Hoppstädter und Hans-Walter Herrmann. Saarbrücken <sup>2</sup>1978
- [HERRMANN 1977] Geschichtliche Landeskunde des Saarlandes Bd. 2: Von der fränkischen Landnahme bis zum Ausbruch der Französischen Revolution. Hg. Von Kurt Hoppstädter (†) und Hans-Walter Herrmann. Saarbrücken 1977
- [HERRMANN KRIEG] **Herrmann**, Hans Walter: Der Dreißigjährige Krieg. In: HERRMANN 1978, 229 - 265
- [HERRMANN LOTHRINGEN] **Herrmann**, Hans-Walter: Das Herzogtum Lothringen. In: HERRMANN 1977, S. 170 – 226
- [HERMELINK 1950] **Hermelink**, Heinrich (Hg.): Kirche im Kampf. Dokumente des Widerstands und des Aufbaus in der Evangelischen Kirche Deutschlands von 1933 bis 1945. Tübingen/Stuttgart 1950
- [HEUSS 1987] **Heuß**. Alfred: Römische Geschichte. Darmstadt <sup>5</sup>1987
- [HEY 2013] **Hey**, Wolfgang: Der Dreißigjährige Krieg im Landkreis Birkenfeld. Birkenfeld 2013 (= MVHLB Sonderband 77)
- [HEYEN 1967] **Heyen**, Franz-Josef: Nationalsozialismus im Alltag. Quellen zur Geschichte des Nationalsozialismus im Raum Mainz – Koblenz – Trier. Boppard 1967
- [HEYEN 1984] **Heyen**, Franz-Josef (Hg.): Rheinland-Pfalz entsteht. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz. Boppard 1984
- [HIRCHE 1964] **Hirche**, Herbert: Landstraßen und Eisenbahnen im oberen Naheraum (1789 – 1914). Birkenfeld 1964 (= MVHLB Sonderheft 11)
- [HOBSBAWM 1999] **Hobsbawm**, Eric: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München <sup>2</sup>1999,
- [HOFMANN 1976] **Hofmann**, Hans Hubert (Hg.): Quellen zum Verfassungsorganismus des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Darmstadt 1976
- [HOHENSEE 1996] **Hohensee**, Jens: Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa. Stuttgart 1996
- [HÖLZLE 1978] **Hölzle**, Erwin: Quellen zur Entstehung des Ersten Weltkrieges. Internationale Dokumente 1901 – 1914. Darmstadt 1978
- [HONIG 1973] **Honig**, Christa: Die französische Verwaltung 1792 – 1797 im Gebiet des heutigen Kreises Birkenfeld unter besonderer Berücksichtigung der Wirkung auf die Bevölkerung im Gebiet des heutigen Landkreises Birkenfeld. Birkenfeld o. J. (1973) (=MVHLB Sonderheft 23)
- [HONIG 1980] **Honig**, Heinrich: Die Anfänge der Evangelischen Kirche im Fürstentum Birkenfeld. In: MVHLB 54/1980, S. 5 - 14



- [HUDEMANN 1984] **Hudemann**, Rainer: Zur Politik der französischen Besatzungsmacht. In HEYEN 1984, S. 31 – 58
- [ITV 1873] [www.idarer-tv.de/index.php/verein/vereinschronik](http://www.idarer-tv.de/index.php/verein/vereinschronik)
- [JAHRESBERICHT 1949] **Industrie- und Handelskammer** Koblenz, Außenstelle Idar-Oberstein: Jahresbericht 1949. StAIO 2b/IB/Nr. 128
- [JAHRESBERICHT 1950] **Industrie- und Handelskammer** Koblenz, Außenstelle Idar-Oberstein: Jahresbericht 1950. StAIO 2b/IB/Nr. 139
- [JÜRGENSMEIER 1988] **Jürgensmeier**, Friedhelm: Das Bistum Mainz. Von der Römerzeit bis zum II. Vatikanischen Konzil. Mainz 1988
- [KAACK 1971] **Kaack**, Heino: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems. Opladen 1971
- [KASPER-HOLTKOTTE 1996] **Kasper-Holtkotte**, Cilli: Juden im Aufbruch. Zur Sozialgeschichte einer Minderheit im Saar-Mosel-Raum um 1800. Hannover 1996
- [KATALOG] **Birkenfeld**. Sammlung des Vereins für Altertumskunde im Fürstentum Birkenfeld, bearbeitet von Prof. Heinrich Baldes, Oberlehrer am Gymnasium zu Birkenfeld und Dr. Gustav Behrens, Assistent am Römisch-Germanischen Central-Museum zu Mainz.. Frankfurt a. M. 1914
- [KILIAN 1961] **Kilian**, Lothar: Die Vorzeit im Lichte der Bodenfunde. In HEIMATCHRONIK 1961 S. 7 – 32
- [KLAR 1974] **Klar**, Hugo: Aufsätze zur Heimatkunde des Landkreises Birkenfeld Bd. II. Birkenfeld o. J. (1974) (= MVHLB Sonderheft 24)
- [KLAR 30-j. Krieg] **Klar**, Hugo: Der dreißigjährige Krieg im Birkenfelder Land. In: KLAR 1974, S. 133 – 156
- [KLAR 1978] **Klar**, Hugo: Geschichtliche Grundlagen des Landkreises Birkenfeld. Sonderdruck aus: Die Landkreise in Rheinland-Pfalz – Band 7. Kreisbeschreibung des Landkreises Birkenfeld. Hg. Von der Kreisverwaltung Birkenfeld 1978
- [KLEINE 2015] **Kleine**, Lars: Idar-Oberstein 75 Jahre Garnisonsstadt. [artilleriekunde.de/index.php/idar-oberstein?showall=&limitstart=](http://artilleriekunde.de/index.php/idar-oberstein?showall=&limitstart=) Zugriff 31. 3. 2017
- [KOCH 1989] **Koch**, Rainer (Hg.): Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49. Ein Handlexikon der Abgeordneten der deutschen verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Kelkheim 1989
- [KÖHLER 1999] **Köhler**, Alfred: Karl V. 1500 – 1558. Eine Biographie. München 1999
- [KÖHLER 1989] **Köhler**, Henning: Französische Besatzungspolitik 1918 – 1923. in: Hüttenberger / Molitor: Franzosen am Rhein 1789 – 1918 – 1945. Essen 1989
- [KOLB 1978] **Kolb**, Eberhard: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik. Erweiterte Ausgabe Frankfurt/M – Berlin – Wien 1978
- [KÖNIG 1995] **König**, Jürgen: Der Hunsrück in der französischen Zeit (1789/94 – 1814). Unter besonderer Berücksichtigung der drei Kantone Simmern – Kirchberg – Kastellaun. Mainz u. Darmstadt 1995 (= Schriftenreihe des Hunsrücker Geschichtsvereins Nr. 23)
- [KREISVERWALTUNG 1955] **Verwaltungsbericht** der Kreisverwaltung Birkenfeld 1950 -1955. Mit Zustimmung des Kreisausschusses herausgegeben von Landrat Jakob Heep †. Birkenfeld 1955
- [KRÜGER 1993], **Krüger**, Peter: Versailles. Deutsche Außenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung. München 2 1993
- [KRUMEICH 2001] **Krumeich**, Gerd: Versailles 1919. Der Krieg in den Köpfen. In: Ders. (Hg.): Versailles 1919. Ziele - Wirkung – Wahrnehmung. Essen 2001
- [LANZINNER 2001] **Lanzinner**, Maximilian: Konfessionelles Zeitalter 1555 – 1618. (= Gebhardt<sup>10</sup>. Bd. 10, Stuttgart 2001
- [LEWIN 1927] **Lewin**, Alex: Zur Geschichte der Juden in der Herrschaft Oberstein. (ursprünglich Idarer Anzeiger, 19. 3. 1927) Nachdruck in: HKLB 2004, S. 192 - 196
- [LEYSER 1853] **Leyser** (Johann Jacob): Zur Geschichte und Kunde des ehemaligen Nahe-Gaues. Birkenfeld 1853
- [LOCH 1929] **Loch**, Alfred: Aus der Geschichte der Felsenkirche und ihrer Gemeinde. In: FELSCHKIRCHE 1929, S. 28 – 58
- [LOCH 1995] **Loch**, Kerstin: Die Verwaltung in Idar-Oberstein zur Zeit der französischen Herrschaft (1798 – 1814) Staatsexamensarbeit Johannes-Gutenberg-Universität Mains 1995. Masch. Idar-Oberstein 1995
- [LORENZ 1991] **Lorenz**, Gottfried (Hg.): Quellen zur Vorgeschichte und zu den Anfängen der Dreißigjährigen Kriege. Darmstadt 1991
- [LÜDICKE 1907] **Lüdicke**, Reinhard: Die Sammelprivilegien Karls IV. für die Erzbischöfe von Trier. In: Neues Archiv der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde 33/ 1907, S. 345 - 398
- [LUEG 1921] **Lueg**, Wilhelm: Chronik der Stadt Oberstein. Oberstein a. d. Nahe 2 1921
- [MAIS 1985 a] **Mais**, Edgar: Ende und Anfang 1945. Die Kriegs- und Nachkriegszeit des Jahres 1945 im

- Kreis Birkenfeld. Birkenfeld 1985. (= MVHKB Sonderheft 48)
- [MAIS 1985 b] **Mais**, Edgar: Das Internierungslager Algenrodt. In: HKLB 1985, S. 179 - 185
- [MAIS 1988] **Mais**, Edgar: die Verfolgung der Juden in den Landkreisen Kreuznach und Birkenfeld. (=Heimatkundliche Schriftenreihe des Landkreises Bad Kreuznach Bd. 24) Bad Kreuznach 1988
- [MAIS 2009] **Mais**, Edgar: Deutschland unter der NS-Diktatur – auch im Birkenfelder Land. Birkenfeld 2009
- [MAIS 2011] **Mais**, Edgar: Idar-Oberstein im Dritten Reich. Unter Mitwirkung von Stadtarchivar Manfred Rauscher. Idar-Oberstein 2011
- [MASSING 1986] **Massing**, Paul W.: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus. Frankfurt/M. 1986.- Das Buch ist erstmals 1949 unter dem Titel "Rehearsal for Destruction" in New York erschienen.
- [MEIGEN 1986] **Meigen**, Dorothee: Zur Geschichte der Juden in Idar-Oberstein. (= SKB Bd. 17) Birkenfeld 1986
- [MICHELS 1985] **Michels**, Willi K.: Die Heimat in Scherben. Kriegsende an Rhein und Mosel 1945. Eine RZ-Dokumentation. Koblenz 1985
- [MÖHLER 1992] **Möhler**, Rainer: Entnazifizierung in Rheinland-Pfalz und im Saarland unter französischer Besatzung von 1945 bis 1952. (= Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz Band 17) Mainz 1992
- [MÖHLER 1997] **Möhler**, Rainer: Politische Säuberung im Südwesten unter französischer Besatzung. In: **Düwell**, Kurt / **Matheus**, Michael (Hg.): Kriegsende und Neubeginn. Westdeutschland und Luxemburg zwischen 1944 und 1947. Stuttgart 1997, S. 175 - 191
- [MOHR 1983] **Mohr**, Michael: Der Raum Birkenfeld in den Jahren 1618 – 1684. Ereignisse und Auswirkungen des Dreißigjährigen Krieges. Birkenfeld 1983 (= SKB Bd. 5)
- [MOLITOR 1980] **Molitor**, Hansgeorg: Vom Untertan zum Administré. Studien zur französischen Herrschaft und zum Verhalten der Bevölkerung im Rhein-Mosel-Raum von den Revolutionskriegen bis zum Ende der napoleonischen Zeit. Wiesbaden 1980
- [MÖLLER 1994] **Möller**, Horst: Weimar. Die unvollendete Demokratie (= Deutsche Geschichte der neuesten Zeit 12) München 1994
- [MOMMSEN 2002] **Mommsen**, Wolfgang J.: Die Urkatastrophe Deutschlands. Der Erste Weltkrieg 1914 – 1918 (= Gebhardt Bd. 17) Stuttgart 2002
- [MOMMSEN 2004] **Mommsen**, Hans: Die politischen Folgen der Ruhrbesetzung. In: **Krumeich**, Gerd / **Schröder**, Joachim (Hg.): Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923. Essen 2004, S. 305 - 314
- [MRR] **Mittelrheinische Regesten** oder chronologische Zusammenstellung des Quellenmaterials für die Geschichte der Territorien der beiden Regierungsbezirke Koblenz und Trier in kurzen Auszügen bearb. Und hrsg. [von] Adam Goerz
- [MRUB] **Beyer / Eltester / Goerz**: Urkundenbuch zur Geschichte der jetzt die preußischen Regierungsbezirke Coblenz und Trier bildenden mittelrheinischen Territorien. Bd. I – III. (=Mittelrheinisches Urkundenbuch). Koblenz 1860 (Neudruck Scientia Aalen 2007)
- [MÜLLER 2004] **Müller**, Rolf-Dieter: Der Zweite Weltkrieg. (=Gebhardt Bd.21) Stuttgart 2004
- [NEUBACH 1997] **Neubach**, Helmut: Aufnahme, Eingliederung und Leistung der Vertriebenen. In: **BORCK**, 1997, S. 499 - 534
- [NORDEN 1984] **Norden**, Günter van: Der Kirchenkampf im Rheinland 1933 bis 1934. In: Ders. (Hg.): Kirchenkampf im Rheinland. Die Entstehung der Bekennenden Kirche und die Theologische Erklärung von Barmen 1934. Köln 1984 (SVRhKG 76)
- [NORDEN 1985] **Norden**, Günther van: (Hg.): Zwischen Bekenntnis und Anpassung. Aufsätze zum Kirchenkampf in rheinischen Gemeinden, in Kirche und Gesellschaft. (SVRhKG 84) Köln 1985
- [OBERMANN 1987] **Obermann**, Karl: Die Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung im Frühjahr 1848. Berlin 1987
- [OESTREICH 1983] **Oestreich**, Gerhard: Verfassungsgeschichte vom Ende des Mittelalters bis zum Ende des alten Reiches. München 1983
- [PAETZ 2013] **Paetz**, Bernd: Die große Herausforderung: Ein Projekt ohne Beispiel. In: Rheinzeitung, 26. September 1986. Wieder abgedruckt in: Zeitfenster, Koblenz 2013, S. 185 - 190
- [PALM 1990] **Palm**, Dirk: Die Aufnahme von Vertriebenen und Flüchtlingen im Landkreis Birkenfeld 1990 Birkenfeld nach dem Zweiten Weltkrieg. (= SKB Band 28)
- [PÖHLMANN 1921] **Pöhlmann**, Karl: Die Grafen von Veldenz. In: Heimatblatt für den Kreis Meisenheim und das untere Glantal I, 1921/22
- [PRANGE 1987] **Prange**, Wolfgang: Der Landesteil Lübeck. In: **Eckhardt**, Alfred / **Schmidt**, Heinrich: Geschichte des Landes Oldenburg. Ein Handbuch. Oldenburg 1987, S.549 – 590

- [RAUSCHER 1990] Rauscher, Manfred: Die Hohlkaserne. Zankapfel zwischen Kommune und Staat. In: MVHLB 64/1990, S. 251 – 262
- [RAUSCHER 2000] **Rauscher**, Manfred: Der Zeitraum 1945 – 1949 in Idar-Oberstein im Spiegel der im Stadtarchiv verwahrten Quellen **I**. In: MVHLB 74/2000, S. 279 - 304
- [RAUSCHER 2001] **Rauscher**, Manfred: Der Zeitraum... **II**. In: MVHLB 75/2001, S. 219 – 247
- [RAUSCHER 2002] **Rauscher**, Manfred: Der Zeitraum...**III** In: MVHLB, 76/2002 S. 139 – 154
- [RAUSCHER 2003] Rauscher, Manfred: Der Zeitraum... **IV** In: MVHLB 77/2003, S. 189 - 212
- [RAUSCHER 2004] Rauscher, Manfred: Der Zeitraum... **V** In: MVHLB 78/2004, S. 147 – 174
- [RAUSCHER 2005] Rauscher, Manfred: Der Zeitraum... **VI** In: MVHLB 79/2005, S. 123 – 149
- [RAUSCHER 2006 a] Rauscher, Manfred: Der Zeitraum... **VII** In: MVHLB 80/2006, S. 135 – 163
- [RAUSCHER 2006 b] **Rauscher**, Manfred: Idar-Oberstein auf alten Postkarten. Erfurt 2006
- [RAUSCHER 2007 a] Rauscher, Manfred: Der Zeitraum... **VIII** In: MVHLB 81/2007, S. 87 - 113
- [RAUSCHER 2007 b] **Rauscher**, Manfred: Die Idar-Obersteiner Tagespresse im Wandel der Zeit. In: MVHLB 81/2007, S. 115 - 121
- [RAUSCHER 2008] **Rauscher**, Manfred: 75 Jahre Stadt Idar-Oberstein. Vortrag bei der Eröffnung der Ausstellung zur 75-Jahr-Feier der Zusammenlegung beider Städte am 2. Oktober 2008. In: MAIS 2009, S. 102 – 106 sowie MAIS 2011, S. 372 – 376 in unterschiedlichen Auszügen
- [RAUSCHER 2009] **Rauscher**, Manfred. Eine Diktatur zwischen zwei demokratischen Epochen. Vortrag am 26. Mai 2009. In MAIS 2011, S. 376 . 387
- [RAUSCHER 2011] **Rauscher**, Manfred: Kriegsende und die Folgen. In: MAIS 2011, S. 165 - 181
- [RAUSCHER 2013] **Rauscher**, Manfred: Idar-Oberstein ist seit 75 Jahren Garnisonsstadt. In: HKLB 59/2014, S. 78 - 81
- [RAUSCHER 2014] **Rauscher**, Manfred: Die verschollene Stadtchronik. In: HKLB 60/2015, S. 204 – 210
- [RAUSCHER 2016] **Rauscher**, Manfred: Die Obersteiner Metallwarenindustrie unter der französischen Besatzung. In: HKLB 61/2016, S. 210 - 217
- [RAUSCHER/REDMER 2013] **Rauscher**, Manfred und Axel **Redmer**: Idar-Oberstein 1900 bis 1945. Eine illustrierte Stadtgeschichte. Erfurt 2013
- [RAUSCHER/REDMER 2015] **Rauscher**, Manfred und Axel **Redmer**: Idar-Oberstein. Illustrierte Stadtgeschichte 1945 – 2000. Erfurt 2015
- [REDLICH 1939] **Redlich**, Otto R.: Mülheim a. d. Ruhr. Seine Geschichte von den Anfängen bis zum Übergang an Preußen 1915. Mülheim 1939
- [REDMER/SCHÜBELIN 1978] **Redmer**, Axel und Heide **Schübelin**: Die Geschichte der Idar-Obersteiner Sozialdemokratie. Idar-Oberstein o. J. (1978)
- [REDMER 1987] **Redmer**, Axel: Wer draußen steht, sieht manches besser. Biographie der Reichstagsabgeordneten Emil Kirschmann. Birkenfeld 1987
- [REDMER 1992] **Redmer**, Axel: Glaube unterm Hakenkreuz. In: HKLB 1992, S. 124 - 126
- [REDMER 1993] **Redmer**, Axel: „Es sind nicht immer die Lauten stark...“ Aufsätze zur Heimatkunde des Landkreises Birkenfeld. Idar-Oberstein 1993
- [REDMER 2002] **Redmer**, Axel: Der verfassungsgeschichtliche Hintergrund der 1848/49er Ereignisse im Fürstentum Birkenfeld. In: VORMÄRZ 2002, S. 161 - 171
- [REDMER 2011 a] **Redmer**, Axel: Noch sind nicht alle Märze vorbei. Aufsätze zur Regionalgeschichte der oberen Nahe. Band 1. Birkenfeld 2011
- [REDMER 2011 b] **Redmer**, Axel: In uns brennt jede Wunde. Aufsätze zur Regionalgeschichte der oberen Nahe. Band 2 Birkenfeld 2011
- [REDMER 2013 a] **Redmer**, Axel: Mit „Hurra“ in den ersten Weltkrieg. Die Kriegervereine des Fürstentums Birkenfeld. In: MVHLB 87/ 2013, S. 199 – 224
- [REDMER 2013 b] Redmer, Axel: 120 Jahre SPD in Idar-Oberstein. In: Nahles, Andrea/Hendricks, Barbara (Hg.): Für Fortschritt und Gerechtigkeit. Eine Chronik der SD. Berlin 2013, S. 97 - 115
- [REIBEL 2007] **Reibel**, Carl-Wilhelm: Handbuch der Reichstagswahlen 1890 – 1918. Bündnisse - Ergebnisse – Kandidaten. Düsseldorf 2007
- [REICHARDT 2002] **Reichardt**, Sven: Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadismus und in der deutschen SA. Köln 2002
- [REINHARD 2001] **Reinhard**, Wolfgang: Reichsreform und Reformation 1495 – 1555. (= Gebhardt<sup>10</sup>. Band 9) Stuttgart 2001
- [RESMINI 1993] **Resmini**, Bertram: Lager der Besatzungsmächte in Rheinland-Pfalz. Kriegsgefangene, Internierte und Verschleppte im Rheinland nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 19 (1993), S. 601 – 621

- [REITENBACH 1966] **Reitenbach**, Albert: Schloß Oberstein als Festung Ludwigs XIV. um 1671 bis 1698. In: LkVb 12 /1966. S. 27 - 31
- [REITENBACH 1968] **Reitenbach**, Albert: Zur Gemeindeordnung von Oberstein aus dem Jahre 1597. In LkVb 14 /1968, S. 9 - 11
- [REITENBACH 1969] **Reitenbach**, Albert: Die Besitzveränderungen der beiden Obersteiner Burgen von 1802 bis 1856. In: MVHLB 32 /1969, S. 71 - 74
- [RIECKHOFF 2001] **Rieckhoff**, Sabine: Die Kelten in Deutschland – Kultur und Geschichte. Darmstadt 2001
- [RIEMER 2006] **Riemer**, Ulrike: Die römische Germanepolitik. Von Caesar bis Commodus. Darmstadt 2006
- [RIES1 982] **Ries**, Enno: Bildungsarbeit nach dem Kriege. In: Das ist ein weites Feld. Festschrift für Walter Beyer. Birkenfeld 1982 (=MVHLB Sonderband 40), S. 277 - 285
- [RÖGGERATH 1876] **Röggerath**, Gustav Adolph: Die Achatindustrie im Oldenburgischen Fürstentum Birkenfeld. Berlin 1876 (= Sammlung gemeinverständlicher wissenschaftlicher Vorträge. Serie 11, Nr. 264)
- [RUGE-SCHATZ 1977] **Ruge-Schatz**, Angelika: Um-erziehung und Schulpolitik in der französischen Besatzungszone 1945 – 1949. Frankfurt/M 1977
- [RUPPENTHAL 1985] **Ruppenthal**, Paul: Edelsteine – Handes und Industrie im Raum Isar-Oberstein 1923 – 1985. Idar-Oberstein 1985
- [SAARLAND 1977] **Hoppstädter**, Kurt und Hans-Walter **Hermann**: Geschichtliche Landeskunde des Saarlandes. Band 2: Von der fränkischen Landnahme bis zum ausbruch der französischen Revolution. Saarbrüchen 1977
- [SALOMON 2014] **Salomon**, Udo: Meisenheim 1914-1918. Kriegswahrnehmung und Alltag während des Ersten Weltkrieges. Meisenheimer Heft Nr. 41, Meisenheim 2014
- [SALOMON 2015] **Salomon**, Udo: Meisenheim. Eine kleine Stadt und ihre Bewohner in den Spannungsfeldern der europäischen Geschichte. Bad Kreuznach 2015
- [SCHLEMMER 2007] **Schlemmer**, Martin: „Los von Berlin“. Die Rheinstaatbestrebungen nach dem Ersten Weltkrieg. Köln Weimar Wien 2007
- [SCHMIDT 2006] **Schmidt**, Jürgen: Das Oldenburger Kataster im Fürstentum Birkenfeld. Hg.: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz. Koblenz 2006
- [SCHORMANN 2001] **Schormann**, Gerhard: Dreißig-jähriger Krieg 1618 – 1648. In Gebhardt<sup>10</sup> Band 10, Stuttgart 2001
- [SEIBRICH 1977] **Seibrich**, Wolfgang: Die Entwicklung der Pfarrorganisation im linksrheinischen Erzbistum Mainz. Das Archidiakonat St. Martin in Bingen, Die Landkapitel Sobernheim und Kirn im Archidiakonat des Dompropstes. Mainz 1977
- [SIEBURG 1973] **Sieburg**, Heinz-Otto: Grundzüge der französischen Geschichte. Darmstadt 1973
- [SIMMERT 1974] **Simmert**, Johannes: Die nationalsozialistische Judenverfolgung in Rheinland-Pfalz. Hg. von der Landesarchivverwaltung, bearbeitet von Johannes Simmert. Koblenz 1974
- [SKRUPKE 1966] **Skrupke**, Ernst: 15 Jahre Verband der Vertriebenen. In HKLB 1966, Se. 193 - 195
- [SOBOUL 1983] **Soboul**, Albert. Die Große Französische Revolution. Darmstadt 1983
- [SPORT-CLUB 07] [www.sc07idar-oberstrin.de/seite/4393/geschichte](http://www.sc07idar-oberstrin.de/seite/4393/geschichte)
- [SPRINGER 1924] **Springer**, Max: Loslösungsbestrebungen am Rhein /1918 – 1924). Berlin 1924
- [STADTKIRCHE 2014] 1114 – 2014. 900 Jahre Stadtkirche Idar. Hg. Von der **Evangelischen Kirchengemeinde Idar**. Idar-Oberstein 2014
- [STADTVERWALTUNG 1964] **Stadt Idar-Oberstein**: Verwaltungsbericht 1961. 1964
- [STADTVERWALTUNG 1988] **Stadtverwaltung Idar-Oberstein**(Hg.): Das neue Idar-Oberstein 1988. Festschrift zur Fertigstellung der verkehrsgerechten Neugestaltung der Hauptstraße und des Nahe-Centrums im Stadtteil Oberstein am 16. September 1988.
- [STRUCK – GANTET 2008] **Struck**, Bernhard / **Gantet**, Claire: Revolution, Krieg und Verflechtung 1789 – 1815. (= Deutsch-Französische Geschichte Band V) Darmstadt 2008
- [THAMER 1986] **Thamer**, Hans-Ulrich: Verführung und Gewalt. Deutschland 1933 – 1945. Berlin 1986
- [TUS 1875] [www.tus-tiefenstein.de/der-verein/](http://www.tus-tiefenstein.de/der-verein/)
- [TV OBERSTEIN 1848] [www.tv1848oberstein.de/index.php/2013-03-07-17-28-20/vereinsgeschichte](http://www.tv1848oberstein.de/index.php/2013-03-07-17-28-20/vereinsgeschichte)
- [UPMANN 1872] **Upmann**, (Christop Friedrich): Beiträge zur Geschichte der Grafschaft Oberstein nebst Wegweiser und Abhandlung über das Fabrikwesen. Mainz 1872
- [VORMÄRZ 2002] **Renner**, Helmut / **Brandt**, H. Peter / **Eckhardt**, Albrecht / **Redmer**, Axel:

- Vormärz und 1848er Revolution an der oberen Nahe. Vorträge zum 150-jährigen Jubiläum 1998/99. Birkenfeld 2002 (= SKB Bd. 33)
- [WAHL 1912] **Wahl**, Adalbert: Geschichte des europäischen Staatensystems im Zeitalter der französischen Revolution und der Freiheitskriege (1789 – 1815). Darmstadt 1967 (erstmalig 1912)
- [WEBER-STÖBER 2002] **Weber-Stöber**, Christianne: Art Déco Schmuck Jakob Bengel Idar-Oberstein. Stuttgart 2002
- [WEHLER 1995] **Wehler**, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Dritter Band: von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges. München 1995
- [WEHLER 2005] **Wehler**, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Vierter Band: Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914 – 1949. München 2005
- [WEINRICH 1977] **Weinrich**, Lorenz (Hg.): Ausgewählte Quellen zur deutschen Verfassungs-, wirtschafts- und Sozialgeschichte. Darmstadt 1977
- [WENDT 1987] **Wendt**, Bernd-Jürgen: Großdeutschland. Außenpolitik und Kriegsvorbereitung des Hitler-Regimes. München 1987
- [WIBEL 1904] **Wibel**, Hans: Die Urkundenfälschungen Georg Friedrich Schotts. In: Neues Archiv der Gesellschaft für Ältere deutsche Geschichtskunde, XXIX 1904, S. 653 - 765
- [WILD 1959] **Wild**, Klaus Eberhard: Zur Geschichte der Schmucksteinschleiferei im Gebiet der oberen Nahe und der Saar. Birkenfeld 1959. (= MVHLB Sonderheft 2)
- [WILD 1963] **Wild**, Klaus Eberhard: Die Edelsteinindustrie in Idar-Oberstein und ihre Geschichte. Sonderheft Frühjahr 1963 der Deutschen Gesellschaft für Edelsteinkunde. Idar-Oberstein 1963
- [WILD 1965] **Wild**, Klaus Eberhard: Das ist Idar-Oberstein. Idar-Oberstein 1965
- [WILD 1982] **Wild**, Klaus Eberhard: Zur Geschichte der Grafschaften Veldenz und Sponheim und der Birkenfelder Linien der pfälzischen Wittelsbacher. 8 Vorträge. Birkenfeld 1982 (MVHLB Sonderheft 43)
- [WILD 1991] **Wild**, Klaus Eberhard: Die Obersteiner Burgen und ihre Bauherren. Sonderdruck aus dem Mitteilungen des Vereins für Heimatkunde im Landkreis Birkenfeld und der Heimatfreunde Oberstein. 65/ 1991, S. 7 - 24
- [WILD 2013] **Wild**, Klaus Eberhard: Das badische Amt Idar (1771 – 1797/98). In: MVHLB 87 / 2013, S. 135 - 154
- [WOLFRUM 2005] **Wolfrum**, Edgar: Die Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1990. (= Gebhardt<sup>10</sup>, Bd.23) Stuttgart 2005
- [WÜNSCHEL 1985] **Wünschel**, Hans-Jürgen (Hg.): Quellen zum Neubeginn der Verwaltung im rheinland-pfälzischen Raum unter Kontrolle der amerikanischen Militärregierung April bis Juli 1945. (= Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz Bd. 7) Mainz 1985
- [ZAHN 1977] **Zahn**, Eberhard: Idar-Oberstein. In: Führer zu vor- und frühgeschichtlichen Denkmälern Bd. 34: Westlicher Hunsrück – Bernkastel-Kues – Idar-Oberstein – Birkenfeld – Saarburg. Mainz 1977, S. 129 - 135
- [ZUSAMMENSTELLUNG STA) **Stadtarchiv** Idar-Oberstein: Zusammenstellung von Ereignissen, Baudaten, Wahlergebnissen usw. 1947 - 1965. Ohne Autorenangabe, ohne Signatur

## *Personenregister*

- A**
- Adam, Heinz, Ringer (ACO) und Kampfrichter 158
- Adenauer, Konrad, (CDU) Bundeskanzler 149, 152 f, 157
- Agnes, Zeugin in einem Hexenprozess 28
- Alexander I., russischer Zar 54
- Altmeier, Peter, (CDU) Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz 137
- Antoninus Pius, römischer Kaiser 11
- Ariovist, germanischer Heerführer 10
- Aronheim, Margarete, jüdischer Verfolgter des NS-Regimes 104, 122 f, 142, 143 f
- Aronheim, Walter, Edelsteinhändler in Idar, jüdischer Verfolgter des NS-Regimes, 102, 122, 142, 145 f
- Artois, Charles Comte de, Bruder König Ludwigs XVI. 45
- August Paul Friedrich, Großherzog von Oldenburg 60
- August Friedrich August, Großherzog von Oldenburg 81
- Aventinius, Marcus Aventinius Honorattis, römischer Grundbesitzer (?) in Idar 11 f
- B**
- Baer, Lazarus, Mitglied der jüdischen Gemeinde 119
- Baldes, Heinrich, Historiker, Heimatforscher 7, 9, 61, 64
- Balduin, Erzbischof von Trier 20, 36
- Baltin, Eckart, Rechtsanwalt 6
- Bär, Moritz, jüdischer Verfolgter des NS-Regimes 122
- Barnstedt, August Erich Julius, Amtmann von Oberstein 60, 64
- Bastiani, Major, Leiter der französischen Militärverwaltung in der Provinz Birkenfeld 83, 86 f
- Becker, Kurt, Historiker 189
- Becker, Susanne, Verwaltungsangestellte 6
- Bengel, Jakob, Ketten- und Bijouterie-Fabrikant 163

Berg, Günther v., oldenburgischer Gesandter beim Deutschen Bundestag 55  
 Bergér, Ludwig, Bürgermeister von Oberstein und Idar-Oberstein 88f, 95, 105 f, 111, 113 f, 120 f, 124, 129, 131, 133, 138 f, 142  
 Bernhard, Herzog von Weimar, protestantischer Feldherr 30  
 Bismarck, Fürst Otto von, preußischer Bundestags-Gesandter, deutscher Reichskanzler 33, 66 ff  
 Bittmann, Fritz August 163  
 Blibbendorf, General-Kommissar der preußischen Armee 53  
 Blücher, Gebhard Leberecht, Fürst von B.-Wahlstatt, preußischer Generalfeldmarschall 53 f  
 Böcking, Eisenhütten-Unternehmer 65  
 Bodelschwingh, Friedrich v., ev. Reichsbischof 108  
 Boden, Wilhelm (CDU), Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz 137  
 Boemund, Erzbischof von Trier  
 Bonaparte à Napoleon  
 Boch, Hartwig Julius Ludwig v., oldenburgischer Gesandter beim Deutschen Bundestag 61  
 Brandt, H[ans] Peter, Historiker, Heimatforscher 24, 64, 167, 171, 190  
 Brandt, Willy (SPD) Bundeskanzler 161, 161  
 Braun, Christel, Gründerin der Bengel-Stiftung 163  
 Bräun, Fritz, Ringer 92  
 Brüderle, Rainer (FDP) rheinland-pfälzischer Wirtschaftsminister 179  
 Brüning, Heinrich (Z) Reichskanzler 97, 99, 101, 111  
 Bückler, Johans, gen. Schinderhannes, Räuberhauptmann 48  
 Burg, Lassy, jüdischer Verfolgter des NS-Regimes 123  
 Byrnes, James Francis, US-Außenminister 152

## C

Caracalla, Marcus Aurelius Antoninus, römischer Kaiser 12  
 Caesar, Jakob, Maire von Oberstein 51  
 Cäsar, Gaius Iulius C., römischer Staatsmann und Feldherr 10 f  
 Caspara v. Holthy, Gemahlin Philipps V. von Oberstein 26  
 Cassebohm, Friedrich, (parteilos), Ministerpräsident des Freistaates Oldenburg 99  
 Chamberlain, Neville, britischer Premierminister 113  
 Chlodwig, fränkischer König 14  
 Christian I, Herzog von Pfalz-Birkenfeld, protestantischer Feldherr 30  
 Christian Karl Reinhard, von Leiningen-Dagsburg 34  
 Condé, Louis Joseph de Bourbon, Bruder König Ludwigs XVI. 45  
 Cullmann, Bernd Olympionike 159  
 Cullmann, Louis, (SPD) Vorsitzender des Birkenfelder Landesausschusses 86, 88  
 Cullmann, Paul, Gewerkschaftsfunktionär 140  
 Custine, Adam Philippe Comte de, französischer General im ersten Koalitionskrieg 46

## D

Danner, Jacob, Mitgründer des TVO 1848 75  
 Dawes, Charles, US-Bankier, Vorsitzender des Reparationsausschusses 89 f  
 Decker, Otto, Ehrenbürger von Idar-Oberstein 135  
 Delvincourt, Claude, französischer Dirigent 137

Delzeit, Friedrich, (USPD, KPD), stellvertretender Vorsitzender des Volksrates für die Provinz Birkenfeld 82  
 Dickenschied, Otto (SPD) Oberbürgermeister 177 ff, 182, 186  
 Diedenhofen, Ernst, NSDAP-Kreisleiter in Birkenfeld 122, 142, 150  
 Dietrich, Bauer in Oberstein  
 Diokletian, Gaius Aurelius Valerius Diocletianus, römischer Kaiser 12 f  
 Domitian, Titus Flavius Domitianus, römischer Kaiser 11  
 Dörr, Walter, (DDP)Rechtsanwalt, Mitglied des Volksrates für die Provinz Birkenfeld, Regierungspräsident 82, 87, 94f, 100, 120, 142  
 Dorten, Hans Adam, Separatistenführer 86  
 Dreher, Helmut, Leichtathlet (ITV) 158  
 Dreher, Willi 142  
 Drey, Peter, Gründer des TVO 1848 75  
 Driver, Franz (Z), Mitglied des Landesdirektoriums 81  
 Duesterberg, Theodor, „Stahlhelm“-Führer, Kandidat zur Reichspräsidenten-Wahl 99, 101

## E

Eben, Christian Hermann Göttenbach-Schulleiter 77  
 Eberhardus de Petra, Eberhard vom Stein (II.) 17  
 Eberhardus de Steyne, Eberhard vom Stein (III.) 17 ff  
 Everhardus de Steyna, Eberhard vom Stein (I.) 16  
 Eberhard vom Stein 20  
 Ebert, Friedrich (SPD), Reichspräsident 85, 90  
 Effgen, Richard, Fabrikant, aus Idar 104, 122, 142, 145 f  
 Elimar, Herzog von Oldenburg 67  
 Elisabeth, Gemahlin René's von Anjou 22  
 Emich II. von Schmidtburg, Graf im Nahegau 17  
 Emich von Oberstein 19  
 Emich Christian von Leiningen-Dagsburg 32  
 Erhard, Ludwig, (CDU) Wirtschaftsminister 148, 157, 159  
 Everling, Richard, Geschäftsführer des Metallarbeiter-Verbandes in Oberstein 104

## F

Faber, Hermann, gewählter Beisitzer (SPD) 74  
 Feld, Rudolf, Historiker 36, 38  
 Ferdinand I., König von Böhmen, Kaiser 24, 26, 28f  
 Fischer, Laurenz Hannibal, Regierungspräsident in Birkenfeld 60  
 Fischer, Laurenz Wilhelm, Advokat, Sohn von Laurenz Hannibal F., Mitglied der Oldenburger Verfassungskommission 63  
 Fissler, Harald, Metallwaren-Fabrikant 186  
 Foch, Ferdinand, Marschall, Oberbefehlshaber der französischen Truppen im Ersten Weltkrieg 83  
 Franz von Waldeck, Bischof von Münster 25  
 Franz Christian, von Oberstein, Kaiserlicher Generalmajor 27, 31  
 Franz II., Kaiser, seit 1806 als Franz I. österreichischer Kaiser 53  
 Frick, Wilhelm, Reichinnenminister (NSDAP) 101  
Friedrich  
*Haliges Römisches Reich*  
 Friedrich I. Barbarossa 11  
 Friedrich II. 116  
*Pfalz*  
 Friedrich V., Kurfürst von der Pfalz, König von Böhmen 29  
*Preußen*  
 Friedrich Wilhelm II., preußischer König 45

Friedrich Wilhelm IV., preußischer König 63  
*Sachsen*  
Friedrich de Weise, Kurfürst von Sachsen 25  
Frühauf, Frank (CDU) Oberbürgermeister 183  
Füllenbach, Jupp, SPD, Redakteur des ‚Nahetal-Boten‘ 103

## G

Gallas, Matthias Graf von, kaiserlicher Feldherr 30  
Gander, Maire von Oberstein 52  
Gaston, Herzog von Orléans 31  
Geil, Rudi (CDU) rheinland-pfälzischer Wirtschaftsminister 167  
Georg, August, Beteiligter an der „Rizinus-Aktion“ 142  
Georg Wilhelm von Leiningen-Dagsburg, Schwiegersohn Wilhelm Wirich 32f  
Gérard, französischer General 86  
Gerlach von Veldenz, Graf im Nahegau 17f  
Goebbels, Josef, NSDAP-Politiker, Reichpropagandaminister 102, 104, 122  
Goethe, Johann Wolfgang von, sachsen-weimarerischer Minister 46  
Göring, Hermann, NSDAP-Politiker, Reichsluftfahrtminister 101 f  
Görlitz, Ludwig, Abgeordneter zum Oldenburger Landtag 62  
Grynspan, Herszel, Attentäter 122  
Günzburger, Hans, jüdischer Verfolgter des NS-Regimes 123  
Gustav Adolf, König von Schweden 30

## H

Haak, Bürgermeister in Oberstein 60  
Haas, Eberhard, Separatistenführer 86  
Hadrian, Publius Aelius Hadrianus, römischer Kaiser 11  
Hahn, Karl (SPD) Bürgermeister 155  
Haller, Siegfried, jüdischer Verfolgter des NS-Regimes 123  
Hammerstein-Equord, Kurt v., General 11  
Hassel, Franz, Vorsitzender des Obersteiner Arbeiter- und Bürgerrates 81 f  
Hayum Herz, Obersteiner Jude aus Becherbach 117, 119  
Hedwin, Bauer in Oberstein 19  
Heilig, Wilhelm, Architekt 94  
Helfferich, Karl (DNVP) Staatssekretär im Finanzministerium 87  
Henn, Richard 146  
Herefrid, legendärer fränkischer Adliger 14  
Hermann von Wied, Erzbischof von Köln 26  
Heydt, August von der, Bankier, preußischer Minister für Handel und Finanzen 66  
Hindenburg, Paul von Beneckendorff und H., kaiserlicher Generalfeldmarschall, Reichspräsident 80, 84 f, 89, 91, 99 ff, 108  
Hirn, Unterpräfekt in Birkenfeld 51  
Hitler, Adolf, (NSDAP-Führer, Reichskanzler 84, 99 ff, 108 ff, 114, 122, 127, 129, 147  
Hoberg, Leberecht (CDU) Oberbürgermeister 155, 160  
Hobsbawm, Eric, Historiker 162  
Hossenfelder, Joachim, ev. Pfarrer, Reichsleiter der ‚Deutschen Christen‘ 107  
Hug, Paul, Reichstags-Kandidat (SPD), Mitglied des Landesdirektoriums 73, 81  
Hugenberg, Alfred, DNVP-Politiker, Reichswirtschaftsminister 101  
Hugo von Hachenfels 16

## I

Iffland, Fritz, SPD-Abgeordneter im Oldenburger Landtag 98  
Irenäus, Bischof von Lyon 13 f  
Israel, ... jüdischer Grundbesitzer in Oberstein 115  
Israel, Margaret, seine Ehefrau, Grundbesitzerin 113

## J

Jarres, Karl, Oberbürgermeister von Duisburg, Kandidat (DVP) zur Reichspräsidentenwahl 90  
Johann I., Erzbischof von Trier 18  
Johann I., Graf von Nassau-Saarbrücken 14 f, 20  
Johann Karl August von Leiningen-Dagsburg 33  
Johann Ludwig, Rheingraf, Feldherr im 30-jährigen Krieg 31  
Jutta (Guda) vom Stein, Gemahlin Wirichs von Daunn 18

## K

Kaiser, August, Schulleiter der Göttenbach 105  
Karl  
*Heiliges Römisches Reich*  
Karl der Große, fränkischer König, Kaiser 17  
Karl IV., Kaiser 20  
Karl V., Kaiser 24f f  
*Bden*  
Karl Friedrich, Markgraf von Baden 35  
*Braunschweig-Lüneburg*  
Karl Wilhelm Ferdinand, Herzog von Braunschweig-Lüneburg, Obebefehlshaber im ersten Koalitionskrieg 46  
*Burgund*  
Karl der Kühne, Herzog von Burgund 22  
*Lothringen*  
Karl IV, Herzog von Lothringen 31  
Kirschmann, Emil, SPD-MdR 105, 113  
Kitz, Arnold, Hofrat, Vorsitzender des „Volksvereins von Birkenfeld“ 60 ff  
Klein, Brüder, Turner vom ITV 76  
Kloos, angebliches „Entnazifizierungsopfer“ 147  
Knau, Wilhelm, (SPD), Reichsbanner-Mann 98  
Koch, Elsa, Angeklagte in einem Hexenprozess 28  
Koenig, Pierre, französischer General, Militärgouverneur 137  
Kohl, Helmut (CDU) Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Bundeskanzler 159, 161  
Konrad II., Kaiser 17  
Konstantin, Flavius Valerius Constantinus, römischer Kaiser 13  
Korb, Erwin (SPD) Oberbürgermeister 160  
Krimmel, Fritz, Turnlehrer 76  
Kronenberger, Friedrich, Leitender Internist im Obersteiner Krankenhaus 121  
Kulik, Rechtsassessor, Vorsitzender der Entnazifizierungskommission 140  
Kuno von Daun-Oberstein 15, 20

## L

La Valette, Louis de Nogaret, Kardinal, französischer Feldherr 30  
Leipart, Theodor, SPD-Politiker, Vorsitzender des ADGB 103  
Leopold II., Kaiser  
Levy, Adele, jüdische Verfolgte des NS-Regimes 123  
Levy, Wilhelm, jüdischer Verfolgter des NS-Regimes 122 f  
Ley, Robert, NSDAP-Funktionär 97  
Leyser, Jacob, Abgeordneter zum Oldenburger Landtag 62

Lichtenberger, Emil, ev. Pfarrer in Idar, Mitglied der  
'Deutschen Christen' 109  
Loch, Alfred, Heimathistoriker 25  
Loch, Götz, Ehefrau von Niclas L. 115  
Loch, Niclas, Grundbesitzer in Oberstein 115  
Lorenz, Emil, (SPD) Bürgermeister 137  
Lothar von Oberstein, kaiserlicher Oberst 27, 31  
Löwenstein, Johannes, ev. Pfarrer in Idar 109  
Ludwig XIII., französischer König 31  
Ludwig XIV., französischer König 33  
Ludwig XVI., französischer König 45f  
Lueg, Otto, ev. Pfarrer in Idar, Mitglied der Nahebruder-  
schaft der Bekennenden Kirche 109, 131  
Lueg, Wilhelm, ev. Pfarrer in Oberstein 78  
Luther, Martin, Reformator 24 f, 108 f  
Luttmann, Rainer (SPD) Oberbürgermeister-Kandidat 183  
Lyncker, Karl Wilhelm, Pfarrer aus Nohfelden 62

## M

Maaß, Obersturmbannführer 122  
Machwirth, Hans-Jürgen (CDU) Oberbürgermeister 180,  
183 f  
Maertens, W., OBERINGENIEUR 65f  
Mangin, französischer General 86  
Marchand, französischer General 83  
Margarethe von Virneburg, Gemahlin Melchiors von  
Daun-Oberstein 23  
Margarethe, Tochter Philipps V. von Oberstein 26  
Marschall, George C., US-Außenminister 152  
Marx, Wilhelm, Kandidat (Z) zur Reichspräsidentenwahl  
90  
Maus, Georg, Lehrer an der Göttenbach, Mitglied der  
Bekennenden Kirche 110, 146  
Max, Markgraf von Baden, Reichskanzler 80  
Maximilian, Herzog von Bayern, Kurfürst 29  
Mazarin, Jules, Herzog von Nevers, Kardinal, französi-  
scher Staatsmann 33  
Megeneswid, Gemahlin des Herefrid 14  
Melchior von Daun-Oberstein 23  
Meng, Erich, Idarer Fußballer 92  
Meng, Richard, Idarer Fußballer 92  
Merkel, Angela (CDU) Bundeskanzlerin 185  
Metternich, Klemens Wenzel Fürst von, österreichischer  
Staatskanzler 55  
Mohr, Justizinspektor 146  
Müller, Hermann (SPD) Reichskanzler 96f  
Müller, Ludwig, ev. Reichsbischof 108 f  
Münster, Sebastian, Kosmograph 42

## N

Nagel, Karl Ferdinand Friedrich, preußischer General-  
postmeister 58  
Näher, Carl Theodor, Abgeordneter zum Oldenburger  
Landtag 62  
Naidoff, Harold D., 1st Lieutenant der US-  
Militärverwaltung 129 ff  
Napoleon Bonaparte, französischer General, erster Kon-  
sul, französischer Kaiser 48, 51 ff, 55, 118  
Navarra, André, französischer Cellist 137  
Neuhäuser, Alfred, jüdischer Verfolgter des NS-Regimes  
122 f  
Noell, Ferdinand, Bürgermeister von Niederbrombach 62

## O

Olleson, Captain der US-Militärverwaltung 129 f, 133  
Ossietzky, Carl v., Journalist 102

## P

Papen Franz v., Reichskanzler 99 ff  
Pauly, Julius, NSDAP, Oldenburger Finanzminister 106,  
110  
Perches Cleschen, Zeuge in einem Hexenprozess 28  
Peter, Bauer in Oberstein 28  
Peter Friedrich Ludwig, Herzog von Oldenburg 54 f, 117  
Peter: Nikolaus Friedrich Peter, Großherzog von Olden-  
burg 67  
Philipp von Daun-Oberstein 14f  
Phillip II. von Obersrtein 20, 22  
Phillip III. von Oberstein 21  
Philipp V. von Oberstein 26  
Philipp Franz von Oberstein 27, 39, 42  
Philipp Ferdinand, Graf von Limburg-Styrum 34 f  
Poincaré, Raymond, französischer Ministerpräsident 88  
Poyetton, Capitaine der französischen Militärverwaltung  
133

## Q

## R

Rand, Isaak, jüdischer Verfolgter des NS-Regimes 123  
Rand, Ruben, jüdischer Verfolgter des NS-Regimes 123  
Rath, Ernst vom, Legationssekretär 122  
Rathenau, Walter (DDP) Reichsaußenminister 87  
Rauscher, Manfred, Stadtarchivar 5 f, 190  
Redmer, Axel, ehem. MdL, ehem. Landrat 5, 64  
Reichow, Hans Bernhard, Architekt und Stadtplaner 166  
Remigius, Bischof von Reims 14  
René von Anjou, Herzog von Lothringen 22  
Richard, Jean Charles, französischer Pianist 137  
Richelieu, Armand Jean de Plessis, Kardinal, französischer  
Staatsmann 30  
Ries, Enno, Leiter der Volkshochschule 156 f  
Robespierre, Maximilien, französischer Revolutionär,  
Vorsitzender des ‚Wohlfahrtausschusses‘ 47  
Robinson, NSKK-Führer 122  
Rommel, Walter, Bürgermeister, Stadtdirektor 133  
Röske, Angelika, Pfarrerin 6  
Roth, Pfarrer in Oberstein 78  
Röver, Carl, (NSDAP) Ministerpräsident des Freistaates  
Oldenburg 99  
Rudler, Franz Josef, Regierungskommissar des französi-  
schen Direktoriums 48  
Rudolph, Karl, SPD-Landesausschuss-Mitglied, Beigeord-  
neter 103, 131 f  
Ruinet, Lieutenant der französischen Militärverwaltung 133

## S

Salomon, Ernst, jüdischer Verfolgter des NS-Regimes 123  
Scheel, Walter (FDP) Bundesaußenminister 161  
Schirach, Baldur v., ‚Reichsjugendführer‘ 109  
Schleicher, Kurt v., General, Reichskanzler 101  
Schloßbauer, Stadtbaumeister von Oberstein 94  
Schmidt, Christian, Advokat, Vorsitzender des ‚Demokra-  
tischen Vereins von Oberstein‘ 60, 62  
Schmidt, Helmut (SPD) Bundeskanzler 164  
Schmidt, Otto, Bürgermeister von Idar 92, 107, 106  
Schneider, Lily, jüdische Verfolgte des NS-Regimes 123  
Schneider, Paul, ev. Pfarrer, ‚Prediger von Buchenwald‘  
109 f  
Schott, Georg Friedrich, salm-kyrburgischer Archivar 14  
Schröder, Gerhard (SPD) Bundeskanzler 185  
Schröder, Kurt Freiherr v., Bankier 101  
Sebastian von Daun-Oberstein 26, 28



Seeler, Uwe, Fußballer 158  
Seldte, Franz, „Stahlhelm“-Führer, Reichsarbeitsminister 101  
Sickingen, Franz v., Reichsritter 25  
Spinola, Ambrosio, Marchese de, spanischer General 29  
Starklof, Carl Christian Ludwig, Legationssekretär in oldenburgischen Diensten, Amtmann in Oberstein 54 ff  
Steinfels, jüdischer Edelsteinhändler 121  
Steinmetz, Kurt, Lehrer, HJ-Führer 105  
Stern, Richard, Vorsteher der Synagogen-Gemeinde, jüdischer Verfolgter des NS-Regimes 105, 123  
Stern, Werner, jüdischer Verfolgter des NS-Regimes 123  
Strauß, Franz-Josef, CSU-Politiker 161  
Strecker, General 127  
Streicher, Julius, NSDAP-Gauleiter von Franken 122  
Stresemann, Gustav, (DVP) Reichsaußenminister 91  
Sturm, Professor, Göttenbach-Schulleiter 78

## **T**

Tacitus, Publius Cornelius, römischer Geschichtsschreiber 9  
Tanzen, Theodor, (FVP) Mitglied des Landesdirektoriums 81  
Tilly, Johann Tserclaes, Graf von, kaiserlicher General der Liga 30  
Tirard, Paul, Chef der Interalliierten Rheinlandkommission 88  
Tito (Josip Broz), Marschall, jugoslawischer Präsident 175  
Trajan, Marcus Ulpius Traianus, römischer Kaiser 11  
Turenne, Henri de la Tour d’Auvergne, französischer Marschall 31

## **U**

Udo, Erzbischof von Trier 16  
Upmann, Christoph Friedrich, Heimatforscher 16  
Urban II., Papst, Kreuzzug-Prediger 116

## **V**

Vauban, Sebastien la Prestre de, französischer Festungsbaumeister, Marschall 34  
Victorina, Gemahlin des Aventinius 11 f

## **W**

Walter, Fritz, Fußballer 158  
Wels, Otto, SPD-Vorsitzender  
Wentz, „Hexe“ 28  
Werner vom Stein 16, 18 f, 36  
Wibel, Ludwig Conrad Leopold, Regierungspräsident in Birkenfeld 55  
Wild, Christine 142  
Wild, Herbert, NSDAP-Funktionär, Staatskommissar in Birkenfeld 97 f, 100, 103 f, 113, 115, 127, 141 ff, 149  
Wilhelm I., Prinzregent, preußischer König, deutscher Kaiser 67 f  
Wilhelm II., deutscher Kaiser 73, 81  
Wilhelm Bossel vom Stein 18, 36  
Wilhelm Wirich von Daun-Oberstein 27, 31, 33 f  
Willrich, Paul, Gewerkschaftsfunktionär 140  
Wirich von Daun 19, 36  
Wirich II. 19f  
Wirich IV. 20, 22f  
Wirich V. 23 ff, 38  
Wirich VI. 26  
Wittmann, Wilfried (SPD) Oberbürgermeister 160 f  
Wobito, Hotelier 5  
Wolf, Karl Julius, jüdischer Verfolgter des NS-Regimes 123  
Wolf, Paula, jüdische Verfolgte des NS-Regimes 123

## **Y**

Young, Owen D., amerikanischer Wirtschaftssachverständiger, Vorsitzender der Reparationskommission 91

## **Z**

Zang, Tiefensteiner Kommunalpolitiker 95  
Zimmer, Bruno (SOD) Oberbürgermeister 183, 190

